C/2024/4810

20.8.2024

Euro-Wechselkurs ([1])

19. August 2024

(C/2024/4810)

1 Euro =

	Währung	Kurs		Währung	Kurs
USD	US-Dollar	1,1041	CAD	Kanadischer Dollar	1,5098
JPY	Japanischer Yen	161,22	HKD	Hongkong-Dollar	8,6040
DKK	Dänische Krone	7,4616	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,8170
GBP	Pfund Sterling	0,85243	SGD	Singapur-Dollar	1,4464
SEK	Schwedische Krone	11,4871	KRW	Südkoreanischer Won	1 476,07
CHF	Schweizer Franken	0,9543	ZAR	Südafrikanischer Rand	19,6951
ISK	Isländische Krone	151,90	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,8848
NOK	Norwegische Krone	11,7345	IDR	Indonesische Rupiah	17 212,31
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit	4,8376
CZK	Tschechische Krone	25,181	PHP	Philippinischer Peso	62,578
HUF	Ungarischer Forint	393,08	RUB	Russischer Rubel	
PLN	Polnischer Zloty	4,2688	THB	Thailändischer Baht	38,053
RON	Rumänischer Leu	4,9773	BRL	Brasilianischer Real	6,0215
TRY	Türkische Lira	37,2418	MXN	Mexikanischer Peso	20,6586
AUD	Australischer Dollar	1,6486	INR	Indische Rupie	92,6085

([1]) *Quelle*: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/4911

20.8.2024

MITTEILUNG DER KOMMISSION

über den Leitfaden zur Antragstellung für Unternehmen, die den Status einer integrierten Produktionsstätte oder eines offenen EU-Fertigungsbetriebs gemäß Artikel 15 der Verordnung (EU) 2023/1781 (Chip-Gesetz) anstreben

(C/2024/4911)

Inhalt

Buchseite

I. **Einleitung** ... 2

II. **„Neuartige Anlagen“** ... 3

1. **Definition des Begriffs „neuartig“** ... 3

2. **Definition der Begriffe „integrierte Produktionsstätte“ und „offener EU-Fertigungsbetrieb“** ... 3

3. **Vorteile, die mit dem Status als integrierte Produktionsstätte und offener EU-Fertigungsbetrieb verbunden sind** ... 4

A. Synergien mit staatlichen Beihilfen und Unterschiede dazu ... 5

B. Vorantragsphase ... 5

4. **Verpflichtungen, die mit dem IPF- und OEF-Status verbunden sind** ... 6

A. Krisenstufe ... 6

B. Vorrangige Aufträge ... 7

III. **Antrag auf den Status als integrierte Produktionsstätte oder offener EU-Fertigungsbetrieb** ... 8

1. **Wer kann den IPF- und OEF-Status beantragen?** ... 8

2. **Welche Anforderungen berücksichtigt die Kommission bei der Prüfung des Antrags?** ... 8

A. Neuartigkeit der Anlagen ... 8

B. Verpflichtung zur Einhaltung der in Artikel 13 Absatz 3 oder in Artikel 14 Absatz 3 des Chip-Gesetzes festgelegten Kriterien ... 9

C. Geschäftsplan (Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe b des Chip-Gesetzes) ... 11

D. Dokumentation der Erfahrung des Antragstellers (Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe c des Chip-Gesetzes) ... 11

E. Nachweis für die Bereitschaft des Mitgliedstaats bzw. der Mitgliedstaaten, auf dessen bzw. deren Hoheitsgebiet(en) die Anlage gebaut würde, ihre Einrichtung zu fördern (Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe d des Chip-Gesetzes) ... 11

F. Vorliegen von politischen Maßnahmen und Plänen im Bereich des geistigen Eigentums (Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe e des Chip-Gesetzes) ... 12

G. Verpflichtung zur vorrangigen Behandlung von Aufträgen in Krisenzeiten (Artikel 26 des Chip-Gesetzes) 12

3. **Nach welchem Verfahren bewertet die Kommission die Anträge?** ... 12

A. Antragseingang und erste Bewertungsstufe (Überprüfung des Online-Formulars) ... 12

B. Zweite Bewertungsstufe (Vollständigkeit des Antrags) ... 13

C. Dritte Bewertungsstufe (Einhaltung der Kriterien für den IPF- und OEF-Status) ... 13

D. Empfehlung des Europäischen Halbleitergremiums und Beschlussfassung ... 13

4. **Überwacht die Kommission nach Gewährung des IPF- oder OEF-Status die Durchführung des Projekts?** 14

A. Statusänderungen ... 14

B. Aufhebung des Status ... 14

5. **Wie funktioniert die elektronische Übermittlung des Antrags?** ... 15

IV. **Checkliste und IT-Werkzeuge** ... 16

A. Checkliste ... 16

B. IT-Werkzeuge für das Antragsverfahren ... 19

I. **Einleitung**

Diese Mitteilung (auch als „Leitfaden“ bezeichnet) enthält Leitlinien zum **Antragsverfahren für Unternehmen, die den Status einer integrierten Produktionsstätte (IPF) oder eines offenen EU-Fertigungsbetriebs (OEF)** gemäß Artikel 15 der **Verordnung (EU) 2023/1781 („Chip-Gesetz“)** [1] anstreben. Nach Artikel 15 des Chip-Gesetzes muss die Kommission Leitlinien über die erforderlichen Informationen und das entsprechende Format für die Beantragung des IPF- oder OEF-Status bereitstellen.

Das Chip-Gesetz trat am 21. September 2023 in Kraft und ist Teil eines umfassenderen Maßnahmenpakets zur Stärkung des Halbleiter-Ökosystems der EU [2].

Das Chip-Gesetz ist in drei Säulen gegliedert:

— Mit der Säule 1 wird die Initiative „Chips für Europa“ eingeführt, die den Aufbau von technologischen Kapazitäten und Innovationen in großem Maßstab in der gesamten EU unterstützen soll, um die Entwicklung und Einführung modernster Halbleiter- und Quantentechnik der nächsten Generation zu ermöglichen.

— **Mit der Säule 2 wird ein Rahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und Resilienz geschaffen, der Investitionsanreize bieten und den Aufbau erweiterter Produktionskapazitäten** in den Bereichen Halbleiterfertigung, fortschrittliches Packaging, Prüfung und Montage fördern soll.

— Mit der Säule 3 wird ein Koordinierungsmechanismus zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission geschaffen, um die Zusammenarbeit mit und zwischen den Mitgliedstaaten bei der Überwachung und Krisenreaktion unter der Federführung des Europäischen Halbleitergremiums [3] zu stärken.

Im Rahmen der Säule 2 können **„neuartige“ Anlagen** (d. h. neue oder erheblich modernisierte Halbleiterfertigungsanlagen, die eine Dimension der Innovation schaffen, die es in der EU noch nicht gibt) den Status einer IPF oder eines OEF beantragen. Der Rahmen sieht Mittel und Wege vor, um die Einrichtung und den Betrieb solcher Anlagen in der EU zu erleichtern. Er erfordert aber auch die Einhaltung bestimmter Kriterien, damit sie einen Beitrag zur Erfüllung der Ziele der EU leisten und um ihre Zuverlässigkeit als Chipanbieter in Krisenzeiten zu gewährleisten.

Das vorliegende Dokument dient als Leitfaden für das Antragsverfahren zur Erlangung des IPF- und OEF-Status und ist wie folgt aufgebaut:

— In **Abschnitt II** wird der Begriff der „neuartigen Anlage“ in der EU vorgestellt und insbesondere erläutert, wie eine solche einzigartige Innovation für die Zwecke des Chip-Gesetzes nachgewiesen werden sollte (d. h. wie sie als IPF oder OEF anerkannt werden kann). In Abschnitt II werden auch die Vorteile und Synergien mit dem Verfahren zur Gewährung staatlicher Beihilfen sowie die Anforderungen des Chip-Gesetzes dargelegt, sobald der IPF- oder OEF-Status erlangt wurde.

— Der **Abschnitt III** enthält praktische Leitlinien für Unternehmen, wie sie den IPF- oder OEF-Status beantragen können und wie die Kommission solche Anträge bewertet. Insbesondere werden in Abschnitt III die Hauptschritte des Antragsverfahrens dargelegt, und es wird erläutert, wie die Antragsteller das Antragsformular, die Nachweise und die Verpflichtungszusagen einreichen sollten.

— Der **Abschnitt IV** enthält eine Checkliste für Unternehmen, in der alle wichtigen Aspekte aufgeführt sind, die bei der Vorbereitung der Anträge zu berücksichtigen sind, sowie technische Hinweise für die Benutzung der IT-Anwendungssysteme „Futurium“ und „S-CIRCABC“.

---

[1] Verordnung (EU) 2023/1781 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2023 zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/694 (Chip-Gesetz) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 229 vom 18.9.2023, S. 1), PE/28/2023/INIT, (https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2023.229.01.0001.01.DEU).

[2] Am 8. Februar 2022 nahm die Kommission ein Paket an, das Folgendes umfasste:
a. eine Mitteilung, in der die Gründe und die Gesamtstrategie für Halbleiter dargelegt werden, COM(2022) 45 final,
b. einen Vorschlag für eine Verordnung zur Stärkung des Halbleiter-Ökosystems der EU (Chip-Gesetz),
c. einen Vorschlag für Änderungen in einer Verordnung des Rates zur Gründung des Gemeinsamen Unternehmens für digitale Schlüsseltechnologien, COM(2022) 47 final,
d. eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten zur Förderung von Maßnahmen zur Überwachung und Minderung von Störungen in der Halbleiter-Lieferkette, C(2022) 782 (ABl. L 35 vom 17.2.2022, S. 17).

[3] Das Europäische Halbleitergremium ist ein Leitungsgremium, das sich aus hochrangigen Vertretern der EU-Mitgliedstaaten zusammensetzt und durch die Artikel 28–30 des Chip-Gesetzes eingesetzt wurde. Das Europäische Halbleitergremium berät und unterstützt die Kommission und gibt ihr Empfehlungen nach Maßgabe des Kapitels V des Chip-Gesetzes.

II. **„Neuartige Anlagen“**

1. **Definition des Begriffs „neuartig“**

Wie bereits erwähnt, kann für **„neuartige“ Anlagen** der Status als **„integrierte Produktionsstätte“** oder als **„offener EU-Fertigungsbetrieb“** beantragt werden. Laut Artikel 2 Nummer 11 bezeichnet der Begriff „neuartige Anlage“ *„eine neue oder erheblich modernisierte Halbleiterfertigungsanlage* ([4]) *oder eine Anlage zur Herstellung von Ausrüstung oder Schlüsselkomponenten für solche Ausrüstung, die überwiegend in der Halbleiterfertigung verwendet werden, welche eine Innovation in Bezug auf das Fertigungsverfahren oder Endprodukt bietet, die im Wesentlichen in der Union noch nicht vorhanden ist oder noch nicht konkret geplant ist, einschließlich Innovationen, die Verbesserungen der Rechenleistung oder des Sicherheitsniveaus, der Gefahrenabwehr oder der Zuverlässigkeit oder der Energieeffizienz und Umweltbilanz oder des Technologieknotens oder Trägermaterials oder im Hinblick auf die Einführung von Produktionsverfahren, die Effizienzsteigerungen ermöglichen, betreffen oder die Rezyklierbarkeit verbessern oder Produktionsinputs verringern*“.

Damit eine Anlage als „neuartig“ angesehen werden kann, wird die Kommission prüfen, ob die Anlage eine Dimension der Innovation aufweist, die in der EU noch nicht vorhanden ist. Das Kriterium für die Einstufung als „neuartige Anlage“ ist, dass mit dieser ein innovatives Element in Bezug auf die Fertigungsprozesse oder das Endprodukt ([5]) in den Binnenmarkt eingeführt wird, das auf neuen oder bestehenden Technologieknoten beruhen könnte. Einschlägige Innovationselemente können sich auf den Technologieknoten oder das Trägermaterial oder auf Ansätze beziehen, die zu Verbesserungen bei der Rechenleistung oder anderen Leistungsmerkmalen, der Energieeffizienz, dem Sicherheitsniveau, der Gefahrenabwehr oder der Zuverlässigkeit sowie bei der Integration neuer Funktionen wie etwa bei der Speicherkapazität führen. Die Integration verschiedener Prozesse, die zu Effizienzsteigerungen führen, und die Automatisierung von Packaging und Montage sind ebenfalls Beispiele für Innovation. In Bezug auf Umweltvorteile können innovative Elemente eine quantifizierbare Verringerung des Energie-, Wasser- oder Chemikalienverbrauchs oder eine Verbesserung der Rezyklierbarkeit umfassen. Eine geeignete Bezugsquelle für die Ermittlung der Bereiche, in denen solche Innovationen stattfinden können, ist der Internationale Fahrplan für Geräte und Systeme (*International Roadmap for Devices and Systems*, IRDS) der IEEE, in dem wichtige technologische Trends in Bezug auf Geräte, Systeme und die damit zusammenhängende Technik aufgezeigt werden ([6]).

Definitionsgemäß **sollte die Fertigungsanlage** nicht nur innovativ sein, sondern auch eine **Innovationsfähigkeit aufweisen, die in der EU im Wesentlichen noch nicht vorhanden ist bzw. deren Aufbau noch nicht konkret geplant ist**. Das bedeutet, dass eine Fertigungsanlage, in der ein vergleichbares Produkt hergestellt, ein vergleichbarer Prozess durchgeführt oder eine vergleichbare Leistung in industriellem Maßstab erzielt werden kann, noch nicht bereits in der EU bestehen oder im Aufbau befindlich sein sollte. Wenn eine solche Innovation in der EU bereits in der FuE oder in der Kleinproduktion zum Einsatz kommt, würde dies aber nicht unbedingt ausschließen, dass eine entsprechende neue Massenfertigung als „neuartig“ eingestuft wird. So könnte beispielsweise eine Fertigungsanlage, in der die Verwendung eines neuartigen Trägermaterials geplant ist, in der EU als „neuartig“ eingestuft werden, obwohl dieses Trägermaterial bereits in einer Pilotanlage in einem Mitgliedstaat getestet wird. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass nicht ausgeschlossen ist, mehrere parallele Projekte als „neuartig“ anzuerkennen, wenn keines von ihnen andere bestehende oder geplante private Tätigkeiten verdrängt und kein Risiko der Schaffung von Überkapazitäten besteht ([7]). Sowohl die Errichtung einer neuen Anlage als auch die Errichtung einer erheblich modernisierten Anlage kann zur Einstufung als „neuartige Anlage“ führen.

2. **Definition der Begriffe „integrierte Produktionsstätte“ und „offener EU-Fertigungsbetrieb“**

Um Investitionen in neue Produktionskapazitäten zu fördern und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass sie der gesamten EU zugutekommen, wird durch Kapitel III des Chip-Gesetzes ein Rahmen für die Umsetzung von **zwei Arten „neuartiger Anlagen“** festgelegt. Diese beiden Arten spiegeln die beiden üblichen Geschäftsmodelle für den Betrieb von Halbleiterfertigungsanlagen in der heutigen Halbleiterindustrie wider und sind in den Artikeln 13 und 14 des Chip-Gesetzes festgelegt.

([4]) Laut Artikel 2 Nummer 15 bezeichnet der Begriff ‚Halbleiterfertigung‘ ‚jede der Stufen der Herstellung und Verarbeitung von Halbleiter-Wafern, einschließlich Trägermaterial, Front-End und Back-End, die erforderlich sind, um ein fertiges Halbleiterprodukt zu liefern‘.

([5]) Das Endprodukt befindet sich auf der Ebene der (potenziell gepackten) Halbleiter und nicht auf der Ebene des Geräts, in dem der Halbleiter verwendet wird.

([6]) Dieser beruht auf früheren Arbeiten am Internationalen Technologiefahrplan für Halbleiter (International Technology Roadmap for Semiconductors, ITRS), in dem auch die Bezugspunkte für die Prozessknoten (in Nanometern) festgelegt wurden, die sich aus der Entwicklung der Transistorskalierung nach der Vorhersage des Mooreschen Gesetzes ergeben. Der IRDS enthält derzeit Arbeiten verschiedener internationaler Schwerpunktteams auf folgenden Gebieten: *More Moore* (Skalierung), *More than Moore*, *Beyond CMOS*, Systeme und Architekturen, Packaging-Integration, Außersystemkonnektivität, kryogene Elektronik und Quanteninformationsverarbeitung, Lithografie, Ausbeutesteigerung, Metrologie, Fertigungsintegration, Umwelt, Sicherheit, Gesundheit und Nachhaltigkeit.

([7]) Mehrere parallele Projekte können als „neuartig“ anerkannt werden, wenn nachgewiesen werden kann, dass bestehende oder geplante private Tätigkeiten nicht durch staatlich geförderte Tätigkeiten verdrängt werden. Um übermäßige Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, wird jede vorgeschlagene staatliche Beihilfe auf ihre etwaigen Vorteile hin geprüft. Dazu gehört auch eine eingehende Betrachtung der Notwendigkeit, Überkapazitäten zu vermeiden. Siehe Fußnote 56 der Mitteilung „Ein Chip-Gesetz für Europa“, COM(2022) 45.

— Laut Artikel 13 Absatz 1 des Chip-Gesetzes sind **integrierte Produktionsstätten** „*neuartige Anlagen für die Fertigung und gegebenenfalls auch den Entwurf von Halbleitern, oder für die Herstellung von Ausrüstung oder Schlüsselkomponenten für diese Ausrüstung, die überwiegend in der Halbleiterfertigung in der Union verwendet werden, was auch andere Stufen der Lieferkette einbeziehen kann, welche zur Versorgungssicherheit und zur Resilienz des Halbleiter-Ökosystems der Union beitragen; gegebenenfalls können sie zusätzlich zur Sicherheit der globalen Halbleiter-Lieferketten beitragen*". Mit anderen Worten, bei IPFs handelt es sich um integrierte Halbleiterfertigungsanlagen, die an der Front-End-Fertigung ([8]), an der Herstellung von Ausrüstung oder Schlüsselkomponenten für diese Ausrüstung, die überwiegend in der Halbleiterfertigung in der EU verwendet werden, sowie am Entwurf integrierter Schaltungen oder der Erbringung von Back-End-Dienstleistungen ([9]) oder beidem mitwirken.

— Laut Artikel 14 Absatz 1 des Chip-Gesetzes sind **offene EU-Fertigungsbetriebe** „*neuartige Anlagen oder Halbleiterfertigungsanlagen in der Union, die von ihnen unabhängigen Unternehmen Produktionskapazität anbieten und somit zur Versorgungssicherheit für den Binnenmarkt und zur Resilienz des Halbleiter-Ökosystems der Union beitragen; und gegebenenfalls können sie zusätzlich zur Sicherheit der globalen Halbleiter-Lieferkette beitragen*". Bei OEFs handelt es sich somit um Halbleiterfertigungsanlagen, die zumindest einen Teil ihrer Produktionskapazität zur Herstellung von Chips nach dem Entwurf anderer Unternehmen – insbesondere Unternehmen ohne eigene Fertigung – einsetzen.

3. Vorteile, die mit dem Status als integrierte Produktionsstätte und offener EU-Fertigungsbetrieb verbunden sind

Die Erlangung des IPF- oder OEF-Status bringt für die Unternehmen mehrere Vorteile mit sich.

a. Erstens sieht das Chip-Gesetz eine **gestraffte Bearbeitung der Verwaltungsanträge** vor. Mit diesen Bestimmungen sollen typische Hindernisse beim Aufbau großer Halbleiterfertigungsanlagen beseitigt werden, die aus dem langen Zeitraum erwachsen, den Projekte benötigen, um nötige Verwaltungsgenehmigungen zu erhalten, und komplexe und fragmentierte Genehmigungsverfahren zu durchlaufen. Nach Artikel 18 können Projekte, die den Status erlangt haben, von einer beschleunigten Bearbeitung ihrer Verwaltungsanträge profitieren, wie z. B. in Bezug auf Umweltverträglichkeitsprüfungen und Raumplanung. So kann ihnen Priorität eingeräumt werden, falls das nationale Verwaltungsrecht einen solchen Status bereits vorsieht.

Darüber hinaus ist im Chip-Gesetz festgelegt, dass die Sicherheit der Versorgung mit Halbleitern als zwingender Grund des überwiegenden öffentlichen Interesses im Sinne des Artikels 6 Absatz 4 und des Artikels 16 Absatz 1 Buchstabe c der Richtlinie 92/43/EWG ([10]) (Habitat-Richtlinie) und des Artikels 4 Absatz 7 der Richtlinie 2000/60/EG ([11]) (Wasserrahmenrichtlinie) angesehen werden kann. Unter außergewöhnlichen Umständen erlauben es diese Richtlinien, dass Projekte trotz negativer Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind und ein zwingender Grund des überwiegenden öffentlichen Interesses vorliegt. In dieser Bestimmung des Chip-Gesetzes wird klargestellt, dass Planung, Bau und Betrieb von IPFs und OEFs unter solchen Umständen als von überwiegendem öffentlichem Interesse betrachtet werden können.

Nach Artikel 18 Absatz 4 können die Mitgliedstaaten zur Genehmigung von Anträgen und zur Verbesserung der Koordinierung des Verwaltungsverfahrens den Ansatz der „einzigen Anlaufstelle" verfolgen und eine Behörde benennen, die für die Erleichterung und Koordinierung von Verwaltungsanträgen im Zusammenhang mit der Planung, dem Bau und dem Betrieb solcher Anlagen zuständig ist. Dazu kann jede benannte Behörde einen Koordinator benennen, der als zentrale Anlaufstelle für die IPFs oder OEFs fungiert.

b. Zweitens können IPFs und OEFs **bevorzugten Zugang zu den Pilotanlagen erhalten, die im Rahmen der Initiative „Chips für Europa" (Säule 1 des Chip-Gesetzes) eingerichtet wurden**. Das bedeutet beispielsweise, dass ihre Anträge auf Nutzung der Pilotanlagen beschleunigt und bevorzugt behandelt werden könnten (ohne aber auszuschließen oder zu verhindern, dass auch anderen Interessenten ein effektiver Zugang gewährt wird).

([8]) „Front-End" bezeichnet die gesamte Verarbeitung eines Halbleiter-Wafers (Artikel 2 Nummer 16). Die Frontend-Fertigung von IPFs und OEFs kann einen oder alle Verarbeitungsschritte der Herstellung eines Halbleiter-Wafers umfassen, beginnend mit verschiedenen Trägermaterialien (Si, SiC, SOI usw.).

([9]) „Back-End" bezeichnet das Packaging, die Montage und die Prüfung jeder einzelnen integrierten Schaltung (Artikel 2 Nummer 17).

([10]) ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7.

([11]) ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1.

c. Drittens bedeutet die Zuerkennung des IPF- oder OEF-Status, dass eine Anlage **„neuartig" ist und zur Versorgungssicherheit in der EU beiträgt**. Die Kommission berücksichtigt dies unter anderem auch in einem möglichen **Beihilfeverfahren** gemäß Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), wie in der Mitteilung „Ein Chip-Gesetz für Europa" ([12]) angekündigt, wenn ein Mitgliedstaat vorschlägt, eine solche Anlage mit staatlichen Beihilfen zu unterstützen. Der Aspekt der „Neuartigkeit" nach dem Chip-Gesetz (Verordnung (EU) 2023/1781) und die beihilferechtliche Würdigung sind eng miteinander verknüpft. Die Kommission kann staatliche Beihilfen für die Einrichtung neuartiger Anlagen in der EU gestützt auf Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV genehmigen. Dieser Ansatz ergänzt die Leitlinien für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) auf der Grundlage von Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b AEUV, mit denen länderübergreifende FuI-Projekte bis zur ersten industriellen Einführung in Bereichen von gemeinsamem Interesse gefördert werden sollen, wodurch eine andere Phase des Innovationszyklus unterstützt wird. Auch wenn der Wortlaut des Chip-Gesetzes (Verordnung (EU) 2023/1781) die Anwendung der Artikel 107 und 108 AEUV unberührt lässt, werden die Kommissionsdienststellen bei der beihilferechtlichen Prüfung die Anerkennung der „Neuartigkeit" bei Projekten mit berücksichtigen.

A. *Synergien mit staatlichen Beihilfen und Unterschiede dazu*

Es kann vorkommen, dass ein Mitgliedstaat beabsichtigt, ein Projekt, das den IPF- oder OEF-Status beantragt, zusätzlich auch mit staatlichen Beihilfen zu unterstützen. Hier ist zu betonen, dass die **Beantragung des IPF- oder OEF-Status ein von der beihilferechtlichen Prüfung getrenntes Verfahren** ist. **Für diese beiden Verfahren können daher unterschiedliche Arten von Informationen benötigt werden.**

Das Antragsverfahren für den IPF- und OEF-Status soll sicherstellen, dass die Anlage des antragstellenden Unternehmens der Definition entspricht und die damit verbundenen Bedingungen des Artikels 13 bzw. des Artikels 14 des Chip-Gesetzes erfüllt, und muss vom antragstellenden Unternehmen durchgeführt werden. Dagegen wird das Beihilfeverfahren durch die Anmeldung eines Mitgliedstaats eingeleitet und beinhaltet eine umfassendere rechtliche und wirtschaftliche Prüfung der öffentlichen Unterstützung, die dem antragstellenden Unternehmen gewährt werden soll. Zudem erfolgt die Prüfung auf der Grundlage einer Reihe kumulativer Voraussetzungen nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV, damit die Maßnahme der Wirtschaftstätigkeit zugutekommt, die sie erleichtern soll, und die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändert, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft.

Falls eine öffentliche Unterstützung in Form staatlicher Beihilfen geplant ist, sollten die Unternehmen, die den IPF- und OEF-Status beantragen möchten, und die betreffenden Mitgliedstaaten **der Kommission die Einleitung dieser beiden Verfahren gleichzeitig mitteilen**.

Ebenso sollten Antragsteller, die den IPF- oder OEF-Status beantragen möchten und bereits ein Beihilfeverfahren eingeleitet oder abgeschlossen haben, ihren IPF- oder OEF-Antrag so bald wie möglich einreichen und **im Antragsformular auf die betreffende staatliche Beihilfe verweisen**. Antragsteller, die sich um den IPF- oder OEF-Status bemühen und im Besitz einschlägiger Unterlagen sind, die der anmeldende Mitgliedstaat im Rahmen des Beihilfeverfahrens eingereicht hat, werden von den Kommissionsdienststellen dazu ermuntert, bei ihrer separaten IPF- oder OEF-Beantragung **solche Unterlagen und Beschreibungen weiterzuverwenden**, sofern sie zur Verwendung dieser Unterlagen berechtigt sind (siehe auch Abschnitt III.2). Ebenso können Antragsteller, die den IPF- oder OEF-Status anstreben, im Einvernehmen mit dem anmeldenden Mitgliedstaat und mit dessen Hilfe die bei der IPF- oder OEF-Beantragung eingereichten Unterlagen auch in dem Beihilfeverfahren möglichst weiterverwenden. Nach Möglichkeit werden nämlich **beide Verfahren und die jeweiligen Prüfungen parallel zueinander durchgeführt**. Die jeweils zuständigen Kommissionsdienststellen werden in engem Kontakt stehen, um die Einhaltung der Kriterien für IPFs bzw. OEFs bestmöglich zu koordinieren, die Entscheidungsfindung zu beschleunigen und zusätzliche Belastungen für die Antragsteller zu vermeiden. Außerdem werden sich die zuständigen Kommissionsdienststellen darum bemühen, gleichzeitig hierüber zu entscheiden. Der Zeitrahmen hängt jedoch von der Vollständigkeit der vom Antragsteller und vom Mitgliedstaat bzw. den Mitgliedstaaten übermittelten Informationen sowie von den Gegebenheiten des geprüften Einzelfalls ab.

B. *Vorantragsphase*

Die Erfahrungen der Kommission mit Beihilfeverfahren zeigen den Mehrwert von Vorabkontakten ([13]), die es der Kommissionsdienststelle und dem anmeldenden Mitgliedstaat ([14]) ermöglichen, die rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte eines geplanten Projekts schon vor der Anmeldung informell und vertraulich zu erörtern und dadurch die Qualität und Vollständigkeit der Anmeldungen zu verbessern. In diesem Zusammenhang können der Mitgliedstaat und die Kommissionsdienststelle auch gemeinsam konstruktive Vorschläge zur Behebung problematischer Aspekte einer geplanten Beihilfemaßnahme ausarbeiten. Diese Phase bietet die Möglichkeit, die Bearbeitung von Anmeldungen zu beschleunigen, sobald sie dann förmlich bei der Kommission eingereicht wurden. Nach Ansicht der Kommission können diese Erwägungen sinngemäß auch auf das Antragsverfahren für den IPF- oder OEF-Status in Form einer „Vorantragsphase" übertragen werden.

([12]) Mitteilung der Kommission vom 8. Februar 2022, COM(2022) 45 final. Die Mitteilung liegt in allen EU-Amtssprachen vor.

([13]) Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren, abrufbar unter https://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/best_practices_code_en.pdf (auf Englisch).

([14]) In Beihilfeverfahren können (Vor-)Anmeldungen nur von dem bzw. den betreffenden Mitgliedstaat(en) eingereicht werden.

Die **Vorantragsphase** bietet dem Antragsteller die Gelegenheit, die Sache mit der Kommission zu erörtern und Hinweise dazu zu erhalten, wie er sicherstellen kann, dass er alle erforderlichen Informationen einreicht. Eine fruchtbare Vorantragsphase erleichtert auch das Verständnis aller wesentlichen Probleme, die sich aus einem geplanten Projekt ergeben. **Die Vorantragsphase ist aber nicht zwingend vorgeschrieben.** Unternehmen können eine Vorantragsphase insbesondere dann in Betracht ziehen, wenn ihre Projekte spezielle Elemente oder Besonderheiten aufweisen, bei denen informelle Vorgespräche mit den Kommissionsdienststellen hilfreich wären.

Um eine konstruktive und effiziente Vorantragsphase zu ermöglichen, liegt es im Interesse des Antragstellers, der Kommission alle Informationen zu übermitteln, die diese benötigt, um das geplante Projekt anhand eines Antragsentwurfs prüfen zu können. Zur Erleichterung einer raschen Antragsbearbeitung sind Vorabkontakte per E-Mail, Telefonkonferenz usw. grundsätzlich persönlichen Sitzungen vorzuziehen.

Vorabkontakte sollten nicht länger als zwei Monate dauern und streng vertraulich sein, um eine **unverbindliche** und informelle eine Orientierung seitens der Kommissionsdienststelle zu ermöglichen und so das anschließende förmliche Antragsverfahren zu erleichtern.

In dieser Phase wird **die Kommission daher keine förmliche oder offizielle Bewertung vornehmen**. **Von den Unternehmen wird insbesondere auch nicht erwartet, dass sie** eine der mit dem IPF- und OEF-Status verbundenen Verpflichtungen eingehen.

4. **Verpflichtungen, die mit dem IPF- und OEF-Status verbunden sind**

Zusätzlich zu den Verpflichtungen, die eingegangen werden, um den IPF- oder OEF-Status beantragen zu können (und deren tatsächliche Umsetzung von der Kommission überwacht wird, Näheres dazu in Abschnitt III), gilt für Unternehmen mit **IPF- oder OEF-Status auch der Artikel 26** des Chip-Gesetzes. In diesem Artikel heißt es: „*Wird die Krisenstufe gemäß Artikel 23 aktiviert, so kann die Kommission integrierte Produktionsstätten und offene EU-Fertigungsbetriebe dazu verpflichten,* ***einen Auftrag über krisenrelevante Produkte anzunehmen und vorrangig zu behandeln (im Folgenden ‚vorrangiger Auftrag')***“.

Sowohl für die Aktivierung der **Krisenstufe** als auch für den Rückgriff auf **vorrangige Aufträge als „letztes Mittel“ gibt es sehr spezifische Kriterien und Voraussetzungen**, die gewährleisten, dass solche Aufträge **notwendig und verhältnismäßig** sind.

A. *Krisenstufe*

Die Halbleiter-Krisenstufe sollte nur aktiviert werden, wenn konkrete, schwerwiegende und zuverlässige Belege für eine solche Krise vorliegen. Eine Halbleiterkrise würde eintreten, wenn schwerwiegende Störungen der Versorgung mit Halbleitern oder schwerwiegende Hemmnisse für den Handel mit Halbleitern in der EU bestehen, die zu erheblichen Versorgungsengpässen bei Halbleitern, Zwischenprodukten oder Rohstoffen oder verarbeiteten Werkstoffen führen, und wenn diese erheblichen Versorgungsengpässe die Bereitstellung, Reparatur und Wartung wesentlicher Produkte, die von kritischen Sektoren ([15]) verwendet werden, z. B. medizinischer und diagnostischer Ausrüstung, in einem Ausmaß verhindern, dass das Funktionieren der kritischen Sektoren aufgrund ihrer Auswirkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Sicherheit der EU ernsthaft beeinträchtigt würde. Die Krisenstufe würde im Wege eines Durchführungsrechtsakts des Rates ausgerufen. **Wenn eine Krisenstufe ausgerufen wird und es zur Bewältigung einer Halbleiterkrise in der EU erforderlich ist**, kann die Kommission ausnahmsweise dazu ermächtigt werden, bestimmte Notfallmaßnahmen zu ergreifen, die in einem im Chip-Gesetz festgelegten **Notfallinstrumentarium** vorgesehen sind. Die Durchführung einer solchen Maßnahme erfolgt nach einem Dialog mit dem Europäischen Halbleitergremium ([16]) und nur insoweit, wie dies im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der EU erforderlich, angemessen und verhältnismäßig ist.

([15]) Kritische Sektoren sind in Anhang IV des Chip-Gesetzes aufgeführt. Dazu gehören: Energie, Verkehr, Banken, Finanzmarktinfrastruktur, Gesundheit, Trinkwasser, Abwasser, digitale Infrastruktur, öffentliche Verwaltung, Raumfahrt, Produktion, Verarbeitung und Vertrieb von Lebensmitteln, Verteidigung, Sicherheit.

([16]) Siehe Fußnote 5 des vorliegenden Leitfadens und die Artikel 28–30 des Chip-Gesetzes.

Das Notfallinstrumentarium besteht aus mehreren Instrumenten:

— **Informationsersuchen** (Artikel 25): Um das Verständnis der Störungen der Lieferkette zu verbessern und die Entscheidungsfindung zur Bewältigung einer Krise zu ermöglichen, ermächtigt das Chip-Gesetz die Kommission zu verbindlichen Informationsersuchen in Bezug auf Produktionsvermögen und Produktionskapazitäten, derzeitige Hauptstörungen sowie andere vorhandene Daten, die benötigt werden, um die Art der Krise zu beurteilen oder möglicherweise zu ergreifende Risikominderungs- oder Notfallmaßnahmen zu ermitteln und zu bewerten.

— **Vorrangige Aufträge** (Artikel 26): siehe Abschnitt B.

— **Gemeinsame Beschaffung** (Artikel 27): Als zusätzliches Instrument für die Zuweisung von Ressourcen für vorrangige Bereiche sieht das Chip-Gesetz einen Rahmen für die gemeinsame Beschaffung krisenrelevanter Produkte vor.

Außerdem kann das Europäische Halbleitergremium in Bezug auf die Notwendigkeit der Einführung von Schutzmaßnahmen gemäß der Verordnung (EU) 2015/479 des Europäischen Parlaments und des Rates ([17]) beraten (z. B. in Bezug auf Ausfuhrgenehmigungen).

B. *Vorrangige Aufträge*

Um den Mangel an Instrumenten zu beheben, die während eines Engpasses in besonders gefährdeten kritischen Sektoren eine angemessene Ressourcenzuweisung in der EU erlauben, sieht das Chip-Gesetz eine Verpflichtung von IPFs und OEFs zur vorrangigen Behandlung vor. Diese Verpflichtung zur vorrangigen Behandlung beinhaltet eine durchsetzbare Pflicht zur Annahme und vorrangigen Behandlung einer Bestellung für krisenrelevante Produkte.

Diese **Verpflichtung kann ggf. auch anderen Halbleiterunternehmen auferlegt werden**, die diese Möglichkeit im Rahmen des **Erhalts öffentlicher Unterstützung** akzeptiert haben. Darüber hinaus müssen in der EU niedergelassene Halbleiterunternehmen gemäß Artikel 26 Absatz 3 **die Kommission informieren**, wenn ihnen **ein vorrangiger Auftrag eines Drittlands auferlegt** wird. Wenn sich diese Verpflichtung erheblich auf das Funktionieren bestimmter kritischer Sektoren auswirkt, kann die Kommission, sofern dies erforderlich und verhältnismäßig ist, von solchen Unternehmen verlangen, dass sie Aufträge für krisenrelevante Produkte annehmen und vorrangig behandeln.

Vorrangige Aufträge sind beschränkt auf Begünstigte, die Halbleiter in kritischen Sektoren verwenden, sowie auf Unternehmen, die kritische Sektoren beliefern, deren Tätigkeiten gestört sind oder gestört zu werden drohen und die nach Ergreifung geeigneter Risikominderungsmaßnahmen nicht in der Lage sind, die Auswirkungen des Engpasses durch andere Mittel zu vermeiden und abzufedern. Die Kommission kann einen Begünstigten auffordern, dies mit geeigneten Nachweisen zu belegen.

Diese Verpflichtung kann durch einen an das einzelne Unternehmen gerichteten **Beschluss der Kommission** nach Prüfung der besonderen Umstände des Falles und nur dann auferlegt werden, wenn dies unter Berücksichtigung der legitimen Ziele des Unternehmens sowie der Kosten und des Aufwands, die durch eine Änderung der Produktionsfolge entstehen, erforderlich und verhältnismäßig ist. In dem Beschluss der Kommission werden das Produkt, die Menge und die Frist festgelegt. Ein solcher vorrangiger Auftrag muss zu einem **fairen und angemessenen Preis** vergeben werden. Im Gegenzug wird Unternehmen, die einen vorrangigen Auftrag erfüllen, bei Verstößen gegen vertragliche Verpflichtungen, die zur Erfüllung eines solchen Auftrags erforderlich sind, ein **Haftungsschutz** gewährt. Die Kommission erlässt dann einen Durchführungsrechtsakt zur Festlegung der näheren praktischen und operativen Modalitäten für die Funktionsweise vorrangiger Aufträge (Artikel 26 Absatz 8).

In Artikel 26 Absatz 6 des Chip-Gesetzes heißt es: *„Vor der Erteilung vorrangiger Aufträge … gibt die Kommission dem vorgesehenen Empfänger eines vorrangigen Auftrags Gelegenheit, sich zur Durchführbarkeit und zu den Einzelheiten des Auftrags zu äußern.* ***Die Kommission erteilt den vorrangigen Auftrag nicht, wenn***

a. das Unternehmen wegen unzureichenden Produktionsvermögens oder wegen unzureichender Produktionskapazität oder aus technischen Gründen nicht in der Lage ist, den vorrangigen Auftrag zu erfüllen, selbst wenn es diesen Auftrag vorrangig behandelt;

b. die Annahme des Auftrags eine unzumutbare wirtschaftliche Belastung und eine besondere Härte für das Unternehmen darstellen würde, einschließlich erheblicher Risiken im Zusammenhang mit der Betriebskontinuität."

([17]) Verordnung (EU) 2015/479 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über eine gemeinsame Ausfuhrregelung (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 34).

Sobald der Antragsteller den IPF- oder OEF-Status erlangt hat, ist er **rechtlich verpflichtet, die Bestimmungen** des Chip-Gesetzes **über die vorrangige Behandlung von Aufträgen** in Krisenzeiten **einzuhalten**. Die Kommission wird von den Unternehmen während des Antragsverfahrens eine ausdrückliche Anerkennung dieser Verpflichtung verlangen.

III. **Antrag auf den Status als integrierte Produktionsstätte oder offener EU-Fertigungsbetrieb**

Der folgende Abschnitt enthält eine Reihe von **Fragen und Antworten** (nach Maßgabe des Artikels 15 des Chip-Gesetzes). Er dient Antragstellern als Orientierungshilfe für **das Antragsverfahren, die erforderlichen Unterlagen und das geeignete Format** und ergänzt das Antragsformular und die Checkliste in Abschnitt IV.

Dieser Leitfaden beruht auf den laufenden Erfahrungen der Kommissionsdienststellen mit der Beantragung des IPF- oder OEF-Status im Rahmen des Chip-Gesetzes. Dieser Leitfaden trägt auch der Rechtsprechung des Gerichtshofs und des Gerichts Rechnung. Die Kommission kann diesen Leitfaden in Anbetracht künftiger Entwicklungen und neuer Erkenntnisse überarbeiten.

Die Analyse der Anträge auf den IPF- oder OEF-Status lässt die Auslegung des Chip-Gesetzes durch den Gerichtshof oder das Gericht unberührt. Die Kommission verpflichtet sich, alle Informationen, die sie in einem Antrag auf Anerkennung als IPF oder OEF erlangt, mit größter Vertraulichkeit zu behandeln und solche Informationen, die unter das Berufsgeheimnis gemäß Artikel 339 AEUV fallen und den internen Vorschriften der Kommission über den sicheren Umgang mit Daten – insbesondere dem Beschluss (EU, Euratom) 2015/443 der Kommission ([18]) – unterliegen, ausschließlich für die Zwecke des Chip-Gesetzes zu verwenden.

1. **Wer kann den IPF- und OEF-Status beantragen?**

Nach Artikel 15 Absatz 1 des Chip-Gesetzes kann „***jedes Unternehmen oder Unternehmenskonsortium … bei der Kommission einen Antrag darauf stellen****, einem Projekt den Status als integrierte Produktionsstätte oder offener EU-Fertigungsbetrieb zu gewähren*“. Um diesen Status zu erhalten, müssen sie jedoch bestimmte Kriterien erfüllen (siehe Antwort auf Frage 2).

2. **Welche Anforderungen berücksichtigt die Kommission bei der Prüfung des Antrags?**

Bei der Prüfung eines Antrags vergewissert sich die Kommission, dass eine Reihe von Anforderungen erfüllt werden und bestimmte Unterlagen eingereicht worden sind (siehe unten).

Bitte beachten Sie, dass die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für staatliche Beihilfen vorgelegten Unterlagen auch für die Prüfung von Anträgen auf den IPF- oder OEF-Status hilfreich sind. Antragsteller, die den IPF- oder OEF-Status anstreben und an einem Beihilfeverfahren beteiligt sind oder dieses bereits abgeschlossen haben, sollten im Antragsformular **auf die betreffende staatliche Beihilfe verweisen**. Antragsteller, die den IPF- oder OEF-Status anstreben und im Besitz einschlägiger Unterlagen sind, die der anmeldende Mitgliedstaat im Rahmen des Beihilfeverfahrens eingereicht hat, werden von den Kommissionsdienststellen dazu ermuntert, bei ihrer separaten IPF- oder OEF-Beantragung **solche Unterlagen und Beschreibungen weiterzuverwenden**, sofern sie zur Verwendung dieser Unterlagen berechtigt sind. Alternativ dazu können antragstellende Unternehmen auch eine Genehmigung des anmeldenden Mitgliedstaats vorlegen, dass bestimmte Unterlagen, die im Zusammenhang mit der Anmeldung staatlicher Beihilfen eingereicht wurden, auch für das Antragsverfahren verwendet werden dürfen. Solche konkret genannten Unterlagen brauchen dann nicht erneut eingereicht zu werden. Ebenso können Antragsteller, die den IPF- oder OEF-Status anstreben, im Einvernehmen mit dem anmeldenden Mitgliedstaat und mit dessen Hilfe die bei der IPF- oder OEF-Beantragung eingereichten Unterlagen auch in dem Beihilfeverfahren möglichst weiterverwenden. Dies gilt für alle im Antrag auf den IPF- und OEF-Status geprüften Kriterien, soweit die im Beihilfeverfahren verwendeten Unterlagen und Beschreibungen zum Nachweis der Einhaltung der nachstehend beschriebenen Kriterien und Anforderungen herangezogen werden können. Ist dies nicht der Fall, müssen neue Unterlagen und Nachweise oder entsprechende Ergänzungen eingereicht werden.

A. *Neuartigkeit der Anlagen*

Die Kommission prüft zuerst, ob es sich um eine **„neuartige“ Anlage** handelt (Nummer 1 des Antragsformulars), wie in Artikel 13 Absatz 2 bzw. Artikel 14 Absatz 2 des Chip-Gesetzes gefordert.

([18]) Beschluss (EU, Euratom) 2015/443 der Kommission vom 13. März 2015 über Sicherheit in der Kommission (ABl. L 72 vom 17.3.2015, S. 41).

Der Antragsteller muss das Projekt entsprechend der Begriffsbestimmung für „neuartig“ beschreiben. Falls bereits ein beihilferechtlicher Beschluss vorliegt, in dem die Neuartigkeit der Anlage anerkannt wird, so wird diese Anerkennung in das Verfahren nach dem Chip-Gesetz übernommen. Insbesondere sollte der Antragsteller angeben, welche Innovationselemente, die in der EU noch nicht vorhanden oder noch nicht konkret geplant sind, der Fertigungsprozess oder das Endprodukt seiner Anlage für den Binnenmarkt bringen wird. Der Antragsteller sollte erläutern, worin sich sein Projekt von bestehenden Anlagen und – soweit bekannt – von anderen geplanten Projekten (mit oder ohne öffentliche Unterstützung) in der EU unterscheidet.

Der Antragsteller sollte Nachweise aus öffentlichen Quellen oder Marktkenntnisse über bestehende oder geplante Anlagen, die ähnliche Technologien nutzen, vorlegen und ausführlich erläutern, inwiefern diese sich von denen des Antragstellers unterscheiden.

Die Erläuterung sollte **5 000 Zeichen (rund drei Seiten) nicht überschreiten**. **Nachweise können in S-CIRCABC in den Ordner „01-First-of-a-kind“ hochgeladen werden.**

Zu den Unterlagen, die für den Nachweis der „Neuartigkeit“ der Anlage von Bedeutung sein könnten, gehören Marktstudien und Berichte über die Geschäftstätigkeit und die Produkte der Anlage, interne Projektdokumentationen und/oder Unterlagen, die der Verwaltungsrat für seine interne Entscheidungsfindung verwendet. Siehe auch Abschnitt II des vorliegenden Leitfadens.

B. *Verpflichtung zur Einhaltung der in Artikel 13 Absatz 3 oder in Artikel 14 Absatz 3 des Chip-Gesetzes festgelegten Kriterien*

Zweitens fordert die Kommission den Antragsteller unter Nummer 2 des Antragsformulars auf, sich zur Erfüllung der in Artikel 13 Absatz 3 bzw. Artikel 14 Absatz 3 des Chip-Gesetzes **festgelegten Kriterien für eine IPF oder ein OEF zu verpflichten**. Dabei geht es um folgende Kriterien:

(a) *Positive Auswirkungen* (Nummer 2.1 des Antragsformulars): Das Unternehmen muss nachweisen, dass die Einrichtung mittel- bis langfristig eindeutig positive Auswirkungen auf die Halbleiter-Wertschöpfungskette der Union mit Ausstrahlungseffekten über das Unternehmen oder den betreffenden Mitgliedstaat hinaus im Hinblick darauf hat, die Versorgungssicherheit und Resilienz des Halbleiter-Ökosystems (einschließlich des Wachstums von Start-ups und KMU) sicherzustellen, und zum grünen und digitalen Wandel der Union beiträgt.

Die Erläuterung sollte **5 000 Zeichen (rund drei Seiten) nicht überschreiten**.

Mögliche Ausstrahlungseffekte werden von Fall zu Fall geprüft.

In Erwägungsgrund 34 des Chip-Gesetzes werden verschiedene Maßnahmen zur Erzielung positiver Auswirkungen beschrieben, die vom Antragsteller für die Zwecke der Einstufung seiner Anlage als IPF oder OEF erwogen werden können. Beispiele hierfür sind:

— die Gewährung des Zugangs zu Fertigungsanlagen für Dritte gegen eine marktübliche Gebühr,

— die Bereitstellung von Process-Design-Kits für kleinere Entwurfsunternehmen oder für die virtuelle Entwurfsplattform (Artikel 5 des Chip-Gesetzes),

— die Verbreitung von Ergebnissen ihrer FuE-Tätigkeiten,

— die Forschungszusammenarbeit mit europäischen Universitäten und Forschungsinstituten,

— die Zusammenarbeit mit nationalen Behörden oder Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, um zur Kompetenzentwicklung beizutragen,

— der Beitrag zu EU-weiten Forschungsprojekten oder

— das Angebot spezieller Unterstützungsmöglichkeiten für Start-ups und KMU.

Auswirkungen, die sich auf mehrere Mitgliedstaaten erstrecken, auch in Bezug auf Kohäsionsziele, sollten als einer der Indikatoren für eindeutig positive Auswirkungen einer IPF bzw. eines OEF auf die Halbleiter-Wertschöpfungskette in der EU betrachtet werden.

Nur für offene EU-Fertigungsbetriebe ([19]): Die Kommission wird berücksichtigen, inwieweit der Antragsteller von der Anlage unabhängigen Unternehmen Produktionskapazität im Front-End- und/oder Back-End-Bereich anbietet, sofern eine ausreichende Nachfrage besteht.

([19]) Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe a.

(b) *Gewähr dafür, dass der Antragsteller nicht der extraterritorialen Anwendung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen von Drittländern unterworfen ist* (Nummer 2.2 des Antragsformulars): Der Antragsteller muss zusichern, dass er nicht der extraterritorialen Anwendung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen von Drittländern unterworfen wird, die seine Fähigkeit beeinträchtigen könnten, seine Infrastruktur, Software, Dienste, Anlagen, Vermögenswerte oder Ressourcen, sein geistiges Eigentum oder seine Fachkenntnisse zu nutzen, die er zur Erfüllung der Verpflichtung benötigt, vorrangige Aufträge gemäß dieser Verordnung auszuführen. Außerdem verpflichtet sich der Antragsteller, die Kommission darüber zu unterrichten, wenn sich eine solche Verpflichtung ergibt.

Wenn bei einer IPF oder einem OEF abzusehen ist, dass sie bzw. es einer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung eines Drittlands sowie einer konkurrierenden Verpflichtung seitens der Kommission unterworfen sein wird, muss die Produktionskapazität so organisiert und sequenziert werden, dass sichergestellt ist, dass die von der Kommission auferlegten Verpflichtungen erfüllt werden können.

Eine solche Zusicherung könnte beispielsweise in einer schriftlichen Erklärung gegeben werden und müsste eine Verpflichtung enthalten, die Kommission zu unterrichten, wenn ein solcher Fall eintritt.

Die Erläuterung sollte **5 000 Zeichen (rund drei Seiten) nicht überschreiten**.

Der Nachweis, dass ein Unternehmen nicht der extraterritorialen Anwendung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen von Drittländern unterworfen ist, sollte in S-CIRCABC in den Ordner „02-IPF-OEF compliance criteria“ hochgeladen werden.

Zu den Verpflichtungen, von denen die Kommission zu unterrichten ist, zählen alle anderen vorrangigen Aufträge, die das Unternehmen aus Nicht-EU-Ländern annimmt, oder Verpflichtungen, denen das Unternehmen aufgrund von Rechtsvorschriften oder Verträgen unterliegt, wonach es einen öffentlichen Dienst in einem Nicht-EU-Land erbringen muss, wenn dies die Fähigkeit des Unternehmens, seinen Verpflichtungen aus dem Chip-Gesetz nachzukommen, beeinträchtigen oder dieser entgegenstehen könnte.

(c) *Investitionen in die kontinuierliche Innovation* (Nummer 2.3 des Antragsformulars): Das Unternehmen muss zusagen, in kontinuierliche Innovation zu investieren, um konkrete Fortschritte im Bereich der Halbleitertechnologie zu erzielen oder Technologien der nächsten Generation vorzubereiten.

Die Erläuterung sollte **5 000 Zeichen (rund drei Seiten) nicht überschreiten**.

Eine solche Verpflichtung könnte beispielsweise darin bestehen, zur Umsetzung der Säule 1 des Chip-Gesetzes beizutragen, indem Kenntnisse und Kompetenzen für die Vorbereitung von Pilotanlagen bereitgestellt werden, deren Entwicklung aufmerksam verfolgt wird und zu denen beigetragen wird. Die Verpflichtung könnte auch darin bestehen, in ihren Anlagen eine Vorproduktionsanlage zu errichten, um die Ergebnisse der Pilotanlage vom Labor (z. B. von der Forschungs- und Technologieorganisation) in die Fertigung zu überführen. Dieser Verpflichtung könnte durch die Planung von Investitionen in fortgeschrittene Technologieknoten (z. B. Verbesserung der Rechenleistung und der Energieeffizienz) nachgekommen werden, durch die etwa ein Beitrag zur Vorbereitung von Pilotanlagen oder Vorproduktionsanlagen am Standort geleistet wird. Der Antragsteller sollte erläutern, inwiefern die Anlage schwerpunktmäßig Innovationen in der EU hervorbringt sowie konkrete Fortschritte in der Halbleitertechnologie erzielt und/oder Technologien und Halbleiter der nächsten Generation vorbereitet.

Es ist wichtig, dass das Unternehmen darlegt, wie es beabsichtigt, kontinuierliche Innovationen zu erzielen (z. B. durch die Angabe jährlicher Investitionen in FuE oder durch Festlegung konkreter Meilensteine auf dem Weg zur Einführung neuer hochmoderner Chips und Produkte). Das Chip-Gesetz schreibt keine bestimmten KPI für die Messung der kontinuierlichen Innovation vor, das antragstellende Unternehmen muss jedoch klare Innovationsparameter verwenden, um kontinuierliche Innovation vom Tagesgeschäft zu unterscheiden.

(d) *Investitionen in Bildung und Kompetenzen* (Nummer 2.4 des Antragsformulars): Der Antragsteller muss erläutern, wie sein Projekt die Talentpipeline der EU durch die Entwicklung und den Einsatz von Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und durch die Ausweitung des Pools an qualifizierten Arbeitskräften unterstützen wird.

Die Erläuterung sollte **5 000 Zeichen (rund drei Seiten) nicht überschreiten**.

Nachweise sollten in S-CIRCABC in den Ordner „02-IPF-OEF-compliance criteria“ hochgeladen werden.

Der Antragsteller sollte geplante Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nennen, durch die die Ausweitung des Pools an qualifizierten Arbeitskräften in der EU unterstützt werden soll. Der Antragsteller sollte klarstellen, wie zwischen üblichen Schulungen für Arbeitskräfte einerseits und Tätigkeiten, die speziell darauf abzielen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, deren Kompetenzen für den Halbleitersektor der EU am besten geeignet sind und dort benötigt werden, andererseits unterschieden werden soll.

So könnte der Antragsteller beispielsweise seine Absicht näher erläutern, mit einer technischen Universität zusammenzuarbeiten, um die Sichtbarkeit von und das Interesse der Studierenden an Arbeitsplätzen im Halbleiterbereich zu steigern. Ebenso könnte der Antragsteller Partnerschaften mit Sachverständigen von Technologieforschungszentren erwähnen. Der Antragsteller kann auch Onboarding-Programme, Workshops und Schulungen vorstellen, die darauf abzielen, bestehende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Kompetenzen für die Zukunft auszustatten. So dürfte beispielsweise in den Bereichen Ingenieurwesen und Fertigung die Nachfrage nach digitalen und analytischen Kompetenzen zunehmen. Schließlich könnte auch der Hinweis auf Karrierechancen für talentierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hilfreich sein.

C. *Geschäftsplan (Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe b des Chip-Gesetzes)*

Drittens muss die Kommission anhand des Antrags den **Geschäftsplan** des Unternehmens nachvollziehen können, **um die finanzielle und technische Tragfähigkeit der Anlage zu beurteilen** (Nummer 3 des Antragsformulars). Der Geschäftsplan muss die gesamte Lebensdauer der Anlage abdecken und Informationen über etwaige öffentliche Mittel enthalten, die von Behörden oder von staatseigenen Unternehmen des Mitgliedstaats, in dem sich die Anlage befindet, oder von anderen (Nicht-)EU-Länder gewährt werden.

Die Kommission macht keine Vorgaben für ein bestimmtes Format solcher Unterlagen. Der Inhalt dieser Unterlagen sollte klar und deutlich sein.

Die Erläuterung sollte **15 000 Zeichen (d. h. bis zu zehn Seiten) nicht überschreiten**.

Nachweise sollten in S-CIRCABC in den Ordner „03-Business plan“ hochgeladen werden.

Alle hier bereitgestellten Informationen werden ausschließlich für die Zwecke des Chip-Gesetzes verwendet und fallen gemäß Artikel 339 AEUV sowie den internen Vorschriften der Kommission über den sicheren Umgang mit Daten (insbesondere Beschluss (EU, Euratom) 2015/443 der Kommission) unter das Berufsgeheimnis.

D. *Dokumentation der Erfahrung des Antragstellers (Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe c des Chip-Gesetzes)*

Viertens muss die Kommission anhand des Antrags die **Erfahrung des Antragstellers** mit der Installation und dem Betrieb ähnlicher Anlagen beurteilen können (siehe Nummer 4 des Antragsformulars). Dies könnte durch die Vorlage eines **Tätigkeitsberichts** für die Vorjahre oder durch eine Beschreibung des Projektteams und der jeweiligen einschlägigen Erfahrung mit der Verwaltung ähnlicher Projekte und/oder dem Betrieb ähnlicher Anlagen nachgewiesen werden. Für den Fall, dass kein Tätigkeitsbericht verfügbar ist, schlägt die Kommission vor, einen solchen speziell für diesen Antrag zu erstellen und von einem gesetzlichen Vertreter bestätigen zu lassen.

Die vorgenannte Unterlage sollte in S-CIRCABC in den Ordner „04-Proven Experience“ hochgeladen werden.

E. *Nachweis für die Bereitschaft des Mitgliedstaats bzw. der Mitgliedstaaten, auf dessen bzw. deren Hoheitsgebiet(en) die Anlage gebaut würde, ihre Einrichtung zu fördern (Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe d des Chip-Gesetzes)*

Fünftens muss die Kommission anhand des Antrags überprüfen können, ob der Antragsteller einen geeigneten **Nachweis für die Bereitschaft des Mitgliedstaats bzw. der Mitgliedstaaten**, in dem bzw. denen der Antragsteller seine Anlage anzusiedeln gedenkt, **die Einrichtung einer solchen Anlage zu unterstützen**, vorgelegt hat (siehe Nummer 5 des Antragformulars).

Dabei könnte es sich um ein Schreiben des Mitgliedstaats (z. B. des gemäß der nationalen Kompetenzverteilung zuständigen Ministers) oder um eine vorläufige Entscheidung des Mitgliedstaats handeln, die Einrichtung der Anlage des Antragstellers (auf finanzielle, administrative und/oder sonstige Weise) zu unterstützen.

Es reicht nicht aus, lediglich nachzuweisen, dass der Mitgliedstaat allgemein beabsichtigt, Anlagen zu unterstützen, die der geplanten Anlage ähneln. Die Unterstützung des Mitgliedstaats kann, muss aber nicht mit einer monetären Bezuschussung verbunden sein.

Die Unterlage sollte in S-CIRCABC in den Ordner „05-Member State support“ hochgeladen werden.

F. *Vorliegen von politischen Maßnahmen und Plänen im Bereich des geistigen Eigentums (Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe e des Chip-Gesetzes)*

Innovative High-Tech-Unternehmen sind zunehmend der Entwendung von vertraulichen Informationen, Geschäftsgeheimnissen und geschützten Daten ausgesetzt, wie etwa Diebstahl geistigen Eigentums, unerlaubte Vervielfältigung, erzwungene Technologietransfers, Wirtschaftsspionage oder Verstöße gegen Vertraulichkeitsanforderungen, und zwar von innerhalb, vor allem aber von außerhalb der Union. Jüngste Entwicklungen (z. B. zunehmendes Outsourcing, längere globale Wertschöpfungsketten und der verstärkte Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik) haben dieses Risiko erhöht. Die unrechtmäßige Aneignung, Nutzung oder Offenlegung von vertraulichen Informationen, Geschäftsgeheimnissen und geschützten Daten beeinträchtigt die Fähigkeit des Unternehmens, aus Innovationsanstrengungen Vorreiterrenditen zu erzielen.

Der Antragsteller muss (siehe Nummer 6 des Antragsformulars) nachweisen, dass geeignete Strategien einschließlich technischer Schutzvorkehrungen und Durchführungsmaßnahmen bestehen, die auf Folgendes abzielen:

(a) **Gewährleistung des Schutzes von nicht offengelegten Informationen**;

(b) **Gewährleistung des Schutzes von Rechten des geistigen Eigentums**, insbesondere um die unbefugte Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen oder die Preisgabe sensibler neu aufkommender Technologien zu verhindern.

Der Antragsteller kann beispielsweise interne Unternehmensstrategien oder Mitarbeiterhandbücher, Verträge zwischen Inhabern von Rechten des geistigen Eigentums und Zulieferern, z. B. Fertigungsanlagen, Konformitätsbescheinigungen oder Branchenkodizes vorlegen, unabhängig davon, ob diese freiwillig oder verbindlich sind.

Es ist vorzuziehen, dass die bestehenden Unternehmensregelungen einfach formuliert und in klarer, deutlicher Sprache mit genau festgelegten Maßnahmen verfasst werden. Aus den Maßnahmen sollte klar hervorgehen, wie die Anweisungen aus den Unternehmensstrategien zum angemessenen Schutz von Informationen, Daten und Rechten des geistigen Eigentums umgesetzt werden.

Die Nachweise des Schutzes dieser beiden Aspekte sollten in S-CIRCABC in den Ordner „06-Protection of sensitive information“ hochgeladen werden.

G. *Verpflichtung zur vorrangigen Behandlung von Aufträgen in Krisenzeiten (Artikel 26 des Chip-Gesetzes)*

Ein Unternehmen, das den IPF- oder OEF-Status erlangt hat, ist rechtlich verpflichtet, die Bestimmungen des Chip-Gesetzes über die vorrangige Behandlung von Aufträgen in Krisenzeiten einzuhalten. Im Zuge des Antragsverfahrens werden die Unternehmen unter Nummer 2.2 des Antragsformulars aufgefordert, ausdrücklich zu bestätigen, dass Ihnen die Anforderung bekannt ist, der sie aufgrund des IPF- und OEF-Status in Bezug auf vorrangige Behandlung von Aufträgen gemäß Artikel 26 des Chip-Gesetzes unterliegen.

3. **Nach welchem Verfahren bewertet die Kommission die Anträge?**

Im Einklang mit Artikel 15 des Chip-Gesetzes bewertet die Kommission den Antrag in einem fairen und transparenten Verfahren auf der Grundlage der in der Antwort auf Frage 2 genannten Kriterien und Beispiele und nach dem in Artikel 15 des Chip-Gesetzes beschriebenen Verfahren. **Die Bewertung gliedert sich in vier Phasen**, wie nachstehend beschrieben. Die **für jede Phase angegebene Frist trägt der Tatsache Rechnung, dass die Kommission innerhalb von sechs Monaten nach Eingang eines vollständigen Antrags diesen bearbeiten und darüber entscheiden muss**. Ein unvollständiger Antrag kann – in jeder Phase des Verfahrens – zu Verzögerungen im Antragsverfahren führen.

A. *Antragseingang und erste Bewertungsstufe (Überprüfung des Online-Formulars)*

Über die Futurium-Plattform können Unternehmen ihr Interesse an der Beantragung des IPF- oder OEF-Status bekunden, indem sie ein **Online-Formular** mit ihren Identifizierungsangaben und einer kurzen Beschreibung der Anlage und des Projekts ausfüllen (weitere Einzelheiten siehe Anhang). Sobald der Antrag eingereicht wurde, erhält der Antragsteller von der Futurium-Plattform automatisch eine Bestätigung, und die Kommission wird benachrichtigt.

Sobald der Antragsteller benachrichtigt wurde, prüft die Kommission, ob das Online-Formular ordnungsgemäß ausgefüllt wurde. In dieser Phase des Verfahrens kann die Kommission über die im Online-Formular angegebene E-Mail-Adresse mit dem Unternehmen Verbindung aufnehmen, um erforderlichenfalls zusätzliche Angaben oder Informationen anzufordern.

Sobald die Kommission in der Lage ist, die Identität und die Absicht des Antragstellers zu überprüfen, wird der Antragsteller zu einer Untergruppe in Futurium eingeladen, die nur für ihn und die Kommission zugänglich ist. Innerhalb dieser Untergruppe teilt die Kommission dem Antragsteller ihre Entscheidung mit und übermittelt ihm den Link zur gesicherten Plattform S-CIRCABC, auf der der Antragsteller die Beantragung des IPF- oder OEF-Status fortsetzen kann. In S-CIRCABC wird der Antragsteller aufgefordert, den ausgefüllten Antrag und die zugehörigen Nachweise hochzuladen.

Sobald der Antragsteller alle erforderlichen Unterlagen und Nachweise hochgeladen hat, bestätigt ihm die Kommission in der Futurium-Untergruppe, dass sein Antrag vollständig ist und nun die erste Bewertungsstufe beginnt.

Die nachstehenden Fristen dienen als Anhaltspunkt und beruhen auf einer Schätzung der für die Bewertung des Antrags in jeder Phase des Verfahrens benötigten Zeit.

— Die Phase vom Antragseingang bis zur ersten Bewertungsstufe sollte **zwei Wochen** dauern.

B. *Zweite Bewertungsstufe (Vollständigkeit des Antrags)*

Zu diesem Zeitpunkt bewertet die Kommission, ob **alle Unterlagen vorliegen und technisch lesbar sind**. Ist die Kommission der Auffassung, dass die im Antrag enthaltenen Informationen unvollständig sind, so fordert sie den Antragsteller in der Futurium-Untergruppe auf, die zur Vervollständigung des Antrags erforderlichen zusätzlichen Informationen unverzüglich nachzureichen.

— Sobald die Kommission davon ausgeht, dass der Antrag **vollständig** ist und alle relevanten Unterlagen und Informationen enthält, teilt sie dem Antragsteller **innerhalb von zwei Wochen** in der Futurium-Untergruppe den Beginn der dritten und abschließenden Bewertungsstufe mit.

C. *Dritte Bewertungsstufe (Einhaltung der Kriterien für den IPF- und OEF-Status)*

Bei der dritten Bewertungsstufe wird die **Einhaltung der Kriterien für den IPF- oder OEF-Status und die Tragfähigkeit des Projekts** geprüft, wie in der Antwort auf Frage 2 erläutert. Für Letzteres bewertet die Kommission den Geschäftsplan, aus dem die finanzielle Tragfähigkeit des Projekts hervorgeht, die Dokumentation der Erfahrung des Antragstellers sowie das Schreiben oder den Nachweis für die Bereitschaft des Mitgliedstaats bzw. der Mitgliedstaaten, auf dessen bzw. deren Hoheitsgebiet(en) die Anlage gebaut würde, die Einrichtung einer solchen Anlage zu fördern. Diese Dokumentation ermöglicht es der Kommission, den Status vor allem jenen Projekten zu gewähren, die nachgewiesene Erfolgsaussichten haben.

— Die dritte Bewertungsstufe kann je nach Komplexität des eingereichten Projekts und dem Vorliegen einer früheren Bewertung im Rahmen eines Beihilfeverfahrens zwischen drei und vier Monaten der insgesamt sechs Monate in Anspruch nehmen.

D. *Empfehlung des Europäischen Halbleitergremiums und Beschlussfassung*

Sobald die Kommission ihre Bewertung abgeschlossen hat, konsultiert sie das **Europäische Halbleitergremium** auf der Grundlage der vom Antragsteller vorgelegten nicht vertraulichen Informationen und im Einklang mit dem für die Kommission geltenden Rahmen für die Informationssicherheit und allen Vertraulichkeitsvorschriften (siehe unten).

Unter Berücksichtigung der Standpunkte des Europäischen Halbleitergremiums schließt die Kommission ihre Bewertung ab und teilt dem Antragsteller einen **Beschluss der Kommission per E-Mail** mit. Der Beschluss wird später auch in Futurium veröffentlicht. In der öffentlichen Fassung des Beschlusses werden alle Verweise auf vertrauliche Informationen gestrichen.

In dem **Beschluss der Kommission** wird der gewährte Status (IPF oder OEF) und die Dauer des Status auf der Grundlage der voraussichtlichen Lebensdauer des Projekts festgelegt.

— Der Beschluss ergeht **spätestens sechs Monate nach Eingang eines vollständigen Antrags** (siehe auch zweite Bewertungsstufe).

Abbildung 1

Bewertungsverfahren für Anträge auf Gewährung des IPF- und OEF-Status

4. **Überwacht die Kommission nach Gewährung des IPF- oder OEF-Status die Durchführung des Projekts?**

Die Kommission überwacht die Fortschritte bei der Einrichtung und dem Betrieb der IPF oder OEF. Insbesondere kann die Kommission von dem Unternehmen verlangen, (jährlich oder in anderen Zeitabständen, je nach Gesamtdauer des Projekts) einen Bericht vorzulegen, in dem die Fortschritte des Projekts und die fortgesetzte Einhaltung der wesentlichen Kriterien und Verpflichtungen, auf deren Grundlage der IPF- oder OEF-Status gewährt wurde, dargelegt werden. Die Kommission unterrichtet das Europäische Halbleitergremium regelmäßig über S-CIRCABC.

A. *Statusänderungen*

Vom Betreiber der Anlage veranlasste Änderungen

In hinreichend begründeten Fällen kann der Betreiber der Anlage, die den IPF- oder OEF-Status erlangt hat, bei der Kommission (über die Futurium-Untergruppe und erforderlichenfalls anhand von in S-CIRCABC hochgeladenen Nachweisen) einen begründeten Antrag stellen, **die Gewährungsdauer des Status zu überprüfen oder seine Durchführungspläne** im Hinblick auf die Einhaltung der Anforderungen **zu ändern**. Die Begründungen und/oder die externen Umstände werden von der Kommission im Einzelfall geprüft. Die Kommission kann die Dauer des mit ihrem ursprünglichen Beschluss gewährten Status überdenken oder die Änderung der Durchführungspläne akzeptieren.

Von der Kommission veranlasste Änderungen

Stellt die Kommission fest, dass eine Anlage die in Artikel 13 und Artikel 14 des Chip-Gesetzes festgelegten Anforderungen an eine IPF oder einen OEF nicht mehr erfüllt, so fordert sie den Betreiber auf, dazu Stellung zu nehmen und geeignete Abhilfemaßnahmen vorzuschlagen.

B. *Aufhebung des Status*

Die Kommission kann einen Beschluss über die Anerkennung des Status einer IPF oder eines OEF aufheben, wenn die Anerkennung auf einem **Antrag beruhte, der unrichtige Informationen enthielt, oder** wenn **die Anlage** trotz des Abschlusses des Verfahrens **die Anforderungen für die Gewährung des Status nicht erfüllt**. Bevor die Kommission einen solchen Beschluss fasst, konsultiert sie das Europäische Halbleitergremium und teilt ihm die Gründe für die vorgeschlagene Aufhebung mit.

Der Betreiber der Anlage hat das Recht, gegen den Beschluss der Kommission, einen Status aufzuheben, Rechtsmittel einzulegen. Anlagen, deren Status aufgehoben wurde, verlieren alle mit der Anerkennung dieses Status verbundenen Rechte, die sich aus dem Chip-Gesetz ergeben. Gemäß Artikel 15 Absatz 8 des Chip-Gesetzes **unterliegen solche Anlagen jedoch während des Zeitraums, der bei der Gewährung oder der Überprüfung des Status ursprünglich vorgesehen war, weiterhin der** in Artikel 26 Absatz 1 des Chip-Gesetzes festgelegten **Verpflichtung, einen Auftrag für krisenrelevante Produkte anzunehmen und vorrangig zu behandeln** (im Folgenden „vorrangiger Auftrag“), wenn die Krisenstufe aktiviert wird.

5. **Wie funktioniert die elektronische Übermittlung des Antrags?**

Antragsteller, die den IPF- oder OEF-Status anstreben, werden aufgefordert, alle Unterlagen in elektronischer Form und vorzugsweise auf elektronischem Wege einzureichen. Eine persönliche Abgabe, die nur in Ausnahmefällen akzeptiert wird, sollte innerhalb der Öffnungszeiten bei der auf der Kontaktseite in Futurium angegebenen Anschrift erfolgen.

Für die Anerkennung ihres (geplanten) Projekts als IPF oder OEF können einzelne Unternehmen oder ein Unternehmenskonsortium ihren Antrag direkt auf der Gemeinschaftsplattform **Futurium** bei der Kommission einreichen. Auf der Futurium-Plattform sollte der Antragsteller die folgenden wichtigen Informationen in das Online-Formular eingeben:

— Name des Unternehmens und Akronym (falls zutreffend),

— Art des Antrags (IPF oder OEF),

— Hauptansprechpartner (Betreiber der Anlage oder Projektleiter),

— Herkunftsland,

— Ansiedlungsmitgliedstaat(en),

— kurze Zusammenfassung des Unternehmens und des Projekts (höchstens 5 000 Zeichen),

— nicht vertrauliche Zusammenfassung der Anlage oder des Projekts und der Zielsetzungen (höchstens 5 000 Zeichen). Die Zusammenfassung darf keine vertraulichen Informationen oder Geschäftsgeheimnisse enthalten. Diese nicht vertrauliche Zusammenfassung wird im Einklang mit dem Rahmen für die Informationssicherheit der Kommission und allen Vertraulichkeitsvorschriften (siehe Abschnitt unten) dem Europäischen Halbleitergremium zur Einsichtnahme übermittelt, bevor der endgültige Beschluss getroffen wird.

Sobald dieses Formular eingereicht wurde, werden die Kommission und der Antragsteller automatisch benachrichtigt, und die Kommission kann mit der Überprüfung der im Online-Formular übermittelten Informationen beginnen. Sobald die Kommission in der Lage ist, die Identität und die Absicht des Antragstellers zu überprüfen, erstellt sie in **S-CIRCABC** – einer Webanwendung, die den sicheren Austausch von Dokumenten, Informationen und Ressourcen in privaten Arbeitsbereichen ermöglicht – einen Ordner. Dieser Ordner ist nur für die Kommission und den Antragsteller sichtbar. In diesem Hauptordner erstellt die Kommission eine Reihe von Unterordnern, einen für jeden der in Beantwortung der Frage 3 erläuterten Bewertungsschritte. Anschließend lädt die Kommission den Antragsteller zu einer Futurium-Untergruppe ein und stellt ihm dort die Informationen und Unterlagen für die nächsten Schritte des Antragsverfahrens zur Verfügung. Der Antragsteller erhält einen Link für den Zugriff auf S-CIRCABC und die einzelnen Ordner und Unterordner sowie das Antragsformular, das auszufüllen und zusammen mit den in diesem Leitfaden genannten Nachweisen hochzuladen ist. Nachdem das Unternehmen alle benötigten Unterlagen in S-CIRCABC hochgeladen hat, sollte es dies der Kommission in der Futurium-Untergruppe mitteilen.

Im Allgemeinen sind alle Unterlagen über S-CIRCABC einzureichen. Die Unterlagen werden in allen Amts- und Arbeitssprachen der Organe der Union angenommen. Die Antragsteller tragen die volle Verantwortung für den Inhalt der Unterlagen.

Anträge, die montags bis donnerstags vor 17.00 Uhr Brüsseler Ortszeit sowie an Freitagen und Tagen vor den Feiertagen der Kommission vor 16.00 Uhr Brüsseler Ortszeit elektronisch eingehen, werden am selben Tag bearbeitet und haben somit im Einklang mit der bisherigen Praxis bei Einreichung in Papierform das Eingangsdatum als Einreichungsdatum. Anträge, die nach 17.00 Uhr bzw. 16.00 Uhr eingehen, werden am nächsten Arbeitstag bearbeitet, der dann als Tag der Einreichung gilt.

Vertraulichkeit und personenbezogene Daten

Nach Artikel 339 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sind die Kommission, die Mitglieder der Organe der EU, die Mitglieder der Ausschüsse sowie die Beamten und sonstigen Bediensteten der Union verpflichtet, auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit Auskünfte, die unter das Berufsgeheimnis fallen, nicht preiszugeben; dies gilt insbesondere für Auskünfte über Unternehmen sowie deren Geschäftsbeziehungen oder Kostenelemente.

Darüber hinaus dürfen gemäß Artikel 32 des Chip-Gesetzes (Verordnung (EU) 2023/1781) die im Zuge seiner Durchführung erlangten Informationen auch nur für dessen Zwecke verwendet werden und sind zudem durch das einschlägige Unions- und nationale Recht geschützt. Insbesondere im Hinblick auf den Anwendungsbereich dieses Leitfadens fallen Informationen, die gemäß Artikel 15 und Artikel 26 Absatz 3 erlangt werden, unter das Berufsgeheimnis und genießen den Schutz, der durch die für die Organe der EU geltenden Vorschriften und das einschlägige nationale Recht gewährt wird, einschließlich des Auslösens der bei Verstößen gegen diese Vorschriften anwendbaren Bestimmungen.

Nach dem Chip-Gesetz gewährleisten die Kommission und die nationalen Behörden, ihre Beamten, ihre Bediensteten und sonstige Personen, die unter Aufsicht dieser Behörden tätig sind, ferner die Vertraulichkeit der bei der Durchführung ihrer Aufgaben und Tätigkeiten erlangten Daten, sodass insbesondere Rechte des geistigen Eigentums und sensible Geschäftsinformationen oder Geschäftsgeheimnisse geschützt werden. Diese Verpflichtung gilt für alle Vertreter der Mitgliedstaaten, Beobachter, Experten und sonstige Personen, die an Sitzungen des Europäischen Halbleitergremiums gemäß Artikel 28 teilnehmen, sowie die Mitglieder des Halbleiterausschusses gemäß Artikel 38 Absatz 1.

Sollten Antragsteller der Auffassung sein, dass ihre Interessen beeinträchtigt würden, wenn die geforderten Informationen veröffentlicht oder an andere Beteiligte weitergegeben würden, so übermitteln sie die betreffenden Angaben in einer gesonderten Anlage mit dem deutlichen Vermerk „Geschäftsgeheimnis“ auf jeder Seite. Antragsteller sollten ferner erläutern, warum diese Informationen nicht weitergegeben oder veröffentlicht werden sollen.

Mit dem Antragsformular übermittelte personenbezogene Daten [20] werden im Einklang mit der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG [21] verarbeitet.

IV. **Checkliste und IT-Werkzeuge**

A. *Checkliste*

Bitte beachten Sie bei der Beantragung des IPF- oder OEF-Status die folgende Checkliste: Die Vorantragsphase ist nicht verpflichtend (Schritt 1). Bevor Schritt 2 begonnen und das Antragsformular in S-CIRCABC ausgefüllt werden kann, muss die Kommission Ihr Online-Formular in Futurium positiv bewertet haben.

Schritt	Aufgabe	Erforderliche Informationen	Erledigt
1. **(FAKULTATIV) Vorbeantragung des IPF- oder OEF-Status**	(FAKULTATIV) Kontaktieren Sie die Kommission unter CNECT-IPF-OEF@ec.europa.eu	Entfällt	
2. **Beantragung des IPF- oder OEF-Status – Interessensbekundung.**	Füllen Sie das Online-Formular in Futurium aus. Klicken Sie dazu auf die gelbe Schaltfläche „*Application for integrated production facility and open EU foundry* (IPF- und OEF-Beantragung)“.	Name des Unternehmens oder Konsortiums	
		Akronym des Projekts (falls zutreffend)	
		Art des Antrags (IPF oder OEF)	
		Vor- und Nachname, Funktion, Organisation und E-Mail-Adresse des Betreibers der Anlage/des Projektleiters	
		EU-Mitgliedstaat(en), in dem bzw. denen die Anlage errichtet werden soll	
		Kurze Vorstellung des Unternehmens/Konsortiums (höchstens 5 000 Zeichen)	
		Zusammenfassung der Beschreibung der Anlage oder des Projekts und der Zielsetzungen (höchstens 5 000 Zeichen)	

[20] DPR-EC-22368.

[21] ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39, abrufbar unter https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32018R1725. Eine Datenschutzerklärung zu Fusionskontrolluntersuchungen finden Sie unter https://ec.europa.eu/competition-policy/index/privacy-policy-competition-investigations_en.

Schritt	Aufgabe	Erforderliche Informationen	Erledigt
		Nicht vertrauliche Zusammenfassung der Beschreibung der Anlage oder des Projekts und der Zielsetzungen (höchstens 5 000 Zeichen). Die Zusammenfassung darf keine vertraulichen Informationen oder Geschäftsgeheimnisse enthalten. Diese Zusammenfassung soll unter Einhaltung aller Vertraulichkeitsregeln dem Europäischen Halbleitergremium zur Einsichtnahme übermittelt werden, bevor die endgültige Entscheidung getroffen wird.	
3. **Beantragung des IPF- oder OEF-Status – Nachweis der Einhaltung**	Füllen Sie das Antragsformular aus und laden Sie es im PDF-Format in S-CIRCABC in den Ordner „00-application form“ hoch. **Bitte beachten Sie die Vorgaben in diesem Leitfaden in Bezug auf die Länge des Textes.**	Beschreibung der Anlage unter Berücksichtigung der Definition des Begriffs „neuartig“ und Erläuterung, worin sich das Projekt von bestehenden Anlagen und geplanten Projekten – mit oder ohne öffentliche Unterstützung – im Europäischen Wirtschaftsraum unterscheidet. **Nachweise können Folgendes umfassen:** — z. B. einschlägige Marktstudien und Berichte über die Geschäftstätigkeit und die Produkte der Anlage, interne Projektdokumentationen und/oder Unterlagen, die der Verwaltungsrat für die interne Entscheidungsfindung verwendet, usw. — Nachweise sind in S-CIRCABC in den Ordner „01-First-of-a-kind“ hochzuladen.	
		Erläuterung der mittel- bis langfristigen positiven Auswirkungen und Ausstrahlungseffekte auf die Halbleiter-Wertschöpfungskette der EU. **Nachweise:** Nicht festgelegt. **Nur für OEFs:** Angabe der Produktionskapazität der Anlage im Front-End- oder Back-End-Bereich	

Schritt	Aufgabe	Erforderliche Informationen	Erledigt
3. **Beantragung des IPF- oder OEF-Status – Nachweis der Einhaltung**	Füllen Sie das Antragsformular aus und laden Sie es im PDF-Format in S-CIRCABC in den Ordner „00-application form“ hoch. **Bitte beachten Sie die Vorgaben in diesem Leitfaden in Bezug auf die Länge des Textes.**	Gewährleistung, dass die Anlage keinen von Drittstaaten auferlegten Verpflichtungen unterliegt. **Nachweise:** — schriftliche Erklärung, einschließlich der rechtlichen oder politischen Grundlage einer solchen Verpflichtung, — Nachweise sind in S-CIRCABC in den Ordner „02-IPF-OEF-compliance criteria“ hochzuladen.	
		Bestätigung der Verpflichtung, vorrangige Aufträge gemäß Artikel 26 des Chip-Gesetzes anzunehmen. **Nachweise**: Nicht erforderlich.	
		Erklärung der Selbstverpflichtung des Unternehmens zur kontinuierlichen Innovation. **Nachweise:** Nicht festgelegt.	

Schritt	Aufgabe	Erforderliche Informationen	Erledigt
		Beschreibung der Absicht, in Bildung und Kompetenzen zu investieren. **Nachweise können Folgendes umfassen:** — z. B. Links zu Agendas, Schulungen, Partnerschaften usw. — Nachweise sind in S-CIRCABC in den Ordner „02-IPF-OEF-compliance criteria“ hochzuladen.	
		Beschreibung des Geschäftsplans der Anlage. **Nachweise:** — Format nicht festgelegt, muss aber nutzerfreundlich sein (z. B. Excel). — Nachweise sind in S-CIRCABC in den Ordner „03-Business Plan“ hochzuladen.	

Schritt	Aufgabe	Erforderliche Informationen	Erledigt
3. **Beantragung des IPF- oder OEF-Status – Nachweis der Einhaltung**	Füllen Sie das Antragsformular aus und laden Sie es im PDF-Format in S-CIRCABC in den Ordner „00-application form“ hoch. **Bitte beachten Sie die Vorgaben in diesem Leitfaden in Bezug auf die Länge des Textes.**	Dokumentation der Erfahrung mit der Anlage (einschließlich eines Tätigkeitsberichts, in dem die Tätigkeiten der Anlage in den Vorjahren beschrieben werden, oder – falls nicht verfügbar – einer gesetzlichen Bescheinigung). **Nachweise:** — Tätigkeitsbericht oder Beschreibung des Projektteams und der entsprechenden Erfahrung. — Nachweise sind in S-CIRCABC in den Ordner „04-Proven Experience“ hochzuladen.	
		Gewährleistung der Unterstützung der Einrichtung der Anlage durch den Mitgliedstaat/die Mitgliedstaaten, in dem bzw. denen diese angesiedelt werden soll. **Nachweise können Folgendes umfassen:** — z. B. gesetzliche Bescheinigung, Schreiben des Mitgliedstaats, vorläufige Entscheidung, Unterlagen über staatliche Beihilfen, — Nachweise sind in S-CIRCABC in den Ordner „05-Member State support“ hochzuladen.	

Schritt	Aufgabe	Erforderliche Informationen	Erledigt
		Beschreibung bestehender geeigneter Strategien und Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen und der Rechte des geistigen Eigentums mit einer klaren Erläuterung, wie die Anweisungen in den Strategien umzusetzen sind. **Nachweise können Folgendes umfassen:** — z. B. interne Unternehmensstrategien oder Mitarbeiterhandbücher, Verträge zwischen Inhabern von Rechten des geistigen Eigentums und Zulieferern, z. B. Fertigungsanlagen, Konformitätsbescheinigungen oder Verhaltenskodizes der Branche. — Nachweise sind in S-CIRCABC in den Ordner „06-Protection of sensitive information“ hochzuladen.	

B. *IT-Werkzeuge für das Antragsverfahren*

Eine Voraussetzung für den Zugang zu den IT-Werkzeugen, die für das Verfahren zur Erlangung des IPF- und OEF-Status verwendet werden (Futurium und S-CIRCABC), ist ein **EU-Login**.

— Wie Sie **ein neues EU-Login erstellen** können, erfahren Sie auf folgender Seite: https://ecas.ec.europa.eu/cas/eim/external/register.cgi

— Wenn Sie technische Unterstützung benötigen, besuchen Sie bitte auch den besonderen Bereich für externe Nutzer: https://europa.eu/!rdDfPj

Futurium

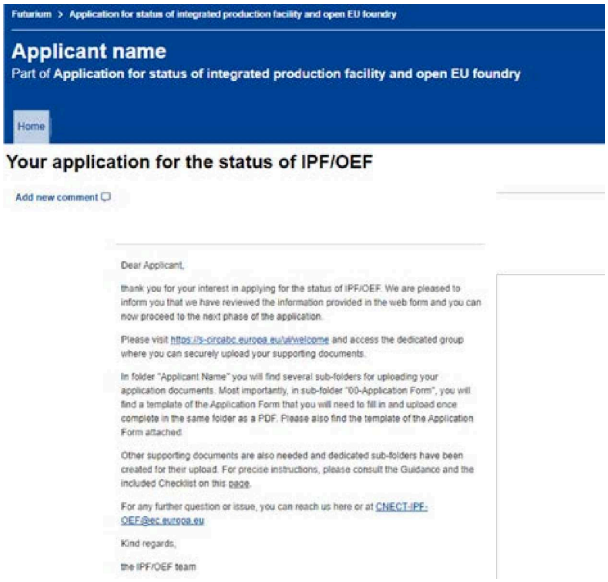
— Sobald Ihr EU-Login erstellt wurde, können Sie über folgende URL **auf Futurium zugreifen**: https://futurium.ec.europa.eu/en/application-status-integrated-production-facility-and-open-eu-foundry.

Nach der Anmeldung sehen Sie die **Startseite** und können auf den **Leitfaden** und das **Online-Formular** zugreifen, um Ihr Interesse zu bekunden. Eine vollständige Übersicht über die erforderlichen Informationen findet sich in der **Checkliste** im Anhang des Leitfadens (siehe Screenshot unten).

Sobald die im Online-Formular bereitgestellten Informationen bestätigt worden sind, werden Sie einer **Untergruppe** hinzugefügt, die nur für Sie und die Kommission sichtbar ist. Dies ist der wichtigste Kommunikationskanal während des gesamten Antragsverfahrens (siehe Beispiel im Screenshot unten).

Bitte laden Sie keine sensiblen oder vertraulichen Informationen in Futurium hoch.

Solche Informationen sollten Sie nur über S-CIRCABC und erforderlichenfalls per gesicherter E-Mail übermitteln.



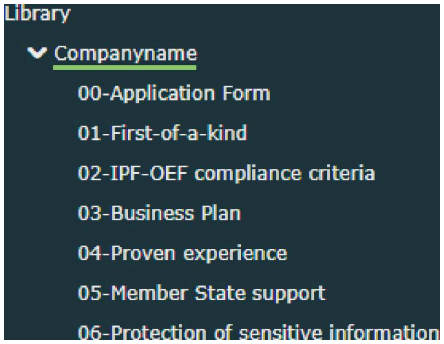
— Weitere Informationen zu den Hauptfunktionen von Futurium finden Sie im **Benutzerleitfaden** unter https://futurium.ec.europa.eu/en/documentation.

S-CIRCABC

Neben dem erforderlichen EU-Login ist für diese Anwendung der Zugang zu S-CIRCABC nur mit **Zwei-Faktor-Authentifizierung** möglich. Bitte stellen Sie sicher, dass Sie Ihr EU-Login entsprechend konfigurieren, indem Sie eine Mobilfunknummer hinzufügen.

— Sobald Ihr EU-Login erstellt wurde, können Sie über folgende URL **auf S-CIRCABC und die Ihnen zugeteilte Gruppe zugreifen**: https://s-circabc.europa.eu/ui/welcome.

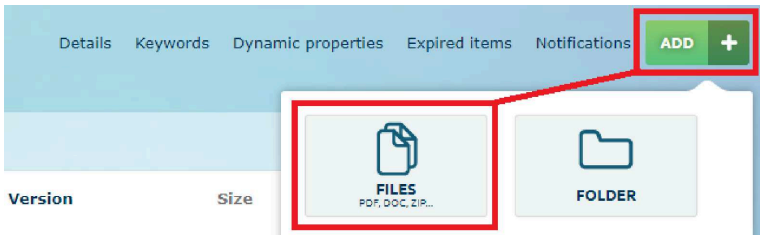
Nach der Anmeldung sehen Sie im Bereich **„Library" (Bibliothek)** die folgende Ordnerstruktur:



Bitte **laden Sie die Nachweise** in die entsprechenden Ordner **hoch**, wie im Leitfaden angegeben.

Eine vollständige Übersicht über die Unterlagen und Ordner findet sich in der **Checkliste** im Anhang des Leitfadens. Bitte beachten Sie, dass das **ausgefüllte Antragsformular in S-CIRCABC in den Ordner „00-application form“ hochgeladen werden muss**.

Um Unterlagen hochzuladen, klicken Sie bitte auf den entsprechenden Ordner oder Unterordner und klicken Sie auf „ADD“ (Hinzufügen) und wählen Sie „FILES“ (Dateien) aus (siehe Screenshot unten).



Für weitere Informationen oder bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Direktion Künstliche Intelligenz und digitale Industrie in der GD CNECT über folgendes Funktionspostfach: CNECT-IPF-OEF@ec.europa.eu

C/2024/5134

20.8.2024

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.64644

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5134)

Datum der Annahme der Entscheidung	15.7.2022	
Nummer der Beihilfe	SA.64644	
Mitgliedstaat	Italien	
Region	Italien	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	IPCEI Hydrogen Technology - Hy2Tech – ITALY	
Rechtsgrundlage	Legge di Bilancio	
Art der Beihilfe	Ad-hoc-Beihilfe	Ansaldo Energia S.p.A.; Iveco S.p.A.; Alstom Ferroviaria SpA; De Nora Italy Hydrogen Technologies S.r.l.; Enel Green Power S.p.A.; Fincantieri S.p.A.
Ziel	Durchführung eines wichtigen Vorhabens von gemeinsamem europäischem Interesse, Forschung, Entwicklung und Innovation	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel		
Beihilfehöchstintensität		
Laufzeit	ab 30.9.2022	
Wirtschaftssektoren	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministero dello Sviluppo Economico Via Veneto 33 - 00187 Roma	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/5156

20.8.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 8. FEBRUAR 2021

(C/2024/5156)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 8. bis 11. Februar 2021

BRÜSSEL

Inhalt

Seite

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode . . . 3
2. Eröffnung der Sitzung . . . 3
3. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll . . . 3
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll . . . 3
5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll . . . 3
6. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Rates (Artikel 72 GO): siehe Protokoll . . . 3
7. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsmaßnahmen (Artikel 111 Absatz 6 und Artikel 112 Absatz 4 Buchstabe d GO): siehe Protokoll . . . 3
8. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO): siehe Protokoll . . . 3
9. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll . . . 3
10. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll . . . 4

Inhalt Seite

11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 4

12. Arbeitsplan: siehe Protokoll 4

13. Europäische Zentralbank – Jahresbericht 2020 (Aussprache) 4

14. Abstimmungsrunde 18

15. Neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft (Aussprache) 19

16. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll 32

17. Umsetzung der Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels (Aussprache) 32

18. Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz (Aussprache) 41

19. Verringerung der Ungleichheiten mit besonderem Augenmerk auf der Erwerbstätigenarmut (Aussprache) . . 48

20. Die Auswirkungen von COVID-19 auf junge Menschen und Sport (Aussprache) 57

21. Umsetzung von Artikel 43 der Asylverfahrensrichtlinie (kurze Darstellung) 65

22. Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten in den Jahren 2016-2018 (kurze Darstellung) 67

23. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll 69

24. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll 69

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 69

26. Schluss der Sitzung 69

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 8. FEBRUAR 2021

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 21 gennaio 2021.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 17.04)

3. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

6. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Rates (Artikel 72 GO): siehe Protokoll

7. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsmaßnahmen (Artikel 111 Absatz 6 und Artikel 112 Absatz 4 Buchstabe d GO): siehe Protokoll

8. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO): siehe Protokoll

9. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

10. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll

11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

12. Arbeitsplan: siehe Protokoll

13. Europäische Zentralbank – Jahresbericht 2020 (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Sven Simon, a nome della commissione per i problemi economici e monetari, sulla relazione annuale 2020 della Banca centrale europea (2020/2123(INI) (A9-0002/2021).

È presente la Presidente Christine Lagarde, che ringrazio per essere qui con noi in plenaria.

Ricordo agli onorevoli deputati che per tutte le discussioni di questa tornata non è prevista la procedura «catch-the-eye», né saranno accettate domande «cartellino blu».

Inoltre, come è avvenuto durante le ultime tornate, sono previsti interventi a distanza dagli Uffici di collegamento del Parlamento negli Stati membri.

Do ora la parola al relatore Sven Simon per il suo intervento.

Ringrazio anche il Commissario Dombrovskis per essere qui con noi.

Sven Simon, *Berichterstatter.* – Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Präsidentin der Europäischen Zentralbank, meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Zentralbanken wurde Unabhängigkeit gewährt, um Preisstabilität frei von politischer Einflussnahme sichern zu können. Das hat sich bewährt.

Auch die Europäische Zentralbank ist eine unabhängige Notenbank. Natürlich ist sie an ihr Mandat gebunden. Sie bewegt sich nicht im rechtsfreien Raum. Ihr Handeln kann von einem Gericht überprüft werden. Aber sie ist dem demokratischen Diskurs weitgehend entzogen, weil die parteipolitischen Vorstellungen eben gerade nicht ausschlaggebend für ihre Politik sein sollen, sondern ihr Mandat. Gleichwohl ist sie dem Europäischen Parlament gegenüber verantwortlich. Deshalb ist es gut, dass wir die Aussprache heute in Anwesenheit der EZB-Präsidentin Lagarde führen können.

Lassen Sie mich drei Themen aus dem Bericht aufgreifen: Erstens die Niedrigzinspolitik und die Inflationsrate, zweitens die Anleihekaufprogramme und drittens die Rolle der Europäischen Zentralbank in der Klimapolitik.

Die Niedrigzinspolitik ist ein globales Phänomen. Auswirkungen beispielsweise auf die Immobilienpreise in Ballungszentren kann und darf die EZB nicht regional betrachten. Aber wir begrüßen, dass sie die Inflationsberechnung überprüfen will, um die tatsächlichen Lebenshaltungskosten im Warenkorb künftig besser abbilden zu können.

Zu den Anleihekaufprogrammen: Mit dem PEPP ist es der Europäischen Zentralbank gelungen, dass – anders als in der Finanzkrise 2009 — in dieser Pandemie kein Mitgliedstaat von den Finanzmärkten abgeschnitten wurde. Das ist ein Erfolg der Europäischen Zentralbank. Geldpolitik alleine wird aber für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung nicht ausreichen. Dafür braucht es strukturelle Reformen in den Mitgliedstaaten, die sich teilweise zu stark auf der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ausruhen.

Das PSPP war Gegenstand von Auseinandersetzungen vor dem deutschen Bundesverfassungsgericht und dem EuGH. Meine Damen und Herren, wenn der Europäische Gerichtshof sich bei der Umsetzung dieses Urteils nur halb so konstruktiv verhalten hätte wie die Europäische Zentralbank, wäre uns manche Diskussion in Europa erspart geblieben. Die EZB hat selbst den Beweis dafür geliefert, dass eine kompetenzielle Verhältnismäßigkeitsprüfung zwischen Geldpolitik und Wirtschaftspolitik möglich und nach Auffassung der Europäischen Zentralbank auch durchgeführt worden ist.

Ganz in diesem Sinne halte ich Ihre Klarstellung, Frau Präsidentin, zur Rolle der Europäischen Zentralbank in der Klimapolitik für außerordentlich wichtig. In Ihrer Rede am 25. Januar haben Sie dazu Folgendes ausgeführt, und ich zitiere in der Originalsprache, in Englisch:

You spoke about climate change and central banking in Frankfurt and said, I quote, „Clearly, central banks are not the main actors when it comes to preventing global heating. Central banks are not responsible for climate policy and the most important tools that are needed lie outside of our [i.e. your, the ECB's] mandate. But the fact that we are not in the driving seat does not mean that we can simply ignore climate change, or that we do not play a role in combating it".

Some colleagues in this House would like to see the Central Bank as a piggy bank for their political priorities. Some colleagues expect central banks to act as a rapid response unit for every economic crisis, keep sovereign financing costs low or provide savers with adequate interest rates. Recently, another item has been added to the wish list of the left: the ECB is being called upon to assume an active role in climate policy.

But you are absolutely right, Madam President, when you say, and I quote again, „Most measures to tackle climate change lie outside the remit of central banks, but of course will have important implications for central bank balance sheets and policy objectives". This is exactly the difference between what is within the mandate and what the left would like to have within the mandate. Impacts of climate change and policy transition have consequences for the primary objective of price stability. Nonetheless, the European Central Bank must not become an investment bank for climate protection. That would contradict the primary mandate of price stability. It would be illegal, despite whatever amendments the Greens propose here today.

Madame la Présidente, ce fut un plaisir extraordinaire de travailler avec vous. J'espère que nous pourrons nous revoir bientôt à Francfort, sans les contraintes liées au COVID-19.

Échanger des idées avec vous a toujours été un grand plaisir. Je vous remercie ainsi que votre équipe, en particulier M. Straub, pour cette bonne coopération dans la préparation de ce rapport. J'ai beaucoup appris sur les politiques de la BCE.

Christine Lagarde, *President of the European Central Bank*. – Monsieur le Président du Parlement européen, Monsieur le Vice-Président exécutive de la Commission européenne, Monsieur le rapporteur, honourable Members of the European Parliament, I am delighted to join you today on the occasion of this plenary debate on your draft resolution on the ECB Annual Report. I have to admit that, in spite of the circumstances being so different from a year ago, we are still here today, and it is a pleasure.

Turning to the circumstances, clearly the pandemic has confronted us with a serious health and economic crisis, and yes, the start of vaccinations provides hope. But citizens across Europe are still facing the dire social and economic consequences of the virus, and prospects about the future remain uncertain. In these circumstances, a close dialogue between the EU institutions is essential for charting a clear way forward and reaching a common European response to common challenges. This Parliament has ensured that the views of European citizens are heard and acted upon as the EU is tackling the crisis.

Parliamentary resolutions like the one we are debating today represent an important occasion for us at the ECB to reflect on how we can best deliver on our mandate for the benefit of all Europeans, and this is also the objective of our ongoing strategy review.

I have repeatedly emphasised my ambition to listen more attentively to people from across the euro area, so I am very pleased to announce today to you that we will publish the key findings from our 'ECB Listens' portal. This will be published today, and on this occasion I would like to thank the 4 000 Europeans who responded to our consultation and shared their concerns about inflation developments, about the current economic crisis and about the impact of climate change, as those were the key topics that they commented on.

Together – all together, including you, Mr Vice-President Valdis Dombrovskis – I would like to start by just looking back at the unprecedented economic crisis that Europe experienced last year and how the ECB responded. I will then look at the prospects for this year, before discussing a few of the policy challenges that we face in ensuring a strong recovery from the pandemic and how to manage the transition to a greener and more digital economy.

So let me start with the year behind us and how I believe we responded forcefully to an unprecedented crisis. I don't know how 2020 will be remembered by each and every one of you, but I think collectively we will remember 2020 as the year of the pandemic that led to an unprecedented economic contraction. The European institutions and the EU Member States reacted swiftly, creatively and resolutely, and the ECB, in my view, played a vital role.

Our monetary policy was centred on two pillars. First pillar: in March 2020 we launched the pandemic emergency purchase programme, also known as PEPP, with an initial envelope of EUR 750 billion. But over the course of 2020, incoming data pointed to a more pronounced impact of the pandemic on the euro area economy and a more protracted weakness in inflation than previously envisaged. So the European Central Bank's Governing Council expanded the PEPP envelope twice, first by EUR 600 billion in June, and then by a further EUR 500 billion in December, for a total of EUR 1 850 billion.

The PEPP was tailored to the specific nature of the coronavirus crisis, and it serves a dual purpose. First, it can be operated as a powerful market backstop to prevent destabilising financial dynamics and breakdowns in monetary transmission. And second, it can act as an instrument that supports our monetary policy stance by smoothing out the impact of the pandemic on our price stability objective. These two engines have been activated with varying intensity over the two phases of the pandemic emergency. The backstop engine was the first one to be ignited, amidst the financial panic in the early stages of the pandemic. It helped preserve the transmission of our monetary policy to all sectors and countries in the euro area, thereby averting an even deeper economic contraction. That was the first engine. The second engine took over when markets eventually calmed, and it has been instrumental in nudging inflation closer to the path that we were projecting before the pandemic hit.

That was pillar number one. Pillar number two was the targeted longer-term refinancing operations, also called TLTROs. We have eased and adapted the terms and conditions of our TLTRO III programme in order to reinforce its inbuilt incentive for banks to lend to firms and to households. This makes the TLTROs a powerful complement to the PEPP, as they concentrate on the downstream phases of monetary policy transmission – those that work through banks and, more directly, reach the small and medium-sized enterprises, which are most reliant on bank financing. So those are the two pillars that were really active in the course of 2020 — and to good effect.

Let us now look at the year ahead and let's look at what the outlook will be for our economy. As I mentioned earlier, the start of vaccination campaigns across the euro area provides the eagerly-awaited light at the end of the tunnel. At the same time, the renewed surge in COVID-19 cases, the mutations of the virus and the strict containment measures are a significant downside risk to the euro area economic activity.

Output remains well below pre-pandemic levels and uncertainty about how the pandemic will evolve remains high. However, when containment measures are lifted and uncertainty recedes, we expect the recovery to be supported by favourable financing conditions, by expansionary fiscal policies and by a recovery in demand.

Despite the steep increase in January due to a confluence of factors, inflation remains low. This can be attributed to weak demand and significant slack in labour and product markets. While we expect headline inflation to increase further over the coming months, underlying price pressures are likely to remain subdued owing to weak demand, to low wage pressures and the appreciation of the euro exchange rate.

In this environment that I have just described, an accommodative monetary policy stance remains essential. It ensures that financing conditions remain favourable to put the economic recovery on a self-sustaining trajectory. Our pledge to preserve favourable financing conditions is crucial in the current environment, as it reduces uncertainty about the terms at which the economy can access external finance. This bolsters confidence and will encourage consumer spending and business investment. A more solid recovery is a precondition for re-anchoring inflation around its pre-pandemic path.

At the same time, and as I have stressed many times, including in this House, it remains crucial that monetary and fiscal policy continue to work hand in hand. Fiscal policy, both at the national and at the European level, remains crucial to bolster the recovery in the euro area and address the impact of the pandemic. It can channel economic support to where it is most needed. By protecting workers and households and providing lifelines to viable firms that have been hit hard by the pandemic, fiscal support is particularly powerful in boosting aggregate demand.

However, we need to remain vigilant. While fiscal support is crucial at this stage, it should be targeted and focused on the measures that are most conducive to economic growth. Against this backdrop, the ground-breaking Next Generation EU package should be implemented in such a way that the EU and all its Member States emerge from the crisis with stronger economic structures and a higher degree of cohesion. If implemented as planned, Next Generation EU could even boost growth as early as this year.

So let's look at a few policies. It is essential, in our view, that the Next Generation EU funds are disbursed quickly and used to support structural reforms and growth-enhancing investment projects. This would boost growth potential and contribute to reaching the EU's objectives in the areas of climate change and digitalisation.

We also need ambitious EU policies to make sure that bond and equity markets complement bank lending and public resources in financing a sustainable recovery. Progress in the area of sustainable finance, for instance, is pivotal to accelerate the transition towards a low-carbon economy. Efforts to deepen the Single Market, notably its digital dimension and in the services sector, would provide additional support for the recovery.

As co-legislator, the European Parliament has a crucial role to play in advancing Europe's green and digital agendas. The ECB is ready to play its part on these two fronts, as you request in your resolution. As I was quoted (and as I am happy to repeat), central banks are not responsible for climate policy, and the most important tools that are needed lie outside its mandate. But the fact that we are not in the driving seat does not mean that we can simply ignore climate change. Climate change has macroeconomic and financial implications and consequences for our primary objective of price stability and other areas of competence.

We will contribute to fighting climate change in line with our mandate. We have already started this process and we will continue to do more. For example – and this includes most recent developments – we hold green bonds amounting to 3.5% of our own funds portfolio, and we plan to increase this share over the coming years. Since the start of this 2021, bonds with coupon structures linked to certain sustainability performance targets have been eligible as collateral for Eurosystem credit operations and for outright purchases for monetary policy purposes. This used not to be the case. Within the Eurosystem, we have also agreed on common principles for sustainable and responsible investment that we will apply when managing our euro-denominated non-monetary policy portfolios. This used not to be the case in all the euro system. We aim to start making annual climate-related disclosures for these types of portfolios within the next two years. And in the context of our strategy review, we will discuss whether sustainability considerations could be reflected in our monetary policy operations.

On the digital front, the increased use of digital technologies is changing all aspects of our lives, including how we pay. This is where our preparatory work on a digital euro comes in. I am pleased that your resolution welcomes our work in this area – public support for this project is crucial. As representatives of European citizens, you have a fundamental role to play here. Our public consultation launched since October, which is now completed, drew over 8 000 responses from individuals, firms and, of course, industry associations. We will present you with a comprehensive analysis of these responses in the spring. This analysis will provide important input for the Governing Council of the ECB when it decides whether or not to launch a digital euro project.

Let me conclude. If we want to pave the way for a sustainable recovery, we need to maintain and strengthen the common European approach that proved so effective last year. The ECB is committed to doing its part, within its mandate.

We are equally committed to continuing and building on the close dialogue with this Parliament. You are essential in our efforts to improve our communication with European citizens. This is another clear finding from the 'ECB Listens' portal – many respondents have asked us to explain our decisions more clearly, in simple language and with more relatable, concrete examples. But communication is a two-way street, so we will continue our efforts to listen to your requests and remarks more attentively, as summarised in this resolution. As usual, we will provide our detailed feedback on the resolution together with the ECB Annual Report 2020.

I now very much look forward to listening to your remarks and to participating in the discussion that we will have on the occasion of the final resolution on the report.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, honourable President of the European Central Bank, it's a pleasure to be here today to discuss with you this very timely report. I would like to thank the rapporteur, Sven Simon, and the shadow rapporteurs and members of the committee for their valuable input.

The Commission overall agrees with the report. We in particular share the view that the ECB's independence in conducting monetary policy is vital for safeguarding price stability. Like you we are also concerned about the negative social economic impact of the pandemic. The ECB has used its monetary policy instruments successfully to mitigate those effects. We welcome the emphasis in the report on strong complementarity between fiscal and monetary policies during the crisis. Favourable financing conditions have allowed fiscal impulses to be transmitted across the euro area, and at the same time national liquidity and income support measures have reduced risks of impaired monetary policy transmission.

The Commission has supported Member States' fiscal responses by activating the general escape clause in the Stability and Growth Pact. It will remain active this year. We will review the situation in the spring. We aim to avoid premature withdrawal of fiscal support and plan to strike the right balance between providing the necessary support to the economy and ensuring fiscal sustainability in the medium term. As of this year, the substantial financing provided by the Recovery and Resilience Facility will provide an additional input to our economies. Only the 13% pre-financing amounts to EUR 44 billion. We also need structural reforms to strengthen our growth potential and social cohesion. Next Generation EU will play a key role in making European economies more resilient and better prepared for the green and digital transitions.

In addition, the report makes significant points on climate change. We welcome the ECB's increasing focus on climate-related risks and the specific ways that have been identified to address them, including under its supervisory and monetary policy mandates. The steps taken by the Commission and the ECB against climate change can certainly reinforce each other. I particularly welcome what Christine Lagarde just mentioned about the ECB investing part of its portfolio in green bonds. I note too that the ECB referred to objectives set out in the EU Taxonomy Regulation, in its decision to accept sustainability-linked bonds as collateral and make them potentially eligible for asset purchases.

The ECB's preparatory work on a digital euro project is also welcome. By complementing cash, the digital euro could underpin the digitalisation of the EU economy. Taking their respective mandates into account, the Commission and the ECB are together reviewing the broad range of policy, legal and technical questions related to the possible introduction of a digital euro. It goes without saying that the European Parliament will play an important role in this process.

Lastly, the report touches on the issues of the euro's international role. Promoting a stronger international standing for our common currency is an important element of the Commission strategy to stimulate the openness, strength and resilience of the EU's economic and financial system. One of its objectives is to support the development of euro-denominated instruments and benchmarks.

The euro is already more attractive to investors thanks to euro-denominated bonds issued under SURE and Next Generation EU. Again, I welcome your valuable input on this report and look forward to a good debate.

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Sehr geehrter Herr Parlamentsvizepräsident, sehr geehrte Frau Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Herr *Executive Vice President*, lieber Valdis Dombrovskis, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In diesem Jahr nimmt die Europäische Zentralbank mit ihrer Überprüfung der geldpolitischen Strategie eine wichtige Weichenstellung vor, und ich bin sehr dankbar, dass Sie dieses Thema aufgegriffen haben.

Ein Aspekt, der bei dieser Überprüfung nicht zur Disposition steht, ist das Primärziel – und das ist auch gut so –, nämlich die Wahrung der Preisstabilität. Ich habe manchmal den Eindruck, dass das hier in Vergessenheit zu geraten scheint, und deswegen möchte ich es nochmal klarstellen: Das Primärziel der Europäischen Zentralbank, wie es in den Verträgen formuliert ist – das Sicherstellen von Preisstabilität –, ist ihre ehrenvolle und vorrangige Aufgabe. Die Geldpolitik muss dafür eingesetzt werden.

Ich frage mich aber schon, ob das Ziel, das Sie sich selber seit vielen Jahren gesetzt haben, nämlich eine Inflationsrate von nahe bei, aber knapp unter zwei Prozent immer noch das richtige Ziel ist. Immerhin verfehlen Sie dieses Ziel seit vielen Jahren mit großer Regelmäßigkeit, und die Inflationserwartungen in der Eurozone – Sie haben es ja gerade selber auch gesagt – sind mittlerweile auf einem deutlich niedrigeren Niveau verankert. Und deswegen sollte man sich schon fragen, ob dieses Inflationsziel, das ja auch als Rechtfertigung für die milliardenschweren Aufkaufprogramme benutzt wird, wirklich richtig gesetzt ist.

Immerhin gibt es mit dem demografischen Wandel, mit dem Wandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft und mit einem weltweiten Überhang an Spareinlagen klare Indizien, dass die Inflation dauerhaft niedrig bleiben wird. Dagegen können Sie sich auch mit dem größten Aufkaufprogramm nicht stemmen. Deswegen wirklich meine Bitte, dieses Zwei-Prozent-Ziel endlich einmal einer Überprüfung zu unterziehen.

Und lassen Sie mich noch einen kurzen Satz zum Thema digitaler Euro sagen: Ich bin sehr dankbar, dass die EZB dieses Thema jetzt endlich aufgreift. Ich habe lieber einen digitalen Euro der EZB als einen von Mark Zuckerberg.

Pedro Marques, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, Mario Draghi will always be known for saving the euro.

You and your team, Madam Lagarde, can also be part of history if you continue to do what it takes to save the European economy through this crisis.

The time we live in asks for decisive action. The European citizens deserve a response that lives up to their expectations – a swift, fair and sustainable recovery.

The truth is that the ECB has been playing a crucial role in it, while the decisions for a coordinated, mutualised fiscal response take their time to deliver. So, let me congratulate you and your team, Madam Lagarde, for having reacted to the pandemic without delay, in particular through the Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP), but also with targeted lending, collateral easing, among other measures. They were essential to keep the European economy afloat and this report recognises that much.

But now it's necessary to finance the recovery. We all agree that a good part of this push can come from fiscal policy. We wish the results from the European bazooka to come soon. But monetary policy can and should still go a long way. It should also contribute to the structural objectives of the Union like well-being, employment and yes, tackling climate change, as you well pointed out, Madam Lagarde.

For starters, the support from the ECB to the economy cannot be withdrawn in the near future. On the contrary, it must be reinforced to stimulate the recovery, now and in the long run, because the faster and more durable the recovery, the less economic and social consequences for Europe, for the European project and for our citizens.

You promised to use all the tools to produce the most effective, efficient, and proportionate outcome to support the recovery. It is a statement that meets the ambition of Draghi's 'whatever it takes', and this Parliament notes that and compliments you for that.

Now it's time to deliver on that promise – whatever non-traditional measures it might take, I would add. It's time for action.

Engin Eroglu, *im Namen der Renew-Fraktion*. – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte und sehr geschätzte Frau Lagarde, sehr geehrter Herr Dombrovskis, sehr geehrte Zuschauer an den Bildschirmen zu Hause. Der jährliche EZB-Bericht ist weiterhin sehr sensibel und sollte wissenschaftlich betrachtet und bearbeitet werden.

Die Unabhängigkeit der EZB ist die Säule unserer gemeinsamen Währung in der Europäischen Union. Der Bericht der EZB sollte kein Wunschkonzert dieses Hauses werden, denn am Ende steht unsere Währung im internationalen Wettbewerb mit anderen Währungen und auch mit Metallen. Als Kontrollorgan jedoch haben wir als Europäisches Parlament die Aufgabe, genau drauf zu schauen.

Ich freue mich, dass wir in diesem Bericht auf beiden Seiten schauen, was zu machen ist. Auf der einen Seite schauen wir kritisch auf die Target-Seite – das finde ich sehr gut und sehr richtig. Und auf der anderen Seite etwas Neues: Akzeptieren wir den Klimawandel, und findet der Klimawandel sich letztendlich auch im Mandat der EZB wieder? Worauf wir achten müssen, ist, dass die EZB nicht zur zweiten Europäischen Investitionsbank wird. Das ist unsere Aufgabe.

Auf der anderen Seite freue ich mich persönlich, dass auch „kleine Themen" in diesem Bericht drin sind, wie der Erhalt des Bargelds, oder dass wir die Ausgrenzung des Geldes nicht verkleinern, oder dass sich auch die Generationengerechtigkeit in diesem Bericht jetzt endlich wiederfindet. Wichtig ist auch, dass ich hoffe, dass wir im Plenum den Bericht nicht durch verschiedene Anträge verschlechtern.

Ich möchte am Ende aber noch mal eine Sache sagen, die mir persönlich sehr wichtig ist und die hier langsam anfängt, im Parlament aufzukommen: Das ist die Forderung, dass Mitgliedstaaten bei der EZB die Schulden erlassen bekommen.

Frau Lagarde, ich bitte Sie mit aller Vehemenz in Ihrer Unabhängigkeit: Achten Sie darauf, dass Mitgliedstaaten die gemachten Schulden bei der EZB auch zurückzahlen. Jede Bürgerin in der Europäischen Union, jeder Bürger in der Europäischen Union muss dies auch tun.

Francesca Donato, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Presidente Lagarde, il mandato della BCE, oltre all'obiettivo principale della stabilità dei prezzi, ricomprende il sostegno alle politiche economiche generali dell'Unione per contribuire alla realizzazione dei suoi obiettivi. Tra questi ci sono lo sviluppo sostenibile, la coesione territoriale e la piena occupazione.

Per sostenere la ripresa economica nell'Eurozona, lei ha saggiamente fatto appello al pieno allineamento fra le politiche fiscali e quelle monetarie. Oggi penso sia necessaria anche la complementarietà di corrette politiche sanitarie nei paesi membri, per un contrasto al COVID efficace e risolutivo. Serve un nuovo approccio incentrato sulle cure domiciliari, con protocolli chiari e aggiornati per guarire i sintomatici, sgravando il carico degli ospedali e consentendo così la riapertura di tutte le attività produttive, condizione essenziale per poter avere una ripresa economica.

Confido nel suo sostegno ai paesi che avranno il coraggio e la capacità di liberare per primi imprese e cittadini dalle costrizioni che ingabbiano lavoro e consumi. Gli obiettivi europei non possono realizzarsi in un contesto di perdurante e irrazionale terrorismo sanitario.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, nous soutenons sans réserve la Banque centrale européenne dans sa volonté d'assurer quoi qu'il en coûte la viabilité de l'euro. Je veux toutefois vous interpeller ici sur deux angles morts de sa politique monétaire, sur lesquels votre prédécesseur, Mario Draghi, bottait régulièrement en touche.

Il y a tout d'abord, évidemment, les défis environnementaux, en particulier climatiques. Vos déclarations marquent une approche nouvelle en ce sens et nous vous encourageons à passer des intentions aux actes – Dieu sait s'il y a urgence.

Mais mon second point relève des inégalités: la politique de la BCE n'est pas sans impact sur elles. En déversant des milliers de milliards d'euros dans le secteur financier, elle a contribué à gonfler artificiellement les cours de bourse et les prix de l'immobilier. Les bénéficiaires en sont les détenteurs de capitaux, une minorité plutôt masculine, blanche et âgée de la population, une minorité qui s'est enrichie outrancièrement ces 30 dernières années du fait de la mondialisation, des évolutions technologiques et de l'avènement d'entreprises *too big to fail* et, ne l'oublions pas, de la fraude et de l'évasion fiscales – comme nous le rappellent les révélations de ce matin sur le Luxembourg.

Quant aux jeunes et aux bas revenus, ils subissent l'austérité face à un horizon bouché. Bien que les taux d'intérêt aient baissé, ils sont aujourd'hui obligés de s'endetter deux fois plus et plus longtemps s'ils veulent accéder au logement.

Madame Lagarde, il n'y a pas qu'une seule manière de mener une politique monétaire ambitieuse. Aussi, la Banque centrale européenne doit non seulement éviter que ses choix aggravent la fracture sociale, mais elle doit surtout prendre sa part dans sa réduction en limitant la capacité de la finance à extraire une rente toujours plus indécente de la société.

Madame Lagarde, Madame la Présidente, notre impact écologique, d'une part, et la précarité et l'exclusion, de l'autre, sont deux bombes à retardement dont l'explosion serait fatale à nos sociétés. S'il est plus que temps que les élus prennent leurs responsabilités, la Banque centrale ne peut éluder les siennes. Nous comptons sur vous.

Johan Van Overtveldt, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I would like to thank Ms Lagarde and Mr Dombrovskis for being here. In the context of the report we are discussing today, I would like to make four remarks and, of course, ask them some related questions.

First of all, I think it's more than fair to say that, given the circumstances that have fallen upon us, we are still in a very unusual situation with respect to the stance of monetary policy, with huge balance sheets increasing further by the day and negative nominal policy rates. A return to a more normal policy stance is, of course, not for tomorrow, not for next week, and probably not for next month either, but I think it would be good to be more explicit about the signposts that the path to normality will be.

Secondly, we see today unmistakeable signs of major bubbles in equity markets and other financial markets, all more or less linked to what I would call the overabundance of liquidity. These bubbles are a constant threat to financial stability, and by now we all know that financial stability is, of course, closely linked to price stability: the major objective of monetary policy in the euro area. I think it's time to rethink the stance of monetary policy by taking these elements – bubbles, financial stability dangers – more explicitly into consideration.

Thirdly, Thomas Piketty and 150 other economists have called, very recently, for the cancellation of government debt by the ECB. I would be inclined to ask whether you share that opinion, but I think that is a superfluous question. But do you think the ECB statutes allow for such an action?

Fourthly, when a government crisis looms in a highly indebted country within the euro area, it always tends to make financial markets more nervous overnight, which – overnight – also tends to lead to increasing spreads. My question is: does the ECB consequently stand ready to intervene in such circumstances in order to keep these spreads down?

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας The Left*. – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Lagarde, κύριε Dombrovskis, είναι θετικά τα βήματα της δημιουργίας του Ταμείου Ανάκαμψης και το έκτακτο πρόγραμμα αγοράς ενεργητικού της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας. Αλλά η ένταση της κρίσης, η διάρκεια της πανδημίας, το μέγεθος της ύφεσης και η μεγάλη αύξηση του δημόσιου χρέους, που φτάνει πάνω από το 100 % του ευρωπαϊκού ΑΕΠ στην ευρωζώνη, δείχνουν με αριθμούς ότι τα βήματα αυτά είναι ανεπαρκή. Χρειαζόμαστε περισσότερα μέτρα. Κυρία Lagarde, πρέπει να κάνετε ό,τι χρειαστεί, σε συνεργασία με την Επιτροπή, για να μη βυθιστεί η ευρωζώνη σε μια κρίση χρέους και για να μη γνωρίσει η ευρωπαϊκή οικονομία μια μεγάλη υπαρξιακή κρίση. Γι' αυτό, πρέπει να σκεφτείτε —όπως είπατε, κυρία Lagarde, πέρυσι τον Μάρτιο— «out of the box» και όχι βάσει του «business as usual». Χρειάζεται μια ευρωπαϊκή λύση για την ελάφρυνση του χρέους ή και για τη διαγραφή του κορονο-χρέους που δημιούργησε η πανδημία. Το πρότειναν 100 οικονομολόγοι με πολύ βαριά ονόματα. Γιατί σπεύσατε να το απορρίψετε ως αδιανόητο; Πρέπει, επίσης, να αναστείλουμε το Σύμφωνο Σταθερότητας έως και το 2023 και να κάνουμε ένα ρεαλιστικότερο σύμφωνο βιώσιμης ανάπτυξης. Επίσης, και το θετικό βήμα του Ταμείου Ανάκαμψης, που το εγκρίνουμε αύριο, νομίζω ότι χρειάζεται μεγαλύτερη δύναμη πυρός: έναν διπλασιασμό των κονδυλίων από τα 750 δισεκατομμύρια στο 1,5 τρισεκατομμύριο ευρώ.

Dorien Rookmaker (NI). – Voorzitter, de COVID-crisis heeft één ding duidelijk gemaakt: we kunnen niet zonder goed risicomanagement. Risicomanagement stelt ons in staat om te anticiperen op de toekomst. Integraal risicomanagement helpt ons om voorbereid te zijn.

In 1995 werden we gewaarschuwd dat het risico op een pandemie significant was verhoogd als gevolg van globalisering, urbanisatie en exploitatie van de natuurlijke omgeving. In 2003 kwam het Institute of Medicine met een aanvullende waarschuwing. De vraag was niet meer of er een pandemie zou komen, maar wanneer. In 2017 waarschuwde de Wereldbank opnieuw. Maar in het jaarverslag van 2019 van de ECB is niets te vinden over het risico op een pandemie. Het totale risiconiveau werd zelfs lager ingeschat dan in 2018.

De ECB zou als Europa's meest prominente financiële instelling in staat moeten zijn om de belangrijkste risico's te identificeren en te modelleren. Kijkend naar de situatie waarin we ons nu bevinden, vraag ik mij af: hoe degelijk zit het risicomanagement van de ECB in elkaar? Of is het tijd voor een grondige herziening?

Βαγγέλης Μεϊμαράκης (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα, από την ίδρυσή της μέχρι και σήμερα, δεν έχει ποτέ κληθεί να αντιμετωπίσει μια τέτοια πρωτοφανή κρίση σε υγειονομικό, κοινωνικό και πολιτικό επίπεδο, η οποία επηρεάζει συμμετρικά όλες τις εθνικές οικονομίες της ευρωζώνης. Η πανδημία και η ολιστική επίδρασή της σε όλους τους τομείς της οικονομίας ανάγκασαν τα κράτη μέλη να προσαρμόσουν τη δημοσιονομική πολιτική τους και να κάνουν τους προϋπολογισμούς τους πιο δυναμικούς αλλά και —τελικά— να συμφωνήσουν στο ιστορικό Ταμείο Ανάκαμψης ώστε να μπορέσουν να διασφαλίσουν ότι την επόμενη ημέρα η Ευρώπη θα μπορεί να επιχειρεί, να καινοτομεί και να αναπτύσσεται.

Σε αυτή, λοιπόν, την πρωτοφανή κρίση, η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα στάθηκε στο ύψος των περιστάσεων και ανταποκρίθηκε δεόντως με γρήγορες και δραστικές πρωτοβουλίες, τις οποίες και χαιρετήσαμε, κυρία Lagarde, και οι οποίες έδωσαν την απαραίτητη ρευστότητα στα κράτη μέλη προκειμένου να στηρίξουν τις οικονομίες τους και ιδιαίτερα τους αδύναμους, τους μικρομεσαίους και τις θέσεις εργασίας. Η επόμενη ημέρα της πανδημίας φέρνει την Ευρώπη αντιμέτωπη με πολυάριθμες προκλήσεις. Η τέταρτη βιομηχανική επανάσταση με την πλήρη μετάβαση στην ψηφιακή εποχή, η πράσινη ανάπτυξη και οι βεβαρημένοι κρατικοί προϋπολογισμοί καλούν τώρα την Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα να προσδιορίσει τον ρόλο της και να σταθεί στο ύψος των περιστάσεων, προκειμένου όχι μόνο να είναι ένα εργαλείο σταθεροποίησης αλλά και να σταθεί στο πλευρό των κρατών μελών της ευρωζώνης για την επιτυχή μετάβασή τους στη νέα αυτή εποχή.

Jonás Fernández (S&D). – Señor presidente, señor vicepresidente, señora presidenta del BCE, decía usted en su introducción inicial que la inflación continuaba demasiado baja en la zona del euro, y aprovechaba esa frase el portavoz del Grupo popular, Markus Ferber, para invitarla a dejar de insistir en cumplir con los Tratados. Le decía que, en la medida en que sus esfuerzos hasta ahora no estaban siendo positivos, no estaban siendo fructíferos, debía usted arrojar la toalla, no cumplir los Tratados europeos, no cumplir la regulación por la cual usted se rige.

Y la respuesta del Grupo socialista no puede ser otra que pedirle que haga algo más y ayudarla e incentivarla para que haga un poquito más en política monetaria y consiga llevar la inflación al objetivo.

Y decía también el diputado del Grupo Popular que los cambios demográficos, la globalización o los cambios tecnológicos hacían caer el tipo de interés natural y que, por lo tanto, la revisión estratégica de su mandato quizá debiera revisar el objetivo de inflación. Pues bien, para que el BCE siga siendo una institución útil para la zona del euro, mi Grupo espera que el camino que ustedes lleven en esa revisión del marco estratégico sea exactamente el contrario.

Luis Garicano (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur Dombrovskis, Madame Lagarde, Madame la Présidente, ce week-end, vous avez répondu à ceux qui voudraient annuler la dette des États détenue par la BCE. Votre argument prend comme point de départ l'illégalité de cette mesure, et vous avez raison. Mais je trouve que l'argument légal est faible, car si l'annulation de la dette avait du sens du point de vue économique, alors je serais le premier à demander un changement du cadre légal. Mais ce n'est pas le cas.

Il me semblait plus fort de pointer l'absence d'intérêt économique de l'annulation de la dette. L'annulation de la dette est un jeu d'écritures comptables dont le bénéfice est nul parce que nos États sont les copropriétaires de la BCE, mais c'est un petit jeu qui a des coûts importants: des coûts pour l'efficacité de la politique monétaire, un coût pour la crédibilité de la BCE, un coût pour le financement des États à long terme. Le simple fait d'ouvrir ce débat donne des ailes aux faucons de la politique monétaire, alors que nous sommes tous ici en soutien total des décisions que vous avez prises au cours de la pandémie. Je profite de cette tribune pour vous renouveler notre soutien.

France Jamet (ID). – Monsieur le Président, Madame Lagarde, merci de cette présentation. Nous sommes heureux de constater que la Banque centrale a voulu prendre sa part dans le soutien des économies durement frappées par la crise du COVID-19 et par l'incapacité de l'Union à fermer ses frontières. Mais votre état des lieux me conduit à vous poser trois questions.

Vous avez rappelé l'objectif de 2 % d'inflation que vous poursuivez. Nous constatons l'écart qui se creuse depuis tant d'années entre les prix à la consommation, les salaires et le prix des actifs financiers, comme les actions, et celui de l'immobilier. Ne convient-t-il pas de réviser la base du calcul de l'inflation pour y intégrer des éléments du prix des actifs?

Vous avez aussi fait part de votre choix d'engager la BCE à intégrer dans ses interventions des critères écologiques, notamment de lutte contre le changement climatique. De tels critères engageraient la BCE dans une dépendance nouvelle à l'égard d'organisations non étatiques qui se sont emparées du sujet de l'écologie. Nous redoutons pour les indépendants et les PME, mais aussi pour les banques, les effets d'une taxonomie arbitraire et totalitaire. Vos choix ne conduisent-t-ils pas la BCE à sortir de sa mission et à subir une nouvelle dépendance?

Enfin, vous avez évoqué le sujet de la monnaie digitale. Nous constatons tous l'accélération considérable du mouvement des cryptomonnaies depuis quelques mois. Ainsi, la plateforme chinoise Binance traite aujourd'hui un volume de transactions supérieures à tout Euronext et vaut plus que toutes les banques françaises réunies. Ne convient-t-il pas de se hâter lentement pour proposer aux Européens un système crédible et stable, quand le paysage numérique se sera éclairci?

Sven Giegold (Verts/ALE). – Herr Präsident! Frau Präsidentin Lagarde, vielen Dank, dass Sie wieder hier mit uns – wie jedes Jahr – diskutieren.

Wir haben es in diesem Bericht wieder geschafft, klar zu sagen: Die EZB soll im Rahmen ihres Mandats tun, was möglich ist, um auch Klimarisiken in ihren Geschäften entsprechend zu berücksichtigen.

Bisher tun Sie das bei Ihren wichtigen Refinanzierungsgeschäften, die Hunderte von Milliarden schwer sind, nicht. Die großen Ratingagenturen, auf deren Noten Sie sich dabei verlassen, bewerten weiterhin auch klimaschädliche Unternehmen – wie z. B. Chevron, Shell, Exxon, Total – mit sehr guten Noten, und darauf basierend können Banken bei Ihnen an frisches Geld kommen.

Deshalb – unsere Bitte ist ganz klar: Verlassen Sie sich nicht mehr einseitig auf dieses Oligopol und ihre Ignoranz gegenüber dem Klimaschutz, sondern sorgen Sie dafür, dass langfristige Klimarisiken bei Ihren Refinanzierungsgeschäften genauso wie auch bei der Bankenaufsicht umfassend berücksichtigt werden.

Derk Jan Eppink (ECR). – Voorzitter, mevrouw Lagarde, uw mandaat is prijsstabiliteit, maar u rekt het steeds verder op. Klimaat ziet u ook als deel van uw mandaat, zie de groene obligaties. Corona ook: u reageerde met een enorm opkoopprogramma genaamd PEPP, een waar "pepmiddel". Maar waar gaat dat heen?

Intussen is de ECB-balans door het aankoopbeleid gezwollen tot 70 % van het bbp van de eurozone. In Amerika is dat 35 %. In Japan zelfs 130 %. Een economie met hoge schulden die enkel stagneert: wilt u die kant op?

Uw echte motief is volgens mij: met lage renteverschillen de staatsschuld van Europese landen met hoge schulden betaalbaar houden. Maar de rekening legt u neer bij spaarders en gepensioneerden, zoals in Nederland. Zij worden uitgemolken. Zij voelen zich geslachtofferd voor de spilzucht elders in Europa, waar men al spreekt over schuldenkwijtschelding. Het probleem van het eurosysteem, mevrouw Lagarde, is – en het is vervelend dat ik dat moet zeggen – de euro zélf. Dat is het drama waar wij in Europa mee leven.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Lagarde, il 2021 potrà senz'altro essere ricordato come l'anno in cui la BCE ha deciso di essere, pienamente e veramente, una Banca centrale. Abbiamo i tassi più bassi della storia, le banche possono contare su finanziamenti a tassi negativi per aumentare i prestiti a imprese e famiglie, mentre gli acquisti di *asset* da 1 850 miliardi di euro sono stati efficaci nel compensare gli effetti negativi della pandemia.

Ora è tempo di andare oltre. Il 2021 è l'anno della tanto attesa ridefinizione della strategia di politica monetaria della BCE. Inflazione, condizioni finanziarie, stabilità dei mercati, cambiamenti climatici e digitalizzazione: sono queste le grandi sfide a cui ci aspettiamo una risposta. Ma non si potrà fare tutto questo facendo finta di non vedere l'elefante nella stanza, cioè l'enorme debito contratto da tutti i paesi membri per far fronte alle esigenze della crisi pandemica.

L'avevo umilmente già proposto e lo hanno autorevolmente ribadito oltre 100 illustri economisti europei in una lettera: cancelliamo il debito pubblico detenuto dalla BCE e offriamo così agli Stati europei i mezzi per una loro ricostruzione, sostenibile e inclusiva. Se non ora, quando?

Evelyn Regner (S&D). – Mr President, the ECB undertook rapid and major efforts to dampen the disastrous effects of the pandemic on our economy. What we see now is that the ECB was partially successful and, that said, we are all aware of the impact that monetary policy has on our economic system.

I would like to draw attention to the fact that monetary policy itself is not neutral towards specific issues. Especially one: gender equality. Now is exactly the time to ensure that women are supported extensively, as they are disproportionately more affected by the crisis than men. That is why more diversity is essential on the executive floor. We need more women on the ECB's Executive Board. Having people from different backgrounds leads to a more creative and better way of tackling problems, benefitting our society as a whole. I am convinced that a gender-balanced Board must be possible in the 21st century.

Billy Kelleher (Renew). – Mr President, President Lagarde, Vice-President Dombrovskis, just to say at the outset, I very much welcome this report and I also welcome the rapid response of the ECB, in terms of its monetary policy during the pandemic itself, and certainly the PEPP purchasing programme was very, very welcome. It added confidence, I think, to markets across the globe, and it certainly added confidence to the eurozone itself.

Of course, there are significant challenges downstream of where we are now, Madam Lagarde, in terms of the public debt that is being piled onto sovereigns across the entire European Union, and that is going to be a significant challenge in the years ahead.

So what I'm saying is, we do need to ensure that the monetary policy of the ECB mirrors that, and hopefully that of Member States, in terms of their fiscal policy, because there will be significant pressures in terms of sovereigns trying to refinance huge sums of public debt in the years ahead if we don't have a seamless unwinding from the Pandemic Emergency Purchasing Programme and also from the European Union, particularly the Stability and Growth Pact, if that is reintroduced.

So I would like that particular issue to be taken on board and looked at.

Gunnar Beck (ID). – Herr Präsident, Madame Lagarde, dieser Bericht warnt zu Recht vor Immobilienblasen und TARGET2-Risiken. Doch die Kritik ist sparsam, groß aber verfehltes Lob. Größer aber noch ist die Not. Der Euro ist eine Missgeburt, ein Minotaurus, den die Bundesbank mit jährlich 100 Milliarden Euro unbesicherten TARGET2-Krediten befriedet und befriedigt – bislang insgesamt 1,2 Billionen Euro. Immobilien werden unbezahlbar, Löhne sinken, Steuern und Schulden steigen, nur Reiche werden reicher.

Seit 2015 druckt die EZB mehr Geld als irgendeine Notenbank irgendwann, irgendwo. Doch das Wachstum ist geringer als fast irgendwo sonst. Seit COVID schrumpft die EU-Wirtschaft schneller noch als die EZB druckt. Und wohin fließt die EZB-Geldschwemme? Nicht in Realwirtschaft, private Haushalte oder Zukunftsbranchen, sondern in sterile Anlagegüter für Superreiche und billionenteure Traumtänzereien wie Euro, Klimarettung und Zuwanderung.

Zins ist der Preis für Zeit. Negativzins zeigt: Europa hat so keine Zukunft mehr außer als Oligarchie.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, thank you very much, President Lagarde, for referring to the ECB strategy review and also by including climate change in that. But I would like to pick up where you said that you are going to look at sustainability considerations, how they can also be reflected in the monetary policy instruments, as you said, and I would like to pick on that a bit, because I would almost say: what is still the discussion? First of all, some people say: well, the ECB needs to be market neutral. But I can't find that anywhere in the Treaties, so market neutrality should not and could not be an argument. Price stability is. And as we see more and more studies, climate change is affecting price stability, so you need to do something about price stability. Furthermore, by continuing the current asset purchasing programmes, you are supporting the past – the fossil past – and you're going against climate neutrality, which has a very

clear democratic mandate that we have to work towards. So my question is very simple: are you going to stop buying bonds that perpetuate carbon-intense economic activities? And are you going to embrace proposals for Green TLTROs, because that is actually required to really have a green agenda.

Henrike Hahn (Verts/ALE). – Herr Präsident, Frau Lagarde, Herr Dombrovskis! Die Europäische Zentralbank muss Klimarisiken und Klimaziele in ihre geldpolitischen Entscheidungen mit einbeziehen, und zwar gerade, weil Preisstabilität ihr oberstes Ziel ist und der Klimawandel ausdrücklich Einfluss darauf hat.

Wir wissen, der Klimawandel beeinflusst die Realwirtschaft und zunehmend auch die Bilanzen der Banken auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Wir brauchen Hilfsprogramme der EZB, die klug und zukunftsorientiert sind. Und wenn die EZB durch ihre Anleihenkäufe Betreiber von Kohlekraftwerken unterstützt, dann steht das klar gegen unsere Pariser Klimaziele.

Die EZB soll auch prüfen, wie wir die internationale Rolle des Euro stärken können – für wirtschaftliche Souveränität Europas und mehr Unabhängigkeit von globalen Entwicklungen. Madame Lagarde, ich setze außerdem darauf, dass viele, viele kluge Frauen wie Sie schnellstmöglich mindestens die Hälfte der wichtigen Positionen im EZB-Direktorium, in der EU-Finanzaufsicht und in den Zentralbanken besetzen.

Claude Gruffat (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, Madame Lagarde, chers collègues, la BCE détient près de 3 800 milliards d'euros d'actifs issus des différents programmes de rachat de dette qui sont de puissants soutiens à l'économie carbonée. Sur les 242 milliards d'euros d'actifs privés détenus par la BCE, 63 % sont bruns alors que les secteurs soutenus ne représentent que 10 % des emplois et 20 % de l'activité en Europe.

Madame Lagarde, la politique monétaire et les actifs détenus par la BCE ont un impact énorme sur le quotidien des citoyennes et des citoyens. Pour répondre aux enjeux du moment, votre action devrait in fine favoriser plus d'emplois européens et moins de carbone. Des pans entiers de l'économie réelle n'attendent que cela pour essaimer et bâtir l'Union européenne de demain: plus territorialisée, plus juste, plus écologique.

Vous avez annoncé récemment la création au sein de votre institution d'un centre d'expertise sur le changement climatique. J'espère que ce sera enfin l'opportunité d'agir. D'où cette question, en paraphrasant votre entretien d'hier: quand allez-vous enfin mettre en cohérence votre rôle et la feuille de route climatique de l'Union? Voilà le sujet essentiel aujourd'hui.

Marie Toussaint (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Présidente, chers collègues, parlons clair. Si vos propositions sont bienvenues, elles restent insuffisantes parce qu'elles ne changent en effet pas de logique. Crise écologique, crise sociale et économique sont liées. C'est une crise systémique que nous vivons. Il faut en tirer les conséquences plutôt que de faire perdurer la logique qui nous a conduits dans le mur.

Une partie des dettes publiques devrait être annulée au profit du financement de la transition écologique. Mais vous balayez d'un revers de main cette proposition qui permettrait de mobiliser jusqu'à 2 500 milliards d'euros au motif que ce serait illégal, ce que ne disent pas les traités.

Par ailleurs, au nom de la neutralité du marché, vous persistez à financer, à travers vos programmes d'achats, des activités climaticides, dont les énergies fossiles. Cela doit cesser. Chaque euro dépensé dans cette voie est un euro funeste. Ayons l'audace d'intégrer la sauvegarde du climat dans le mandat de la BCE. C'est d'ailleurs une urgence pour préserver les banques elles-mêmes du risque prudentiel, et donc aussi social, constitué par le dérèglement climatique.

Si vous ne vous occupez pas du climat, le climat vous rattrapera. La neutralité carbone doit désormais guider l'ensemble de vos actions.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Mr President, Madam President, honourable Members, well, first of all, thank you for today's debate. I think it has shown a degree of convergence of views on most of the aspects of the report.

The Commission believes that the ECB's accountability towards the European Parliament is an essential element of the European governance system and an important condition for its independence. The ex-post assessment of ECB activities by the European Parliament is an important part of the ECB's democratic accountability.

I look forward to continued dialogue and close cooperation among our three institutions. This is vital in order for the euro area to function smoothly and properly.

In recent months, it has been instrumental in designing an appropriate policy response to the crisis and laying the foundations for a solid sustainable recovery.

In this spirit, I look forward to tomorrow's plenary debate on the Recovery and Resilience Facility. It is in the interest of all Europeans to put the agreement we reached in December into effect as soon as possible.

Christine Lagarde, *President of the European Central Bank*. – Mr President, let me first thank Mr Simon and all his colleagues for the draft resolution.

I would also like to thank the Commission, you, Mr Dombrovskis, for your support for the great cooperation that we have on so many of the issues that we both tackled.

Let me also thank each and every one of you for your questions, for your comments, for your views. I've taken due note of it. I'm not necessarily going to respond to each and every one of your points or your questions because it would take us way into the night and I'm not sure that we want to do that. But I will try to tackle quickly some of the issues because I think that they are critically important for our mandate, and they are also relevant for our cooperation.

I'm not going to touch on the economic outlook. I think that not many of you actually raised the issue and I think that we know quite well what the prospects are, and I've touched on that in my opening remarks.

I would like to come back to one item which is clearly related to the output and the composition of that output, and that is inflation, which was touched on by some of you. I'll start with reiterating what I was nicely reminded of, which is that price stability is the mandate of the ECB. There is no question in our minds, and certainly no question in my mind, that this is the case. But I would like to turn to inflation a bit because it is a matter that has been changing recently and I would like to come back to that.

As we saw in January, headline inflation increased after having been in negative territory for almost half a year in 2020. This swing was partly expected. According to Eurostat's flash estimates, Harmonised Index of Consumer Prices (HICP) inflation increased to +0.9% in January, after having been at -0.3% in December and before. That swing reflects, to a considerable extent, the increase in energy inflation due to upward base effects and the recent oil increases. In particular, it reflects the reversal of the temporary VAT rates in Germany, and the change in the HICP weight that always takes place at the start of the year, and which now reflects the consumption structure of 2020, which, under the impact of the Covid pandemic has changed, compared to that of 2019.

Headline inflation is expected to gradually increase further in the coming months, and this will largely be due to base effects in energy inflation, as the drops in oil prices in early 2020 will fade away from the annual growth rates. In the near term, domestic price pressures will remain subdued, though, owing to factors that I have mentioned, which are weak demand, increasing labour market slack, euro exchange rate appreciation and softer wage pressures.

It is because of those factors, which clearly imply negative pressure on prices, that we believe that in order to reach the price stability that has been defined back in 2003 as close to below 2%. It is for that reason that we believe that ample monetary stimulus remains essential to preserve favourable financing conditions over the pandemic period for all sectors of the economy. This will help to reduce uncertainty and support confidence, encourage consumer spending and investment and ultimately underpin economic activity and safeguard medium-term price stability. So you see, price stability is clearly right and centre in our considerations when we decide our monetary policies on a regular basis.

I would like to touch on a couple more issues which you have mentioned that have to do with the link between fiscal and monetary, and I would like to just come back to the European response to the crisis that you actually address in your resolution, Mr Rapporteur.

First of all, I would like to emphasise that the national fiscal responses have been crucial so far. They helped secure employment, prevent a rise in structural unemployment and safeguard the survival of firms. Indeed, it's the *e contrario* reasoning that has to apply, and the counterfactuals are always difficult to demonstrate, but there is no uncertainty in our mind that this has been critical for those three purposes. But more will be needed as another pandemic wave sweeps across Europe still and delays recovery. An ambitious and coordinated fiscal stance remains critical in view of the sharp contraction of the euro-area economy and this support will continue to be needed in order to avoid the cliff effects and not leave anyone behind.

Now, as I said, as much as possible those fiscal measures should be targeted and should be temporary in nature and be mindful of medium-term fiscal sustainability. The longer fiscal support prevails, the more the quality of this measure is of the essence. Needless to say, Next Generation EU, once duly ratified by all 27 members and properly rolled out, will support fiscal recovery and will be an important ingredient in the strategy going forward, but it must become operational without delay. For this, it is critical that Member States channel European funds into much needed reforms and investment, including in the areas of climate change and digitalisation.

Finally, we need to reflect on the lessons of the Recovery and Resilience Facility for the fiscal architecture in the medium term. With Next Generation EU, for the first time ever, Europe has put in place a common counter cyclical budget. It can also contribute to making EU economies structurally stronger, thereby reducing the divergences in growth and income. We will also need to reflect on a future reform of the Stability and Growth Pact going forward.

Now let me say a few words about our strategy review. Some of you have mentioned it and, as you know, there are quite a few items that will be on our list of investigation as far as this review is concerned. As you know, we decided to extend the timeline, because of the pandemic, but now we're back in full swing and moving fast. We expect to conclude the review in the second half of 2021. In several topical sessions so far, we have discussed inflation, inflation measurements, fiscal policies, price-stability objectives and monetary policy instruments, with all members of the Governing Council. More sessions are planned in the coming months and we are still in the general mode of listening, discussing, reflecting. Since all review-related issues are strongly interdependent, it is premature at present to draw any conclusions and to present them.

We also involve external parties in some parts and stages of the process and I will ensure the involvement of this Parliament throughout the review process, as part of my regular exchanges with the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON), and also in the context of dedicated visits to the ECB.

I would like to finish with some key points on climate change, which some of you have mentioned. I think it is important and I know that it's not music to everyone's ears, but it is the reality. The primary responsibility to address climate change lies with governments, who have the most important tools at hand. I'm convinced that we need to see faster progress along three interlocking dimensions: including, informing, innovating. Those are my three Is that I significantly expanded upon in a previous speech – I will not bother you with that – but what I mean by that is that we need to include the true social and environmental cost of carbon into the prices paid by all sectors of the economy. I know that Parliament is working hard on that.

We also need to get greater information on the exposure of individual companies in order to make sure that climate risks are adequately priced. Lastly, we need to see substantial green innovation and investment. Both, however, require a complex ecosystem of which finance is a key element. The EU must make progress to consolidate its leading role in sustainable finance. Green bond issuance by euro-area residents has grown sevenfold since 2015, reaching 75 billion in 2020. Funding for green innovation must also come from other market segments. Recent analysis points to the beneficial role of equity investors – research by the ECB, I have to say.

Completing the capital markets union should provide a further push to support equity based green finance by fostering deep and liquid capital markets across Europe. The fact that central banks are not responsible directly for climate policy does not mean that we can ignore climate change or that we do not play any role in combating it. Climate change is, in my view, very relevant to the ECB mission. The scale and the irreversibility of its consequences calls for not medium- or long-term action, but for immediate action from all actors, each within their competence, each within their mandate.

The material effect of climate change as well as the acceleration of the transition have macroeconomic and financial implications. They have consequences for price stability (our mandate), for financial stability and banking supervision (also a responsibility of the ECB), as well as for the euro system's own balance sheet. We are aware of these consequences and determined to mitigate and adapt to them. The ECB is thus reflecting on the emerging risks related to climate change in the pursuit of its treaty tasks.

We are assessing those issues in the context of our ongoing strategy review. We are, in particular, considering how environmental sustainability considerations can be relevant in pursuing ECB policies not applied only to the non-monetary policy portfolios, but way beyond that. So, there will be more to come as we progress in our strategy review and, I hope, for the better of generations to come. With that, Mr Vice-President, I thank you very much for your patience with me and for your hospitality.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 9 February 2021.

Written statements (Rule 171)

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – O Banco Central Europeu (BCE) foi chamado em 2020 a desempenhar, ainda com mais exigência, o seu papel de estabilização dos preços, de impulso às políticas europeias de resposta à crise pandémica e de apoio ao financiamento das respostas, em linha com as prioridades da proteção do emprego e do desenvolvimento sustentável.

A resposta rápida e substantiva na disponibilização de recursos monetários manteve o equilíbrio nos mercados financeiros e permitiu aos Estados-Membros desenharem e aplicarem planos de emergência essenciais para proteger a economia e o tecido social. É fundamental que esta política continue, com foco na economia real e sem que a pressão sobre as regras orçamentais ou a gestão da dívida se torne numa restrição à capacidade de resposta aos impactos sanitários, económicos e sociais da pandemia.

Em 2020 o BCE contribuiu para sustentar um ambiente favorável ao investimento. É importante que prossiga políticas monetárias que estimulem o crescimento e o emprego, incluindo um ajustamento das suas prioridades às prioridades de sustentabilidade da União Europeia. Um acordo interinstitucional entre o BCE e o Parlamento Europeu, cuja negociação se está a iniciar, permitirá melhorar a prestação de contas da atividade do BCE perante os representantes eleitos dos Estados Membros.

14. Abstimmungsrunde

Presidente. – Passamos agora à votação. Votaremos os dossiês conforme indicado na ordem do dia. O período de votação decorrerá a partir de agora e até às 19.45.

A votação será realizada segundo o mesmo procedimento utilizado nos últimos períodos de sessões.

A votação do período de levantamento da imunidade do Deputado Álvaro Amaro e a votação da nomeação do Vice-Presidente do Conselho de Supervisão do Banco Central Europeu será feita por escrutínio secreto, o que significa que os deputados podem exercer o seu direito de voto da forma habitual, mas o boletim de voto que receberem para assinar não mostrará o sentido do voto mencionando apenas que já votaram.

Todas as outras votações serão, como habitualmente, nominais.

As declarações de voto podem ser apresentadas por escrito e, a título excecional, serão aceites declarações de voto com o máximo de 400 palavras.

Declaro aberto o período de votação que se prolonga até às 19.45. Os resultados das votações que agora se iniciam serão comunicados amanhã, às 8.30.

15. Neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft (Aussprache)

Presidente. – Em todos os debates deste período de sessões não haverá procedimento «catch the eye» nem perguntas «cartão azul». Além disso estarão também previstas intervenções a partir dos nossos gabinetes de ligação nos Estados-Membros.

Segue-se o debate sobre o relatório do Deputado Huitema, em nome da Comissão do Ambiente, da Saúde Publica e da Segurança Alimentar, sobre o novo plano de ação para a economia circular (2020/2077(INI)) (A9-0008/2021).

Jan Huitema, *Rapporteur*. – Voorzitter, 90 % van de producten die wij tegenwoordig gebruiken, volgen een lineair pad. Wat bedoel ik daarmee? Natuurlijke hulpbronnen worden gebruikt, worden ontgonnen, daarmee worden producten gemaakt. Die producten gebruiken we misschien één of twee keer, en vervolgens wordt het afval. Als we zo doorgaan met het gebruiken van al die natuurlijke hulpbronnen, hebben we in 2050 niet één planeet aarde nodig maar drie. Op een gegeven moment houdt dit gewoon op.

Het is veel beter om ervoor te zorgen dat we het afval dat we anders verbranden of bijvoorbeeld storten, gebruiken als een waardevolle grondstof om onze producten te maken. Niet alleen is een circulaire economie daarvoor beter. Dit is, denk ik, ook van uitermate groot belang om de Green Deal-doelen te halen. Of om het nog scherper te zeggen: ik ben er heilig van overtuigd dat als we onze circulaire economie opschalen, dat we dan de doelen van de Green Deal halen en dat we in 2050 klimaatneutraal zijn.

Circulaire economie is niet alleen goed voor het milieu. Ik ben er ook van overtuigd dat ze voor onze economie een belangrijk voordeel biedt. Sterker nog: ik denk dat als wij in de toekomst concurrerend willen zijn ten opzichte van de rest van de wereld, wij een circulaire economie nodig hebben. En waarom? De Europese Unie staat er niet om bekend heel veel grondstoffen of natuurlijke hulpbronnen te hebben. Andere continenten hebben er veel meer. Ook kunnen wij niet altijd concurreren op bijvoorbeeld lage lonen. Maar waar we wel mee kunnen concurreren, is dat we heel veel kennis, kunde en innovatiekracht hebben. Dat komt prachtig tot uiting in een circulaire economie, dus wat dat betreft een win-winsituatie.

Er is nog een derde component die ontzettend belangrijk is wanneer het gaat over circulaire economie: het sociale aspect. In dit verslag besteden we aandacht aan de levensduur van producten alsook aan de transparantie van producten, en bijvoorbeeld ook aan het recht van consumenten dat producten gerepareerd moeten kunnen worden.

Ik heb veel met bedrijven gesproken de laatste tijd. Ze zeggen allemaal: we zien verschillende obstakels, maar we kunnen veel meer. Er zijn eigenlijk twee belangrijke obstakels die de circulaire economie tegenhouden. Het belangrijkste obstakel is dat het gebruik van natuurlijke hulpbronnen of primaire bronnen nog veel te goedkoop is ten opzichte van gerecyclede producten. Tijdens deze pandemie is de olieprijs laag en daarom is het veel verleidelijker om bijvoorbeeld fossiele brandstoffen te gebruiken om plastics te maken in plaats van dat je hergebruikt plastic gebruikt. Een tweede belangrijk obstakel is het voorhanden zijn van kwalitatief goede, secundaire of hergebruikte materialen die ook veilig zijn.

Ons verslag gaat op die twee obstakels in en probeert daar een oplossing voor te vinden. Allereerst proberen we om een markt te creëren voor het gebruik van gerecyclede materialen en om ervoor te zorgen dat ze een goed businessplan hebben ten opzichte van de goedkope primaire grondstoffen. Dat kan wat ons betreft door wet- en regelgeving en door het belonen van het gebruik van gerecyclede producten.

Eerst via wet- en regelgeving. Wij vinden het heel belangrijk dat de ecorichtlijn uitgebreid wordt, dat je een minimum stelt aan de hoeveelheid gerecycled materiaal dat je gebruikt in je producten en dat dat niet alleen geldt voor Europese bedrijven, maar voor alle bedrijven die op de Europese markt hun producten verkopen.

Verder is het belangrijk dat overheden het goede voorbeeld geven, dat publieke aanbestedingen niet alleen maar kijken naar de prijs, maar ook bekijken of het product gerecycled materiaal bevat. Verder zijn we aan het kijken of we het ook met marktinstrumenten voordeliger kunnen maken om gerecyclede grondstoffen te gebruiken. Dit zou bijvoorbeeld kunnen door CO_2-beloningssystemen of andere marktinstrumenten. Verder roepen wij op om meer te gaan investeren in technologieën om de recycling beter te maken. Ook kijken we naar bestaande subsidies en belastingen, en bovendien bekijken we of subsidies misschien ongewenste effecten hebben. Een voorbeeld is dat biomassa met subsidies verbrand wordt in verbrandingsovens, terwijl die biomassa wellicht ook gebruikt zou kunnen worden om daar nog waardevolle grondstoffen uit te halen. Dat is één aspect.

Het tweede obstakel: de beschikbaarheid van kwalitatief goede, hergebruikte producten. Het is heel belangrijk dat de richtlijn ecodesign ook hier aandacht aan besteedt: dat we er bij het ontwerp van een product al aandacht voor hebben of in de eindfase van een product het product ook daadwerkelijk goed gerecycled kan worden. Er zijn nog te veel voorbeelden van producten waarin veel te veel verschillende materialen worden gebruikt, bijvoorbeeld in verpakkingen, dat je daarin verschillende soorten plastic of misschien zelfs karton in verschillende lagen aantreft. Wanneer het afval wordt, is het heel moeilijk om die verschillende materialen weer te scheiden en te hergebruiken. Een goed inzamelings- en sorteringssysteem dat gemeentes invoeren, is heel belangrijk. Wij roepen op om te leren van elkaar en om een geharmoniseerd systeem te hebben.

Ook is het belangrijk dat we bekijken of alle afvalstromen afval zijn. In mijn ogen bestaat afval niet. Het is ook de taak van de Europese Commissie om zo snel mogelijk met criteria te komen om te bepalen wanneer afval geen meer afval is, en dat je dus een einde-afvalstatus krijgt. Tot slot is het belangrijk dat we een goed "track and trace"-systeem hebben, een Europees gevalideerd certificaatsysteem van gerecyclede producten, zodat je zeker weet dat het veilig is en kwalitatief goed, en dat je ook komt met een ecolabel, zodat mensen weten dat iets inderdaad een gerecycled product is.

Er zijn ontzettend veel andere zaken waar we in dit verslag op ingaan, bijvoorbeeld op de globale dimensie. We hebben het nu alleen maar over de Europese Unie. Maar helaas ontbreekt daarvoor de tijd. Misschien komt dat verderop nog in het debat.

Anna Cavazzini, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection.* – Mr President, the battery on this phone is dying and although it is still working perfectly otherwise, I will have to buy a new one, with all the negative implications involved: more resources being mined, under often horrendous conditions, more CO_2 emissions and mountains of electronic waste piling up in the European Union.

This linear economy needs to change urgently and it will change if we put in place sustainability requirements that make products circular by design. The Internal Market and Consumer Protection Committee voted on a strong opinion asking for exactly that: circularity by design, plus an effective right to repair, longer guarantees, available spare parts and updates and better information to consumers, with a digital product passport.

These are very clear demands by Parliament to make the circular economy a reality and to implement the Green Deal. I expect the Commission to deliver this year with ambitious legislative proposals.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission.* – Mr President, I would like to congratulate Mr Huitema, as well as the shadow rapporteurs and the entire Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, for this comprehensive report on the new Circular Economy Action Plan for a cleaner and more competitive Europe.

The report is very clear. There is an urgent need to move away from a linear model towards a circular economy. There is no more time for hesitation. The circular economy is a cornerstone of our transition to a sustainable economy and society. It is also a tool to create much-needed jobs and strengthen social inclusion. It is a positive agenda that brings benefits to our citizens and provides a range of business opportunities. It's a triple win: for people, for the planet and for prosperity.

We need a circular economy to achieve climate neutrality. Recent studies show that half of greenhouse gas emissions and more than 90% of biodiversity loss and water stress at global level come from resource extraction and processing. This is worrying, in particular in the light of projections that material consumption may double in the next 40 years. Today, recycling accounts only for 12% of EU raw material imports and, if we don't act now, waste generation will rise by 70% by 2050.

The Action Plan underlines the need to reduce our consumption footprint to bring it back within the planetary boundaries and to switch to an economic model that gives back to the planet more than it takes.

Your report strengthens the case for change. We already started the implementation of our plan last year with the Commission proposal for a new Batteries Regulation. This proposal is truly ground-breaking. It covers, for the first time, the full lifecycle of a product and proposes a new toolbox for sustainability.

This year, we will be rolling out the Sustainable Product Policy Framework, including the sustainable product policy legislative initiative, which will be presented at the end of the year. It will set requirements for products and lay out sustainability principles so that, among other things, products on the EU market last longer, are easier to repair and recycle and include recycled content.

This Sustainable Product Policy Framework aims at reducing waste generation and creating lead markets for sustainable materials and products. It will reward businesses aiming to be frontrunners or who are already leading with climate neutral technologies.

As fossil energy represents a fifth of all the material we use, it should also be noted that energy efficiency is vital to contribute to the goals to reduce both the material and carbon footprint of products. The Commission will address, as a priority, certain key product value chains, such as textiles, electronics and packaging, to mention just some. Next to ensuring that products produced or sold on the EU market become circular and sustainable, we also plan to empower consumers to that end. In close interconnection and coordination with product policy, we will present a legislative proposal to strengthen consumer rights and information and to tackle green claims.

As regards end of life, a lot has already been done to improve recycling, but not all problems have been solved. We will work to prevent waste and to ensure that it is well managed. Our citizens are worried about harmful landfills, litter and microplastics, and about dumping waste in countries that cannot deal with it. The Commission will take action to ensure that the EU does not export its waste challenges to third countries. The review of the Waste Shipment Regulation will have a key role to play in improving the internal circulation of waste and restricting exports of waste that have harmful environmental and health impacts in third countries or can be treated domestically within the EU.

This brings me to the international dimension and global value chains. We are working together with the United Nations Environment Programme and the United Nations Industrial Development Organization to set up an alliance on the circular economy and resource efficiency. This alliance will provide global impetus for the circular economy transition and enable us to advance this agenda together with key economies.

As your report clearly states, going circular is now more important than ever. If we want to leave this economic crisis behind, we need more circular economy, not less. We need the circular economy to deliver a future that is digital, inclusive and green. To do this, we have to bring economic and environmental policies together and mobilise unprecedented investments.

Next Generation EU will help us to do so. This instrument responds to the economic slowdown and addresses the environmental crisis, while increasing the resilience of our businesses, our citizens, our value chains and our global partners. This is particularly true for the circular economy. The circular economy and the European Green Deal agenda will remain central in shaping the economic reconstruction and the future of a climate neutral and competitive Europe.

The recent adoption of the EU's long-term budget confirms this commitment. The Commission is working to ensure that InvestEU also includes the circular economy as one of its areas of intervention along its investment windows.

For the Recovery and Resilience Facility, we stand ready to work closely with Member States and to enhance opportunities for the Green and Digital Agenda. Innovation will play an important role in the new Circular Economy Action Plan.

Horizon Europe will support novel, clean materials and products, new circular business models and technologies. It will also support large-scale demonstration of circular economy solutions in EU cities and regions.

In conclusion, let me thank you again for your unwavering support in driving the transition towards a circular economy. It's an agenda for today, for times of crisis and for the future, a shared agenda for the whole of Europe and beyond.

(Applause)

Svenja Hahn, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für internationalen Handel.* – Herr Präsident! Wie soll die Zukunft der europäischen Wirtschaft aussehen? Verzicht und degrow oder Fortschritt durch Innovation?

Wirtschaftswachstum gestalten wir zukunftsfähig, indem wir es immer mehr von Primärressourcennutzung entkoppeln. Dafür muss die EU-Kreislaufwirtschaft vor allen Dingen drei Punkte beachten: Wiederverwendung und Recycling müssen für Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher einfacher und effizienter werden. Nachhaltige und innovative Geschäftsmodelle fördern – das reduziert unseren ökologischen Fußabdruck und schafft Jobperspektiven. Deshalb müssen wir auch Kreislaufwirtschaft in Handelsabkommen integrieren. Das stärkt fairen Wettbewerb und schützt Klima und Umwelt gemeinsam mit unseren Partnern.

„Unsere Kinder sollen es einmal besser haben." Diesen Wunsch hatten meine Eltern für mich und meinen Bruder; diesen Wunsch hatten Generationen an Eltern für ihre Kinder. Und ich will, dass dieser Wunsch auch morgen noch genau so gilt. Für intakte ökologische und ökonomische Grundlagen von morgen müssen wir aber heute klug wirtschaften. Deshalb ist Kreislaufwirtschaft Teil unserer Zukunft. Danke für einen guten Bericht, Jan!

Romana Jerković, *izvjestiteljica Odbora ITRE.* – Gospodine predsjedavajući, svijet se doista suočava s krizom resursa bez presedana zbog brzog rasta stanovništva i ekonomskog modela koji traži rast pod svaku cijenu. Trošimo resurse gotovo dvostruko brže nego što ih planet može stvoriti.

No COVID-19 kriza pruža nam jedinstvenu priliku novog početka. Moramo se odmaknuti od tradicionalnih ekonomskih paradigmi koje se temelje na beskrajnom i uzlaznom rastu i okrenuti se prema kružnom modelu koji se temelji na stvaranju vrijednosti za sve na planetu.

Tranzicija na kružno gospodarstvo bit će sustavna, duboka i korjenita. Mora biti i pravedna. Od dionika na svim razinama vlasti zahtijevat će se usklađivanje i suradnja. Da bi postigli ovu zahtjevnu transformaciju u procese odlučivanja potrebno je uključiti i građane i poduzetnike dok kružnost mora biti ugrađena u svaki dio proizvodnje od dizajna do izvedbe.

Uvjerena sam kako kružno gospodarstvo treba biti temeljni element europske i nacionalnih industrijskih politika dok nacionalni planovi za oporavak i otpornost država članica moraju počivati upravo na rastu koji je pametan, održiv i uključiv.

Ciarán Cuffe, *rapporteur for the opinion of the Committee on Transport and Tourism.* – Mr President, there's only one planet Earth and that's why we're here today to make laws that help the planet heal. It won't be easy.

It's 50 years since the singer, Marvin Gaye, asked 'Where did all the blue skies go?' and the question is more relevant today. We need a new relationship with our Earth and we must all play our part in realising the circular economy.

On the Transport and Tourism Committee, we know the days of the internal combustion engine are numbered. We need to go electric, but a million electric cars won't save the planet. We need to slow down, hear the birdsong and smell the flowers. We need to walk and cycle more and invest in public transport: modern trams and buses, shared and active mobility. The Ecodesign Directive must help us to achieve this.

As aviation picks up again, let's have fairer fares that encourage rail travel. Where we need to do this is in this European Year of Rail. We also need to adopt Europe's eco label and eco-management and audit scheme to tackle waste. The planet deserves this.

Claude Gruffat, *rapporteur pour avis de la commission de l'agriculture et du développement rural*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, repenser la circularité économique n'est pas juste interroger notre rapport à l'accumulation matérielle. C'est aussi et avant tout modifier radicalement la façon dont nous consommons et dont nous puisons sans fin les ressources naturelles.

C'est pourquoi, à côté de l'approche industrielle, il est essentiel de sensibiliser le secteur agricole et alimentaire à cette problématique, avec en ligne de mire la réduction au strict minimum de sa dette envers la nature.

Dans ce plan d'action en faveur de l'économie circulaire, la Commission ouvre des portes bienvenues aux alternatives à un modèle agricole productiviste toujours dominant, trop gourmand en ressources naturelles, peu vertueux pour le climat et destructeur d'emplois. Meilleur contrôle des intrants, réduction de la dépendance en protéines végétales, relocalisation de la production, valorisation des déchets, lutte contre le gaspillage alimentaire, information des consommateurs plus transparente, notamment par l'étiquetage, sont autant d'outils qui aideront à faire entrer enfin l'agriculture dans l'ère de l'économie circulaire.

Arba Kokalari, *för PPE-gruppen*. – Herr talman! Om Europa ska klara av klimatmålen måste vi komma ifrån slit och släng-samhället och gå över till en cirkulär ekonomi där resurserna används mer effektivt. Den cirkulära ekonomin är redan i full gång, i Sverige och Europa. Där finns det innovativa företagare som ställer om sina affärsmodeller och driver utvecklingen framåt med smarta lösningar. Det handlar om återvinning och återanvändning på nya sätt.

Här måste politiken göra det mycket enklare, så att den här omställningen kommer i gång så fort som möjligt, inte sätta käppar i hjulen. Men de gröna och vänstern lägger tyvärr hela tiden fram förslag i klimatets namn som försvårar för företagen att ställa om, utan någon klimatnytta. I Sverige lägger man fram plastpåseskatt och snart en klädskatt. I Europaparlamentet vill man ha reklamförbud och tvinga alla företag att lagra produktreservdelar som ingen vet om de ens kommer att användas. Samtidigt står man i vägen för kärnkraft, ny teknik som koldioxidinfångning och enklare handel med hållbara tjänster. Så mycket hatar man kärnkraft att vi står och importerar el från kolkraft i Polen.

Regeringens nya klädskatt måste stoppas av EU-kommissionen. Det är därför jag har anmält den här klädskatten, och jag hoppas att ni kan stoppa den. Klimatet har inte råd med politisk greenwashing från vänstern, utan klimatet behöver cirkulär ekonomi som gör det enklare att ställa om.

Simona Bonafè, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, riuso, riciclo, rigenerazione, riparazione e reimpiego: queste sono le azioni che meglio spiegano il nuovo *Action Plan* sull'economia circolare. Azioni che diventano ancora più centrali in questo periodo storico, dove stiamo affrontando una pandemia sanitaria senza precedenti, che ci pone di fronte alla necessità di rimettere in piedi le nostre economie, a partire dall'impegno dell'Unione europea di diventare un continente a zero emissioni nette al massimo entro il 2050.

Oggi consumiamo due volte e mezzo le risorse che il nostro pianeta è in grado di rigenerare in un anno. Non potremo raggiungere l'obiettivo della neutralità climatica senza una profonda trasformazione del nostro modello di sviluppo da un sistema di progettazione, produzione e consumo lineare a uno pienamente circolare che rispetti i limiti del nostro pianeta. Per questo è importante che la Commissione europea abbia aggiornato il proprio piano di azione sull'economia circolare, definendo misure ed azioni da mettere in atto nei prossimi cinque anni.

Nello scorso piano d'azione ci siamo concentrati sul fine vita dei prodotti, andando a definire *target* ambiziosi di riciclaggio e diminuzione del conferimento in discarica, obiettivi su cui la Commissione dovrà vigilare relativamente alla loro implementazione negli Stati.

L'obiettivo per il futuro deve ora essere quello di incidere sul primo livello della gerarchia dei rifiuti: la prevenzione. La nuova legislazione sui prodotti sostenibili dovrà rappresentare una misura fondamentale per estendere le misure di sostenibilità anche alla progettazione di prodotti e dovrà prendere in considerazione i requisiti di durabilità, riparabilità, di contenuto minimo di materiale riciclato nei prodotti.

Ma servono anche norme specifiche per i settori che presentano maggiori potenzialità in termini di circolarità. Mi riferisco, in particolare, al settore tessile, delle costruzioni, dell'ICT e quello delle batterie.

Abbiamo un'opportunità oggi, con *Next Generation EU*, di trasformare in investimenti concreti i principi dell'economia circolare del *Green Deal* e al tempo stesso supportare una ripresa economica duratura e solida perché sostenibile ambientalmente e socialmente.

Martin Hojsík, *za skupinu Renew*. – Pán predsedajúci, na Slovensku hovorievame, že oheň je dobrý sluha, ale zlý pán. A tak je to teraz s plastami. Bez plastov si už naše životy pomaly nevieme predstaviť. Aj tento mikrofón je obalený plastom. Sú všade, zamorili sme si nimi prírodu, aj samých seba. Týždenne akoby sme zjedli kreditnú kartu. Z plastov sa stal zlý pán.

Problémom nie je len plastový odpad. Do plastov stále dávame toxické chemikálie, ktoré poškodzujú naše zdravie. Vyrábame ich stále viac, a vyrábame ich z fosílnych palív, ropy a plynu. Zhoršujeme tak klimatickú krízu namiesto toho, aby sme pomáhali jej riešeniu. Preto potrebujeme nielen akčné plány, ale vyzývam Komisiu ku konkrétnym návrhom zákonov, ktoré zabezpečia, že budeme používať menej plastov, budeme ich skutočne recyklovať, budú z obnoviteľných materiálov a bez toxických látok. Alebo inak povedané, prejdeme na cirkulárnu ekonomiku, pretože inak nebudú slúžiť plasty nám, ale my plastom.

IN THE CHAIR: DITA CHARANZOVÁ

Vice-President

Joëlle Mélin, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, par définition même, le respect que nous devons à la nature, celle-là même qui assure notre espace vital, nous impose de ne rien gaspiller de ce qu'elle nous donne.

Le nouveau plan d'action pour l'économie circulaire s'inscrit bien dans cette démarche. À ce titre, il irait dans le bon sens si l'on admet sous certaines réserves que 50 % des émissions de gaz à effet de serre et 90 % de la perte de la biodiversité résultent de l'extraction et de la transformation des ressources de la planète.

Ce dossier particulièrement important présente pourtant un double aspect. Le premier, parfaitement recevable, envisage de recycler quasi à l'infini nos ressources minérales et particulièrement énergétiques, nos ressources végétales nourricières et régulatrices de CO_2, et même nos ressources animales, dans le respect dû aux animaux. C'est une démarche immédiatement gagnante, si nous participons tous au renversement d'attitude de 50 ans de consommation aveugle et effrénée. À moyen terme, c'est une grande opportunité de réorienter et de réimplanter nos industries en bout de modèle pour créer des filières plus locales et de très nombreux emplois.

Mais il y a une phase plus inquiétante, celle, déjà contraignante, du bucolique *Green Deal* et des accords de Paris portés par un écologisme militant. Le changement climatique y est clairement instrumentalisé par les tenants de la puissance énergétique mondiale. L'Union européenne en édicte les normes, risquant de priver les États de toute autonomie industrielle – comme hier, les Chinois, de leur puissance industrielle à bas coût, ont imposé un marché *low cost* en Europe.

Parce qu'un produit recyclé coûte moins cher à la production comme à la vente, on finit par persuader les consommateurs aux salaires toujours aussi bas et précaires qu'ils gardent un pouvoir d'achat. Cela est un vrai danger. C'est une grande partie de notre avenir qui se joue sur ce dossier, que nous voterons tout en en dénonçant les dérives potentielles.

Margrete Auken, *for Verts/ALE-Gruppen*. – Fru formand! Først og fremmest tak til Huitema og de andre ordførere for en virkelig stærk betænkning. Især er der vigtigt fokus på bindende reduktionsmål. Europas overforbrug er voldsomt. Vi bruger ressourcer, som om vi havde næsten tre planeter. Vi skal altså nedbringe vores forbrug med to tredjedele!

Det er også vigtigt, at betænkningen understreger, at den cirkulære økonomi skal være giftfri og bæredygtig. Hvis cirklerne er fyldt med gift, eller hvis forbruget er for stort til, at kloden kan følge med, så går det ikke.

Her i januar konkluderede Det Europæiske Miljøagentur i en rapport, at øget effektivisering og nye teknologier ikke er nok til at gøre vores økonomi bæredygtig.

Miljøagenturet påviser også, at det næppe er muligt at opnå bæredygtig vækst, som vi plejer at kalde det. Vi må med andre ord fri af afhængighed af uendelig økonomisk vækst og finde frem til en økonomi, hvor vi kan få trivsel med velstand og solidaritet inden for, hvad jorden kan klare. Vi skal have gang i den svære debat.

Miljøagenturets ord for, at biodiversitets-, klima- og forureningskriserne er tæt forbundet med økonomisk vækst, kan vi ikke bare ignorere. Men vi skal samtidig undgå, at vi fanges i arbejdsløshed og anden elendighed. Samfundet må ikke gå i slummer. Det, vi nu har brug for, er analyser, modeller og konkrete eksempler på, hvordan mennesker og samfund kan trives i en ægte cirkulær økonomi, hvor naturens grænser respekteres.

Pietro Fiocchi, *a nome del gruppo ECR*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario Sinkevičius, grazie per la sua presenza. Il pacchetto è molto buono e pieno di utilissime raccomandazioni e di concetti molto buoni.

Alcuni scienziati e ingegneri che ho contattato personalmente nella verifica di quello che si diceva hanno ironizzato sul nome, cioè economia circolare, quando in realtà loro dicono è un'economia elicoidale, partendo dal fatto che alcuni materiali, come l'alluminio, il piombo, il rame e gli acciai, possono essere riciclati all'infinito, ma altri, come la carta e la plastica, no, per cui prima o poi finiscono o in discarica o negli inceneritori.

Però, a parte questo aneddoto, sono due problematiche che io vedo: uno è il fatto che il pacchetto rifiuti del 2018 è stato quasi ignorato da alcuni Stati membri europei e solo parzialmente adottato da altri. Per cui, come facciamo a raggiungere gli obiettivi del 2018 se adesso li alziamo ancora di più? Poi non abbiamo un sistema vero e proprio di misura del sistema. Per cui, come facciamo a darci nuovi obiettivi per il 2030 se non sappiamo dove stiamo adesso?

Ciò detto io ho pieno appoggio per l'operato del Commissario Sinkevičius. Continui così!

Mick Wallace, *on behalf of The Left Group*. – Madam President, first of all well done to the rapporteur, Jan, for all his good work on this report.

It's good that the report calls on the Commission to propose targets to significantly reduced the EU's material and consumption footprints by 2030 and bring them within planetary boundaries by 2050. Emphasising an absolute reduction in resource use is really positive.

There are positive statements on textiles and fast fashion, on the right to repair, on the need for legislative measures to halve food waste by 2030, and legislative measures to tackle planned obsolescence.

However, both the Commission's plan and the report still fixate on GDP growth and consumer empowerment. GDP growth is dependent on perpetual endless resource extraction. Under capitalism, progress is defined as an increase in the total quantity of commodities that we produce and consume each year. The aim of economies should be to satisfy the basic needs and well-being of all people within planetary boundaries, regardless if the economy grows or not. Jason Hickel's new book *Less is More* should be taught throughout classrooms right across Europe.

Edina Tóth (PPE). – Tisztelt Elnök asszony! A klímaváltozás elleni küzdelem fő eszköze a környezettudatos és fenntartható gazdaságra való áttérés. Ez viszont nem lesz kivitelezhető, ha csak az energiatermelés megújítására fókuszálunk. Kiemelten fontos ezért a körforgásos gazdaság támogatása, hiszen csak akkor tudunk a kibocsájtási céloknak megfelelni, ha ezt a modellt uniós szinten is beindítjuk és azt ipari szinten működtetjük. Ami biztos: a körforgás gazdaság felé történő átmenet új gazdasági és foglalkoztatási lehetőségeket fog teremteni, és hatékonyabb erőforrás-használat révén jelentős környezeti és társadalmi haszonnal járhat együtt. Tagállami és uniós szabályozói oldalról nézve ezért különösen fontos a körforgásos gazdasági akciótervnek a végrehajtása. Úgy gondolom, hogy a hulladékokról szóló jogszabályok

végrehajtásához még nagyobb erőfeszítésre lesz szükség. Pozitív hír, hogy a járvány ellenére az ipari szereplők, például hazámban, Magyarországon is már most dolgoznak az innovatív megoldásokon, így ezzel is csökkenthetjük a károsanyag-kibocsátást.

Az egyén szintjén a megfelelő oktatás és a tudatos vásárlói magatartás erősítése lenne még nagyon lényeges. Kérem a bizottságot, hogy gyorsítsa fel e szakpolitikai területekkel kapcsolatos már megkezdett munkáját annak érdekében, hogy a tagállamok mihamarabb megkezdhessék a körforgásos gazdaságra való átállást.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! Herr kommissionär! Den cirkulära ekonomin är grundläggande om vi i EU ska klara våra ambitioner vad gäller den gröna given, men också vårt mål att bli klimatneutrala senast 2050. Om vi ska klara omställningen till ett hållbarare samhälle måste vi lägga om hela kedjan, från produktion och konsumtion till avfall.

Om alla skulle konsumera på det vis vi gör i EU skulle vi behöva tre jordklot. Samtidigt som människor hungrar, svälter i delar av världen, konsumerar vi 90 miljoner ton matsvinn varje år, och mycket försvinner redan innan det hamnat på tallriken. Vi vet att vi har mikroplaster som går ut i våra hav och förgiftar våra ekosystem, och vi vet att klimatutsläppen är betydligt mer än vad Parisavtalet medger. Europa måste slå in på en utveckling där vi frikopplar vår ekonomiska tillväxt från resursanvändningen. Vi måste sluta kretsloppen. Vi måste bli smartare i hela vår resursanvändning.

Detta är också bra för jobben. Det här skulle kunna generera 700 000 nya jobb inom den cirkulära ekonomin till år 2030, och det här måste vi satsa på. Därför välkomnar vi handlingsplanen från kommissionen som mycket bra. Men vi vill konkretisera en del mål ytterligare. Jag vill också tacka Simona Bonafè som har gjort ett utmärkt arbete.

Claudia Gamon (Renew). – Frau Präsidentin! Der Aktionsplan Kreislaufwirtschaft setzt genau dort an, wo man Großes bewegen kann. 45 % des gesamten CO_2-Ausstoßes lassen sich irgendwie auf die Produktion von Materialien und deren Verwertung zurückführen. Diese Zahl klingt jetzt bedrohlich. Das bedeutet aber auch, dass wir hier von einer Schlüsselfrage beim Thema Klimaschutz sprechen.

Jetzt alleine Verpackungen wiederverwertbar zu machen und Plastik zu reduzieren, das ist noch keine Kreislaufwirtschaft. Es braucht einen ganzheitlichen Ansatz, der schon beim Design der Produkte anfängt, weil dort 80 % des Umwelt-*Impacts* von Produkten bestimmt wird. Hier liegt auch der Hebel des Wohlstands der Zukunft. Machen wir Europa zum Zentrum nachhaltiger Produktinnovation, die Werkbank der ganzen Welt für alles, das lange halten soll, wiederverwendbar und wiederverwertbar wird!

Danke an den Berichterstatter Jan Huitema für die großartige Arbeit. Wir warten jetzt auf die Kommission, dass sie mit konkreten und effektiven Maßnahmen anfängt.

Sara Matthieu (Verts/ALE). – Voorzitter, je hebt het waarschijnlijk in je eigen huishouden al gemerkt: de gemiddelde levensduur van onze afwasmachines wordt steeds korter. Waarschijnlijk ligt er ook bij jou ergens een smartphone stof te vergaren die net niet kapot is. Meestal is het toestel zo ontworpen dat je het niet zelf kan repareren. Dat kost ons geld, zorgt voor ongemak, afval, is ook economisch niet slim. Ik steun dan ook honderd procent het recht op repareren als oplossing voor de wegwerpeconomie in dit nieuwe actieplan.

Men gaat ook voor de uitbreiding van de wet rond ecodesign naar circulaire economie. Vandaag richt die zich enkel op energie, maar zo halen we wel de helft van onze Europese doelstelling inzake energiebesparing. Dat is enorm. Beeld je eens in hoeveel materialen, hoeveel minder kosten wij allemaal zouden hebben als die wet wordt uitgebreid.

Kortom, betere producten die langer meegaan en minder kosten voor mens en planeet. Dat is waar dit plan op mikt, en daar sta ik volledig achter.

Πέτρος Κόκκαλης (The Left). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε εισηγητά, κύριε Huitema, συγχαρητήρια για την έκθεση για την κυκλική οικονομία. Είναι ένα πολύ σημαντικό βήμα προς τη βιωσιμότητα, ένας σημαντικός στόχος για την ολοκλήρωση της πράσινης συμφωνίας. Οφείλουμε να εγκαταλείψουμε το μοντέλο που ακολουθούμε, του αρπακτικού και σπάταλου γραμμικού μοντέλου απόσπασης, κατανάλωσης και απόρριψης ζωτικών πόρων.

Γνωρίζουμε όλοι ότι η γη δεν είναι ανεξάντλητη αλλά είναι ένα σύνολο πεπερασμένων πόρων, κάτι που απαιτεί τη λελογισμένη, βιώσιμη και δίκαιη εκμετάλλευσή τους. Μας βρίσκει απολύτως σύμφωνους ο σχεδιασμός προϊόντων που να είναι ανθεκτικά, επιδιορθώσιμα και αναβαθμίσιμα, με την ανακύκλωση να είναι η τελευταία επιλογή μόνο για εκείνα τα προϊόντα που δεν μπορούν να ανακτηθούν με κανέναν άλλον τρόπο.

Προέρχομαι από μια χώρα στην οποία η διαχείριση αποβλήτων είναι προβληματική. Η κυκλική οικονομία είναι μια διαρθρωτική μεταρρύθμιση, ώστε χώρες σαν την Ελλάδα να επενδύσουν στο μέλλον και να αξιοποιήσουν το Ταμείο Ανάκαμψης και Ανθεκτικότητας για να προστατεύσουν τη δημόσια υγεία.

Agnès Evren (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, la transition vers l'économie circulaire, c'est potentiellement entre 1,2 et 3 millions de nouveaux emplois créés d'ici 2030!

Industries de la chimie, PME spécialisées dans le recyclage ou la maintenance, la liste des acteurs impliqués est très longue.

Pour que l'économie circulaire fonctionne, elle nécessite un marché. Ce marché, c'est celui des matières premières recyclées. Plus concrètement, c'est permettre qu'un fabricant de bouteilles plastiques utilise du plastique recyclé plutôt que du plastique issu directement du pétrole.

Or, la réalité c'est qu'il n'y a pas assez de demande actuellement sur le marché pour les matières premières secondaires produites à partir de déchets. À nous donc de développer cela en stimulant cette demande, ce qui peut notamment être fait de deux façons.

D'abord, en introduisant des contenus recyclés obligatoires dans certains produits. Cela créera automatiquement une augmentation de la demande et donc des débouchés pour les matières premières recyclées.

Ensuite, en orientant les choix des consommateurs au travers de labels clairs et explicites sur la conception et la recyclabilité de ce qu'ils achètent. Ainsi, ils feront évoluer le marché.

N'en déplaise à certains, l'économie de marché peut être une formidable opportunité pour réussir la transition écologique.

Delara Burkhardt (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade werden allein in Deutschland 500 - Millionen Kleidungsstücke entsorgt, um Platz zu machen für die nächste Kollektion. Kleidungsstücke, die unter enormem Aufwand hergestellt wurden. Und wieso? Weil unsere Wirtschaft einem einfachen Prinzip folgt: nehmen – herstellen – nutzen und wegwerfen. Ein schönes Prinzip, wenn man davon ausgeht, dass Ressourcen unendlich verfügbar sind. Würden das alle so machen wie wir in Europa, wären die jährlich zur Verfügung stehenden Ressourcen schon bis Mitte Mai aufgebraucht. Dieses Prinzip gehört also in die Tonne. In einer Kreislaufwirtschaft entwickeln wir Produkte so, dass Abfall und Verschmutzung erst gar nicht entstehen. Produkte müssen länger nutzbar sein und am Ende ihrer Nutzdauer zurück in diesen Kreislauf gehen.

Um bei den 500 Millionen Kleidungsstücken zu bleiben: Eine nachhaltige Kollektion im Jahr rettet nicht elf Monate *Fast Fashion*. Es geht um eine grundsätzliche Veränderung, und die steuern wir mit diesem Aktionsplan an. Danke für den guten Bericht und an die Arbeit!

Linea Søgaard-Lidell, *for Renew-Gruppen*. – Fru formand! Vi sviner med vores ressourcer. Vi sviner alt for meget, og det er nærmest er blevet en vane. Det gælder os forbrugere, som smider vores jeans eller fjernsyn ud, i stedet for at reparere det.

Men det gælder i høj grad også vores butikker og producenter, der smider så mange ubrugte varer ud, at man skulle tro, det var løgn. Bare i Danmark bliver der brændt op mod 700 tons usolgt tøj hvert år. Det er altså varer, hvor vi allerede har brugt naturmaterialer, vand og energi på at fremstille dem, og det er noget svineri!

Vi skal i stedet skabe et marked, hvor ressourcerne går igen. Hvor vi ikke bare futter færdige produkter af, fordi modesæsonen skifter. Jeg ser det faktisk som en kæmpe mulighed for os: Vi kan sammen skabe bedre normer for, hvordan vi producerer.

Derfor har jeg foreslået, at vi gør det ulovligt at ødelægge ubrugte varer. Vi skal give vores ressourcer så lang en levetid som overhovedet muligt – så skaber vi også et nyt marked for at genanvende gode materialer.

Ville Niinistö (Verts/ALE). – Madam President, the circular economy is our solution to save this planet, its ecosystems and also the wellbeing of our citizens. We have to remember to keep it at the core of both the digital and green reform of the European Union. I would like to focus on the industrial side in particular. Concerning the digital reform, we have to make sure that we also green the digital sector. 53% of digital emissions comes from services, data centres and infrastructure, while 47% comes from end-user appliances. This shows that we also need to start tackling data centres, making them more energy-efficient, while we increase the digitalisation of our societies. And we need to oblige them to run on renewables while using the excess heat from nearby industries.

This information also needs to reach consumers, and eco-design should be expanded to cover services. So, in essence, we have to make sure that the digital reformation of Europe is also green and circular.

Pernille Weiss, *for PPE-Gruppen* – Fru formand! Ingen kan have noget som helst imod en cirkulær økonomi. Alle har vi en interesse i at nære os frem med det indlysende potentiale, den har for vores klima, vores miljø, og ja, på den store klinge også klodens fremtid. Men måden, en cirkulær økonomi strikkes sammen på, er ikke ligegyldig. Derfor vil jeg faktisk gerne advare skarpt over for den, undskyld mig, nogen steder naive greenwashing, der truer med at trække betænkningens gennemslagskraft ned.

For hvordan hulen forestiller man sig et totalt forbud imod, at virksomheder godt må lade usolgte varer destruere, hvis det er den eneste, og mest bæredygtige måde at komme af med dem på? Hvordan hulen forestiller man sig, at det er okay at annullere det, der i grunden er den private ejendomsret?

Jeg har bemærket, at såkaldte liberale kollegaer står bag forslaget om forbud og overgreb på den private ejendomsret. Liberale, som ofte omtaler sig selv som erhvervslivets, innovationernes og den sunde fornufts stemme i EU. Bare ikke lige i denne sag, hvorfor vi må håbe, at EU's borgerlig-liberale regeringer vil gøre det.

Mohammed Chahim (S&D). – Madam President, the Circular Economy Action Plan has the potential to boost our economy, create new jobs and decrease our carbon footprint significantly. The question is, how can it become reality? We can create new products and create new ways to reduce, reuse, recycle and recover materials in our economy.

For me, it is essential that we come up with the right legislation to stimulate companies to create business models – circular business models – and extend producers' responsibility. Better designed products that can be reused – circularity by design – or simply made to last, or last longer.

This means that we need to have clear targets when it comes to the use and reuse of materials – less on a voluntary basis, and more binding and clear objectives. At the same time, Commissioner, we have to identify the current barriers standing in our way, such as obstructing laws, regulations and fiscal rules or the lack of accessibility to financing circular economy ideas and products. The circular economy is how we can do more by wasting less.

Ivars Ijabs (Renew). – Madam President, Mr Sinkevičius, dear colleagues, now, when we are struggling with the crisis and desperately trying to get back to growth, it is also time to rethink what we actually mean by growth. We can grow only if we learn to reduce the use of primary raw materials and introduce new recycling techniques, with a clear measurement of the ecological footprint of products and services, and this is what this report is all about. Electronic waste is a prominent test case here. Despite every effort to dematerialise the production, the amount of electronic waste is growing by 2% a year. This is not sustainable, and that's why we call on the Commission to implement fully the circular electronics initiative mentioned in the report. First of all, it's about the right to repair, not just physical parts, but even more importantly software. Second, it's a guarantee of durability of products and the reuse and dismantling possibilities. And third, this is our common charger initiative for mobile devices, to make the life of Europeans easier and more sustainable. Thank you very much and my congratulations to Jan on this excellent report.

Hildegard Bentele (PPE). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer über Kreislaufwirtschaft redet, muss über Abfall reden. Auch über ganz ordinären Müll aus unseren Haushalten, über Kunststoffe, Bioabfälle, Glas, Papier, Sperrmüll, über Marktabfälle, über Straßenkehricht usw.

Leider ist es so, dass dieser Müll oder diese Abfälle in vielen EU-Mitgliedstaaten zu einem hohen Prozentsatz immer noch einfach deponiert, also unsortiert gelagert, immer weiter aufgeschichtet werden – bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Obwohl es doch schon längst Trenn-, Recycling- und Kompostiersysteme gibt und man, wenn nicht weiter recycelt werden kann, Abfälle thermisch oder mechanisch oder biologisch verwerten kann.

Wir hätten der Deponierung als der umweltschädlichsten Müllverbrennung jetzt ein klares mit einem konkreten Datum versehenes Ende setzen sollen. Das wäre das richtige Signal unter dem *Green Deal* gewesen. Das hätte jetzt Investitionen ausgelöst, und wir kämen überall in der EU einem Kreislauf wirklich näher.

Leider hatten weder die Kommission noch wir im Parlament zu einem solchen eindeutigen Signal die Kraft. Deshalb bleibe ich bei meinem Appell: Halten Sie Augen und Ohren offen und fragen Sie nach: Wann, Herr Bürgermeister, wann, Frau Bürgermeisterin, wird diese Deponie für ganz normalen Siedlungsabfall geschlossen und stattdessen Vermeidung und Wiederverwertung organisiert?

Christel Schaldemose, *for S&D-Gruppen*. – Fru formand! For mig som socialdemokrat er det afgørende vigtigt, at den grønne omstilling både er socialt og økonomisk bæredygtig. Det skal være muligt at opnå et klimaneutralt Europa, som både skaber nye arbejdspladser, og som samtidig med beskytter vores miljø. EU's nye handlingsplan for cirkulær økonomi tager netop sigte på det.

Det er muligt, men det er ikke nemt, for det kræver grundlæggende ændringer i den måde, vi producerer, forbruger og genanvender på – ikke bare i Europa, men i hele verden. Men med den nye handlingsplan går vi forrest i EU. Vi viser resten af verden, at et bæredygtigt samfund er muligt: Når vi stiller krav til virksomhederne om at gøre produktion bæredygtig, når vi gør det nemmere for forbrugerne at vælge de bæredygtige løsninger til, og når vi samarbejder endnu mere om genanvendelse af vores fælles ressourcer på tværs af grænserne.

Sammen kan vi skabe et Europa, hvor vi passer på klodens ressourcer og sikrer en sund økonomi. Det er et bæredygtigt Europa!

Maria Spyraki (PPE). – Madam President, Commissioner Sinkevičius, the Circular Economy Action Plan(2) is a significant step forward. One of the main parts of the new plan is the binding EU target for 2030 and also the introduction of harmonised circularity indicators. Moreover, the Member States should include resilience in their national climate and energy plans by building waste strategies and policies and robust scientific data, improving the comparability of EU statistics. Our citizens should also be engaged to prefer affordable products that are respectful of the planet. The EU Ecolabel could be used as a benchmark for environmental sustainability. However, Commissioner, implementation is everything. That's why it's so important to facilitate Members States like my country, Greece, to create extended producer responsibility schemes with the eco-modulation of fees and tax incentives and other financial incentives promoting sustainable consumer choices.

The Circular Economy Action Plan is a huge opportunity for our market, for our people, for becoming pioneers on the planet. That's why, Commissioner, we have to proceed with mandatory targets and due diligence of the products in order to set global standards and create a level playing field for our companies.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the honourable Members very much for this very useful and fruitful exchange. I have taken very good note of your interventions and comments. Thank you, in particular, for your strong political support to move our circular economy agenda forward. I'm reassured to see that we share the common objective of harnessing the circular economy potential to deliver on the European Green Deal together.

Let me very briefly pick up on just a couple of the issues you raised during this debate: plastics, textiles and the implementation of our ambitious agenda.

First, on plastics, within the new Circular Economy Action Plan, we will ensure the swift implementation of the 2018 EU plastics strategy, and it will take follow-up measures – measures to restrict the use of intentionally added microplastics in products and to tackle unintentional emissions, for example, from textiles and tyre abrasion, and from primary plastic production.

It will also include requirements to ensure that all plastic packaging in the EU market is reusable or recyclable and in an economically viable manner by 2013, along with requirements on recycled content and waste-reduction measures, taking into account the activities of the Circular Plastics Alliance. Hence, a policy framework for biodegradable and bio-based plastics. Last, it will implement measures on single-use plastics.

Now, on textiles, we are addressing the textile sector due to its strategic position in the EU economy and its large environmental impact. In the context of the COVID-19 crisis, this is also one of the sectors that would offer opportunities for recovery since it's the key area in many countries that were severely hit by the pandemic.

Textiles is the fourth-highest pressure category for resource-use of primary raw materials, which is taking place mainly outside EU. In addition, the majority of textiles currently end up in landfill or incineration. Only a very small percentage is recycled. So we are planning to develop a comprehensive strategy in cooperation with all relevant stakeholders in Europe and beyond.

More generally, on implementation, the transition towards a circular economy requires the committed involvement of the widest range of stakeholders. It's crucial to improve the flow of information along the value chain and to bring together key actors that can share common challenges and barriers so that they can learn from each other.

The different services of the Commission and of national administrations have also taken up this approach. It's not unusual that the circular economy agenda is led jointly at national level by the ministries for the environment and for the economy or industrial policy. Let me be very clear: we will be successful with the Circular Economy Action Plan only if we implement it hand in hand with the Member States and deliver our common agenda together.

I very much look forward to continuing our close constructive cooperation now that we will roll out and work on the various legislative proposals in implementing our Circular Economy Action Plan. Batteries, on which the European Parliament will hopefully start work soon, is the first one, and several other proposals will follow over the course of the year.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 9 February 2021.

Written statements (Rule 171)

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), *na piśmie*. – „Mapa drogowa transformacji w kierunku gospodarki o obiegu zamkniętym" zawiera zalecenia zaproponowane w ramach koncepcji zielonej gospodarki, zrównoważonego rozwoju i gospodarki niskoemisyjnej, które są nierozerwalnie związane z gospodarką o obiegu zamkniętym. W planie działania wskazuje się na zasadę, że dobra powinny być produkowane i wykorzystywane tak długo, jak to możliwe, zgodnie z ich pozycją w łańcuchu wartości, a odpady, jeśli powstaną, powinny być przetwarzane zgodnie z hierarchią odpadów, która jest najlepsza zarówno dla gospodarki, jak i dla środowiska. Polska jest jednym z 10 krajów UE, które przygotowały i przyjęły strategię gospodarki o obiegu zamkniętym (GOZ), i pierwszym takim krajem w Europie Środkowo-Wschodniej. GOZ jest dla Polski jednym z priorytetów, a „Mapa drogowa transformacji w kierunku gospodarki o obiegu zamkniętym" jest jednym ze strategicznych projektów Strategii na rzecz Odpowiedzialnego Rozwoju.

W mapie drogowej określono cztery obszary priorytetowe dla Polski: zrównoważona produkcja, zrównoważona konsumpcja, biogospodarka i nowe modele biznesowe. Mapa wyznacza przede wszystkim ramy prawne dla wdrożenia GOZ w nadchodzących latach, jednak aby w pełni wdrożyć ideę GOZ, konieczna jest współpraca administracji, nauki, biznesu, organizacji pozarządowych i konsumentów w naszym codziennym życiu. Pomyślne wdrożenie gospodarki o obiegu zamkniętym będzie zależało przede wszystkim od naszej świadomości, wyobraźni i otwartości na cywilizacyjne wyzwania przyszłości.

Sandro Gozi (Renew), *par écrit*. – Pas d'économie circulaire sans un marché unique durable. Pour cela, le rapport Huitema va dans la bonne direction et confirme notre engagement pour réussir. Il ne peut y avoir d'économie circulaire sans une production et une consommation durables.

Il est essentiel: de renforcer l'autonomie stratégique européenne et de faire de l'Europe un leader mondial dans la transition verte; de faire des investissements, y compris dans la R&D, dans les produits et services durables; d'avoir le droit de réparer; de mieux informer les consommateurs, notamment à travers un étiquetage harmonisé; de favoriser l'adoption par les marchés publiques de produits écologiques et innovants; d'en finir avec les pratiques entrainant une obsolescence programmée; de garantir un choix plus large et meilleur, ainsi que de garantir la protection des consommateurs pour tous les citoyens européens. Après tout, il ne peut y avoir d'économie circulaire sans nouveaux droits pour les citoyens. C'est là le sens le plus profond de notre engagement.

Joanna Kopcińska (ECR), *na piśmie*. – Plan działania UE dotyczący gospodarki o obiegu zamkniętym stanowi zorientowany na przyszłość program na rzecz czystszej i bardziej konkurencyjnej Europy współtworzony z podmiotami gospodarczymi, konsumentami, obywatelami i organizacjami społeczeństwa obywatelskiego. Celem tego planu jest przyspieszenie zmiany transformacyjnej wymaganej przez Europejski Zielony Ład, przy jednoczesnym wykorzystaniu działań w zakresie gospodarki o obiegu zamkniętym realizowanych od 2015 r. Plan działania musi wzmocnić konkurencyjność UE, a jednocześnie sprzyjać ochronie środowiska i przyznaniu nowych praw konsumentom. Z zadowoleniem przyjmuję jego ukierunkowanie na projektowanie, produkcję i rozwój dojrzałego rynku surowców wtórnych. Wymienione kwestie potraktowano priorytetowo, wydając przydatne zalecenia dotyczące cyfryzacji, recyklingu, lepszego przetwarzania odpadów oraz zielonych zamówień publicznych. Kilka kompromisów jest jednak nieosiągalnych, co może osłabić cele planu działania.

Obserwacja zachodzących zmian pokazuje, że COVID-19 będzie oddziaływał na gospodarki na różne sposoby. Dlatego należy uwzględnić kondycję gospodarki UE po ustaniu epidemii, zróżnicowany potencjał gospodarczy poszczególnych państw członkowskich i wpływ pandemii na ich sytuację ekonomiczną. Priorytet w ramach wdrażania GOZ powinny więc otrzymać w najbliższych latach przede wszystkim te działania, w których na poziomie państw członkowskich istnieje największa synergia pomiędzy walką ze skutkami pandemii COVID-19 i realizacją celów strategii GOZ.

Sirpa Pietikäinen (PPE), *kirjallinen*. – Jos koko maailma kuluttaisi kuten keskivertoeurooppalainen, tarvitsisimme käyttöömme kolme maapalloa. EU:n talous täytyy saada planeetan kantokyvyn rajoihin. Kiertotalouteen siirtymisessä on taustalla myös kylmä taloudellinen järki. Siirtyminen kiertotalouteen vähentäisi ympäristön kuormitusta, mutta se kasvattaisi myös bkt:tä ja hyödyttäisi taloutta. EU:lla on tietoa, tutkimusta ja innovaatioita sekä globaali johtoasema kiertotaloustietoudessa. Meille kiertotalouden edistymisellä ja toimivuudella on myös suurin merkitys yhä pahenevan resurssien niukkuuden vuoksi. Kiertotalouteen siirtyminen tekisi EU:sta nykyistä paremmin tulevaisuuteen valmistautuneen. Kilpailu niukentuvista resursseista vain kiihtyy, ja se, joka kykenee tuottamaan vähemmästä enemmän, tulee pärjäämään parhaiten. Koska jopa 80 prosenttia tuotteen ympäristövaikutuksista määritetään tuotetta suunniteltaessa, on suunnitteluvaihe erityisen tärkeä. Tuotteet ja pakkaukset täytyy suunnitella niin, ettei niistä synny jätettä vaan kiertävää materiaalia. Toisin sanoen jäte on suunniteltava pois "design out waste" -periaatetta noudattaen. Tuotepolitiikan pitää perustua kestäviin, turvallisiin ja myrkyttömiin materiaaleihin. Tarvitsemme tiedeperusteiset ja sitovat keskipitkän ja pitkän aikavälin tavoitteet primääriraaka-aineiden käytön ja ympäristövaikutusten vähentämiselle, jotta EU:n talous saataisiin planeetan kantokyvyn rajoihin vuoteen 2050 mennessä.

Rovana Plumb (S&D), *in writing*. – I fully support this report because it is needed for a successful circular economy in the EU to: encourage cooperation between governments, industry, local authorities and civil society to achieve circularity in products and services at every stage of their lifecycle; support innovative approaches for an efficient and responsible use of resources; support models and practices that expand the useful life of products; promote regulatory action that ensure large-scale availability of economically competitive secondary raw materials, for the relevant waste streams, enabled by intra-EU waste shipments; ensure legislation for a circular economy; promote educational consumers campaigns; consider the environmental performance of manufacturing processes and products in green public procurement decisions; provide market surveillance and law enforcement authorities with sufficient capabilities to enforce product regulations and environmental standards.

A successful transition to a fully circular economy will foster environmentally friendly practices, and boost growth and jobs through a novel business model, with no one left behind.

Susana Solís Pérez (Renew), *in writing*. – The current COVID-19 crisis has highlighted our external dependency and lack of open strategic autonomy in relation to resources and value-chains. This has caused our industry and SMEs to suffer an unprecedented impact. Transitioning towards a circular economy will bring new economic opportunities. For this to happen, we need a functioning market for high-quality recycling with a level playing field for recycled materials, better waste management systems and a science-based binding 2030 EU-level target for reducing the materials and consumption footprints, based on agreed indicators. Consequently, the EU must diversify its supply, and reduce its dependency, including by researching and developing alternative materials and efficient recycling processes, such as

chemical recycling. Sustainable products need to become the norm on the EU market. Improving our circular economy will stimulate economic growth, create job opportunities, will help to achieve climate neutrality by 2050 by reducing CO_2 emissions, whilst at the same time not overusing the planet's resources.

Grzegorz Tobiszowski (ECR), *na piśmie*. – Nowy plan działania dotyczący gospodarki o obiegu zamkniętym jest istotnym projektem z zakresu polityki klimatycznej i środowiskowej. Należy jednak pamiętać o tym, że szalenie istotnym aspektem tego planu jest dążenie do zwiększonej efektywności europejskiej gospodarki oraz konkurencyjności europejskich przedsiębiorstw. Większa trwałość łańcuchów wartości poprawi konkurencyjność i rentowność europejskiego przemysłu oraz strategiczną autonomię gospodarki unijnej. Zwłaszcza przy okazji obecnego kryzysu i zakłóceń w łańcuchu dostaw mieliśmy okazję się przekonać, jak kluczową rolę odgrywa strategiczna autonomia.

Plan działania dotyczący gospodarki o obiegu zamkniętym należy postrzegać w kategorii potencjału oraz szansy. Jest to szansa dla europejskich małych i średnich przedsiębiorstw na prężny rozwój i na wykorzystanie nowych możliwości. Jednak aby tę szansę urzeczywistnić, plan działania musi zostać wdrożony w sposób odpowiedzialny i skuteczny. Wiele małych i średnich przedsiębiorstw już wspomaga przejście na bardziej zrównoważone modele biznesowe, ale przeszkodą na tej drodze są skomplikowane i niedostosowane do obecnej rzeczywistości procedury oraz obciążenia administracyjne. Musimy zadbać o to, aby te przeszkody jak najszybciej zniknęły.

16. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

17. Umsetzung der Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the report by Juan Fernando López Aguilar and María Soraya Rodríguez Ramos, on behalf of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs and the Committee on Women's Rights and Gender Equality, on the implementation of Directive 2011/36/EU on preventing and combating trafficking in human beings and protecting its victims (2020/2029(INI)) (A9 0011/2021).

I should like to remind Members that for all debates in this part-session there will be no catch-the-eye procedure and no blue cards will be accepted. Furthermore, as during the last part-session, remote interventions from Parliament's liaison offices in the Member States are foreseen.

Juan Fernando López Aguilar, *ponente*. – Señora presidenta, comisaria Johansson, ¿hay alguien en este Parlamento Europeo que dude de que la trata de personas y el tráfico de seres humanos es un fenómeno criminal de la mayor gravedad? Lo es en su dimensión objetiva, por el volumen estratosférico de negocios y beneficios que mueve, pero lo es también en su dimensión subjetiva, porque atenta contra los derechos fundamentales y los derechos humanos que más aprecia el Derecho europeo y que están consagrados en la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea.

Y eso es exactamente lo que explica que la Directiva 2011/36/UE represente un paso decisivo en esa conversión de este Parlamento Europeo, cuando entró en vigor el Tratado de Lisboa y la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea, en legislador penal, legislador de garantías procesales y legislador de protección de los derechos fundamentales consagrados en la Carta. Porque de eso es de lo que se trata cuando luchamos contra la trata de seres humanos y el tráfico de personas en una delincuencia que tiene alcance transnacional. Y, por tanto, la respuesta debe también articularse en la esfera supranacional europea, que es responsabilidad legislativa de este Parlamento Europeo.

Y hemos trabajado, desde la Comisión de Libertades Civiles, de Justicia y Asuntos de Interior, que tengo el honor de presidir, y la Comisión de Igualdad de Derechos de las Mujeres e Igualdad de Género precisamente en la revisión, a los diez años de vigencia de esa Directiva de 2011, de sus contenidos normativos, para proporcionar una respuesta más eficaz contra toda forma de trata de seres humanos, incardinada en la estrategia contra la trata de 2012, pero también en la estrategia de la Unión Europea contra la delincuencia organizada y la Unión Europea de la Seguridad de 2020.

Es lo que ordena el artículo 20 de la Directiva en vigor, una revisión periódica, y hemos asistido a debates de informes periódicos en 2016, 2018 y 2020. Pero cumplidos diez años de su vigencia, ha llegado la hora de decir que nos enfrentamos a una delincuencia que se ha multiplicado por la acumulación de crisis, desde la Gran Recesión hasta la pandemia de COVID-19, y por la revolución de la información en la red, porque esta delincuencia organizada se ha multiplicado *online*, no solamente para ocultar sus beneficios, sino para explotar de forma más cruel y con mayor saña a sus víctimas en la mendicidad forzada, en la delincuencia forzada, en los matrimonios forzados, en la adopción ilegal, en el tráfico de órganos, en la explotación reproductiva y en la explotación económica y financiera de las víctimas de trata.

Por eso el informe que ha aprobado la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior tiene un enfoque de edad, protegiendo a los menores, y un enfoque de género. Porque la edad y el sexo no solamente son relevantes sino determinantes en la pauta de explotación y esclavización de personas en la industria del sexo, en la construcción, en la agricultura o en el servicio doméstico.

Pero en la Directiva de 2011 se observa un pernicioso problema de impunidad de los traficantes y tratantes de seres humanos por dificultades probatorias y por dificultades de la cooperación judicial transfronteriza que ponen de manifiesto la importancia de la formación y el entrenamiento especializado de jueces, fiscales, agencias de persecución del delito, fuerzas y cuerpos de cuerpos de seguridad y operadores jurídicos.

Y es por eso que la Directiva de 2012/29/UE sobre la protección de víctimas enfatiza la mejor protección que debe dar este Parlamento Europeo a la hora de legislar contra la explotación sexual y laboral de las víctimas.

Y aquí debemos decir que el artículo 18, actualmente vigente, de la Directiva relativa a la prevención y lucha contra la trata de seres humanos contempla que los Estados miembros «*shall consider*» la inclusión en sus códigos penales, es decir, estudiarán la inclusión en sus códigos penales de la tipificación penal del uso, consumo o empleo de servicios laborales o sexuales de personas esclavizadas.

Pero las respuestas penales de los Estados miembros difieren y es necesario una respuesta más eficaz y más europea, una armonización penal europea, más eficaz. Por eso proponemos que el artículo 18 se revise: para que todos los Estados miembros penalicen explícitamente el uso, consumo o empleo a sabiendas, consciente, de los servicios laborales o sexuales de personas víctimas de trata, de modo que donde dice «*shall consider the inclusion in the criminal codes*» diga «*shall include in the criminal codes*» la penalización explícita del uso, consumo o empleo de los servicios sexuales o laborales de las personas objeto de trata. Porque es una evidencia que la impunidad arraiga en el escaso número de denuncias y de identificación de las víctimas, que es algo debido. Pero también es una evidencia que, en estos momentos, el paisaje de explotación sexual de mujeres en la Unión Europea se ceba cruelmente, se cierne cruelmente sobre mujeres que han sido víctimas de trata de seres humanos. Es por eso que es imprescindible dar este paso de modificación y se lo exigimos a la Comisión en la revisión de la Directiva de 2011: la penalización del uso consciente a sabiendas de servicios sexuales o laborales de mujeres víctimas de trata.

Además de ello, nuestro informe apuesta por un enfoque multidisciplinar, de modo que se acometa no solamente la reforma de la Directiva de lucha contra la trata, sino también su combinación con el permiso único de residencia, la indemnización debida a las víctimas y la asistencia jurídica y social con perspectiva de género e infancia.

Se pide a los Estados miembros que contemplen también fondos y presupuestos europeos, la colaboración con la sociedad civil, un vínculo con el procedimiento de asilo para proteger mejor a las víctimas de trata en los procedimientos de asilo y el establecimiento de rutas legales. Todo con el objetivo de … *(la presidenta retira la palabra al orador).*

María Soraya Rodríguez Ramos, *ponente*. – Señora presidenta, señora comisaria, el delito de trata de seres humanos es un delito que vulnera bienes jurídicos protegidos como la propia vida, la salud, la integridad física y moral, la libertad sexual y ambulatoria, y la propia dignidad humana. Las prácticas que convierten a las personas en mercancías —la violencia, las amenazas, las coacciones, las extorsiones— van dirigidas a deshumanizarlas para convertirlas en mercancías y el sufrimiento que en ellas se causa es inmenso, es profundo, es duradero.

Por eso, con este informe queremos unir todos los esfuerzos y pedir a la Comisión, a todas las agencias europeas, a todos los Estados miembros y a la sociedad civil que luchemos contra este horrible crimen. Porque, diez años después de la Directiva, este delito no ha hecho más que crecer en nuestro territorio.

La mitad de las víctimas de trata son ciudadanos y ciudadanas europeos. Lamentablemente, señorías, también se trata de niños. Acabamos de recibir un informe de la Oficina de las Naciones Unidas contra la Droga y el Delito y nos dice que hay un alarmante incremento de la proporción de niños víctimas de trata, que se ha triplicado en el mundo. Una tercera parte de las víctimas son niños, pero en los países pobres en desarrollo son la mitad.

Porque, como se acaba de decir en esta tribuna, la vulnerabilidad es la característica de las víctimas, la pobreza, la discriminación, pero la discriminación por género, la violencia de género, es elemento sustancial. Por eso, la mayoría de las víctimas de trata son mujeres: de la trata con fines ya sea de explotación laboral, de tráfico de órganos o de explotación sexual — más del 60 % de todas las modalidades de trata—, donde las mujeres son el 92 % de las víctimas. Es un delito de género: el 70 % de los traficantes son hombres. Vulnerabilidad.

Y al otro lado, impunidad. Se acaba de decir. Solo somos capaces de liberar al 1 % de las víctimas. Apenas detenemos a los delincuentes, a los jefes de estas mafias criminales de, como dice la Oficina de las Naciones Unidas contra la Droga y el Delito, la segunda actividad delictiva del mundo con mayores beneficios económicos, frente a la que mostramos una gran impotencia.

Por lo tanto, en este informe pedimos que abordemos de forma holística integral la lucha contra este crimen: no solo las agencias Europol y Eurojust, también las agencias que luchan contra el blanqueo de dinero, porque si queremos hacer frente a los delincuentes, a estas mafias organizadas, persigamos el dinero. La trazabilidad del blanqueo de dinero de sus poliactividades criminales es fundamental.

Pero no podemos olvidar la otra parte fundamental de este delito, que son aquellos que usan los servicios de las personas víctimas de trata, y tenemos que tipificar y penalizar este uso porque la demanda alienta la comisión del delito, incrementa sus beneficios. Por eso, como se ha dicho también ahora mismo, pedimos que todos los Estados miembros tipifiquen el uso consciente de los servicios de las personas víctimas de trata.

Por último, tenemos que trabajar con las víctimas, señora comisaria. El enfoque basado en los derechos humanos de las víctimas de la Directiva fue el enfoque adecuado, pero las víctimas necesitan justicia; no siempre la tienen. Necesitan reintegración, necesitan reparación y necesitan rehabilitación, y para poderlas proteger tenemos que identificarlas, y aquí estamos fallando de forma clara.

Fallamos a la hora de identificar a los niños, que se nos pierden en las rutas migratorias; niños, menores no acompañados: la EASO nos dice que hay miles de ellos, invisibles. Fallamos en la identificación temprana de las víctimas, fundamental: por eso tenemos que trabajar en la especialización de agentes judiciales y policiales. Y, señora comisaria, tenemos que contar para ello con la sociedad civil, con las ONG que trabajan en la asistencia a estas víctimas.

Tenemos que garantizar a las víctimas mecanismos de asistencia y servicios sociales, alojamiento seguro, representación jurídica gratuita, apoyo psicológico; tenemos, en definitiva, que reiterar de nuevo que las víctimas solo son víctimas y que no puede haber una doble victimización, no puede haber una doble penalización: solo tenemos que protegerlas.

Por último, tengamos en cuenta el contexto de la COVID-19, que incrementa la vulnerabilidad. Y, por lo tanto, señorías, miremos a nuestro alrededor. Las víctimas están en los talleres textiles; están en los anuncios en línea, porque, a diferencia de otras víctimas, quiero decirles que las víctimas de explotación sexual no deben ser escondidas, deben ser anunciadas para que puedan ser vendidas; por lo tanto, están ahí, solo tenemos que tener el valor de mirarlas. Y termino con un verso de nuestro poeta Pessoa, que dijo que a veces lo más difícil es ver solo lo que más se ve. Hagamos todos juntos ese esfuerzo y tengamos el valor de mirarlas. Están ahí y se las ve mucho.

Ylva Johansson, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, Susan is a young woman from Nigeria. A woman called Ivy promised her a job in Europe. Instead they gave Susan a short skirt and high heels. They told her 'you'll get used to it'. But Susan may never get used to it. Susan was afraid to escape, afraid to be sent back to Nigeria, afraid they would hurt her mother, but she did escape and she testified. In the end, the judge sentenced this woman Ivy and put her in prison. This is a story of exploitation. It's a story of courage. But it's not a story of justice. Men moved Susan to Europe. Men guarded Susan. Men threatened Susan. When Susan ran away, men beat her mother. Men used Susan's body. And the men all got away.

I know that trafficking is as shocking to you as it is to me. That you too want justice for the victims. That you too are determined to end the trafficking of human beings. So I would like to thank Juan Fernando López Aguilar and María Soraya Rodríguez Ramos, and the European Parliament, for putting this report on the table. We must help the Susans of this world and step up the fight against trafficking in human beings. It's obvious that we need to do more.

Trafficking in human beings is one of the worst forms of organised crime, carried out by cross-border gangs that exploit people, their labour and their bodies. Member States must fully implement the Anti-Trafficking Directive and the Commission will assess this very closely. We will help Member States by boosting the capacity of law enforcement and judicial bodies also across borders, perhaps with a knowledge hub to share best practices and information.

At the same time, the Anti-Trafficking Directive will have its 10th anniversary this year. We need to start looking if it needs updating. A full time anti-trafficking coordinator will be appointed. The traffickers treat human beings as tradable objects, as commodities. We must disrupt the economic logic behind this crime. We must cut demand by targeting users. 60% of trafficking is for sexual exploitation and 92% of these victims are women like Susan. Without users there would be no trafficking.

I will look at possibilities to criminalise the use of exploited services. We need to make it more difficult to exploit victims' labour, and we should target high risk sectors like agriculture, care services and construction. Better awareness and communication campaigns in these sectors could help identify victims. We need to look at all the EU agencies that can help to tackle this problem. We must cut the supply of victims by breaking the criminal model of trafficking. To do that we must end the culture of impunity. Human traffickers now make nearly EUR 30 billion every year, worldwide. I want to target asset recovery more effectively.

To catch criminals and secure convictions we need to boost law enforcement cooperation. That is already a Commission priority – interoperability of data systems, updating the Prüm system. Our recent proposal to boost Europol's mandate will help to fight all cross-border crime, including trafficking. We are working on a police cooperation code. To counter trafficking specifically we could increase data exchange on trafficking through Europol. We could improve coordination between Member States and agencies. We must harness technology against trafficking. Europol and the United Nation's Office on Drugs and Crime are ringing the alarm bell. Traffickers are moving online.

We need to improve digital capacities of law enforcement for online investigations to detect recruitment and trafficking of victims online and illegal money flows. We also need to work closer internationally. Working with friends and partners to fight smuggling is essential to our new pact on Migration and Asylum. Breaking criminal networks will also be part of our upcoming action plan against migrant smuggling.

We should investigate if and how we can mobilise our foreign policy, security and trade instruments against trafficking. The traffickers aren't selling objects, they are exploiting human beings. We must protect the victims by supporting training of border guards, police, social workers and others, to identify and save victims, efforts by Member States to help victims, with funding and sharing best practices, awareness raising on victims' rights, and by building partnerships, for example with the Economic and Social Committee and the Committee of the Regions.

Throughout, we need to keep three things in mind. First, this is a European problem. 70% of the perpetrators are EU citizens. Half of the victims are EU citizens. Three quarters of trafficked children are EU citizens. This is a European problem. Second, this is a gendered crime. Nearly three quarters of perpetrators are men. Nearly three quarters of all victims are women and girls. Third, that the most vulnerable suffer most. Children, mostly girls but many boys too, are forced to beg and steal, but mostly forced into sexual exploitation. In migrants and refugees, traffickers prey on children and teenagers on the road or in camps – especially unaccompanied minors who are perhaps the most vulnerable of all. I look forward to working closely together with you in the European Parliament to step up the fight against trafficking in human beings.

(Applause)

Loránt Vincze, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, as you said, Madam Commissioner, according to the European Commission, 75% of child victims of human trafficking and half of all victims are European citizens. The countries of origin show an uneven distribution, and central and eastern European countries – Romania, Hungary and Bulgaria – lead the statistics. These are grim figures but there are human beings behind them.

Let us be clear, countries of origin and destination both have their part and responsibility in fighting these crimes. Trafficking has deep socio-economic roots and is related to the situation of vulnerable or marginalised groups – the Roma, especially. The proportion of Roma women and children among the victims was several times higher than that of the general population. Yet, there are still no specific measures to prevent trafficking through the national Roma integration strategies. Under-reported or under-investigated areas, such as labour exploitation, also call for special attention – in the agricultural sector, for example.

According to Europol, criminals coerce low-skilled victims from poorer countries into working long hours for a low wage in another country. They exploit victims and on many occasions they do not even pay them or let them travel back home.

On behalf of the EPP/PPE Group, I strongly hope that such concerns will be taken up by the European Commission in a dedicated EU strategy towards the European Union eradication of trafficking in human beings without further delay.

I would like to thank the rapporteurs for our common work.

Maria Noichl, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kommissarin, ich möchte Ihnen für Ihre Rede wirklich danken, für Ihre offenen Worte.

Europa ist ein Versprechen. Europa ist ein Versprechen ganz besonders den Frauen gegenüber. Ein Versprechen des Friedens. Ein Versprechen der Selbstbestimmung, der Wahlfreiheit. Europa ist ein Versprechen der Gewaltfreiheit. Europa ist auch ein Versprechen der Fairness und der Verantwortung. Und ich glaube, es gibt keine Situation, die Europa mehr widerspricht als Menschenhandel. Denn dort ist es genau das Gegenteil: Es geht nicht um Fairness und um Gewaltfreiheit. Es geht nicht um Selbstbestimmtheit und um Frieden. Es geht nicht um Verantwortung, sondern es geht um die einseitige Wunschbefriedigung, um die einseitige Ausbeutung, um die einseitigen Bedürfnisse, und es geht ganz, ganz häufig um Gewalt.

Ich bedanke mich noch einmal wirklich für Ihre klaren Worte. Wir müssen Menschenhandel in Europa bekämpfen, wo immer wir ihn vermuten, wo immer wir ihn sehen. Und ich möchte aus dem FEMM-Ausschuss ganz besonders natürlich den Bereich des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung in den Mittelpunkt stellen.

Auch in diesem Haus – und da bin ich mir sicher – sitzen Männer, die Nachfrager sind, die Käufer sind. Denn statistisch gesehen gibt es eine große Gruppe von Männern, die Käufer sind, die Nachfrager sind – und die sind mitbeteiligt an dem System des Menschenhandels. Und so wichtig es ist, auf der einen Seite die Opfer zu sehen, sie zu schützen, sie zu unterstützen, sie zu stärken, aus dem System herauszuholen, ihnen den Ausstieg zu ermöglichen, genau so heftig und kräftig müssen wir deswegen auf der Täterseite agieren!

Wir müssen deutlich benennen, dass Käufer im Zusammenhang mit Menschenhandel und Prostitution Täter sind. Das muss deutlich benannt werden! Und ich möchte mich wirklich bei allen Kolleginnen und Kollegen hier im Hause bedanken für diejenigen, die diese Courage aufbringen und die Käuferschicht nicht irgendwo hinschieben, sondern ehrlich und offen sind und sagen: Sie ist auch unter uns.

Hilde Vautmans, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, dear Commissioner, dear colleagues, I am deeply shocked – shocked by the high number of women and children who fall victim to human traffickers every year: 60% of all victims are trafficked for sexual exploitation; 92% are women and girls, and 25% of all victims trafficked are children.

Colleagues, these aren't just numbers. Behind every number there is a story of abuse of life, and of exploitation. We urgently need to address the root causes of human trafficking and break the profit model of traffickers. This report is a wake-up call to the Commission and the Member States because part of the solution is in our hands. We have this directive on anti-trafficking – so implement it. Investigate more and step up cross-border cooperation. Give tailor-made training to investigators, prosecutors and judges so that they can catch and punish the human traffickers. Give Europol and Frontex more resources to fight human trafficking and protect the children in migration.

Colleagues, every day criminals are making money from exploiting women and girls within our borders. This must end. Let us make the fight against human trafficking a priority – now.

Jean-Lin Lacapelle, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, j'entends trop rarement que le trafic d'êtres humains est un fléau souvent – et aussi – lié à la question migratoire. Pourtant, nous avons tous à l'esprit les images de marchés aux esclaves en Libye, comme les témoignages de migrants abandonnés au milieu du désert ou de la mer par des passeurs criminels.

Nous avons le devoir d'en finir avec ces réseaux de trafiquants qui, au prétexte de la misère, se développent grâce aux politiques d'immigration massive que vous mettez en place. Et le pacte migratoire que la Commission européenne propose va incontestablement encourager ces réseaux de criminels et permettre aux ONG d'être à l'abri de toute poursuite lorsqu'elles organiseront parfois des sauvetages main dans la main avec les trafiquants. Pire, en instaurant le principe d'accueil obligatoire sur le sol européen des migrants récupérés en mer, vous encouragez les passeurs à abandonner toujours plus les migrants en Méditerranée!

Alors, je vous exhorte à corriger ce pacte et à cesser d'être les complices indirects de ces trafiquants. C'est en reprenant le contrôle de nos frontières et en régulant nos flux migratoires que nous combattrons les trafics parallèles d'êtres humains. Moins d'immigration, c'est moins de trafic. Une majorité des peuples européens aspirent à cette politique de bon sens, mais l'Union européenne, comme à son habitude, aspire toujours au contraire.

Alice Kuhnke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, we live in a reality where the perpetrators – the enablers – of trafficking in large part remain unpunished. We live in a reality where the victims – society's most vulnerable – remain unprotected and often criminalised, and still the Member States fail to implement the Anti-trafficking Directive and thereby fail to combat effectively this brutal crime, increasingly organised online.

The EU has still not managed to present a new strategy to combat trafficking, and anti-trafficking is now dealt with under the fight against organised crime. We, the Greens/EFA Group, find this approach inadequate. We need a new anti-trafficking strategy in place, with an exclusive focus on the fight against trafficking, making sure that the victims-based approach and the Directive are implemented.

Jessica Stegrud, *för ECR-gruppen*. – Fru talman! Kommissionär Ylva Johansson! Låt mig berätta om vad som pågår i skuggan av den så kallat humana flyktingpolitik som ni förespråkar. 2015 utnyttjade den nigerianska maffian de öppna gränserna för att etablera illegala migrationsvägar in i EU. Nu tjänar de miljarder på denna verksamhet. Unga flickor, de flesta utan asylskäl, lockas med löfte om arbete i Europa. På plats väntar inga utlovade jobb, utan tvångsprostitution. De som vägrar blir gruppvåldtagna och torteras. En del av dem som har försökt fly har mördats, styckats och grävts ner. Ja, ni hörde rätt.

Fru talman! Strikt kontrollerade gränser, polisiärt samarbete och en rationell migrationspolitik hade dragit undan basen för denna djupt omänskliga och lukrativa verksamhet och gett oss resurser att hjälpa desto fler, de allra mest utsatta, på plats. Detta är inte humant. Det är ansvarslöst.

Malin Björk, *för The Left-gruppen*. – Fru talman! Kommissionär, kollegor! När vi nu ser ut över EU:s och ländernas arbete mot trafficking och människohandel har jag tre saker som jag skulle vilja skicka med:

Jag vill se mer fokus på dem som utnyttjas, till rättvisa, till stöd, till exitstrategier för kvinnor i prostitution, uppehållstillstånd och kompensation för brottsoffer.

Det får vara slut med den här sammanblandningen med de stängda gränserna och att bekämpa trafficking. Det är väl klart att extremhögern säger att de vill det, och att det skulle vara bra, men det är ju deras dagordning ändå. Vi ska sluta blanda ihop migrationen med människohandel. Det är inte så vi bekämpar den.

Och – och det har lyfts här tidigare av kollegor – ett av de mest effektiva sätten att bekämpa människohandel är att rikta in sig på dem som utnyttjar. Vi måste lägga ansvaret där det hör hemma, nämligen hos alla dem, i hela ledet, som utnyttjar. När det gäller prostitution, utnyttjande i prostitution, måste man också bestraffa dem som köper. De länder som inte vågar bestraffa sexköpare, som inte vågar gå efter dem som faktiskt bär ansvaret till det här utnyttjandet, ja, de länderna borde väl i alla fall våga kriminalisera dem som utnyttjar personer som är traffickingoffer. Det är väl det minsta man kan begära.

Detta skulle jag vilja skicka med kommissionären.

Laura Ferrara (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, il 72 % delle vittime di tratta nell'UE è rappresentato da donne. Prevalente è la tratta a scopo di sfruttamento sessuale, dove la percentuale femminile arriva addirittura al 90 %.

Non basta allora colmare le lacune e migliorare l'attuazione della direttiva anti-tratta per proteggere i diritti delle vittime e contrastare le reti criminali. Il perverso meccanismo di domanda e offerta di esseri umani da sfruttare deve essere combattuto, da un lato attraverso strumenti di lotta contro la criminalità organizzata, la corruzione, il riciclaggio di denaro, ma anche con misure di contrasto alla disuguaglianza di genere e alla povertà.

Bisogna allora rafforzare la protezione e l'assistenza delle categorie vulnerabili, come le donne e i minori, peraltro un'esigenza ancora più impellente oggi nel rispondere alle sfide poste dalla pandemia e dal ruolo svolto da Internet e dalle tecnologie digitali nella proliferazione della tratta.

Infine, sono interventi decisivi da attuare, necessari, sia nel contesto della migrazione e dell'asilo, in cui le organizzazioni criminali approfittano dell'assenza di vie legali e sicure per intensificare il proprio business, sia per rendere più efficienti i sistemi penali affinché i reati non restino impuniti.

Frances Fitzgerald (PPE). – Madam President, I would like to thank the Commissioner for her excellent contribution.

This debate is on trafficking, but let's be clear what we're talking about today: modern day slavery. Trafficking is nothing less than modern day slavery here in our Europe. Slavery that moves as much money as drugs, but instead moves young women into Europe, and from east to west in Europe.

It is for this reason that I cannot understand why it is not at the very top of the European political agenda. Modern day slavery in Europe requires intense and persistent action to combat it, comprehensive action within the criminal justice agencies backed by adequate resources, Member State cooperation – working hand-in-hand – and political commitment, permanent commitment, until it is eradicated. This is how we tackle modern slavery in Europe.

But what specific actions can we take? Recognise prostitution as violence against women. As Minister for Justice in Ireland, I introduced legislation that criminalises the buyer and not the seller of sex. This model puts pressure on traffickers. Every Member State should do that.

Introduce an EU criminal assets agency and follow the money. That's what we have to do, a stand-alone directive on sexual exploitation. When women are violated consistently, we call this rape. To adequately combat this unique and horrific crime a stand-alone directive is needed.

The criminal justice agencies must work closely together, tracking the gangs who carry out the trafficking. It's long and painstaking work but it must be done and we must support victims. The horror stories are endless. We cannot stand for modern day slavery in our Europe. We need to combat it with full force.

Heléne Fritzon (S&D). – Fru talman! Tack, kommissionär Johansson, för att du berättar om alla Susans i hela världen. Det är tio år efter att vårt människohandelsdirektiv antogs, men varje dag under dessa tio år har kvinnor och flickor utnyttjats sexuellt. Det hade inte behövt vara så. Om män inte köpte sex skulle det inte finnas någon marknad för att sexuellt utnyttja flickor och kvinnor. Det krävs ett genusperspektiv i alla åtgärder mot människohandel. I mitt hemland, i Sverige, har vi en sexköpslag, som vi socialdemokrater drev igenom för över 20 år sedan. En sexköpslag som kriminaliserar köp av sex, men inte försäljning, och det är viktigt. Handel med flickors och kvinnors kroppar ska inte vara en handel på EU:s inre marknad. Flickor och kvinnor ska själva bestämma över sina kroppar och över sitt eget liv.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Handel ludźmi jest jedną z najokropniejszych zbrodni. Pozbawianie ludzi ich podstawowej godności, wykorzystywanie seksualne, pozbawianie życia zniewolonych ludzi, aby pobrać ich narządy, czy w końcu ich wykorzystywanie jako siły roboczej musi być bezwzględnie i z całą determinacją zwalczane. Grupa ECR zawsze popierała wszelkie działania – w tym dyrektywę Unii Europejskiej – które mogą pomóc w walce z tym wyjątkowo ohydnym procederem. Jako że zdecydowana część handlu ludźmi ma charakter transgraniczny, konieczna jest bardzo ścisła współpraca służb specjalnych i policji państw członkowskich przy wsparciu także Europolu i Fronteksu.

Jednak walka z tym ohydnym procederem nie może być furtką do otwierania granic Unii Europejskiej w ramach – jak to określono – bezpiecznych i legalnych dróg imigracji. Takie naiwne myślenie, podobnie jak zaangażowanie organizacji pozarządowych w proceder wspierania nielegalnej migracji, spowodować może znacznie większe szkody. Spowoduje to jeszcze więcej ofiar, które w poszukiwaniu lepszego życia wpadną w łapy bezwzględnych przestępców.

Jedna uwaga, Pani Komisarz, mężczyźni też są w walkę z tym procederem zaangażowani. Takie prostackie, chciałoby się powiedzieć, przywoływanie Strindbergowskiej walki płci nikomu nie służy. Jako były minister spraw wewnętrznych chcę zatem podkreślić, że bardzo wielu mężczyzn było w walkę z handlem ludźmi zaangażowanych, problem tylko w sposobie prowadzenia tej walki.

Eugenia Rodríguez Palop (The Left). – Señora presidenta, casi el 75 % de las víctimas de trata son mujeres y niñas tratadas con fines de explotación sexual, aunque hablamos también de esclavitud en explotaciones agrícolas, servidumbre en hogares, matrimonios forzados, mendicidad y delincuencia forzada.

Muchas de esas víctimas se quedan atrapadas en el infierno por no tener vías migratorias legales y seguras. A ese infierno las quiere condenar a perpetuidad la extrema derecha en esta Cámara, cerrando las fronteras a quienes huyen de la esclavitud, aun siendo menores, y criminalizando la labor de las ONG. Su cielo es el club exclusivo de unos pocos adinerados. La misma derecha que santifica la familia se opone aquí al derecho a la reagrupación familiar de quienes huyen. Se llaman cristianos, pero no lo son.

Finalmente, la trata existe porque hay una demanda que la hace rentable. La deleznable necesidad de explotar el cuerpo ajeno, de forzarlo para el uso y disfrute del propio. Mi cuerpo es mío y el tuyo también. Condena sin paliativos a proxenetas comerciantes de carne humana, explotadores, esclavistas, consumidores, cómplices y encubridores. Queremos que esta Directiva se aplique integralmente para que sean ellos y no a sus víctimas, los que ardan en el infierno.

Pernille Weiss (PPE). – Fru formand! Hvis du påstår, at du ikke har set dem, så kan det godt være sandt. Men det er også sandt, at de findes: Mennesker, der handles af andre mennesker til prostitution og slavearbejde under radaren, langt væk fra myndighedernes søgelys, overset af de fleste af os.

Hvis du påstår, at de alle sammen er selv ude om det, at de selv har villet det, at de hele tiden har vidst, hvad de gik op imod, da de satte sig i bevægelse mod EU og undervejs accepterede ubeskrivelig udnyttelse, så forventer du mere af din næste, end han eller hun som det menneske, der for længst har opgivet egen værdighed, kan præstere.

Derfor er det afgørende, at vi i EU samarbejder med de aktører, der er der, hvor myndighederne ikke slår til. Civilsamfundets uvurderlige og ofte frivillige indsats, der skaber tillid og tryghed, og som bygger bro mellem de handlede menneskers ellers fastlåste situation til et friere, sundere og værdigere liv. Allerhelst hjemme i eget land igen.

Netop civilsamfundets uvurderlige rolle har jeg stillet forslag til her i teksten, som vi stemmer om i morgen. Jeg ser frem til at konstatere, at I alle stemmer for.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR). – Señora presidenta, son muchos los factores que afectan a la trata de seres humanos. Nos encontramos en una sociedad donde el fin justifica los medios: de esta forma, es fácil entender que las personas sean tratadas como meras mercancías privándolas de su libertad y su dignidad para conseguir objetivos egoístas y muchas veces perversos. Desgraciadamente, muchos de estos objetivos ya han conseguido el concurso de legislaciones; eso sí, al servicio de intereses contrarios a los derechos humanos.

No podemos cerrar los ojos ante crueldades como la explotación sexual y la reproductiva, la esclavitud o el tráfico de órganos, pero tampoco ante la inmigración ilegal. Todas estas prácticas son inhumanas y están dirigidas por redes internacionales de delincuencia organizada que actúan con impunidad, turbios negocios que mueven mucho dinero y también afán de poder.

Nos parece asombroso que además se manipule con la ideología de género para acusar al varón de ser violento por naturaleza. Sean sinceros, vean todas las dimensiones del problema. Para darles solución, desenmascaremos a los culpables. Les invito a recuperar el valor trascendente de la persona para conseguir que se cumplan siempre y en todo caso los derechos humanos.

Εμμανουήλ Φράγκος (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το trafficking αποτελεί μέρος του εγκλήματος της λαθρομετανάστευσης. Ένα έγκλημα που διαπράττεται καθημερινά από τους διακινητές σε βάρος των Ελλήνων των ακριτικών νησιών, της Αθήνας, της Θεσσαλονίκης, του Έβρου και της υπόλοιπης Ελλάδας. Όσοι ασχολούμαστε με το συγκεκριμένο ζήτημα γνωρίζουμε πολύ καλά ότι οι ΜΚΟ, οι πολιτικοί τους προστάτες αλλά και τα κυκλώματα trafficking αποτελούν αλυσίδα του ίδιου φαύλου κύκλου που εμείς θα σπάσουμε. Ολόκληρες ελληνικές γειτονιές έχουν μετατραπεί σε γκέτο και αυτό γιατί; Για να πλουτίζουν κάποιοι γεμίζοντας την πατρίδα μας με λαθρομετανάστες. Αν θέλουμε να σταματήσουμε το trafficking πρέπει να μην το κάνουμε εύκολο. Πρέπει να φυλάμε τα σύνορά μας πολύ καλύτερα. Πρέπει να στέλνουμε πίσω τις βάρκες των διακινητών στη Λιβύη και στην Τουρκία. Και, επιτέλους, πρέπει να σταματήσουμε να δίνουμε χρήματα στις ΜΚΟ αλλά και στην Τουρκία που εμπλέκεται σε τέτοια κυκλώματα.

Ylva Johansson, *Member of the Commission*. – Madam President, Members of Parliament, thank you. I can hear from you that many of you are very much engaged in this issue and there's a lot of knowledge on this terrible crime in this debate. There have been many valuable and good proposals in the report and in this debate that I will of course take forward into the coming work of the Commission.

Trafficking is a modern form of slavery and I feel a strong support from the European Parliament to step up the fight against this horrible crime. We need to do more. Member States need to do more. We need to follow the money, to stop the culture of impunity, to support and protect victims, to strengthen police cooperation to tackle this terrible form of organised crime. Thank you for your engagement, thank you for the debate. We need to unite forces to be able to win this battle.

(Applause)

President. – The debate is closed.

The vote will take place Tuesday, 9 February 2021.

Written statements (Rule 171)

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Handel ludźmi to forma współczesnego niewolnictwa i rażące przestępstwo popełniane często w ramach przestępczości zorganizowanej, naruszające podstawowe prawa człowieka i niezbywalne prawo każdego człowieka do godności. Ofiarami handlarzy co roku padają miliony ludzi na całym świecie: kobiety i mężczyźni, dorośli i dzieci. Co więcej, od dłuższego czasu obserwujemy nowe trendy dotyczące charakteru wykorzystania ofiar, a mianowicie wykorzystywanie ofiar do pracy przymusowej. Niestety wiele ofiar i handlarzy ludźmi pozostaje niewykrytych. Statystyki wskazują jednak, że wykorzystywanie seksualne pozostaje najczęstszą formą handlu ludźmi w Unii Europejskiej, a prawie trzy czwarte wszystkich ofiar tego procederu to kobiety i dziewczęta. Dzieci stanowią prawie jedną czwartą wszystkich ofiar handlu ludźmi w UE, a zdecydowaną większość stanowią dziewczęta.

Skuteczne zwalczanie handlu ludźmi i zapobieganie temu procederowi musi obejmować między innymi takie działania jak: podnoszenie świadomości odnośnie do zjawiska handlu ludźmi, w tym w szczególności wykorzystania do pracy przymusowej, podniesienie standardu wsparcia udzielanego ofiarom handlu ludźmi, w tym małoletnim ofiarom, a przede wszystkim poprawę skuteczności działań instytucji odpowiedzialnych za ściganie przestępstwa handlu ludźmi poprzez doskonalenie narzędzi prawnych i struktur oraz wdrażanie najlepszych praktyk i wzmocnienie współpracy międzynarodowej. Jedynie kompleksowe podejście do problemu handlu ludźmi, oparte na powiązaniu podejmowanych działań i zacieśnieniu współpracy organów ścigania, pozwoli na skuteczne zwalczanie handlu ludźmi i zapobieganie temu procederowi.

Dan-Ștefan Motreanu (PPE), *în scris*. – Ineficiența Directivei 2011/36/UE privind combaterea traficului de persoane este demonstrată prin faptul că, la 10 ani de la adoptare, acest fenomen a luat o amploare dramatică în Uniunea Europeană. Aproape trei sferturi dintre victimele din UE sunt femei și fete, în timp ce aproape un sfert sunt copii, traficați în special pentru exploatare sexuală. În același timp, peste 90 % dintre victimele traficului de persoane în scopul exploatării sexuale sunt femei și fete, iar 70 % dintre traficanții suspectați, urmăriți și condamnați sunt bărbați. Aceste date evidențiază dimensiunea de gen a traficului de persoane.

Prin urmare, solicit Comisiei Europene o propunere urgentă de revizuire a Directivei 2011/36/UE, care să ia în considerare următoarele elemente: stabilirea de mecanisme naționale de sesizare (NRM) pe deplin funcționale și coerente, coordonate cu mecanisme de sesizare transnaționale, și consolidarea cooperării dintre statele membre, Europol și Eurojust; urmărirea fluxurilor de profit, a „urmăririi banilor", ca o strategie-cheie pentru anchetarea și urmărirea penală a rețelelor de criminalitate organizată care obțin profituri din traficul de ființe umane; și concentrarea asupra modelelor existente și în continuă dezvoltare de racolare a victimelor, precum metoda „loverboy", utilizată în special prin intermediul rețelelor online.

18. Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz (Aussprache)

President. – The next item is the oral question to the Commission on European Skills Agenda for sustainable competitiveness, social fairness and resilience by Lucia Ďuriš Nicholsonová, Lina Gálvez Muñoz, Dragoș Pîslaru, Elena Lizzi, Kim Van Sparrentak, Anna Zalewska, Eugenia Rodríguez Palop, on behalf of the Committee on Employment and Social Affairs (O-000006/2021 – B9-0004/21).

I should like to remind Members that there will be no catch-the-eye procedure and no blue cards will be accepted. Furthermore, remote interventions from Parliament's liaison offices in the Member States are foreseen.

Vilija Blinkevičiūtė, *Autorė*. – Gerbiama Pirmininke, pone Komisare, kolegos, žaliasis kursas, skaitmenizacija turi didžiulę įtaką mūsų gyvenimui, darbui, bendravimui. Vykstantys demografiniai pokyčiai, globalizacija ir dabar ypač COVID-19 pandemija iš tiesų smarkiai keičia ir įtakoja mūsų darbo ypatumus ir verčia iš naujo ir iš esmės peržiūrėti, ar turimi įgūdžiai ir kvalifikacijos atitinka naują realybę.

Komisijos komunikatas „Europos įgūdžių darbotvarkė, kuria siekiama tvaraus konkurencingumo, socialinio sąžiningumo ir atsparumo" siekia suteikti atsaką į šiuos iššūkius, ypač užtikrinant, kad įgūdžių esminė pertvarka taptų darbotvarkės ašimi ir kad visą gyvenimą trunkantis mokymasis, kuris yra įtvirtintas Europos socialinių teisių ramstyje, taptų realybe visoje Europos Sąjungoje.

Taigi, šiame kontekste Europos Parlamento Užimtumo ir socialinių reikalų komitetas norėtų Komisijai užduoti sekančius keturis klausimus. Ir pirmas klausimas liečia konkrečių terminų nustatymą tiems veiksmams, kurie numatyti Komisijos komunikate. Siekiant, kad įgūdžiai atspindėtų darbo rinkos poreikius bei prisidėtų prie greito ir efektyvaus atsigavimo po COVID krizės, įgūdžių darbotvarkėje nustatyti veiksmai privalo būti įgyvendinti per kuo įmanoma trumpesnį laikotarpį. Taigi, ar Komisija galėtų pateikti apžvalgą su konkrečiomis datomis iki kada numatoma įgyvendinti nustatytus veiksmus?

Antras klausimas: COVID-19 pandemija išryškino skaitmeninių įgūdžių atotrūkį ir dar labiau padidino egzistuojančius skirtumus švietimo sistemoje, įskaitant nelygybę lyčių srityje. Be to, iš mokymo pasitraukusių asmenų skaičius padidėjo ypač tarp nepalankiausioje padėtyje esančių visuomenės grupių. Taigi, kaip Komisija ketina užtikrinti, kad tiek švietimo, tiek visą gyvenimą trunkančio mokymosi programose skaitmeniniam švietimui būtų skiriamas ypatingas dėmesys? Ar Komisija galėtų paaiškinti, kaip ketinama užtikrinti, kad švietimo ir visą gyvenimą trunkančio mokymosi programos būtų aukštos kokybės ir įtraukios, kad būtų sudarytos lygios galimybės visiems, ypač tiems, kurie priklauso pažeidžiamiausioms visuomenės grupėms ar gyvena kaimo ar atokiose vietovėse? Kaip Komisija teiks paramą valstybėms narėms, siekiant sustiprinti jų pastangas užtikrinti aukštos kokybės ir įtraukias švietimo ir visą gyvenimą trunkančio mokymosi programas?

Trečias klausimas: europinės įgūdžių darbotvarkės įgyvendinimas pareikalaus tinkamo finansavimo. Tam, kad ši darbotvarkė būtų sėkmingai įgyvendinta, šalia numatyto Europos Sąjungos finansavimo yra būtinos reikšmingos viešosios ir privačios investicijos nacionaliniu lygmeniu. Taigi, ar Komisija galėtų paaiškinti, kokių konkrečių priemonių ji imsis skatindama nacionalinį viešąjį finansavimą ir privataus kapitalo lėšų pritraukimą bei mažindama didžiulius skirtumus tarp valstybių narių visą gyvenimą trunkančio mokymo srityje? Ir ar Komisija gali paaiškinti, kaip ji skatins įmones prisidėti ir finansuoti darbuotojų ir pameistrių mokymus? Ir paskutinis klausimas: ar Komisija galėtų išvardinti, ką reikėtų padaryti siekiant padėti valstybėms narėms priderinti savo nacionalines švietimo sistemas prie darbo rinkos poreikių visoje Europos Sąjungoje? Kaip pritraukti ir vystyti žmonių talentus ir įgūdžius, kurie gyvybiškai svarbūs tiek asmeniniam žmonių tobulėjimui, bet taip pat ir Europos įmonių konkurencingumo didėjimui?

Nicolas Schmit, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, first I want to thank you, and in particular the Members of the Committee on Employment and Social Affairs, for this question on a very important topic. Indeed the Skills Agenda is the centrepiece of our efforts to bring to life the principles of the UN pillar of social rights and notably principle number one. This principle states that everyone, I quote, 'has the right to quality and inclusive education, training and lifelong learning.' We need to invest in people and in building a strong human capital to prepare and accompany the green and digital transitions, as well as to respond to the consequences of the COVID-19 crisis. Our goal is to empower people with education and training, with a view to boosting the creation of quality jobs and setting the conditions for a more innovative, competitive, inclusive and sustainable development model.

You rightfully asked about the progress we made in implementing the European Skills Agenda. The agenda was adopted by the Commission on 1 July 2020. It is a five-year plan to help Europe develop more and better skills and to put them to good use. Since last July, 7 of the agenda's 12 flagship actions have already been launched. Such actions include the Council recommendation on vocational education and training which we already had the pleasure of discussing in this House. We have also launched the new Europass platform. The remaining five actions will be launched in 2021, notably the initiatives on Individual Learning Accounts and on micro-credentials.

The agenda is centred around inclusive learning. It is vital to address this point across all actions, for example in the Council recommendation on vocational education and training. We also underlined the importance of digital skills, and digital education and training. This is even more fundamental in the aftermath of the COVID-19 pandemic. Therefore the digital education plan for 2021-2027 adopted on 30 September 2020 puts forward inclusion as one of its guiding principles. We are also working on the Skills for Life initiatives to reach out to the most vulnerable and to create concrete opportunities for engaging with learning.

Our ambitions will fail to reach that goal if we collectively do not invest. We need to make the best use of the unprecedented funding of the Union budget to tackle the economic and social consequences of this crisis. This includes of course the European Social Fund+ which can now be implemented following the agreement in trilogue between Parliament and Council's negotiators very recently. Additionally, the Commission has encouraged Member States to use the Recovery and Resilience Facility where one of the seven flagship initiatives for reforms and investments is re-skill and upskill.

The European Parliament has played a central role in strengthening the position of education and skills in the legal framework of the Recovery and Resilience Facility. I thank you for that as there can be no recovery and no resilience if we do not ensure adequate investment in skills and in quality jobs, especially also in the transition from one job to another.

Member States should put a strong emphasis on investment in skills in their national recovery and resilience plans, but we are working now with Member States to make sure that upskilling and re-skilling is a top focus area. This is not all. Skills are a shared responsibility and it is essential for everybody to play their part. This is why we will put in place a number of measures to unlock private investment in skills. We will look at how fiscal frameworks can do better to support reforms and investment in skills, and how enterprises could better report on their employees' skills development.

All these efforts culminate in the Pact for Skills, which Commissioner Breton and I launched on 10 November 2020. The pact represents a shared engagement model for skills development. Partnerships should be created in order to respond to the skills challenges in different sectors and should involve social partners, too. To date, three skills partnerships are already in place and altogether EUR 11 billion have been committed by partners in industrial ecosystems to upskill their workforce in the coming years.

Yes, the question of helping Member States to align their national education systems with the labour market is an important one. Of course the organisation and content of education and training is a matter for the Member States, but targeted and up-to-date skills intelligence can help align training with evolving labour market needs, as well as support individuals in their choices.

As part of the Skills Agenda the Commission, in cooperation with Eurostat and the EU Agency Cedefop, is improving and making more widely available such skills intelligence at regional and sectoral level. Let me give you just one example. A Big Data initiative using artificial intelligence has analysed over 150 million job vacancies across Europe. This is an example of assessing skills needs in real time. The results are already online and the Commission is disseminating our findings with key stakeholders such as the European network of public employment services and with social partners.

The Skills Agenda already in its name sets the path towards which we have to go: sustainable competitiveness, social fairness and resilience, and I know that I can count on this Parliament to go on this path.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Andrea Bocskor, *a PPE képviselőcsoport nevében*. – Elnök Úr! Az erőforráshiány, az erőforrás-hatékony, digitalizált és klímasemleges gazdaságra való átállás, illetve a mesterséges intelligencia bővülő alkalmazása új kihívások elé állítja a foglalkoztatási és munkaerőpiacot. Új szakmák jönnek létre, miközben az eddigiek átalakulnak vagy megszűnnek. Ez egyértelműen jelzi, hogy a készségek és képességek terén gyors változásra van szükség az Európai Unió és tagállamai versenyképességének érdekében.

A Covid19-világjárvány felgyorsította a digitális átállást, és megmutatta a különböző korosztályok digitális készségeinek szintjét. A biztonsági intézkedések miatt tevékenységeink nagy része a digitális térbe tevődött át, a távmunka és a távoktatás milliók számára vált egyik napról a másikra a mindennapok részévé, felszínre hozva a digitális felkészültségünk korlátait.

Örülök annak, hogy az új európai készségfejlesztési menetrend a Covid-járvány okozta gazdasági és munkaerőpiaci kihívások kezeléséhez is hozzá kíván járulni. Üdvözlöm az előremutató javaslatokat, és fontos, hogy fenntartható utat mutasson a jövő generáció számára. A készségfejlesztésben nagyon fontos a modern, innovatív és minőségi oktatás és képzés, melyek közvetlenül kapcsolódjanak a munkaerőpiachoz és a társadalmi igényekhez, egyben hozzá kell, hogy járuljanak a fiatalok fontos készségekkel való felvértezéséhez, ami felkészíti őket a valós életre. Kiemelten kell kezelni a szakképzést és az egész életen át tartó tanulást, hiszen nagyon fontos, a képzések, átképzések révén, hogy mindig a munkaerőpiacon maradhassanak, és nagyon fontos, hogy ne csak a fiatalokra, de a felnőttekre és a szépkorúak is gondoljunk.

Lina Gálvez Muñoz, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, comisario Nicolas Schmit, todas las personas e instituciones coincidimos en la importancia de mejorar nuestras cualificaciones y competencias para que nuestras economías avancen en competitividad, resiliencia y en justicia social, y para transitar de manera exitosa a una economía verde y digital.

Pero las competencias, ¿son las que necesitamos? ¿Quién lo define? ¿Cómo y quién accede a ellas? ¿Estamos todas las personas en la misma disposición de acceder a las mismas?

Normalmente, cuando nos acercamos al debate sobre las competencias, pensamos que estas son neutras y accesibles para todo el mundo y que conseguirlas o no solo depende de nuestros méritos y esfuerzos. Pero, ¿es realmente solo una responsabilidad de individual? Creo que no, que ni tenemos que individualizar la responsabilidad de estos procesos, ni que sean neutros. Por ejemplo, las capacidades no son independientes de los estereotipos de género o etnia y, por tanto, tampoco lo son las oportunidades para obtenerlas a lo largo de nuestras vidas. E individualizar la responsabilidad en cada persona en relación con las capacidades que sean capaces de adquirir es injusto, porque no todos tenemos las mismas oportunidades, sobre todo teniendo en cuenta las desigualdades educativas con las que llegamos al mercado de trabajo y que han aumentado, además, con la pandemia.

Por ello, desde las instituciones públicas y desde el Parlamento Europeo, tenemos que intentar garantizar que los procesos de cualificación y recualificación sean accesibles para todas las personas, con especial atención a las personas de colectivos más vulnerables, zonas de mayores niveles de desempleo o zonas rurales y aisladas. Que estos procesos estén libres de estereotipos porque necesitamos todos los talentos para que Europa avance de manera más innovadora y justa. Que los procesos de aprendizaje sean remunerados para que las personas provenientes de entornos desfavorecidos no jueguen con desventaja. Que estos procesos cuenten con suficiente presupuesto y la activa participación de todos los agentes sociales y que incluyan las capacidades digitales para permitir a toda la ciudadanía una mayor alfabetización digital… *(el presidente retira la palabra a la oradora).*

Dragoș Pîslaru, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, here we are, finally having a debate that our group, Renew Europe, has actually been calling for ever since June 2020, when we launched a paper called 'Skills at the heart of Europe'. Skills are actually the key ingredient for our future. It's about our small entrepreneurs, it's about research, it's about how we produce the vaccines for the population, and it's at the core of productive activity. Skills are actually about the social underpinnings of independent living, having good wages and being able to provide for your family. Skills are about the future of our society. There is No Green Deal or digital transformation without proper skill investment.

Here we are with the ambitious new Skills Agenda for Europe before us. We are in the Parliament, putting the right questions and coming with our own contribution to this very important debate. There are three major things to remember. It's about coordination, how we better coordinate so that skills are going to be sought in all the policy areas, and how we are going to have efficient implementation and transform the words in this nice motion for resolution into facts. That's the question for the Commission. How do we use that funding for the future?

This is the most important thing. So repeat after me: skills, skills, skills. This is actually the future for Europe. Thank you very much, and we are looking forward, as the Parliament, to supporting the Commission in the implementation of the strategy.

Julie Lechanteux, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, le débat d'aujourd'hui porte sur la stratégie européenne en matière de compétences en faveur de la compétitivité durable, de l'équité sociale et de la résilience. Un titre bien alambiqué pour parler de l'éducation, de la formation de nos jeunes et du marché du travail qui les attend. Derrière ces formules ampoulées se cache une réalité plus crue que vous n'assumez pas, comme à votre habitude: celle d'une crise économique qui n'en est qu'à ses débuts, avec comme corollaire un chômage endémique auquel l'immigration incontrôlée n'est pas étrangère.

Selon le dernier rapport Eurostat de novembre 2020 concernant l'Union européenne, il y a plus de 3 millions de jeunes de moins de 25 ans au chômage, ce qui correspond à une augmentation de près de 17 % en seulement un an. En parallèle de ce constat accablant, la Commission européenne affirmait encore récemment que l'immigration représenterait une source de talents inépuisable. On marche sur la tête! Quand je vois que le PDG d'AstraZeneca est un Français, je me dis que des génies, en France comme en Europe, nous en regorgeons. Mais par manque de volonté politique et de vision, et à cause de sous-investissements dans la formation et la recherche scientifique, vous les avez fait fuir.

Alors, Monsieur le Président, engagez des moyens pour former, encourager et garder nos jeunes au lieu de les obliger à choisir entre chômage ou expatriation, et mettez fin à votre pacte sur la migration, réel danger pour nos emplois et notre civilisation.

Eugenia Rodríguez Palop, *en nombre del Grupo The Left*. – Señor presidente, la Agenda de Capacidades Europea no puede facilitar solo la transición hacia sectores y empleos en expansión. No se trata de responder a las necesidades de un mercado laboral cambiante que fagocita trabajadores a conveniencia, precariza los itinerarios formativos y refuerza la inestabilidad de los mercados laborales.

Hay que pensar seriamente en el tipo de profesionales que queremos, no solo en los mercados que tenemos. La Agenda tiene que dotar de competencias a quienes más lo necesitan, pensando en ellos y eliminando los sesgos de clase, raza y género que perpetúan la desigualdad, y no solo para hacer justicia, sino porque para ser competitivos hay que contar con todos los talentos y capacidades posibles.

Sabemos que la diversidad es rentable; por eso, esta propuesta no solo implica a los poderes públicos, sino también a las empresas: los empresarios tienen que mejorar la cualificación de sus trabajadores, evitando favorecer a los de siempre, facilitando oportunidades formativas y contribuyendo a su formación. Está claro que hay que seguir esforzándose por el bien de todos y de todas.

Daniela Rondinelli (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gli investimenti nel capitale umano sono lo strumento chiave per superare la crisi economica e occupazionale in atto. La proposta della Commissione, però, rischia di rimanere lettera morta se non andiamo verso un modello formativo europeo ambizioso, concreto e monitorabile, articolato in funzione della transizione verde e digitale.

Questo approccio, infatti, deve prevedere tre condizioni indispensabili per una formazione di qualità: il mutuo riconoscimento delle competenze acquisite; la definizione di condizioni di lavoro e salariali dignitose per gli apprendisti, tali da prevenire ogni forma di sfruttamento, e soprattutto il rilancio dei patti locali per le competenze, in modo che la formazione si evolva mantenendo un legame forte con le vocazioni e i bisogni dei territori, accompagnandone quindi i processi di trasformazione produttiva.

Solo grazie quindi a quest'equilibrio tra la dimensione europea e locale potremo restituire dignità alla formazione, che rappresenta una straordinaria fonte di opportunità lavorativa e una irrinunciabile incubatrice di coscienza sociale e cittadinanza attiva.

Romana Tomc (PPE). – Gospod predsedujoči.

To, da je koronavirus že spremenil naš trg dela, je sedaj vsem jasno in ta razprava prihaja res ob pravem času. V teh dneh se namreč sprejemajo tudi odločitve o številu vpisnih mest v izobraževalne sisteme. Danes bom omenila samo dva sektorja.

Prvič, visoko na lestvici potreb po kadrih so tisti, ki se ukvarjajo z informatiko, z računalništvom. Ta znanja bodo zelo pomembna za našo prihodnost.

Tudi mi v Evropskem parlamentu poudarjamo pomen digitalizacije za našo družbo in če želimo to doseči, moramo graditi na teh tehničnih poklicih.

Drugo področje pa je področje zdravstva. Mnogi evropski zdravstveni sistemi so med pandemijo padli v še večjo krizo, ne zaradi opreme, ampak zaradi kadrov, ki jih vsaj v nekih delih Evropske unije močno primanjkuje.

Vendar je pandemija kratkoročni izziv, veliko večji je staranje prebivalstva, ko bomo potrebovali veliko osebja, ki bo celovito skrbelo za naše zdravje. Na vse to moramo misliti danes, ne naslednje leto.

Vsi pozivi, da se morajo izobraževalni sistemi prilagoditi trgu, so resda že tradicionalni, vendar enkrat je potrebno narediti prvi korak.

Upam, da bo Komisija naredila vse, kar je v njeni moči, da bo take korake podprla in s tem zagotovila izvajanje programa znanj in spretnosti za Evropo, ki bo bolj konkurenčna.

Marc Angel (S&D). – Mr President, according to Cedefop, almost half of all EU workers will need to update their skills and/or gain new ones to get or keep jobs and to embrace the opportunities of the digital and the green transitions, and therefore we Socialists and Democrats fully support the EU Commissioners' efforts in implementing the Skills Agenda and the European Pillar of Social Rights by pushing Member States to join this path in order to leave no one behind.

Member States must use money from EU funds – the Recovery Fund included – to adapt their education and training systems. Vulnerable groups must have an equal access to education, skilling and upskilling.

The EU and Member States must avoid the creation of new gaps resulting from unequal access to technology, especially between generations, gender and between rural areas and cities.

As Socialists and Democrats, we will stand with EU citizens and will support them to embrace transition without forgetting to strengthen, next to their skills, also their personal development and critical thinking.

In a changing world, being aware of the necessity of the new skills agenda is crucial for both workers and employers.

Radka Maxová (Renew). – Pane předsedající, pandemie koronaviru absolutně změnila naše životy. Místo každodenního setkávání jsme se přesunuli na on-line scénu, a to včetně zaměstnání a vzdělávání. To ještě značně prohloubilo stávající nerovnosti a zkomplikovalo životy lidí a v tomto může právě pomoci Evropská agenda dovedností. V rámci ní je důležité myslet i na osoby se zdravotním postižením a spoluobčany, kteří z různých důvodů žijí na okraji společnosti nebo přímo v chudobě. Tito lidé nejsou ohroženi jen současnou koronavirovou krizí, ale i přechodem na více digitální svět a ekonomiku spojenou se zeleným přechodem. Proto je velmi důležité zajistit programy, které budou rozvíjet právě toto vzdělávání a dovednosti, které budou souviset se změnou budoucího trhu práce. Pracovní trh bude silně ovlivněn digitalizací a přechodem na zelenou energii. Nesmíme v těchto programech zapomenout ani na podporu přístupu internetu pro všechny. Jedině tak využijeme aktuální situaci ke spravedlivější společnosti a rovnému přístupu ke všem našim obyvatelům.

Stelios Kympouropoulos (PPE). – Mr President, dear colleagues, the latest World Economic Forum Future of Jobs report shows that over the next years, 40% of workers will require reskilling of approximately six months. Having this in mind, the Commission's Skills Agenda Communication has rightly placed skills at the heart of the EU policy agenda. We will need quality and inclusive training and lifelong learning opportunities for all, with a particular focus on the most vulnerable people of our society and workers in sectors that will undergo fundamental changes. Digital skills and literacy, green skills as well as competences such as critical thinking and problem-solving should be key elements in order to harness the potential of the digital and green transitions and bridge the existing skills gaps.

However, this can only be achieved through a holistic approach, involving all relevant stakeholders and enabling us to anticipate the changing nature of jobs and the skills needed in order to adjust our education systems. And that is the only way to succeed in one of the biggest challenges of our lifetime: to enable our workforce to thrive in new job types that don't yet exist.

Радан Кънев (PPE). – Г-н Председател, здравната криза не просто промени трудовия пазар, тя преди всичко ускори промените, за които говорим от дълго време, но говорехме в бъдеще време. Те вече са реалност. Работата от разстояние, гъвкавото, но и несигурно работно време, изместването на традиционни работни места от компютърни технологии. И те идват заедно с тежка икономическа криза и увеличена безработица. Проблемите станаха видими през Ковид-кризата, но те няма да изчезнат с нея. Естествено е да чуваме днес призиви за засилена държавна намеса, за нова роля на правителствата, дори на европейските институции, за увеличени публични разходи. Но ако опитваме насила да задържим пазара на труда в 20-ти век, ще се провалим, ще разрушим социалното пазарно стопанство и социалните си системи. Нов публичен ангажимент, нови публични разходи са нужни, но те са нужни с цел не да спрат промените, а да подпомогнат адаптацията ни към тях. И те трябва да следват единствено три приоритета: образование, образование и образование.

Anne Sander (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, bien avant la pandémie, nous savions déjà que les compétences et l'apprentissage étaient déterminants.

Avec la crise du COVID-19, la transformation du monde du travail s'est accélérée de manière exponentielle, vers toujours plus d'usages numériques. Nos entreprises ont donc besoin d'une main d'œuvre encore plus qualifiée pour répondre aux nouveaux défis, en particulier se préparer à l'apparition de nouveaux métiers. En effet, 65 % des enfants entrant à l'école primaire exerceront un métier qui n'existe pas encore.

Or, aujourd'hui, 42 % des Européens manqueraient de compétences informatiques de base. En plus, la crise actuelle met en difficulté bien des jeunes qui sont en train de se former – pas de stages, pas de mobilité, cours à distance –, ce qui occasionnera des difficultés supplémentaires pour les intégrer dans le monde du travail.

Plus que jamais, les liens doivent être renforcés entre la formation et le monde de l'entreprise. Et dans cet esprit, l'apprentissage doit être valorisé en tant que voie d'excellence pour l'insertion professionnelle et l'acquisition de nouvelles compétences.

Je salue donc cette stratégie que la Commission européenne souhaite mettre en œuvre, car elle permettra de répondre aux défis que l'Union européenne est en train de vivre.

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, deze crisis toont nog meer aan dat kennis macht is. We hebben al jarenlang nagelaten om ons onderwijssysteem, ons onderwijs, onze opleidingen aan te passen aan de markt. We zijn altijd met het oude denken bezig geweest. Deze crisis toont echt genadeloos aan dat we dat verkeerd hebben gedaan. Ik hoop dat het nog op tijd is om een permanente opleiding voor jong en oud in te voeren op Europees niveau.

Op dit moment zijn wij te veel afhankelijk van grote Amerikaanse techbedrijven. We zijn afhankelijk van technische platforms uit China. Er zijn nauwelijks Europese bedrijven die daarmee kunnen concurreren, omdat wij al jarenlang – in onze ogen – vanuit de voorsprong stil zijn blijven staan. Het wordt tijd dat we eindelijk eens heel veel gaan investeren, tijd vrijmaken en faciliteren dat onze werknemers in Europa onze economie weer op dat niveau kunnen brengen dat we gewend waren en dat we in de toekomst weer zullen gaan zien dat dat gebeurt. Want de kennis hebben we. Kennis maakt macht en koppelt jong en oud.

Nicolas Schmit, *Member of the Commission*. – Mr President, I would first like to thank honourable Members for this very encouraging debate. I would even say that there is a perfect consensus on this issue. We all agree that skills are the future. It's the future for our societies and the future for our economy.

Some have referred to the World Economic Forum and asked for a skills revolution, and indeed we probably need some kind of skills revolution because we have a technical revolution. We need a revolution in our way of producing, due to the need to adapt to climate change. Therefore, I think this skills revolution has first to guarantee to everybody, and remember I quoted Principle 1 of the Social Pillar, that everybody has to get equal access to skills, equal access to quality education, and equal access to lifelong learning, the young and adults.

This is also something very important for Europe's social model. It's a basic element of our idea of equal opportunities. Yes, we have a revolution in the digital world and we have a lot of vacancies there which are not filled. Here it's a challenge now to train people, to give them the right education and to give them the right skills. Sometimes we have to leave the usual models to skill them because technology also gives us the tools to skill people in a different way.

We are talking about just transitions. I would say that this means first investing in people, investing in human capital, because our labour markets are changing. It's true that they are changing and we should now anticipate technological change and prepare every person – every young person – for the changes and give them the opportunity to learn to learn. This is the challenge we all face and now we have the Skills Agenda and I agree that it's up to us to implement it.

(Applause)

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 10. Februar 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Атидже Алиева-Вели (Renew), *в писмена форма*. – Щастлива съм, че Европейската програма за умения обуславя важността на ученето през целия живот и повишаването на уменията и квалификацията на служителите, за да им се даде възможност да бъдат добре подготвени за конкурентната работна среда. Трябва да осигурим равен достъп до обучение за всички хора, независимо от техния пол, възрастова група и етнически произход. Хората с увреждания също трябва да могат да се възползват от възможностите, които се предлагат. Променящите се условия на труд и преходът към дистанционна работа, наложени от пандемията, изискват от всички работещи да повишат своята дигитална грамотност и да подобрят своите дигитални умения. Съюзът изпитва недостиг на квалифициран персонал, а в бъдеще този проблем ще се задълбочи. Несъмнено цифровото образование трябва да бъде насърчавано в целия ЕС, особено в селските райони.

Изключително се радвам да видя, че програмата се фокусира и върху възрастните, като им предоставя повече възможности за разширяване на квалификацията и им позволява да бъдат активни на пазара на труда. Програмата обхваща и младежите, предоставяйки възможности за обогатяване на техния трудов опит. ЕС играе съществена роля за подпомагането на действията на държавите членки в областта на образованието и обучението, и всяка държава трябва да се възползва в пълна степен от всички възможности, които предоставя тази програма.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – În contextul pandemiei, milioane de persoane nu au avut acces la educație sau la programe de formare, iar dificultățile de adaptare la noul context digital au crescut decalajul dintre statele membre și din interiorul acestora. Inegalitățile socioeconomice au făcut accesul la educație tot mai dificil.

Agenda pentru competențe în Europa trebuie să fie în centrul acțiunii europene, astfel încât dreptul la pregătirea de calitate, pe tot parcursul vieții, să devină o realitate pentru toți cetățenii, în toate zonele și sectoarele. În contextul în care, pe viitor, 90 % dintre locurile de muncă vor necesita competențe digitale, este esențial ca instituțiile europene și statele membre să susțină dobândirea de noi competențe prin programe și instrumente europene precum Erasmus+, Garanția pentru copii și Garanția pentru tineret, programele Europa Digitală și Europa Creativă.

Alocarea a minimum 20 % pentru tranziția digitală din Planurile de redresare și reziliență devine esențială, iar respectivele resurse trebuie acompaniate de măsuri adecvate și de fonduri suplimentare investite structural de fiecare stat membru. Investiția noastră de astăzi în competențele europenilor va dicta competitivitatea și performanța economică a Europei în viitor.

19. Verringerung der Ungleichheiten mit besonderem Augenmerk auf der Erwerbstätigenarmut (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Özlem Demirel im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten über die Verringerung der Ungleichheiten mit besonderem Augenmerk auf der Erwerbstätigenarmut (2019/2188(INI)) (A9-0006/2021).

Özlem Demirel, *Berichterstatterin*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EU, ein Ort des Wohlstandes, heißt es immer. Ja, die EU zählt zu den reichsten Regionen dieser Welt. Ein unglaublicher Reichtum häuft sich hier. Gleichzeitig ist aber jeder fünfte Europäer, also 95 Millionen Menschen, von Armut bedroht. Altersarmut, Kinderarmut und arm trotz Arbeit gehören zur bitteren Realität für Millionen Menschen. Knapp 6 % der EU-Bevölkerung sind von extremer materieller Armut betroffen.

Dabei gab es das Versprechen, bis 2020 die Zahl der von Armut betroffenen Menschen um 20 Millionen zu reduzieren. Dieses Ziel der EU wurde verfehlt. Ungleichheiten in der EU – in und zwischen den Mitgliedstaaten – haben sich ausgeweitet. Dabei sind die sozialen Folgen der Corona-Pandemie noch nicht vollständig erfasst. Bereits jetzt ist klar: Die Schere zwischen Arm und Reich wird weiter auseinanderdriften.

Allein deshalb besteht dringender Handlungsbedarf, und zwar nicht erst morgen, sondern eigentlich schon gestern. Wir brauchen europaweite Mindeststandards, starke soziale Sicherungssysteme in den Mitgliedstaaten. Wir brauchen Löhne und Renten, die ein Leben in Würde garantieren. Während noch vor wenigen Jahren der Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation sagte: „Arbeit ist das beste Mittel gegen Armut“, trifft dies längst nicht für alle zu. Man stelle sich vor: Jeder zehnte Erwerbstätige in der EU lebt trotz Arbeit in einem von Armut betroffenen Haushalt. Laut offizieller Definition ist man von relativer Armut bedroht, wenn man gerade einmal 60 % des Medianlohns verdient. In kaum einem Mitgliedstaat aber, in dem es gesetzliche Mindestlöhne gibt, liegen diese oberhalb dieser Armutsschwelle. Aber wer arbeitet, darf nicht von Armut bedroht sein. Wer arbeitet, muss ein Leben in Würde führen können. Letztlich sind es doch die arbeitenden Menschen, die überhaupt die Reichtümer schaffen. Auch deshalb braucht es eine klare und ambitionierte Mindestlohninitiative. Was hat man davon, wenn es gesetzliche Mindestlöhne gibt, aber diese nicht einmal vor Armut schützen?

Wohnungslosigkeit steigt, prekäre Beschäftigung steigt, Befristung und unfreiwillige Teilzeit steigen. Mit Gig- und Plattformarbeit, Ausgliederungen, Schein- und Soloselbstständigkeit, Subunternehmerketten, Privatisierungen und Liberalisierungen wurde ein Lohnunterbietungswettbewerb befeuert – und das europaweit. So schwächt man auch Gewerkschaften und erodiert Tarifvertragssysteme. Die schrumpfende Tarifabdeckung wiederum führt zu einer Absenkung des gesamten Lohnniveaus für alle Arbeiterinnen und Arbeiter.

In 14 Mitgliedstaaten der EU arbeitet jeder zweite Erwerbstätige ohne einen Tarifvertrag. Das bedeutet in der Regel schlechte Löhne, schlechtere Arbeitsbedingungen und weniger Arbeitsplatzsicherheit. Wir haben es doch gerade jetzt in der Krise gesehen: Leiharbeiter, Minijobber, befristete Beschäftigte, Arbeitnehmer mit einem Werkvertrag oder Honorarvertrag waren die ersten, die über die Klippe springen mussten. Sie haben schon ihre Arbeitsplätze verloren.

Doch müsste nicht klar sein, dass es soziale Konditionalitäten in der Europäischen Union gibt? Große Unternehmen, Konzerne werden in der Krise mit Milliarden Euros gerettet und entlassen trotzdem Beschäftigte. Das kann doch nicht angehen! Mitarbeiter werden entlassen und gleichzeitig werden Dividenden an Aktionäre ausgeschüttet. Das kann doch nicht angehen! Es liegt auf der Hand: Die Krise der einen ist der Profit der anderen. Während 75 % der Europäerinnen und Europäer angeben, dass sie sich in einer schlechteren ökonomischen Lage befinden als vor der Corona-Krise, zeigt die brandneue Oxfam-Studie, dass die reichsten zehn Menschen auf dieser Welt allein während der Pandemie 500 - Milliarden EUR Vermögen angehäuft haben, ihr Vermögen vergrößert haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit meinem Bericht liegen Ihnen nun zu diesem Thema und weiteren Themen 73 *recitals* und 112 Ziffern zur Abstimmung vor. Auch weitere konkrete Maßnahmen sind hier eingeflossen. So fordern wir eine Europäische Sozialversicherungsnummer, den Zugang zu Betrieben für Gewerkschaften, den besonderen Schutz vor Diskriminierung und Benachteiligung am Arbeitsplatz oder die schrittweise Abschaffung von *Zero-hour*-Verträgen. Wir fordern Initiativen für ein Mindesteinkommen, eine Kinder-Garantie und eine ambitionierte Mindestlohninitiative. Soziale Belange dürfen nicht mehr den Grundfreiheiten des Marktes, die in den EU-Verträgen verankert sind, untergeordnet werden.

Herr Kommissar Schmit, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist höchste Zeit zum Handeln – für ein Leben frei von Armut und in Würde für alle Menschen, gegen prekäre Beschäftigung, für gute Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit in den Mitgliedstaaten und in Europa.

Ich danke für die engagierte Zusammenarbeit mit den Schattenberichterstatterinnen und Schattenberichterstattern in den Fraktionen und freue mich auf die Beratungen mit Ihnen heute.

Nicolas Schmit, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, yes, it is more important than ever to speak about inequalities. So I would like …

— Ihnen meinen Dank auszusprechen, liebe Berichterstatterin, für Ihren Bericht und auch dem EMPL-Ausschuss und allen Schattenberichterstattern.

Even before the crisis while unemployment was declining, income inequality did not follow the same trends. In the EU, the income of the richest 20% was five times higher than that of the poorest. This afternoon, Ms Lagarde was here to address this Parliament and when she was at the IMF she put inequality as a major challenge for our societies. Recently she said, and I quote: 'The bittersweet reality is that despite economic growth, there are still far too many people who are left out.' Yes, the income share of the lower 40% earners has stagnated for many years, even in periods of economic growth. Equal access to opportunities remains a challenge, especially for children from disadvantaged backgrounds, and as President von der Leyen has put it in her political guidelines, we need equality for all and equality in all of its senses.

The main social fallout of the COVID-19 crisis is still ahead of us. Unemployment can be expected to further increase and poverty and inequality are likely to follow the same path and therefore the crisis response needs to tackle inequality and poverty both in terms of policy and funding, and this has to happen now.

In this regard, adequate, sustainable, fair and inclusive social protection systems play a crucial role. They help cushion the impact of a crisis and contribute decisively to the resilience of our societies. Reinforced support is needed to address youth unemployment, as the crisis has led to an increase in the rates of young people not in employment, education and training. The crisis has plunged a great number of young people into a really dramatic situation. They are experiencing real poverty and exclusion with a detrimental psychological impact – students who have lost their jobs to pay for their studies, the young who worked in the most impacted sectors like tourism or hospitality. Those with precarious jobs were the first to be unemployed. But there are also all the young performers in creative activities – the artists, the musicians, actors – they suffer enormously having no income and often no possibility to pursue their creative activity. We have to show solidarity with these young people if we do not want again a lost generation, or worse, a desperate generation.

Gender gaps in employment and pay were stagnating before the crisis and are now at risk of widening. Yes, women's over-representation in lower-paid sectors and occupations, the front-line workers, made them particularly vulnerable. Closed schools and reduced services did not help balance carrying the responsibility between men and women. As rightly pointed out in the report, in-work poverty strips work of the basic purpose of providing a decent life. In-work poverty was already high on our agenda before the outbreak of the COVID-19 crisis. We saw the last recovery did not reach all workers to the same extent. And we are committed to Principle 6 of the Pillar of Social Rights, I quote: 'In-work poverty shall be prevented.' And this means also that we have to combat precarious work forms.

Providing jobs that pay an adequate wage is essential to guarantee adequate working and living conditions for workers and their families, reduce wage inequalities and build fair and resilient economies. Minimum wages play an important role in this context – adequate minimum wages. Still too many workers are not protected by adequate minimum wages in the EU. This also contributes to higher gender pay gaps. Our proposal for a directive on adequate minimum wages is now in the hands of the co-legislators and we hope for a speedy adoption. Inspired by the principles of the European Pillar of Social Rights, our proposal is ambitious and balanced and fully respects the specificities of national systems. We need adequate minimum wages and better coverage by collective agreements. These are the best ways to combat in-work poverty and poverty at large.

The fight against inequality and poverty will be an essential part of the Action Plan to implement the European Pillar of Social Rights. In December, this House adopted a comprehensive resolution on a strong social Europe for Just Transitions. This is an important contribution to the action plan and a successful Porto Summit.

The Commission has already presented important initiatives in this context: adequate minimum wages and collective bargaining; the SURE instrument; the Youth Employment Support package to prevent another lost generation; skills we just debated; guidelines on seasonal workers – they are not only very much exposed to the pandemic, but they suffer also from bad working and living conditions. The fight against poverty and inequality will take centre stage. The action plan will include proposals which the European Parliament has been calling for for years, such as the Child Guarantee. The Council conclusions of 9 September 2020 invited the Commission to make a proposal on minimum income, given the number of people without income due to the crisis and it is indeed time to review the Council recommendation from 1992.

We need common criteria concerning the fight against inequality, because equality cannot be won by action at EU level alone. It requires Member States, regions, local authorities, social partners and civil society to actively work on the implementation of the Pillar principles including by looking more at the distributional impacts of policies. The next Multiannual Financial Framework and the Next Generation EU can support the right policies. In the MFF, the European Social Fund+ will be entirely dedicated to employment, education and social measures. The preparation of the national Recovery and Resilience Plans provides Member States with ample opportunities to support economic and social upward convergence.

It is absolutely true that rising income inequality is the defining challenge of our time, as former President Obama put it some years ago. As this crisis has even amplified this challenge, it is urgent to act. Talking of competitiveness and growth does not make much sense, as Ms Lagarde said, for people whose work does not pay, as they do not actually enjoy that prosperity to which they finally contribute. Prosperity for all has been a major promise of Europe. Let's be up to this promise.

Vilija Blinkevičiūtė, *Moterų teisių ir lyčių lygybės komiteto nuomonės referentė.* – Gerbiamas Pirmininke, gerbiamas Komisare, kolegos, pasisakysiu FEMM komiteto vardu. Noriu atkreipti dėmesį į tai, kad ekonominės ir socialinės nelygybės pasekmės dar iki COVID-19 kėlė didelį nerimą. Moterys iki šiol uždirba mažiau nei vyrai. Joms tenka daug didesnė neatlyginama namų ūkio našta. Jos patiria daug kartų didesnę skurdo riziką senatvėje nei vyrai. Tačiau dėl tebesitęsiančios COVID pandemijos nelygybės ir skurdo problema iš tikrųjų tapo dar aktualesnė. Nors COVID-19 pandemija iš tikrųjų be išimties paveikė visus sektorius, tačiau turbūt labiausiai paveikė paslaugų sektorių, kuriame tradiciškai dirba daugiau moterų, ir dėl šios pandemijos dar daugiau moterų atsidurs skurdo rizikoje, o kartu skurdą patirs ir jų vaikai. Todėl čia mes turime rasti bendras pastangas, dėti bendras pastangas, kad taip neatsitiktų. Moterys taip pat sudaro daugumą sveikatos apsaugos ir socialinės priežiūros darbuotojų, todėl būtina nukreipti viešąsias investicijas į šioje srityje dirbančių moterų poreikių tenkinimą, jų darbo užmokesčio didinimą ir užtikrinti darbo sąlygų pagerinimą.

Cristina Maestre Martín De Almagro, *ponente de opinión de la Comisión de Peticiones.* – Señor presidente, señorías, en la Comisión de Peticiones hemos trabajado en este informe estudiando la situación de numerosos ciudadanos europeos que nos exigen respuestas ante las situaciones de pobreza y precariedad que sufren en sus puestos de trabajo. Trabajadores, en su mayoría mujeres y jóvenes, que suman en torno a 20 millones de personas en la Unión Europea y que son las eternas víctimas de los sistemas legislativos que consienten e incluso, en algunos casos, estimulan la precarización y los infraempleos. Y bien sabemos que los efectos de la COVID-19 aumentarán estas cifras de personas que trabajan pero que viven en la pobreza.

Por lo tanto, urge trabajar con los Estados miembros y de la mano de sindicatos y también de empleadores en impulsar los cambios en el mercado laboral que sean pertinentes para frenar este empobrecimiento.

Efectivamente, señor Schmit, necesitamos un salario mínimo europeo. No podemos admitir que existan ciudadanos de primera o de segunda en función de la zona en la que vivan, como existen algunos países donde apenas se superan los 300 euros de salario mínimo. Por lo tanto, necesitamos un salario mínimo que sea garantía de justicia y de dignidad en el empleo.

Tomáš Zdechovský, *za skupinu PPE.* – Pane předsedající, vážený pane komisaři, vážená paní zpravodajko, já děkuji za tuto zprávu jako důležitý výkop k boji proti chudobě a chudobě pracujících. Ale řekněme si jednu věc na začátku. Opravdu je chudoba pracujících v Evropě jedna z největších? Je to ten největší problém, který zažíváme? Podívejme se, jak vypadala chudoba pracujících před sto lety a jak vypadá dnes. Samozřejmě Evropská unie má spoustu nástrojů, kterými řeší chudobu pracujících, a určitě to nejsou kvóty, kterými bychom měli věci regulovat.

Já osobně jsem zažil 42 let v naší zemi komunismus. Zažil jsem určitou část komunismu a komunismus nevytváří rovné prostředí. Komunismus deformuje prostředí a dělá daleko větší právě propast mezi pracujícími a mezi těmi, kdo nepracují a kdo aktivně vlastně řídí politiku. Já připomínám, že pro Evropskou lidovou stranu je naprosto zásadní v boji proti nejistotě a chudobě růst. Je potřeba podporovat podnikavost, malé a střední podniky, přispívat k inovacím, vytváření konkurenceschopného a udržitelného trhu práce. Vítám tedy návrh Komise v agendě dovedností a pevně věřím, že proti chudobě budeme především v této budově bojovat vzdělaností a podporou inovací.

Marianne Vind, *for S&D-Gruppen.* – Hr. formand! Det er skandaløst, at et fuldtidsjob ikke længere er nok til at betale husleje, sikre mad på bordet og sørge for, at elregningen kan betales. Men for flere og flere lønmodtagere i Europa er dette virkeligheden. Griske arbejdsgivere tjener nemlig kassen på at sende lønninger og vilkår ud i et ræs mod bunden. Og konsekvensen er, at millioner af mennesker bliver »working poor«. Det skal vi have sat en stopper for.

Et konkret værktøj i kampen imod social dumping og fattigdom er ID-kort til udstationerede arbejdere. Kortet skal lette myndighedernes kontrol med social dumping og sikre, at alle kender deres ansættelsesvilkår. Resultaterne for Danmark er gode, og derfor kan sådan et ID-kort med fordel bredes ud i hele EU.

Men ID-kortet kan ikke stå alene i kampen mod fattigdom og social dumping. Derfor skal vi tackle problemerne med falske selvstændige, nultimerskontrakter og løse ansættelser. Og derfor skal vi styrke de kollektive overenskomster og beskytte retten til at organisere sig. Og derfor skal vi indføre en social protokol og stoppe med at sætte økonomiske friheder over lønmodtagernes vilkår. Vi skal også lægge et solidt pres på, så vi får en ambitiøs strategi for et sundt og sikkert og trygt arbejdsmiljø for alle.

Der er masser at tage fat på for Europas arbejdere. Der er store forventninger til os politikere, og vi bør gå forrest for at få løst problemerne.

Атидже Алиева-Вели, *от името на групата Renew*. – Г-н Председател, борбата с бедността и намаляването на неравенствата както на ниво държави, така и в Съюза като цяло трябва да е сред основните приоритети в работната програма на всеки един политик. Недопустимо е съществуването на феномена „работещи бедни“, а фактът, че подобна съдба споделят все повече хора в Съюза, е особено обезпокоителен.

Настоящата пандемия допълнително задълбочи социалните неравенства и за съжаление няма универсално решение. Нуждаем се от спешни мерки и цялостен подход. Основополагащо е бързото възстановяване на икономиката и укрепването на единния пазар. Малките и средните предприятия трябва да имат достъп до възможности за финансиране. Важно е да се гарантират ефективната защита на правата на служителите, безопасните условия на труд, преносимостта на социалните права, както и да се осигурят достатъчно възможности за учене през целия живот. Има нужда от повече инвестиции в нашите селски райони за подобряване на свързаността и за подобряване на услугите. Колеги, борбата с бедността може да бъде успешна, само когато се обединят усилията на европейските институции, държавите, бизнеса, социалните партньори и гражданското общество. Трябва да се работи активно на европейско, национално, регионално и местно ниво.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, l'Union européenne pense agir sur le réel quand elle produit des rapports. Rien n'est pourtant plus faux, à l'instar de ce texte sur la réduction des inégalités et des travailleurs pauvres. En effet, la majorité de cet hémicycle feint d'oublier que l'Union européenne, ce sont des réformes structurelles douloureuses imposées aux peuples, c'est une vision quasi religieuse de l'équilibre budgétaire et de l'austérité pour tous, c'est la destruction du code du travail et la flexibilité de l'emploi, c'est la suppression des acquis sociaux.

La gestion de la crise de 2008 a jeté des millions d'Européens dans la pauvreté à cause des remèdes catastrophiques que la troïka a mis en place sur notre continent. Aujourd'hui, vous faites mine d'avoir oublié le bain de sang social en présentant l'Union européenne comme un paradis social pour les travailleurs.

Pire, vous imaginez qu'elle est la solution, alors qu'elle est le problème. Vous utilisez une énergie folle à écrire vos rêves alors que vos politiques mondialistes sont notre cauchemar. Le dumping social, la concurrence déloyale, la destruction de nos services publics, la mondialisation sauvage, l'immigration massive expliquent la précarisation et l'appauvrissement général. Je refuse de penser en dehors de ces réalités.

Vous tentez de soigner la plaie que vous avez vous-mêmes ouverte. Il n'a pourtant jamais été aussi urgent d'opérer le malade avant que celui-ci ne rende son dernier souffle. Stop à cette hypocrisie. Laissez aux nations d'Europe la liberté d'agir souverainement pour leurs peuples.

Gwendoline Delbos-Corfield, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, en 2008, après la crise économique et financière mondiale, la pauvreté des travailleuses et travailleurs a augmenté dans l'Union européenne, où elle est passée de 8 % à 10 %. La pandémie de COVID-19, une décennie plus tard, aura des conséquences dramatiques.

Nous ne parlons pas ici des immenses difficultés rencontrées par les sans-emploi ou les personnes âgées aux retraites bien trop modestes, mais de toutes celles et de tous ceux qui ont un emploi, mais qui ne permet pas de subvenir à leurs besoins. Contrats atypiques et flexibles, contrats «zéro heure», faux travail indépendant, travail temporaire, travail à temps partiel non choisi… Comment l'Union européenne peut-elle encore accepter ces dispositifs scandaleux qui précarisent avec violence la vie de tous ces travailleurs et travailleuses pauvres?

Travailleuses pauvres: une expression contradictoire et si cynique. Mais comme toujours, les femmes sont effectivement les plus grandes victimes des inégalités dans le monde du travail. On le sait, les secteurs féminisés sont souvent faiblement rémunérés et peu valorisés. Et ce sont aussi les femmes à qui on impose le plus ces contrats du désespoir. Femmes seules avec enfants, femmes subissant des discriminations, femmes handicapées, femmes ayant un faible niveau d'éducation… Et avec la pauvreté des femmes vient nécessairement la pauvreté des enfants, car ce sont les femmes qui achètent les produits de base.

Elżbieta Rafalska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Ubóstwo w Unii Europejskiej pozostaje ciągle poważnym problemem społecznym, a walka z biedą jest ciągle aktualna. Cele zawarte w Europie 2020 nie zostały osiągnięte, a więc także ten cel, który mówił o zmniejszeniu o 25% liczby osób żyjących poniżej progu ubóstwa. Tu muszą się spotkać wysiłki Unii Europejskiej z działaniami państw członkowskich.

Takim dobrym przykładem skutecznego zwalczania biedy jest Polska. Ograniczenie nierówności, wykluczenia społecznego zbiegło się nie tylko z dobrą sytuacją na rynku pracy, wzrostem wynagrodzenia, niskim bezrobociem, ale także z licznymi inwestycjami społecznymi takimi jak: rodzina 500 plus, emerytury matczyne, waloryzacja najniższych świadczeń, wyprawka szkolna, również wzrost minimalnego wynagrodzenia, które w ciągu 8 lat wzrosło realnie o 50%. To pozwoliło na zmniejszenie ubóstwa o 1,2 mln osób. A więc można!

José Gusmão, *em nome do Grupo The Left*. – Senhor Presidente, obrigado à relatora pelo trabalho que realizou e aos relatores-sombra.

A União Europeia tem quase 10% de trabalhadores pobres, mas uma percentagem ainda maior de discursos hipócritas sobre a situação a que chegaram esses trabalhadores.

O mesmo centrão político e instituições europeias que lamentam a situação dos trabalhadores pobres promoveram ativamente a precarização das relações de trabalho que gerou e agravou esta situação.

A União Europeia regula quase tudo o que há para regular sobre os bens e serviços que circulam no seu mercado interno, mas não só não regula como promove a desregulação dos direitos dos trabalhadores que produzem esses bens e prestam estes serviços.

A União Europeia faz cumprir e impõe metas para o défice, mas despreza, ignora e falha as suas próprias metas no combate à pobreza. Um bom exemplo deste laxismo é a diretiva sobre o salário mínimo que, na realidade, não é diretiva coisa nenhuma, porque nem sequer impõe a existência de um salário mínimo em todos os Estados-Membros. É por aqui que temos que começar a levar os direitos do trabalho a sério se queremos levar o problema da pobreza no trabalho a sério.

Daniela Rondinelli (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in Europa nell'ultimo decennio i lavoratori poveri sono aumentati del 12 % e nel mio paese, l'Italia, del 28 % La mancanza di lavoro obbliga a milioni di persone ad accettare qualsiasi contratto o salario perché quel poco che hanno è l'unica alternativa per combattere l'indigenza e l'esclusione sociale.

Una digitalizzazione senza regole mette a rischio i diritti fondamentali del lavoro che sono stati conquistati nell'ultimo secolo. Questa risoluzione individua il perimetro di intervento su cui bisogna agire urgentemente, dal salario minimo al diritto alla disconnessione ai lavoratori delle piattaforme.

Noi del Movimento Cinque Stelle sosteniamo questa proposta, ma non accetteremo compromessi al ribasso, e ribadiamo la necessità di modificare a monte il Semestre europeo, mettendo lo sviluppo ambientale e sociale sullo stesso piano della governance macroeconomica. Solo così la Conferenza europea di Oporto di maggio potrà riaffermare appieno la dignità del lavoro, da cui discenderà il nuovo modello sociale europeo che lasceremo alle future generazioni.

Cindy Franssen (PPE). – Voorzitter, de doelstelling die we onszelf hadden opgelegd om tegen 2020 het aantal mensen met een armoederisico met 20 miljoen te verminderen, hebben we niet gehaald. Wel integendeel. Hoewel de IAO-voorzitter een paar jaar geleden nog zei dat werken de beste remedie was om armoede te bestrijden, geldt dat de dag van vandaag niet meer voor iedereen. Het aantal werkende armen stijgt en zal blijven stijgen door de coronacrisis en de groei van het aantal precaire jobs waar werknemers nauwelijks een adequate bescherming hebben – denk maar aan de platformwerknemers.

In tegenstelling tot de vorige crisis kunnen we deze gezondheidscrisis wél aangrijpen om in te zetten op kwaliteitsvolle jobs met waardige arbeidsomstandigheden. Onze werknemers verdienen een eerlijk inkomen en hebben recht op een werkomgeving waar de bescherming van hun gezondheid en veiligheid gegarandeerd is. Daarvoor hebben we nood aan een sterke betrokkenheid van de sociale partners.

Het aangekondigde actieplan voor de volledige implementatie van de sociale pijler zal dan ook niets te vroeg komen om de stijgende armoede en ongelijkheid op de werkvloer te bestrijden. Beginsel 6 is hier kristalhelder over. We kijken reikhalzend uit, meneer de commissaris, naar het Europees kader voor minimumlonen. Want zoals Commissievoorzitter Von der Leyen heeft gezegd: een minimumloon werkt en het is tijd dat werken loont.

Agnes Jongerius (S&D). – Voorzitter, dag in dag uit staan er mensen voor ons klaar, zodat de samenleving kan doordraaien. De kraamverzorgers, de vakkenvullers in de supermarkt, de heftruckchauffeurs in de distributiecentra: zij hebben niet de keuze om thuis te werken. Ze lopen voor ons een risico, maar hun harde werk wordt nauwelijks gewaardeerd. Dat er armoede heerst onder mensen die hard werken in Nederland, in Europa, is eigenlijk niet te verkroppen. De ongelijkheid groeit binnen en tussen landen. Dat moeten we en dat kunnen we keren.

Het is ons plan om van minimumlonen eerlijke lonen te maken, om mensen zekerheid over hun inkomen en hun werkrooster te geven door nulurencontracten af te schaffen, en om platformwerkers zoals de maaltijdbezorgers gelijke rechten te geven. Op de sociale top in Porto kunnen we hierover bindende afspraken maken.

Sylvie Brunet (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, lutter contre le phénomène croissant de la pauvreté des travailleurs est une absolue nécessité pour nous tous.

En effet, la part des travailleurs européens exposés au risque de pauvreté était de 9,4 % en 2018, soit plus d'un point par rapport à il y a dix ans. C'est une réalité inacceptable qui risque encore de s'amplifier du fait de la COVID-19.

Je suis résolument en faveur de l'instauration d'un salaire minimum dans chaque pays de l'Union européenne. Un véritable bouclier social doit être rapidement mis en place afin que chaque travailleur puisse en bénéficier, ce qui lui assurerait un niveau de vie décent. En parallèle, il est impératif que soient renforcées la cohésion et la convergence sociales vers le haut.

Je souhaite aussi insister sur la situation de fragilité économique des femmes ou de certains travailleurs atypiques dont les fonctions sont pourtant essentielles au maintien ou à la relance de l'activité.

Enfin, il est clair que de telles mesures doivent s'inscrire dans un cadre global de lutte contre la pauvreté. C'est absolument indispensable pour réduire les inégalités dans nos sociétés.

Guido Reil (ID). – Herr Präsident! Arbeit. Arbeit ist das beste Mittel gegen Armut. Dieser Grundsatz gilt leider in der Europäischen Union nicht mehr.

Und nun beraten wir heute über einen Bericht von Frau Demirel zur Erwerbstätigenarmut, in dem viel Richtiges steht. Nur, was mich wundert: Auf die Situation in Deutschland wird in diesem Bericht mit keinem einzigen Wort eingegangen, denn wir sind in Deutschland hier wieder einmal Spitze. Das reiche Deutschland: Wir sind nicht nur der Zahlmeister der Europäischen Union, wir sind hier wieder mal Spitze. Wir haben nicht nur die höchsten Lohnnebenkosten und die höchsten Energiepreise, nein, wir haben auch den größten Niedriglohnsektor der ganzen Europäischen Union. Acht Millionen Menschen arbeiten in Deutschland im Niedriglohnsektor. Das heißt, sie verdienen weniger als 10,80 EUR – 8 Millionen Menschen.

Wie konnte es dazu kommen? Die Büchse der Pandora haben Sozialdemokraten geöffnet. Sozialdemokraten haben die Arbeiterschaft wieder einmal verraten mit der Agenda 2010. Und wie geht es weiter? Was tut z. B. Frau Demirel mit den Linken? Die Politik der offenen Grenzen – die Politik der offenen Grenzen führt zu Lohndumping und zu moderner Sklaverei, zu nichts anderem, das führt zu Armut.

Dann haben wir noch die Politik der Grünen, die aus ideologischen Gründen unserer Industrie endgültig den Garaus machen wollen, die die Industrialisierung immer weiter vorantreiben und damit die letzten gut bezahlten Arbeitsplätze in Deutschland auch noch kaputt machen. Diese Politik – diese Politik führt zu Armut. Und das müssen wir verhindern. Die Europäische Union ist das Problem. Sie ist nicht die Lösung.

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η συζήτηση για μέτρα κατά των ανισοτήτων στην πραγματικότητα στοχεύει στο να προσαρμόσει τα εργατικά δικαιώματα στις απαιτήσεις των μονοπωλίων της λεγόμενης πράσινης ψηφιακής οικονομίας τη στιγμή που η νέα καπιταλιστική κρίση, τα μέτρα που πήραν οι αστικές κυβερνήσεις —και επιχειρούν να μονιμοποιήσουν— με πρόσχημα την πανδημία έχουν φέρει τους εργαζόμενους σε πολύ δεινή θέση. Στην Ελλάδα, η πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της κυβέρνησης της Νέας Δημοκρατίας μείωσε το εργατικό εισόδημα περαιτέρω κατά 12 %, ενώ προετοιμάζεται νέα επίθεση για δεκάωρη δουλειά, κατάργηση υπολογισμού υπερωριών, ποινικοποίηση συνδικαλιστικής δράσης και απεργίας, με βάση δηλαδή τις ορέξεις της εργοδοσίας και υπό τον φόβο της ανεργίας. Η έκθεση παρουσιάζει σαν εγγύηση τον ευρωπαϊκό πυλώνα κοινωνικών δικαιωμάτων —έναν αντεργατικό μηχανισμό που συμπιέζει τα λαϊκά δικαιώματα στα ελάχιστα εδραιώνοντας την εμπορευματοποίηση της υγείας, της ασφάλισης και της παιδείας. Το ξήλωμα, επομένως, των εργατικών λαϊκών δικαιωμάτων αποτελεί αναγκαία προϋπόθεση για την υλοποίηση της στρατηγικής που θα φέρει στους επιχειρηματίες «ζεστό» χρήμα. Οι εργαζόμενοι έχουν επιλογή: να παλέψουν οργανωμένα για τις σύγχρονες ανάγκες και τα δικαιώματά τους για να μην πληρώσουν και πάλι αυτοί την καπιταλιστική κρίση, ενάντια στην εκμετάλλευση και το σύστημα που τη γεννά.

Ádám Kósa (PPE). – Tisztelt Elnök úr! Magyarország a munkát választotta a segélyek helyett. Ha munka van, minden van. Legfőképpen esély arra, hogy csökkentsük a szegénységet. Hazánkban a kormány kézzelfogható eszközökkel csökkentette a szegénységet: adócsökkentéssel, a családok és gyermekek támogatásával, felelős költségvetési politikával. Az OECD adatai szerint 2010 és 2018 között folyamatosan csökkent a legszegényebbek és a leggazdagabbak közötti különbség, és jelenleg az OECD országos átlagánál is kevesebb. Kisebb, mint Németországban például. A jelentés fesztelen ígéretek halmazát tartalmazza. Csak adóemelésekkel lehet fedezni ezeket. A magyarországi baloldal nyíltan az adóemelés mellett van az ingatlanadó, a vagyonadó bevezetésével. A tervei között szerepel a személyi jövedelemadó megemelése is, és a társasági adó átszabása és emelése.

Lássuk, mit kell tenni. A minimálbéreken és a nyugdíjminimum felett már minimumjövedelmet is kívánnak létrehozni. Közvetlen hozzáférést akarnak adni a civil szervezeteknek EU-s források igénybevételéhez. A szociális dömpingre vonatkozó hivatkozással a kelet-európai állampolgárokat hátráltatnák. Megpróbáltuk javítani a szöveget a Fidesszel és a Néppárttal együtt. Reméljük, hogy valóban ezt a célt fogja szolgálni. Mindig csökkentenünk kell a leggazdagabbak és a legszegényebbek közötti különbséget.

Estrella Durá Ferrandis (S&D). – Señor presidente, señor comisario, señorías, debemos decidir qué modelo de sociedad queremos: ¿el que privilegia la eficiencia y la competitividad por encima de la justicia social o el que pone primero a las personas?

Lo que nos ha hecho avanzar hacia el estado de bienestar no es la explotación de los trabajadores y trabajadoras ni la privatización de los servicios públicos. Nuestra Unión Europea es el ejemplo superlativo de economía social de mercado, donde se consigue competitividad al tiempo que se mejoran las condiciones de vida de la ciudadanía. Y esto se hace con modelos que apuestan por intervención e inversión pública, protección de derechos laborales, salarios decentes, negociación colectiva, política fiscal progresiva y lucha contra el fraude fiscal.

La Unión Europea es el crisol de los derechos fundamentales. Habrá quien dirá: «Sí, pero también son lastres para la competitividad económica». Yo les replico: «¿Es posible vivir una vida sin dignidad, sin justicia social?». Elijamos, pues, el modelo correcto porque, si no, cuando las desigualdades y la pobreza sigan creciendo, será la política la que se habrá vuelto ineficiente.

Nicolas Schmit, *membre de la Commission*. – *Herr Präsident*, Mesdames, Messieurs, la crise du COVID-19, la pandémie, c'est probablement une catastrophe naturelle. La pauvreté, le fait que des enfants soient condamnés à l'exclusion, ce n'est pas une catastrophe naturelle. C'est le résultat de dysfonctionnements profonds dans notre société. Si c'est le résultat de dysfonctionnements profonds dans notre société, nous avons la clé – faire amende honorable et changer cela.

Je suis d'accord: nous avons besoin de croissance économique, de croissance durable, respectueuse de la nature, respectueuse des équilibres écologiques. Respectueuse, aussi, du travail des femmes et des hommes. Nous avons besoin d'innovation, et c'est pour cela que nous avons débattu de l'investissement dans le capital humain, dans l'éducation. Nous avons besoin d'entrepreneurs qui créent de la richesse, qui créent des entreprises.

Mais ce dont nous avons aussi besoin, et je reviens à la formule de M^me^ Lagarde, c'est que tout le monde y trouve sa part, que tout le monde ait le sentiment que son travail est honoré, qu'il travaille dans la dignité. C'est finalement ce but-là que nous devons poursuivre, parce que ce qui est en jeu, c'est la cohésion de nos sociétés, c'est l'avenir de nos jeunes, de nos enfants. Mais c'est aussi l'avenir de l'Europe. Parce qu'on entend, même ici, des sirènes qui nous disent que tout cela, bien sûr, est la faute de l'Europe.

C'est pour cela que le sommet de Porto, la mise en œuvre d'un plan d'action ambitieux sur le social, est si important. Oui, un salaire minimum adéquat est capital. C'est capital pour tous ceux qui travaillent et qui ne peuvent pas vivre de leur travail dans la dignité.

Je fais appel à la conscience de tous ceux qui ont des doutes, qui ont des réserves juridiques ou autres au sujet de ce *cap* pour les salaires minimum. Pensez un moment à ces millions de travailleurs qui travaillent parfois plus de 40 heures par semaine et qui ne peuvent pas offrir à leur famille une vie digne.

Je crois que faire un progrès grâce à un salaire minimum adéquat, approprié, qui améliore leurs conditions de vie, qui améliore aussi leurs conditions de travail, c'est la moindre chose que l'Europe peut leur offrir.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 9. Februar 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Sandra Pereira (The Left), *por escrito*. – Estamos aqui a debater a pobreza de quem trabalha num preocupante quadro social marcado pela existência de milhões de trabalhadores e suas famílias em risco de pobreza. Este quadro foi agudizado pelos efeitos do combate ao surto de COVID-19, mas já antes era altamente preocupante e carecia de resposta.

Relembramos que, em 2017, três anos antes da COVID-19, 20,5 milhões de trabalhadores e agregados familiares viviam em risco de pobreza, na UE28, trabalhadores cujo salário não era suficiente para os tirar da situação de pobreza! A UE e as suas políticas neoliberais têm responsabilidades no agravamento da pobreza e da exclusão social e convém não esquecer isso.

Na atual conjuntura, em que milhares de trabalhadores perderam o emprego, outros tantos milhares estão em *layoff*, milhares de trabalhadores independentes e micro e pequenos empresários se viram forçados a cessar a sua atividade, estima-se que a pobreza de quem trabalha tenha ganhado dimensões deveras preocupantes. É urgente responder a este flagelo. Para isso é essencial valorizar salários e pensões, erradicar a precariedade, promover o emprego com direitos, combater a desregulação dos horários e melhorar as condições de acesso à proteção no desemprego. Ao mesmo tempo, urge investir nas funções sociais do Estado, na segurança social, na saúde e na educação.

Stefania Zambelli (ID), *per iscritto*. – La pandemia da COVID-19 ha esacerbato le disuguaglianze sociali ed economiche, con il rischio di un peggioramento nel prossimo futuro. È necessario mettere in atto politiche volte a mitigare questi effetti. Tuttavian la risposta non può e non deve essere, nuove legislazioni a livello europeo, in merito a pensioni, salari e reddito minimo. Voglio ricordare, infatti, che queste sono e rimangano competenze esclusive degli Stati membri. Spetta ad essi, infatti, il compito di decidere, o meno, circa l'introduzione di un salario minimo nazionale, tramite un confronto corale con tutti i partner sociali interessati. Inoltre, ritengo impensabile, poter risollevarsi dalla crisi, con una sovraregolamentazione e sussidi: essi non rappresentano una soluzione, ma un nuovo peso su imprese e lavoratori. È necessario mettere le persone in condizione di poter lavorare e di creare lavoro, dal momento che è un'occupazione dignitosa, l'unico strumento utile per non cadere in una condizione di povertà. Infine è necessario sottolineare come l'immigrazione clandestina, stia avendo un impatto estremamente negativo sul mondo del lavoro, con effetti sul livello dei salari e

sulla natura precaria di molti lavori.

20. Die Auswirkungen von COVID-19 auf junge Menschen und Sport (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die Auswirkungen von COVID-19 auf junge Menschen und Sport von Sabine Verheyen im Namen des Ausschusses für Kultur und Bildung (O-000074/2020 – B9-0005/21) (2020/2864(RSP)).

Sabine Verheyen, *Verfasserin*. – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin! Die Krise aufgrund der Covid-19-Pandemie wirkt sich auf viele Aspekte unseres Lebens aus. Aber besonders die junge Generation und der Sportsektor gehören zu den am stärksten betroffenen Bereichen.

Die anhaltende Pandemie trifft junge Menschen unverhältnismäßig stark. Besonders junge Menschen werden die schwerwiegenden negativen Folgen der Krise in Zukunft spüren, da sie vor der Herausforderung stehen, trotz Lockdown ihre Ausbildung erfolgreich fortzusetzen, den Übergang in den Arbeitsmarkt zu bewältigen und ihr soziales und wirtschaftliches Leben aufrechtzuerhalten.

Im Sport hat die monatelange Absage aller Veranstaltungen und die Wiedereröffnung der Stadien unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu enormen finanziellen Spannungen bei den Verbänden und den Sportveranstaltern geführt. Und noch dramatischer: Der Breitensport wurde fast ein Jahr nahezu komplett zum Erliegen gebracht. Ein unwiderruflicher Verlust für kleinere Vereine und die soziale, gesellschaftliche und gesundheitliche Funktion des Sports.

In Anbetracht der verheerenden Auswirkungen der Pandemie auf den Jugendbereich sowie auf den Sport und davon abhängige Sektoren und Industrien ist dieser Entschließungsantrag ein wichtiges Signal und muss so schnell wie möglich durch das Parlament angenommen werden und die Maßnahmen durch die Kommission in Gang gesetzt werden.

Was die Jugend betrifft, so bewertet dieser Entschließungsantrag die vielfältigen Schäden, die die derzeitige Pandemie für die Jugend Europas in Bezug auf den Zugang zu Bildung, Jugendaktivitäten und die Teilnahme junger Menschen am sozialen und wirtschaftlichen Leben verursacht. Die Entschließung schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, um den katastrophalen Auswirkungen der Pandemie auf den Jugend- und Sportsektor zu begegnen. Insbesondere wird eine stärkere finanzielle Unterstützung für die am stärksten Gefährdeten und eine größere Flexibilität bei der Förderung der informellen Bildungssysteme in der gesamten EU gefordert. Alle Formen der Bildung, der beruflichen Ausbildung, der formellen und informellen Bildung brauchen unser besonderes Augenmerk.

Wir fordern die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, alle verfügbaren EU-Programme und Finanzmittel zu mobilisieren, um den digitalen Wandel und die Modernisierung auch der informellen Bildungssysteme zu bewältigen, aber auch, um junge Menschen bei ihrer sozialen und beruflichen Integration in diesen schwierigen Zeiten zu begleiten.

Als eine unserer Prioritäten betonen wir die entscheidende Bedeutung des formalen und nicht formalen Lernens, der Kunst und Kultur, des Sports, der freiwilligen Arbeit und der sozialen Aktivitäten für die Förderung der Jugendbeteiligung und des sozialen Zusammenhalts als Instrumente, die einen enormen Einfluss auf lokale Gemeinschaften haben und zur Bewältigung vieler gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen können. Die Jugendorganisationen spielen hier eine entscheidende Rolle. Gerade unter Corona-Bedingungen brauchen sie besondere Unterstützung, um unter den Einschränkungen ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Wir sollten in den Konjunkturprogrammen einen stärkeren Fokus auf junge Menschen legen, um einen Beitrag zur europäischen digitalen Strategie und zur Verwirklichung eines digitalen Binnenmarkts zu leisten, aber vor allem auch, um junge Menschen an diesen Prozessen besser partizipieren zu lassen.

Wir drängen daher darauf, die Investitionen in digitale Strukturen und die Kompetenzentwicklung zum Erlangen praktischer Fähigkeiten, Kompetenzen und Qualifikationen zu erhöhen und das Gesamtniveau der digitalen Fähigkeiten und Kompetenzen im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans für digitale Bildung zu verbessern. Und das nicht nur im formellen, sondern vor allem auch im informellen Bildungsbereich.

Der zweite Teil der Entschließung befasst sich mit den verheerenden Folgen, die die Pandemie nach wie vor sowohl für den Profi- als vor allem auch für den Breitensport hat.

Wir müssen uns darauf konzentrieren, den Schaden für den Sportsektor zu mindern, nicht nur in Bezug auf Wirtschaft und Beschäftigung, sondern auch auf die Gesellschaft als Ganzes. Wir müssen uns die zahlreichen Vorteile des Sports für die Gesellschaft in Bezug auf die öffentliche Gesundheit, die soziale Eingliederung, die Integration und den Zusammenhalt bewusst machen. Und um eine dauerhafte Schädigung des Sektors zu vermeiden, ist eine erhebliche Unterstützung erforderlich. Die Kommission und die Mitgliedstaaten müssen die verfügbaren EU-Programme nutzen und darüber hinaus den vollen Zugang des Sports zur Aufbau- und Resilienzfazilität, zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zu den Fonds der Kohäsionspolitik und auch zum Europäischen Sozialfonds Plus und zu EU4Health sicherstellen. Außerdem brauchen wir eine gründliche Bewertung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Sport- und Jugendbereich und einen europäischen Ansatz zur Bewältigung der mittel- und langfristigen Herausforderungen. Dies muss einen strukturierten und systematischen Austausch bewährter Praktiken zwischen den Mitgliedstaaten sowie einen verstärkten Dialog und eine Zusammenarbeit mit den Betroffenen beinhalten.

Wir fordern die Kommission auf, alle Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Covid-19-Pandemie für den Sport in einem eigenen EU-Aktionsplan zu koordinieren. Die allgemeinen Wiederaufbauinstrumente, die von der EU als Reaktion auf die Krise angenommen wurden, müssen dazu beitragen, auch den Sportsektor kurzfristig zu unterstützen und für unsere junge Generation mehr zu tun.

Mariya Gabriel, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, merci à la rapporteure et présidente de la commission CULT, Sabine Verheyen, ainsi qu'à vous tous pour cette importante résolution qui envoie un signal très fort, un signal de soutien pour notre jeunesse et pour le sport.

Tout d'abord, en ce qui concerne la jeunesse, partons d'un constat: les jeunes sont les plus frappés par la crise que nous vivons. Cependant, même durement touchés par cette crise, les jeunes ont réussi aussi à faire preuve d'une grande résilience et ont présenté des initiatives de solidarité d'une ampleur impressionnante.

Face à ce constat, que faire? Que faire pour éviter une génération *lockdown*? Au cours des derniers mois, nous avons ajusté nos instruments Erasmus+ et le corps européen de solidarité pour répondre à ces perturbations, en offrant des solutions alternatives, notamment numériques, à leurs activités.

Premièrement, le dialogue permanent avec la jeunesse et nos agences nationales. Fin avril, nous avons lancé une enquête sur la manière dont l'épidémie a affecté le cours normal des activités de mobilité Erasmus+ ou du corps européen de solidarité. Les résultats de l'enquête indiquent que dans l'enseignement supérieur, la grande majorité des étudiants ont réussi à poursuivre leur mobilité. Certes, parmi ceux-ci, la majorité a poursuivi sa mobilité avec des activités d'apprentissage virtuel et en ligne, que ce soit dans leur pays d'origine ou d'accueil. 75 % des participants sont rentrés chez eux, tandis qu'environ 25 % sont restés à l'étranger.

Pour continuer ce travail, nous avons l'intention de présenter un rapport européen sur la jeunesse au cours du troisième trimestre de cette année, en accordant une attention particulière à l'impact de la pandémie. Celui-ci alimentera la préparation des futures priorités politiques dans le cadre du plan de travail de l'Union pour la jeunesse 2022-2024.

Deuxièmement, sur le front de l'emploi, en juillet, nous avons renforcé notre soutien à l'emploi des jeunes avec l'initiative YES *(Youth Employment Support)*. En octobre, le Conseil a adopté notre proposition pour une garantie jeunesse renforcée et plus inclusive, avec un âge limite passé de 25 à 30 ans.

Troisièmement, sur le front de l'éducation, nous avons mis l'accent, à travers le plan d'action d'éducation numérique, sur la nécessité aussi de développer des compétences numériques. Et aussi, Madame Verheyen, que ce ne soit pas seulement la formation formelle, mais aussi informelle. C'est pour cela que je cite en exemple l'initiative de stages sur les opportunités numériques qui, au cours de cette année, va se voir élargie et étendue pour inclure des stages pour les apprenants et les apprentis du secteur de la formation et de l'éducation professionnelle.

Enfin, nous devons aussi utiliser les possibilités offertes par l'Institut européen d'innovation et de technologie, qui prévoit de former d'ici la fin de l'année plus de 12 000 jeunes filles aux compétences numériques et entrepreneuriales afin d'accroître leur employabilité, notamment dans les secteurs digitaux.

Évidemment, il y a aussi la mobilité mixte *(blended mobility)*. Cette mobilité mixte, elle sera et fera partie de la solution, mais que ce soit très clair: l'idée n'est pas de remplacer la mobilité physique, qui restera une expérience unique et irremplaçable. Mais les participants peuvent commencer par une mobilité virtuelle pour la poursuivre ensuite par une mobilité physique.

Maintenant, pour ce qui est des nouveaux programmes Erasmus+ et du corps européen de solidarité, grâce aussi à vos efforts et à l'enveloppe budgétaire conséquente, il y aura plus de possibilités pour nos jeunes. Nous devons les inclure davantage dans des initiatives telles que la Conférence sur l'avenir de l'Europe ou encore la nouvelle initiative sur le Bauhaus.

Je voudrais faire également un point sur le sport: la crise du COVID-19 a mis en lumière encore une fois combien le sport est essentiel comme source d'activité économique et d'emploi, mais aussi pour notre bien-être physique et mental. Si les grands clubs disposent probablement d'une certaine marge pour absorber les pertes de revenus temporaires, l'existence même de nombreuses ligues amateurs ou de sports moins populaires est menacée. Cela met donc en risque notre modèle européen du sport.

Dès le début, nous nous sommes engagés à soutenir les États par un ensemble de mesures économiques sans précédent pour soutenir à la fois le sport de masse et l'économie du sport, notamment à travers les trois initiatives horizontales que sont l'initiative d'investissement dans la lutte contre le coronavirus, l'instrument SURE, mais aussi la flexibilité accordée dans l'application des règles d'aides d'État. Et, bien sûr, la flexibilité du chapitre Erasmus+ sport. Grâce à vos efforts, le chapitre «sport» du programme Erasmus+, qui reste notre source de soutien spécifique au sport, bénéficiera d'une augmentation significative. N'oublions pas aussi que les fonds régionaux ont leur rôle à jouer. À ce titre, laissez-moi citer l'initiative SHARE, qui sensibilise aux possibilités de financement pour soutenir le sport et l'activité physique dans le contexte de développement local et régional.

Dans ce contexte, le plan d'action conjoint avec le Comité des régions prend tout son sens, car il vise à maximiser l'impact de nos politiques sur le territoire. Et afin d'y voir plus clair, nous avons réalisé une étude sur l'impact économique de la crise de COVID-19 sur le secteur du sport. Les résultats ont été publiés en novembre et ses conclusions ne laissent aucun doute sur le fait que le secteur du sport a été gravement touché par cette crise.

Toutefois, comme je l'ai dit au début, le sport a démontré une fois encore qu'il était essentiel à notre vie. Et malgré toutes les difficultés, notre sixième édition de la Semaine européenne du sport a réussi à toucher plus de 15 millions de citoyens européens à travers plus de 32 000 événements.

Dans le cadre du plan de travail de l'Union européenne pour le sport 2021-2024, adopté en décembre, nous avons l'intention de créer un groupe d'experts pour soutenir la reprise et la résilience du secteur.

La semaine prochaine, j'organise également la première réunion du groupe de haut niveau sur l'égalité des genres dans le sport. Enfin, je m'engage à assurer un suivi de l'appel de Tartu pour un mode de vie sain lancé en 2017. Cette nouvelle initiative, intitulée *Healthy Lifestyle For All*, aura au cœur la coopération intersectorielle. Aujourd'hui plus que jamais, on doit aussi lier le sport avec la santé, l'environnement, l'innovation, la jeunesse, les compétences. Et c'est aussi ce qui est au cœur de nos actions. Je me réjouis de poursuivre le dialogue avec vous sur ce sujet.

Michaela Šojdrová, *za skupinu PPE*. – Pane předsedající, všichni si uvědomujeme, jak těžký dopad, destruktivní dopad mají zavřené školy, zavřená sportoviště, stadiony, umělecké školy, zkrátka všechny volnočasové aktivity, na které mladí lidé jsou zvyklí a které nyní je nemohou využívat. Jaký dopad to má na jejich tělesné i psychické zdraví? Vážné jsou také ekonomické dopady na rodiny s dětmi a na rušení pracovních míst. Přesto mladí lidé zůstávají aktivní a víme dokonce, že 30 % mladých lidí se zapojilo do dobrovolnických aktivit v boji proti dopadům pandemie COVID-19. Proto se jeví velmi důležité podpořit mladé lidi v tom, co je dokáže podržet v krizích a buduje jejich odolnost. K tomu bude také sloužit Evropský sbor solidarity, který bude moci v příštích sedmi letech využít až 350 tisíc mladých lidí. A možná právě jim tato iniciativa pomůže překlenout toto tíživé období a bude startem pro jejich další studium nebo profesní život. Samozřejmě, že hlavní břemeno tíže leží na členských státech, a proto také jim má pomoci nástroj na podporu oživení a odolnosti, o kterém dnes a zítra budeme hlasovat.

Připomínám, že to je právě Evropský parlament, který jasně vymezuje financování tak, aby jednou ze šesti základních sfér byla i politika pro příští generaci, děti a mládež, včetně jejich dovedností. To znamená, že členské státy by měly jednoznačně uchopit tuto krizi jako příležitost. Příležitost investovat do zlepšení podmínek pro vše, co mladí lidé dnes ztrácejí. To znamená, především kvalitní vzdělání, ale také příležitost pro sportování a volnočasové aktivity, a především také pracovní příležitosti. Já bych chtěla v této chvíli poděkovat paní komisařce a také všem kolegům, kteří myslí na mladé lidi. My tady ukazujeme, jaké problémy mají, ale také navrhujeme konkrétní řešení.

Petra Kammerevert, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Kinder und Jugendliche sind mit die Hauptleidtragenden der Pandemie. Nicht nur, dass sie nicht zur Schule oder in die Kita können, auch offene Kinder- und Jugendarbeit findet nicht statt, Sportvereine sind geschlossen.

Die Kinder- und Jugendarbeit sowie der organisierte Breitensport sind in der gesamten EU schon lange durch prekäre Personalausstattung, Fachkräftemangel und unangemessen niedrige Entlohnung gekennzeichnet. Die Pandemie schlug in deren fragilen Strukturen entsprechend hart zu und droht, sie dauerhaft zu zerstören. Das ist eine Katastrophe, mit der wir noch lange zu kämpfen haben werden, wenn wir hier nicht schnell gegensteuern.

Wir müssen garantieren, dass Kindern und Jugendlichen in Zeiten drohender Isolation ein außerfamiliäres Netzwerk zur Verfügung steht, um Kontakt- und Bewegungsmangel, Aggression oder Depression, Verlust der Tagesstruktur oder fehlenden emotionalen Korrektiven durch andere Menschen entgegenzuwirken. Ohne dieses Netz bleibt z. B. häusliche Gewalt viel zu oft unerkannt.

Hier versagt sozialer Schutz, den alle EU-Staaten – auch in schwierigen Situationen – jungen Menschen bieten müssen. Die morgige Abstimmung will einen Beitrag dazu leisten, Kinder und Jugendliche wieder ins Zentrum unserer politischen Debatte zu rücken.

Laurence Farreng, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, ils et elles méritent toute notre attention et surtout des actes.

Eux, ce sont nos jeunes, tous les jeunes d'Europe. Non seulement ils vivent la pandémie, qui touche leurs familles souvent gravement, mais ils vivent aussi l'isolement à l'âge des rencontres, de l'insouciance, de la joie de vivre, à l'âge où, normalement, on commence sa vie sociale.

Ils vivent aussi la difficulté de suivre leurs études normalement et, surtout, de trouver un emploi. Le chômage des jeunes a explosé pendant cette période de confinement et nous devons les aider. Chacun de nos 27 États doit s'engager à consacrer des moyens pour les jeunes.

Nous demandons des mesures pour l'éducation à hauteur de 10 % des plans de relance nationaux, des mesures pour faciliter l'accès des jeunes à des emplois durables et justement rémunérés. Nous demandons aussi aux États de lutter contre les discriminations qui touchent les plus vulnérables, les jeunes LGBT et les jeunes femmes, et une aide attentive aux jeunes migrants, encore plus injustement touchés par cette crise.

Enfin, j'ajoute mon souhait de voir les jeunes accéder le plus vite possible à la vaccination, pour qu'ils puissent enfin, au plus vite et sans inquiétude, construire leur avenir.

Alessandra Basso, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, la pandemia di COVID e le misure messe in atto dai governi, a cominciare dai lunghi *lockdown* e dalle restrizioni delle libertà personali, stanno avendo effetti devastanti sulla salute fisica e non solo.

Tra i più colpiti i giovani. Togliere loro lo sport significa anche privarli di buona parte delle loro relazioni sociali con danni di carattere psicologico. Secondo alcune ricerche, il 31 % dei ragazzi manifesta disturbi da stress post traumatico grave e il 40 % soffre di depressione, per non parlare degli episodi di violenza e aggressività fra i giovani.

La noia e l'impossibilità di sfogare trova le energie giovanili hanno portato all'incremento delle baby gang. Questi dati sono allarmanti e non possono lasciarci indifferenti. Sulle spalle dei giovani poggia il nostro futuro. Sono stati privati della scuola, lasciandoli dietro ad uno schermo, ed è stato tolto loro anche lo sport.

Invece di prepararli e allenarli al domani, stiamo costruendo una bomba sociale pericolosa che esploderà quando i nostri figli dovranno entrare nel mondo del lavoro e si troveranno minati da una forte fragilità psicologica. Dobbiamo trovare una soluzione che sia in grado di combinare cure, sicurezza e vita sociale.

È urgentissimo dare delle risposte e permettere alle nuove generazioni di tornare a vivere. I latini dicevano *mens sana in corpore sano*. Ho l'impressione che stiamo rischiando di mancare entrambi gli obiettivi.

Diana Riba i Giner, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, señora Gabriel, la COVID-19 ha disparado los índices de paro juvenil en Europa. Según Eurostat, España supera el 40 % de paro juvenil, Italia roza el 30 % y Francia y Portugal están por encima del 20 %.

El fenómeno del paro juvenil, además, va más allá de los menores de 25 años que recogen las estadísticas. Este alto índice de paro juvenil, sumado a la temporalidad y las malas condiciones laborales, ha provocado una precariedad estructural en la juventud, que también afecta a su salud física y mental. Sin capacidad de emancipación, los jóvenes de Europa han visto truncados todos sus proyectos vitales.

Por eso, comisaria Gabriel, la Comisión y los Estados deben impulsar con urgencia un salario mínimo garantizado que no discrimine según edad, poner fin también a los falsos autónomos, especialmente en el caso de los *riders*, asegurar que las prácticas siempre sean remuneradas y evitar que se conviertan en un bucle sin fin.

Elżbieta Rafalska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Pandemia wpłynęła na wszystkie obszary życia społeczno-gospodarczego, wywarła również negatywny wpływ na sport, w tym sport wyczynowy. Ale w szczególnie trudnej sytuacji znajdują się dzieci i młodzież w wieku szkolnym. To wszystko może znacząco wpłynąć na sprawność fizyczną, wydolność fizjologiczną i zdrowie dzieci i młodzieży.

Niezależnie od pandemii w wyniku zmian cywilizacyjnych znacząco obniżył się poziom cech motorycznych takich jak siła, sprawność, wytrzymałość czy koordynacja ruchowa. Uważam, że powinniśmy przeprowadzić przekrojowe badania poziomu cech motorycznych z zastosowaniem europejskich testów sprawności fizycznej, żeby uzyskać porównywalne dane.

W sporcie – mówimy – gramy tak, jak nam przeciwnik pozwala, a więc musimy tego przeciwnika, czyli pandemię wyprzedzić. Musimy zastosować nowe rozwiązania, nowe formy aktywności, żeby przyszłe pokolenie było zdrowe i aktywne.

Niyazi Kizilyürek, *on behalf of The Left Group*. – Mr President, it is well known that both youth and the sports sector have been badly hit by the COVID pandemic, and we must show immediate support in practice. It is unacceptable that there are still young people that are deprived of their right to education because of a lack of technical infrastructure. It is also a sad situation that unemployment and low-paid jobs in the labour market are much higher among youngsters. It should be a matter of priority to stop these negative trends, which are having serious psychological effects on our young people. We need to provide young people with high-quality education, but also secure jobs with all labour rights and safeguards. In addition, I would like to underline that sport is one of the most important sectors that promote social inclusion, health and well-being. The EU must show solidarity also with grassroots sports and amateur clubs.

Tomasz Frankowski (PPE). – Szanowni Państwo! Rezolucja przygotowana przez naszą Komisję Edukacji i Kultury to bardzo ważny sygnał dla wsparcia dla młodzieży oraz dla sektora sportu ze strony Parlamentu Europejskiego. Pandemia wywarła ogromny wpływ na młodych ludzi, ich przyszłość, edukację, możliwości zatrudnienia czy ich samopoczucie. Ma również niszczycielski wpływ na sektor sportu, nie tylko zawodowy, ale również amatorski, gdyż małe kluby sportowe w znacznym stopniu przyczyniają się do rozwoju młodych talentów i w większości działają na zasadzie wolontariatu.

Sektor sportowy stanowi ponad 2% europejskiego PKB, dając prawie 6 mln miejsc pracy w Europie. Tym bardziej teraz musimy zachować i promować europejski model sportu, ponieważ solidarność, sprawiedliwość i podejście oparte na wartościach są ważniejsze niż kiedykolwiek wcześniej dla ożywienia sportu i przetrwania sportu na szczeblu lokalnym. Dlatego też wzywamy państwa członkowskie do wspierania sportu z funduszy krajowych, funduszy strukturalnych oraz planów odbudowy i odporności, a także z unijnego programu zdrowotnego.

Zwracamy się również do Komisji Europejskiej o opracowanie konkretnych środków w perspektywie krótko i długoterminowej mających na celu pomoc sektorowi w ramach nowego planu prac Unii Europejskiej w dziedzinie sportu na lata 2021-2024 oraz w ramach nowej edycji programu Erasmus+. Kluczowy jest równie skoordynowany dialog państw członkowskich, Komisji Europejskiej oraz europejskich i międzynarodowych federacji sportowych w celu omówienia możliwości ponownego otwarcia obiektów sportowych i bezpiecznego kontynuowania wydarzeń sportowych. Te konkretne rozwiązania i wsparcie mają zasadnicze znaczenie nie tylko dla zdrowia i dobrego samopoczucia naszych młodych obywateli, ale również *(Przewodniczący odebrał mówcy głos)*.

Victor Negrescu (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisară, Uniunea Europeană trebuie să acționeze pentru a face față provocărilor generate de pandemie. Situația pe care o traversăm de mai bine de un an arată nevoia unor acțiuni comune pentru pregătirea generațiilor următoare, dar și pentru adaptarea la noile realități a sectoarelor celor mai afectate, precum sectorul de tineret, cel cultural și creativ, sau cel sportiv. Planul de relansare și instrumentele de finanțare europene reprezintă cheia.

În rezoluția Parlamentului European, oferim soluții precise: alocarea a 10 % din plan pentru educație, finanțarea sectoarelor și categoriilor grav afectate de pandemie, alocarea a 20 % din plan pentru transformarea digitală, implementarea Garanției pentru tineri, a Garanției pentru copii și a unui plan de acțiune pentru sprijinirea sportului.

Din păcate, o simplă analiză arată că prea multe guverne nu au înțeles importanța momentului și au ales să ignore problemele tinerilor. Tinerii și reprezentanții lor nu au fost ascultați. Ne îndreptăm către o generație „lockdown”. Mesajul nostru este clar: viitoarea generație europeană trebuie să fie mai mult decât un simplu slogan.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin, vielen Dank für diese Debatte! Unser aller Leben hat sich im letzten Jahr aufgrund der Pandemie und der Maßnahmen, die wir respektieren müssen, bis wir diesen Kampf gewinnen, drastisch verändert.

Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass die Jugendlichen, auch wenn sie diesem Virus etwas weniger ausgesetzt sind, aufgrund der vorgeschriebenen Isolation und aufgrund der Tatsache, dass sie ihren Lebensstil und die für ihr Alter typische Sozialisierung aufgeben mussten, sehr viel gelitten haben. Hinzu kommt, dass ein sehr wichtiger Teil ihres Lebens, der eng mit einem gesunden Leben verbunden ist, für eine lange Zeit stillgelegt wurde, und zwar der Sport. Kinder und Jugendliche mussten mit jeglichem Training aufhören, insbesondere mit dem Hallensport, und dies wird langwierige Auswirkungen auf die Gesundheit der jungen Generation im Allgemeinen haben.

Genau aus diesem Grund müssen wir uns eine Strategie ausdenken, einen Aktionsplan, um den Sport wieder auf ein Niveau wie vor der Pandemie zu bringen. Wir fordern die Kommission dazu auf, einen Dialog mit den Vertretern dieser Zweige zu identifizieren, um die Jugendlichen und den Sport in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs auf bestmögliche Weise zu unterstützen, und das Programm Next Generation beizubehalten.

Hannes Heide (S&D). – Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Kommissarin! Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit: Die Auswirkungen der Pandemie auf das Leben Jugendlicher sind verheerend. Schulschließungen, *homeschooling*, das die Schwächen der Digitalisierung schonungslos aufzeigt, wenig Möglichkeit für Zeit mit Freundinnen und Freunden.

Gemeinsamer Sport ist eingeschränkt. Das bedeutet für viele Vereine, die einen unverzichtbaren gesellschaftlichen Beitrag leisten und engagiert mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, seit einem Jahr so gut wie keine Aktivitäten und keine Einnahmen. Im Sportsektor arbeiten 5,7 Millionen Menschen. Das sind beachtliche 2,72 % der Gesamtbeschäftigung der EU.

Die Europäische Union muss ihren jungen Bürgerinnen und Bürgern mehr bieten als Erasmus+. Sie müssen Aufmerksamkeit in allen Förderprogrammen bekommen. Junge Menschen müssen in allen Wiederaufbauplänen berücksichtigt werden. Geben wir jungen Menschen in der Europäischen Union Perspektiven. Sie sind überzeugt von der Idee der europäischen Einigung. Deshalb sind sie die Zukunft Europas.

Marcos Ros Sempere (S&D). – Señor presidente, señora comisaria, los jóvenes y el deporte son dos de los sectores más castigados por la pandemia, ya se ha dicho aquí esta noche.

Entre los jóvenes, aquellos con discapacidad han sido todavía más castigados, pues sus interacciones sociales se han visto aún más limitadas con las medidas restrictivas. ¿Qué acciones de apoyo se van a adoptar para prestar especial atención a los jóvenes con discapacidad, señora comisaria?

En el ámbito escolar, hemos derivado los esfuerzos a la educación en línea, pero debemos asegurar, especialmente en edades tempranas e incluso en el contexto de la COVID-19, que se mantenga el aprendizaje presencial, el único que garantiza la adquisición de habilidades personales: estudio, empatía, cooperación. ¿Qué planes hay para garantizarlo?

Por último, el deporte de base ha sufrido especialmente, debido a la dependencia económica de pequeños patrocinadores o de las propias cuotas de los deportistas. ¿Han previsto un plan específico de apoyo a los deportes de base para que puedan mantener su actividad?

Nuestros jóvenes son el futuro de Europa, y debemos poner todo nuestro esfuerzo en no dejar a ninguno atrás.

Mariya Gabriel, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, tout d'abord merci. Merci de cette résolution qui non seulement pose des questions pertinentes, mais qui aussi, et surtout, donne des solutions et suggère des actions.

Il est clair qu'aujourd'hui, il faut agir à plusieurs niveaux. Évidemment, d'abord dans le cadre du programme Erasmus+ et du corps européen de solidarité. Ici, Madame Šojdrová, vous avez à juste titre souligné qu'il existe encore des obstacles à la mobilité transfrontalière du volontariat, notamment la reconnaissance des acquis d'apprentissage parmi les employeurs. Et c'est pourquoi cette année, sur la base de l'examen de la recommandation du Conseil de 2008 sur la mobilité des jeunes volontaires, je fournirai une orientation politique actualisée pour éliminer les obstacles juridiques, financiers et administratifs qui entravent encore le volontariat et la solidarité transfrontalière des jeunes.

Oui, aujourd'hui, nous devons aussi travailler davantage avec le Fonds de cohésion, pour assurer des synergies. Il est clair qu'aujourd'hui, nos jeunes font face à un triple choc. Les emplois baissent, l'éducation et la formation sont confrontées à des perturbations massives et de nombreux obstacles s'opposent à ceux qui souhaitent entrer sur le marché du travail ou changer de carrière. C'est pour cela que nous restons pleinement mobilisés dans le cadre du programme Erasmus+ et du corps européen de solidarité. Nous devons veiller à ce qu'il y ait plus de synergies avec le Fonds de cohésion.

Nous devons aussi continuer à discuter, à soulever la question avec les États membres pour savoir utiliser toutes les opportunités qui s'offrent aujourd'hui dans le cadre de la facilité pour la reprise et la résilience et de «Next Generation EU».

C'est pour cela, Mesdames et Messieurs les députés, que je porterai une attention particulière aux enfants, aux plus vulnérables, au volontariat, à l'impact sur le mental. Le dialogue avec le secteur, comme je l'ai dit, est là depuis le tout début. Aujourd'hui, nous devons non seulement continuer à identifier des problèmes et des obstacles, mais nous devons aussi mettre en œuvre, ensemble, des solutions.

Ces solutions ne passent pas seulement par l'utilisation d'un seul chapitre de notre programme Erasmus+. Cela ne passe pas par une seule solution miracle. Cela passe par l'inclusion du sport dans un grand nombre de politiques et par plus de connexions avec l'innovation, avec l'environnement, avec la santé, avec le système de l'éducation – je prêterai une attention particulière à cela.

Il faut aussi réinventer de nouvelles formes de sport. Nous l'avons vu avec notre campagne *Be active at home*, cela a du succès. Nous devons continuer à chaque fois à veiller à avoir cet équilibre entre l'activité physique en présentiel et l'utilisation de ce que les nouvelles technologies nous offrent. Et ce que je peux dire, c'est que le secteur nous a montré une incroyable capacité tant de résilience que d'innovation.

Mesdames et Messieurs les députés, encore une fois, merci beaucoup de toutes vos remarques. Votre résolution est pleine d'idées précieuses qui peuvent compléter utilement notre travail en tant que Commission. Je vous remercie de votre précieux travail et je me réjouis de poursuivre le dialogue avec vous sur ce sujet.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 9. Februar 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Elżbieta Kruk (ECR), *na piśmie*. – Restrykcje związane z koronawirusem wywarły bezprecedensowy wpływ na pracę szkół, uniwersytetów oraz na sport zawodowy i amatorski. Naukowcy zauważyli, że grupą szczególnie wrażliwą na obostrzenia są dzieci i młodzież. Eksperci nie mają wątpliwości, że zamknięcie szkół dotkliwie odbija się na edukacji. Skutkiem braku bezpośredniego kontaktu z nauczycielami i innymi uczniami będzie znaczące ograniczenie kompetencji społecznych. Izolacja negatywnie wpływa na psychikę dzieci, a ciągłe przebywanie przed ekranem komputera prowadzi do wzrostu uzależnienia od internetu. Zamykanie szkół wywołało więc szkodliwe skutki dla zdrowia psychicznego i edukacji dzieci i młodzieży, a jednocześnie jest najmniej skuteczną strategią zapobiegawczą.

Ucierpiał także sektor sportowy. Lockdown wywarł ogromny wpływ zarówno na sport profesjonalny, jak i amatorski. Sport zawodowy odczuł natychmiastowe skutki finansowe spowodowane brakiem kibiców oglądających zawody na żywo. Sport amatorski, lokalne kluby, organizacje sportowe i ośrodki rekreacyjne, w tym siłownie, baseny, korty tenisowe itp., również ucierpiały finansowo. Zwracam też uwagę na sytuację młodych ludzi, którzy otrzymują niskie wynagrodzenie i w tym okresie stracili możliwość szkolenia, wolontariatu i pracy. Wzywam do zwiększenia inwestycji w sektorach, które mogą zapewnić młodym ludziom miejsca pracy. Takie programy jak Erasmus+, Europejski Korpus Solidarności czy gwarancja dla młodzieży i gwarancja dla dzieci, muszą w pełni wykorzystać swój potencjał.

Urmas Paet (Renew), *kirjalikult*. – Toetasin. COVID-19 pandeemia levik maailmas on oluliselt mõjutanud noorte elu kogu Euroopa Liidus. Kahjustada on saanud nii nende tööhõive olukord kui ka hariduse omandamine. See omakorda on toonud kaasa noorte vaimse ja füüsilise tervise tugeva halvenemise. On oluline, et kõik liikmesriigid tunnistaksid olukorra tõsidust ning võtaksid kasutusele vajalikud meetmed, et tekkinud olukorraga võidelda. Tugevalt on kannatada saanud ka spordisektor. Sport ning füüsiline treening on pandeemia tekitatud olukorras eriti olulised, sest aitavad toetada ka vaimset vastupidavust. On oluline, et Euroopa senist spordimudelit säilitataks ja edendataks – spordil on oluline roll mitte ainult tervislikust aspektist, vaid sport aitab samuti edendada ühiseid väärtusi, koostööd ja kodanikuaktiivsust. Praegune rahaline toetus spordisektorile ei ole piisav, mistõttu on oluline analüüsida võimalike lahendusi toetuste suur-

endamiseks.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Προφανώς, η κατάσταση που βιώνουμε με την τρέχουσα πανδημία είναι πρωτοφανής. Ο αθλητισμός, όμως, πληρώνει βαρύ τίμημα όλο αυτό το διάστημα και οι συνέπειες τόσο για τον ίδιο τον κλάδο όσο και για την κοινωνία γενικότερα είναι ήδη καταστροφικές. Ο οικονομικός αντίκτυπος στον επαγγελματικό αθλητισμό υπήρξε τεράστιος. Τα έσοδα έχουν σημειώσει κατακόρυφη πτώση, ενώ πολλές εκδηλώσεις όλων των κατηγοριών χρειάστηκε να ακυρωθούν ή να πραγματοποιηθούν χωρίς θεατές. Στον ημιεπαγγελματικό και τον μαζικό αθλητισμό η κατάσταση είναι ακόμη χειρότερη. Παράλληλα, χιλιάδες εργαζόμενοι σε αθλητικούς χώρους, γυμναστήρια και κέντρα ευεξίας βρίσκονται κυριολεκτικά σε πλήρες οικονομικό αδιέξοδο.

Χρειαζόμαστε άμεσα μέτρα στήριξης και χρειαζόμαστε άμεσα επιπλέον χρηματοδότηση στον τομέα του αθλητισμού τόσο για τους αθλητές και τα σωματεία όσο και για τους εργαζομένους, που παραμένουν εδώ και μήνες παροπλισμένοι και περιθωριοποιημένοι. Οι περιορισμοί που επιβλήθηκαν για λόγους υγείας είναι δικαιολογημένοι. Η μεταχείριση, όμως, των ανθρώπων του αθλητισμού σε ολόκληρη την Ευρώπη όλο αυτό το διάστημα είναι πέρα για πέρα άδικη. Η επαναλειτουργία των χώρων αθλητισμού, πάντα με σεβασμό στα απαραίτητα υγειονομικά πρωτόκολλα, είναι ουσιαστικής σημασίας για την υγεία και την ευημερία των πολιτών μας, αλλά και για την εξέλιξη και την πορεία χιλιάδων αθλητών. Οφείλουμε να σταθούμε δίπλα στους ανθρώπους αυτούς και να αναγνωρίσουμε επιτέλους τη σημαντική προσφορά τους στις κοινωνίες μας.

21. Umsetzung von Artikel 43 der Asylverfahrensrichtlinie (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die kurze Darstellung des Berichts von Erik Marquardt über die Umsetzung von Artikel 43 der Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes (2020/2047(INI)) (A9-0005/2021).

Erik Marquardt, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Die Grenzverfahren spielen eine entscheidende Rolle beim Vorschlag für eine Reform des europäischen Asylsystems von der Europäischen Kommission. Obwohl sie diese entscheidende Rolle spielen sollen, gibt es bisher leider weder einen Umsetzungsbericht zur Asylverfahrensrichtlinie, der nach Artikel 50 dieser Richtlinie bis 2017 hätte erstellt werden müssen, noch gibt es eine Folgenabschätzung der aktuellen Vorschläge.

Wir wollen mit diesem Bericht weder diese Folgenabschätzung noch einen umfangreichen Bericht der Kommission ersetzen. Im Gegenteil: Wir erwarten weiterhin beides. Aber wir wollen mit dem Bericht als Europäisches Parlament unseren Teil dazu beitragen, die aktuelle Umsetzung der Grenzverfahren unter die Lupe zu nehmen, Vorschläge zu machen und eben auch zu schauen, wie können wir Verbesserungen erreichen. Das wollen wir auf einer evidenzbasierten und sachorientierten Grundlage ermöglichen. Dafür – das führen wir eingangs in dem Bericht aus – ist es wichtig, dass die entsprechenden Daten von den Mitgliedstaaten erhoben werden und dass wir diese Daten bekommen.

Ich möchte vor allem den Fraktionen der GUE, der S&D, von Renew Europe und der EVP für die konstruktive Zusammenarbeit an dem Bericht danken. Wir sind uns alle gemeinsam einig, dass die Verfahren möglichst schnell und effizient ablaufen sollen. Aber wir sind uns eben auch einig, dass das Asylsystem rechtsstaatlich – unter Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde – funktionieren muss. Und wir zeigen mit diesem Bericht Haltung. Denn wir zeigen, dass es auch bei diesen schwierigen Themen im Asylbereich möglich ist, zwischen unterschiedlichen Lagern Kompromisse zu finden. Ich hebe das besonders hervor, weil ich das auch als Signal vom Parlament an den Rat verstehe, dass es normal ist, dass man unterschiedliche Meinungen hat, aber dass es eben auch die Aufgabe in einer Demokratie ist, aus diesen unterschiedlichen Meinungen am Ende ein Ergebnis zu erzeugen, mit dem man die Herausforderungen rechtsstaatlich lösen kann.

In unserem Bericht heben wir hervor, dass wir besorgt sind. Besorgt darüber, dass die Berichte über Menschenrechtsverletzungen in den Grenzgebieten sich häufen, dass auch die EU-Grundrechteagentur davon ausgeht, dass die Zahl der mutmaßlichen Vorfälle in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat, und dass zahlreiche Fälle existieren, in denen Personen die Einreise verweigert wurde, obwohl sie Asyl beantragen wollten. Natürlich haben Mitgliedstaaten die Pflicht, unbefugte Grenzübertritte zu verhindern, aber der Zugang zu Asylverfahren bleibt davon unberührt. Mitgliedsstaaten dürfen Antragsteller nicht zurückweisen, Kollektivausweisungen sind nicht zulässig. Wir fordern deswegen einen unabhängigen Mechanismus zur Überwachung der Grundrechte an den Grenzen und in den Grenzverfahren. Dabei muss es auch Zugang für Nichtregierungsorganisationen, EU-Agenturen und internationale Organisationen geben.

Leider bedeutet die Anwendung von Grenzverfahren momentan, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass diese Verfahren mit Haft verbunden sind. Und das, obwohl in der Aufnahmerichtlinie festgelegt ist, dass Antragsteller eigentlich nur unter außergewöhnlichen Umständen in Gewahrsam genommen werden dürfen. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, dass Alternativen zur Haft geschaffen werden und dass Kinder unter keinen Umständen inhaftiert werden. Es zeigt sich leider auch in den Grenzverfahren, dass grundlegende Verfahrensgarantien nicht eingehalten werden: Besonders Schutzbedürftige erhalten in Grenzverfahren nicht die angemessene Unterstützung.

Wir weisen im Bericht darauf hin, dass es auch in allen untersuchten Mitgliedstaaten Mängel bei der juristischen Beratung der Antragsteller in Grenzverfahren gibt. Wir zeigen auf, dass Grenzverfahren – besonders in Gebieten, in denen sehr viele Asylsuchende ankommen – nicht ersetzen können, dass ausreichend Personal und Ressourcen bereitgestellt werden, weil es sonst zu Grundrechtsverletzungen und ineffizienten, langwierigen Verfahren kommen kann. Wir weisen abschließend darauf hin, dass auch angesichts dieser Erkenntnisse Grenzverfahren von Mitgliedstaaten keinesfalls durchgeführt werden müssen. Aber wenn sie durchgeführt werden, dann müssen Verfahrensgarantien sichergestellt werden.

Ich danke noch mal allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an diesem Bericht wirklich toll mitgearbeitet haben, und den Fraktionen. Ich gehe davon aus, dass der Bericht so angenommen wird, wie er vorliegt, und freue mich auf die weiteren Beratungen dazu.

Mariya Gabriel, *Member of the Commission*. – Mr President, dear Mr Marquardt, honourable Members, I thank Mr Marquardt and the shadow rapporteurs for your report, more specifically on the implementation on the border procedure.

You raise concerns about fundamental rights. You call for proper procedures and monitoring. I agree that they are important issues to address. We need a structural approach, one that deals with today's realities. This is no longer 2015. The number of irregular migrants has dropped from nearly 2 million in 2015 to 140 000 in 2019, and nowadays an important proportion of asylum applications are rejected.

Everyone has the right to apply for asylum and everyone has the right to be swiftly integrated after applications are approved. But those with rejected applications must return to their home country. That's essential for the legitimacy of the asylum system.

We must manage these returns in a human and dignified way and support reintegration into society following return. The new Pact on Migration and Asylum the Commission presented last September strengthens the efficiency of procedures while fully respecting fundamental rights. The pact addresses many of the challenges you identify in your report: the need to ensure access to due process; the need for independent monitoring; specific regard for vulnerable groups. And the border procedure will need to be more uniformly applied in the Member States, bringing more efficiency and legal certainty.

The asylum border procedure cannot be seen in isolation. It is one important pillar of an effective asylum system. With the pact, the Commission proposed to put in place a swifter process upon arrival: a process which upholds the right to apply for asylum and have a proper examination of the application; upholds the right to do so on European territory; and upholds the principle of non-refoulement. A process that allows Member States to deal efficiently with mixed flows of people arriving at the border. The pre-entry screening will allow authorities to swiftly identify and register people seeking asylum and will speed up the process of determining what type of procedure should apply.

Screening is not only an obligation for the authorities but also a right for those who arrive at our borders. Clear border procedures will increase legal certainty for migrants and will ensure their rights are fully respected, whether they are in need of international protection or not. Especially important is the independent monitoring mechanism all Member States need to put in place to ensure respect for fundamental rights. The amended proposal for the Asylum Procedure Regulation proposes a flexible and efficient border procedure. It closes the loophole between asylum and return. It will be mandatory only in three clear cases: first, for applicants from countries with low recognition rates; second, for people posing a threat to security; third, for people misleading the authorities.

The border procedure is designed to be effective and to avoid a disproportionate burden on the Member States of first entry. Member States may decide not to apply the border procedure when a person cannot be returned because the third country in question does not cooperate. The proposed border procedure also protects the most vulnerable. Unaccompanied minors and minors under the age of 12 and their family members are exempt from the border procedure unless they represent a danger to security. People with special procedural needs or people with medical conditions should only pass through the border procedure if those needs can be catered for. Not all people from low-recognition-rate countries have to pass through the border procedure: for example, if they are from a persecuted minority and it is clear the low recognition does not apply to them.

Now, the swift timelines in the border procedure do not affect safeguards and guarantees of the asylum procedure. There will always be a full individual examination of applications. All applicants will benefit from all safeguards and guarantees foreseen in the Asylum Procedure Regulation, both in the administrative and the appeal stage. Let me be clear: detention must always be a measure of last resort. We must always look for alternatives. In some cases there are no alternatives. Even then, all legal safeguards must be in place, and reception standards must be good.

Dear President, dear Mr Marquardt, honourable Members, this proposal is based on years of experience; on the lessons we learned from the crisis; on the experience of the European Asylum Support Office, which has given valuable support to Member States in improving procedures on the ground and through our monitoring today of the Asylum Procedures Directive. I thank you again for your report. This confirms that there are matters of common interest on which we can work together. I look forward to continue working with you to reach agreement on a more effective migration management system that will improve access to asylum for persons in need of protection.

Der Präsident. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 9. Februar 2021, statt.

22. Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten in den Jahren 2016-2018 (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die kurze Darstellung des Berichts von Ioan-Rareș Bogdan über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten (Artikel 122 Absatz 7 der Geschäftsordnung) – Jahresbericht für die Jahre 2016 bis 2018 (2019/2198(INI)) (A9-0004/2021).

Ioan-Rareș Bogdan, *Raportor.* – Domnule președinte, dreptul publicului de a avea acces la documentele instituțiilor Uniunii Europene este consacrat în tratate și în Carta drepturilor fundamentale și este indisolubil legat de natura democratică a acestora.

Uniunea Europeană trebuie să depună eforturi pentru a atinge cele mai înalte standarde de transparență, responsabilitate și integritate, aceste principii fiind fundamentale pentru a promova buna guvernanță și pentru a asigura o mai mare deschidere în ceea ce privește funcționarea sa și modul în care se derulează procesul său decizional.

În plus, nu trebuie omis faptul că transparența are potențialul de a reduce euroscepticismul. Am să mă explic: pe piața campaniilor de denigrare a Eurosistemului, există forțe care stimulează frustrările unor cetățeni. Cum anume? Inducându-le sentimentul că o elită economică profită de vulnerabilitățile unor state, categorii profesionale, pentru a face averi pe seama sărăciei. Cum anume? Spunându-le că există niște politicieni fără Dumnezeu care vor să stăpânească lumea. Din aceste motive, a le explica cetățenilor Uniunii Europene cum sunt investiți banii lor, unde ajung, de ce, pe ce criterii de prioritate reprezintă o metodă sinceră și simplă de a întări solidaritatea europeană, iar unitatea este puterea noastră, dragii mei.

Un nivel ridicat de transparență a procesului legislativ le oferă așadar cetățenilor europeni, mass-mediei și societății civile posibilitatea să tragă la răspundere reprezentanții aleși, dar și guvernele. De aceea, la baza oricărei decizii prin care se refuză accesul public la documente trebuie să stea excepții prevăzute de legislație și definite în termeni clari, însoțite de justificări fundamentate și concrete care să le permită cetățenilor să înțeleagă de ce le-a fost refuzat accesul și să se prevaleze în mod eficient de căile de atac pe care le au la dispoziție.

O abordare mai proactivă ar însemna nu numai un pas înainte pe calea transparenței, dar ar preveni și litigiile inutile care înseamnă bani și costuri pentru toate părțile. Este nevoie așadar ca toate instituțiile și agențiile europene să aibă o abordare comună în ceea ce privește accesul public la documente, să exploreze și să dezvolte în mod constant noi metode pentru a obține o transparență maximă. Pe această cale, reiterăm solicitarea adresată Consiliului de a-și alinia metodele de lucru la standardele unei democrații parlamentare și participative, astfel cum se prevede în tratate. Consiliul trebuie să fie la fel de responsabil și de transparent ca și celelalte instituții europene.

Reamintesc că transparența și accesul neîngrădit la documentele deținute de instituții trebuie să constituie o regulă în conformitate cu Regulamentul nr. 1049/2001. În mod regretabil, revizuirea acestui regulament este blocată de mai mulți ani. Este imperios necesar ca toate părțile implicate să reia acest proces și să continue să lucreze la revizuire, pentru a adapta dispozițiile regulamentului la Tratatul de la Lisabona și pentru a garanta că domeniul de aplicare se extinde la toate instituțiile și agențiile Uniunii.

În încheiere, doresc să subliniez că societățile democratice deschise depind de capacitatea cetățenilor de a avea acces la o gamă largă de surse de informații ce pot fi verificate, astfel încât să își poată forma un punct de vedere asupra diverselor subiecte, și că accesul la informații publice sporește responsabilitatea în procesul decizional pentru cei 530 de milioane de cetățeni europeni.

Mariya Gabriel, *Member of the Commission*. – Mr President, Mr Bogdan, honourable Members, first of all, the Commission welcomes the report for the plenary debate and congratulates you on the work on general reports of the Commission on Public Access to Documents in years 2016 to 2018. The report attaches great importance to the principle of transparency that should give application to every sphere of the activity of the European Union.

Transparency is one of the fundamental priorities of the von der Leyen Commission. It underpins the work of the Commission by bringing citizens closer to its decision-making process and allows citizens to retain their trust in the European Union's political, legislative and administrative activities. The Commission supports the steps to introduce greater transparency into the legislative process in the European institutions. One recent example of fostering transparency is the conclusion of negotiations of inter-institutional agreement on a mandatory transparency register covering the European Parliament, the Commission and, for the first time, the Council of the European Union. The interinstitutional negotiations, which started in 2018, have been complex and very challenging, inter alia due to the three institutions' own specificities, which make finding a common denominator on a new three-party transparency register a difficult equation.

The final political agreement of the institutions was successfully reached on 15 December 2020. Importantly, the agreement also opens the scheme to the voluntary involvement of other Union institutions and bodies, and of the Member States' permanent representations. The transparency register is a big success. There are currently more than 12 000 registrants, which probably makes it the largest database of its kind in the world. In terms of access to documents, the Commission receives the largest and still-increasing number of requests. In 2019, the institution reached its highest number of requests, having received no less than 7 445 initial and 334 confirmatory applications. The statistics show that the requested documents were fully or partially disclosed in more than 77.6% of cases at the initial stage, and wider or even full access was granted in 53.4% of the cases reviewed at the confirmatory stage.

The released documents complement the considerable amount of information and documents already available via the European Commission's website, thanks to the institution's policy of constantly increasing its proactive publication and its commitment to transparency. The COVID-19 pandemic triggered an increased public interest in access to documents. The Commission is proactively seeking the agreement of companies concerned for publishing the advanced purchase contracts related to COVID-19 vaccines.

Concerning the legislative transparency, the Commission takes the view that it is for the legislators to decide on the scope of access provided.

Der Präsident. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 9. Februar 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Loránt Vincze (PPE), *in writing*. – As AFCO Opinion rapporteur for the file, I fully support the EP report on Public Access to Documents for the years 2016-2018. Transparency of legislative processes and citizens' right to access documents are an essential part of participatory democracy. They allow citizens to look into and understand legislative processes, to participate in decision-making and to exercise public scrutiny. Transparency and access to documents are one of the pillars on which the legitimacy of a democratic political system rests. Citizens must have the right to know how their representatives – elected in the European Parliament, representing the Member States, or appointed to other EU bodies – act.

23. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

24. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

26. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 22.50 Uhr geschlossen)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/5157

20.8.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 9. FEBRUAR 2021

(C/2024/5157)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 8. bis 11. Februar 2021

BRÜSSEL

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung 3

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll 3

3. Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (Aussprache) 3

4. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll 41

5. Das De-facto-Verbot von Abtreibungen in Polen (Aussprache) 41

6. Wiederaufnahme der Sitzung 54

7. Erste Abstimmungsrunde 54

8. Wiederaufnahme der Sitzung 55

9. Reise des VP/HV nach Russland in Anbetracht des aktuellen Vorgehens gegen Demonstrierende und die Opposition (Aussprache) 55

10. Humanitäre und politische Lage in Jemen (Aussprache) 78

Inhalt Seite

11. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsmaßnahmen (Artikel 111 Absatz 6 und Artikel 112 Absatz 4 Buchstabe d GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll 87

12. Lage in Myanmar/Birma (Aussprache) 87

13. Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine (Aussprache) 96

14. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll 100

15. Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine (Fortsetzung der Aussprache) 100

16. Wiederaufnahme der Sitzung 108

17. Zweite Abstimmungsrunde 108

18. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll 108

19. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll 108

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 108

21. Schluss der Sitzung 108

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 9. FEBRUAR 2021

PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ

místopředsedkyně

1. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 8.30)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

3. Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the report by Eider Gardiazabal Rubial, Siegfried Mureșan and Dragoș Pîslaru, on behalf of the Committee on Budgets and the Committee on Economic and Monetary Affairs, on establishing a Recovery and Resilience Facility (COM(2020)0408 – C9-0150/2020 – 2020/0104(COD)) (A9-0214/2020).

I should like to remind Members that for all the debates there will be no catch-the-eye procedure and no blue cards will be accepted. Furthermore, as during the last part-sessions, remote interventions from Parliament's liaison offices in the Member States are foreseen.

Siegfried Mureșan, *rapporteur.* – Madam President, good morning on what I believe will be a very good day for the European Parliament today. Today, we are giving our final vote, our approval, to the EUR 672.5 billion European Recovery and Resilience Facility. This means that money will be coming, support will be coming, for people, for enterprises, for regions all over Europe affected by the coronavirus and by the consequences of this pandemic. Our message is clear: help is coming, support from the European Union is coming to those affected.

This support, this money, is money to overcome this crisis, but it is also money to make us stronger in the face of the next crisis. It is money for recovery and for resilience, to make us more resilient to better face the next challenges in the future. Never, ever, again in the future, people and enterprises should be affected by crisis as they have been until now. It's money to modernise our economies, to make them cleaner and greener, to make them more digital, more innovative, more modern. This is why how we are going to use this money is very important.

Parliament proposes that the money goes in six directions. Firstly, greening. Second, digital. Thirdly, economic cohesion: money for the private sector, for small and medium-sized enterprises, for industry, money for infrastructure projects. This is the third pillar. The fourth pillar is social cohesion: money for the people affected, different social categories affected by this pandemic, including children, including elderly people.

Fifth, institutional resilience: we are going to strengthen the institutions in Member States about which we learnt during this crisis that they have to modernise, increase their capacities. And here I would like to be very clear – countries can use this support to build or modernise existing hospitals, to build new hospitals or modernise and enlarge existing hospitals. And the sixth pillar is money for youth.

We, as the European Parliament, have negotiated intensely in the last months and we believe that through Parliament, the European Recovery and Resilience Facility has been made better. What have we achieved? Firstly, we have managed to offer and agree on an increase in pre-financing. That means that once a national plan of one country is approved at European level, the pre-financing, the support that it will receive, will be bigger – 13%, thanks to the involvement of Parliament, compared to the 10% initially proposed. This means that the recovery will be quicker and more decisive. We will be able to create more jobs more quickly due to the increase in this pre-financing.

Then the structure with the six pillars, which I just described, is also a proposal and an achievement of the European Parliament. We are setting up clear rules for spending the money, but within these rules we are also leaving flexibility for Member States to decide where they use the money. We say 37% of the amount at European level should go into greening and 20% into digital. But we do not impose other specific proportions for different directions because the needs of different Member States are different. Malta is different from Finland, Portugal is different from Ireland, Luxembourg or Romania, and countries should be able to decide, within the European rules, to use the money where they need it.

We, as the European Parliament, have also imposed that Member States make a self-assessment with regard to safeguarding the cybersecurity of the European Union while accessing money from this Recovery and Resilience Facility. In clear words, the money should be used in a way in which the cybersecurity of the Union as a whole and of individual Member States should not be affected. For example, money should not be used for investment in 5G networks by hostile companies from countries outside of the European Union against our will. The money is not for ordinary budgetary expenditure to finance deficits. The money is for investment and reforms, and reforms are a key concept to make our economy stronger for the future, and this is something which Parliament will insist on very much.

We, as the European Parliament, have also achieved that there will be democratic control for all of the money spent, democratic control and legitimacy through the involvement of the European Parliament. Parliament will be involved in all of the future phases. We will supervise, we will scrutinise to make sure that money is being spent according to the rules. And we have also achieved, together with the Commission and with our colleagues in the Council, that the European Recovery and Resilience Facility will be revised after two years. We are going to look at it. We are going to have a review, evaluating how things go and see if something needs to be further improved or adjusted.

Today we are going to vote in favour of this Facility, I believe, by a very large majority. I would like to thank my co-rapporteurs, Eider Gardiazabal Rubial from the Socialist Group and Dragoș Pîslaru from the Renew Group, for the excellent cooperation which we had throughout this process, and I would also like to thank the shadow rapporteurs of all of the other political groups. This Facility was adopted by a large majority in the joint meeting of the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) and the Committee on Budgets (BUDG), and I believe a large majority of Members will also support it today. This is thanks to the excellent cooperation which we had throughout the groups.

To conclude, the experience of the last year shows us that none of us, no country alone, can overcome this pandemic; only the joint response of all of us, based on solidarity, will help us. This is a day of success for the European Parliament. It's a good day for Europe. Thank you very much for your support.

Eider Gardiazabal Rubial, *ponente*. – Señora presidenta, señor vicepresidente Dombrovskis, señora secretaria de Estado Zacarias, con este debate y la posterior votación afrontamos el último paso para la entrada en vigor del tan esperado y tan necesario plan de recuperación y resiliencia.

Y lo primero que me gustaría destacar es el acierto de la Unión Europea al afrontar la crisis económica derivada de la pandemia con un plan de inversiones de casi 700 000 millones de euros, una respuesta absolutamente diferente a la que se dio en la crisis de 2008, donde austeridad y recortes fueron los grandes titulares. Este plan es la respuesta correcta, esto es lo que esperan los ciudadanos de la Unión Europea: protección, apoyo, ayudas… porque el impacto en sus vidas está siendo durísimo. Y este Parlamento lo tuvo muy claro desde el principio y, ya en mayo, aprobamos una Resolución reclamando una respuesta económica contundente. El largo e histórico Consejo de julio sentó las bases para que este plan de recuperación viera la luz, y durante el segundo semestre hemos estado trabajando para definir, junto con la Presidencia alemana y la Comisión, los ejes de este plan de inversiones.

Este plan supone una doble respuesta: por un lado, la recuperación a corto plazo, con una inyección de dinero que va a frenar la caída del PIB en nuestros países y que va a reactivar las inversiones, y cuyo efecto se va a notar en el sector productivo y en los hogares, y, por otro lado, la transformación, la resiliencia, porque no solo se trata de parar el golpe económico, sino de aprovechar esas inversiones y reformas para realizar transformaciones sin precedentes. Llevamos años hablando de sostenibilidad, de digitalización, de modernizar la educación, de administraciones públicas eficientes, pero la falta de financiación ha convertido, hasta ahora, esas ideas en utopías. Hasta ahora, porque este plan va a permitir avanzar en estos ámbitos en unos pocos años lo que en otras circunstancias habríamos tardado décadas.

Las bases sobre las que discutió el Consejo Europeo de julio eran buenas: un plan de una gran envergadura, 670 000 millones de euros; un plan de movilización rápida, para que su impacto sea inmediato, y un plan centrado en la transición ecológica y digital; pero para el Parlamento esto no era suficiente, y creímos que el plan tenía muchas posibilidades de mejora. Por eso propusimos y acordamos con la Presidencia alemana varios puntos.

Primero, ampliar los objetivos hasta seis. Así alineábamos el plan con las estrategias y prioridades de la Unión Europea: el Acuerdo de París, los Objetivos de Desarrollo Sostenible, el pilar europeo de derechos sociales… Los objetivos del plan son: lucha contra el cambio climático; digitalización; cohesión social y territorial; pilar económico de apoyo a la industria y las pymes; salud y resiliencia institucional para aumentar la capacidad de respuesta y la preparación ante las crisis, y el último pilar enfocado a la juventud y a la infancia, con objetivos como educación, formación o inserción en el mercado laboral.

En la lucha contra el cambio climático hemos querido ser más ambiciosos y para ello hemos modificado tres aspectos. Por un lado, hemos aumentado al 37 % el gasto. También hemos incluido el principio de «no causar un perjuicio significativo», de tal manera que ninguna inversión o reforma financiada con este plan podrá dañar el medio ambiente. Y, por último, hemos establecido una nueva metodología para contabilizar ese gasto verde, para asegurarnos de que ese gasto es real y no una cifra vacía de contenido.

En el ámbito digital hemos especificado que, al menos, se tiene que gastar un 20 %.

Y en el ámbito social, además de añadirlo como una de las prioridades del fondo, hemos querido que sea un aspecto transversal y por ello hemos apostado por que las reformas e inversiones contribuyan a la lucha contra la pobreza, a la creación de puestos de trabajo estables y de calidad, y a la integración de grupos desfavorecidos o a la mejora de los sistemas de protección social.

La crisis de 2008 puso de manifiesto que tomar decisiones basándose en la deuda y el déficit, sin tener en cuenta el impacto social, fue una muy mala estrategia y no queremos que esto se vuelva a repetir. Y en este sentido, la macrocondicionalidad acordada tendrá que tener en cuenta esas circunstancias económicas y sociales del Estado miembro de que se trate, en particular, el nivel de desempleo y el nivel de pobreza o de exclusión social en ese Estado miembro, así como el efecto que una posible suspensión causaría en la economía.

El coronavirus ha provocado una crisis sin precedentes, una crisis sanitaria sin precedentes, y ha puesto a prueba nuestros sistemas de salud. La falta de recursos materiales y humanos se ha podido paliar gracias al compromiso ilimitado de nuestros sanitarios y sanitarias, pero esto no es ni justo ni sostenible, así que este plan, como no podía ser de otra manera, servirá también para mejorar la accesibilidad y la capacidad de nuestros sistemas sanitarios y para prepararlos ante futuras crisis.

Esta crisis, como todas, también ha golpeado especialmente a las mujeres, y no podíamos aceptar un plan que no tuviera en cuenta esta situación. En presupuestos de género y en metodología para medir el impacto de las inversiones y reformas con perspectivas de género, estamos todavía en el siglo xix, y esto es una tarea pendiente que no podemos retrasar más. Eso sí que es buena gestión financiera, medir el impacto de las medidas, no solo desde un punto de vista económico o social, sino también con perspectiva de género, así que seguiremos muy de cerca la manera de abordarlo en los diferentes planes nacionales.

Hemos trabajado mucho: hemos incluido también la importancia de que los planes nacionales se diseñen con agentes, hemos conseguido aumentar la prefinanciación, hemos conseguido una retroactividad hasta el 1 de febrero de 2020; no ha habido frase que no hayamos negociado hasta la extenuación. Quiero agradecer también, por mi parte, a mis coponentes, al señor Siegfried Mureșan y al señor Dragoș Pîslaru, su trabajo. No ha sido fácil ponernos de acuerdo en algunos temas, pero jamás abandonamos hasta que conseguimos un acuerdo. A los ponentes alternativos también, porque han sido parte fundamental del equipo, y por supuesto a la Comisión y al Consejo. Hemos pasado muchas horas negociando, días y noches; ha sido imposible en algunos momentos, frustrante, pero conseguimos llegar al acuerdo, así que ahora les toca a los países trabajar para que este plan sea un éxito.

Dragoș Pîslaru, *rapporteur.* – Madam President, dear Executive Vice-President Dombrovskis, 'Europe's destiny is in our hands' are words that were spoken in this assembly 40 years ago by Simone Veil. One year ago, when the pandemic hit our continent, these words couldn't be more accurate. We, as representatives elected by European citizens, have all a duty to deliver a proper recovery and consolidated resilience to our citizens, to our entrepreneurs, to the young people and children of tomorrow.

This was indeed the European Parliament's ambition. Together with my colleagues, Siegfried Mureșan and Eider Gardiazabal Rubial, we understood that the recovery will not work if we are not comprehensive. We understood that resilience couldn't be achieved without ambition. We spent hundreds of hours, days and nights, thinking, listening, writing, discussing, negotiating, in order to find the best solution to win this battle and leave from it stronger.

The RRF, the Recovery and Resilience Facility, is a symbol. It's a symbol for the story we are going to tell our children and grandchildren years from now. It's a symbol of the vision that we have for Europe and it's a symbol of how we can unite behind a good purpose. And this is why we have actually found a proper solution, and we will implement this successfully. We owe this to the next generation.

We have a story that our children will be proud of. A story that for me started in May 2020, when I was attending a conference about the early impact of COVID-19 outbreak on children, when I heard children's representatives telling us that they are scared, that they are uncertain about their future and about the way in which they can continue their education. And many young people that were present there, you know, basically uttered their emotions about the fact that they might get unemployed or they might have an uncertain future. And I made a promise that day that children and youth would be at the centre, at the core of our recovery. How can we talk otherwise about the Next Generation EU if we are not going to deliver to the children and youth of tomorrow? And shortly after, when the Commission announced the recovery package, the one that repairs and prepares Europe for the next generation, we knew together that we should actually avoid that our youth and children would become what is called a 'lockdown' generation. And the European Parliament delivered on this promise, with the cooperation of the Council and of the European Commission. We have right now a pillar dedicated to children and youth that is beyond the pillars, the other five pillars that have been actually mentioned already, especially the social pillar that is also contributing to the fact that no one will be left behind.

And the story continues and brings us to the present. And this is actually really important to see how things developed, because in August 2020 I conducted consultations in 13 Member States and I was actually talking to stakeholders and citizens and social partners, and this was a big effort to hear the citizens, to listen to them. And that's why we actually put this in the mandate of the European Parliament in the negotiation. As part of our ambition right now, you will find in the Regulation the fact that we need to consult stakeholders and citizens in the elaboration of the national plans. And this is important and this is the message that the Parliament is sending, and the hope that we eventually put forward should allow the citizens to express their view.

Last but not least, this facility – the RRF – is about unity. And European unity comes when we let our values guide us. In the European Parliament team we had different political views, but we stood united and we have been united in a team, and then at the beginning of the negotiation with the Council and the Commission, I specifically said: this is not Parliament on one side, Council on the other side, Commission on another side. We are all together, Team Europe, and we've been doing the negotiation in the interest of citizens. And this is actually shown in the regulation. And I am so proud that we acted as Team Europe, and I'm sure that we will act as Team Europe for the implementation. And obviously for having the trust of the citizens, we need to have transparency and we need to have the scrutiny, and we need to have legitimacy and democracy and accountability linked to that. Because we are strong together, and if we are going to work together with the 27 Member States, then indeed we should remember that this is not a cash machine but an instrument that requires full transparency and access to information.

2020 will remain a sad memory about losses, about uncertainty, about fear and insecurity. But the Recovery and Resilience Facility: it's a symbol, it's an ambition, it's something about listening to citizens, and it's a story about promise and vision and about European unity. And this is right now becoming reality. This is what we want our generations to come to remember. This is our role: to ensure that it's going to be well implemented. I would like to thank again Siegfried, Eider, all the shadow rapporteurs, the chairs that have been guiding us, all the other colleagues and teams and our assistants and policy advisors that work together. We have the chance to be remembered as the ones that set the example for the next generation.

(as rapporteur for the opinion of the Committee on Employment and Social Affairs) I'm quite proud to present the mandate of the Employment and Social Affairs Committee. If there is one lesson we ought to have learned by now, it is that we are indeed stronger together, and there are threats that we can only take as a Union.

This is something that the pandemic has not only reminded us, but actually made us apply in practice. Our unity is provided by the strength of our society, and what society needs right now is the Recovery and Resilience Facility (RRF): an instrument that puts social cohesion at its core; an instrument that shows how youth and children are a priority for our policy; an instrument that will make the European Pillar of Social Rights become a reality. Because if we are to speak about resilience, this is the pillar on which our resilience relies.

The Employment Committee saw that this facility is the solution for citizens, and I think that this paves the way for the ambitious action plan ahead of the Porto summit in May.

We have a choice to make, so let's make the right one. Let's adopt for our citizens the Recovery and Resilience Facility.

Pascal Canfin, *rapporteur pour avis de la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire.* – Madame la Présidente, Madame la Ministre, Monsieur le Vice-président exécutif, chers collègues, ce que nous faisons aujourd'hui, à savoir adopter le plan de relance européen, est historique. C'est historique pour trois raisons.

La première, c'est que pour la première fois, nous investissons ensemble, unis, dans des investissements d'avenir.

La deuxième raison pour laquelle c'est historique, c'est que nous connectons ce plan de relance avec la transformation de notre économie et notamment avec le *Green Deal*: 37 % de ces investissements seront pour le climat et 100 % de l'argent européen ne devra pas nuire à l'environnement et au climat. Ce sont des résultats essentiels, qui marquent une très grande différence et qui font que l'Organisation des Nations unies classe ce plan de relance européen comme le deuxième le plus vert au monde.

La troisième raison pour laquelle c'est historique est que nous allons rembourser ce plan de relance, non pas en faisant payer les impôts par nos concitoyens, mais en faisant payer ceux qui aujourd'hui ne paient pas l'impôt: les géants du numérique et les grands pollueurs qui importent vers nos marchés des matières premières comme l'acier, et qui ne paient pas l'impôt.

Tout cela, nous allons le décider formellement aujourd'hui. C'est pour cela que ce vote aujourd'hui est historique.

François-Xavier Bellamy, *rapporteur pour avis de la commission de l'industrie, de la recherche et de l'énergie*. – Madame la Présidente, au nom de la commission ITRE, nous avons contribué aux travaux qui ont été menés pour cette facilité pour la relance et la résilience.

D'abord, en ajoutant une définition de la résilience qui n'était pas présente dans ce texte. Pour nous, la résilience consiste à être capables à nouveau de produire ce dont nous avons besoin pour faire face aux crises de demain. La crise que nous venons de vivre a montré à quel point nous étions déjà devenus dépendants, pour des biens de première nécessité, d'autres grandes puissances mondiales. C'est évidemment la souveraineté de nos États membres qui est en jeu pour l'avenir.

Nous avons également intégré à ce travail une «clause du futur», pour garantir que les financements qui vont être mobilisés soient réellement employés de manière à produire la prospérité des générations futures, qui leur permettra de rembourser le financement que nous leur transférons. De fait, ce plan de relance et de résilience continue de poser un problème majeur: nous avons ensemble convenu d'un endettement sans nous mettre d'accord sur les modalités de son remboursement.

Il y avait là, je crois, une nécessité politique, mais aussi une nécessité éthique pour préparer notre avenir. C'est dans ce sens du long terme que la commission ITRE a souhaité porter ses travaux.

Roberts Zīle, *rapporteur for the opinion of the Committee on Transport and Tourism*. – Madam President, because I am also the shadow for the ECR Group, I will try to touch on both issues – the opinion of the Committee on Transport and Tourism and the political view from the Group.

I would like to thank all the colleagues who worked in the Committee on Transport and Tourism and also on the main dossier on the RFF for this final result, which we succeeded in reaching with the Council. Actually, as you may know, we normally always look forward to how it fits our plans, which is very important for Member States, and also to make it flexible for Member States. The final result was not so centralised and gave Member States flexibility at the same time as keeping reasonable opportunities to control and govern from the EU dimension.

It's also crucial that we look at the grants part of the RFF, that there should be a new approach from the Member States, not only old plans which no longer fit into reality. It also very much touches the transport sector, where we have a huge opportunity to take the environment-friendly approach to mobility, but particularly taking into account that CO_2 emissions in transport are still very high in proportion to other branches of the economy. We should also have to check Member States' cooperation with our social partners and others in preparation for national plans for recovery and resilience, and also that it should cover all the envelopes.

Finally, in the transport sector, we have to remember that the ratification of own resources opens us to access for the Commission to go for RFF money to financial markets, to borrow this money. If the ratification of own resources is very slow, partly because some of the Connecting Europe Facility and other dossiers are not yet finished and Member States are very careful on these ratifications, that's life.

Ana Paula Zacarias, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, dear rapporteurs, Honourable Members, Vice-President Dombrovskis, thank you for having invited the Council to take the floor on this very important debate, and allow me to start by congratulating the rapporteurs for their impressive work and to express the commitment of the Portuguese Presidency to ensure the swift adoption and implementation of this regulation.

The COVID-19 pandemic caused a once-in-a-generation crisis with deep social and economic impact, which will leave a mark on our societies for years to come. But the crisis also demonstrated that the European institutions could live up to the challenges, showing unity, solidarity, decisiveness, working together on an ambitious common tool. With the help of the European Commission, the Parliament and the Council worked together to put forward the Recovery and Resilience Facility that will help us to heal our wounds and stand back up stronger, ready for the future. This is Europe at its best.

The RRF is unprecedented in several ways. First, for its size: almost 40 percent of the MFF and the Next Generation EU combined. Second, for being the first EU financial instrument financed by common debt, even if temporary. Third, for its capacity to provide much needed stimulus and the right incentives to address structural issues in an ambitious and forward-looking way. Fourth, for its ambitious policy agenda on climate and digital transitions. And finally, for how quickly it was done.

After intense and constructive trilogue discussions, we found political agreement on the text, which will be voted on today in this House and soon in the Council.

We are very happy to highlight the excellent cooperation between the Presidency and the Parliament to ensure a speedy entry into force of the RRF.

Now begins a new journey: a journey that the Parliament, the Council and the Commission will make, together with each and every Member State, towards stronger, greener, fairer and more digital and competitive societies.

There is indeed a lot of work ahead of us. National parliaments need to continue the ratification process of the Own Resources Decision. Member States should present their national plans as soon as possible, and we all need to contribute to ensure their quality without slowing the process down.

The regulation now reflects many elements that are important both for the Parliament and the Council, such as the six pillars, the European added value and the reference to the European pillar of social rights. Also important is the link with Invest EU, as well as the involvement with local authorities and civil society.

The Commission will have to properly take these elements into account in its swift assessment of the plans. The Parliament will also play a key role in ensuring transparency and accountability through its structural dialogue with the Commission.

As for the Portuguese Presidency, I can only reiterate that we are committed to strengthening the EU through a swift and efficient implementation of the facility, ensuring a high degree of inter-institutional cooperation. We are also focusing on bringing the RRF to citizens and business as soon as possible, and we count on your support in this endeavour.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, the Recovery and Resilience Facility is a centrepiece of Europe's economic recovery plan Next Generation EU. It is key for ensuring successful, sustainable and inclusive recovery so that Europe emerges stronger and more resilient from the crisis.

The compromise reached by Parliament and the Council in December is a significant achievement. It is a balanced agreement that cements our determination to combine ambitious reforms and investments to secure our way out of this crisis in a lasting manner. The agreement is an important signal that the EU's institutions are united at this time of crisis. Let me highlight some of its main points.

The compromise reflects the EU's ambitions on the green and digital transitions. It sets a binding green target of 37% and a binding digital target of 20% at the level of the individual national recovery and resilience plans. It reinforces the green dimension, particularly by improving the methodology for climate tracking. It introduces new safeguards for digital measures that will help preserve Europe's security and strategic autonomy.

While the discussions on governance were not easy, we found a compromise that ensures that the voice of Parliament will be heard – and listened to – throughout the implementation of the Facility, while respecting the constraints given by the institutional balance.

The scope of the Facility has been restructured in six pillars and Member States are required to provide balanced recovery and resilience plans that respond to these policy areas of European relevance. They will also help to explain how their plans contribute to implementing the European Pillar of Social Rights, on which the Commission will shortly present an action plan.

At the same time, the compromise preserves the anchor of the Facility in the European Semester, including the need for Member States to address in their plans at least a significant subset of the challenges identified in the relevant country-specific recommendations. Finally, the compromise agreement protects the EU's financial instruments by making the approval of the plans contingent on adequate national control systems.

Now that almost all Member States are preparing their plans at full speed, Parliament's endorsement of the agreement is very important. It is also essential that Member States ratify the Own Resources Decision as soon as possible so that the Commission can start carrying out its funding operations.

We need to put the Facility into effect as quickly as we can. European money needs to start flowing to Member States to help in their recovery, support their businesses and people, and re-start their economies in a direction that is sustainable and resilient.

The Commission is in constant contact with all Member States to discuss the preparation of the plans. To date, there has been substantial progress and we have a relatively clear view of what 18 of the 27 Member States intend to include in their Recovery and Resilience Plans. However, there is still a lot of work ahead. Even those Member States whose plans are most advanced are now working on translating investment and reforms into operational milestones or on complying with other requirements of the Regulation. We are there to help.

Developing high-quality national plans with a long-lasting impact will be key to the overall success of the Facility. They will make the European Union and its Member States more resilient. For this to happen, we need to find a proper balance between reforms and investment.

The plans also match our joint ambition to accelerate the green and digital transitions. Member States need to include genuine green and digital reforms and investments to match the targets. The plans should not include a patchwork of small measures with little impact. Indeed, they should reflect a clear strategy for embracing the twin transitions and implementing reforms in line with the country-specific recommendations.

Along with work on preparing and assessing the plans, the Commission will also work on the delegated acts required under the Regulation. First, the recovery and resilience scoreboard will be the main tool to inform the public on progress in implementing the Facility across the six pillars. Second, the Commission should develop common performance indicators that will be published on the scoreboard. Another important and related work-stream will be to create a methodology for reporting on social expenditure. In all of these areas, the Commission will work constructively and transparently with Parliament and the Council to achieve the best outcome.

We call on the honourable Members to endorse the Recovery and Resilience Facility so that Member States can officially start submitting their plans for the Facility and to put the Facility into practical effect.

Monika Hohlmeier, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Haushaltskontrollausschusses*. – Frau Präsidentin! Lieber Herr Kommissar, liebe Frau Staatssekretärin Zacarias, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ist die Wiederaufbau- und Resilienzfazilität wohl der Grundpfeiler für den zielgerichteten und nachhaltigen Aufbau, um von der Pandemie „geheilt" zu werden, um es so zu formulieren, aber auch um unsere Wirtschaft nachhaltig zukunftsorientiert voranzubringen.

Aus der Sicht der Haushaltskontrolle ist es bei diesem einmaligen Solidaritätsakt jedoch auch wichtig, dass wir erstens wissen, wo das Geld hingeht, an wen das Geld konkret fließt, ob es auch fair und nach den eigentlich geplanten Zielen verteilt wird. Denn das, was das Europäische Parlament verhandelt hat, ist eine exzellente Ausgangsbasis, und jetzt ist es an den Mitgliedstaaten, diese Ausgangsbasis optimal zu nutzen.

Wir wollen aber auch wissen bezüglich der Fairness der Verteilung, ob die Ungleichgewichte, die es bisher in manchen Mitgliedstaaten gibt, fortgesetzt werden, ob nur einige wenige davon profitieren oder ob tatsächlich nachhaltig Arbeitsplätze für eine große Breite von Menschen geschaffen werden. Und wir möchten auch wissen, dass das Geld nicht für Ziele verwendet wird, die z. B. die Übernahme von regulären und wiederkehrenden Ausgaben in nationalen Staatshaushalten betreffen. Wir möchten, dass dieser Fonds tatsächlich dafür genutzt wird, wofür er gedacht ist, für die Zukunft Europas.

Corina Crețu, *Raportoare pentru aviz, Comisia pentru dezvoltare regională.* – Doamnă președintă, dragi colegi, actuala pandemie a luat prin surprindere o lume întreagă. Cel mai bun răspuns a fost cel al Mecanismului de redresare și reziliență, oferind sprijin financiar pe scară largă pentru investițiile și reformele publice care sporesc reziliența economiilor naționale și le pregătesc mai bine pentru viitor. Este vorba de un sprijin financiar de 672,5 miliarde de euro, reprezentând elementul central al instrumentului de redresare Next Generation EU.

Le mulțumesc tuturor raportorilor, iar în calitate de raportoare din partea Comisiei pentru dezvoltare regională, vreau să le mulțumesc tuturor celor care au acceptat ca suma disponibilă pentru sprijinul nerambursabil, 60 % din această sumă să fie accesat de statele membre până la finalul anului 2024. Cred că este important, de asemenea, pentru statele membre este importantă și flexibilitatea în ceea ce privește condițiile macrofinanciare.

Bineînțeles, știm cu toții, Mecanismul vine să completeze sumele pe care statele membre le au la dispoziție pentru perioada financiară 2021-2027, iar sprijinul va fi oferit doar în baza unor planuri elaborate de fiecare guvern național în parte, planuri prin care statele membre vor trebui să demonstreze faptul că banii vor ajunge … *(Președinta a întrerupt vorbitoarea)* … acolo unde este cel mai mult nevoie de ei … *(Președinta a retras cuvântul vorbitoarei).*

Frances Fitzgerald, *rapporteur for the opinion of the Committee on Women's Rights and Gender Equality.* – Madam President, this is one of the largest ever EU funding programmes, a programme that will be crucial in repairing the economic devastation we've suffered. The leadership shown from the Commission in supporting Member States economically has been unprecedented in both its scale and speed.

But it's not about repairing only, it's about looking to the future. We need to constantly reinforce the message we want to build back better. That must be based on the key pillars of green, digital, but crucially, equality. I'm glad to see that the final agreement on the RRF has recognised the gender dimension of the COVID crisis and the differential impact that the crisis has had on women.

Parliament wanted to go further. Member States must now take this opportunity to enshrine gender equality targets in their national recovery plans. We must build back better by investing in the green economy, care infrastructure, digital literacy, sustainable finance for SMEs and invest in our cities, such as Dublin, to make them more liveable. Member States must reflect this in their national recovery plans, and the Commission has a responsibility to ensure that governments build back better. Let us use the crisis as an opportunity to build a green, digital and more inclusive economy. This is not just a social imperative, but…

(The President cut off the speaker)

José Manuel Fernandes, *em nome do Grupo PPE.* – Senhora Presidente, Senhor Vice-Presidente da Comissão Europeia, Senhora Secretária de Estado, é urgente que os 672,5 mil milhões de euros disponibilizados por este mecanismo de recuperação e resiliência cheguem rapidamente à economia e sejam utilizados para modernizarmos os nossos países. E não podemos perder esta oportunidade.

Sra. Secretária de Estado, países como Portugal devem usar este instrumento, por exemplo, para criar um instrumento para a solvabilidade das pequenas e médias empresas. Não atrasem mais este processo. E fica aqui uma pergunta: quando é que preveem que a decisão relativa aos recursos próprios seja ratificada por todos os parlamentos nacionais? É que sem ela não haverá a possibilidade de termos este mecanismo europeu de recuperação e resiliência.

Pela primeira vez, a Comissão Europeia vai usar uma garantia do orçamento da União Europeia para fazer um empréstimo para os Estados-Membros promoverem o investimento, e os juros e as amortizações de 312,5 mil milhões de euros para subvenções são assumidos pelo orçamento da União Europeia. É necessário que se utilizem bem estes recursos financeiros, caso contrário será impossível repetir esta prova de solidariedade. E, por isso, eu pergunto ao Sr. Vice-Presidente da Comissão Europeia: a Comissão Europeia vai estar atenta? Vai obrigar os Estados-Membros a apresentarem bons planos, a respeitarem os regulamentos? É que há países que não estão a ouvir o poder local, não estão a ouvir as regiões nem os parceiros sociais e sem essa audição e esse envolvimento não será possível a aprovação, o parecer positivo, quer do Parlamento quer da Comissão.

Acabo com um pedido: por favor não percam mais tempo e esta é uma mensagem para os Estados-Membros. A economia precisa. As pequenas e médias empresas estão numa situação de grande dificuldade. Despachem-se! Está na hora de avançar e de atuar rapidamente.

Jonás Fernández, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, señor vicepresidente, señora presidenta en ejercicio del Consejo, cerramos hoy un largo proceso de nueve meses de trabajo intenso para armar, para construir esta respuesta europea a la crisis derivada del coronavirus. Quiero recordar las Resoluciones que este Parlamento aprobó en el mes de abril y, especialmente, en el mes de mayo, con un amplio apoyo de muchos grupos parlamentarios, exigiendo una respuesta fiscal solidaria, una respuesta fiscal ambiciosa y un programa de inversión que pudiese contribuir al proceso de recuperación después de los meses de confinamiento y de estos meses difíciles de lucha contra la pandemia.

Y quería también reivindicar el papel de este Parlamento, apoyando la propuesta inicial de la Comisión y exigiendo al Consejo Europeo que la validara en aquella cumbre complicada del mes de julio, y el trabajo de los últimos meses para mejorar el marco financiero plurianual y para mejorar, obviamente, también el Reglamento. Porque el Parlamento ha hecho de este texto una propuesta autocontenida, una propuesta que fija claramente cuáles son las prioridades de inversión para todos los países de la Unión Europea, para el conjunto de la Unión, y esos seis pilares que establece el Reglamento, para ayudar, poner las luces y orientar el trabajo que ahora tienen que hacer los Estados miembros a la hora de implementar los distintos programas de recuperación.

También este Parlamento ha logrado que la condicionalidad presupuestaria siga pendiente de esa futura revisión de las reglas fiscales y que, además, los planes de recuperación tengan una supervisión por parte de los ciudadanos europeos, que no es otra que la supervisión de este Parlamento Europeo.

Así que nueve meses de trabajo duro y ahora pasamos la responsabilidad fundamentalmente a los Estados miembros, que tienen que desarrollar, que cumplir con esos planes nacionales de recuperación y resiliencia, como digo, bajo la orientación de las instituciones europeas. Y confiar en que esta respuesta, bien distinta de la que Europa realizó hace diez años, ayude a abrir un nuevo horizonte para el conjunto de Europa.

Luis Garicano, *en nombre del Grupo Renew*. – Señora presidenta, señor Dombrovskis, señora presidenta en ejercicio del Consejo, hoy aprobamos las reglas del fondo de recuperación que va a permitir a nuestros países reconstruir sus economías tras el duro golpe de esta pandemia, un golpe que está siendo particularmente duro para las empresas y para los emprendedores, para las pequeñas empresas en particular. Si no ponemos remedio a su desesperada situación, veremos una enorme oleada de insolvencias que se llevará por delante nuestro tejido productivo y hará sufrir a muchas familias.

¿Qué podemos hacer? El Reglamento que aprobamos hoy exige reformas e inversiones. Pues bien, la solución de los problemas de solvencia de las pymes y autónomos también requieren reformas e inversiones. Aunque sería lo más fácil, las inversiones no deben limitarse a proyectos diseñados para las grandes empresas: los Estados deben asegurarse de que las pymes y los autónomos también se van a beneficiar del dinero europeo, y esto requiere una cosa para empezar. Requiere, como mínimo, que reciban toda la información necesaria; ahora mismo están en la más absoluta oscuridad.

En cuanto a reformas, en Europa, desde aquí llevamos años pidiendo que demos una segunda oportunidad a las pequeñas empresas y a las personas insolventes. No podemos condenar a un pequeño empresario a la muerte civil porque las deudas se hayan hecho insoportables. Desgraciadamente, nuestros sistemas de insolvencia hacen muy difícil, casi imposible, que las pymes se libren de estas cargas.

¿Qué cambios hacen falta? Primero, la Comisión Europea, señor Dombrovskis, debe exigir a los países que los emprendedores puedan librarse de sus deudas de forma ágil y justa para volver a empezar. Segundo, el Estado debe hacer quitas de las deudas que le correspondan: los créditos del Estado, los créditos de seguridad social e impuestos. No podemos permitir que esta crisis arruine a quienes han tenido que cerrar sus negocios para salvar la vida de sus conciudadanos.

Antonio Maria Rinaldi, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vicepresidente Dombrovskis, dopo esattamente un anno dall'inizio della pandemia di COVID-19 ci ritroviamo finalmente a votare lo strumento che dovrebbe fortemente supportare le nostre economie. Mi rincresce tuttavia dover sottolineare che le condizionalità inserite, se non applicate in modo sufficientemente flessibile, potrebbero creare problemi agli Stati membri che decideranno di attivare il *Recovery and Resilience Facility* sia sotto forma di sovvenzione che di prestito.

Il problema di fondo del regolamento RRF è che in esso si è incorporato il rispetto delle raccomandazioni del *Country Report* degli anni 2019-2020, quindi precedenti al COVID-19, e questo cristallizza i criteri di calcolo dell'*output gap* contenuti nella *CAM (Commonly Agreed Methodology)*, la quale invece risulta essere oggetto di critiche da parte di molti paesi membri. Seguendo questo schema, il Patto di stabilità e crescita sospeso si riproporrebbe in tutto il suo vigore prociclico. Sulla base di una ragionevole modifica della metodologia CAM, è pertanto possibile invece lasciare ai paesi membri maggiori margini di manovra, senza l'attuale grave rischio di generare isteresi nell'eccesso di disoccupazione e di amplificare la caduta della domanda interna.

È altrettanto importante segnalare anche i vincoli alla crescita dovuti all'agenda del *Next Generation EU* che, per tipologia degli investimenti previsti non tarati sulle reali esigenze poste dal *fall out* della pandemia, non promuoverà la crescita sperata ma forti contenziosi con la Commissione e fra i paesi membri circa il livello di consolidamento fiscale inevitabilmente corrispondenti al dovuto finanziamento degli interventi rigidamente schematizzato nel *New Generation*. La crisi generata dalla pandemia può pertanto essere tuttavia un'ottima occasione per riformulare finalmente tutta la governance economica su cui si fonda il mercato unico.

Da sottolineare, inoltre, la questione sollevata dalla Presidente Lagarde, la quale afferma che non sia possibile alcuna cancellazione del debito in quanto vietata dai trattati. Non può altrettanto dirsi nel rendere invece perpetui *de facto* da parte della BCE i rinnovi di quei titoli di Stato acquistati nell'ambito del programma PEPP, naturalmente sempre utilizzando il criterio del *capital key*. Si tratterebbe di congelare *sine die* debito buono -tanto per utilizzare la definizione che Mario Draghi ha attribuito al debito contratto a supporto della crescita. È una questione esclusivamente di volontà politica e non di impossibilità tecnica.

Stiamo vivendo un momento storico in cui dobbiamo avere il coraggio e la forza di modificarli con il consenso di tutti le regole concepite oltre trent'anni fa e ormai inadeguate alle esigenze di crescita e di coesione sociale nel mondo in cui viviamo.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora presidenta, señor vicepresidente de la Comisión, señora presidenta en ejercicio del Consejo, hoy damos la aprobación final al Reglamento del fondo de recuperación y es sin duda un día histórico. Vamos a poner en marcha los famosos eurobonos, porque son eso, «eurobonos», —deuda compartida para hacer transferencias—.

Quedan atrás los años de la Troika, los años de la austeridad salvaje que nos hicieron sufrir una crisis financiera mucho más profunda y salir de ella más tarde. De alguna forma, todos aquellos y aquellas que durante años estuvieron denunciando la austeridad en Europa pueden cantar victoria. Con un Banco Central Europeo que por fin interviene en los mercados de deuda y con instrumentos financieros de deuda compartida para hacer inversión, hoy la Unión Europea y la Eurozona, sobre todo, están mucho mejor dotadas y el proyecto europeo tiene muchas mejores perspectivas.

Queda mucho por hacer, desde luego, y los riesgos son grandes. El más grande, desde mi punto de vista: una reintroducción demasiado temprana del Pacto de Estabilidad y Crecimiento que, si así se decidiera, debe ser urgentemente reformado porque ya no sirve para atajar y para dar perspectiva a la política fiscal a escala de la Unión Europea.

Hemos logrado mucho como Parlamento en la negociación de este Reglamento y quiero destacarlo: mayor ambición climática, con una nueva metodología de cálculo del gasto climático: con un principio de no dañar, que excluirá la gran parte de las inversiones contaminantes; con una mayor participación de los entes locales y regionales en la gestión de los fondos, también con nuevos objetivos sociales. Creo que el Parlamento Europeo ha desempeñado una excelente labor y quiero felicitarme por ello.

Ahora, evidentemente, nos toca como Parlamento controlar la ejecución del instrumento y, desde luego, vamos a ser muy exigentes con los Estados miembros. Que cumplan con las reglas de gasto climático; que cumplan con la igualdad de género, que es una cosa que a nosotros nos preocupa en la ejecución del plan también. Pero también seremos exigentes con la Comisión Europea y el tipo de reformas, sobre todo, que va a exigir.

Hay mucho trabajo. Desde luego, modificar la legislación fiscal de muchos Estados miembros. Después de la filtración ayer de Openlux, creo que tenemos mucho trabajo ahí. Pero sobre todo lo que no queremos, señor vicepresidente, es volver al tipo de reformas antisociales que tanto daño hicieron a nuestras economías. Por ahí no debemos andar y ni el Reglamento ni las recomendaciones específicas por país indican ese camino. El camino es construir sociedades más cohesionadas, hacer inversiones y reformas que sean socialmente justas.

Finalmente, quiero terminar agradeciendo a los ponentes su excelente cooperación. Hoy es un día muy importante para la Unión Europea y creo sinceramente que esta Casa ha estado a la altura del momento histórico.

Johan Van Overtveldt, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, de rapporteurs en andere sprekers hebben het al uitgebreid gehad over de kenmerken van dit fonds dat absoluut noodzakelijk is om onze economie weer op de rails te krijgen, zoals het heet. Maar ik zou een andere insteek willen presenteren in mijn beschouwing.

Ik beschouw dit fonds als een nieuwe kans voor de Commissie, een nieuwe kans om dit instrument in goede banen te leiden, ervoor te zorgen dat de kwaliteit, duurzaamheid en effectiviteit van de projecten gegarandeerd wordt. Ik mag hopen dat deze herkansing gegrepen wordt, want de eerste en grote kans om dat herstel te stutten – namelijk een snelle en efficiënte vaccinatie bevorderen in de hele Unie – heeft de Commissie laten liggen.

Begrijp mij niet verkeerd: ik sta volledig achter de Europese coördinatie. Met name voor kleine lidstaten zou het zonder coördinatie nog veel moeilijker geworden zijn. Maar daarom is het net zo teleurstellend dat de Commissie onvoldoende invulling gegeven heeft aan die coördinerende rol. Te traag gestart, allerhande manoeuvres waardoor de achterstand uiteindelijk nog vergroot werd en onduidelijkheden over contracten – met een confrontatie met de farmasector als onvermijdelijk gevolg. En onderweg is men er ook nog in geslaagd het vertrouwen te schaden. Alle verklaringen en excuses ten spijt echt geen fraai parcours.

De Commissie stelde zich bij haar aantreden als doel om te evolueren naar een geopolitieke speler. Dat klonk velen van ons toen als muziek in de oren. Maar met wat de afgelopen weken allemaal is gebeurd, heeft men ongeveer het omgekeerde bereikt. Er is naar mijn gevoel veel respect en vertrouwen verloren gegaan, bij de internationale spelers, intern in de Commissie en ik durf vermoeden ook vanwege de regeringsleiders.

José Gusmão, *em nome do Grupo The Left*. – Senhora Presidente, a mutualização da dívida que está na base deste fundo de recuperação é uma boa notícia para a União Europeia, uma notícia que demorou muito tempo a chegar. Ainda me recordo do tempo em que essa proposta era vista como uma absoluta irresponsabilidade. Mas continua, este fundo de recuperação, a ser dívida, e é bom que não enganemos os cidadãos a esse respeito. Dívida mutualizada é dívida e está a ser contraída por conta de orçamentos e de política de coesão do futuro, se não terminarmos a tarefa de aprovar os recursos próprios que possam pagá-la.

Uma segunda boa notícia em relação a este fundo de recuperação é que o regime punitivo que foi aprovado por este Parlamento, negociado pelos socialistas e pela direita e aprovado pelos principais grupos desta Casa, caiu no Conselho e, isso, num momento de campeonatos de palmadinhas nas costas, é uma notícia que deve embaraçar este Parlamento. Nós temos tido uma posição pressionante do ponto de vista da solidariedade europeia, é pena que tenha sido o Conselho a mostrar a gravidade desse precedente a esta Casa.

Um aspeto que é muito importante é que, apesar de cair o regime punitivo, continua a haver uma ligação umbilical ao Semestre Europeu e a ameaça do regresso da famosa condicionalidade macroeconómica. E aqui não vale a pena fazer apelos à Comissão para não repetir os erros que cometeu no passado, porque sabemos que os vai repetir. O regulamento cria essa ligação e dá esses poderes à Comissão e é uma ingenuidade pensar que a Comissão Europeia não os irá utilizar. Mais uma vez, caberá aos Estados-Membros a tarefa de resistir a essas imposições e de resistir à repetição dos erros do passado.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, poštovani kolege, dragi građani, *lockdown* i PCR testovi uz neviđenu kampanju straha, što su doveli? Doveli su do toga da su građani izgubili slobodu, izgubili su pravo na kretanje, izgubili su pravo na rad.

Zabranjuje se rad određenim građanima. Izgubljeni su milijuni radnih mjesta. Uvođenje PCR testova kao metode utvrđivanja bolesti i uzroka smrti je zločin protiv čovječanstva. To je zločin protiv svakog čovjeka posebno.

U povijesti su ujedinjene države pobijedile nacizam i fašizam. Sada novi nacizam koji raste i kojemu nitko ne želi stati na kraj u ime država, stat će na kraj slobodnim građanima. Vrijeme je da se slobodni građani udruže i kažu dosta. Želimo istinu. Dosta laži. Dosta straha. Nekada su se ratovi vodili oružjem, sada će se voditi istinom.

Markus Ferber (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich zitiere: „Für mich versteht es sich von selbst, dass dieses Parlament die demokratische Rechenschaftspflicht sicherstellen und ein Mitspracherecht zum gesamten Aufbaupaket haben muss, genauso wie es sonst beim EU-Haushalt der Fall ist.“ Das ist ein Zitat von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, vom 13. Mai letzten Jahres, hier in diesem Gebäude, lieber Valdis, von diesem Platz aus.

Und noch mal ein Zitat. „Ich setze mich stets dafür ein, dass dieses Haus – gemeint ist das Parlament – bei allen wichtigen Weichenstellungen für unsere Union sein Mitspracherecht uneingeschränkt ausüben kann.“ Auch das hat die Kommissionspräsidentin hier in diesem Saal gesagt – am 27. Mai letzten Jahres – bei der Präsentation von NextGenerationEU.

Diese Woche stimmen wir jetzt über das Kernelement dieses NextGenerationEU – der Aufbau- und Resilienzfazilität – ab. Es geht hier immerhin um mehr als 670 Milliarden EUR. Das Europäische Parlament darf zwar über den Rahmen entscheiden, aber nicht darüber, wie die Milliarden konkret ausgegeben werden. Wenn wir uns aber anschauen, wie die Ausarbeitung der nationalen Aufbaupläne in den Mitgliedstaaten diskutiert wird, wäre das dringend nötig. Zu oft sehen wir nämlich, dass in den Mitgliedstaaten eben nicht nur Zukunftsinvestitionen angeschoben werden, sondern auch Haushaltslöcher gestopft werden, laufende Programme finanziert werden, eben nicht in die Zukunft investiert wird.

Ein Vetorecht des Europäischen Parlaments hätte hier ein wichtiges Korrektiv sein können. Die Kommission hat dieses Versprechen am Ende nicht nur nicht eingelöst, sondern in den Verhandlungen aktiv hintertrieben. Die Zusagen der Kommissionspräsidentin für eine starke Rolle des Parlaments haben sich als leere Versprechungen in den Verhandlungen entpuppt. Auch wenn wir am Ende kein Vetorecht haben, darf ich Ihnen aber versichern, dass wir von unseren Kontrollrechten Gebrauch machen werden.

Es wird am Ende umso wichtiger sein, dass die Kommission dies ebenfalls tut. Es liegt jetzt vor allem an der Europäischen Kommission, sicherzustellen, dass ein echtes europäisches Projekt mit echtem Mehrwert für die Menschen entsteht.

Eric Andrieu (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Secrétaire d'État, Monsieur le Vice-président, nous le savons tous, la facilité pour la reprise et la résilience est l'instrument clé au cœur de «Next Generation EU», notre plan européen pour sortir de la crise actuelle.

Oui, aujourd'hui, ce vote est historique. Cet instrument mettra à disposition plus de 672 milliards d'euros sous forme de prêts et de subventions pour soutenir les réformes et les investissements entrepris par les États membres, d'où l'importance de la qualité des plans de relance établis par ces États membres.

Ce règlement va jouer un rôle crucial dans l'atténuation de l'impact économique et social de la pandémie du coronavirus et dans l'amélioration de la durabilité, de la résilience et de la préparation des économies et des sociétés européennes aux transitions écologique et numérique. Impact économique, mise en œuvre du socle européen des droits sociaux, obligations environnementales et climatiques: voilà l'objet de la facilité pour la reprise et la résilience.

Nous ne pouvons que nous satisfaire, par ailleurs, de l'inclusion du règlement sur l'état de droit au régime général de conditionnalité.

Mais il faut distinguer deux périodes pour la facilité pour la reprise et la résilience: celle durant laquelle la clause de sauvegarde générale est en place, et qu'il lui appartiendra de prolonger, et celle où la clause de sauvegarde générale sera levée. Car même si la conditionnalité macroéconomique est encadrée dans la proposition de la facilité, que va-t-il advenir après la levée de la clause de sauvegarde générale? La Commission est-elle prête à engager une réforme en profondeur du *six-pack*, du *two-pac*k et du Semestre européen? Et, de fait, de réorienter le pacte de stabilité et de croissance?

Les mêmes causes provoquant les mêmes effets, il serait opportun de ne pas commettre les erreurs du passé, d'évaluer précisément la période que nous vivons et de faire des propositions de réformes structurelles de long terme, et en particulier de régler avec responsabilité la question des ressources propres.

Valérie Hayer (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Madame la Secrétaire d'État, chers collègues, c'est une belle aventure que nous nous apprêtons à vivre. J'entends que grâce à ce plan de relance, la ville de Bruxelles va pouvoir enlever les échafaudages de son fameux palais de justice et même rénover le Cinquantenaire – espérons qu'à ce prix-là, le drapeau européen pourra enfin flotter sous ses arcades.

Plus sérieusement, chers collègues, ce plan va nous permettre d'améliorer les performances énergétiques de nos bâtiments, et donc de moins polluer. Ce plan va nous permettre de numériser notre économie, de connecter nos territoires. Il va nous permettre de nous attaquer au fléau des jeunes sans études et sans emploi. C'est ça, l'Europe que nous construisons. C'est ça, l'Europe que nous votons aujourd'hui. Soyons en-fiers.

Néanmoins, un mot d'ordre: pas de fraudeurs. Pas d'État qui déroge à nos valeurs. Pas d'État qui déroge aux critères d'investissement que nous avons décidés collectivement. Nous serons très vigilants à cet égard, soyez-en convaincus.

Dernier point, et peut-être au risque de me répéter, ce plan ne coûtera pas un euro aux États. Il ne coûtera pas un euro aux citoyens, parce que nous avons négocié un accord de remboursement. Cet accord a été négocié par les députés européens, n'en déplaise à certains, ici, dans cette assemblée, qui prétendent le contraire. Les ressources propres seront mises en œuvre et permettront de rembourser le plan de relance.

Chers collègues, l'Europe prend un tournant historique radical. Alors, je le dis sans ambages: oui, c'est un pas de géant vers une Europe plus intégrée et nous devons l'assumer, parce que c'est ça, l'Europe efficace.

Peter Kofod (ID). – Fru formand! Man fanger jo hurtigt, hvad holdningen er her i EU's hellige haller. Hvis ikke EU virker, så er det bare, fordi vi ikke har fået nok af det. Hvis EU konstruktionen er forkert, så skal der bare bygges opad. Og hvis EU's føderale tog er løbet af sporet, så skal der bare skovles endnu mere kul på. Det er EU-doktrinen om og om igen. Mere og mere EU pakket ind i tom retorik om sammenhold og solidaritet. Her taler vi altså om en pakke til flere hundrede milliarder euro, hvoraf op mod halvdelen af pengene er direkte pengegaver til Syd- og Østeuropa. Det er jo et astronomisk beløb, hvor lande med orden i tingene kommer til at betale for dem, der har uorden i sagerne.

Alt det vidner bare om et projekt, der tordner af sted i én retning mod Europas Forenede Stater. Målet synes klart: Finanspolitikken harmoniseres, gældspolitikken harmoniseres, og pengene sendes af sted mod Syd- og Østeuropa. Og så sidder vi andre tilbage med EU-skatter.

Tænk sig, at I udnytter coronakrisen til at få opfyldt jeres føderale våde drømme om endnu mere EU. Hvis man er imod dette føderale pengecirkus, så udstilles man som usolidarisk. Men til jer har jeg en besked, til jer, der forsøger at holde fast i den løgnehistorie: Det er ikke usolidarisk at sige nej til, at lande som Danmark, der har reformeret vores økonomi adskillige gange, nu igen skal betale for de lande, der har forsømt at udvise rettidig omhu med egne pengesager. Det er ikke usolidarisk at holde fast i, at danskerne ikke skal betale for flere pengegaver til Syd- og Østeuropa. Det er ikke usolidarisk at være imod EU-skatter. Jeg er efterhånden dødtræt af, at danskerne skal betale og betale og betale. Jeg stemmer nej til det her, og jeg glæder mig til den dag, Danmark melder sig ud af EU.

Damian Boeselager (Verts/ALE). – Madam President, dear Ministers, dear Executive Vice-President, dear co-rapporteurs and shadows, dear colleagues, this law is no ordinary law. This law is the centrepiece of the EU recovery fund, and it lays the foundation for something new.

When I entered this House one and a half years ago, there was no common European fiscal policy and no needs-based solidarity in times of crisis. When the financial crises hit in the past – and we all know they hit hard – the only support our countries could find lay in unloved and undemocratic tools like the ESM.

With our vote today, this will change. The RRF is no ordinary law. It is a political, federalist, European innovation, a game changer for our common European economic policy and solidarity in Europe. Our vote today may very well mark the beginning of a more permanent architecture to raise EU funds and to direct them where they are most needed, irrespective of nationality.

This law sets new, unheard-of standards when it comes to investment. It requires countries to address the adverse effects of the crisis on women, to invest in the next generation and to support the ones most hit via its social pillar. It ensures that over the next six years, EUR 250 billion need to be invested to fight climate change based on an improved investment tracking methodology, while not spending one cent on harmful activities when it comes to the environment. It ensures that over the next six years, another EUR 135 billion will be invested towards the digital transition.

But this law is not only about investment, it's also about reforms. It asks countries to tackle the weaknesses that they have, because we can potentially get out of this crisis with investments, but we will not be able to weather the next one without reforms.

So with today's vote, the ball is in the court of the countries, and they need to draw up their national recovery and resilience plans. But I would like to give them four short messages on this process.

First, the struggles we can see in some countries show that these plans need to be publicly debated and scrutinised. You need to involve the public, and this cannot just be backroom deals. Second, all countries need to tackle reforms – also Germany, the Netherlands and France. Third, invest fresh money. Don't just repackage existing stimulus packages. And fourth, we from the European Parliament, we will be watching, because we care.

We will scrutinise every euro spent. We will scrutinise every plan to ensure that this project is a success.

Bogdan Rzońca (ECR). – Szanowna Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Wszyscy pamiętamy o popandemicznej redukcji PKB w Unii Europejskiej od 7% do 10%. Chwalimy mądry grudniowy kompromis i czekamy na to, żeby zaowocował on szybkim transferem środków z planu odbudowy. Dotąd państwa same się ratowały. Polski rząd pomagał firmom, przedsiębiorcom, niepełnosprawnym, seniorom.

Unia nie może zatem działać poprzez wydumane ideologie. Ważne cele klimatyczne nie powinny przecież zubażać gospodarek słabych państw. Hitem Unii nie mogą być darmowe zupy, tak jak teraz w Hiszpanii, gdzie jest bezrobocie. Cyfryzacja nie powinna być celem samym w sobie i eliminować ludzi z procesów elektronicznych.

Pandemia nauczyła nas, że Europa musi mieć własne lekarstwa, własny przemysł farmaceutyczny. Obecna zima uczy, że kopalne źródła energii nie są brudne, gdy brakuje prądu i ciepła. W Szwecji zielona energia właśnie przegrała z mrozem, a rząd szwedzki proponuje wyłączenie odkurzaczy. To wszystko dzieje się w Unii Europejskiej.

Priorytety i filary planu odbudowy muszą być ludzkie, realistyczne, bo wtedy osiągniemy sukces. Muszą być też dopasowane do poszczególnych krajów. Wszystkim życzę powodzenia w ich realizacji.

João Ferreira (The Left). – Senhora Presidente, este mecanismo de recuperação tem três problemas capitais que resumiria assim: quanto, quem paga e em que condições será aplicado? Em primeiro lugar não façamos disto aquilo que não é: o dinheiro é muito menos do que o próprio Parlamento Europeu apontou ser necessário. Não chega sequer para mitigar os impactos da pandemia quanto mais para relançar e modernizar as economias. Não é nenhuma bala de prata, não é verdadeiramente uma bazuca.

Em segundo lugar, o mais provável, aquilo que é certo neste momento é que este mecanismo seja reembolsado pelos próprios Estados-Membros que recebem agora por conta de pagamentos futuros. Pagarão o que recebem agora com cortes nas transferências de orçamentos futuros.

Em terceiro lugar, este mecanismo fica amarrado à condicionalidade económica e política impostas pela União Europeia. Para percebermos o que isto significa, recordo que há dois anos, nas recomendações por país da Comissão Europeia, a Comissão Europeia mandava Portugal cortar nas despesas de saúde. Há sempre uma margem de manobra política na aplicação deste como de qualquer outro regulamento. Mas deixar sob os ditames destes senhores a aplicação deste dinheiro não pode dar bom resultado.

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ο Μηχανισμός Ανάκαμψης και Ανθεκτικότητας είναι ένα από τα εργαλεία της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των αστικών κυβερνήσεων για να ενισχύσουν την κερδοφορία των μονοπωλιακών ομίλων συγκεκριμένων κλάδων που ιεραρχούν, για παράδειγμα στη λεγομένη πράσινη και ψηφιακή μετάβαση, με στόχο να ξεπεράσουν τη νέα καπιταλιστική κρίση, την οποία επιτάχυνε η πανδημία, και να επωφεληθούν στον διεθνή ανταγωνισμό, κυρίως με τις ΗΠΑ και την Κίνα.

Οι επιχορηγήσεις ή τα δάνεια δεν είναι «τζάμπα χρήμα», όπως ισχυρίζεται η ΝΔ στην Ελλάδα, ή «προίκα» της χώρας κατά τον ΣΥΡΙΖΑ. Είναι χρήματα των λαών που, σε συνθήκες γενικευμένου χτυπήματος των μισθών και των εργατικών δικαιωμάτων, προορίζονται για τη θωράκιση των μονοπωλίων. Συνδέονται με νέα σκληρά μέτρα (Εθνικά Σχέδια τύπου Πισσαρίδη) και με νέους μηχανισμούς ελέγχου των «στόχων και μεταρρυθμίσεων» που προστίθενται στο αντιλαϊκό οπλοστάσιο του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου, των συστάσεων ανά χώρα και των αξιολογήσεων.

Καλούμε τους εργαζομένους της χώρας μας να απορρίψουν παλιά και νέα μνημόνια, να οργανώσουν την πάλη για τις σύγχρονες ανάγκες τους και να συγκρουστούν με τη στρατηγική της Ευρωπαϊκής Ένωσης, του κεφαλαίου και των κυβερνήσεών του, που τους φορτώνουν τις βαριές συνέπειες της κρίσης.

Esteban González Pons (PPE). – Madam President, we are suffering the second, the third, and maybe soon, the fourth wave of the virus. That also means a second, a third and maybe a fourth wave of the economic crisis. This recovery package was designed only for the first wave. I warn this Parliament: Member States will come for more European money.

There are three things we need to clarify right now. First, national parliaments must immediately ratify the decision on own resources: in other words, there will be No European money without new resources. Second, Parliament must be involved in the decision-making process from beginning to end, and our opinion must be taken into account by the Commission. Third, Parliament must also be involved in the evaluation of the 27 national plans on an equal footing with the Council. National governments have a very bad habit of quickly being in Brussels when they are ask for money, but when it is about transparency and accountability, they turn a blind eye.

This is why, Madam President, I ask you, please, to formally extend an invitation to the Heads of Government of the 27 to come to this Parliament and to present their national plans here, which I must insist are possible because of the generosity of Europeans. We are ready to deliver EUR 750 billion, but for the sake of transparency and decency, don't do this with the lights off and in the backyard of democracy.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, σήμερα είναι η Παγκόσμια Ημέρα ελληνικής γλώσσας και θα μιλήσω στη μητρική μου γλώσσα, που άλλωστε αποτελεί και βασικό θεμέλιο του ευρωπαϊκού μας πολιτισμού. Σήμερα είναι μια καλή ημέρα. Έχουμε συμφωνία με ικανοποιητικό τελικό αποτέλεσμα και θα στηρίξουμε τον Μηχανισμό Ανάκαμψης και Ανθεκτικότητας, ο οποίος περιλαμβάνει επιχορηγήσεις και δάνεια. Είναι το μεγαλύτερο χρηματοδοτικό εργαλείο της Ευρωπαϊκής Ένωσης μέχρι τώρα και πρόκειται να είναι η συμβολή της για την αντιμετώπιση των επιπτώσεων της πανδημίας κατά το μέγιστο, ώστε να επανεκκινήσουμε τις οικονομίες μας και να γίνουν βιώσιμες και ανθεκτικές στο μέλλον.

Ως Ευρωκοινοβούλιο θέσαμε κάτι πολύ συγκεκριμένο. Εφόσον πρόκειται για πρωτοφανή κρίση με τεράστιες αρνητικές οικονομικές και κοινωνικές επιπτώσεις, απαιτούνται ανάλογα πρωτοφανή μέτρα που πρέπει να αντικατοπτρίζονται στην πράξη. Παλέψαμε με επιμονή στις διαπραγματεύσεις και φτάσαμε σε μια τελική συμφωνία που δηλώνει ότι θέτουμε ως προτεραιότητα την κοινή μας δράση για την αντιμετώπιση αυτής της κρίσης. Αυτό είναι ένα πολύ σημαντικό βήμα που κάνουμε ως ευρωπαϊκό οικοδόμημα. Βιώνουμε το δεύτερο κύμα της πανδημίας και υποφέρουν εργαζόμενοι, νοικοκυριά, επιχειρήσεις, ευάλωτες ομάδες, γυναίκες, παιδιά, εκπαίδευση, πολιτισμός και τόσοι άλλοι τομείς που έχουν πληγεί και χρειάζονται στήριξη. Αυτός ο μηχανισμός δίνει τη δυνατότητα στα κράτη μέλη να προχωρήσουν με άντληση χρηματοδοτήσεων για μεταρρυθμίσεις και επενδύσεις σε ένα ευρύ φάσμα —απασχόληση, υγεία, τουρισμός, έρευνα και καινοτομία, περιβάλλον και ενέργεια, μικρομεσαίες επιχειρήσεις και τόσα άλλα. Τα κράτη όμως θα πρέπει να διαμορφώσουν το δικό τους πλάνο, στοχευμένο στο πλαίσιο που διαμορφώσαμε. Σημειώνω ότι υπάρχει μία αναφορά στο κείμενο για τα νησιά και τις απομονωμένες περιοχές και την ανάγκη για μεγαλύτερη προσοχή από την Ευρωπαϊκή Ένωση λόγω των ιδιαιτεροτήτων που αντιμετωπίζουν. Τέλος, η εκμετάλλευση της πανδημίας για επιβολή συγκαλυμμένων μικρών μνημονίων στα κράτη μέλη είναι απορριπτέα. Είναι και μια ευκαιρία να προχωρήσουμε άμεσα στην αναθεώρηση του Συμφώνου Σταθερότητας.

Nicola Danti (Renew). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Vicepresidente, signora Segretaria di Stato, solo un anno fa in quest'Aula nessuno avrebbe potuto immaginare una pandemia di tale portata, una pandemia che ci ha tolto affetti e che ha messo in crisi la nostra economia, ma che allo stesso tempo ci ha resi testimoni del riscatto dell'Europa.

Certo, potremmo soffermarci sull'approccio intergovernativo con cui siamo arrivati al *Recovery* o sugli aspetti critici di questo regolamento. Tuttavia, credo che occorra mettere in evidenza la svolta storica che questo momento rappresenta per il processo di integrazione europea. Davanti alla crisi pandemica abbiamo scelto di fare debito comune, di distribuire le risorse in maniera solidale, di basare i piani nazionali di ripresa sulla coesione sociale e sulle sfide del domani: l'ambiente, il cambiamento climatico, a cui deve essere dedicato almeno il 37 % delle risorse, il digitale con almeno il 20 %, l'attenzione alle nuove generazioni.

Ad alcuni potrà sembrare poco – e per la mia idea di Europa lo è -, ma la strada giusta è stata imboccata. A noi e ai nostri paesi spetta percorrerla con coraggio e senza guardarsi indietro.

Laura Huhtasaari (ID). – Arvoisa puhemies, taloudellisia kriisejä tulee. Sitä vain harvoin pystyy ennustamaan, mikä sen aiheuttaa tai milloin sellainen tulee. Tällä kertaa kriisin laukaisi koronapandemia.

Paras tapa varautua kriiseihin on pitää oma talous kunnossa, jotta on varaa elvyttää, kun on tarve. Taloustieteen dosentti Malinen pitää elvytyspakettia euron tukipakettina, koska valitettavasti yhteisvaluutta euro vei jäsenvaltioilta oman valuutan. Valuutan yksi tärkeimpiä tehtäviä on joustaa kriiseissä ja taantumisissa. Tämä olisi taloudellisesti paljon järkevämpi tapa tasata kilpailueroja tulonsiirtojen sijaan. Yhteisvaluutassa heikoimmista maista tulee yhä heikompia ja vahvemmista vahvempia, koska pääomasijoitukset hakeutuvat tuottavampiin maihin. Tätä kompensoidakseen valtio joutuu ottamaan velkaa ja kun velkaa on otettu riittävästi, tulee velkakriisi.

Valuuttaunioneilla on kaksi vaihtoehtoa. Tulonsiirtounioni tai sitten siitä tehdään exit-mekanismi. Minä en kannattanut euron tukipakettia 2011 enkä kannata tätäkään elvytyspakettia, koska en ylipäätään kannata tulonsiirtounionia. Haluaisin, että me seisoisimme omilla jaloillamme tässä Euroopassa, niin olisimme vahvempia.

Haluaisin myös tietää tai oikeastaan kysyä, että miksi ja kenen määräyksestä komission tietosivuilta poistettiin seuraava lause: EU ei saa rahoittaa budjettiaan velanotolla. Tällä lauseella viitattiin artiklaan 310. Tämä lause oli vielä komission tietosivuilla toukokuussa 2020. Tarkoittaako tämä mystinen lauseen häviäminen sitä, että nyt yhtäkkiä EU:n budjettia voidaankin rahoittaa velanotolla?

Jordi Solé (Verts/ALE). – Madam President, the Recovery and Resilience Facility (RRF) is a crucial part of the EU's response to the economic shock caused by the pandemic. It is already a historic achievement in at least three aspects: first, the amount of money it will mobilise; second, the way it will be financed through common debt; and third, the priorities it will have to concentrate on, mainly relating to the climate and the digital transition, but also social cohesion and resilience.

However, we need to make these funds a success also in another aspect: in their implementation and execution. And for this it is imperative that projects financed by the facility address structural deficits and bring about real transformation of our economies, that in the private sector SMEs can also become the beneficiaries of these funds and sub-state governments, having first-hand information on the needs of their economies and territories, get involved in the whole cycle of decision-making and governance of the investment plans. The recovery and transformation of some of our economies may largely rely on the smooth execution of these funds.

Derk Jan Eppink (ECR). – Voorzitter, wij spreken hier over het uitgeven van veel geld: 750 miljard euro. Maar misschien mag ik het toch zeggen: dat geld is er nog niet. De ratificatie van het hulpfonds verloopt via de nationale parlementen van 27 lidstaten. De meeste landen hebben een tweekamersysteem, dus het gaat om ruim 50 parlementen. De Duitse Bondsdag moet opletten. De EU trekt veel macht naar zich toe. Er is een *Gestaltwandel*, een gedaanteverwisseling van de EU richting federale staat. Dat kan de Duitse horde verhogen naar het vereiste van een tweederdemeerderheid in de Bondsdag.

Let ook op Nederland. De senaat staat niet te juichen bij weer een ronde transfers. Voor de Tweede Kamer zijn er verkiezingen op 17 maart en de publieke opinie lust dit voorstel niet. Dus, meneer de commissaris, juich niet te vroeg. U bent er nog niet.

Silvia Modig (The Left). – Arvoisa puhemies, covid on ollut ennennäkemätön kriisi niin Euroopassa kuin maailmanlaajuisestikin. Sen vaikutukset talouteen ja hyvinvointiin tulevat olemaan pitkäkestoisia ja suuria.

On hyvä, että tässä poikkeuksellisessa tilanteessa EU pystyi tähän poikkeukselliseen ratkaisuun. Poikkeukselliset ajat tarvitsevat poikkeuksellisia keinoja. Vaikka paketti ei kaikkia covidin kustannuksia tai vaikutuksia kata, se tuo vakautta ja luotettavuutta Euroopan talousalueeseen ja antaa ihmisille myös toivottavasti tulevaisuuden uskoa.

Ja mikä tärkeintä, rahankäytölle on asetettu kriteerejä, jotka edistävät niitä tavoitteita ja haasteita, joita edessämme olisi covidista riippumatta. On tärkeää, että RRF sisältää korvamerkittyä rahaa niin ilmastoon, ilmastotyöhön kuin digitalisaatioon. Jos elvytysmiljardit käytetään Green Dealin periaatteiden mukaisesti, voimme onnistua vauhdittamaan siirtymää kohti hiilineutraalia yhteiskuntaa, mutta viruksen todelliset kustannukset ja vaikutukset tulemme näkemään vasta tulevina vuosina, kun covidin vaikutukset hyvinvointiin tulevat kokonaisuudessaan näkyviksi. Siksi tulevina vuosina meidän tulee entistä enemmän vahvistaa sosiaalista ulottuvuutta, jotta tämä kriisi ei kohtuuttomasti kasvata eriarvoisuutta.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Madam President, Spain ranks first in COVID victims, but it ranks last in government support to small businesses and self-employed workers. Without support, thousands will go bankrupt, but the Spanish Government has increased the budget for the king and for the army, and has no plans for struggling businesses.

Spain will be the top beneficiary of the recovery fund. Will they invest this money wisely? Well, the government has set up an allocation scheme, tailor-made to benefit the big IBEX 35 Spanish corporations. Spanish crony capitalism periodically threatens the stability of the eurozone.

A decade ago, taxpayers rescued banks that never paid back. And once again, now the Spanish oligarchy is ready to take the money – the European taxpayers' money – and run, with the permission of the Commission!

Mr Commissioner, your protection of Spanish malpractice is dragging the Europeans into the mud. Last week's embarrassment in Moscow with Mr Borrell was just a first taste.

Janusz Lewandowski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Kryzys to nie jest dobry czas dla rozwiązań wspólnotowych. Dramatyzm sytuacji skłania do szybkich reakcji międzyrządowych, co stawia Parlament w trudnej sytuacji. Tak było w czasie kryzysu finansowego, kiedy powstawały *ad hoc* rozmaite mechanizmy ratunkowe, które z czasem zamieniły się w trwały Europejski Mechanizm Stabilizacji. I tak jest teraz.

Ten *recovery and resilience facility*, który jest trzonem planu odbudowy, był co do swego rodowodu przedsięwzięciem międzyrządowym. Siegfried Mureşan i inni podjęli trudną misję uwspólnotowienia tego, co międzyrządowe. Moim zdaniem osiągnęli maksimum tego, co możliwe, zamieniając *ex post* kontrolę Parlamentu w nadzór nad poszczególnymi etapami wdrażania tego programu. Mówi się, że to jest *Hamiltonian moment* w integracji europejskiej, zwracając uwagę na uwspólnotowienie długu. Tylko że uwspólnotowienie długu już było, o czym dobrze wie Valdis Dombrovskis, który wykorzystał *balans of payments facility* w czasie kryzysu finansowego. Nadzwyczajna jest skala tego przedsięwzięcia. Ale trzeba spojrzeć na drugą stronę budżetu, czyli dochody własne, bo to może być trwała spuścizna tego programu. I przesądzi o tym, że będzie to nie ciężar, ale osiągnięcie dla przyszłych pokoleń Europejczyków.

I jeszcze jedno: ten program, będący wielkim gestem solidarności europejskiej, w krajach, które są autorytarne, może zamienić się w uprzywilejowanie swoich z niesprawiedliwym traktowaniem tych, którzy są w obronie europejskich wartości.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Irene Tinagli (S&D). – Mr President, the Recovery and Resilience Facility is not only a way to address the effects of the COVID crisis, but a great leap forward towards a closer and deeper union. It complements the action of the European Central Bank and partially overcomes the lack of a common European fiscal capacity for the time being.

However, we would be wrong to consider this facility as the final destination of our journey. This is just the beginning. Full recovery will require time, energy, commitment and a great sense of responsibility. In order to succeed, new forms of dialogue and interaction, solidarity and mutual understanding are required. Now, more than ever, it's clear that having a solely national perspective for economic and budgetary measures is not only pretentious, but is short-sighted and inefficient.

So a truly European approach is the only way to foster territorial cohesion, to fight social inequalities, and to support policies dedicated to the next generation of Europeans. As a Parliament, over the next years, we will be vigilant to ensure that the Commission carries out the tasks assigned in appropriate ways so that the facility reaches its objectives, especially in terms of digital and environmental transformation, social impact and the Next Generation policies that we have envisaged for the Union.

It will not be easy. There will be bumps along the road and divisive forces will always be around the corner, and we got a sample from the debate this morning. So I say to my colleagues that we have created a powerful instrument for unity and solidarity. Now it's our responsibility to make sure that what was conceived to unite us will not end up dividing us.

Moritz Körner (Renew). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir diskutieren heute über die Resilienzfazilität, über die europäische Antwort auf unsere Wirtschaftskrise.

Wir müssen sicherstellen, dass wir wirklich innovativer, stärker und vor allem mutiger in die Zukunft kommen damit. Dabei geht es nicht nur darum, dass wir das Geld für die richtigen Prioritäten ausgeben, sondern dabei geht es auch darum, dass wir richtige Reformen in allen Mitgliedstaaten bekommen. Denn alle müssen ihre Hausaufgaben machen, damit wir gemeinsam stärker wieder aus dieser Krise kommen.

Wenn ich da auf mein Heimatland schaue: Die Bundesregierung sieht sich immer noch als wirtschaftspolitischer Lehrmeister in Europa und muss jetzt selber nachsitzen, weil die Kommission weitere Reformen fordert, und genau das ist richtig. Ich fordere die Kommission auf, weiter hart zu bleiben. Auch bei der Frage Ungarn. Da sehe ich jetzt, dass die Kommission gefordert hat, das Vergaberecht zu ändern, um endlich den systematischen Betrug zu ändern – auch das ist richtig.

Ein letzter Gedanke. Neben dem RFF hätte das Impfen in Europa größere Priorität haben müssen. Wir hätten mehr und schneller investieren müssen in Produktionskapazitäten. Umso schneller wir durchs Impfen aus der Krise herauskommen, desto besser für Wirtschaft und Gesellschaft.

France Jamet (ID). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Madame la Secrétaire d'État, mes chers collègues, la crise pandémique a aggravé de façon dramatique les difficultés économiques déjà saillantes des peuples européens, rendant indispensable une action claire et forte afin de soutenir l'économie. Personne ne le dispute. Agir est impératif.

Cependant, la nécessité de l'action ne doit pas occulter le contenu sur lequel nous sommes amenés à nous prononcer aujourd'hui. La facilité de résilience, qui entend disposer de 672 milliards d'euros dans le cadre du plan de relance européen, laisse apparaître de nombreuses incertitudes et de nombreux défauts.

L'Europe se confond depuis trop longtemps dans cette logique de surendettement perpétuel. Dès qu'une crise se présente, nous cumulons et accumulons des milliards d'euros de dettes nouvelles sans jamais nous poser la question du remboursement, ou presque. Certains repoussent à demain, d'aucuns voudraient purement et simplement annuler ces dettes, comme s'il existait un argent magique que l'on pourrait faire apparaître ou disparaître, selon l'inclination du moment. Mais la dette n'est qu'un impôt différé.

Certains parlent de ressources propres. Cela signifie un impôt nouveau. En utilisant ces 672 milliards d'euros, nous devons avant tout penser à nos enfants et nos petits-enfants demain. Et à nos retraités aujourd'hui, à qui l'on va tenter de faire payer la facture.

Plus que jamais, nous devons changer ce modèle mondialiste apatride qui saccage nos économies. Il nous faut réintroduire la souveraineté nationale dans notre modèle économique afin de restaurer un véritable tissu économique local, solide, capable de résister aux crises sanitaires aussi bien qu'aux folies du capitalisme financier qui tue les vrais entrepreneurs et les vrais créateurs d'emplois et de richesses.

Plus que jamais, pour cesser cette fuite en avant, la solution se trouve dans la nation, menée par des dirigeants lucides et responsables.

Alexandra Geese (Verts/ALE). – Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Wiederaufbaufonds zeigt, dass Europa dann stark ist, wenn es solidarisch zusammenhält und voranschreitet.

Dieser Fonds investiert in die grüne Transformation und in die Digitalisierung Europas. Und das ist richtig so. Aber leider wurde eines in der Grundarchitektur dieses Konjunkturpakets vergessen: nämlich die Hälfte der Bevölkerung, die gerade bei geschlossenen Kitas und Schulen den Großteil der unbezahlten Arbeit leistet, die unsere Gesellschaft in dieser schweren Krise zusammenhält und die den höchsten Preis für die Krise zahlt.

In Italien, dem größten Empfängerland des Konjunkturpakets, sind 70 Prozent der Menschen, die in der Krise ihren Arbeitsplatz verloren haben, Frauen. Das Konjunkturpaket aber investiert mehrheitlich in Branchen, in denen fast nur Männer arbeiten. Das ist nicht nur absurd und ungerecht, das ist auch wirtschaftlich nicht zielführend.

Und es ist gut, dass die Kommission jetzt nachgesteuert hat und Geschlechtergerechtigkeit in allen Prioritäten verankert hat. Denn eine erfolgreiche Wirtschaft und einen starken sozialen Zusammenhalt wird es nur mit den Frauen geben.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Pani Minister! Walka o środki na fundusz odbudowy trwała bardzo długo, bo w zasadzie od wiosny poprzedniego roku. Mamy nadzieję, że zakończy się sukcesem, choć na tej sali słyszeliśmy już głosy, że niektóre parlamenty mogą tego funduszu nie zatwierdzić, a środki na odbudowę europejskiej gospodarki są naprawdę bardzo potrzebne.

Wstępne dane Eurostatu mówią, że spadek PKB w całym roku 2020 wyniósł aż 8%. Są kraje, gdzie ten spadek będzie większy niż 10%. Być może dwa pierwsze kwartały tego roku także skończą się recesją. Chciałbym, aby środki z funduszu odbudowy były przydzielane jak najszybciej i przekazywane państwom członkowskim. Miejmy nadzieję, że stanie się to już w drugiej połowie tego roku. Dobrym rozwiązaniem jest możliwość refundacji wydatków poniesionych przez państwa członkowskie. Rzeczywiście gdyby nie te wydatki, prawdopodobnie sytuacja gospodarcza byłaby gorsza. Mój kraj na ten cel przeznaczył blisko 10% PKB z dobrym skutkiem.

Δημήτριος Παπαδημούλης (The Left). – Κύριε Πρόεδρε, το Ταμείο Ανάκαμψης που εγκρίνουμε σήμερα είναι ένα θετικό βήμα. Οι Έλληνες ευρωβουλευτές της Αριστεράς το στηρίζουμε, αν και το θεωρούμε εντελώς ανεπαρκές. Το στηρίζουμε γιατί η έκδοση κοινού χρέους από τους 27 με εγγύηση της Επιτροπής υλοποιεί —έστω και με μεγάλη καθυστέρηση— τη θετική πρόταση για ευρωομόλογα. Το στηρίζουμε γιατί τα 390 δισ. ευρώ σε επιχορηγήσεις προς τον ευρωπαϊκό Νότο και την ευρωπαϊκή Ανατολή είναι ένα σοβαρό βήμα μεταβιβαστικών πληρωμών. Είναι, όμως, εντελώς ανεπαρκές γιατί σχεδιάστηκε πριν από έναν χρόνο σχεδόν και στο μεταξύ η ένταση και η διάρκεια της πανδημίας, το μέγεθος της κρίσης και της ύφεσης απαιτούν δραστικότερα πρόσθετα μέτρα.

Η ευρωομάδα της Αριστεράς ζητά τον διπλασιασμό των κονδυλίων του Ταμείου Ανάκαμψης από τα 750 δισ. στο 1,5 τρισ. ευρώ, για να έχουμε πραγματικά ένα ευρωπαϊκό «μπαζούκας». Παράταση της αναστολής του Συμφώνου Σταθερότητας έως το 2023 και αντικατάστασή του από ένα ρεαλιστικό σύμφωνο σύγκλισης και βιώσιμης ανάπτυξης. Ευρωπαϊκή ελάφρυνση του χρέους και επιτάχυνση της υλοποίησης των εθνικών σχεδίων για να πιάσουν τόπο αυτά τα χρήματα, μακριά από πελατειακά δίκτυα και διαφθορά. Τα χρήματα αυτά δεν ανήκουν στις κυβερνήσεις και τα κόμματα· ανήκουν στους λαούς και τις κοινωνίες.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovani predsjedavajući, Europa je pogriješila u krizi 2008. godine. To je na kraju krajeva i priznala. Europa je, nažalost, pogrešno pristupila i ovoj krizi. Naime, do kraja godine očekuje se bankrot više od pola srednjih i malih poduzeća koja u Europi zapošljavaju više od dvije trećine zaposlenih.

Restriktivne mjere i *lockdown* koji su uvedeni diljem Europe imaju vrlo mršavu znanstvenu podlogu. Politički centri moći su donijeli ove odluke i slijepo su slijedili Svjetsku zdravstvenu organizaciju.

Upravo je politika odlučila da se koriste maske. Politika je odlučila da nema testiranja na gripu pa prvi puta nakon više desetljeća nemamo gripe jednostavno. Politika je odlučila da se koriste nepouzdani PCR testovi. Politika je odlučila da nakon smrti nema autopsija. Jer zašto bi ljudi, kao i svih godina dosada, umirali od srca, raka pa i od same gripe kad se sve to može lijepo prekrižiti u koronu.

Sve je napravljeno da se dobiju brojevi koji su se htjeli dobiti. I sada dolazi Komisija ovdje s nekakvim ekonomskim mjerama kao spasitelj, a kada će priznati više svoju grešku?

Lídia Pereira (PPE). – Senhor Presidente, o Mecanismo de Recuperação e Resiliência é o coração da nossa recuperação económica. A nossa responsabilidade é grande e aqui estaremos para acompanhar a execução e escrutinar a mesma. Cabe agora aos Estados-Membros fazerem a sua parte e aplicarem os recursos com rapidez, competência e transparência.

O grande desafio da saúde pública é a contenção da pandemia. O grande desafio da recuperação é a transformação deste plano em resultados concretos. Mas, assim como as trapalhadas nos planos de vacinação de alguns Estados-Membros são incompreensíveis, qualquer desleixo ou negligência na aplicação deste mecanismo será inaceitável.

Ao longo do último ano, aprendemos que o tempo da pandemia ultrapassa o tempo da política. Está na hora de inverter a tendência e trocar os anúncios pelas soluções. Os europeus não precisam da propaganda dos seus governos, mas de respostas. Não precisam de cativações, mas de investimentos concretizados. Não precisam de desculpas, mas de transparência na aplicação dos fundos. Não precisam que o dinheiro seja gasto em burocracias, mas da sua chegada à economia real: às famílias e às empresas.

Do que precisam os muitos empresários e trabalhadores que suportaram até hoje o Estado social europeu é que este agora não lhes falhe e lhes permita reconstruir a sua vida, o seu negócio e assim poderem voltar a contribuir para um futuro mais sorridente para todos.

Margarida Marques (S&D). – Amiga Ana Paula Zacarias, Vice-Presidente Dombrovskis, o Quadro Financeiro Plurianual e o Next Generation EU são pilares essenciais da resposta europeia a uma crise sem precedentes, pela sua dimensão e porque assentam no princípio básico da solidariedade europeia, princípio que preside à emissão de dívida comum europeia, ou seja, à mutualização desta dívida. Um esforço de todos num passo decisivo na história da Europa.

O mecanismo de recuperação e resiliência é uma oportunidade única de promover uma mudança real, permitindo que a União Europeia e todos os Estados-Membros saiam desta crise com economias mais fortes, mais coesas, mais igualitárias. Uma mudança para uma transição verde e sustentável, assente numa transformação digital dos cidadãos e das empresas. Mas, para isso, exige-se complementaridade: complementaridade com os Planos Nacionais de Reformas, complementaridade com o orçamento da União Europeia, dos Fundos Estruturais ao Horizonte Europa, ao InvestEU, ou ao programa Saúde EU4Health.

Juntos, todos estes instrumentos são a chave para a mudança. Por isso, é inadiável a ratificação pelos parlamentos nacionais do Next Generation EU para ter um fundo, mas é também inadiável que as parcerias entre a Comissão Europeia e os Estados-Membros funcionem para facilitar a aprovação dos planos nacionais de recuperação económica e social. A sua rápida aprovação e boa implementação é a urgência da recuperação. Façamos todos a nossa parte.

Billy Kelleher (Renew). – Mr President, I welcome the debate on the Recovery and Resilience Facility, and there is no doubt the pandemic has caused untold damage to economies across the European Union. So this particular facility is very welcome and I hope it's ratified by Member States and that it will have a meaningful impact in the key areas, the environment, climate and digitisation of our economies.

But the significant challenge, of course, will be how we will decide in the next couple of years regarding the Stability and Growth Pact and the review that it's going through. The fact of the matter is we've suspended it at the present time so countries are able to access funding that, in the event of the Stability and Growth Pact being brought back with the very strict criteria that underpin it, it could have a very damaging effect on individual Member States and destabilise. So, clearly, I would suggest that over the next number of months, the review of the Stability and Growth Pact takes into account the new challenges ahead of us in the time and not looking back retrospectively as well.

The other key area, of course, is we do need to have a very mature debate in this Parliament across all Member States with regard to the issue of own resources if we are to ensure that this fund is underpinned with genuine funding capabilities into the future.

Joachim Kuhs (ID). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden heute über den Aufbau- und Resilienzfonds und die Fazilität. Das Wort Fazilität, das weckt bei mir aber schlechte Erinnerungen.

Denken Sie daran: Vor zehn Jahren haben wir hier in diesem Haus auch über eine andere Fazilität abgestimmt. Damals ging es um diese europäische Finanzierungsfazilität. Diese Stabilitätsfazilität ist nicht unbedingt vertrauenerweckend, wenn es darum geht, jetzt eine neue Fazilität ins Leben zu rufen. Und für mich ist hier ein Riesenproblem: Wenn es damals schon so schlecht lief, warum soll es heute besser laufen?

Im Übrigen: Wir sehen doch, dass zum Beispiel, wenn es darum geht, Geld auszugeben, wir noch 300 Milliarden EUR übrig haben, die noch nicht ausgegeben wurden aus dem letzten MFF. Und jetzt glauben Sie, dass wir mit 670 Milliarden neuem Geld jetzt mehr ausgeben und besser ausgeben können? Das Geld wird lange, lange Jahre brauchen, bis es zu den Empfängern kommt. Wir brauchen aber sofort Hilfe. Wie wollen Sie das tun? Und spätestens dann, wenn die Bürger merken, dass man diese Bonds nicht essen kann, dann werden sie merken, dass hier irgendetwas völlig falsch gelaufen ist.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, first of all I would like to thank my colleagues who have been working on getting this recovery funding getting to a really credible European investment programme that we have been fighting for in this Parliament for a very long while. So I think that is really good, and it is also true that thanks to Parliament there is now credible greening and investment in digitalisation which was not the case beforehand.

But now the real work starts. It's about the implementation. And here really to the Portuguese Presidency: you have been fighting for a credible European investment programme. It's now in the hands of the Member States to deliver credible national recovery plans, and really this needs to be done in full transparency. This needs to be under public scrutiny to really see that these are really true investments and not just repackaging of money. And this is also to the Commission: when you are judging it, do it in transparency, don't do this behind closed doors which is ongoing right now.

And then the last point. This is about European investment money, but we all know the real investments are still at the national level, thousands of billions of euros. Let's make sure that goes in the right direction as well, otherwise this European investment fund will not deliver enough.

Andżelika Anna Możdżanowska (ECR). – Panie Przewodniczący! Cieszę się, że przedmiotem naszych obrad jest konkretny program pomocy Europie, a nie kolejny projekt jej ideologicznej przebudowy. Europejski Instrument na rzecz Odbudowy i Zwiększania Odporności (672 miliardy euro dla Europy) to wynik wspólnych żmudnych negocjacji i ciężkiej pracy łączącej interesy wszystkich państw członkowskich. Ale czy jest wystarczający i sprawiedliwy? Nie do zakwestionowania jest potrzeba zaangażowania ogromnych wspólnych funduszy na inwestycje w zieloną transformację, która musi być traktowana w całej Europie w długiej perspektywie jako wspólny ważny środek polityki Unii Europejskiej. Istotny jest fakt, iż państwa członkowskie mają różne punkty wyjścia i rozwoju, a dziś we wspólnej solidarności potrzeba zrozumienia, jakich inwestycji i reform potrzebują, tworząc krajowe plany odbudowy jako poszczególne gospodarki Europy.

Polska potrzebuje finansowania w infrastrukturę przesyłową i dystrybucyjną. Dziś Polska potrzebuje produkcji energii elektrycznej i ciepła w oparciu o gaz jako niezbędnego rozwiązania przejściowego dla wspólnych celów klimatycznych. Apeluję, by zamiast na biurokrację postawić na realne potrzeby każdego z państw członkowskich.

Enikő Győri (PPE). – Meggyőződésem: Európa és a hazám, Magyarország is többszörösen nyert azzal, hogy bő fél év kemény csatái után megszületett a gazdasági helyreállítási alap. Először is, mert a lengyel és a magyar kormány ellenállt a hihetetlenül erős nyomásnak, élt a Szerződésekben biztosított jogával, így elejét vette annak, hogy politikai ideológiai vitákat forrásmegvonással lehessen eldönteni. Európa összes polgára nyert azzal, hogy a zsarolás nem került be az uniós eszköztárba. A jogállamiság fontosabb számukra annál, minthogy hagyjuk, hogy egyesek visszaéljenek vele. Másodszor, az Unió megmutatta, képes tanulni az előző válságkezelési hibáiból. Megszorítással, a munkavállalók, a kkv-k, a családok ellehetetlenítésével nincs növekedés.

Mi munkaalapú gazdaságot és sok régi családpolitikát viszünk évek óta, munkahelyeket teremtünk befektetéseken és strukturális reformokon keresztül. Jelenleg folyik otthon a társadalmi párbeszéd, melynek során a polgárok elmondják véleményüket a fejlesztési tervekről. Harmadszor, ez az eszköz esély arra, hogy Európa újra versenyképes legyen. Nem az a cél, hogy visszatérjünk a régi kerékvágásba, hanem hogy felvegyük a kesztyűt a versenytársakkal. Magyarország partner abban, hogy Európa végre környezeti és gazdasági értelemben is fenntartható pályára álljon, hogy a digitális színtéren is megjelenjen. Ha ezt most elvétjük, a mindenfelé irigyelt európai jóléti életformát az unokáink már csak hírből fogják ismerni. Közös felelősségünk hogy a forrásokat hatékonyan és az utolsó fillérrel is elszámolva költsük el. Kérem a Bizottságot, segítsen, hogy a tagállamok egyéni megfontolásokat is el tudjanak fogadni.

Simona Bonafè (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo un'urgenza in questo momento: far arrivare il prima possibile e senza ritardi le risorse del *Recovery and Resilience Facility* all'economia reale, ai lavoratori, alle imprese.

L'Europa ha saputo dare una risposta inedita per una crisi inedita e ha dimostrato di non essere solo un grande mercato interno ma una comunità di destino, una comunità solidale. Per la prima volta abbiamo un'emissione di debito comune e comuni sono gli obiettivi da raggiungere per ripartire.

Questo fondo sarà un successo se non sprecheremo le risorse per spese orientate ancora al passato, ma sapremo indirizzarle davvero verso l'economia del futuro. Abbiamo l'occasione per fare di questa drammatica crisi un'opportunità per cambiare radicalmente modello di sviluppo e di crescita e per renderlo più a misura di persona, più equo, sostenibile socialmente e ambientalmente.

Queste sono le uniche vere condizionalità alle quali dovremo tutti guardare e dovremo mettere da parte invece quelle macroeconomiche della stagione dell'austerità, che riteniamo essere definitivamente passate, e lavoreremo perché anche le regole che ancora le riguardano cambino e tengano conto della nuova realtà che abbiamo davanti.

Ondřej Kovařík (Renew). – Pane předsedající, pane místopředsedo Komise, plán obnovy Evropské unie představuje významnou podporu oživení ekonomiky a vypořádání se s následky pandemie. Musíme jej však spustit co nejdříve a zaměřit se jak na nejvíce zasažené sektory, tak na – z budoucího hlediska – strategické oblasti. Např. pro Českou republiku tento plán znamená injekci přes 180 miliard korun v přímých platbách a další stovky miliard na případných úvěrech. Tyto prostředky nám umožní vyšší investice tam, kde to nejvíce potřebujeme, např. k urychlení digitalizace, a to jak ve veřejném, tak v soukromém sektoru, napomáhání modernizace ekonomiky, podpoře konkurenceschopnosti, podpoře malých a středních podniků tak, aby se zpátky postavily na vlastní nohy a mohly se dále rozvíjet. Jak jsme se v

této krizi přesvědčili, je také potřeba investovat do zdravotnictví a mimo jiné do modernizace dopravy a infrastruktury. Evropský plán má potenciál urychlit návrat na úroveň před krizí a celkově posílit naši ekonomiku a tuto příležitost bychom měli využít.

Jean-Lin Lacapelle (ID). – Monsieur le Président, chers collègues, le plan de relance européen qui vient en soutien à nos entreprises contient de nombreux éléments aberrants. Aberrants d'abord par ce qui s'y trouve. Tout d'abord, une clé de répartition financière indigeste et injuste par laquelle les plus gros contributeurs, dont la France, recevront moins qu'ils ne donneront.

Deuxièmement, l'ignoble article 9 bis, qui lie le bénéfice du plan de relance au respect de l'état de droit et des valeurs fondamentales de l'Union, est un véritable chantage idéologique et financier.

Troisièmement, une obligation pour les États de préparer des plans nationaux pour la reprise et la résilience sur quatre ans qui appliquent les ordres du Semestre européen, véritable super-étatisme européen.

Quatrièmement, une obligation folle de consacrer pour chaque projet au moins 60 % des montants au climat et au numérique.

Enfin, une compétence étendue et pourtant illégitime pour l'OLAF et le parquet européen de mener des enquêtes, c'est-à-dire, en pratique, un contrôle par eux des finances des États membres.

D'autre part, ce plan de relance est aussi aberrant parce ce qui en est absent. En fait, ces 724 milliards seront affectés à la poursuite des priorités de l'Union européenne, alors que c'est à cause d'elle que nous avons été si durement touchés. Rien sur les relocalisations, pourtant promises. Rien sur le pilotage national des industries stratégiques. Rien sur la souveraineté et l'autonomie.

Au contraire, le rapport demande toujours plus d'intégration. L'Union européenne n'a décidément tiré aucune leçon ni de la crise sanitaire ni de notre dépendance logistique. Elle a été incompétente dans l'approvisionnement des masques, incompétente dans l'acquisition des tests, incompétente dans la gestion des matériels de protection médicale, incompétente, enfin, dans la négociation et la livraison des vaccins.

L'Union européenne rêvait d'une grande Europe de la santé. C'est finalement une Europe du fiasco qu'elle nous a présentée. Or, c'est par l'indépendance industrielle et la maîtrise de nos chaînes de production que nous atteindrons la force et la solidité. Il en est encore temps.

Marie Toussaint (Verts/ALE). – Monsieur le Président, voilà des mois que nous discutons des fonds publics, qu'il nous faut mobiliser de manière indispensable pour répondre à la crise économique et sociale qui nous frappe. N'oublions pas toutefois que cette crise est systémique et d'origine écologique. Elle découle des atteintes à la biodiversité, qui est la grande sacrifiée de cet accord. Il nous faut réorienter notre économie pour qu'elle garantisse à la fois la justice sociale et la protection de notre planète. Pourtant, les règles que nous avons adoptées pour encadrer ce plan de relance ne répondent pas à cette urgence. Au contraire, les conditions liées au Semestre européen sont injustes et seront douloureuses à l'avenir. Une fois de plus, le long terme est sacrifié aux intérêts du court terme.

Par ailleurs, nous n'avons pas encore de garantie que les fonds non fléchés pour le climat ne nuiront pas à la transition. On nous parle d'un filet de sécurité, la taxonomie, qui est fragile, car affaibli par les lobbies. Selon le Haut conseil pour le climat, en France, par exemple, deux tiers du plan de relance français relanceront l'économie du passé.

Pour finir, un appel: étudions et conditionnons nos plans de relance à leur impact sur les 10 % les plus pauvres. Ce sont les premiers frappés par la crise. Alors, soyons audacieux et prenons aujourd'hui cette initiative.

Jessica Stegrud (ECR). – Herr talman! Efter 25 år i näringslivet önskar jag att jag kunde säga att den nu pågående skuldsättningen av kommande generationer kommer att leda till konkurrenskraft, innovation, långsiktig tillväxt och framtida välfärd. Men är det verkligen detta pengarna går till? Jag tvivlar. För i Spanien har man infört medborgarlön och lagt förslag om att minska antalet dagar i en arbetsvecka till fyra. I Frankrike går pengar till att behålla en orimligt låg pensionsålder, och i Italien planeras det skattesänkningar men ingen sanering av statsfinanserna.

Allt detta medan den svenska företagaren får se sitt livsverk gå i kras. Den svenska arbetaren får jobba allt längre, betala allt mer i skatt och allt oftare sluta sitt liv som fattigpensionär. För någon måste betala, och som vanligt drar svenskarna, med hjälp av övriga svenska riksdagspartier, det kortaste strået. EU har blivit en bidragsunion och Sverige får fortsatt agera bankomat. Det är inte hållbart.

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi con il piano di rilancio che l'Europa sta concependo giochiamo un nuovo inizio. Un nuovo inizio che ha per noi italiani, per il mio paese di provenienza, come primo capitolo il nome di Mario Draghi, incaricato dal Presidente della Repubblica di costruire questo tentativo per un paese così colpito.

È una ristrutturazione del paradigma economico e politico quella a cui ci apprestiamo. I partiti, tutti i partiti si sono trovati costretti a giocare nella logica, nella speranza di un'Europa che torni ad essere potenza globale. E questo è il vantaggio che noi possiamo portare a tutti. Riforme abbinate a risorse, in modo tale che dopo la pandemia questo continente sia un continente che procede ad un ritmo diverso rispetto a prima, dove le regole si piegano alla logica della crescita.

Quindi non sprechiamo occasioni, non parliamo di *Green Deal* come se si trattasse di uno strapuntino moralistico da riportare a una comunità che già l'ha accettata quella sfida. Utilizziamo questo come strumento per portare nel mondo le eccellenze europee in ambito industriale nel settore della sostenibilità. Insomma, un piano di rilancio che ci consente di non accontentarci di essere definiti Unione di Stati, ma che ci recupera allo spirito della comunità di popoli europei.

Victor Negrescu (S&D). – Domnule președinte, Mecanismul de redresare și reziliență reprezintă șansa noastră pentru a trece cu bine peste actuala criză. De aceea, am alocat 20 % pentru transformarea digitală și 37 % pentru zona de mediu, dar Parlamentul European a cerut mai mult. Am solicitat 10 % pentru educație, pentru că fără educație nu putem să vorbim de o viziune pe termen lung, și 2 % pentru sectorul cultural și creativ, grav afectat de criză.

Avem nevoie de mai multă ambiție. Planurile de redresare trebuie realizate transparent, să nu fie politizate, să răspundă exigențelor de reformă enunțate în rapoartele de țară și să fie rezultatul unor ample consultări publice, organizate temeinic.

Din păcate, sunt guverne, precum cel din România, care preferă să nu asculte recomandările europene. Parlamentul European trebuie să fie implicat în implementarea acestor planuri pentru ca banii europeni să ajungă la beneficiarii reali. Vă propun crearea unui mecanism de control la nivel european care să vegheze la corectitudinea și transparența implementării planurilor de redresare.

Caroline Nagtegaal (Renew). – Voorzitter, het tijdelijke coronafonds: hier is terecht lang over onderhandeld. En ja, ook door Nederland. Want om economische problemen het hoofd te bieden met het uitdelen van meer en meer subsidies, neen, daar geloof ik niet zo in. Waar ik wel in geloof, is in het doorvoeren van noodzakelijke en structurele hervormingen.

Het akkoord dat nu op tafel ligt, is wat mij betreft gebalanceerd, passend en proportioneel. Het doet ook recht aan de crisis waarin veel mensen en bedrijven verkeren. Die Europese leningen en subsidies voor herstel gaan gepaard met strenge voorwaarden. Lidstaten moeten gewoon verstandige hervormingen doorvoeren, maar ook denken aan de digitale en groene transitie. Deze herstelplannen moeten invulling geven aan de aanbevelingen van het Europees Semester. Simpelweg omdat we nu moeten inzetten op die weerbare Europese economie. Dan kan het niet anders dan dat ik denk aan investeringen in schone brandstoffen: waterstof, synthetische kerosine.

Voorzitter, laten we er vanavond een klap op geven, maar laten we afspreken dat we er kritisch op toezien dat dit fonds investeert in het verdienvermogen van Europa.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Herr Präsident! Der gemeinsame Wiederaufbaufonds auf die Corona-Krise Europas ist eine Riesenchance. Es ist das erste Mal, dass Europa auf eine große Krise mit solch einer solidarischen Kraftanstrengung reagiert. 750 Milliarden Euro finanziert durch gemeinsame Anleihen, 57 Prozent des Geldes in Klimaschutz und Digitalisierung. Das sind die richtigen Prioritäten.

Doch umso enttäuschender ist, dass in Deutschland das entsprechende Programm, immerhin 22 Milliarden Euro, hauptsächlich für politisches Recycling ausgegeben werden soll. Drei Viertel des Geldes sollen in Deutschland in Projekte fließen, die die Bundesregierung ohnehin vorhatte. Und das alles nur, um den Ländern und Kommunen keinen Zugang zu diesem Geld zu geben und das einfach im Bundeshaushalt zu verbuchen.

Daher meine Forderung an die EU-Kommission und an die Bundesregierung: Ändern Sie diesen Plan. Sorgen Sie dafür, dass auch regionale Investitionen Zugang finden und nicht hauptsächlich einfach gemacht wird, was ohnehin geplant war.

Eugen Jurzyca (ECR). – Pán predsedajúci, blíži sa termín finálneho predkladania národných plánov obnovy a odolnosti Európskej komisii, no vo viacerých členských štátoch neboli doteraz národné plány zverejnené.

Obrátil som sa preto na Komisiu parlamentnou otázkou, či teda tieto plány nezverejní ona, keď jej budú predložené. Komisia odpovedala, že to neplánuje.

Myslím si, že Komisia by mala zverejniť nielen tieto plány, ale aj svoje hodnotenie. Nie preto, že by to mala byť súťaž medzi členskými štátmi o akýsi európsky pohár, ale preto, že predsa chceme, aby tieto plány boli dobré všetky. A tiež preto, aby sa krajiny mohli navzájom inšpirovať dobrými reformami, ktoré budú návratné, a to aj ekonomicky návratné.

Angelika Winzig (PPE). – Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Von Beginn an war ich begeistert von der EVP-Idee, europäische Solidarität zu leben und einen Pandemiefonds einzurichten, der unseren Mitgliedstaaten dient.

Denn auch meinem Land wurde nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich durch den Marshallplan geholfen. Als ich aber die Vorschläge der Parteien links der Mitte gesehen habe, war ich leicht irritiert. Nur Zuschüsse, keine Kredite, ohne Konditionalität und Kontrolle. Dies würde sicherlich zum Missbrauch verleiten und nicht zu einem nachhaltigen Europa führen. Daher bedanke ich mich ganz besonders bei unserem Kollegen Siegfried Mureşan für seine hervorragende Ausgestaltung dieses Programms.

Mit der Anknüpfung dieses Wiederaufbaufonds an das Europäische Semester wird eine solide wirtschaftspolitische Steuerung geschaffen. Klar definierte Anwendungsbereiche, die Einbeziehung des Parlaments bei der Überprüfung und Bewertung werden vor Missbrauch schützen.

Ja, unsere Mitgliedstaaten stehen jetzt in einem spannenden Wettbewerb der besten Ideen. Sie müssen jetzt ein ambitioniertes Programm vorlegen – Leuchttürme, statt Löcher zu stopfen. Investitionen in Forschung, Entwicklung und Digitalisierung als Voraussetzungen für den Klimaschutz werden auch hier sicherlich im Mittelpunkt stehen. Aber auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe spielt eine große Rolle, denn nur Unternehmerinnen und Unternehmer schaffen Arbeitsplätze, und diese brauchen wir in dieser Zeit ganz, ganz besonders. Darum muss auch eine Job-Initiative im Mittelpunkt dieses „…“ *(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)*

Klára Dobrev (S&D). – Nagyszerű dolgot vittünk véghez. Politikusok, kormányok parlamenti képviselők Európa minden részéről összefogtak és az európai történelem legnagyobb pénzügyi alapját hozták létre. Ráadásul a válság közepén felállított újjáépítési alap a jövőről szól. Nem pusztán a sebeinket akartuk begyógyítani, hanem a huszonegyedik század Európáját segíteni. Éppen ezért nincs olyan kormány, nincs olyan parlamenti képviselő, nincs olyan politikus, aki egyedül, civilek, önkormányzatok, az emberek meghallgatása nélkül el tudná dönteni, hogy mire van szüksége egy országnak a huszonegyedik században. Éppen ezért az a kormány, aki nem hallgatja meg az embereket, amely mímeli a konzultációt, amely trükközik a párbeszéddel, higgyék el, az a kormány csak lopni akar. És a Bizottsághoz fordulok: ilyenkor ezt a pénzt közvetlenül az önkormányzatoknak és a civileknek kell juttatni.

Engin Eroglu (Renew). – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar Dombrovskis, sehr geehrte Zuschauer zu Hause! Der Haushalt ist in Einnahmen und Ausgaben laut Artikel 310 der EU-Verträge auszugleichen.

Von heute auf morgen wird diese zentrale Säule für Wohlstand und Nachhaltigkeit der EU einfach ignoriert. Die EU wird erstmalig Schulden im großen Sinne machen. Es ist immer einfacher, Schulden zu machen, fremdes Geld auszugeben oder die Probleme der EU zu lösen.

Es ist so, dass hier in den letzten zwei Stunden die Argumente ausgetauscht wurden und aus meiner Sicht wird der Weg des geringsten Widerstands gegangen.

Natürlich ist es so, dass jeder, der von diesen 670 Milliarden Euro profitiert, heute auch zustimmen wird. Das ist im Sinne der Natur. Es ist aber auch im Sinne der Natur, dass viele hier im Haus glauben und die Hoffnung haben, dass in den Mitgliedstaaten sozusagen mit diesem Geld gut umgegangen wird. Und genau dort liegt der Irrglauben. Was in den letzten Jahrzehnten nicht funktioniert hat, wird auch im kommenden Jahr nicht funktionieren.

Ich werde heute nicht zustimmen können, denn wir rauben heute die Handlungsfähigkeit der kommenden Generationen in diesem Haus.

Ciarán Cuffe (Verts/ALE). – Mr President, in Europe, in the EU, we mourn half a million deaths from COVID and 20 million cases. But as we grieve, we look to a recovery with decent jobs, clean air and climate action at its heart. EUR 250 billion is in place to finance the social and green recovery. That's a lot of money. But as Chief Brody said in Jaws, you're going to need a bigger boat. The RRF is that boat and we may need a bigger one.

Funding the renovation wave is crucial by retrofitting our public housing with insulation and ventilation. We want cosy homes, lower energy bills, a sense of *hygge*. On transport, we should boost bus and rail, modernising and electrifying. Public transport is invaluable to our citizens and cannot become a victim of the pandemic. Walking and cycling must also be funded. We need to be active and these modes clean the air, improve road safety and take pressure off our health services. A real win-win.

In conclusion, from the rue de la Loi in Brussels to the quays of the River Liffey in Dublin, we can and we must make our cities greener, cleaner and safer for all.

Carlo Fidanza (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo sostenuto con convinzione la necessità di un indebitamento comune per far fronte all'emergenza. Eppure, nel corso dei mesi, quello che doveva essere un piano per la ripresa è diventato qualcosa di diverso. Tempistiche troppo lunghe, nonostante l'anticipo ottenuto dal Parlamento sia positivo, eccessivo peso della componente prestiti rispetto agli stanziamenti, incertezza sulle risorse proprie, che rischiano di trasformarsi in nuove tasse dirette o indirette su cittadini e imprese europee, eccessiva discrezionalità della Commissione sulle cosiddette riforme strutturali richieste ad ogni nazione, e infine questo regolamento che rischia di far rientrare dalla finestra le regole dell'austerità che tutti si erano vantati di aver cacciato dalla porta solo pochi mesi fa.

E guardando all'Italia, la principale beneficiaria di questo strumento, il rischio è che non basti il pur stimatissimo professor Draghi, né tantomeno la sua variopinta maggioranza politica, per metterci al riparo da questi pericoli. Per queste ragioni ci asterremo e continueremo a vigilare senza sconti.

Benoît Lutgen (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Madame la Secrétaire d'État, à la lecture des premiers plans qui sont parvenus jusqu'à nous, dans «facilité pour la reprise et la résilience», certains États membres ont retenu le mot «facilité», il n'y a pas de doute, mais la reprise et la résilience ne sont pas au rendez-vous.

Facilité, notamment, en évitant de lancer un appel vers les entités locales ou régionales, ou encore vers les citoyens pour qu'ils prennent part pleinement à ce fonds de relance.

Facilité, aussi, en recyclant des dossiers qui étaient déjà prévus et qui ne correspondent pas – en tout cas à la première lecture – à la réalité de ce qui était fixé à la fois par le Parlement et par la Commission.

Facilité, tout simplement, finalement, de faire un peu comme avant, voire pire, lorsqu'on prend certains dossiers ou certains projets qui concernent, par exemple, un palais de justice qu'on veut rénover.

Alors, oui, il y a urgence à recadrer l'ensemble des États membres au travers des objectifs que nous avons fixés au niveau du Parlement et au niveau de la Commission, pour faire en sorte que ce fonds de relance puisse servir à l'emploi, à la jeunesse, à l'ensemble de celles et ceux qui sont aujourd'hui dans le désespoir, pour leur offrir effectivement un monde différent et pour que l'Europe soit finalement, pour tous les citoyens européens, au rendez-vous de l'espoir et du bien-être.

Isabel García Muñoz (S&D). – Señor presidente, la mayor movilización de fondos que la Unión Europea haya nunca puesto a disposición de los Estados miembros necesita ir de la mano de una protección de los intereses financieros durante su ejecución. El Parlamento ha conseguido que este Mecanismo cumpla también este requisito.

El Estado de Derecho es una condición para acceder a la financiación. Se ha conseguido introducir un mecanismo de rendición de cuentas y control parlamentario con un procedimiento específico de aprobación de la gestión. Los Estados miembros deben garantizar controles internos eficaces que sean capaces de recuperar importes pagados o utilizados indebidamente.

Además, se garantiza una plena transparencia, dándose a conocer los receptores finales de la financiación, y no hay que olvidar la continua labor del Tribunal de Cuentas, la OLAF y la nueva Fiscalía Europea, así que poner la falta de control como excusa para no apoyar la acción de los Gobiernos con sus planes nacionales no tiene ningún sentido.

Es el momento de ser constructivos, de trabajar unidos, Gobiernos y oposiciones, porque, si se apoya a los Gobiernos en esto, no se salva al Gobierno, se piensa en los ciudadanos y en la reconstrucción de Europa, como hemos hecho en el Parlamento.

Felicidades a los ponentes por el gran trabajo.

Fabienne Keller (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Madame la Ministre, la facilité pour la reprise et la résilience est un levier majeur pour aider les États membres face à la crise, pour favoriser le rebond européen dans une dynamique solidaire.

Nous adoptons aujourd'hui les règles pour financer les plans nationaux. Nous avons voté en décembre au Parlement un règlement dont l'objectif est de protéger le budget de l'Union et le plan de relance en cas de défaillance généralisée de l'état de droit. La règle est simple: pas de fonds européen si un État ne respecte pas les principes fondamentaux de la démocratie, de l'indépendance, de la justice ou de la liberté des médias. C'est une avancée majeure pour l'Europe, qui protège ses valeurs. Il est indispensable que cette règle s'applique sans délai.

La Commission peut-elle confirmer qu'elle met tout en œuvre pour assurer l'application du règlement tel qu'adopté par le Parlement et le Conseil, malgré la déclaration du Conseil obtenue par les pays qui sont le plus concernés et sans répondre aux pressions toujours exercées par ces mêmes pays?

Le respect de l'état de droit n'est plus négociable. En tant que gardienne des traités, nous attendons de la Commission qu'elle assure la mise en place d'un acquis majeur de la construction européenne.

Pär Holmgren (Verts/ALE). – Herr talman! Med EU:s krispaket nu får vi en enorm miljardrullning som vi verkligen alla gemensamt måste ta fullt ansvar för – att de här enorma resurserna används till rätt saker. Vi får ju också chansen, möjligheten, att lägga i en mycket, mycket högre växel i arbetet med klimatomställningen för hela Europa.

Vi måste ju åstadkomma en rättvis och jämställd återhämtning nu efter pandemin, verkligen med fokus på att skapa hållbara jobb. Vi vet alla hur stora investeringsbehoven är. Vi behöver mer förnybar energi, nya järnvägar, fler laddstolpar. Den listan skulle gå att göra hur lång som helst. Det behövs verkligen stora investeringar för att nå klimatmålen. Det är nu vi ska göra de här investeringarna och satsa på de lösningar som behövs för att skapa en hållbar, mer rättvis och mer klimatvänlig framtid i våra samhällen. Låt oss ta den chansen!

Dolors Montserrat (PPE). – Señor presidente, señor comisario, la COVID-19 sigue robando miles de vidas a diario, y los europeos ven cerrar sus negocios, pierden su empleo y viven en una incertidumbre que necesita una respuesta rápida y eficaz. Esa respuesta es lo que hoy votamos: el Mecanismo de Recuperación y Resiliencia. Los fondos europeos ofrecen una oportunidad de futuro a nuestros jóvenes, frente a los discursos antieuropeístas que hablan del fin de un modelo.

Es una inyección económica sin precedentes para crear millones de empleos, reactivar nuestro tejido productivo y reforzar nuestros sistemas sanitarios. Es la respuesta para construir una Europa más competitiva que apuesta por el crecimiento sostenible y la digitalización y que apoya a sus autónomos y a sus pymes.

Estos fondos pertenecen a los europeos, a todos los españoles. No son propiedad de ningún gobierno ni de ninguna ideología. No vamos a permitir que gobiernos populistas puedan utilizarlos para despilfarrar sin control, creando redes clientelares y adjudicándolos a dedo.

Estos fondos son para crear empleo, empleo y más empleo, y por ello se deben repartir con criterios transparentes, persiguiendo la cohesión territorial y social, involucrando en el proceso a todas las comunidades autónomas, a todos los ayuntamientos, a los sectores económicos y al Parlamento nacional.

Por ello, hoy el Parlamento aprueba con acierto exigir bimensualmente los planes nacionales de reformas. Estaremos vigilando para que los fondos lleguen a todos los europeos, a la Europa real. Estaremos vigilando para que no se derroche ni un solo euro.

Paul Tang (S&D). – Voorzitter, het herstelfonds is een uitdrukking van Europese solidariteit, van onderlinge steun op het moment dat dit het hardst nodig is. Bij solidariteit gaan rechten en plichten samen en daarom zijn er voorwaarden.

Ten eerste is er de plicht om publiek geld goed te besteden, om de economie te stutten, te vernieuwen, te verduurzamen. De standaarden voor duurzaamheid zijn er en komen er, en het Parlement zal de Commissie helpen daarop strikt toe te zien.

Ten tweede is er de plicht om elkaar geen loer te draaien. Dat klinkt misschien vreemd en toch wordt dit geschonden door landen als Luxemburg en Nederland: door belastingontwijking te faciliteren, waardoor middelen voor steun wegvloeien. Dus laat de Nederlandse politiek niet klagen over het gat in andermans hand, zolang de rijksten de kans krijgen om hun onbelaste inkomsten uit te geven aan de spreekwoordelijke drank en vrouwen, zolang de rijksten niet eerlijk bijdragen aan het herstel dat zo hard nodig is voor de eigen en Europese economie.

Martin Hojsík (Renew). – Pán predsedajúci, niekedy mám pocit, že veľa vlád vníma peniaze z plánu obnovy a odolnosti ako korisť, ktorú si môžu deliť podľa volebného výsledku. Tak ako o tom hovorí, žiaľbohu, aj slovenský premiér.

V prvom rade nie je len o peniazoch. Je o reformách, ktoré sú nevyhnutné na zvládnutie krízy biodiverzity a klímy, o spravodlivom prechode na obehové a digitálne hospodárstvo. Nie o míňaní, ale o investícii do budúcnosti, zodpovednej k planéte aj k ľuďom, na prospech všetkých, nielen našich ľudí, ako sa hovorieva na Slovensku. Na prospech mladých, ktorí ponesú bremeno klimatickej krízy, za ktorú oni nemôžu, a preto nesmú ísť do fosílnych palív a ničenia prírody.

Príprava plánu obnovy musí byť o zapojení verejnosti, miest a obcí, mimovládok, ale aj firiem. Nielen o PR, ale o skutočnej diskusii.

My v Európskom parlamente máme pred sebou dôležitú úlohu, kontrolovať. Musíme pozerať a budeme pozerať Komisii, ale aj jednotlivým krajinám, na prsty a konať. Obnova a odolnosť musia byť skutočne o budúcej generácii, zelenej, digitálnej a spravodlivej. Toto nie je čas na delenie koristi, ale na pomoc ľuďom a planéte.

Henrike Hahn (Verts/ALE). – Herr Präsident! Was bringt die EU für die Menschen in Europa?

Heute haben wir im Plenum eine beeindruckende Antwort: Die EU hat angesichts der Corona-Krise und der wirtschaftlichen Herausforderungen das größte Konjunkturpaket in der Geschichte der EU auf den Tisch gelegt. Und durch die Aufbau- und Resilienzfazilität RRF fließen mindestens 37 Prozent der Gelder in den Klimaschutz und mindestens 20 - Prozent in den digitalen Wandel. Was ökologisch ist, bestimmt die Taxonomie, und kein Investitionsprojekt darf die Umweltziele der EU beeinträchtigen. Das ist ein grüner Erfolg!

Die RRF bedeutet 672,5 Milliarden Euro solidarisch finanziert. Und das ist auch ein großer europäischer Erfolg der Solidarität.

Was fehlt, ist die Mitbestimmung des Europäischen Parlaments zu den nationalen RRF- Plänen und grüne Anleihen. Und es geht immer noch weitaus grüner.

Und trotzdem, die RRF ist eine konstruktive Antwort auf die Corona-Krise und gegen die Klimakrise. Denn wir beschleunigen damit die grüne Transformation unserer Wirtschaft und Industrie zur Erreichung der Pariser Klimaziele. Und das ist ein europäischer … *(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)*

Karlo Ressler (PPE). – Poštovani predsjedavajući, kolegice i kolege, posljedice zdravstvene, gospodarske i društvene krize izazvane pandemije puno su teže, dublje i duže nego što smo se nadali prije godinu dana. I godina pred nama još uvijek je ispunjena neizvjesnošću za milijune obitelji diljem Europe.

U rekordnom roku osigurano je sigurno i učinkovito cjepivo kao i paket zajedničkog europskog oporavka. Međutim, to samo po sebi nikako nije dovoljno. Sada je na redu provedba koja će biti ključ oporavka i koja će odrediti poziciju Europe u svijetu nakon globalne pandemije.

Digitalna transformacija i dugoročna održivost danas nisu pitanje izbora nego nužnost. Zato, ako želimo biti dugoročno relevantni, ali isto tako ako želimo biti akter u stvaranju standarda digitalnog društva koje će biti utemeljeno i na našim europskim vrijednostima, nužno je kvalitetno iskoristiti 20 posto sredstava predviđenih za digitalnu tranziciju. Kriza bez presedana vrijeme je i povijesnih odluka za Europu nove generacije. 673 milijarde eura instrumenta za oporavak i otpornost moramo iskoristiti učinkovito, odgovorno i za stvaranje dodane vrijednosti.

Pred nama je ogromna prilika koju ne smijemo propustiti. Za oporavak europskog gospodarstva, za oporavak europskog društva i za oporavak europskog života.

Nils Ušakovs (S&D). – Mr President, Europe has gone through a dramatic process of finding solutions to the largest crisis we have faced since the end of the Second World War. It has required great effort from the European institutions and European leaders to show historic unity. As a result, the Recovery and Resilience Facility (RFF) can become a plan providing unprecedented financial support. EU Member States will have the unique opportunity both to lead their countries and nations out of depression and to advance their economies in environmental, digital, social and employment terms.

We cannot fail this opportunity. Unfortunately, there are many ways to fail. Let's take one example. An EU Member State government is planning to spend EUR 2 million from the RFF on creating a digital tool for long-term forecasts for a social insurance system. It's probably a great and fantastic project itself, but it has nothing to do with either the COVID crisis or with recovery or resilience. It is just a project taken from a shelf at one of the ministries, which can be tagged as digital and sent as an application for guaranteed EU money. That was one particular example from the government I know best, but we can presume that there is definitely not going to be only one project like this across the Union. There will be hundreds and thousands of projects like this, applying for hundreds of millions of euros from the fund.

This is exactly how the Recovery and Resilience Facility plan should not work. We need to rebuild our economies, not to finance doing business as usual. The RRF is designed for the long-term goals of the continent: to serve them, not to serve the short-term goals of the governments. It is really great news that the European Parliament will be involved in all stages, from the preparation of national plans to their evaluation, approval and implementation. Controlling the functioning of the fund should become a crucial task for this House immediately after establishing the Recovery and Resilience Facility.

Katalin Cseh (Renew). – Mr President, this Parliament fought for and delivered legal guarantees for the protection of our historic recovery fund so that taxpayers' money does not get diverted by corruption. So that this time, it's not Viktor Orbán's son-in-law scooping up these funds. One of these guarantees was that Member States must involve local authorities, because people on the ground need to have a say in how this money is being spent.

A colleague of mine is deputy mayor in charge of development for Szeged, the third largest city in Hungary. Up until this day, he has not seen any meaningful documentation, let alone been consulted, about the needs of his constituents, and mayors all across Hungary tell us just the same. Budapest is in urgent need of funds for zero-emission transport development and there are recovery funds for that, but they are not being consulted.

So how does this square with the legal obligation to involve local stakeholders? How can the Commission make sure that Member States do not breach their obligations to consult? Citizens of Szeged, Budapest, Hungary and communities all across Europe deserve an answer for that.

Στέλιος Κυμπουρόπουλος (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, ο Μηχανισμός Ανάκαμψης και Ανθεκτικότητας αποτελεί ένα από τα μεγάλα όπλα μας ως Ευρώπης ενάντια στην οικονομική ύφεση που προκάλεσε —και συνεχίζει να προκαλεί— η πανδημία του κορονοϊού. Δεν αρκεί όμως μόνον ο σχεδιασμός. Πρέπει να επιταχύνουμε· πρέπει να ρίξουμε στην αγορά ζεστό χρήμα τώρα. Η ανεργία συνεχώς αυξάνεται και οι οικονομικοί δείκτες τείνουν να χειροτερεύουν μέρα με τη μέρα. Οι επιπλέον πόροι ως νέο χρήμα είναι πιο σημαντικό από ποτέ να έχουν στοχευμένες παρεμβάσεις ώστε να δρομολογηθούν επενδύσεις με σκοπό τη διατήρηση και δημιουργία θέσεων εργασίας.

Μετά από χρόνια αμφισβήτησης για την αποτελεσματικότητα και την εργατικότητά μας ως χώρας, είμαι περήφανος που μπορώ να σας πω ότι είμαστε από τα πρώτα κράτη που υπέβαλαν εθνικό σχέδιο ανάκαμψης και μάλιστα με εγκωμιαστικά σχόλια για την ανάλυση και τις παρεμβάσεις του. Η δυναμική αντιμετώπιση και η άμεση αντίδραση που επιδεικνύουμε ως Ελλάδα την περίοδο της πανδημίας στα οικονομικά και κοινωνικά προβλήματα θεωρώ —και αναγνωρίζεται από παντού— ότι είναι αξιοσημείωτη. Το Σχέδιο Δράσης και Ανθεκτικότητάς μας περιλαμβάνει ένα ολοκληρωμένο και συνεκτικό σύνολο μεταρρυθμίσεων και επενδύσεων που θα αυξήσουν τη δυνητική ανάπτυξη και, κατά συνέπεια, τη δημιουργία θέσεων εργασίας και την οικονομική και κοινωνική ανθεκτικότητα, έχοντας βασικά ως στόχους επίσης την πράσινη ανάπτυξη και τον ψηφιακό μετασχηματισμό. Σε συνδυασμό και με τα υπόλοιπα ταμεία καταφέραμε να δημιουργήσουμε το δικό μας «εμβόλιο» δισεκατομμυρίων ευρώ κατά της οικονομικής και κοινωνικής εξαθλίωσης των πολιτών μας.

Irena Joveva (Renew). – Gospod predsednik!

To, kar zdaj zaključujemo z glasovanjem, je bilo še manj kot leto dni nazaj nepredstavljivo. Strinjam se z vsemi, ta sklad je res zgodovinski, z vsemi razsežnostmi, ki jih prinaša, vključno s spremembo samega ustroja Unije.

Okvir je odličen, predvsem po zaslugi pogajalcev Evropskega parlamenta. Ampak eno je omogočiti, drugo pa uresničiti. Zapleta se namreč drugje, pri izvedbi.

Vse stoji ali pade na nacionalnih načrtih, ki jih seveda pripravljajo države članice. Je torej logično in prav, da v te načrte ne vključujejo širše javnosti? V načrte za porabo javnega denarja, ki naj bi bil namenjen prihodnjim generacijam?

Mi si moramo prizadevati za hitro implementacijo novih lastnih virov in narediti ta sklad stalen, države pa morajo projekte izpeljati smotrno, ne na pamet in ne brez jasne vizije.

Tu morate pa v Komisiji res prevzeti svojo vlogo odločno, ker bo ključna izvedba v praksi in odličen okvir samo na papirju pač ne bo dovolj.

José Manuel García-Margallo y Marfil (PPE). – Señor presidente, señor comisario, señora secretaria de Estado, hoy para los federalistas europeos es un gran día porque es un paso adelante importante en el proceso de integración europea.

En la crisis de 2008 la reacción europea fue tardía y tímida, y tuvimos que soportar sacrificios duraderos y probablemente inútiles. Hoy hemos reaccionado infinitamente mejor basándonos en dos principios: la solidaridad y la responsabilidad. Hay que gastar lo que haga falta, hay que gastarlo pronto, pero hay que gastarlo bien, y a mi juicio hay cuatro mandamientos que habría que cumplir.

En primer lugar, el principio de transparencia en la selección y adjudicación de los proyectos para evitar discrecionalidad y clientelismo.

En segundo lugar, reforzamiento de los controles *a posteriori* a medida que se flexibilizan las normas sobre contratación pública para evitar el despilfarro y la corrupción.

En tercer lugar, ¡vigilancia!, que las medidas que se adopten cumplan con las recomendaciones específicas por país sin buscar atajos. No es permisible, por ejemplo, combatir el abandono escolar decretando un aprobado general.

Y, en cuarto lugar, la sostenibilidad. En estos momentos la recuperación se basa en muchos pilares; no es el menor la flexibilización del Pacto de Estabilidad y Crecimiento que permite endeudarse lo que sea necesario, pero llegará un período de estabilización y los mercados empezarán a priorizar, a seleccionar y a castigar a quien no cumpla.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovani predsjedavajući, kolegice i kolege, gospodarski i socijalni učinci pandemije su asimetrični. Razlikuju se od države do države te dovode do povećanja siromaštva i nejednakosti unutar Europe.

Najteže su pogođeni uslužni sektori poput turizma o kojima u velikoj mjeri ovise gospodarstva više država članica. Zbog bolesti COVID-19 povećali su se i demografski izazovi koji predstavljaju možda i najveću opasnost za održanje europskog načina života u budućnosti.

Drago mi je da konačni prijedlog mehanizma ide za rješavanjem navedenih problema na tragu amandmana koje sam i sam predložio. Posebna pozornost posvećuje se ruralnim područjima, otocima, najudaljenijim regijama i regijama koje su izložene ozbiljnim i trajnim demografskim poteškoćama.

Ulagat će se u povećanje dostupnosti kapaciteta zdravstvenih sustava i sustava skrbi, pri čemu je posebno važno zajamčiti jednaku zaštitu za sve. Nedopustivo je da je u određenim dijelovima Unije smrtnost od pojedinih bolesti 30 ili 40 posto veća nego u drugim. Također će se ulagati u sektore turizma i ugostiteljstva koji su najteže stradali zbog posljedica bolesti, a koji u pojedinim državama članicama obuhvaćaju i do 20 posto bruto domaćeg proizvoda.

Pri svemu ovome potrebno je podržati ona ulaganja koja donose europsku dodanu vrijednost, koja jačaju konkurentnost europskog gospodarstva, a ne da nas samo vrate u stanje prije pandemije ili služe za krpanje rupa u državnim proračunima. U tome će naravno ključnu ulogu imati države članice.

Osim javnog sektora izuzetno je važno da sredstva u što većem opsegu stignu do gospodarstvenika, posebno malih i srednjih, koji su najviše pretrpjeli zbog pandemije kako bi im se pomoglo u oporavku njihovih poslova. Na taj način pokazat ćemo da Europska unija vrlo konkretno doprinosi kvaliteti života svojih građana djelima, a ne samo riječima.

Franc Bogovič (PPE). – Gospod predsednik! Spoštovane kolegice in kolegi!

Načrt za okrevanje in odpornost je skupaj z večletnim finančnim okvirom pravilen, robusten odgovor na krizo, ki je nastala v Evropi kot posledica covid krize. Načrt ima veliko noto solidarnosti, ki smo videli, da je nujna v težkih zadevah, in ta načrt omogoča več sredstev tistim, ki so bili v krizi bolj prizadeti.

Kar je ključno pri tem načrtu, je tudi to, da z investicijami, ki se skupaj z večletnim finančnim okvirom in sredstvi iz mehanizma izvedejo, lahko odgovorimo na ključno vizijo Evropske unije – zeleno Evropo, digitalno Evropo – gradimo na konkurenčnosti evropske ekonomije, kar je pa ključno, da tudi odgovarjamo na socialno kohezivnost in predvsem, da odgovorimo na pomanjkljivosti, ki so se pojavile v tem času na področju zdravstva, dolgotrajne oskrbe.

Tudi v moji državi Sloveniji se je pokazalo, kako potrebno je vložiti v zdravstvo, v dolgotrajno oskrbo in kako prav bodo prišla sredstva tako iz načrta za okrevanje in odpornost kakor tudi iz večletnega finančnega okvira.

Sedaj so ključni koraki, da sprejmemo svoje nacionalne načrte, da sprejmemo tudi reforme, ki so osnova za črpanje teh sredstev, in da z njimi odgovorimo na bodoče generacije. Veseli me tudi to, da je posebna pozornost posvečena mladim, ki bi največ izgubili v tej krizi.

Pernille Weiss (PPE). – Hr. formand! Det er et svimlende beløb, som EU's stats- og regeringsledere i sommer blev enige om at låne for at reparere de mange coronaskader. Skader, som flere steder er mere eller mindre selvforskyldte. Men at der er brug for pengene, er der ingen tvivl om.

At der er forskel på, hvordan pengene bruges bedst i de enkelte lande, er der heller ingen tvivl om. Men der er heller ikke nogen tvivl om, at hvis der snydes, fuskes eller spildes med pengene, så vil det nære utilfredsheden med EU og mistilliden mellem naboer. Og vi, kære kolleger, vi får alle tæskene.

Enkelte af os vil bruge det til egen vinding, men de fleste af os vil få rumpen på komedie. Europa-Parlamentet er på mange måder EU's eksamensvagter og motorværn. Det folkevalgte hus skal stå mål til lidt af hvert. Derfor er det helt afgørende, at alle medlemslandene respekterer de spilleregler, der nu ligger på bordet. Landene skal bl.a. levere tydelige nationale handleplaner.

Siden det er vores allesammens penge, er det naturligt selvsagt, at der skal sikres åbenhed og fuld transparens både over for Europa-Parlamentet og ikke mindst over for borgerne og SMV'erne ude i landene. Effekten af EU's hjælpefond skal naturligvis roses og kritiseres i åbenhed. Det håber jeg, de nationale regeringer vil sikre.

Markus Pieper (PPE). – Herr Präsident! Ja, der Corona-Wiederaufbaufonds ist ein starker Ausdruck europäischer Solidarität. Eine große Chance für die Zukunft – wenn wir es richtig machen.

Wir haben Verantwortung für 750 Milliarden Euro. Geld, das wir nicht hatten, sondern wofür wir, wofür sich die Kommission mit Haftung der Mitgliedstaaten verschulden musste. Rückzahlung am Limit des Machbaren bis zum Jahr 2050.

750 Milliarden Euro – die Europäische Union hat in der Corona-Krise nur diesen einen Pfeil im Köcher. Der muss sitzen. Ansonsten bekommt *Next Generation* einen schlimmen Beigeschmack. Versickert das Geld in maroden Staatskassen, wird es die nächste Generation sein, die uns dafür verantwortlich macht. Außer Schulden nichts gewesen, wird man uns vorwerfen. Deshalb: Das Geld muss gezielt und verbindlich in die Energiewende investiert werden. Es muss die Gesundheitssysteme effizienter und digitaler machen. Es muss viele nationale Bildungssysteme und Hochschulen modernisieren und berufliche Bildung viel stärker am Bedarf der Wirtschaft und Gesellschaft ausrichten.

Ich mache mir schon Sorgen, ob einige Regierungen dazu in der Lage sind. Hätten sie die Zeichen der Zeit erkannt, würden heute nicht 290 Milliarden Euro EU-Fördergelder aus den Strukturfonds auf Halde liegen, meine Damen und Herren. Weil es in vielen Ländern zu langsam geht mit der Abrufung der Gelder, weil die Ideen fehlen, weil die Genehmigungsverfahren zu kompliziert sind.

Meine Damen und Herren, 750 Milliarden Euro jetzt, da muss ein Ruck durch die Nationalstaaten gehen. Strengt euch an, dieses Geld schnell, sinnvoll und effizient für Wiederaufbau und Zukunft zu verwenden.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, αντιπρόεδρε Dombrovskis, η σημερινή συνεδρίαση είναι η επιβεβαίωση των αγώνων δεκάδων συναδέλφων εδώ μέσα, στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, για κοινό δανεισμό και —επιτέλους— αλληλέγγυα και κοινή αντιμετώπιση των επιπτώσεων του πολέμου της γενιάς μας. Από τώρα και ύστερα έχει σημασία η εφαρμογή και είναι δύο οι παράμετροι που έχουν ιδιαίτερη σημασία. Η πρώτη παράμετρος είναι ο χρόνος· πρέπει να τρέξουμε. Από σήμερα ξεκινά ο μαραθώνιος της προσπάθειας της ανάκαμψης. Τα κράτη μέλη και τα εθνικά κοινοβούλια θα πρέπει να εγκρίνουν επειγόντως τους ίδιους πόρους προκειμένου να υπάρχει η εγγύηση της αποπληρωμής του κοινού δανεισμού. Η πατρίδα μου, η Ελλάδα, έχει ήδη σχεδιάσει και προγραμματίσει μια σειρά μεγάλες επεμβάσεις για την ψηφιοποίηση του δημόσιου τομέα, της εκπαίδευσης και της υγείας, για τη βαθιά αναβάθμιση των κτιρίων και του περιβάλλοντος, για τις βιώσιμες μεταφορές και για την οριστική απεξάρτηση του ενεργειακού μας μείγματος από τον άνθρακα. Σε αυτές τις δράσεις απαιτείται η ισχυρή εμπλοκή του ιδιωτικού τομέα, με ώριμα έργα που θα υποστηρίζουν την πράσινη ανάπτυξη και την ψηφιακή οικονομία. Η δεύτερη παράμετρος είναι τα κονδύλια της ανάκαμψης να φτάσουν στους πολίτες. Η ενίσχυση των μικρομεσαίων επιχειρήσεων μέσω ειδικών σχημάτων. Η στήριξη των μικρών και πολύ μικρών καινοτόμων επιχειρήσεων θα δώσει στα χρήματα των φορολογουμένων υπεραξία· θα δώσει κυρίως προοπτική στους νέους ανθρώπους. Σήμερα ψηφίζουμε για να δανειστούμε στο όνομα των παιδιών μας. Ο τρόπος που θα επενδύσουμε και το τελευταίο ευρώ είναι εκείνος που καθορίζει το μέλλον τους.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, είναι η Παγκόσμια Ημέρα ελληνικής γλώσσας σήμερα και τιμώ τη γλώσσα μου. Η πανδημία ήταν κάτι πρωτόγνωρο για όλους μας. Η αντιμετώπισή της μια συνεχής μάχη σε όλα τα επίπεδα. Δημιούργησε τεράστιες πληγές αλλά και προκλήσεις τόσο στην οικονομία όσο και στην κοινωνία. Ο αγώνας μας είναι διμέτωπος. Αντιμετωπίζουμε την υγειονομική κρίση με τα εμβόλια και την οικονομική κρίση συλλογικά με άμεση οικονομική στήριξη στα κράτη μέλη. Η Ευρώπη έδειξε ετοιμότητα και είμαι περήφανος ως μέλος του Ευρωπαϊκού Λαϊκού Κόμματος διότι πρωτοστάτησε στη δημιουργία του Μηχανισμού Ανάκαμψης για τον οποίον συζητάμε σήμερα. Τα χρήματα αυτά θα βοηθήσουν εκατομμύρια επιχειρήσεις και εργαζομένους που έχουν πληγεί από την πανδημία να σταθούν στα πόδια τους. Χτίζουμε το μέλλον για μια ομαλή πράσινη και ψηφιακή μετάβαση· για ένα καλύτερο αύριο με περισσότερες ευκαιρίες για τους νέους μας. Η Ευρώπη δείχνει ότι σε τέτοιου μεγέθους οικονομικές και ανθρωπιστικές κρίσεις στέκεται ενωμένη και αλληλέγγυα και δηλώνουμε περήφανοι για την ευρωπαϊκή μας ταυτότητα.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, η σημερινή ημέρα αποτελεί σημαντική ιστορική στιγμή για το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και την Ευρωπαϊκή Ένωση, διότι για πρώτη φορά το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και η Ευρωπαϊκή Ένωση μαζί κατόρθωσαν να απαντήσουν στην κοινωνικοοικονομική κρίση με ένα ισχυρό όπλο των 672 εκατομμυρίων του Ταμείου Ανάκαμψης και Ανθεκτικότητας. Πρέπει και οφείλουμε να νιώθουμε υπερήφανοι ως Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, διότι και μέσα από την Επιτροπή Προϋπολογισμών —με πρώτο και καλύτερο και προεξάρχοντα τον αγαπητό συνάδελφο Siegfried Mureșan, που ήταν ένας εκ των εισηγητών— κατορθώσαμε και πετύχαμε ένα σημαντικό πλαίσιο στήριξης των οικονομιών των χωρών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης αλλά και των Ευρωπαίων πολιτών. Είναι δε ιδιαίτερα σημαντικό να αναφέρω ότι, για να το θεωρήσουμε πετυχημένο, το σχέδιο ανάκαμψης και ανθεκτικότητας πρέπει να διασφαλίσει την επόμενη γενιά· να διασφαλίσει την ευημερία της επόμενης γενιάς. Πρέπει αυτό το σχέδιο να διασφαλίσει νέες θέσεις εργασίας και να μηδενίσει την ανεργία. Πρέπει αυτό το σχέδιο να δώσει χρήματα και ρευστότητα στις μικρομεσαίες επιχειρήσεις που βρίσκονται σε δεινή οικονομική θέση και ευρύτερα και γενικότερα να στηρίξει την κοινωνία για να μη μείνει κανένας Ευρωπαίος πολίτης στο περιθώριο· για να μη μείνει κανένας Ευρωπαίος πολίτης άστεγος· για να μη μείνει κανένας Ευρωπαίος πολίτης χωρίς δουλειά. Προέρχομαι από μια μικρή χώρα, την Κύπρο, που δοκιμάστηκε το 2013 και δοκιμάζεται και σήμερα από την κοινωνικοοικονομική κρίση. Βασίζεται στον τουρισμό. Απαιτείται, αγαπητέ φίλε —αντιπρόεδρε της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, να στοχεύσουμε στη στήριξη του τουρισμού αλλά ταυτόχρονα να είμαστε και πανέτοιμοι εάν χρειαστεί και ένα δεύτερο πακέτο στήριξης των οικονομιών των χωρών μελών να το υλοποιήσουμε.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Mr President, first I would like to thank you for today's very comprehensive debate. If the European Parliament endorses this regulation today, the Council Presidency has foreseen a fast process so that the agreement can be signed as soon as this Friday. So if all goes well, the regulation could enter into force as early as this month, with the publication date in the Official Journal likely to be in late February. We could then look ahead to the remaining steps before a formal submission of the plans for the assessment by the European Commission. It will require a great deal of effort both to get Member States' plans ready for formal submission, and to get the plans assessed and approved quickly. This will be the focus of the Commission.

The European Parliament's involvement is very important and so the Commission is ready to continue our exchanges in the context of structured dialogue. The communication on the Recovery and Resilience Facility must be strong. So I trust the voice of Parliament to support Member States and the Commission on these efforts.

Ownership lies at the heart of the Recovery and Resilience Facility. This is why it is important to work closely with local, regional and national authorities, social partners and relevant stakeholders at all stages of preparation and implementation.

A key element is ratification of the own-resources decision. And we must not lose sight of this. Only then can we start borrowing under Next Generation EU and provide the first payments to the Member States. And in parallel, we must make sure that all measures are put in place to finance a recovery by issuing green bonds. The Commission will present a legislative proposal to this end as soon as possible.

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

Viċi President

Ana Paula Zacarias, *Presidente em exercício do Conselho*. – Senhora Presidente, Senhores relatores, distintos Membros, Senhor Vice-Presidente Dombrovskis, muito obrigada pela possibilidade de ter participado neste debate que mostrou claramente a relevância do mecanismo de recuperação e resiliência, particularmente quando associado à execução do Quadro Financeiro e também do Next Generation EU. Este Parlamento faz hoje História.

Vários pontos foram referidos que me parecem de grande importância. Em primeiro lugar, que o RRF deve ser gerido de forma eficiente e transparente respeitando o papel das três instituições. A Comissão terá que apresentar regularmente pontos da situação ao Parlamento Europeu e o Parlamento terá um papel importante de verificação e escrutínio de todo o processo.

É importante também que, para além das transições digitais e climática, o pilar europeu dos direitos sociais esteja no centro do RRF. Este regulamento é muito claro no que respeita à qualidade social da despesa, nomeadamente na promoção da coesão social e da igualdade de género. É importante também, como aqui foi dito, que o RRF esteja alinhado com o Quadro Financeiro Plurianual e o Next Generation EU no que se refere ao respeito pelo Estado de Direito e a defesa dos interesses financeiros da União.

Finalmente, vários dos membros deste Parlamento referiram a importância das pequenas e médias empresas. Elas são a coluna vertebral das nossas economias e sem elas não haverá recuperação. Estamos de acordo.

O Conselho está pronto para continuar os trabalhos com o Parlamento Europeu e a Comissão na procura das melhores soluções que nos permitam enfrentar os inúmeros desafios que nos acompanharão durante os próximos anos. Temos, por isso, de ter sentido de urgência e trabalhar na implementação do regulamento.

Como já foi dito, os Estados-Membros têm agora que assegurar a ratificação pelos respetivos parlamentos nacionais da decisão de recursos próprios e, em simultâneo, apresentar bons planos nacionais de recuperação e resiliência, assegurando que reformas e investimento chegam rapidamente às regiões, às cidades, às empresas, aos cidadãos, fazendo a diferença na recuperação da crise e reorientando as nossas economias para um futuro mais sustentável, mais inovador, mais solidário.

Como diz o lema da Presidência portuguesa: «Por uma recuperação justa, verde e digital: é tempo de agir.» Muito obrigada.

Il-President. – Id-dibattitu ngħalaq.

Il-votazzjoni se ssir nhar it-Tlieta.

Stqarrijiet bil-miktub (Artikolu 171)

Carmen Avram (S&D), *in writing*. – With 582 votes in favour and only 40 against, the European Parliament sends a strong signal to European citizens. This EUR 672.5billion Recovery & Resilience Facility that is financed by common debt is a first in European history. It is a great result, it is European solidarity at its best but above all a great opportunity for Europe. Now it is up to Member States to draft and come up with ambitions and well prepared national recovery plans that should be forward looking but keep equality and solidarity at the heart of this recovery strategy. The aim of these national plans is to achieve the six European priorities identified and agreed; namely the just green transition, the digital transformation, economic cohesion, productivity and competitiveness, social and territorial cohesion. The Member States should implement policies to ensure the next generation of Europeans does not become a 'lockdown generation'. When assessing the plans Europe needs to keep in mind and understand the diversity of its Member States to avoid leaving anyone behind. I really hope national Parliaments will urgently approve these plans so that our citizens and SMEs can benefit concretely as soon as possible of these unprecedented amount of resources.

Gunnar Beck (ID), *schriftlich*. – Der EU-Aufbaufonds (oder RRF für Recovery and Resilience Facility) ist Kern des NextGenerationEU-Programms – gepriesen als Konjunkturprogramm für die nächste Generation und der Weg aus der Krise. Diese Krise indes ist selbstverschuldet, durch Lockdowns und Impfstoffskandal, und so erlebt die Europäische Union nun den größten Wirtschaftseinbruch in Friedenszeiten. Und um eigenes Versagen zu vertuschen, leiht sich die Europäische Union vertragswidrig 750 Milliarden Euro. Vertragswidrig, denn Artikel 310 AEUV verbietet EU-Verschuldung. Und Artikel 311, damit es auch jeder versteht, stellt klar: „Der EU-Haushalt wird unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln finanziert". Verbucht werden die illegalen Schulden nirgends. Im Klartext: Die Europäische Union bricht beliebig Recht und betreibt falsche Buchführung. Und fließen soll nun das Geld in sterile Anlagegüter und billionenteure Traumtänzereien wie Euro, Klimarettung und Zuwanderung, die bei 9 % EU-Beitrag zu den weltweiten CO_2-Emissionen und einer Million Geburten pro Wochen in Afrika sinnloser sind als die Bewässerung der Sahara. Das ist kein Plan für die Nächste Generation, sondern die Agonie und der Abgesang eines Kontinents ohne Zukunft.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Mecanismul de redresare și reziliență reprezintă elementul central al instrumentului Next Generation EU, având scopul de a atenua impactul economic și social al pandemiei COVID-19 în UE.

Statele membre trebuie să pregătească planuri de redresare și reziliență simplificate, care să cuprindă reforme și proiecte durabile de investiții publice. Planurile naționale trebuie să atenueze disparitățile teritoriale, să promoveze o dezvoltare regională echilibrată și să sprijine coeziunea economică și socială. Crearea unor locuri de muncă bine plătite și protejarea celor existente trebuie să se regăsească printre prioritățile guvernelor naționale. Doar în acest fel statele Uniunii Europene vor avea economii solide și reziliente.

România va primi din Mecanismul de redresare și reziliență aproximativ 30,5 miliarde de euro, cu o prefinanțare de 3,95 miliarde de euro. În acest fel, se vor putea lua măsuri rapide și concrete pentru atenuarea efectelor negative ale pandemiei în cele mai afectate sectoare economice. De asemenea, prin elaborarea unor planuri mature, România va reuși modernizarea sistemului sanitar și finanțarea marilor proiecte de infrastructură.

Mecanismul de redresare și reziliență va ajuta Uniunea Europeană să iasă mai puternică din această criză, să fie mai pregătită să abordeze provocările viitoare, transformându-le în oportunități pentru toți și consolidându-i competitivitatea pe termen lung.

Sara Cerdas (S&D), *por escrito*. – É fundamental garantir que o Mecanismo de Recuperação e Resiliência cumpra de forma rigorosa o seu propósito: reparar os danos provocados pela crise de COVID-19, tanto no mercado de trabalho, como em outros setores. O mecanismo deve contribuir para tornar as economias da UE mais sustentáveis, mais resilientes e mais bem preparadas para os desafios colocados pelas transições ecológica e digital.

Para que tal seja alcançado, as orientações para os Estados-Membros têm de ser claras. Deve ser igualmente garantido que a distribuição dos apoios seja justa e que dê respostas aos desafios com que as regiões irão deparar-se. Neste sentido, é necessária uma especial atenção para as regiões ultraperiféricas, em que o desemprego atingiu valores preocupantes devido à elevada dependência de algumas destas regiões de setores que foram gravemente afetados, como o turismo e os transportes. É da máxima importância garantir que o acesso a este mecanismo seja facilitado e desburocratizado para que a sua execução seja um sucesso. É fundamental um acompanhamento da execução para certificar que não existe sobreposição entre o uso deste mecanismo e as restantes ferramentas de financiamento. Este mecanismo deve ser inclusivo, e os Estados-Membros devem garantir que ninguém é deixado para trás.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Tavaly decemberben történelmi sikert ért el Magyarország az uniós költségvetésről szóló tárgyalásokon. Sajnos a magyarországi baloldal minden energiáját mozgósítva azon dolgozik, miként tud ártani Magyarországnak. Azon dolgozik, hogy elvegye, csökkentse a támogatásokat, hogy Magyarország kárára önmaga számára politikai előnyt szerezzen a 2022-es parlamenti választásokat megelőzően. Először a balliberális EP-képviselők el akarták érni, hogy a Magyarországnak járó pénzek kerüljenek a közvetlen brüsszeli források kalapjába. Ez lényegében azt jelentette volna, hogy elveszik a pénzt a magyar emberektől, hiszen a közös kalapból csupán a nekünk járó pénz töredékéhez juthattunk volna hozzá.

Ezután azért lobbiztak sikertelenül, hogy az országoknak járó fejlesztési pénzek egy részét politikai alapon címkézzék fel, és csak az ellenzéki települések kapják. Ez a törekvés szintén kudarcot vallott. Most az önkormányzatokkal való egyeztetés hiányával támadnak. Azonban a magyar kormány ezen kötelezettségének 2010 óta maximálisan eleget tett, a baloldali kormányok alatt viszont semmilyen egyeztetés nem volt az önkormányzatokkal az úgynevezett nemzeti fejlesztési terv elkészítéséről. Minden, a saját országukat hátráltatni akaró baloldali próbálkozás ellenére jó remény van arra, hogy hazánk azon uniós országok közé fog tartozni, amelyekben a leggyorsabban nyílnak majd meg a pályázati lehetőségek. Az Európai Tanácsban született megállapodásnak és a keretköltségvetést megerősítő európai parlamenti döntésnek köszönhetően megvédtük a magyarok európai uniós forrásait.

Robert Hajšel (S&D), *písomne*. – Konečne máme hotové všetko pre spustenie plánov obnovy, ktoré všetkým štátom EÚ vrátane Slovenska umožnia nielen naštartovať ekonomiku poškodenú pandémiou, ale aj zvýšiť jej odolnosť pred ďalšími krízami. Nejde o akýsi bankomat na peniaze, ktorými si zalátame diery v štátnych rozpočtoch. Ide o nástroj na obnovu pandémiou utlmenej ekonomiky prostredníctvom veľkých investícií a dlho odkladaných reforiem. Treba ho využiť na vyliečenie chronických nedostatkov našej ekonomiky, ktoré sú vo všetkých štátoch podobné. Žiadne investície z tohto plánu obnovy nemôžu poškodzovať životné prostredie, ale naopak musia prispievať k boju proti klimatickým zmenám a k ochrane biodiverzity. Nezabúdajme ale, že prijímané opatrenia nás musia posunúť ďalej aj v budovaní nášho sociálneho modelu a presadzovaní sociálnych práv a rovnosti, a umožniť nám tak fungovať ako modernej spoločnosti, z ktorej majú profit všetci občania, a nie iba úzka skupina vyvolených oligarchov. Schválenie týchto dokumentov Európskym parlamentom je zároveň alarmom pre slovenskú vládu, aby urýchlene aj so zapojením širšej odbornej verejnosti dopracovala a čo najskôr do Bruselu predložila naozaj kvalitný národný plán obnovy. Ten musí byť komplementárnym k projektom, ktoré sa tradične realizujú z eurofondov. Nevyužiť týchto šesť miliárd eur inteligentným spôsobom, ktorý urobí zo Slovenska modernú a zdravú spoločnosť, by bolo trestuhodným hriechom.

Eva Maydell (PPE), *in writing*. – With the adoption of the Recovery & Resilience Facility (RRF) during this month's plenary, we have a potential crisis-solver tool. If Member States use it smartly, we can fundamentally improve the EU's crisis-preventing capabilities in the future as well. The EUR 672.5 billion in grants and loans will support the citizens and businesses who have been hit the hardest by this crisis, such as SMEs. This unprecedented economic recovery mechanism is a tangible example of European solidarity and the lessons we draw from it will strengthen Europe's response to potential future shocks as well.

The RRF offers not only a tremendous opportunity to aid the recovery from the crisis but also to invest in the modernisation of our economies. With clear targets for green and digital investments and reforms, this economic package can be a catalyst for innovation and sustainable resilient economic growth. While Member States have the flexibility to decide the exact sectors in which they will spend the money, they are encouraged to invest in flagship areas such as clean technologies, data cloud capacities, and education and training. It is only through smart investments of RRF money that we will come out stronger from this economic crisis.

Pedro Marques (S&D), *por escrito*. – Como é evidente quero expressar a minha satisfação pela votação, absolutamente expressiva, que formaliza o Mecanismo de Recuperação e Resiliência. A UE, numa atitude pró-ativa, e recorrendo a novas soluções, criou um instrumento que, estou certo, vai permitir responder a várias dimensões da crise que estamos a viver. Provou também que existe sempre alternativa, demonstrando que a solidariedade e o recurso a novas soluções nos podem afastar dos profetas da inevitabilidade das políticas recessivas que muitos defenderam e, pior, que puseram em prática na última década.

Responder a uma crise desta dimensão, com uma resposta desta dimensão, dá-nos esperança e, ao mesmo tempo, permite mostrar aos europeus que as Instituições conseguem tomar medidas que têm um verdadeiro impacto na vida dos cidadãos. No fim do dia, estamos a fazer aquilo para que fomos eleitos: tomar decisões e encontrar soluções que têm impacto na vida das pessoas. Repito uma frase que aqui já proferi: não nos esqueçamos nunca que lá fora estão a olhar para nós.

Dace Melbārde (ECR), *in writing*. – The Recovery and Resilience Facility (RRF) is a landmark opportunity for the Member States to overhaul their economies. However, it is important to make sure that with this unparalleled financial resource not only the immediate negative effects of the pandemic are mitigated, but more importantly, that countries and their economies emerge from the crisis stronger, more resilient and sustainable. The right approach entails encompassing and supporting all sectors, not only the privileged few. With this in mind, the Parliament has repeatedly called for a 2% allocation of the RRF to the cultural and creative sectors (CCS) which have been hit particularly hard by the pandemic. I am glad to see that certain Member States in their recovery plans to be submitted to the Commission have already included such earmarking to culture and media, while others must follow suit. CCS in Europe have an under-

appreciated importance to economic growth and employment, and they are well placed to support the EU's ambitious goals of green recovery. Only by involving everyone in the recovery efforts can we ensure that the EU retains its competitiveness on the world stage, leading by example.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Tisztelt Elnök úr! Képviselőtársaim! Az Európai Unió a COVID-válságot követő gazdasági fellendülés beindításához történelme legnagyobb mentőcsomagjának, a 312,5 milliárd eurós támogatásból és 360 milliárd eurós kölcsönből álló Helyreállítási és Rezilienciaépítési Eszköz elfogadása előtt áll. Amit már az egészségügyi válság kezdete óta folyamatosan hangoztatunk – hogy a globális kihívásokra közösen kell válaszolni – most megvalósulni látszik. Ne feledjük, gyermekeink Európája a tét! Éppen ezért kiemelkedően fontos, hogy a helyreállítási alapról szóló rendeletben leírt módon, a tagállami kormányok eleget tegyenek azon kötelezettségeinek, hogy csakis a helyi és regionális önkormányzatokkal, civil szervezetekkel történő egyeztetést követően dolgozzák ki a támogatott programok szétosztásának arányairól szóló helyreállítási tervet.

A Helyreállítási és Rezilienciaépítési Eszköz keretében kapott uniós támogatás szétosztása az átláthatóság és tisztességes verseny normáinak kell, megfeleljen. Ezen feltételeknek teljesítése miatt szólította fel a napokban az Európai Bizottság hazám, Magyarország kormányát a közbeszerzési eljárások átláthatóságának növelésére, a korrupció visszaszorítására, hogy valóban a leginkább rászoruló magyar háztartások, vállalkozások jussanak uniós forrásokhoz. Kérném a Bizottságot, hogy amennyiben az Orbán-kormány nem tesz eleget az említett konzultációs és átláthatósági kötelezettségeinek, akkor a Bizottság a Magyarországnak szánt 6,3 milliárd eurót közvetlenül a helyi és regionális hatóságoknak és a civil szervezeteknek ítélje oda, hogy ne a magyar állampolgárok bűnhődjenek az Orbán-kormány korrupt politikája miatt.

Christian Sagartz (PPE), *schriftlich*. – Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns in der größten Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg. Zahlreiche Menschen haben entweder ihren Arbeitsplatz verloren oder kämpfen jeden Tag, um mit ihrem Einkommen ein Auskommen zu finden. Wir müssen alles tun, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Gerade jetzt braucht es daher Impulse, die Europa wieder nach vorne bringen. Es braucht mehr denn je Investitionen, um nicht nur Arbeitsplätze zu schaffen, sondern Europa wieder zukunftsfit zu machen. Aber vor allem braucht es einen europäischen Schulterschluss. Daher ist die heutige Zustimmung des Parlaments von besonderer Bedeutung. Die damit freiwerdenden finanziellen Mittel müssen in Europas Zukunft investiert werden. Und das schaffen wir mit Investitionen in die Bereiche Klimaschutz und Digitalisierung. Ich komme aus dem Burgenland, einem österreichischen Bundesland mit besonderen wirtschaftlichen Herausforderungen. Wir müssen hier die Chancen nutzen und den Breitbandausbau vorantreiben. Aber auch Förderungen im Bereich der Photovoltaik können uns vorwärts bringen und unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken. Gemeinsam müssen wir alles tun, um Europa, Österreich und auch Regionen wie das Burgenland nachhaltig zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Kétségtelenül történelmi az EU életében a koronavírus utáni helyreállítási csomag, benne az RFF létrehozása. Az újjáépítési csomagban lévő pénzügyi keret brutális méretű, a felhasználásával kapcsolatban megfogalmazott általános célok pedig mindenképpen támogatandóak. Magyar szociáldemokrataként ugyanakkor azt állítom: egy ilyen léptékű fejlesztési csomag felhasználásának előnyben kell részesítenie az egészségügyi fejlesztéseket, a lakhatás biztosítását és a munkahelyek védelmét, valamint a rezsiköltségek érdemi csökkentését. Kifejezetten elengedhetetlennek tartom az RFF-ben szereplő források elköltéséről szóló széleskörű konzultációt is a tagállamokban.

Tudom, hogy vannak olyan államok, ahol az adott kormány nyílt és felelős egyeztetést folytat az érdekképviseletekkel, civilekkel és állampolgárok széles körével, mielőtt benyújtaná reformtervét a források felhasználásáról. Sajnálatos módon azt látom, hogy Magyarországon – ahol a Fidesz-kormány oly büszke arra, hogy minden fontos kérdésben kikéri az emberek véleményét – ezt a konzultációt igyekeznek elsunnyogni. Rendkívül sajnálatos, hogy az újjáépítési forrásokból Magyarországra jutó többezer milliárd forintnyi összeg felhasználása kapcsán az Orbán-kormány szinte egyáltalán nem vonja be az érintetteket. Sőt, az Unióból érkező pénzeket ismét csak saját propagandakampányára használja fel, letagadva, hogy a fejlesztésekre szánt összegeket az EU programja biztosítja. Grandiózus újjáépítési folyamat előtt állunk, amely csak akkor lehet sikertörténet, ha transzparens, a valódi helyreállítást és újjáépítést szolgálja, de fókuszban tartja a szociális célokat is.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris.* – Parlamentul European și-a adus în mod semnificativ contribuția la îmbunătățirea Mecanismului european de redresare și reziliență, element central al instrumentului Next Generation EU, care are ca scop diminuarea impactului economic și social al pandemiei de coronavirus.

O modificare importantă se referă la majorarea de la 10 %, propunerea CE, la 13 %, a prefinanțărilor acordate statelor membre. O altă schimbare le dă europarlamentarilor puterea de a evalua programele și de a decide, o dată la doi ani, dacă este cazul, ameliorarea acelor aspecte care nu funcționează corespunzător în cadrul Mecanismului. Finanțările vor susține, în statele membre, proiecte în domeniul ecologizării și digitalizării, în cel al competitivității și coeziunii economice, în cel al coeziunii teritoriale și sociale, dar și proiecte pentru tineret.

România trebuie să folosească din plin fondurile de 30,5 miliarde de euro ce îi vor reveni prin intermediul acestui Mecanism și va trebui, cu ajutorul acestor bani, să continue, prin investiții și reforme, procesul de modernizare. Țara noastră trebuie să se pregătească adecvat pentru a face față provocărilor generate de tranziția spre o economie verde și de cea digitală, iar având sprijinul UE, societatea noastră trebuie să devină mai durabilă și mai rezilientă după ce va lăsa pandemia în urmă.

4. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

5. Das De-facto-Verbot von Abtreibungen in Polen (Aussprache)

Il-President. – Il-punt li jmiss fuq l-aġenda huwa d-dibattitu dwar id-dikjarazzjoni tal- Kunsill u tal-Kummissjoni dwar il-projbizzjoni de facto tal-abort fil-Polonja (2021/2537(RSP)).

Nixtieq ninforma lill-onorevoli Membri li, għad-dibattiti kollha ta' din is-sessjoni parzjali, mhux se jkun hemm proċedura "catch-the-eye" u mhux se jiġu aċċettati karti blu.

Barra minn hekk, huma previsti interventi mill-boghod mill-Uffiċċji ta' Kollegament tal-Parlament fl-Istati Membri.

Ana Paula Zacarias, *President-in-Office of the Council.* – Madam President, thank you for allowing the Presidency of the Council to intervene on this important topic.

On 27 January, the Polish Constitutional Tribunal ruling of last October which restricted abortion to cases of fatal defects came into effect. This has prompted a wave of women's demonstrations in several Polish cities, as was the case last November.

Abortion and reproductive rights are highly sensitive and complex issues across Europe, including from a legal perspective. The European Court of Human Rights has consistently ruled that the Council of Europe member states enjoy a wide margin of appreciation as to whether and under what circumstances abortion is permitted under their national law. But once a member state decides to allow abortion, it has, according to the European Court of Human Rights, a positive obligation to create a procedural framework enabling a pregnant woman to effectively exercise her right to have access to lawful abortion, in compliance with relevant provisions of the European Convention on Human Rights.

As far as the European Union is concerned, primary law confirms that Union law in principle does not interfere with constitutional provisions and other national legislation of EU Member States relating to abortion.

The Charter of Fundamental Rights does not provide an autonomous right to abortion, even though it contains various rights that are potentially relevant for reproductive matters. Pursuant to Article 51(1) of the Charter, these rights apply only when Member States are implementing Union law.

In accordance with Article 168(7) of the Treaty on the Functioning of the European Union, Union action in the field of public health should respect the responsibilities of the Member States for the definition of their health policy and for the organisation and delivery of health services and medical care.

In this regard, the European Pillar of Social Rights states that everyone has the right to timely access to affordable, preventive and corrective health care of good quality.

Indeed, the EU has no competence on abortion policy. But as a woman and as a member of a government, I would affirm that women's rights are fundamental human rights and that sexual and reproductive health rights are at the core of gender equality and human rights.

Also, the Union has a strong policy in terms of gender equality with a cross-cutting approach to all policies. The Council has in several instances reaffirmed the EU's commitment to the promotion, protection and fulfilment of the right of every individual to have full control over, to decide freely, and to have full responsibility on matters related to their sexuality and sexual and reproductive health; free from discrimination, coercion and violence.

In this regard, let me stress that we certainly need a gender-sensitive approach in our responses now more than ever, and I thank the Commission for all the initiatives and actions included in this gender-equality agenda.

The Presidency also calls for support for women's NGOs in their advocacy role, ensuring that they can access EU funds – including those of the European Social Fund – in the new programming period, the rights, equality and citizenship programme, and other funding and schemes.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Madam President, Minister, honourable Members, after our debate in this Chamber in November, the situation in Poland regarding sexual and reproductive health rights has not improved. The ruling of the Polish Constitutional Tribunal of October last year stipulating that the abortion law is unconstitutional has now come into effect, bringing a near total ban on abortion. Abortion will no longer be permitted in the case of a severe and irreversible impairment of the foetus. In practice, this means that 98% of abortions so far carried out in Poland will become illegal.

The EU has no competence on abortion rights within a Member State. Legislation in this area is up to the Member State concerned. When making use of their competences, Member States must respect fundamental rights which bind them by virtue of their national constitutions and commitments under international law. High-quality sexual and reproductive health services are essential to women and girls and to men and boys, and this goes beyond abortion and includes access to contraception, education and prevention, as well as the treatment of HIV and other sexually transmitted diseases and fertility and sex-specific cancers. We must take an intersectional approach. Women with disabilities, for instance, or with a minority racial or ethnic background can be more vulnerable to violations of their sexual and reproductive health rights than other women.

As regards the Constitutional Tribunal, back in December 2017 the Commission already formally considered in its reasoned proposal under the Article 7 procedure, that the independence and legitimacy of the Constitutional Tribunal is seriously undermined and the constitutionality of Polish laws can no longer be effectively guaranteed. As the 2020 Rule of Law Report recalls, these concerns have so far not been resolved. So I thank you and I look forward to your interventions.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, *w imieniu grupy PPE*. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Nikt nie przypuszczał, że kolejny raz będziemy mówili na forum Parlamentu Europejskiego o polskich kobietach. Łudziliśmy się, że wyrok Trybunału Konstytucyjnego nie zostanie opublikowany i że nikt nie będzie zmuszał Polek do heroizmu i nie odbierze im i tak bardzo ograniczonej możliwości wyboru. Dlatego chcę wyraźnie podkreślić: to rząd PiS-u zdecydował o dzisiejszej debacie. Można odnieść wrażenie, że tak ważnym społecznie tematem próbuje przykryć się szereg nieudolności, a to jest niegodziwe.

Powtórzę swoje słowa, które tak niedawno wypowiadałam w Parlamencie Europejskim: nikt nie ma prawa być sumieniem polskich kobiet. Coraz częściej słyszę, że Polska to nie jest dobry kraj dla matek, a ciąża zamiast być stanem wyjątkowym i wyczekiwanym staje się stanem obarczonym ryzykiem i strachem. Gdy popatrzymy na statystyki, to widzimy, że Polki rodzą w kraju coraz mniej dzieci, a w 2020 roku osiągnęliśmy najniższy przyrost od 20 lat. Niestety ten problem jest bagatelizowany.

Wiemy, jak wiele kobiet ma problem z zajściem w ciążę. Mimo to likwiduje się program in vitro, który przynosił bardzo dobre efekty i był szansą na własne potomstwo dla tysięcy par. Zamyka się oczy na problem dostępu do badań prenatalnych, opieki okołoporodowej, odpowiedniego wsparcia dla matek wychowujących niepełnosprawne dziecko czy edukacji seksualnej. Żadna kobieta nie będzie zachodziła w ciążę, bo tak chcieliby politycy. Ani ustawą, ani dodatkiem socjalnym tego się nie zmieni. Czas stworzyć mądre rozwiązania, które pozwolą kobietom na wybór, a przede wszystkim dadzą im poczucie, że w tym wyborze są bezpieczne.

Odnoszę wrażenie, że polski rząd chce na siłę narzucić kobietom rolę sprzed kilkudziesięciu lat. Wierzę, że to się nie uda. Jestem z polskimi kobietami, tak jak moje koleżanki i koledzy z Koalicji Obywatelskiej i z grupy PPE w Parlamencie Europejskim.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, señora comisaria, finalmente lo hicieron, quizá esperaban que estuviéramos entretenidos en otras discusiones o desprevenidos. Pero no es así. Hoy debatimos en el Pleno sobre los derechos de las mujeres en Polonia. Porque es debatir sobre los derechos de las mujeres. Porque es debatir sobre los derechos humanos.

La publicación de la sentencia del Tribunal Constitucional de Polonia y el respaldo del -Gobierno polaco supone la prohibición *de facto* del aborto. La decisión la toma un tribunal que no debería llamarse así, ya que está totalmente controlado por el partido Ley y Justicia, el del señor Kaczyński, que no respeta la separación de poderes. Y es una cuestión que este Parlamento debe tratar.

Tengamos en cuenta otra cosa. Con la prohibición del aborto no estamos consiguiendo acabar con esta práctica. Lo que estamos haciendo es jugar con la vida de las mujeres, porque aquellas mujeres que tengan la necesidad de interrumpir su embarazo lo harán —no tengan ninguna duda de que lo harán—, poniendo en riesgo sus propias vidas. Lo harán sin las condiciones sanitarias. Lo harán en otros sitios de fuera de Polonia. Pero lo harán.

Por lo tanto, necesitamos hablar de estas cuestiones aquí en el Parlamento Europeo: de cómo evitar los abortos clandestinos que provocan la muerte de miles y miles de mujeres. Hay quien ha pretendido que no celebráramos este debate, que el Parlamento no hablara sobre los derechos de las mujeres en Polonia. Voy a decirlo muy claro: hablaremos una, hablaremos cinco, hablaremos las veces que sean necesarias, porque no son las mujeres de Polonia, somos todas. Y voy a repetir el mismo mensaje que lancé hace menos de un mes: «No estáis solas. Vamos a defender a todas las mujeres en Europa».

Samira Rafaela, *namens de Renew-Fractie*. – Voorzitter, een onrechtmatig Pools Constitutioneel Hof oordeelde dat abortus niet langer is toegestaan bij ernstige afwijkingen van de foetus, wat vrouwen verplicht te bevallen van baby's zonder overlevingskans. Het maakt de Poolse regering, net als sommige partijen hier in het Parlement, niets uit dat hierdoor vrouwen fysiek en mentaal ongelooflijk veel moeten lijden. Er is gewoon geen respect voor het lichaam van vrouwen, geen respect voor het welzijn van vrouwen en geen respect voor de rechten van vrouwen bij deze conservatieve, antifeministische bewegingen, ook hier in het Parlement. Over de ruggen van vrouwen zijn ze hun niet-ethische agenda aan het doorvoeren. Nog geen drie maanden geleden kwamen we bij elkaar in het Parlement en veroordeelden we deze schending van vrouwenrechten. Maar toch gaan ze gewoon door.

Nu zien we dat het niet blijft bij woorden. Het oordeel is ondanks massale straatprotesten nu officieel tot wet aangenomen door de Poolse regering. De Poolse regering heeft dus gewoon compleet lak aan ons. Het is een nieuw dieptepunt in de systematische golf van aanvallen op vrouwenrechten in Polen en op de rechtsstaat. We kunnen niet accepteren dat een stelletje pseudotribunalen de dienst gaan uitmaken in Europese lidstaten die gesteund worden door een stevige antiabortuslobbyorganisatie in Europa.

Mijn vraag aan de Commissie is: wat gaat u nu concreet doen? Gaan we toekijken hoe met dit inhumane beleid de fundamentele rechten van vrouwen in Polen worden ingeperkt? Dat lijkt me niet. Het Parlement is helder. Alstublieft geen fondsen, en steun de vrouwenorganisaties in Polen.

Joachim Kuhs, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erneut soll heute ein Mitgliedstaat der EU an den Pranger gestellt werden. Ich halte das für unanständig.

Aber um was geht es eigentlich? Die Polen wollen Ehe, Familie und das Menschenrecht auf Leben schützen und damit schützen sie und kämpfen sie für die ureigensten Werte, die zum Kernbereich der europäischen Identität gehören.

Einer unserer Gründungsväter, Robert Schuman, hat gesagt: Die Demokratie wird eine christliche sein oder sie wird nicht bestehen bleiben. Und ich erinnere die Christdemokraten, die immer noch so heißen, an Otto von Habsburg, der einmal sagte: „Europa wird christlich sein, oder es wird nicht sein."

Liebe Kollegen, wollen Sie das alles über Bord werfen? Wollen Sie das Fundament der Europäischen Union unterminieren? Wir sollten den Polen dankbar sein, dass sie sich so für die europäischen Werte einsetzen. Für Demokratie, für die Meinungs- und Redefreiheit und, ja, auch für das Leben und für die Würde des Menschen, aller Menschen, von der Empfängnis bis zum Tod.

Liebe polnische Kollegen! Möge es Ihnen gelingen, die Grundlagen einer wertebasierten christlichen Gesellschaft zu bewahren. Und möge es Ihnen gelingen, für Ihre Familien und Ihre Kinder eine zukunftsfähige Gemeinschaft in Ihrem Land und hoffentlich auch in vielen Mitgliedstaaten zu sichern.

Wenn ich mich hier umsehe, erscheint das hoffnungslos. Aber Sie, liebe Polen, haben in der Geschichte mehrfach bewiesen, dass Ihr Kampf und Ihr Einsatz am Ende belohnt werden. Ich freue mich, gemeinsam mit Ihnen dafür zu streiten und wünsche Ihnen viel Glück und Gottes Segen.

Sylwia Spurek, *w imieniu grupy Verts/ALE*. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Nie dyskutujemy tu dziś o wyroku niezależnego sądu, ale o decyzji politycznej. Została podjęta przez osoby nieuprawnione do orzekania, zasiadające w Trybunale Konstytucyjnym zależnym od partii rządzącej. To nie orzeczenie, ale polityczny zamach na fundamentalne prawo kobiet do decydowania o sobie. Kolejny taki zamach w Polsce.

W Polsce nie ma już praworządności i nie ma praw kobiet. Doszło do tego również przez to, że Komisja Europejska nie była skuteczna w egzekwowaniu przestrzegania zasady praworządności przez Polskę. Komisja Europejska nie była również skuteczna w dążeniu do przyjęcia horyzontalnej dyrektywy antydyskryminacyjnej gwarantującej wszystkim kobietom w Unii Europejskiej równe traktowanie w obszarze ochrony zdrowia, w tym w dostępie do aborcji. Bo aborcja to normalne świadczenie medyczne. I tak powinna być postrzegana przez prawo. Kiedy Komisja podejmie w końcu działania i wykorzysta wszystkie swoje narzędzia, aby ochronić kobiety w Polsce? Czas się kończy.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Po raz kolejny jesteśmy świadkami debaty o rzekomo łamanej praworządności w Polsce. Po raz kolejny Parlament Europejski, który tak często nawołuje do przestrzegania praworządności, de facto tę praworządność łamie, dlatego że kwestie związane z ochroną życia i odpowiednimi regulacjami należą do kompetencji państw członkowskich. Nie wystarczyło Państwu oświadczenie Komisji Europejskiej, komisarz Dalli, sprzed 2 miesięcy, która tutaj, w Parlamencie powiedziała, że kwestia aborcji jest kompetencją państw członkowskich. Ale nie, Państwo chcą koniecznie podsycać spór polityczny w Polsce. Chcą, by kobiety wychodziły na ulicę w czasach pandemii, w czasach, kiedy walczymy o życie naszych obywateli. Są Państwo de facto zaniepokojeni tym, że spory w Polsce wygasają, dlatego też dzisiaj odbywa się ta debata.

Proszę Państwa! Trybunał zbadał zgodność ustawy z konstytucją, konstytucją podpisaną nota bene przez lewicowego prezydenta i przyjętą za rządów lewicy. Poprzedni prezesi Trybunału Konstytucyjnego wyraźnie stwierdzili, że Trybunał nie mógł orzec inaczej, ale Państwu to nie przeszkadza. Państwo koniecznie chcą podsycać spór ideologiczny.

Jeszcze nie tak dawno przychodzili Państwo do Parlamentu w koszulkach z napisem „konstytucja", wzywając rząd polski do przestrzegania konstytucji, którą jakoby wedle Państwa widzimisię łamał. Dziś są Państwo niezadowoleni, że Trybunał orzeka zgodnie z konstytucją.

Mam dość pomawiania polskich kobiet, pomawiania polskiego rządu. Polska ma jedną z najmniejszych luk płacowych. I to w Polsce jest przygotowana regulacja, która ma uznać lukę płacową za jedną z form mobbingu. Opamiętajcie się! Opowiedzcie się za cywilizacją życia!

Eugenia Rodríguez Palop, *en nombre del Grupo The Left*. – Señora presidenta, la sentencia del Tribunal Constitucional polaco, un órgano carente de legitimidad e independencia, hay que enmarcarla en la agenda paralela de los Gobiernos de extrema derecha y de los grupos conservadores que los apoyan, cuyo objetivo es dinamitar los logros alcanzados en materia de género. Y estas campañas antigénero, no nos engañemos, no son meras tendencias nacionales ni ocurrencias aisladas, sino que forman parte de una organización transnacional con estrategias y patrones comunes.

La penalización del aborto supone una violación del derecho a la vida porque condena a las mujeres a abortos clandestinos e inseguros y del derecho a la salud y a la atención médica, a la igualdad y la no discriminación, a la seguridad personal, a la autonomía reproductiva, a la privacidad, a la información sobre su salud reproductiva, que incluye la educación sexual, a decidir el número de hijos y el intervalo entre los nacimientos, a disfrutar de los beneficios del progreso científico, y a la libertad religiosa y de conciencia, cuando se hace descarado apostolado desde las instituciones. Y supone, además, una violación del derecho que tenemos las mujeres, como los demás seres humanos, a no ser sometidas a un trato cruel, inhumano y degradante.

Cuando se prohíbe el aborto, el Estado se convierte en un auténtico agresor institucional que somete a su control nuestros cuerpos, nuestra sexualidad y nuestra capacidad reproductiva. Polonia tiene competencias en materia de salud, sin duda, pero ningún Estado que forme parte del Consejo puede tener competencias para violar derechos humanos o para atacar el Estado de Derecho. Las mujeres polacas han salido a la calle y han resistido. Nosotras estamos con ellas. No somos esclavas de ningún Gobierno y no daremos ni un paso atrás.

Vladimír Bilčík (PPE). – Madam President, we are having this discussion in this House today because we are concerned about the rule of law, credible justice and fundamental rights in Europe. Polish justice is European justice, and as such it must follow common European principles and commitments that all European citizens' rights are fully respected and protected.

Unfortunately, this is not the case in Poland today. Last October, the Polish Constitutional Court, the Polish Constitutional Tribunal, made an important decision with consequences for the lives of many Polish and European citizens. The decision on abortion was delivered by judges fully dependent on politicians from the governing majority. Let us remember that three members of the current Constitutional Tribunal were appointed in violation of the Polish Constitution. And this decision has taken place in the context of a broader ongoing struggle for independent justice in Poland.

Dear colleagues, reliable institutions matter and are crucial for credible rule of law and judiciary. Important decisions such as on abortion must be taken through mechanisms that enjoy the trust of the people, but 78% of Poles opposed the Constitutional Tribunal's decision, and many have taken repeatedly to the streets to protest it.

Women's rights are human rights and they deserve proper treatment, not political shortcuts. What kind of a democratic government sends masses of its citizens to protest in the streets? I therefore stand here in solidarity with those who are calling for the return of justice, rule of law and human dignity in Central Europe.

Robert Biedroń (S&D). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Mamy 2021 rok. Jesteśmy w środku Europy. W 2021 roku w sercu Europy obecnie rządzący podnieśli rękę na kobiety. Ograniczyli prawa kobiet, o które kolejne pokolenia Polek walczyły przez wieki. Co więcej, ta władza podniosła rękę na kobiety, które wyszły na ulice w obronie swoich praw. Używała gazu przeciwko kobietom, łamała im ręce. Bezpodstawnie je zatrzymywała. I ci prawicowi fanatycy oczywiście dzisiaj nie mają zamiaru się zatrzymać, bo doprowadzili do tego, że dzisiaj Polki mają bardziej ograniczone prawa niż kobiety w Iranie. A często przykład Iranu pada tutaj jako państwa niezwykle konserwatywnego.

Sytuacja jest absurdalna, bo w 2004 roku, kiedy Polska wchodziła do Unii Europejskiej, Polki miały więcej praw niż dzisiaj w 2021 roku. Dlatego wzywam Komisję Europejską do uzupełnienia wniosku dotyczącego praworządności w Polsce (na podstawie art. 7 traktatów unijnych) o kwestię ograniczenia praw kobiet w Polsce. Ten wniosek musi być poszerzony, żeby Polki w końcu miały takie same prawa jak Belgijki, Francuzki i Niemki.

Karen Melchior (Renew). – Madam President, Madam Commissioner, dear colleagues, equality is a fundamental value of the European Union. Equality starts with our right to decide over our own body. The decision by the 'unconstitutional' constitutional tribunal in Poland flies in the face of this fundamental value. The last five years the Polish Government has abandoned the values that unite Europe. Minorities have been under attack, the rule of law has been under attack, and women, women's bodies, have been under attack. The right to abortion has slowly but surely been stolen from Polish women.

The fight of Polish women for their rights is also my fight. I am not free and equal until all women in Europe are free and equal. The right to abortion should not be an ideological battle, but the Polish Government has made it into an ideological battleground. Ms Jadwiga Wiśniewska, would you force your daughter to carry her embrypathological foetus to term, to force her to give birth not to a baby, but to a corpse? It is time to say stop. *Dość tego!*

Maximilian Krah (ID). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatten über Polen und die vermeintliche Verletzung der Rechtsstaatlichkeit sind ja ein Evergreen in diesem Parlament. Aber diese heutige Debatte ist ihrerseits ein Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit.

Es beginnt damit, dass wir über etwas diskutieren, wofür die Europäische Union keine Kompetenz hat, nämlich das Abtreibungsrecht des souveränen Staates Polen. Es geht weiter damit, dass hier Abgeordnete meinen, dem legitimen Verfassungsgericht Polens die Legitimität absprechen zu müssen, weil ihm seine Entscheidungen nicht gefallen. Ja, so ist es halt vor Gericht. Da gefallen einem die einen oder anderen Entscheidungen nicht.

Und es ist schließlich ein Witz, weil es überhaupt kein Grundrecht auf Abtreibung gibt. Es gibt auch kein Menschenrecht auf Abtreibung. Es gibt aber ein Menschenrecht auf Leben, und das umschließt eben auch das ungeborene Leben. Und deshalb haben sich 32 Nationen – unter ihnen die Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch Ungarn und Polen – in der *Geneva Consensus Declaration on Promoting Women's Health* dafür entschieden, Abtreibung den Kampf anzusagen, weil es viel zu viele Abtreibungen gibt. Allein die Länder Frankreich, Deutschland, Spanien und Italien: eine halbe Million pro Jahr.

Jede Abtreibung ist eine Tragödie, und die Politik ist aufgefordert, für das Recht auf Leben und anständige Bedingungen für Familien zu kämpfen und nicht Länder anzugreifen, die das tun. Es ist an der Zeit, gegen Abtreibung und für Leben zu sein und nicht für Einwanderung. Und es ist an der Zeit, endlich aufzuhören, einen Rechtsstaatsbegriff zu fordern, der darauf hinausläuft, dass Rechtsstaat das ist, was links ist, und alles das, was legal und korrekt ist, böse ist.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Madam President, what the Polish Government is very obviously trying to do is to transform Poland into some sort of dystopian Gilead, a place where men have control over women and their bodies. And nobody who is watching the situation can deny that any longer. But, for years, the people who were pointing to that fact, most of all millions of women in Poland who were warning and saying how scared they were for their own rights, were told by many not to be so overdramatic and hysterical. And now they are angry and they have every right in the world to be so. That is why they are rising up. They are going onto the streets and protesting for their fundamental rights.

Let us learn this lesson, colleagues. When women warn that their rights are in danger, you'd better listen to them instead of trying to shut them up. But, most of all – and I can repeat this another million times if need be, Madam Commissioner – act, do something about this situation. The Polish judiciary, Polish women, the LGBTI community in Poland – what else has to happen so that we finally see true commitment from the Commission for European values and for the fundamental rights of European citizens?

Beata Mazurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Na wstępie chcę zaznaczyć, że tytuł tej debaty to jawne kłamstwo. W Polsce nie obowiązuje całkowity zakaz aborcji. W Polsce zgodnie z konstytucją chroni się prawo do życia tych nienarodzonych, którzy sami bronić się nie mogą. Sytuacje wyjątkowe są. Wtedy gdy zdrowie lub życie matki są zagrożone lub gdy ciąża pochodzi z przestępstwa.

Chcę podkreślić, że żaden międzynarodowy instrument w dziedzinie praw człowieka, którego Polska jest stroną, nie przewiduje prawa do aborcji. Również w europejskiej konwencji praw człowieka i orzecznictwie Europejskiego Trybunału Praw Człowieka nie ma mowy o takim prawie.

Zanim 21 marca, w Dzień Osób z Zespołem Downa, będziecie ochoczo robić sobie selfie i zakładać różne skarpetki po to, by później nawoływać do odbierania tym osobom jeszcze nienarodzonym fundamentalnego prawa, jakim jest prawo do życia, przypomnę Wam słowa, które w tej sali wypowiedziała Pani Komisarz: „Z prawnego punktu widzenia jasne jest, że Unia nie ma kompetencji, jeśli chodzi o prawo do aborcji w państwie członkowskim". Mówiła to podczas listopadowej i dzisiejszej debaty Helena Dalli, komisarz do spraw równości. Nie słyszeliście tego? Zapomnieliście te słowa? Dzisiejsza debata to nic innego jak niezgodna z Traktatami próba ingerencji w wewnętrzne sprawy państwa członkowskiego.

Nikolaj Villumsen (The Left). – Fru formand! Kvinder har ret til at bestemme over deres egen krop. Det er en menneskeret, og den rettighed skal ikke krænkes. Men det sker lige nu i Polen.

Den højrenationale polske regering har presset forbuddet mod abort igennem. Det er ikke alene et brud på kvinders ret til at bestemme over deres egen krop. Det er også et klokkeklart brud på grundlæggende retsstatsprincipper, da beslutningen er truffet af ulovligt udpegede dommere.

Abortforbuddet gennemføres trods store protester fra den polske befolkning, der igennem mange måneder har trodset politivold og overgreb. Polske kvinder fortjener retten til at bestemme over deres egen krop. Polen fortjener respekt om grundlæggende retsstatsprincipper. Derfor skal EU handle. Retsstatsmekanismen skal aktiveres. Ingen EU-støtte skal gå til den polske regering, så længe den krænker menneskerettighederne.

Frances Fitzgerald (PPE). – Madam President, the situation in Poland is very bleak and utterly inhumane. We have a government that seeks to discard the rule of law and human rights, a government that thinks they have a monopoly on what the truth is, a government that persecutes their own people, advocating for 'LGBTI-free' zones and a government that believes they can control women.

I'm pretty sure if it wasn't for free movement and the European Union, Poles would be applying for asylum in many EU countries, persecuted at home. A safety net provided by the EU for what is a European shame. Ironic.

The absolutist approach of banning abortion entirely shows no compassion for women nor for their bodily integrity or faith in them to make their own decisions. Mr Kaczynski, are you so afraid of Polish women that you seek to keep them under your control?

Pregnancy can be a joyous and happy occasion, but it can also be complex. And as humans, as dignified citizens, we must understand that complexity, and have flexibility for the circumstances that are not clear cut, like fatal foetal abnormality – where a much-longed-for child cannot survive.

Are you so afraid of women that you want to put them through the trauma of giving birth to a child that cannot survive? What made you and the Polish state the sole arbiter of moral decisions?

I believe the people of Poland will win the day.

Predrag Fred Matić (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, povjerenice, prije svega, nekoliko poražavajućih podataka: procjene su da se godišnje izvrši oko 25 milijuna nesigurnih pobačaja i zbog toga diljem svijeta umre 23 000 žena.

Dokazano je da zabrane ne dovode do manjeg broja pobačaja već do većeg broja onih pobačaja koji se izvode u nesigurnim uvjetima, a Poljska svoje građanke ponovno gura da budu dio ove teške i porazne statistike. To je tužno, zabrinjavajuće i nedopustivo.

Radi se o zdravlju i životima vaših majki, sestara, kćeri, prijateljica i one ne mogu biti prepuštene na milost i nemilost političke agende koja za cilj ima zabraniti, ograničiti, unazaditi.

Ne možemo se vječno skrivati iza argumenta nadležnosti država članica i zaista se nadam i apeliram na sve one u Poljskoj koji imaju moć promjene ove sramotne odluke – da to i učine.

Protiv toga ćemo se u ovoj kući uvijek jasno i glasno zalagati, a ovim putem želim izraziti i solidarnost sa svim onim ženama koje prosvjeduju na ulicama Poljske.

Kolegice i kolege, ovo je pitanje života europskih građanki, njihovog zdravlja, ljudskih prava i sloboda, a ako na to ne reagiramo, onda smo Europsku uniju napustili u njenim temeljnim vrijednostima i morat ćemo se zapitati – što nas to veže i spaja, ako ne očuvanje i poštivanje osnovnih ljudskih prava?

Na kraju; ne želim vjerovati da su neke članice s istoka ušle u Europsku uniju samo zato da uzimaju novce od bogatijih zemalja; meni su europske vrijednosti puno, puno više od toga.

Chrysoula Zacharopoulou (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, un peu d'histoire. Pendant près de 40 ans, de 1956 à 1993, les femmes polonaises avaient droit d'accéder à l'avortement librement et gratuitement. En 1993, l'accès à l'IVG est sévèrement restreint. Aujourd'hui, l'avortement est de fait interdit par le tribunal constitutionnel.

Ce qui se passe en Pologne est grave. Cet arrêt semble avoir été écrit par des prêtres et non par des juristes. Cet arrêt met en péril la santé et la vie des femmes et criminalise les médecins.

Madame la Commissaire, l'obscurantisme est de retour au cœur de l'Europe. La société civile est mobilisée. Le Parlement européen se tient aux côtés des femmes polonaises depuis des mois. Mais maintenant, c'est à votre tour, Commission et Conseil. Vous avez l'outil: c'est le budget. Alors agissez avec courage et responsabilité!

Patryk Jaki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Co tydzień domagacie się specjalnych praw dla 200 niezdefiniowanych płci, które i tak już mają swoje specjalne prawa, swoje specjalne środki, swoich komisarzy, swoje rezolucje. A ostatnio nawet tutaj zorganizowaliście konferencję w sprawie specjalnych działań dla kobiet, które świadczą usługi seksualne. Generalnie w tej izbie każdy ma swoje prawa poza dziećmi, które są posądzone o niepełnosprawność. Je, według dużej części z Was, można usuwać nawet w ósmym, dziewiątym miesiącu ciąży na życzenie. I jeszcze twierdzicie, że to jest prawo człowieka, i wyzywacie wszystkich tych, którzy bronią tych dzieci najsłabszych, tych dzieci najbardziej bezbronnych. I rzeczywiście w wielu miejscach jest tak, że dzieci z zespołem Downa już się nie rodzą, a chorych można bez ich zgody poddać eutanazji. Tylko jest kluczowe pytanie: kto dał wam prawo do decydowania o tym, które życie jest lepsze, a które życie jest gorsze? Wielu Polaków nie dzieli życia na życie lepsze i na życie gorsze. I powiem wam więcej: my się tego nie wstydzimy.

Sandra Pereira (The Left). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, a luta pelos direitos das mulheres, pelos direitos laborais e pela igualdade, mas também pelos direitos em matéria de saúde sexual e reprodutiva, é uma luta de décadas.

Neste debate, queremos sublinhar e valorizar a luta das mulheres na Polónia, mas não só, na Eslováquia e noutros países, que, mesmo em tempos de pandemia, continuam a lutar nas ruas não só pelos direitos sexuais e reprodutivos, incluindo o acesso à interrupção voluntária da gravidez, como a dar combate a graves retrocessos na lei.

As mulheres portuguesas, na sua luta pela despenalização da interrupção voluntária da gravidez, receberam a solidariedade de mulheres de variados países. Estamos agora a retribuir esse apoio com a dinamização em Portugal de uma iniciativa de solidariedade com a luta das mulheres polacas, à qual se associaram destacadas mulheres com intervenção em diversas áreas.

Consideramos que os retrocessos legislativos em matéria de interrupção voluntária da gravidez atentam contra a saúde, os direitos e a dignidade das mulheres, com riscos acrescidos para as mulheres das camadas mais desfavorecidas social e economicamente.

Tomasz Frankowski (PPE). – Pani Przewodnicząca! „Otwarte serce jest akceptujące, nie oceniające". To słowa wspaniałej polskiej aktorki Małgorzaty Braunek. Tymczasem na ulice ponad stu polskich miast wyszły dziesiątki tysięcy polskich kobiet oburzonych decyzją rządu i podległego mu Trybunału Konstytucyjnego. Zależny od polskiego rządu Trybunał bez konsultacji społecznych zmienił obowiązujące prawo aborcyjne. Doszło do wybuchu niezadowolenia i w całym kraju kobiety spontanicznie wyszły na ulice, aby wyrazić swój sprzeciw. Nie zatrzymał ich ani strach przed koronawirusem, ani zachowanie policji, dość w pewnych sytuacjach agresywne.

Decyzja o przerwaniu ciąży zawsze pozostaje w sumieniu matki, a skutki tej decyzji determinują często dalsze życie kobiety. W cywilizowanym świecie każdy demokratyczny rząd pyta swoich obywateli o tak ważne zmiany w prawie. Niestety rząd Prawa i Sprawiedliwości pogwałcił prawa kobiet i narzucił swoje poglądy milionom Polek, odmawiając im szacunku, tolerancji i empatii i pozbawiając prawa do decydowania o sobie.

Jest to tym bardziej smutne, że w mojej ojczyźnie kobiety otrzymały prawo wyborcze jako jedne z pierwszych w Europie. Było to ponad sto lat temu, w 1918 roku. Jako mąż i ojciec trójki dzieci zawsze będę stał po stronie wyboru i praw kobiet, bo są to prawa człowieka, a zdaje się, że partia obecnie rządząca w Polsce w imię wojny ideologicznej, przy okazji odwracając uwagę od problemów z pandemią i ze szczepionkami, postanowiła to zignorować.

Heléne Fritzon (S&D). – Fru talman! Fru kommissionär! Varje timme dör fem kvinnor på grund av osäkra aborter, och studier från WHO visar att en strikt abortlag inte hänger samman med låga aborttal. Varje kvinna med en oönskad graviditet som inte kan få tillgång till en säker abort riskerar en osäker abort.

Polens inskränkningar av aborträtten är inte bara en allvarlig begränsning av tillgången till laglig och säker abort; det är ett angrepp på rättsstatsprincipen, och det är en attack mot kvinnors mänskliga rättigheter som kan innebära livsfara. Jag har sagt det tidigare: EU måste värna rättsstatsprincipen och de grundläggande rättigheterna om sexuell och reproduktiv hälsa och rättigheter och rätten till säkra och lagliga aborter. Varenda kvinna och flicka har rätt att bestämma över sin egen kropp. Det gäller också Polen.

Michal Šimečka (Renew). – Madam President, it is very hard, actually, to find a policy in today's Europe which is so harmful to so many people while at the same time being such an affront to the rule of law. The de facto ban on abortions in Poland actually does both because, on procedure, it has been put in place by a constitutional court whose composition is illegitimate after the ruling government interfered with its independence, and the lack of judicial independence is also made clear from the fact that the government delayed the publication of the ruling for its own convenience.

On substance, of course, the ruling, the de facto ban, will heap suffering on hundreds of Polish women every year. Abortions will continue, they will just be less safe. Already before the ban, there were some 80 000 to 200 000 abortions being carried out legally, and this number will grow, which is why, rightly, the Polish people have taken to the streets to protest against this infringement of their rights and we should stand with them.

Cristian Terheș (ECR). – Doamnă președintă, dragi colegi, am ascultat cu mare atenție ce au spus vorbitorii anteriori despre pretinsa abolire a avortului în Polonia și pentru orice observator independent este șocant să constate dublul standard pe care îl manifestați atât la adresa statului de drept, cât și a ordinii constituționale a statelor membre din Uniunea Europeană. Atât reprezentanții Consiliului, cât și ai Comisiei au spus, și citez: „UE nu are competență în chestiunea legiferării avortului, tema fiind una ce ține de statele membre".

Cu toate acestea, 17 antevorbitori au vorbit despre acest subiect pur și simplu din perspectivă ideologică, fără a explica cu argumente juridice de ce, din punct de vedere legal, decizia Tribunalului Constituțional din Polonia nu ar fi corectă. În decizia din 22 octombrie 2020, Curtea Constituțională a Poloniei a stabilit că avortul pe motive genetice sau malformații încalcă prevederea constituțională ce garantează dreptul la viață al oricărei persoane. Niciun antevorbitor ce critică această decizie nu explică de ce precedentul ce se dorește a se crea la nivelul Uniunii Europene, de a decide cine trăiește și cine moare, ar fi în conformitate cu statul de drept.

Dragi colegi, prin pozițiile majoritar exprimate aici de a vorbi doar despre dreptul femeilor de a comite avort, … *(Președinta a întrerupt vorbitorul)* … dar de a nu vorbi și despre dreptul copiilor nenăscuți de a trăi, … *(Președinta a întrerupt vorbitorul)* … condamnați, pur și simplu, Uniunea Europeană la moarte.

Malin Björk (The Left). – Madam President, the Polish Constitutional Court is illegitimate and so the ban on abortion is unlawful. It is as simple as that. And it is a head- on attack on women's rights and women's bodies.

Women have gone to the streets – women and men – and the state has answered with repression and violence and persecution in courts. This must be condemned from the highest level. Next time I want to see the President of the Commission here. I want to see Didier Reynders alongside Commissioner Dalli to condemn this.

It was not so long ago that Swedish and French women went to Poland to get access to abortion care. Today the abortion care goes the other way round.

So, to all colleagues, friends in Poland, I want to say you are not alone. We will take this fight together with you. We will win this fight together with you. We will not accept any control and that our bodies and our rights are trampled upon. Not in Poland, not anywhere.

Evelyn Regner (S&D). – Madam President, I will not tire of saying to the government in Poland that no, we do not accept your moves to restrict women's rights. Banning abortions only leads to one thing: dead and intimidated women. Your politics are jeopardising women's health and lives. Getting an abortion is never an easy choice, but it has to be a choice, everywhere in Europe.

In addition, I say to the Polish Government that you are undermining Polish democracy. The biggest protests since 1989 are taking place right now against your politics and all you do is to take one step back when we call you out, as in November, and then, just a little bit later, you secretly leap five steps forward into the dark ages again.

Women's rights are fundamental rights and those are part of the rule of law, so I reiterate my support to all the Polish people peacefully protesting.

Ramona Strugariu (Renew). – Madam President, I come from a country where thousands of women lost their lives during communist years because they had no choice. I am the granddaughter of a woman who suffered tremendously because she had no choice. I was born and raised in this country, but then this country grew so that I can become a free woman. If Mr Kaczyński or his League had ever had an abortion, then they would know that this is not an easy choice. It is one of the hardest choices one can make in search of a safe and dignified life.

Every woman has a right to such a life, to such choices, to decide upon her future. Every leader or entity who does not understand that does not belong to this century, to the European Union, and to our community of values. I stand with you, women of Poland, and, yes, I am too the granddaughter of one of those witches that they did not burn.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria de Igualdad, érase una vez una Unión Europea en la que los Estados que aspiraban a la adhesión modernizaban sus ordenamientos jurídicos para absorber valores comunes en el respeto de la igualdad y de los derechos y libertades de todas y todos.

Y vemos en los últimos años, y en este caso de 2015, como, en un Estado de reciente adhesión, un Gobierno cada vez más antieuropeo ha embarcado a Polonia en una sucesión de reformas judiciales en las que ya no es reconocible la independencia.

Y como un Tribunal Constitucional, cuestionado ante el Tribunal de Justicia de la Unión Europea, restringe las opciones de interrupción voluntaria del embarazo de miles y miles de mujeres polacas, condenándolas a la clandestinidad o a un riesgo inasumible, y a millones, en Polonia y en toda la Unión Europea, a protestar en las calles.

De modo que lo que esta Resolución quiere es que Polonia vuelva a la Unión Europea, pero que lo haga con los derechos y libertades de todas sus mujeres intactos.

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, may I say at the outset that the ban on abortion in Poland is a breach of basic fundamental human rights. It's an attack on women and it limits their choice to make decisions in their interests. I have no doubt that abortions will continue, but they may be exported from Poland, and I just want to say at the outset that I fundamentally believe that women have to have this choice, and it should be a choice available in every country. In the context of Poland, what the Government has decided to do is effectively to force Polish women to go abroad, force young Polish girls to access abortion pills on the internet and use them in the privacy of their own home without medical supervision, maybe bleeding for hours in a bathroom, unable or unsure of what will happen to them in the future.

So I urge the Polish Government to look and decide to change this ban on abortion because it is fundamentally putting Polish women at risk. I condemn the Government's attitude to this and I support the women and girls of Poland in their protest to ensure their basic human rights and values in Poland as well.

Leszek Miller (S&D). – Pani Przewodnicząca! Zmuszanie kobiet do rodzenia w każdych okolicznościach, co jest aktem okrutnej państwowej przemocy, będzie skutkowało tym, że tysiące kobiet stanie każdorazowo przed dramatycznym wyborem i koniecznością szukania pomocy medycznej poza granicami własnego kraju. Niestety nie wszystkie kobiety będzie na to stać. Sytuacja ta wymaga naszej zdecydowanej reakcji.

Niestety w odpowiedzi na moją i moich kolegów interpelację w sprawie sytuacji kobiet w Polsce i możliwości refundacji kosztów przerywania ciąży w ściśle określonych przypadkach na obszarze Unii, Komisja Europejska stwierdziła, że nie podejmie w tej sprawie żadnych działań. Jest to wiadomość tym bardziej rozczarowująca, że Komisja ma liczne inne możliwości realizowania celów niż tylko legislacja. Mam na myśli zapewnienie bezpośredniego wsparcia programów i organizacji społeczeństwa obywatelskiego działających na rzecz edukacji, antykoncepcji, ochrony praw i zdrowia kobiet.

Parlament Europejski niejednokrotnie wzywał do tego Komisję w swych rezolucjach. Apeluje, aby Komisja, korzystając z dostępnych zasobów i nowo tworzonych programów unijnych, efektywnie wsparła ochronę praw kobiet w Polsce poprzez między innymi finansowanie organizacji, programów ułatwiających edukację seksualną, prawa reprodukcji. Stan wyjątkowy wprowadzony w Polsce wymaga wyjątkowych działań w Unii Europejskiej.

Sandro Gozi (Renew). – Madame la Présidente, depuis le 27 janvier, le droit à l'avortement en Pologne est de fait illégal. Depuis le 22 octobre, des femmes et des hommes manifestent contre cette décision. Je dis bien des femmes et des hommes, car même si l'on parle avant tout du droit pour chaque femme à disposer de son corps comme elle le souhaite, ce n'est pas un combat des femmes, c'est le combat de tous.

Nous nous sommes construits sur des valeurs communes et une volonté commune de défendre un modèle de société qui nous est cher. Dans ce modèle, il est primordial que les droits des femmes et la liberté de choix soient garantis. Ce n'est plus le cas en Pologne: un saut en arrière dans un sombre passé.

Si le gouvernement et la cour polonais persistent dans la violation de l'état de droit, nous devrons utiliser tous les moyens dont nous disposons, y compris budgétaires, pour protéger les droits essentiels et fondamentaux, y inclus les droits à la contraception, à la santé et à l'éducation, comme la commissaire Dalli vient justement de le rappeler. C'est notre rôle, c'est notre devoir. À toutes celles et à tous ceux qui se battent, je voudrais dire: «*You'll never walk alone*».

Sylvie Guillaume (S&D). – Madame la Présidente, l'interdiction de fait de l'avortement en Pologne… La nécessité d'un nouveau débat sur l'IVG en Pologne est consternante, mais que personne ne croie que nous rendrons les armes. Nous resterons en alerte et vigilants.

Après les menaces qui pesaient sur le droit à l'avortement dans ce pays, nous voilà aujourd'hui face à son interdiction pure et simple. Une fois encore, les autorités polonaises sont sur le devant de la scène, mais pour de bien mauvaises raisons. J'ajoute que nous connaissons bien maintenant leurs relais dans les institutions européennes qui pratiquent un lobbying décomplexé.

Mon message de soutien aujourd'hui est pour les Polonaises et les Polonais qui manifestent par milliers depuis le 22 octobre contre cette décision révoltante, il est pour les ONG et la société civile qui n'ont eu de cesse de se battre depuis des années contre des pratiques réactionnaires. Nous les avons soutenus et nous continuerons.

Je souhaite aussi rendre hommage à mes collègues parlementaires nationaux polonais qui font de leur mieux pour préserver les droits des femmes. Cette décision en Pologne nous montre qu'ils semblent acquis, mais qu'ils sont pourtant fragiles. Ce combat, c'est l'affaire de tous, hommes et femmes, pour que l'accès à l'avortement soit un droit garanti dans toute l'Union européenne.

Raphaël Glucksmann (S&D). – Madame la Présidente, nous sommes au XXIe siècle et c'est toujours la même vieille rengaine: les hommes décident, les femmes trinquent. Des hommes polonais ont donc décidé que les femmes polonaises n'auraient plus le droit d'avorter. Voici résumée en une phrase la bonne vieille oppression patriarcale.

Chaque année, 100 000 Polonaises avortent clandestinement. Chaque année, 100 000 femmes, au cœur même de l'Union européenne, mettent en péril leur vie – 100 000 aujourd'hui, plus encore demain.

Madame la Commissaire, vous avez les moyens d'agir. Agissez! Financez l'accès à l'avortement dans les pays voisins pour les Polonaises qui le souhaitent.

Et nous, chers collègues, montrons que l'Europe défend ses citoyennes. Reprenons cette belle idée de Gisèle Halimi, la clause de l'Européenne la plus favorisée. Harmonisons nos législations par le haut pour les lois qui touchent à la vie des femmes.

Des centaines de milliers de Polonais et de Polonaises manifestent dans les rues. Ils sont l'honneur de l'Europe. Ils nous regardent. Soyons dignes d'eux!

Pina Picierno (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, io vorrei innanzitutto dire da quest'Aula alle donne polacche che siamo con voi. Non siete sole, non siete sole in questa battaglia. Noi ci sentiamo parte di questa battaglia che ci riguarda, perché abbiamo imparato che i governi che hanno un'idea labile dello Stato di diritto attaccano prima le donne, prima le donne e i loro diritti – cominciano da noi-, ma poi attaccano i diritti di tutti e di ciascuno: la libertà di espressione, in una parola, e la democrazia, che è un bene preziosissimo che dobbiamo difendere.

Ma più pressante è il tentativo di riportare indietro le lancette dell'orologio della storia, più grande dev'essere lo sforzo di non arretrare di un millimetro, di guardare avanti, sapendo che non basta vincere una battaglia, sapendo che non basta ottenere che venga rispettato un diritto. Occorre vigilare e noi in quest'Aula lo facciamo e lo faremo sempre.

Lina Gálvez Muñoz (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria Dalli, a lo largo de la historia y en todas las culturas siempre ha habido mujeres que, por distintas razones, han decidido interrumpir sus embarazos. Convertir este hecho en ilegal no disminuye los abortos, lo único que hace es poner en riesgo la vida de las mujeres o empujarlas a irse a otros países, como ocurría en mi propio país cuando no era una democracia con aquellas que tenían medios y se iban a abortar a Londres.

Ahora muchísimas mujeres de Polonia también están obligadas a irse de su país para poder interrumpir sus embarazos con garantías para su vida. ¿Cuántas veces van a tener que salir mujeres y hombres en Polonia a la calle a decirle a su propio Gobierno y a su Tribunal Constitucional que admitan que están legislando en contra de las mujeres, en contra de la ciudadanía, en contra de la democracia y en contra de los valores europeos? Porque nunca debemos olvidar que los derechos de las mujeres son derechos humanos.

Desde el Parlamento y desde mi grupo político continuaremos apoyando a las mujeres polacas con iniciativas para financiar sus actividades de reivindicación democrática y para que Europa financie el pago de los servicios de salud fuera de las fronteras de Polonia. No estáis solas, estamos con vosotras.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Madam President, we strongly reject any pushback on sexual and reproductive health and rights.

While the availability, access and nature of sexual and reproductive health services fall under national competence, the Commission continues to support Member States' efforts in implementing the United Nations Sustainable Development Goals relevant to women's health, such as on universal access to sexual and reproductive care, family planning and education.

To this end, we are planning regular exchanges of good practices between Member States and stakeholders on the gender aspects of health, including on sexual and reproductive health. I am fully committed to doing everything in my power to push forward on women's rights.

Strong women's rights are an asset and an achievement the whole of Europe must be proud of. We will continue pushing forward. Backsliding is not an option. Progress is hard won, but easily lost. I count on your support to continue working for progress and leaving no woman behind.

Ana Paula Zacarias, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, let me assure you once again that the Presidency attaches great importance to the protection of fundamental rights and the protection of women's rights, particularly those in a vulnerable situation. Especially during this COVID-19 pandemic, the Union as a whole needs to be very vigilant on respect for the values set out in Article 2 of the Treaty on European Union. We should all join forces to ensure a robust legal protection for women throughout the whole of the European Union.

Il-President. – Id-dibattitu ngħalaq.

Stqarrijiet bil-miktub (Artikolu 171)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Praėjusių metų Lenkijos konstitucinio teismo sprendimas pripažinti abortus prieštaraujančiais Konstitucijai sukėlė, kaip matome, didelį visuomenės pasipiktinimą. Šis sprendimas *de facto* įsigaliojo šių metų sausio 22 d. Šis sprendimas pažeidžia moterų teises ir jų pasirinkimo teisę ir jis yra visiškai nesuderinamas su ES ginamomis seksualinėmis ir reprodukcinėmis žmogaus teisėmis, kurios yra neatsiejama ES žmogaus teisių dalis. Nors ir suprantame, jog ES neturi kompetencijos šioje srityje, tačiau visos ES valstybės narės yra įsipareigojusios ginti ir saugoti žmogaus teises. Lenkijos vyriausybė pasirinko ignoruoti pagrindines ES vertybes ir visiškai neatsižvelgti į Lenkijos moterų nuomonę. Moterys išėjo į gatves protestuodamos prieš šį sprendimą, kas rodo, jog abortų uždraudimas nebuvo demokratiškas sprendimas. Dar 2017 m. ES ne kartą įspėjo Lenkiją dėl teisinės valstybės principo pažeidimo, kai Konstitucinio teismo teisėjai buvo paskirti pažeidžiant Konstituciją, ir būtent tokios sudėties teismas uždraudė abortus. Todėl kyla labai daug pagrįstų abejonių dėl tokio sprendimo legitimumo. Raginame Komisiją skubiai imtis veiksmų dėl šios situacijos ir šio sprendimo, visiškai ignoruojančio moterų teises, nes šis sprendimas tik pablogins Lenkijos moterų padėtį, jų sveikatai ir gyvybei iškils grėsmė, nes jos bus priverstos ieškoti nelegalių būdų abortui atlikti.

Estrella Durá Ferrandis (S&D), *por escrito*. – El Tribunal Constitucional de Polonia, en el mes de octubre de 2020, había dictaminado que el aborto por malformaciones fetales graves (tales como enfermedad o discapacidad) era contrario a la Constitución, restringiendo considerablemente, de esta forma, las opciones de interrupción voluntaria del embarazo en el citado país.

La efectividad de la citada sentencia había quedado en suspenso tras las numerosas manifestaciones que se desarrollaron en el país entonces, si bien, a finales del pasado mes de enero de 2021, dicha sentencia ha quedado confirmada.

Desde la llegada al poder del partido ultraconservador Ley y Justicia (PiS) en Polonia se han venido desarrollando una serie de reformas judiciales, incluyendo la propia composición del Alto Tribunal, destinadas a erradicar la independencia judicial y la separación de poderes, alejándose así de los valores comunes de la Unión Europea en el respeto a la igualdad y a los derechos y libertades de todas y todos.

Polonia se convierte de esta forma en el único Estado de la Unión que retrocede en el acceso al aborto en la historia reciente.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – El Tribunal Constitucional de Polonia, en el mes de octubre de 2020, había dictaminado que el aborto por malformaciones fetales graves (tales como enfermedad o discapacidad) era contrario a la Constitución, restringiendo considerablemente, de esta forma, las opciones de interrupción voluntaria del embarazo en el citado país.

La efectividad de la citada sentencia había quedado en suspenso tras las numerosas manifestaciones que se desarrollaron en el país entonces, si bien, a finales del pasado mes de enero de 2021, dicha sentencia ha quedado confirmada.

Desde la llegada al poder del partido ultraconservador Ley y Justicia (PiS) en Polonia se han venido desarrollando una serie de reformas judiciales, incluyendo la propia composición del Alto Tribunal, destinadas a erradicar la independencia judicial y la separación de poderes, alejándose así de los valores comunes de la Unión Europea en el respeto a la igualdad y a los derechos y libertades de todas y todos.

Polonia se convierte de esta forma en el único Estado de la Unión que retrocede en el acceso al aborto en la historia reciente.

Monika Vana (Verts/ALE), *schriftlich*. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben derzeit einen systematischen Rechtsstaatsrückbau in Polen. Das de facto Abtreibungsverbot in Polen ist wesentlicher Teil dessen und ein tiefer Einschnitt in die Grundrechte und massiver Eingriff in die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen. Das Verbot führt zu nichts anderem als Leid, Unsicherheit und physischen, wie psychischen Gefahren für Frauen. Es ist völlig inakzeptabel, dass ein EU-Mitgliedstaat aus politischen und religiösen Ideologien heraus Frauenleben gefährdet. Die EU-Kommission muss endlich das Vertragsverletzungsverfahren zur polnischen Justizreform vorantreiben. Wir müssen verhindern, dass mitten in der Europäischen Union ein derart politisch vereinnahmtes „Verfassungsgericht" das frauenfeindliche und reaktionäre Programm der Regierung umsetzt.

(Ħin li fih ġiet sospiża s-seduta: 12.46)

6. Wiederaufnahme der Sitzung

(Ħin li fih tkompliet is-seduta: 13.00)

7. Erste Abstimmungsrunde

Il-President - Is-seduta issa se titkompla.

Ngħaddu issa għall-ewwel sessjoni ta' votazzjoni tal-lum.

Se nivvotaw dwar il-fajls kif indikati fl-aġenda.

Is-sessjoni ta' votazzjoni se tkun miftuħa mis-13.00 sas-14.15 u l-votazzjonijiet se jsiru bl-istess metodu użat fis-sessjoni ta' votazzjoni preċedenti.

Il-votazzjonijiet kollha se jsiru b'sejħa tal-ismijiet u b'hekk niddikjara miftuħa din is-sessjoni ta' votazzjoni. Għandkom sas-14.15 biex tivvotaw.

Ir-riżultati ta' din l-ewwel sessjoni ta' votazzjoni se jitħabbru fis-19.00.

(Ħin li fih ġiet sospiża s-seduta: 13.01)

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

8. Wiederaufnahme der Sitzung

(Istuntoa jatkettiin klo 15.03.)

9. Reise des VP/HV nach Russland in Anbetracht des aktuellen Vorgehens gegen Demonstrierende und die Opposition (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana komission varapuheenjohtajan / unionin ulkoasioiden ja turvallisuuspolitiikan korkean edustajan julkilausuma vierailustaan Venäjälle mielenosoittajiin ja opposition edustajiin äskettäin kohdistettujen tukahduttamistoimien valossa (2021/2538(RSP)).

Tehtäväni on muistuttaa siitä, että tällä istuntojaksolla keskustelussa ei anneta pyynnöstä myönnettäviä puheenvuoroja eikä sinisen kortin kysymyksiä hyväksytä. Huomautan vielä, että edellisten istuntojaksojen tapaan puheenvuoroja on mahdollista käyttää etäyhteydellä jäsenvaltioiden yhteystoimistoista.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, Russia-EU relations have come full circle since the 1990 Paris Charter. This charter represented the equivalent of what we call the 'end of the history' after the fall of the Berlin Wall. The vision of a common space from Lisbon to Vladivostok has not materialised and Russia has not fulfilled the expectation of becoming a modern democracy.

Instead, there is a deep disappointment and growing mistrust between the European Union and Russia. Many of the traditional pillars of Russia-European relations are giving way. Conflicts in Ukraine, the situation in the South Caucasus and Moldova-Transnistria are fuelling EU-Russia tensions, but they are also their product; as is Belarus.

Russia's economic ties with Europe have been severely hit by the sanctions. Energy shipments that have been for decades the backbone of the strategic relationship between Moscow and Europe will be deeply affected by the greening of the world economy. Maybe during our discussions we can come to this issue.

Political dialogue has come to a standstill since the 2014 conflict in Ukraine. Since then, the Russian economy has been shrinking. Today, their GNP per capita is 30% less and the adversity of the present political climate makes values and principles a sore point once again.

And then there is the Navalny case. It is in this context that I decided to travel to Moscow last week. The purpose of the visit was twofold. First, to convey eye to eye, face to face, the European Union's position on matters of concern to us: human rights, political freedom and the situation of Mr Navalny. This I did and they didn't appreciate it. The case of Alexei Navalny was at the centre of my tense exchange with Minister Lavrov.

Second, as part of the preparation of the discussion on the next European Council on Russia relations, scheduled for March, I also wanted to test if the Russian authorities are interested in a serious attempt to reverse the deterioration of our relations and seize the opportunity to have a more constructive dialogue.

The answer has been clear. No, they are not. They are not if we continue to put the political situation and human rights issues in the package. But human rights are part of our DNA and we cannot refuse to talk about them.

My visit included consultation with Foreign Minister Sergei Lavrov, meeting with civil society representatives, think tanks and representatives of European business, journalists and a number of European Union ambassadors. I also paid tribute to Boris Nemtsov, who was murdered six years ago, shot to death on a bridge near the Kremlin. His tragic assassination, never clarified, was a warning of what we are seeing now.

This struggle was taking place in a particularly tense context, and this visit presented obvious risks. I took them. I took them, on the one hand because we condemned the handling of the Navalny affair and, on the other, because it allowed me to assess, first-hand, the challenges of engaging with Russia. I had no illusions before the visit. I am even more worried afterwards.

What do I take from my interaction? First, the Russian Government is going down a worrisome authoritarian route. The space for civil society and freedom of expression continues to narrow and there seems to be almost no room for the development of democratic alternatives.

The Russian authorities have shown in the Navalny case that they are merciless in stifling any such attempts. Indeed, the current power structure in Russia – I would like to talk about the 'power structure' in Russia, not about Russia because Russia is the Russian people – combining vested economic interests, military and political control leaves no opening for the democratic rule of law. The strong pushback on any discussion related to human rights and democratic values indicates that they consider this to be an existential threat.

Second, the visit confirmed the long-running trend whereby Russia is disconnected from Europe with little or no progress on conflicts in our common neighbourhood, and, as I said, they are disconnected because they consider our liberal democratic system as an existential threat to them.

During my meeting with Minister Lavrov, the discussion became heated as I called for Mr Navalny's immediate and unconditional release, as well as for a full and impartial investigation into his assassination attempt. I also asked him if I could meet Alexei Navalny. They addressed me to the court. This was impossible due to time constraints and the fact that Mr Navalny was sitting in front of the court at that time, but a senior member of my delegation met with Mr Navalny's lawyer during the visit and we will continue maintaining contacts with the team to signify our support.

We also had exchanges on foreign policy issues. I insisted on the need to advance toward full implementation of the Minsk agreements, to fully respect Ukraine's territorial integrity. I underline the need to heed the call of the people of Belarus to freely choose their President.

However, on a few issues, notably on the Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), we have managed to establish effective cooperation over the past years. There may be other issues, such as supporting Israeli-Palestinian dialogue, where we could expand our engagement, but the overall environment of the visit did not allow us to explore this further. In my exchange, one thing became clear: there is no intention on the Russian side to engage in a constructive discussion if we address human rights and political freedom.

The news of the expulsion of three diplomats on the basis of unfounded allegations came when we were ending our talks and they didn't come through an announcement from the Russian side. We heard it from the networks. I understood it was a clear message. The meeting was over. I asked Mr Lavrov to reverse his decision, but to no avail. That same night, I issued a statement denouncing such a confrontational move.

Now, allow me to look at the conclusions I draw from the visit. I'm very concerned about the perspective of the Russian authorities' geostrategic choices and the implications of the action they will have for us and for Russian society. We are at a crossroads in our relations with Russia and the choices that we make will determine the international power dynamics in this century, and notably whether we will advance towards more cooperative or towards more polarised models, based on closed or on free societies.

First, we will discuss this issue at the Foreign Affairs Council on 22 February and at the European Union Council in March. There we will provide guidance on the way forward and it will be for Member States to decide the next step, but, yes, this could include sanctions. I will put forward concrete proposals, using the right of initiative that the High Representative has. Containment efforts should include combining robust actions against disinformation, cyber-attacks and other possible hybrid challenges.

Second, at the same time, despite any difficulty, it is of key importance to preserve a space for official engagement where it is in our interest. Russia remains our biggest neighbour. We must define a modus vivendi that will avoid permanent confrontation.

Third, but not last, we must find a way to continue engaging with Russian society. Russia mostly forms a European country and an important part of the Russian population wishes to maintain strong links with the European Union and harbours genuine democratic aspirations. We should not turn our back on them. Maybe the Russian power wants to disengage and to disconnect from Europe, but we should not disconnect from Russian civil society, from the Russian people.

We have to find a way to advance on these issues and, in doing so, to preserve our unity and determination. Without unity, there will not be determination and, without determination, we will not be able to address a good policy.

Russia has been trying to divide us. They seek to divide us. They haven't succeeded. On Ukraine and on human rights issues, they haven't succeeded in dividing us. This seemed to be a clear objective during my visit. We should not fall into these traps.

On my side, I will continue defending the need to speak and maintain open channels of communication, looking each other in the eye, especially on issues that are conflictual. Defending Navalny's rights in Moscow when his trial was unfolding is a way of showing that foreign policy cannot be reduced to issuing written statements from a safe distance, from my office in the Berlaymont or the External Action Service. I think it was important to show our concerns, directly in person, at the right moment and in the right place.

I hope this discussion will provide enlightenment for the future decisions of the European Union Council and to look forward to how to handle our relationship with Russia.

(Applause)

Michael Gahler, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, the High Representative's consultations in Moscow must serve as an eye-opener for all those who had illusions about the real character and policies of the Kremlin. The visit as such, High Representative, but especially the infamous press conference, sparked outrage among many of my colleagues in the PPE Group, and you will hear this later.

The behaviour of Foreign Minister Lavrov was unfriendly, uncooperative and unacceptable. We duly noted that you put forward several points of our concern: the demand for the release of Aleksei Navalny and the 10 000 arrested citizens, the Russian aggression in states in our immediate neighbourhood.

But, was it not to be expected that Lavrov would produce an attack on the EU? It would have been appropriate to address the long list of Russian misbehaviour in response and to rebuff Lavrov's 'What about-ism' on Latvia, Cuba and Catalonia? Russia is the aggressor in Ukraine and elsewhere, not us. Russian authorities have people murdered at home and abroad, not us. Russia secures dictators in power, not us. Things are now crystal clear: no more wishful thinking; no more appeasement. This Russian leadership does not seek dialogue, even less so before the Duma elections. These Russian leaders are adversaries of the EU and want to divide us.

We Europeans must now act together and defend our values and interests. We demand a clear message of unity and determination from the Council and our leaders. We expect Member States to allow use to be made of the European Magnitsky Act – you said you will initiate it, thank you very much.

Let every judge and prosecutor playing their role in political trials against opposition and peaceful demonstrators feel they have booked a place on our sanctions list; and then grill the big fish, the profiteers and big supporters of the regime. Let them feel the same: no more trips to the EU; an asset freeze; real anti-money laundering action in all of our Member States. In parallel, let us step up support and dialogue with civil society. Our interests and cooperation were genuine, so must now be our resolve.

Kati Piri, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, what we witnessed in the case of Navalny is 'Kafka: Year 2021'. After having failed to kill him, he had to be put away. Navalny is seen as a threat because he puts his finger on the sore spot. Russians have had enough of Putin's kleptocracy, while ordinary people face economic hardships.

Moscow abused the visit of High Representative Borrell to humiliate and offend the European Union. It expelled three diplomats during his visit, and Lavrov called the EU an 'unreliable partner', while Russia is doing everything to divide us. But to put the blame on Borrell for this? Would it also have happened if the EU leaders had taken a tougher stance? But instead, the Council has so far failed to put any meaningful sanctions on Russia after the assassination attempt on Navalny. Orbán prevented the EU from issuing a joint statement. The Cypriot government has been issuing golden passports to Kremlin enablers for years. French President Macron just recently renewed his call for a dialogue with Moscow, and last Saturday Moscow resumed work on Nord Stream 2, with the support of German Chancellor Merkel.

Colleagues, what we need is a united strategy on Russia, not an appeasement, in view of the challenges Russia is posing to our security. This means that the Council will have to come with clear and tough sanctions against Putin and his enablers, and I believe Mr Borrell has drawn the same conclusions.

Dacian Cioloș, *în numele Grupului Renew*. – Doamnă președintă, domnule Vicepreședinte și Înalt Reprezentant, vizita dumneavoastră la Moscova în acest moment a fost, din punctul meu de vedere, o greșeală. Grupul Renew a atras atenția că cel mai înțelept ar fi să o amânați dacă nu aveți marja de acțiune pentru a pune presiune pentru eliberarea lui Navalnîi din închisoare.

Evident, menținerea canalelor diplomatice deschise este importantă, nu negăm acest lucru, dar o vizită oficială în Rusia într-un asemenea context tensionat este și un gest simbolic. Or această vizită a dat, din punctul nostru de vedere, un semnal diplomatic greșit.

Coerența și forța mesajelor pe care le transmite Uniunea Europeană cu privire la Rusia sunt extrem de importante pentru cei care luptă pentru democrație la Moscova, dar și în țările din Parteneriatul Estic. Ați mers la Moscova direct într-o capcană mediatică montată de regimul lui Putin și asta la doar două zile după condamnarea lui Navalnîi și după sute de arestări ale protestatarilor.

Sub conducerea lui Putin, Moscova a călcat în picioare de prea multe ori dreptul internațional și drepturile propriilor cetățeni. A anexat ilegal Crimeea, întreține conflicte, organizează atacuri informatice împotriva instituțiilor noastre. Rusia comandă asasinate pe teritoriul Uniunii și duce campanii de dezinformare contra Europei. Știu asta, domnule Vicepreședinte, chiar din rapoartele Serviciului de Acțiune Externă. Nu puteți spune că nu știați cât de sensibilă era o asemenea vizită în aceste condiții. Prin expulzarea a trei diplomați europeni chiar în timpul vizitei dumneavoastră, Kremlinul ne-a arătat încă o dată, așa cum și dumneavoastră ați menționat, că nu e interesat deocamdată de o relație constructivă cu Uniunea Europeană.

De ani de zile încercăm să construim o diplomație europeană solidă, influentă și credibilă. Vizita la Moscova, în aceste condiții, și consecințele ei au afectat, din păcate, credibilitatea Uniunii ca factor de influență diplomatică. Ne rămân acum consecințe de reparat și o grămadă de lecții pe care sper să le învățăm cu toții din ceea ce s-a întâmplat.

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, Monsieur le Haut représentant, intellectuellement, nous venons de familles politiques différentes et je n'ai jamais manqué dans cet hémicycle de rappeler que, parfois, vos initiatives me semblaient contestables. Mais cette fois, je voudrais vous rendre hommage. Votre récent déplacement à Moscou était, je pense, courageux, réaliste et nécessaire.

Oui, je fais partie de ceux qui jugent que l'Union européenne ne peut pas avoir de diplomatie unifiée. Vous l'avez d'ailleurs constaté vous-même, puisque vos alliés étaient tous prêts à vous planter un couteau dans le dos alors que votre déplacement n'était même pas fini.

Un élargissement inconséquent, un atlantisme constitutionnalisé, une volonté publique d'en revenir à la guerre froide interdisent aujourd'hui à l'Union européenne d'adopter une politique réaliste.

Vous n'aviez donc que peu de chances de succès et il était certain que la Russie, si régulièrement insultée par les institutions européennes, ne vous ferait pas de cadeau. C'est justement pourquoi il était nécessaire de prendre ce risque, de se rendre à Moscou et de prendre attache avec nos partenaires russes. C'est justement pourquoi il fallait sortir de l'hypocrisie. Si l'Europe regarde vers l'Atlantique, elle doit aussi regarder vers l'Orient, au moins jusqu'à l'Oural, selon la formule du général de Gaulle.

Il est évident que nous ne sommes pas naïfs et nous savons que la Russie poursuivra ses intérêts dans ses relations avec Bruxelles. Il s'agit de cesser de poursuivre, en ce qui nous concerne, les intérêts d'autres pays dans nos relations avec Moscou.

Dire ces choses simples, c'est vouloir pour nos États membres une politique d'indépendance et de dignité. Dire ces choses simples, c'est affirmer que nous devons cesser d'être la risée du monde en donnant des leçons de morale à la terre entière, alors que nous continuons à faire des yeux doux à la Turquie ou au Pakistan.

La politique étrangère est une affaire de puissance. La puissance russe est là. L'Allemagne le sait avec Nord Stream. La France le sait au Proche-Orient et en Afrique. L'Union européenne le redécouvre en admettant que le vaccin Spoutnik V sera peut-être bientôt nécessaire.

Chers collègues, Joe Biden a commencé sa présidence en disant «*America is back*». La bonne politique pour nous serait de lui répondre «l'Europe est libre».

(Réactions hors-micro dans l'hémicycle)

Puhemies. – Ei mitään välihuutoja, puheenvuorot on jaettu.

Sergey Lagodinsky, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! In der Politik wie in der Diplomatie sind persönliche Erfahrungen ein kostbarer Schatz.

Sie, Herr Borrell, haben in den letzten Tagen ganz besondere persönliche Erfahrungen gesammelt. Glücklicherweise waren diese Erfahrungen nicht vergleichbar mit den Erfahrungen von vielen Russinnen und Russen, die in den letzten Wochen ihre Erfahrungen gesammelt haben.

Ja, Herr Mariani, wir schauen auf Russland bis nach Wladiwostok. Und wen sehen wir da? Menschen, die festgenommen, geschlagen wurden. Menschen wie Aljona Kitajewa, eine Frau, eine Aktivistin, die mit einer Plastiktüte gewürgt wurde, bis sie das PIN-Wort von ihrem Handy herausgerückt hat. Menschen wie Margarita Judina aus Sankt Petersburg, die mit Stiefeln getreten wurde, bis sie auf der Intensivstation landete. Und dann wurde sie auch noch gedrängt, von ihrer Beschwerde Abstand zu nehmen.

Ihre Erfahrungen, Herr Borrell, waren besonders, aber sie waren eins: Sie waren ernüchternd und entwürdigend, nicht nur für Sie, sondern auch für uns und auch für Mitgliedstaaten, für Berlin, für Paris, für die nationalen Regierungen, in deren Auftrag Sie gereist sind.

Und jetzt ist es an der Zeit, dort Schlussfolgerungen aus diesem Besuch zu ziehen. Das heißt, wir müssen aufhören, mit Putinverstehern aller Couleur zu kooperieren. Wir müssen die Käuflichkeit von Leuten wie Gerhard Schröder beenden, zum Schluss bringen. Wir müssen Anti-Korruptionsoffensiven in der EU starten. Wir müssen über Sanktionen nachdenken. Und ja, wir müssen auch über den Stopp von Nord Stream 2 nachdenken.

Und das sage ich nicht nur an Ihre Adresse und nicht so sehr an Ihre Adresse, sondern nach Berlin und Paris. Denn da sind die Verantwortlichen.

Anna Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I say to Mr Borrell: I reiterate my position delivered to you before this unfortunate visit. I maintain this position, of course. You decided, under the influence of major Member States, Markus Ederer –considered to be a so-called Russia-understanding politician – and advisors within the Council and the Commission, to go there and were led into a trap carefully prepared by Sergei Lavrov.

You decided to do this against the advice of countries of my region and politicians in the European Parliament over political divisions. You, by this trip, actually strengthened the regime in the run-up to a parliamentary election and you denied a trace of hope for the heavily-fighting Russian opposition.

You communicated your strong messages eye to eye, allowing Lavrov to deliver his lies and arrogance to millions of people all over the world, also seeing your humiliation in this effect.

We know that you achieved something, that is to boost your personal position, because your personal position in attempts to reinvigorate the JCPOA is well known. In this course of events, you decided to consult with Moscow rather than the US, and during this endeavour you allowed Lavrov to actually offend our allies and our friends like Ukraine and others.

It was a really bad mistake. You have to… *(The President cut off the speaker)*

Clare Daly, *on behalf of The Left Group*. – Madam President, listening to the relentless Russiaphobia in this place, why are people surprised that Russia sees no point in engaging with the EU?

I'm as happy as anybody else to stand up for anybody's rights, including Navalny's. But let's be honest about him. He's a vicious, anti-immigrant racist with maybe four percent of the support, rallying hundreds and thousands in cities of millions – hardly a mass movement. We wouldn't be discussing him at all if he'd been arrested anywhere else other than in Russia.

Meanwhile, Julian Assange has been incarcerated for almost ten years for exposing US war crimes. We can't mention his name. Tomorrow, Pablo Hasél, a Catalan rapper, is going to prison for his lyrics. Where is the call to sanction Spain?

Tomorrow, 62-year-old Clare Grady is going to prison in West Virginia for her role in the non-violent Plowshares action against Trident. Where is the demand to break off links with the US, or the outcry about the hundreds of people arrested in this city on a protest a week ago?

Nowhere – because this isn't about human rights. This is a geopolitical agenda against Russia, fuelled by a military industrial complex who need an enemy to justify their millions.

Of course, you're right to go to Russia; we should be engaged in dialogue, not war.

(Noise)

Puhemies. – Saisinko pyytää, että pysymme täällä kuitenkin rauhallisina. On erittäin tärkeää, että jokainen kunnioittaa sitä puheaikaa, jonka ryhmänne on teille antanut.

Carles Puigdemont i Casamajó (NI). – Madam President, you, Mr Borrell should have told Minister Lavrov that he's wrong. That Spain does not have three political prisoners, but has nine. That it cannot be compared to Navalny, because he has been sentenced to three and a half years in prison and the Catalan leaders have been sentenced from nine to thirteen years in prison for organising a referendum.

We have warned that the double standard applied by the EU undermines its global credibility as a defender of freedoms. There are now humiliating consequences for all.

The EU cannot go around the world recommending recipes that it does not apply to itself.

I want a Europe with a strong voice for human rights and without complexes in front of anyone, not only in front of Russia, not only in front of the United States, China, Morocco or Turkey, but with anyone.

You are not that voice Mr Borrell. Mr Borrell, please do a Borrell exit.

Radosław Sikorski (PPE). – Madam President, let's remember that the main blame for the fiasco of this visit lies with Russia – it is Russia that was rude and perfidious towards our High Representative – but nevertheless, this visit was a mistake. This was predictable and it was predicted, and, High Representative, you didn't go with the full support of all the Member States. If you wanted to hear what you heard from Mr Lavrov you could have met him on the margins of OSCE or the UN, where the environment would not have been controlled by the Russians. They just obviously can't help but show their bad manners towards Western representatives.

We are not supplicants of Russia – it is Russia that needs the lifting of our sanctions – and while Russia is still occupying the territory of its neighbours, while it's murdering people in our streets, while it's interfering in our political processes and, above all, while it's repressing its own people, this was not a good time to go. We need a sign from Russia that they are willing to change their policy. And then, of course, we should always show them the so-called 'off-ramp' away from authoritarianism.

But I hope that this experience has inspired you to a better understanding of us in central Europe, and I'm counting on you to support sanctions against Russia while their bad behaviour continues.

Tonino Picula (S&D). – Madam President, High Representative, the human rights situation in Russia is deteriorating on an unprecedented scale. Thousands of peaceful protesters are being detained and their right to demonstrate is being suppressed without valid legal arguments. Large-scale countrywide demonstrations are creating internal problems that are always easier to externalise.

As we witnessed last week, Russia is not open towards hearing the facts being raised directly, either by their citizens or by foreign representatives. It is easy to conclude that our relations with Russia are at a very low point. We should put in use additional targeted sanction measures through a global human rights sanction mechanism and continue seeking options on how to better assist civil society organisations.

Finally, we have to adopt a new, substantial and comprehensive strategy towards Russia. While working on this, the EU should not keep falling into political traps, further narrowing space for our political actions, but rather strengthen common foreign and security policy. Energy overdependence, divergent strategies of the Member States towards a vaccine, and Russia's very active role in disinformation campaigns and support for anti-European forces should be on our 'to do' list for the next Council meeting.

Prevailing particular interests are only a great opportunity for Russia to impose further leverage. We should re-examine and put an end to the ongoing projects that undermine the credibility of the European Union as a whole.

Bernard Guetta (Renew). – Madame la Présidente, avec une once d'intelligence, il aurait pu saisir le message que lui portait la seule venue de Josep Borrell. Avec une once de lucidité, il aurait pu comprendre que, bien sûr, évidemment, nous condamnions et condamnions totalement, et le dirions haut et fort, le harcèlement judiciaire infligé à Alexeï Navalny et l'arrestation également des manifestants qui le soutiennent, mais qu'en même temps, nous souhaitions garder des ponts ouverts avec la Russie, sur l'Iran notamment.

Rien de plus légitime et de facile à comprendre que ce positionnement. Mais ce qu'a compris M. Poutine était qu'il devait se comporter en petite terreur de cour de récré pour clamer au monde et à la Russie qu'il ne nous craignait pas. Eh bien, Monsieur Poutine, c'est raté.

En vous conduisant aussi mal, vous n'avez fait que laisser voir votre panique. Celle qui, désormais, vous aveugle parce que l'opposition russe a trouvé sa figure de proue. Parce que vous perdez pied dans les États sortis de votre ancien empire. Parce que votre popularité décroît et que ce tête-à-tête avec la Chine auquel votre cécité condamne votre pays, personne n'en veut en Russie, ni les grandes fortunes, ni les forces de sécurité, ni les classes moyennes urbaines.

Vous perdez la main, Monsieur Poutine. Et si votre fin de règne peut être longue et douloureuse, elle s'est ouverte. Vous l'ouvrez avec votre évidente panique.

Filip De Man (ID). – Voorzitter, de EU-vertegenwoordiger wilde de Russen de les spellen, maar hij kwam van een kale reis terug. Lavrov vond eenvoudigweg dat de EU zich niet te moeien heeft met de binnenlandse aangelegenheden en dat is trouwens een principe dat de grondslag vormt voor diplomatieke relaties. Pijnlijk dus, maar bovendien ziet de heer Borrell, van de Spaanse socialisten, niet de balk in eigen oog. Hij wilde de Russen kapittelen over de rechtszaak-Navalny en het oppakken van betogers. De heer Borrell kreeg echter een *njet* van president Poetin, die trouwens verkozen is met 76 % van de stemmen, meer dan gelijk welk staatshoofd in de EU kan zeggen.

Ondertussen zitten in diezelfde EU Catalaanse politici in de gevangenis of krijgen ze zelfs hun verkozen zetel in het Europees Parlement niet. En dat met instemming van de Voorzitter van dit Parlement, eveneens een socialist. Ook wat betreft het fundamentele recht op betogen moet men hier niet te hoog van de toren blazen. In mijn land werden vorige week 500 mensen opgepakt omdat ze betoogden tegen de vele vrijheidsberovingen die de Belgische regering doorvoerde omwille van corona. In Nederland werd door de overheid zelfs geweld gebruikt tegen onschuldige betogers die voor hun vrijheden opkwamen. Ik wil maar zeggen, meneer Borrell: veeg voor eigen deur vooraleer elders met uw moraliserend vingertje te zwaaien.

Markéta Gregorová (Verts/ALE). – Madam President, I don't have questions for Mr Borrell as, Mr Borrell, you won't answer me anyway, anymore.

Instead, I want to speak about what is important right now: the thousands of Russians in the streets being beaten and detained and many more of them that don't want a corrupted government and hoped for support from the international community.

With your ill-executed visit, you not only ashamed European citizens, you also helped Putin and harmed the Russian people. You provided a mafia state with more images and sound bites to make us look weak and corrupt, and make the Kremlin's regime look legitimate.

You also failed to visit Navalny or at least support him during his trial. A missed opportunity to back up the EU's strong claims about this case and to bring at least a little dignity through this visit.

For this public damage, you should step down from your post immediately.

Kosma Złotowski (ECR). – Panie Komisarzu! Naiwność w relacjach z Rosją to grzech niewybaczalny, ale mimo wszystko wolałbym, żeby Pana wizyta w Moskwie była motywowana brakiem doświadczenia i łatwowiernością, a nie niezrozumiałym dla nikogo przekonaniem, że można Władimira Putina do czegoś przekonać. Spełniły się najgorsze obawy państw członkowskich, w tym Polski, ostrzegających, że ta podróż wyłącznie zaszkodzi naszej dotychczasowej polityce sankcji, która, chociaż nie była idealna, sprawiała wrażenie stanowczej i przemyślanej.

Pańska wizyta zniweczyła te wysiłki. Powstało wrażenie, że niezależnie od stosunku Rosji do praw człowieka, represji wobec opozycji, zamachów na własnych obywateli czy naruszania suwerenności i integralności terytorialnej sąsiadów jesteśmy gotowi znormalizować nasze relacje. Otóż nie jesteśmy i nie powinniśmy tego robić. Czy to prawda, że rozmawiał Pan z ministrem Ławrowem o możliwości współpracy w zakresie cyberbezpieczeństwa, kiedy codziennie rosyjscy hakerzy atakują nasze instytucje?

W 1945 roku Moskwę odwiedził były polski premier rządu emigracyjnego Stanisław Mikołajczyk. Cztery ulice dalej od Kremla toczył się w tym samym czasie proces 16 przywódców Polskiego Państwa Podziemnego, jego niedawnych podwładnych. Mikołajczyk został upokorzony, ale przynajmniej o 2 lata opóźnił wprowadzenie stalinizmu w Polsce. Został upokorzony, ale nie stracił twarzy. A Pan? Co było warte takiego poniżenia w Moskwie? W czasie Pana konferencji z ministrem Ławrowem wydalano europejskich dyplomatów. Nawet w takim momencie nie potrafił Pan przerwać tej haniebnej wizyty. I cnotę Pan stracił i rubla nie zarobił.

Señor alto representante, les ha dejado burlarse de usted.

Silvia Modig (The Left). – Arvoisa puhemies, arvoisa korkea edustaja Borrell, vapaa oppositio ja vapaa kansalaisyhteiskunta ovat vapaan yhteiskunnan perusedellytyksiä. Molemmat on Venäjällä tukahdutettu, ovat olleet jo pitkään.

Korkean edustajan vierailusta voi vetää sen valitettavan johtopäätöksen, että Venäjän poliittinen johto on koventanut otteitaan ja on menossa vielä autoritaarisempaan suuntaan ja siten etääntymässä Euroopasta, mutta keskusteluyhteyteen on meidän silti pyrittävä. EU:n on puolustettava ihmisoikeuksia ja demokratiaa kaikessa toiminnassaan kaikkien kumppaneiden kanssa. Tästä ei voi tinkiä missään olosuhteissa.

Edelleen on vaadittava Navalnyin vapauttamista ja oppositiolle vapautta saada toimia. Venäläisten on itse saatava valita poliittinen johtonsa ja heidän on saatava tehdä se vapaasti, pelkäämättä ajojahtia. Vaatimus, että Venäjän on kunnioitettava ihmisoikeuksia ja perusvapauksia, tulee kansainvälisistä ihmisoikeussopimuksista ja velvoitteista. Se ei ole poliittinen pyrkimys puuttua toisen maan sisäisiin asioihin, vaan se on ihmisoikeuksien puolustamista aina ja kaikkialla.

Dorien Rookmaker (NI). – Madam President, the opposition leader Navalny is showing immense courage, testing the waning leadership of Putin. This brave man and the entire opposition need our full support.

Mr Borrell on the other hand, made a fool of himself last week in Moscow. By his actions, he made a mockery of the ambition of the EU to play a major role on the world stage. His actions are, I'm sorry to say, in line with several recent ill-considered actions of the Commission.

However, let us remember, we are able to criticise our political leaders freely – a right that every human has, but in many countries is trampled on by so-called political leaders and tyrants.

Mr Nevalny is on a mission. He should have our support. The unfortunate actions of Mr Borrell must not distract us from the principle that is at stake here: freedom.

Paulo Rangel (PPE). – Madam President, Mr High Commissioner, High-Representative, we strongly condemn the decision to prosecute Aleksei Navalny. We strongly condemn the attempt to murder Navalny. We strongly condemn the repression of demonstrations that took place all across the territory of Russia. We strongly condemn the unacceptable expulsion of three European Union diplomats and we strongly condemn the cynical attitudes of Foreign Minister Lavrov.

We praise the courage and the resilience of the Russian people, of the Russian opposition, of the Russian civil society. We praise in particular the courage of Aleksei Navalny, of his family, of his supporters.

High-Representative Mr Josep Borrell: because we strongly condemn the Russian authorities' behaviour and their authoritarian regime; because we praise the extraordinary bravery of the Russian people and oppositionists, we deeply regret your vision and your actions in such an important, decisive and sensitive file.

We deeply regret your decision to go to Moscow. We deeply regret your unfortunate and condescending declarations. We deeply regret that you did not have the courage to face eye-to-eye Mr Lavrov's unacceptable stance.

Mr Borrell, don't get us wrong, the European Union peoples and this House, the European Parliament, will never give up. We will be always on the side of the Russian people's aspiration for freedom and democracy.

For some reason, our human rights prize is the Sakharov Prize. We shall never surrender.

(Applause)

Nacho Sánchez Amor (S&D). – Señora presidenta, señor Borrell, estamos hablando mucho del señor Borrell y menos de Rusia, que es algo que seguramente estará complaciendo al Kremlin, como podremos leer esta noche en los medios pro-Putin. La misma sonrisa con la que recibieron el regalo de la carta pidiendo la dimisión del señor Borrell, que es en sí misma un éxito de Putin y que ya solo por eso debería hacer reflexionar a sus promotores. Cuando el sabio señala a la luna, algunos miran al dedo. ¡Miremos a la luna!

Lo incómodo es ir a Moscú a defender nuestros valores y al señor Navalni. Lo fácil es poner un tuit desde el sofá de casa o escribir una carta. Queremos una diplomacia europea madura que use el lenguaje del poder y nos asombramos cuando la ejercemos con todas las consecuencias. También con las consecuencias incómodas, como en este caso. Los gestos han sido de agresión hacia Europa y, en vez de empezar ya a pensar en nuestra respuesta, perdemos unos días alimentando una división que, repito con todas las letras, solo favorece a Rusia.

Cuando la Unión Europea ha sido retada por AstraZeneca, hemos cerrado filas con la Comisión y hemos hecho una exhibición de unidad y de fuerza. ¿Hubiera sido útil pedir la dimisión del señor Dombrovskis ante esa amenaza? Yo creo que no. Hubiera sido fácil, pero injusto. Cerramos filas porque el problema lo había creado otro: una farmacéutica y no la Comisión; y porque decidimos no regalarle a nadie una imagen de desunión a la que los socialistas de ninguna manera vamos a contribuir.

Hilde Vautmans (Renew). – Madam President, I would like to ask Mr Borrell whether he knows how a bear is tamed. Once you try, you'd better be prepared, by bringing a pot of honey and a big stick, because the moment the bear senses that you're not in control, he attacks. If you're lucky, the bear only hurts you badly, but often their attacks are lethal.

Last Friday, the Russian bear badly roughed you up, Mr Borrell. Your disastrous visit to Moscow damaged you personally. But even worse is the damage done to the EU as a whole. We have never looked so weak and clueless about how to deal with Russia. I even fear that our relations with Russia are worse than before your visit, and that's not good.

There are colleagues in this House who want to finish the bear's job and send you home.

I don't think you must step down. But today it's clear that Parliament is giving you a yellow card. Let this humiliating experience be a lesson.

We must agree, colleagues, on a clear strategy on how to engage with Russia – a strategy supported by both the Council and this Parliament, so that next time, Mr Borrell, you are prepared and have a real chance to tame the bear.

Gunnar Beck (ID). – Frau Präsidentin! Kein Plenum in diesem Haus ohne Loblied auf Rechtsstaatlichkeit in der EU und Anklage gegen Mangel daran in aller Welt.

Angeklagt heute ist wieder einmal Russland in der Sache Nawalny. Was wissen wir? Es gibt ein rechtskräftiges russisches Urteil wegen Betrug und Geldwäsche mit Bewährung, einen Verstoß Nawalnys gegen die Bewährungsauflagen und einen gerichtlichen Widerruf der Bewährung. Der Widerruf ist formal gesehen begründet und gerechtfertigt, wenngleich hart und wohl auch politisch opportun.

Die USA aber wären ganz anders mit Edward Snowden umgesprungen. Bewährung wird tausendfach widerrufen, auch in der EU. Politisch willfährige Urteile kennen auch wir. Und ihre eigenen Verträge bricht die EU seit 2012 fast jeden Tag und erneut gerade jetzt, da ich spreche. Denn vertragswidrig genehmigt dieses Parlament gerade EU-Schulden für eine dreiviertel Billion EUR.

Es gibt Hinweise dafür, dass friedliche Proteste in Moskau von der russischen Polizei nicht ganz so friedfertig auseinandergetrieben wurden – dies begrüßen wir nicht. Indes, der EU sind solche Bilder nicht fremd. Man denke nur an das brutale Vorgehen der französischen Polizei gegen die Gelbwesten.

Es wäre hilfreich, wenn die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre eigenen rechtsstaatlichen Defizite beseitigen würden, ehe sie sich als Lehrmeister und moralischer Weltmeister aufspielen. Die EU ist nicht die beste aller möglichen Welten und ihre Übel auch keineswegs alle notwendig.

Wie sagt doch Voltaire in Antwort auf Leibniz: „Ein jeder bestelle zunächst seinen eigenen Garten".

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Madam President, I really regret having to listen to colleagues in this House, from the extreme right and the extreme left, who show more understanding for the dictatorship of Putin than for our own democracy. This, I must say, as the first sentence.

Mr Borrell, your visit to Moscow was the very opposite of a success. It was a failure, but it is also true that you had been dealt a very bad hand because of the lack of unity in the Council.

Russia played foul, so let's stand up to them. I do object to those that now call for your resignation. The dire situation in EU-Russia relations has deeper roots. Let's not fall into a trap.

Your words, today, Mr Borrell, were strong and severe. I hope they will resonate in Berlin and Paris in particular. But you must fight to turn words into deeds, and you will have us as allies.

Charlie Weimers (ECR). – Madam President, in Moscow Lavrov checkmated High Representative Borrell in four moves. You compromised your credibility, High Representative, damaged your office, and undermined the foreign and security interests of Member States. You did not threaten sanctions or harshly condemn the arrest of Navalny, nor did you censure the aggression in the Ukraine or denounce Russia when they declared our diplomats *persona non grata*.

As a Swede and a northerner, I ask myself: where does this unassertiveness come from? Is it from sheer lack of experience? Is it that Western and Southern trade and gas contracts trump Northern and Eastern security interests? Please answer this, because for us in the North, this highlights the danger in transferring power over foreign policy to Brussels by abolishing national vetoes. Those who hope that the EU will have their back surely do so in vain. High Representative Borrell, you should resign. We need someone who can play in the grand tournaments.

Traian Băsescu (PPE). – Doamnă președintă, vă mulțumesc. Domnule Borrell, v-ați dus la Moscova nepregătit pentru o confruntare cu Lavrov. În discursul dumneavoastră, v-ați referit la câteva generalități, începând de la studenții ruși, o regretată Europă de la Lisabona până la Vladivostok și, în fine, ați atins și problema arestării lui Navalnîi și a mii de manifestanți.

Pentru acest ultim punct, Lavrov v-a făcut cadou un filmuleț ilustrând violențe din Occident, iar un jurnalist v-a chestionat pe problema ziariștilor de la Sputnik arestați în Letonia. Și pentru ca deriva dumneavoastră să fie completă, ați căzut în capcana întrebării legate de Cuba, ceea ce v-a îndepărtat definitiv de posibilitatea de a da mesajele necesare și așteptate de cetățenii europeni.

La rândul său, Lavrov a dat varianta rusească la toate subiectele de interes bilateral, precum statele din Parteneriatul Estic, situația din Caucaz sau din Africa de Nord, migrația ilegală, campanii de dezinformare, și nu a ezitat să compare SUA – Cuba cu Rusia – Ucraina.

Din păcate, abordarea Uniunii asupra temelor anunțate de Lavrov nu a fost auzită de cetățenii europeni pentru că domnul Borrell nu a rostit-o. În fine, Lavrov a concluzionat că Uniunea Europeană nu este un partener de încredere, iar după conferința de presă, trei diplomați au fost expulzați. Avem o singură soluție: să nu credem în Moscova și mai credeți-i, dragi colegi, și pe politicienii din est, care vă spun ce înseamnă Rusia.

Sven Mikser (S&D). – Madam President, the question today is not whether we need to talk to Russia. Of course we do. The real question today is how we talk and what position we assume when we talk. We need to make sure that we talk with Russia from a position of strength and confidence and, above all, moral authority. We must always remember who we are and who it is we are talking to. We are the European Union. We are a leading promoter of democracy, the rule of law and human rights in the world. We are a leading defender of the rules-based international order.

Russia is none of these. It is a country that has, only in this century, waged two offensive wars against its neighbours and continues to occupy parts of their territory, a country that routinely violates international agreements, and a regime that violently suppresses political dissent and peaceful demonstrations. It is a regime whose critics have to fear for their lives, both at home and abroad. We should not ignore that, and we must treat Russia with the same resoluteness we apply to other regimes with a similar track record. Only when our communication with the Kremlin is defined by moral clarity, consistency and unity can we expect to be heard and taken seriously. This applies in similar measure to the EU as a whole and to individual Member States.

Elsi Katainen (Renew). – Arvoisa puhemies, arvoisa korkea edustaja, tilanne Venäjän kanssa on poikkeuksellisen vaikea. EU:lla on 6 000 kilometriä yhteistä rajaa maan kanssa, joka sisäpoliittisen paineen kasvaessa luo vastakkainasettelua ja viholliskuvia myös EU:n suuntaan. Diplomaattien karkottaminen on yksi esimerkki tästä. Vaikka Venäjän ja EU:n suhteet ovat nyt aallonpohjassa, yhteinen raja ei kuitenkaan katoa mihinkään. Juuri ristiriitojen takia keskusteluyhteys onkin pidettävä auki.

On selvää, että vierailu Moskovaan oli pettymys ja täysin venäläisten tahdittama. Arvoisa korkea edustaja, on selvää, että Teiltä tullaan vielä pitkään vaatimaan vastauksia siitä, mitä vierailulla saavutettiin ja mitkä olivat sen tulokset. Vielä tärkeämpää on, mitkä ovat EU:n seuraavat askeleet. Uskotteko, että uusilla tarkoin valituilla pakotteilla saavutetaan konkreettisia vaikutuksia? Vai onko meidän laitettava uskomme nousevien venäläisten uusien sukupolvien taistelutahtoon Venäjän oikeusvaltion puolesta?

Mounir Satouri (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur Borrell, chers collègues, face à un pouvoir russe qui se moque de plus en plus des droits démocratiques, je souhaite exprimer ici mon soutien à Alexeï Navalny et à cette société civile réprimée mais courageuse.

La semaine dernière, M. Poutine a aussi voulu se moquer de l'Europe. Le traitement réservé à notre haut représentant est indécent. Monsieur Borrell, sûrement aurait-il fallu programmer autrement votre visite, mais le réel problème face à cette provocation, c'est notre désunion.

C'est pourquoi j'appelle à une unité des 27 États membres et à des sanctions ciblées. C'est aussi pourquoi j'appelle, au côté de nombreux États membres, l'Allemagne à arrêter dès aujourd'hui Nord Stream 2. Nous avons besoin de plus d'autonomie vis-à-vis de Poutine et des énergies fossiles et non l'inverse.

Enfin, alors que la cléptocratie s'enrichit, le Russe souffre. Notre rôle est de soutenir les populations plus que jamais. C'est une priorité.

Hermann Tertsch (ECR). – Señora presidenta, señor Borrell, primero un mensaje para todos los que han estado haciendo aquí comparaciones grotescas y ridículas entre el señor Navalni, un disidente perseguido, un opositor perseguido, y una serie de delincuentes, ladrones, golpistas, que en España han sido condenados y en este momento están haciendo campaña electoral. Esos en Rusia habrían sido fusilados por golpistas, habrían sido fusilados o habrían sido metidos en cárceles y después envenenados, o sea que no comparemos lo que no es comparable.

Señor Borrell, lo suyo es eso de ir a por lana y volver trasquilado. Se fue a Moscú a sosegar las aguas, a llevarse bien con ellos, a buscar unas fórmulas de entendimiento pese a las últimas barbaridades del Kremlin, pese a lo de Navalni, pese a encarcelar a Navalni, pese a envenenar a Navalni, pese a detener y dar palizas sistemáticas en cientos de ciudades donde ahora se están produciendo esas manifestaciones. Fue allí, recordémoslo, como fue a Irán: fue a Irán después de mil quinientos muertos; mil quinientos muertos y fue a sosegar, también. Ahora le ha salido muy mal esto: señor Borrell, ha fracasado rotundamente.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, señor Borrell, de nuevo tenemos que hablar de Rusia y de unas relaciones tensas, difíciles con la Unión Europea, muy lejos de lo que sería deseable, dada nuestra común europeidad y los intensos intercambios económicos y energéticos. Pero la situación es la que es.

Lo cierto es que, pese a ser un país europeo que ha asumido compromisos en tanto que miembro del Consejo de Europa y de la OSCE, la Rusia de Putin rechaza el orden internacional edificado en las últimas décadas y no comparte nuestra visión de una democracia pluralista y del Estado de Derecho.

Desde Moscú, la Unión Europea es percibida con desconfianza y nuestras posiciones se consideran poco respetuosas de la soberanía rusa. Sin embargo, por nuestra parte, no podemos renunciar ni al llamado orden internacional liberal ni al respeto de los derechos humanos, que es una de nuestras señas de identidad.

El caso del señor Navalni pone de manifiesto abiertamente las diferencias tan profundas de la Unión Europea con Rusia y convirtió su encuentro en Moscú, señor alto representante, la semana pasada, en un fracaso anunciado. La coyuntura era ciertamente pésima.

Además, las provocaciones del señor Lavrov fueron totalmente innecesarias y la rueda de prensa resultó desafortunada. En estas circunstancias no cabe ser optimista sobre el futuro de las relaciones de la Unión Europea con Rusia. En todo caso, las distintas posiciones de los Estados miembros que obedecen a razones históricas y a los distintos intereses económicos no auguran la adopción fácil por la Unión Europea de decisiones drásticas o tajantes. Tiene usted por delante un difícil trabajo, señor Borrell.

Por otra parte, desde Washington, la nueva Administración Biden no envía señales de que vaya a mejorar las relaciones con Putin. Más bien todo lo contrario.

Raphaël Glucksmann (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Haut représentant, votre humiliation à Moscou doit mettre fin à 20 années d'illusions et d'impuissance européenne. Ça fait 20 ans qu'on entend la même rengaine à Bruxelles, à Paris, à Berlin, sur la nécessaire coopération avec ce régime criminel.

Poutine extermine les Tchétchènes? Il faut coopérer! Poutine envahit la Géorgie, puis l'Ukraine? Il faut coopérer! Poutine rase Alep, Homs, Idlib? Il faut coopérer! Poutine tue mon amie, mon modèle dans la vie, Anna Politkovskaïa, et tant d'autres journalistes et opposants russes? Il faut coopérer! Poutine finance nos extrêmes droites et s'ingère dans nos élections? Il faut coopérer!

Il est temps de comprendre que c'est lui qui ne veut pas coopérer et qu'il n'a que mépris pour notre faiblesse. Il est temps de sortir de l'impuissance, de frapper là où ça fait mal: au portefeuille. Gelons les avoirs, saisissons les yachts, bloquons l'argent des oligarques. Montrons que nous sommes forts et alors seulement nous serons respectés.

Michal Šimečka (Renew). – Madam President, I thank Mr Borrell for being here with us to take stock of what might well have been one of the most ill-advised foreign policy trips in the EU's recent history.

Mr Borrell, I share your view that it is important to talk to everyone, including and especially our adversaries or dictators, but without any real leverage — such as a credible threat of new sanctions or suspension of Nord Stream 2, this particular diplomatic visit was never going to advance European interests, and many of us had warned you of that beforehand.

So unfortunately, the trip will not be remembered as a show of support to jailed Russian protesters, but it will be remembered as a moment where the EU's credibility was weakened, particularly because of the performance of Sergei Lavrov at the press conference.

The best we can hope for now, is that it will also be remembered as a wake-up call that finally prompted EU Member States and yourself to adopt a more realistic and principled Russian foreign policy and to move toward sanctions finally.

Jakop G. Dalunde (Verts/ALE). – Fru talman! Europas grannskap står i brand. Vi ser massgripanden av fredliga demonstranter i Ryssland. Vi ser fortsatt polisbrutalitet i Belarus och vi ser krigsscener från östra Ukraina. Vi måste göra allt som vi kan för att stödja dessa demokratikämpar i våra grannländer och fortsätta kämpa mot dem som försöker kväva demokratin.

Men i dag kan vi inte göra det fullt ut. I utrikespolitiken hålls Europa tillbaka av vårt fossilberoende – av importerad gas, olja och uran från Ryssland. Tysklands tveksamhet kring Nord Stream är ett exempel på detta. Det är dags att vi slår oss fria från fjättrande pipelines och satsar på det som kapar vårt beroende från Putins fossila energi. Så länge vi är beroende av rysk energi kommer vi inte kunna ha en fullt ut oberoende och effektiv utrikespolitik. Därför måste vi kämpa för hundra procent förnybar energi och för att stödja våra demokrativänner.

Assita Kanko (ECR). – Señora presidenta, señor Borrell, ¿dónde están los cojones de la Unión Europea?

Ik moet het vragen. Ik moet ook vragen waar u zat met uw hoofd. Dit was een ramp. Iedereen wist dat Moskou een vergissing was, maar u ging toch. U was gewaarschuwd dat Lavrov u om de tuin zou leiden. Waarom kon u dat niet zien?

U ging ook onvoorbereid naar een persconferentie en toen schoot u zichzelf in de voet. Twee keer: eerst door onze bondgenoot de VS aan te vallen en de tweede keer door het Russische Spoetnikvaccin de hemel in te prijzen voordat het in Europa toegestaan was. De leider van onze geopolitieke EU zou moeten weten dat Rusland zijn vaccin zal gebruiken zoals het zijn energie gebruikt: als een cynisch wapen om ons te verdelen.

De EU zal nooit serieus worden genomen zolang zij enkel met woorden reageert. Autocraten hebben alleen respect voor daden. Dus, meneer Borrell, er is maar één manier waarop u deze ramp kunt herstellen: kom met een uitgebreid pakket om Poetins kleptocratie te sanctioneren. Doe het nu of maak plaats voor een hoge vertegenwoordiger die dat wel kan en daar zin in heeft.

Peter van Dalen (PPE). – Voorzitter, wat Rusland betreft weten velen hier dat de echte schurk in Moskou huist. Dat vraagt om een krachtig Europees beleid, daadkrachtig en met scherpe bewoordingen. En wat heb ik dat gemist, meneer Borrell, afgelopen week. U bent daar niet heen gegaan om Poetin de les te lezen, nee, integendeel! U heeft onze trans-Atlantische bondgenoten in Washington verteld wat de Amerikanen allemaal fout doen in Cuba.

En verder, wat heb ik gemist bij die persconferentie? U sprak niet over de Russische bezetting van de Krim. U sprak niet over het onbeschofte Russische optreden om het onderzoek naar MH17 te verpesten. U sprak niet over harde sancties die nodig zijn omdat Rusland al tijden de mensenrechten grof schendt. En wat hoorden we wel bij die persco? Lovende woorden over het Spoetnikvaccin.

Zelden was een reis zo pijnlijk, en ook een blamage. Nog tijdens de persconferentie stak Moskou een dikke middelvinger op naar meneer Borrell en naar de EU door drie diplomaten uit te wijzen. Ik zou hier graag een andere en meer daadkrachtige Europese Hoge Vertegenwoordiger zien.

Andreas Schieder (S&D). – Frau Präsidentin, Hoher Vertreter! Die Beziehungen zwischen Russland und Europa sind am Tiefpunkt.

Und warum sind sie das? Weil Moskau immer wieder grundsätzliche Menschenrechte missachtet. Moskau bricht immer wieder das Völkerrecht. Nawalny, übervolle Gefängnisse, weil Demonstranten eingesperrt werden, die Ukraine und Belarus und, und, und. Die Liste ist lang.

War es daher richtig, nach Moskau zu reisen? Ja, weil wir Dialog und Diplomatie brauchen. Leider hat Russland gezeigt, wie wenig Interesse am Dialog besteht. Und das, genau das ist das Problem. Was es jetzt braucht, ist eine europäische Strategie. Gemeinsam und geschlossen vorgehen.

Ich sage es noch mal: Gemeinsam und geschlossen vorgehen. Zielgerichtete und wirksame Sanktionen umsetzen. Das Einfrieren der Konten, Maßnahmen gegen Geldwäsche und Oligarchen. Und es ist Zeit, auch über das Ende von Nord Stream und anderen Projekten ernsthaft zu reden.

Petras Auštrevičius (Renew). – Madam President, I would like to say to Mr Borrell that, during his hearings in the Committee on Foreign Affairs (AFET) two years ago, he committed to working for a stronger Europe in the world, a global player.

Mr Borrell, you promised a truly integrated EU foreign policy which combines the positions of the Member States, the Commission and this Parliament. After your visit to Moscow, the EU is being portrayed as weak. The EU is being called an unreliable partner. The visit was organised without proper preparations to prevent traps set by the Kremlin and went under a complete Russian script.

The collateral damage and disappointment about the visit is really massive. Maybe it is easiest to explain through the perspective of EU citizens, those inquiries full of regret and criticism about the EU not being able to meet their expectations that I receive. I struggle to provide my fellow EU citizens with a reasonable explanation of why the first diplomat of the European Union went to Moscow against the advice of several Member States and this Parliament, particularly when the visit failed to open the door to freedom for Aleksei Navalny and to halt the violence against peaceful protesters in Russia.

Patryk Jaki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Czas skończyć ten teatr hipokryzji. Otóż w słowach potępiacie Putina i wszystko, co robi, tzn. próbuje otruć swoich oponentów, wsadza ich do więzienia, napada na sąsiadów, tworzy totalitarny system, który niszczy wolność obywateli. A jednak kiedy przychodzi do działania, to robicie coś całkowicie odwrotnego: budujcie z nim Nord Stream 2, który nie tylko niszczy europejskie wartości i europejską solidarność, ale i daje Putinowi narzędzie do szantażowania innych państw.

A do tego szef europejskiej dyplomacji demonstracyjnie jedzie do Moskwy w czasie, kiedy jest skazywany Nawalny. Pora się zdecydować, Europo: albo wspieracie wartości takie jak solidarność i wolność albo interesiki Putina. Dość tych teatralnych gestów. Wstrzymajcie Nord Stream 2 albo przestańcie nam wreszcie mówić o wartościach. Czyny, a nie słowa, droga Europo!

Andrius Kubilius (PPE). – Madam President, Putin's regime gave us a lesson and we should be grateful for that. It is evident that EU policy towards Russia should go through a deep strategic revision. I have prepared a list of ten major points for review of the strategy, with immediate, medium-term and longer-term actions.

First point, no more illusions about Putin's regime. Putin will not be different, but Russia can become different. Second, the EU has to impose immediate sanctions on those from the regime who are responsible for the Navalny case.

Third, the EU immediately has to stop the Nord Stream 2 project. Fourth, the EU has to move in relations with Russia from the 'Putin first' to the 'Democracy first' paradigm.

Fifth, the EU should put the defence of democracy at the same priority level as the fight against climate change. Sixth, the EU needs to agree with the new US administration that the global defence of democracy should be top priority.

Seventh, before the Russian Duma elections, introduction of new type of preventive sanctions against stealing and bribing elections. Eighth, the launch of justice hubs for the people of Belarus and Russia on the territory of EU countries.

Ninth, much larger-scale EU investments into the success of Eastern Partnership countries, which can inspire Russian people. And tenth, the EU needs to have a strategic vision of its future relations with democratic Russia, which could also inspire Russian people.

Based on these ten points, the EU can change its policy on Russia. EU policy change will help Russia to change itself.

Robert Biedroń (S&D). – Madam President, High Commissioner, when mass protests broke out in Belarus, we drew attention to the fact that there is too much talk and not enough action from the EU regarding, of course, foreign policy.

Even if we had the best diplomats, there is little they could do because of the lack of a unanimous approach towards Russia.

The new EU sanctions mechanism should be revised by deleting the unanimity rule in the council. We need also to enlarge the sectional restrictive measures against the Russian Federation.

The European Union cannot remain idle in the face of all the human rights violations in Russia.

What we need is a new horizontal strategy towards Russia. What we need is a common, firm approach towards Russia. This is what we need.

Urmas Paet (Renew). – Madam President, the role of the High Representative is to interact and engage with his counterparts from other countries, even in difficult times and on problematic topics.

But this visit to Moscow had an extremely bad timing. Despite EU calls on Russia to refrain from arresting opposition leader Navalny and to stop the harassment of demonstrators, Russia does exactly the opposite and the EU is advised to keep its mouth shut.

By expelling EU diplomats on the same day as the visit and by publicly stating that the EU is not a reliable partner, Russia has confirmed once again that it does not wish to mend the relations with the EU and the EU must build on this knowledge. The level of naivety towards Russia in Europe should be kept low.

Russia has made its geopolitical choices for now. Hopefully the EU will draw quick conclusions about what happened: among others, the inclusion of human rights violators on the sanctions list and the suspension of Nord Stream 2, which is contrary to European energy security policy.

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ

Wiceprzewodnicząca

Elżbieta Kruk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Jedno z największych upokorzeń w historii polityki zagranicznej Unii Europejskiej. Spektakularna porażka wizerunkowa. Smutne przedstawienie. Rosja robi z Unii głupka. Oto reakcje polityków i mediów na wizytę szefa europejskiej dyplomacji Josepa Borrella w Moskwie, który dał się tam złapać w pułapkę i publicznie zbesztać przez Siergieja Ławrowa jak uczniak. Przeciwko wizycie przestrzegały Polska i państwa bałtyckie. Przestrogi okazały się aż nazbyt prawdziwe. Nie słuchał Pan. Czy dlatego, że nie ma w Pana gabinecie żadnych ekspertów od polityki wschodniej? A może w tle są sojusznicy Rosji w Unii: Niemcy czy Francja starający się doprowadzić do resetu stosunków z Moskwą w imię swojego doraźnego interesu kosztem interesu Unii i innych państw członkowskich, nie wspominając o prawach człowieka w Rosji?

Przecenił Pan własne możliwości. To pycha, pycha, która często skłania polityków starej Unii do pouczenia *ex katedra* państwa Europy środkowo-wschodniej. Tym razem Unia dostała to, na co zasłużyła, i niestety podkuliła ogon pod siebie. Jakie wnioski z tej porażki? Kolejne sankcje, choć oczywiste, nie przyniosą spodziewanych rezultatów. Dziś jedyną adekwatną reakcją na konfrontacyjną postawę Rosji jest przerwanie inwestycji Nord Stream 2.

Željana Zovko (PPE). – Madam President, High Representative, as a former diplomat, I deeply regret the expulsion of three European diplomats by the Russian Federation. This decision is completely unfounded.

Why do we have a Vienna Convention on diplomatic relations?

A diplomat is entitled to assess the developments in the receiving State and to report to the government of the sending State.

When diplomats are hindered by a State from objectively observing a democratic protest, profound questions can be posed on the functioning of that State, on the compliance with the rule of law, on the respect for democracy and human rights.

Our relations with Russia are at a low point. A European strategic approach is more than necessary. We must prevent further deterioration, show readiness to respond with sanctions, but also a willingness to rebuild ways towards renewed dialogue.

Please let diplomacy do its job, because we know what happens when diplomacy ends.

Juozas Olekas (S&D). – Gerbiama Pirmininke, gerbiami kolegos, praėjusios savaitės Europos Sąjungos vyriausiojo įgaliotinio Josepo Borrellio vizitas į Rusiją sukėlė daug abejonių.

Akivaizdu, kad Kremliaus agresyvi politika nebetenkina Rusijos piliečių – apie tai liudija masiniai protestai, o Navalno apnuodijimas ir įkalinimas beveik 3 metams yra akivaizdus tarptautinės teisės pažeidimas ir politinio susidorojimo pavyzdys.

Savo akimis matome, kaip Kremlius ir toliau bando sumenkinti ir pašalinti bet kokį pasipriešinimą ar opoziciją. Kremlius pasinaudojo Europos Sąjunga bei mūsų įvaizdžiu, kai vizito metu iš Rusijos išprašė Vokietijos, Švedijos bei Lenkijos diplomatus. Jūs, vyriausiasis įgaliotini Josepai Borrelli, vykusios bendros spaudos konferencijos metu privalėjote išreikšti raginimą išlaisvinti Aleksėjų Navalną, taip pat reaguoti į Rusijos užsienio reikalų ministro pasisakymus dėl Krymo aneksijos ir kitų klausimų, kuriais Europos Parlamente esame išreiškę griežtą poziciją. Deja, griežtesnės Europos Sąjungos pozicijos neišgirdome.

Šiuo metu reikalaujame griežtų ir tikslių sankcijų Kremliaus režimui bei raginame į Kremliaus agresiją šiuo metu pro pirštus žiūrinčias Europos šalis nares reaguoti į tai, kas vyksta ES pasienyje.

Karin Karlsbro (Renew). – Fru talman! Herr Borell! Ni reste förra veckan till Ryssland. Ni reste till Putin, som just slängt sin starkaste rival i fängelse efter att ha misslyckats med att giftmörda honom. Ni reste till Ryssland, som låste in över tusen demonstranter. Ni reste dit tomhänt och oförberedd.

I Moskva borde det ha varit självklart att EU kommer att skärpa sanktionerna så det svider, att EU fördömer brott mot mänskliga rättigheter, hot och trakasserier mot journalister och aktivister, att Aleksej Navalnyj måste friges, att samarbeten som Nord Stream 2 ska stoppas.

Allt det är sådant som Putin inte gillar. Men vi gillar inte Putins politik. Samtidigt blev bland annat en svensk diplomat utslängd ur Ryssland. Besöket kan inte beskrivas som något annat än ett fiasko. Mycket gick fel i Moskva, men det största felet var att resan faktiskt ägde rum.

Antonio López-Istúriz White (PPE). – Señora presidenta, señor Borrell, sirva lo que ha ocurrido de guía para futuros diálogos con regímenes como Venezuela, Cuba, Turquía o Irán. La obsesión, al fin y al cabo, de todos ellos es acabar con nuestro sistema europeo democrático de principios y valores. La historia se repite, lo decía un compañero mío: fascismos y comunismos, extremas izquierdas y derechas jaleando —y financiados por nuestros regímenes— aquí a Rusia hoy.

Ahí está el vicepresidente del Gobierno de España, de mi propio país, Pablo Iglesias, financiado en el pasado por Venezuela e Irán y ejerciendo ahora de portavoz del régimen de Putin en su diaria tarea de minar el prestigio de España y de erosionar el sistema democrático que tanto esfuerzo, sudor y lágrimas nos costó. Y en el caso español, desde luego, ni un paso atrás frente a la injerencia rusa apoyando nacionalismos racistas y excluyentes en España y en Cataluña.

Señor Borrell, hay que sentarse con la oposición democrática en Rusia y apoyarles. Y para ello se debe recurrir a la única arma que estos gánsteres entienden: sanciones ya. Aquí he oído a muchos compañeros hablar de la dimisión del señor Borrell, pero les he oído muy poco hablar de las sanciones, que son mil veces mucho más efectivas.

Ya está bien de esconderse detrás de la Comisión Europea. Hay que hacer público claramente en el próximo Consejo Europeo quién está a favor y dónde está la unanimidad a la hora de imponer sanciones a Rusia. Y el que no lo esté, que lo diga públicamente y afronte las consecuencias de la opinión pública democrática europea.

El tiempo de la diplomacia blanda ha pasado. Es tiempo del liderazgo político europeo, que, junto con la nueva Administración estadounidense, tiene el deber de defender nuestras democracias y libertades.

Eero Heinäluoma (S&D). – Arvoisa puhemies, jotkut kollegat ovat arvostelleet korkea edustaja Borrellia siitä, että hän meni Moskovaan. Mutta eikö edustajamme Borrell, komission varapuheenjohtaja, hoitanut juuri sitä tehtävää, mitä varten olemme hänet valinneet eli vei eteenpäin Euroopan unionin yhtenäistä viestiä siitä, mitä mieltä me olemme Venäjän toiminnasta?

Me olemme tuominneet Navalnyin myrkytyksen, olemme tuominneet hänen pidätyksensä ja vaadimme kansalaisoikeuksien noudattamista, joten tällä linjalla täytyy unionin jatkaa ja yhtenäisenä. Meille kävi selväksi, että Venäjä on nyt ottamassa etäisyyttä eurooppalaisiin arvoihin ja tähän me joudumme reagoimaan. Tämä tarkoittaa sitä, että keskustelut pakotteista ihmisoikeuskysymyksissä tulevat uudelleen esille. Sitä vartenhan me hyväksyimme uuden mekanismin, jolla voidaan henkilöpakotteista päättää. EU:n pitää nyt edetä yhtenäisesti ja osoittaa syylliset sinne mihin ne kuuluvat eikä syyllistää omia komissaareja.

Frédérique Ries (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur Borrell, un dicton populaire russe beaucoup entendu à Moscou ce week-end dit, en gros: «Qui trop s'empresse risque de se faire moquer». Et malheureusement, c'est difficile de se dire autre chose aujourd'hui. Le fiasco était annoncé partout, par nous notamment, et le piège de Poutine et Lavrov savamment orchestré.

Nous sommes toujours en faveur du dialogue, bien entendu. Mais votre déplacement à Moscou n'a pas fait avancer d'un iota la cause d'Alexeï Navalny, pas plus que celle des droits de l'homme en Russie. Vous avez dit – je vous ai écouté religieusement – vouloir vous adresser aux Russes et vous avez raison, c'est essentiel. C'est bien là tout l'enjeu de demain. Parler aux Russes, parler à ces jeunes, par milliers dans la rue et qui n'ont, dans le fond, connu que Poutine au pouvoir. Mais je ne vois pas trop en quoi ce gâchis leur parle aujourd'hui.

Une dernière chose, même si je me fais l'avocat du diable dans ce débat. Force est de constater que vous étiez pris entre le marteau et l'enclume, entre notre ambition, votre ambition sûrement, et la frilosité des États membres. Tout cela pour dire que c'est la fonction de haut représentant qui doit être impérativement réinventée par la Conférence sur l'avenir de l'Europe.

Vladimír Bilčík (PPE). – Madam President, High Representative, it is with regret and a sense of shame that I stand here today speaking of last week's events.

Unfortunately, Mr Borrell, your visit to Russia has demonstrated that reaching out to Moscow under the current circumstances is not only futile, it is dangerous. The last thing we need to hear from a European politician speaking in Moscow today is a criticism of our ally in Washington. When I see the frustration of the Belarussian and Russian people and the unstoppable force of Lukashenko and Putin's regimes, I expect from the representative of European diplomacy clear messages about sanctions, political prisoners, disinformation, Russia's dirty money, and its attempts to undermine the European way of life.

I want to convey my sincere support to those fighting for democracy and fundamental rights in the streets of Minsk, Moscow and other cities and towns across Belarus and Russia. Russia is a regime that kills and jails its political opponents. The European Union cannot engage with it in a manner of business as usual. And, by the way, our messages to Russia also have foreign policy implications for actions in our neighbourhood and in the Western Balkans. Believe me, the fight for the European hearts and minds of our neighbours will be easier with clear red lines towards Moscow.

I wish sincerely that we did not need to have this debate today for Europe's biggest opponent in our relations with Russia sits in Moscow. Let us not give him any more comfort. Let's stand up to Russia's dark side, united, and in clear defence of Europe's values and interests.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, v Bruselu je stejná zima jako v Moskvě, ale to neznamená, že se budeme třást před báťuškou Putinem. Pane vysoký představiteli, dovolte mi poznamenat, že jste nebyl dobře připraven na tuto cestu a podcenil jste ruskou realitu, mocenskou strukturu, jak jste sám dnes řekl. Možná jste jel do Moskvy s vizí navázat konstruktivní dialog tak, jak po něm některé členské státy volají. Je ale na čase si nalít čistého vína. I Vaše návštěva ukázala, že Rusko se současným vedením není důvěryhodným partnerem, protože Putin v nás, v Evropské unii, vidí nepřítele. Místo toho, aby se ruský ministr zahraničí zodpovídal z toho, že ruský režim násilně potlačuje demokratickou opozici, že zavírá studenty, tak nás poučuje o tom, jak má vypadat demokracie v Evropské unii. A Vy jste, bohužel, mlčky přihlížel tomu, jak byli vyhoštěni diplomaté členských zemí.

Nejde o to Vás dnes kritizovat, protože myslím, že nám jde o společný cíl. Promarnili jsme totiž šanci ukázat cestu do budoucnosti pro skutečné partnerství a dialog. Tato cesta začíná propuštěním politických vězňů a svobodnými volbami. To musí být naše podmínky. Tato naše dnešní diskuse má být o tom, co uděláme pro tuto budoucnost. Sám jste uznal, že Vaše cesta nebyla úspěšná a že jste se poučil. A já si tohoto prohlášení vážím. Také Evropská unie se musí poučit a musí se vzchopit. Musí zavést sankce vůči osobám zodpovědným za věznění Navalného, zastavit projekt Nord Stream 2 a jednoznačně podpořit demokratické směřování zemí Východního partnerství.

Rasa Juknevičienė (PPE). – Madam President, even before the visit to Moscow, it was clear that the Kremlin would mock.

However, today I think the visit was needed. Why? After Black Friday in Moscow a different understanding must come in the EU. Putin will not change. Russia will change, but not Putin.

First of all, we need to stop thinking of Russia as Putin's Russia. We need to think about the people in Russia. Putin is the biggest threat to the Russian people. Putin is the world's largest Russophobe because he is afraid of Russians.

The change in EU policy must aim for changes in Russia. After decades of dreaming of a Europe from Lisbon to Vladivostok, we must realise that such a Europe is impossible if we build it with the Kremlin regime. A democratic Europe from Lisbon to Vladivostok, without Lukashenko, without Putin – is a dream I support.

Mr Borrell, in order to help Russians it is not necessary to travel to meet Putin. We need to sit down at the same table with our partners in Washington DC and make a common plan for democracy. It includes a Putin containment strategy. Not assistance.

If we do not learn from the bitter lessons of Mr Borrell, our fight against disinformation and interference will be a fight against windmills, and our citizens will no longer respect this Union of Democracies.

Riho Terras (PPE). – Lugupeetav istungi juhataja, härra komisjoni asepresident.

Teie visiit Moskvasse, nagu Te kuulsite, on pälvinud rohkesti negatiivset tähelepanu. Usun, et olete kõigega, mis Moskva visiiti puudutab, väga hästi kursis, sest olite nende kahetsusväärsete sündmuste epitsentris.

Aga olgu siin debati lõpetamiseks ja stenogrammi huvides veel kord ette loetud need peamised möödalaskmised, mis on tõstnud Teie tegevuse ja eriti Teie tegevusetuse avalikkuse teravasse huviorbiiti.

Teie külaskäigu ajastus oli äärmiselt ebasobiv, võttes arvesse Putini režiimi käimasolevaid repressioone vene rahva vastu. Oma visiidiga Te sümboolselt aktsepteerisite vene võimude jõhkrat käitumist kui normaalsust.

Te esitasite ühisel pressikonverentsil Vene välisministriga valeväiteid selle kohta, et Euroopa Liidu liikmesriikide seas ei ole huvi ega initsiatiivi lisasanktsioonide kehtestamise osas Venemaa vastu.

Te ei kaitsnud Euroopa Liidu huve ega astunud selgelt vastu Venemaa välisministri poolsetele rünnakutele, mille sihtmärgiks olid Euroopa Liit ja meie liitlane Ameerika Ühendriigid. Te ei kaitsnud Euroopa Liidu huve. Te ei katkestanud oma visiiti, kui olite saanud teavet Euroopa Liidu riikide diplomaatide Venemaalt väljasaatmise kohta.

Härra Borrell, loodan, et Te saate oma tehtud vigadest ja nende mõjust Euroopa Liidule aru, teete sellest omad järeldused ja tegutsete vastavalt.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, I am going to speak Spanish, after all it is the second most spoken language in the world, and we have a very good interpretation system. So I will use my own language.

Muchas gracias por todas las observaciones que ustedes han hecho, por los comentarios, muy diferentes unos de otros, cubriendo un amplio espectro de interpretaciones respecto de esta visita y las relaciones entre la Unión Europea y Rusia. Tomo buena nota de ellas, y las tendremos en consideración en la preparación de los futuros debates en el Consejo de Asuntos Exteriores y en la preparación del Consejo de la Unión Europea.

Sin embargo, permítanme que les diga que, cuando he estado escuchando a algunos de ustedes, me daba la sensación de que quien había expulsado a los diplomáticos europeos era yo, porque realmente parecía que yo era el que había expulsado a los diplomáticos europeos. Ustedes perdonen, quien expulsó a los diplomáticos europeos fue el señor Lavrov. ¿Que fue en reacción a mis declaraciones públicas sobre el caso Navalni? Puede, pero supongo que estarán ustedes de acuerdo en que las haya hecho.

Y, por favor, algunas de las cosas que he oído sobre lo que, según ustedes, dije o no dije en la rueda de prensa, simplemente, no reflejan la realidad, no dicen las cosas como fueron, porque, claramente, en la transcripción de la rueda de prensa queda claramente recogido cómo dije dos veces al señor Lavrov, que estaba allí, y se lo había dicho en nuestro encuentro, que estábamos absolutamente, más que preocupados, en contra, denunciando los juicios que estaban teniendo lugar contra el señor Navalni, el intento de envenenamiento que había sufrido y la represión sobre las manifestaciones que eso había generado en la sociedad civil. En dos ocasiones: al principio y al final. ¿Cómo pueden ustedes venir aquí a decirme que no hablé del problema del señor Navalni ni defendí a la oposición y las manifestaciones públicas? Ustedes, no, no están hablando de lo mismo. Existe una transcripción, léanla.

Vamos a ver, ¿cuál es el problema? Para algunos de ustedes el problema es que la visita haya tenido lugar, que el alto representante haya decidido efectuar una visita a Moscú. ¿Saben ustedes cuántas visitas de delegaciones oficiales de nivel ministerial o superior ha habido en los dos últimos años a Rusia por parte de Estados miembros de la Unión Europea? Diecinueve, diecinueve veces ha habido visitas a Rusia. Entonces, ¿qué pasa, hay que ir o no hay que ir? ¿O puede ir todo el mundo menos el alto representante? Entonces, ¿para qué lo tienen? Mis colegas sí pueden ir, pero yo no. Diecinueve veces. Entonces parece que ir no es algo que esté tan prohibido. Más bien es una cosa bastante normal: diecinueve veces, diecinueve veces.

El problema entonces es que quizá era el momento no apropiado. Bueno, sobre eso hay opiniones: unos pueden pensar que no lo era porque se estaba juzgando al señor Navalni, y otros pueden pensar que era precisamente por eso un momento apropiado para poner de manifiesto clara, directa y personalmente nuestra posición. Es más fácil escribir declaraciones desde mi despacho, sin moverme de él, sin duda mucho más cómodo y menos arriesgado, pero creer que es justo en este momento cuando hay que hacerlo, francamente, no me parece un disparate. Alguien puede pensar que no, que había mucho riesgo, que a ver qué iba a pasar, que mejor no ir, o no ir ahora, ir después, cuando ya el señor Navalni habría sido condenado. Pues miren, yo he tenido una valoración distinta y, por cierto, apoyada por la mayoría de los miembros del Consejo de Asuntos Exteriores: aquí no hay solamente unos cuantos que se opusieron, hubo una mayoría que estuvo a favor. Y a mí, francamente, me parece y me sigue pareciendo que, si de verdad la defensa de los derechos humanos y la defensa de las libertades políticas está en nuestro ADN, hay momentos en los que hay que plantar cara e ir a explicar lo que decimos en los comunicados para que quede claro a quien lo recibe. ¿Eso ha perjudicado a la oposición en Rusia? ¿Eso ha debilitado la posición del señor Navalni? Francamente, no entiendo por qué.

Luego podemos discutir sobre si, en el momento en el que públicamente expresamos nuestras posiciones, hubiéramos debido hacer las cosas de distinta manera, y ahí también caben interpretaciones; sin duda, a la vista de la valoración general, seguramente hubiera debido abordarlo de manera diferente, pero yo no entiendo una rueda de prensa conjunta como un debate ni como un pugilato; yo explico mi posición y la reitero, transmito el mensaje que he ido a transmitir: que la Unión Europea está en profundo desacuerdo y condena el intento de asesinato del señor Navalni, los juicios a los que está siendo sometido y la represión de la sociedad civil y de las manifestaciones. Lo digo y lo reitero, porque eso es lo que he ido a decir.

Y también digo, porque eso también es lo que he ido a decir, que, a pesar de eso, hay campos en los que sería posible imaginar una cooperación en beneficio de las dos partes, y desde luego, el PAIC es una de ellas. No entiendo a qué viene que alguien haya dicho que, en el caso del PAIC, yo he estado apoyando las posiciones rusas en contra de las posiciones de los Estados Unidos. Pero, por favor, háganme críticas con fundamento, no se inventen los hechos para sustentar sus críticas. Como coordinador que soy del consejo del PAIC, he intentado mantener este tratado en vida a pesar de la defección de los Estados Unidos.

Rusia considera que la Unión Europea está demasiado dividida para que pueda hacer una política firme en frente de ella. Y también consideran, y también te lo dicen a la cara cuando discutes con ellos, que somos un apéndice de los Estados Unidos, y que siempre condenaremos lo que hacen ellos y no lo haremos cuando lo hagan los Estados Unidos, porque son nuestros amigos y aliados; que tenemos dos pesos y dos medidas. Y creo que eso también es algo que tiene que ser puesto en cuestión: nosotros somos aliados de los Estados Unidos, pero no estamos cien por cien alineados con ellos en todas las posiciones que adoptan y en todas las decisiones que toman, no. Hay casos en los que, si discrepamos, hay que decirlo y lo hacemos. Y lo hacemos; lo hacemos cuando creemos que es necesario y conveniente hacerlo, y eso es lo que, de alguna manera, a algunos les puede sorprender porque tienen una visión excesivamente unilateral de los acontecimientos, pero mi obligación no es ejercer una actitud fóbica hacia nadie, es tender puentes cuando sea posible y marcar posiciones firmes cuando sea necesario.

Sí, se puede creer que la oportunidad no era la buena; también se puede pensar que sí lo era. Se puede entender que el resultado no ha sido bueno, y desde luego hay que aceptar y admitir que la interpretación mediática y la mayoritaria en esta Cámara es que no lo ha sido. Pero no lo ha sido ¿por qué? ¿No lo ha sido porque no había que ir? ¿No lo ha sido porque no había que ir entonces? ¿No lo ha sido porque no hemos tratado los temas que teníamos que tratar? ¿No lo ha sido porque no hemos defendido la causa del señor Navalni y de la oposición? Hay distintas razones, distintos hechos, que hay que analizar uno por uno si no queremos que esto se convierta en un pimpampum del que el único beneficiario es el Kremlin, que estará encantado de percibir nuestras divisiones.

Porque, en el fondo, de lo que se trata es de actuar con unidad y determinación; porque los países autocráticos o autoritarios creen que las democracias son débiles, intrínsecamente débiles, por su propio funcionamiento y la división que eso implica, pero las experiencias históricas demuestran que no es así. Desde la caída del Muro de Berlín y la descomposición del imperio soviético, lo que ha quedado claro es que las democracias somos más resilientes, somos más fuertes, porque tenemos intrínsecamente una unidad por encima de nuestras diferencias, pero no podemos dejar que nuestras diferencias nos debiliten, y en este caso, como en todos, lo que hay que construir, antes y después de mi viaje a Rusia, es la unidad de los Estados miembros y la unidad de acción entre las instituciones europeas.

Y a eso hay que dedicarse, desde ahora, en el próximo Consejo de Asuntos Exteriores, con la guía y las directrices del Consejo de la Unión Europea a finales de marzo. Y de aquí a entonces habrá que analizar seriamente cuáles son nuestros planteamientos con respecto a Rusia, para lo cual, inevitablemente, había que hablar con ellos. Sí, y el resultado ha sido el que es, que, si ponemos sobre la mesa la cuestión de los derechos humanos y, en particular, el caso del señor Navalni, la respuesta rusa es: 'No se habla de nada más'.

Ustedes hablan de humillación, pero tengan por seguro que no ha sido nada cómodo, tampoco, para el poder ruso, ver como alguien va allí directa, expresa y personalmente y les dice lo que hemos dicho desde comunicados muchas veces. No, francamente, yo no creo que no había que ir a decirles en la cara lo que les decimos por correspondencia; pienso que era el momento de defender, con toda nuestra fuerza y con la fuerza que da la presencia física de un alto representante, nuestra posición con respecto al caso del señor Navalni. Independientemente de todos los errores, insuficiencias y cualquier otro pero que le puedan encontrar, creo que, si de verdad consideramos que los derechos humanos y las libertades públicas están en el corazón de nuestro proyecto político, la situación del señor Navalni y de la oposición rusa demandaba una firme y enérgica presencia.

¿Ustedes creen que no me hubiera gustado a mí entrar en un cuerpo a cuerpo con el señor Lavrov y rebatir abiertamente algunas de sus observaciones? ¿Como, por ejemplo, comparar el caso del señor Navalni, que sufre un intento de asesinato y que pasa, uno tras otro, juicios que le pueden seguir condenando sin razón ni fundamento, con el de algún diputado que se sienta en esta Cámara y de algunos colegas suyos que están haciendo libremente campaña electoral en Cataluña en este momento? ¿Ustedes creen que tiene algún sentido esta comparación? Para cualquier persona es evidente que no lo tiene, es evidente que no lo tiene. Pero no me quise enzarzar en esa discusión porque no venía a cuento, preferí volver a repetir el mensaje que fui a llevar. La Unión Europea expresa su condena y protesta y reclama que se investiguen las circunstancias en las que el señor Navalni fue envenenado y que sea liberado porque su juicio no es un juicio justo ni con garantías, y pide respeto a los derechos y las libertades de los ciudadanos rusos; y al mismo tiempo, sí, considera que hay temas en los cuales es necesario, inevitable, buscar ámbitos de cooperación, pero para cooperar hacen falta dos. Si el poder ruso no ha querido hacerlo, tomamos buena nota y tendremos que buscar otras formas de desarrollar esta relación.

A pesar de todo, yo creo que hemos extraído elementos positivos de esta visita. Sabemos mejor el terreno que pisamos, sabemos mejor cuáles son las reacciones que podemos esperar. Y por todo eso, señorías, yo creo que lo que hay que hacer a partir de ahora es, en todas las instancias de las instituciones europeas —Parlamento, Consejo, Consejo Europeo, Comisión—, analizar con inteligencia y con serenidad cuáles tienen que ser nuestros futuros pasos para decidir definir nuestra relación con Rusia. Espero que este debate haya contribuido a ello.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Nie milkną echa sobotniej wizyty w Moskwie. Przez wielu komentatorów została ona uznana za kompromitującą. Nie dość że Rosja wykorzystała ją już do celów propagandowych, a UE poniosła ogromne straty wizerunkowe, to jeszcze w trakcie samej wizyty doszło m.in. do wydalenia trzech dyplomatów europejskich. Niestety wielu przewidywało taki scenariusz. Tłem wizyty jest przecież skazanie Aleksieja Nawalnego na 2 lata i 8 miesięcy kolonii karnej i masowe protesty brutalnie tłumione przez władze. UE musi w tej sytuacji odbudować nie tylko straty wizerunkowe, ale i zaufanie tych, którzy walczą o demokrację i prawa człowieka. Należy jasno powiedzieć, że UE dalej wspiera Aleksieja Nawalnego, a także domaga się uwolnienia jego i wielu innych, którzy zostali aresztowani w wyniku swojej działalności opozycyjnej lub uczestnictwa w pokojowych protestach.

Ważne jest też podtrzymanie i poszerzenie sankcji personalnych, które powinny być nałożone na oligarchów i osoby zaangażowane w prześladowania opozycjonistów i aktywistów i powinny uwzględniać też korupcję. Wreszcie Unia Europejska musi w kontekście naszych relacji z Rosją mówić jednym głosem. Nie możemy gospodarczo wspierać reżimu, który nie szanuje wolności obywatelskich i demokracji. Dlatego też należałoby zrezygnować z budowy gazociągu Nord Stream 2. Byłby to jasny sygnał naszego sprzeciwu wobec braku poszanowania praw obywatelskich ze strony władz rosyjskich, ale też wyraz naszej solidarności i jedności.

Sandra Kalniete (PPE), *in writing*. – While High Representative Borell's visit to Russia was disastrous, ill-timed, and ill-planned, it laid bare fundamental divergences and issues in the EU-Russia relationship. First and foremost, it is time for the EU to adopt a more robust posture toward Russia. President Putin has shown his disregard for the EU's criticisms and condemnations and continues to pursue an aggressive foreign policy with impunity. Second, we cannot allow Russia to exploit economic interconnectedness as a political tool or coercive instrument.

More specifically, the Nord Stream 2 project must be stopped immediately and Member States must expand the targeted sanctions package on those responsible for human rights violations in Russia. It is altogether clear that politics and business are not separate domains, and that the EU must not be held hostage by 'strings attached.' Third, the EU's relations with third states must always be built on the principles of democracy, rule of law, and human rights, Russia cannot be an exception to this rule.

Mr Borell's failure to stand up for these principles was an embarrassment for the EU and a disappointing signal to those fighting for democracy around the world. Russia has made its disdain entirely clear, and the EU must act accordingly.

Łukasz Kohut (S&D), *schriftlich*. – Es steht heute nicht zur Debatte, ob die Europäische Union mit Russland einen Dialog führen sollte. Natürlich sollten wir das tun. In den Außenbeziehungen ist es unerlässlich mit allen zu reden. Die Frage ist nur: Was für ein Dialog sollte es sein? Ein Dialog der Partner oder ein Dialog, der auf Ungleichbehandlung beruht? Und wenn es der letztere ist, wie sollte man reagieren? Wie weit können wir Russland gehen lassen? Putinisches Russland bricht das Völkerrecht, immer wieder. Das Regime füllt Gefängnisse mit Verteidigern der Demokratie und der Menschenrechte. Die Propagandamaschine lügt und täuscht. Diktatoren und Mobber, wie Putin, reagieren nur auf die Stärke. Unsere europäische Stärke ist es, gemeinsam vorzugehen, beschlossen zu handeln. Sanktionen für das russische Regime und die Oligarchen, Hilfe für die demokratische Opposition in Russland. Und europäische Solidarität, ohne Projekte wie Nord Stream 2, die diese Solidarität lahmlegen. Aus ihrem Besuch in Moskau müssen wir, Herr Hoher Vertreter, angemessene Schlussfolgerungen ziehen.

Gheorghe-Vlad Nistor (PPE), *in writing*. – Dear Vice-President Borrell, thank you for your availability to come to Parliament for an open and frank discussion, as you have kindly done many times before over the past year. Concerning your recent trip to Moscow, most commentators agree that it represents a diplomatic fiasco. We understand that you envisaged it as an exercise in dialogue, but it takes a willing partner to build that type of discussion. We clearly saw that the Russian government has no interest yet in becoming a trustworthy interlocutor. Your attempts at justifying the attitudes you employed while in Moscow are not very convincing. If you had listened to the advice of numerous Central-Eastern and Northern European governments, we could have averted this debacle. As High Representative, your visits engage the whole of the EU. You left for Russia only with the approval of the Commission and without a mandate from the Council and without serious prior consultation with the relevant committees of the European Parliament. For a former MEP and President of the EP, this attitude is surprising at least. Your actions have harmed the international standing of our union and leave us with a bitter lesson in 'how not to'.

Ramona Strugariu (Renew), *in writing*. – Josep Borrell did not have the mandate of the European Parliament for his visit to Moscow last week. Quite the opposite, many of us have explicitly asked him to cancel it, especially in the light of the sentencing of Alexei Navalny that happened just before he left. Other European leaders have also expressed concern about the timing of this visit. He ignored all these warnings. But these voices were, unfortunately, right. His visit only provided an opportunity for Russian Foreign Minister Lavrov to humiliate the European Union and mobilise the entire propaganda apparatus to ridicule the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. A historic failure, a blow to the Union's credibility – that's what Mr Borrell achieved in Russia last week. A gesture of minimal decency would be his immediate resignation. We have repeatedly denounced in this house Russia's egregious human rights violations, the occupation of Crimea, the nefarious role it plays in the frozen conflicts in our Eastern neighbourhood, the disinformation campaigns and the malign influence on our democracies. We need a High Representative that is able to deliver on our policies and stand firmly in defence of our values and our security.

Tom Vandenkendelaere (PPE), *schriftelijk*. – We kunnen van mening verschillen over de vraag of en in welke mate het bezoek aan Moskou vanuit politiek en diplomatiek oogpunt opportuun was in de gegeven omstandigheden, maar wat we in Moskou te zien en te horen hebben gekregen was heel verontrustend. Het lot van Aleksej Navalny ligt erg gevoelig, omdat het ons raakt in de kern van de waarden die wij koesteren, maar er zijn in onze relaties met Rusland veel meer dossiers die ons zorgen baren.

Ik ben altijd voorstander geweest – en zal dat blijven – van een tweesporenbeleid in onze relaties met landen zoals Rusland: dialoog waar mogelijk en maatregelen waar nodig. We moeten oog blijven hebben voor strategische samenwerking met dit land, maar niet op een manier die ons zelfrespect en onze geloofwaardigheid ondergraaft. Sancties en andere maatregelen staan opnieuw op de agenda nu, maar bovenal wil ik ervoor pleiten dat we met één stem spreken. Eensgezind optreden is hier veel belangrijker dan een *blame game* die ons intern verdeelt. Ik kijk met belangstelling uit naar het debat en de beslissingen van onze regeringsleiders in de Europese Raad van maart.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – Arvoisa puhemies, EU:n ulkoasioiden korkea edustaja Josep Borrellin Moskovan-vierailu oli täydellinen epäonnistuminen. Erityisen vahingollinen oli Borrellin lehdistötilaisuudessa antama lausunto siitä, että lisäpakotteita ei harkita. Tämä oli paitsi harkitsematonta myös täysin epäammattimaista. Todellinen ongelma tilanteessa on kuitenkin Venäjän toiminta. Samaan aikaan kuin Borrell oli vierailulla Moskovassa, Venäjä ilmoitti karkottavansa Saksan, Ruotsin ja Puolan diplomaatteja. Venäjä perusteli karkotuksia opposition mielenosoituksiin osallistumisella. Peruste on valheellinen ja EU:n tulisi reagoida tapahtuneeseen yhtenäisesti. Saksa, Ruotsi ja Puola ovat jo ilmoittaneet diplomaattikarkotuksista ja muiden EU-maiden tulisi liittyä samaan rintamaan. Tämä olisi selvä viesti

Moskovaan, että unioni on tilanteessa yhtenäinen, eikä Borrellin nöyryyttämisen tavoitteena ollut EU:n hajottaminen sisäiseen riitelyyn onnistunut. Kannatan myös kohdennettuja lisäpakotteita Venäjän autoritääriseen hallintoon kytkeytyville tahoille sekä Nord Stream 2 -kaasuputken rakentamisen keskeyttämistä. Nord Stream 2 -hanke toimii suoraan vastoin EU:n strategista tavoitetta vähentää riippuvuutta yksittäisistä energian toimittajamaista. Putki lisää EU:n riippuvuutta Venäjän kaasutoimituksista ja uhkaa EU:n sisämarkkinoita. Se on kaikin puolin huono myös energiapolitiikan näkökulmasta. Toivon, että erityisesti Saksan johto vielä tarkastelee kantaansa hankkeeseen uudelleen. Minusta koko putki on syytä jättää avaamatta, mutta vähintään aikalisän ottaminen on nykyisessä tilanteessa täysin välttämätöntä.

Alexandr Vondra (ECR), *písemně*. – Včera mnozí z nás podepsali dopis prezidentce EK, aby Vás, pane Borrelle, vyzvala k rezignaci. Vaše návštěva v Moskvě, v daný čas a v daném místě, byla podle našeho názoru pro EU ponižující a dehonestující. Na cestu jste se vydal z vlastního rozhodnutí, přestože Vás mnozí předem varovali. Tím, že jste mlčel k válce, kterou Rusko vede na Ukrajině, že jste ignoroval uvěznění Alexeje Navalného i mlácení pokojně demonstrujících lidí v ruských ulicích, jste se postavil zády k hodnotám, na nichž je EU postavena. Jaký to do nebe volající rozdíl proti jinému sociálnímu demokratovi, někdejšímu nizozemskému ministrovi zahraničí Maxi van der Stoelovi, který v roce 1977 navštívil Prahu a setkal se tam s perzekuovaným mluvčím Charty 77 prof. Janem Patočkou, aby mu vyjádřil plnou solidaritu. Vaše cesta byla ale chybná i z hlediska reálné politiky. Tím, že jste odmítl nové sankce a návštěvu jste okamžitě neukončil, když byli z Ruska vyhoštěni diplomaté Polska, Německa a Švédska, jste odsoudil EU do role bezbranného statisty a slabého, vysmívaného otloukánka. To nejlepší, co můžete v této situaci pro EU udělat, je co nejrychleji z funkce odejít.

Roberts Zīle (ECR), *rakstiski*. – Ir pilnīgi skaidrs, ka Jūsu, Borela kungs, vizīte Maskavā neatspoguļoja šī parlamenta, Eiropas Savienības vai, konkrētāk, Krievijas reģionālo kaimiņu patieso nostāju. Jūs nepaudāt kategorisku nosodījumu attiecībā uz Navaļnija kunga arestu, nekritizējāt Putina režīmu un neuzsvērāt nevienu no Eiropas Savienības vērtībām. Borela kungs, Jums nebija iebildumu, kad Lavrova kungs kritizēja un apsūdzēja Eiropas Savienības līderus. Es piekrītu daudzu savu kolēģu viedoklim, ka Jums nekavējoties jāatkāpjas, jo esat parādījis, ka neesat spējīgs pildīt savus uzdevumus. Mums nevar būt Augstais pārstāvis (Eiropas Savienības ārlietu vadītājs), kurš nespēj stingri iestāties par Eiropas Savienības vērtībām un strādāt dalībvalstu interesēs.

10. Humanitäre und politische Lage in Jemen (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest oświadczenie wiceprzewodniczącego Komisji / wysokiego przedstawiciela Unii do spraw zagranicznych i polityki bezpieczeństwa w sprawie sytuacji humanitarnej i politycznej w Jemenie (2021/2539(RSP)).

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, yes, the humanitarian and political situation in Yemen deserves more attention, much more than we have paid to it.

The war has been raging for almost six years with a devastating impact, 24 million people – which means 80% of the Yemeni population – are in need of humanitarian assistance and more than four million are displaced. Beyond this terrible humanitarian crisis, the war in Yemen has become a source of instability in the whole region and we need to take decisive action to avert a mass famine. The situation can still deteriorate if restrictions on imports of basic commodities and humanitarian access persist.

The COVID-19 pandemic has already exacerbated the humanitarian situation in Yemen. And additionally, the Safer oil tanker stranded in the Red Sea is a ticking time bomb that could cause an environmental disaster.

Since the start of the conflict six years ago, the European Union has not only made diplomatic efforts, but also provided nearly EUR 1 billion to Yemen, as a response to the crisis through humanitarian and development assistance. You can be sure that we will keep working to support the only way out of this crisis, which is a political settlement for peace and stability. To this end, we fully back the efforts of the United Nations Special Envoy, Martin Griffiths, in support of a ceasefire and a political solution. Current prospects for a rapid breakthrough in Yemen are certainly, and unhappily, slim.

The latest attacks by Ansar Allah showed how challenging the situation remains. But at the same time, we feel a growing sense of urgency in the international community to find a way out. The latest announcement from the Biden administration, ending support for Saudi-led offensive operations, on the appointment of a special Yemen envoy, show a genuine interest from our partners to address the crisis.

We also welcome the announced revocation of the designation of Ansar Allah as a foreign terrorist organisation. This designation could have catastrophic consequences in the context of Yemen, as the country is highly dependent on commercial food imports. Yes, it has to be very clear that to declare an entity to be a terrorist organisation can create a blockage on trade, because nobody will dare to face US sanctions. And this is one example that has to be criticised about some decisions of the outgoing Trump administration.

We strongly condemn the 13 December attack on the new government. The unprecedented mission of eight European ambassadors to Aden, that demonstrates our strong diplomatic support. We are ready to push for a concerted action to unlock the stalled process and to nudge the parties to implement a permanent cease fire and begin political talks. I am confident that progress towards peace in Yemen will also help de-escalate the tense situation in the wider Gulf region.

I will personally continue engagement on all these issues, along with Commissioner for Crisis Management, my colleague Janez Lenarčič and other partners, and I am looking forward to working with you on this critical file.

Six years of war, one of the biggest humanitarian crisis in the world has to stop and we in the European Union have an important role to play in it.

György Hölvényi, *a PPE képviselőcsoport nevében.* – Tisztelt Alelnök Úr! Tisztelt képviselőtársaim! Jemenben évek óta a világ egyik legsúlyosabb humanitárius válsága zajlik. Ma már 400 ezer gyermek küzd a puszta életben maradásért. A családok bevételei, lehetőségei gyakorlatilag megszűntek. Általános élelmiszerhiány uralkodik, milliók nem jutnak ivóvízhez, fűtőanyaghoz és üzemanyaghoz. A polgárháború eddig több mint 233 ezer áldozatot követelt. Nem lehet egyetlen problémát kiemelni, ezek mind párhuzamosan lehetetlenítik el a normális életet Jemenben. A Covid közepette mindez földi pokollá változtatta az országot. Nem hagyhatjuk figyelmen kívül, hogy az országban évek óta szélsőséges mértékű, vallási kisebbségeket üldöző terrorszervezetek uralkodnak. A járványhelyzet tovább rontotta a keresztények és más vallási kisebbségek kiszolgáltatottságát.

Az Open Doors humanitárius szervezet szerint a helyi hivatalnokok egyszerűen megtagadják a segélyek átadását, ha keresztényekről van szó. A humanitárius alapelvek ilyen megsértése – hangsúlyozom – nem vallási, hanem emberjogi kérdés. Ezt az Unió egyszerűen nem tűrheti el. Mivel az Unió se hadsereggel, sem katonai folyamatokra gyakorolt döntő befolyással nem bír, és ezt itt Borrell úr helyesen állapította meg, olyan eszközöket kell használni, amelyek alkalmazásában nagy gyakorlattal, nagy hagyományokkal rendelkezik. Európának egyszerűen nem hősködni és nem fenyegetni kell, hanem a humanitárius fellépés hatékonyságát kell erősíteni. A helyiekkel együttműködve kidolgozott, a valós igények mentén kialakított humanitárius választ kell adni. Ez kulcskérdés az Európai Unió hitelességének megőrzésére a régióban.

Marc Tarabella, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, Monsieur le Haut représentant, le débat d'aujourd'hui arrive à point nommé, et je suis content que mon groupe en ait pris l'initiative.

Nous sommes peut-être à un tournant en ce qui concerne la situation tragique au Yémen, un pays tourmenté par une guerre civile sanglante depuis 2015 et frappé de surcroît d'abord par une épidémie de choléra, puis par le COVID-19 et aussi par la famine. La situation sur le terrain, toutes régions du pays confondues, est dramatique et ce n'est pas par hasard que ce que vivent les Yéménites au quotidien a été décrit à maintes reprises par les Nations unies comme étant la pire crise humanitaire de ces trente dernières années.

Dans ce contexte, nous ne pouvons qu'être soulagés que la nouvelle administration américaine ait décidé de changer de cap, par rapport à la désastreuse politique régionale menée par Donald Trump et qu'elle ait pris d'ores et déjà des décisions importantes.

À ce propos, Monsieur le Haut représentant, j'aimerais beaucoup que nous aussi, les Européens, puissions agir de concert et affirmer de façon nette notre position et notre détermination à faire tout ce qui est en notre pouvoir pour qu'une solution au conflit soit susceptible de mettre un terme à la crise humanitaire en cours.

Dans la résolution que nous avons mise au point et que nous allons voter, nous affirmons des concepts simples et clairs:

Premièrement, dans le chaos yéménite, l'Arabie Saoudite et les Émirats arabes unis portent une lourde responsabilité. Sans vouloir nier les responsabilités spécifiques de l'ensemble des acteurs yéménites, leur guerre avec des armes occidentales et les raids meurtriers de leurs avions ont provoqué d'immenses dégâts à la population, et notamment aux citoyens les plus vulnérables.

Tout en soutenant fermement le processus de paix engagé, je crois qu'il est de notre devoir de continuer à insister pour un embargo effectif de la vente d'armes à ces deux pays, à soutenir le renvoi de la situation au Yémen devant la Cour pénale internationale afin qu'aucun acteur impliqué ne puisse rester impuni pour les crimes de guerre qu'il a commis sur le sol yéménite et à envisager entre-temps que les dirigeants les plus directement impliqués puissent faire l'objet des mesures prévues par le tout nouveau régime de sanctions en matière de droits de l'homme adopté par le Conseil.

Barry Andrews, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, the UN Humanitarian Coordinator is clear in his view that the people of Yemen are being starved deliberately. The UN funding call for 2020 was 40% underfunded, as you know, and this has brought Yemen to the brink of famine.

But it's not just a matter of funding. As you know, starvation has been used as a weapon of war. The United Nations Security Council called this out very clearly: that it is a breach of international humanitarian law and it is a war crime. The resolution today calls on the EU to do three things: to contribute to a sustainable political process, to ensure adequate funding on the humanitarian side, and also to join the war against impunity because starvation is not the only war crime that is being committed in Yemen.

There are multiple examples, catalogued by the Yemen Data Project, of assaults on civilian infrastructure, including hospitals, schools, markets and even weddings, and this cannot go unpunished.

This resolution is also unequivocal in calling for an end to arms sales. The EU common position sets out eight very clear criteria that must be satisfied in order to allow arms sales to third countries, and very few of those criteria are met in relation to arms sales that are used in Yemen. I think we have to be absolutely clear about that.

Conflicts in the 21st century are very complex and long running. Mr Borrell, you're very fortunate in Team Europe here, the humanitarian community, the development community and the full weight of the diplomatic community. We're adding our political voice today and we hope that 2021 will not be another lost year for Yemen.

Lars Patrick Berg, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Es scheint so lange her zu sein, dass wir über den Jemen gesprochen haben und über die schwerste humanitäre Krise, mit der die Welt konfrontiert ist. Und trotzdem schafft es dieses Thema aus unerfindlichen Gründen nicht auf unsere Tagesordnung. Wir behandeln es nicht einmal als dringende Angelegenheit, was mich immer wieder sehr verwundert.

Lassen Sie mich meine Position sehr klar darlegen. Die internationale Gemeinschaft hat Jemen im Stich gelassen. Der Hohe Vertreter begnügt sich oft damit, die Feststellung des UN-Sicherheitsrats zu wiederholen – mit einem Bekenntnis zur saudischen Beaufsichtigung des gesamten Konflikts und einem Bekenntnis zur territorialen Integrität des Jemen. Dies wurde trotz der Zusicherung geäußert, dass eine jemenitische Lösung auf dieses jemenitische Problem gefunden werden müsse.

Der Hohe Vertreter wird sicher darin zustimmen, dass es in der Bevölkerung des Südens viel Unterstützung für einen separaten Staat gibt und dass es sich derzeit bei der einzigen politischen Gruppe, die ernsthafte Gespräche mit den Huthis führt, um den Übergangsrat des Südens *Southern Transitional Council* handelt. Wenn die Gespräche Aussicht auf Erfolg haben sollen, dann müssen alle Optionen auf den Tisch, und hierzu zählt auch eine Zweistaatenlösung.

Lassen Sie mich zum Schluss einige Zahlen nennen. Seit Anfang 2015 hat die Europäische Union dem Jemen 896 - Millionen EUR zukommen lassen. Im selben Zeitraum wurden Hilfsgelder im Volumen von circa 3,6 Milliarden Dollar in den Jemen geschickt. Ist dies wirklich eine Politik, von der wir uns einen dauerhaften Frieden für den Jemen erhoffen können?

Was es braucht, ist ein echter politischer Dialog zwischen den jemenitischen Fraktionen, mit einer von den Jemeniten festgelegten Agenda. Tod und Zerstörung sind das Einzige, das die Einmischung Dritter diesem leidgeprüften Land gebracht hat.

Hannah Neumann, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, Yemen is indeed the worst humanitarian crisis around the world and the people of Yemen are suffering in a way I think we can't even imagine. But it's also part of the story that this war is fought with weapons made in the European Union. The Eurofighter from Airbus is used to bomb hospitals in Yemen. French Mirage bombers are used by the United Arab Emirates to do exactly the same. Both airplanes are equipped with MK-80 bombs manufactured by RWM, the Italian subsidiary of German Rheinmetall. And the French company DCI is at this moment training Saudi soldiers on how to better launch rockets into Yemen.

So we actually can do something as the European Union to stop this war. That's why I think the message from our Parliament's resolution needs to be crystal clear: no more weapons, no more spare parts, no more maintenance until the war in Yemen is over. And I want to say to Mr Borrell that I really hope that the message from the next Foreign Affairs Council will be just the same, because this is the only way we can build credibility, to put pressure on Iran and everyone else who wants to make money or politics with the suffering of the people in Yemen, to get out of this beautiful country and let the people of Yemen sort out their conflicts.

And there's actually a window of opportunity, and Mr Borrell, you mentioned that. The new US Administration is doing exactly this. They are working on a suspension of all arms deals to Saudi Arabia and the UAE and a diplomatic initiative, a new diplomatic initiative, to end the war in Yemen. I think that all of us in this room and beyond should do everything possible to make sure that the European Union picks up on this initiative, and to build a transatlantic alliance to stop the war in Yemen and the suffering of the people of Yemen.

Mick Wallace, *on behalf of The Left Group*. – Madam President, the last line of Yemen's national anthem is 'the world will not see a guardian upon my nation'.

Since reunification, foreign powers have been trying to carve up, exploit and pauperise Yemen and its people. Sana'a dutifully followed the IMF and World Bank reform programmes for two decades until the people of Yemen had had enough. Obama helped install the puppet Hadi, promised change in elections. What Yemen got was more austerity, privatisation and land grabs by foreign investors.

Ansar Allah put a stop to the plunder in 2014. They negotiated a deal with Hadi and others, making elections the top priority. But the Saudi-led coalition went to war to stop the prospects of peace, power-sharing and independence in Yemen. With Western help and barely a word from the usual human rights defenders, they killed hundreds of thousands of Yemeni people and committed brutal crimes on a daily basis. They are still at it and Yemen is still resisting.

You say you care about democracy. Why don't you stop the genocide, stop the plundering of Yemen and allow elections to take place?

Who would win? Well, that's none of our business. It's for the people of Yemen to decide that, not the EU, Saudi Arabia or the UAE, not the US, not Russia, not China or anyone else. It's justice they need more than aid. And for too long, we've turned a blind eye and the Yemenis are not for lying down.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gentile Alto rappresentante, bombardamenti indiscriminati, epidemie di colera, carestia: nulla è stato risparmiato al popolo yemenita in questi sei anni. Il blocco navale imposto dai sauditi e la pandemia del COVID-19 sono solo l'ultimo atto della tragedia.

In questa orribile guerra per procura, in cui anche la fame è divenuta un'arma, il *gap* tra necessità e assistenza è in costante ampliamento. L'aiuto umanitario fornito dai donatori internazionali non è assolutamente sufficiente a contrastare una situazione sempre più critica. Siamo di fronte a una corsa contro il tempo, dove il prezzo pagato per l'inazione si misura in vite umane, colleghi.

Aumentare gli aiuti umanitari è senz'altro importante, ma non è sufficiente. Il cambio di rotta dell'Amministrazione statunitense, in particolare lo stop al sostegno indiscriminato e la revisione anche della vendita di armi alla coalizione saudita, ci offre una preziosa opportunità per dare una svolta fondamentale al processo di pace.

È un'occasione che non dobbiamo e che non possiamo mancare, e sono orgoglioso di poter dire che l'Italia, grazie alla coerenza del Movimento 5 Stelle e del ministro Di Maio, ha fatto il suo dovere revocando le licenze per la fornitura di più di diecimila ordigni verso l'Arabia Saudita e gli Emirati Arabi, per un valore di diverse centinaia di milioni di euro. Questo è quello che dobbiamo fare tutti come paesi europei. Questo è il segnale che noi dobbiamo realizzare, portando a compimento quello che questo Parlamento chiede da anni: un embargo totale obbligatorio sull'export nei confronti degli attori della coalizione in Yemen.

Finché tollereremo l'ambiguità di affari europei sulla pelle dei civili yemeniti non saremo mai veramente parte della soluzione ma solo del problema. Finché non agiremo, l'Europa non sarà mediatrice, non sarà neanche solo spettatrice, sarà complice. Ogni giorno cinquanta vite di bambini vengono spezzate nel nostro silenzio. Io voglio un'Europa artefice, non voglio un'Europa complice.

Kati Piri (S&D). – Madam President, the crisis in Yemen is going into its sixth year, and we cannot stand by as over half of Yemen's 30 million people threaten to fall into extreme food insecurity, as a senseless war that has killed half a million continues to rage on with no regard for human life. Fifty thousand infants die in Yemen each year and thousands of children are on the brink of starvation today.

High Representative, I commend the work the Commission and the Member States have done to prevent a greater humanitarian disaster in Yemen. But this is the moment to step up. The funding shortages faced by aid organisations must be addressed immediately. We have to be honest: acute humanitarian aid only wins you the battle and not the war. All parties to this gruesome conflict must return to the UN negotiating table.

Some welcome steps have been made in recent weeks. After years, the internationally recognised government returned to Yemen, and just days ago US President Biden reversed the previous administration's disastrous policy on Yemen. By ending support for the Saudi-led coalition, he was loud and clear: this conflict has no military solution. Yemen doesn't just need food, it needs peace. This is the time to deliver.

María Soraya Rodríguez Ramos (Renew). – Señora presidenta, cuando una guerra se convierte en una carnicería, cuando los objetivos militares se convierten en centros escolares, en 3 100 niños asesinados, más de 5 000 niños mutilados, 24 millones de personas —el 80 % de la población de Yemen— amenazadas de morir de hambre…

Por lo tanto, señor alto representante, tenemos que aprovechar el cambio de posición del nuevo Gobierno Biden —que ha retirado su apoyo a las operaciones ofensivas en Yemen, incluida la venta de armas a la coalición liderada por Arabia Saudí— para retomar el diálogo político, obtener un alto el fuego y pedir a los Estados miembros que cumplan escrupulosamente con la Posición Común sobre la venta de armas.

Tenemos que garantizar a través de los certificados finales que ninguna arma que llega a la región acaba en Yemen; si no, cualquier esfuerzo presupuestario de ayuda humanitaria será insuficiente. Y el peso moral sobre nuestra conciencia, insoportable.

Jérôme Rivière (ID). – Madame la Présidente, «loin des yeux, loin du cœur», dit le proverbe. Le conflit du Yémen fait partie de ces conflits oubliés.

Depuis plus de six ans, une guerre terrible fait rage au Yémen. Cette guerre oppose les Houthis à une coalition internationale qui a délégué en 2017 la gestion de ce conflit aux puissances locales que sont l'Arabie saoudite et les Émirats arabes unis. Ce sont des centaines de milliers de morts, civils et militaires, victimes des bombardements, de la famine et des combats qui sont aujourd'hui à déplorer.

Composite et fragile, le Yémen est l'un des plus anciens centres de civilisation du Moyen-Orient. L'actuel Yémen est né en 1990, et l'histoire du pays est marquée par une forte instabilité politique et des troubles ininterrompus.

L'Union européenne, qui voudrait tant participer au concert des nations, fait encore une fois la démonstration de son impuissance et de son inefficacité dans la résolution de ce conflit. Impuissante parce que totalement décrédibilisée par ses émerveillements naïfs face au Printemps arabe, dont les résultats n'ont rien d'une avancée démocratique. Impuissante par son soutien criminel à la rébellion syrienne. Son silence coupable face à la déstabilisation de la Libye par des terroristes islamistes et son impuissance criante face à la mise en place de Daech ont achevé d'effacer sa parole et son influence au Proche-Orient.

L'Union européenne s'obstine à proférer des condamnations qui sonnent faux et ne sont en fait que des vœux pieux. Seuls les États membres ayant une influence dans la région, au premier rang desquels la France, ont légitimité et crédibilité pour tenter de résoudre un conflit désormais embourbé. Et cette incertitude ira croissant. Les velléités interventionnistes du nouveau président américain, qui veut redonner à son pays un leadership mondial, risquent d'accroître les instabilités régionales. Incohérente et décrédibilisée, l'Union européenne doit laisser aux nations le soin d'apporter leur contribution dans la résolution de ce conflit.

Erik Marquardt (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Wir befinden uns im sechsten Jahr dieses Krieges. 24 Millionen Menschen sind auf Hilfe angewiesen, darunter über 12 Millionen Kinder. 2,1 Millionen Kinder sind akut unterernährt.

Wenn wir da in den Jemen blicken, blicken wir auf die schlimmste humanitäre Krise der Welt und trotzdem auf eine eher vergessene Krise. Das liegt vielleicht auch daran, dass kaum jemand die Möglichkeit hat, nach Europa zu fliehen, von den Menschen, die dort betroffen sind.

Die Lücke der Finanzierung der humanitären Hilfe im letzten Jahr betrug 45 Prozent, also fast die Hälfte. Und ja, die EU-Staaten, auch die Kommission, geben Geld. Aber gemessen an der Wirtschaftskraft bleiben wir weit hinter dem, was möglich wäre, zurück.

Und das ist besonders tragisch angesichts einer weltweiten Pandemie. Es gibt dort Ausbrüche von Malaria, Cholera, dem Denguefieber, aber eben auch von COVID-19. Und das medizinische Personal hat kaum Schutzausrüstung. Die meisten erhalten nicht einmal Gehalt.

Wenn wir dieser grausamen Krise jetzt etwas entgegensetzen wollen, dann brauchen wir diplomatische Bemühungen, aber wir brauchen eben auch mehr Geld auf der kommenden Geberkonferenz durch die EU-Staaten.

Miguel Urbán Crespo (The Left). – Señora presidenta, desde hace más de seis años, Yemen es el escenario de una guerra civil, regional e internacional, en la que intervienen Estados miembros de la Unión Europea, ya sea formando parte de la coalición que bombardea el país o ya sea lucrándose, vendiendo las armas que matan a la población civil en Yemen.

Pero las crisis humanitarias rara vez son fenómenos naturales, aunque sean tratadas como tales muchas veces en esta Cámara. Además de emergencias, hay víctimas, y en los conflictos, sobre todo, hay intereses y responsables. Y la crisis humanitaria en Yemen tiene una causa clara: la guerra. Y hay responsables: Arabia Saudí y sus aliados. Sí, Arabia Saudí, sí, ese país que es una tecnocracia absolutista, fundamentalista, misógina, homófoba y criminal.

¿Cómo es posible que Arabia Saudí sea y siga siendo un socio fundamental de la Unión Europea? ¿Cómo seguimos manteniendo relaciones comerciales, militares, diplomáticas normalizadas cuando Arabia Saudí bombardea Yemen? Eso nos convierte en cómplices de los asesinatos que suceden en Yemen. Porque muchas de las bombas que asesinan a personas en Yemen son de marca europea.

Y yo me pregunto: ¿por qué los criterios de democracia o derechos humanos que se intentan aplicar en otros países no se aplican aquí? ¿Por qué no hay un embargo de armas en Arabia Saudí? ¿Por qué? Porque hay demasiados intereses en juego que vuelven hipócritas nuestras palabras.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Señora presidenta, denunciamos las violaciones de los derechos humanos en Yemen, pero en 2019 España seguía exportando armas a Arabia Saudí, con su aval, señor Borrell, cuando usted era ministro de Asuntos Exteriores. Le hemos avisado una y otra vez desde este hemiciclo. Es imposible defender la bandera de los derechos humanos sin credibilidad.

¿No le da vergüenza ir a Moscú a exigir la excarcelación del señor Navalni sin condenar la cárcel de los presos políticos catalanes? ¿No le da vergüenza? Es esta incoherencia la que hunde el respeto internacional de la Unión Europea como potencia democrática. Señor vicepresidente, si Rusia le ha humillado es por culpa de su propio silencio ante lo que ocurre en España. ¿Hasta cuándo se seguirá escondiendo detrás de un papel? ¿Hasta cuándo seguirá haciendo ver que no nos oye? España está arrastrando a la Unión Europea al fracaso diplomático y su cara representa este fracaso. Basta de tanta irresponsabilidad, señor vicepresidente.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, toutes les dix minutes au Yémen, un enfant de moins de cinq ans meurt de malnutrition. Cela fait une demi-heure que nous débattons, faites donc le compte.

Effectivement, c'est le résultat d'une guerre. Une guerre que l'Arabie saoudite et ses alliés mènent contre le Yémen. Mais c'est aussi une responsabilité des États membres de l'Union européenne. Nous sommes aujourd'hui le deuxième exportateur d'armes vers ce pays, et donc un complice direct des atrocités qui sont aujourd'hui commises au Yémen, et ce malgré une position commune de septembre 2019 qui demande aux États membres de ne pas vendre des armes ou autres équipements militaires qui pourraient être utilisés à la répression interne ou contribuer à une agression internationale ou à l'instabilité régionale.

Certes, la résolution du conflit prendra du temps, mais la famine, elle, n'attend pas. L'Union européenne doit poursuivre et doit renforcer son action humanitaire sur le terrain. Les décisions qui ont été prises vendredi dernier par le nouveau président américain sont une première bonne nouvelle. L'Union européenne doit saisir cette opportunité – et je sais que vous le ferez – et encourager une initiative à l'ONU avec une adoption au Conseil de sécurité pour instaurer un embargo mondial sur la vente d'armes aux acteurs du conflit et imposer la fin des hostilités au Yémen.

Ilhan Kyuchyuk (Renew). – Madam President, the humanitarian situation in Yemen is the worst in the world, with widespread hunger, disease, attacks on civilians and violence every week, every day, every hour. This human tragedy, which has been exacerbated by more than five years of war, became increasingly deadly with the increasing of sanctions, a fatal collapse of the country's economy and the COVID pandemic. The conflict has displaced more than one million people and over 24 million people – two thirds of the population –require food assistance.

Yes, Mr Borrell, you are right. This must stop immediately. The EU High Representative and the EU Member States have to condemn in the strongest terms the gross violation of international humanitarian law and put pressure on both sides to advance the political process and reach a nationwide ceasefire. At the same time, the EU should mobilise additional resources to address the situation in Yemen and to ensure equitable access to vaccines against COVID-19.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Madam President, Yemen has been plunged into a civil war for six years, as my colleagues have been saying. During 2020, the armed conflict has not only continued but also intensified, resulting in blatant human rights violations conducted by all parties involved. All parties need to urgently implement the global ceasefire call contained in UN Security Council Resolution 2532.

Since 2016, this Parliament has repeatedly called for an EU-wide arms ban on the members of the Saudi-led coalition, and while some EU Member States have already done so, others continue to transfer weapons in breach of our common position on arms exports.

There can be no military solution to that conflict. After six years, we cannot continue to turn a blind eye to the violence, human suffering and loss ravaging Yemen. It is the moment for the EU, Mr Vice-President, to assert its role as a peace broker and to seize the opportunity of the election of the new US Administration to really have an initiative to build peace in the region.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, kolegice i kolege, ono što se događa u Jemenu sramota je za cijelo čovječanstvo. Tu inače najsiromašniju zemlju Arapskog poluotoka pogodio je rat, glad, a onda i epidemija kolere.

Situacija je dodatno eskalirala intervencijom Saudijske Arabije koju su prvo naoružale zapadne imperijalističke zemlje i naravno politički je poduprle. Situacija je otišla toliko daleko da su Ujedinjeni narodi optužili Saudijsku Arabiju za ratne zločine zbog bombardiranja vodovoda, luka, tvornica hrane, bolnica.

I dok dajemo ogromnu pozornost ovdje u Europi našim sugrađanima koji umiru od COVID-a u osmom ili devetom desetljeću života, mada ni to nije sigurno jer ne radimo obdukcije, virus gladi koji je poharao Jemen gotovo da i ne vidimo. 100 tisuća djece je do sada umrlo od gladi, a milijun je teško neuhranjeno i prijeti im slična situacija. Jedno dijete svakih deset minuta ili 150 djece do kraja samo ovoga dana. Govori se o najvećoj gladi u svijetu u proteklih stotinu godina. Govori se o gubitku cijele jedne generacije.

Do kada više to licemjerje i dvostruki standardi, što medijski, što politički?

Pierfrancesco Majorino (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nello Yemen sta accadendo qualcosa di drammatico e sottovalutato. Il quadro è disarmante: dal 2015 il conflitto ha portato alla morte di quasi 250 000 persone, in gran parte civili; 14 milioni di persone sono oggi ridotte alla fame e la sopravvivenza di 24 milioni di yemeniti dipende direttamente dagli aiuti umanitari.

Si prefigura il pericolo, per usare le parole di Guterres, della peggiore carestia che il mondo abbia visto da decenni. Di fronte a questo servono azioni forti, iniziando dall'individuazione delle responsabilità, quelle della coalizione guidata dall'Arabia Saudita, che ha sulla coscienza eclatanti violazioni dei diritti umani, e anche le nostre.

Tra il 2015 e il 2018 i governi europei hanno concesso licenze per 42 miliardi di euro alla coalizione saudita. Una responsabilità pesantissima dalla quale deve iniziare un deciso cambio di pagina. In questo senso, bene ha fatto il governo italiano a sospendere le licenze per l'esportazione di armi all'Arabia Saudita e agli Emirati Arabi ed è ancora più importante che Biden abbia deciso di andare nella stessa direzione.

Dobbiamo insistere. La comunità internazionale, a partire dall'Unione europea, deve mobilitarsi con ancora più decisione.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Madam President, Yemen means the worst ongoing humanitarian crisis in the world. Many terrible figures on human suffering and human failures have been mentioned during this debate.

We desperately need more diplomatic efforts to trigger a wide and inclusive political process. After six years of war, all contending parties have to understand that no further military offensives will end the conflict.

But for the war to stop we also need our Member States to stop fuelling the conflict by selling arms. US President Biden recently announced the suspension of arms sales to Saudi Arabia and the Emirates.

We, in the EU, should ban sales of arms or any military equipment to the Saudi-led coalition. Member States who have only frozen such exports should permanently revoke all export licenses. With their arm sales, which break the EU common position, many EU Member States – with Spain ranking prominently – are complicit in the prolongation of this terrible war. It is time for them now to be complicit in peace.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! Höga representanten Borell! Jag vill visa en bild på ett barn. Vi har talat väldigt mycket om dem det gäller, barnen som svälter. Jag tänker på mig själv, hur jag tittar på bilder från Jemen, hur jag ser barn undernärda på randen till en svält som riskerar att ta deras liv. Och så ser jag mina egna barn leka, knubbiga, glada, fria. Och där tänker jag att vi måste vara, vi måste stanna, vi måste orka titta på det.

Jag tror att det är någonting med den fartblindhet vi har ibland i dag som gör att vi inte stannar upp och inser att så här ska det inte se ut. Det här är någonting som skulle ha förpassats till historien. Jag levde under ett årtionde, skulle jag säga, med tron att svälten var förpassad till min barndom, till min uppväxt. Jag trodde att det var slut, att världen hade klarat av detta. Vi måste komma ihåg det och vi måste lägga mycket, mycket mer fokus på att hjälpa de här barnen till en frihet, fokus på – som det har sagts i den här debatten – mat, men också fred.

Przewodnicząca. – Uwaga do Pani Poseł. Pani Poseł, proszę nie łamać Regulaminu. Nie może Pani prezentować plakatów ani zdjęć podczas swojego wystąpienia na sali plenarnej.

Mounir Satouri (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Haut représentant, chers collègues, nous voilà encore et encore à déplorer la situation des Yéménites.

Rappelons-le, c'est la pire crise au monde selon les organisations humanitaires. L'Europe ne devrait pas intérioriser son impuissance. Nous le constatons amèrement, le gouvernement français ne revoit pas ses ventes d'armes à l'Arabie saoudite. Nos industriels continuent même le service après-vente.

Les États-Unis ont décidé de suspendre les contrats de vente d'armes. L'Europe doit cesser de jouer l'impuissance. Le droit européen encadrant les ventes d'armes doit être renforcé.

J'appelle urgemment l'Union européenne et les États membres à soutenir la création d'un mécanisme clair qui collecte les preuves de ces crimes et à favoriser la saisine de la Cour pénale internationale. L'urgence humanitaire est grande. Il nous faut absolument agir de manière efficace.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, I agree with all Members that the only solution is to look for an inclusive political agreement. The end of the conflict in Yemen will come only from an agreement from the parties and the big powers who are behind them. That's why we should try to continue promoting dialogue and not choose sides, to support the United Nations-led peace-making efforts. We have to continue leading a humanitarian response, including unimpeded humanitarian access. We are trying to use any opportunity that we can in order to increase other donors' engagement as the multilateral humanitarian response is completely underfunded.

I can assure you that we are doing our utmost. We have limited resources but we are devoting all of them and we are using our influence with Saudi Arabia, with Iran, and now, together with the Biden Administration, I think that we can put more pressure in order to stop this war by proxy, because Yemen is a war by proxy: Saudi Arabia and Iran and the other actors in the region. And yes, it is as awful as you can show through pictures in any kind of material that we already know, the figures are really terrible. I was talking the other day with my friend Miliband, the Head of the NGO Rescue, about this catastrophic war and the humanitarian consequences.

We, as the European Union, have a role to play. It's a modest one because the only solution is to stop the flow of arms to both parties and to put strong political pressure on the countries who are supporting this war, filling it with arms and resources.

The last decision of the Trump Administration, declaring the Houthi rebels a terrorist organisation, for example. I'm sorry, someone will say that I am criticising a decision by the US. Yes, I am criticising this decision taken by the Trump Administration at the last minute, because it was going to create a lot of problems for the supply of resources and food to the people in high need. And happily, this decision has been reconsidered by the new Administration.

So more political engagement and more financial resources and more pressure on the actors. This is, in practical terms, what we can do and what we are trying to do, until the limit of our capacities.

Przewodnicząca. – Otrzymałem siedem projektów rezolucji złożonych zgodnie z art. 132 ust. 2 Regulaminu*.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 11 lutego 2021 r.

*Patrz protokół posiedzenia.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Dominique Bilde (ID), *par écrit*. – Il faut se satisfaire des signes d'apaisement émis par la nouvelle administration américaine, qui a, d'une part, retiré les Houthis de la liste des organisations terroristes et d'autre part, pris ses distances avec la coalition saoudienne. La situation humanitaire, l'une des pires au monde avec près de quatre millions de déplacés internes et une aide d'urgence qui peine à parvenir à ses bénéficiaires, a été encore aggravée par la prolifération de criquets qui a balayé l'ensemble de la Corne de l'Afrique et le Yémen l'année dernière.

Des deux côtés, ce drame humain a eu pour corollaire les pires abus, notamment s'agissant des droits de l'enfant au travers par exemple des allégations relatives au recours aux enfants-soldats, qui ont visé aussi bien la coalition que les Houthis — il est notable qu'en juin 2020, l'ONU n'en a pas moins retiré la coalition de sa liste relative aux violations graves des droits de l'enfant. Il est donc louable que cette résolution souligne l'ensemble de ces faits et tranche avec le parti pris qui a caractérisé jusqu'à présent l'attitude de l'Union européenne face à ce conflit.

11. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsmaßnahmen (Artikel 111 Absatz 6 und Artikel 112 Absatz 4 Buchstabe d GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll

12. Lage in Myanmar/Birma (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest oświadczenie wiceprzewodniczącego Komisji / wysokiego przedstawiciela Unii do spraw zagranicznych i polityki bezpieczeństwa w sprawie sytuacji w Mjanmie/Birmie (2021/2540(RSP)).

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, as you know, on 1 February 2021, the Myanmar military declared a state of emergency for one year in Myanmar. All powers were transferred to the commander-in-chief of the army. The opening of the democratically elected parliament was cancelled, hundreds of people were arrested, including the President and the State Counsellor, Aung San Suu Kyi, and the chief channels have been shut down and Facebook blocked.

This event abruptly turned back the clock of history in Myanmar. The path towards democracy, which had started in 2011, and the will of the people, as expressed in the November elections, has been reversed once again by the military power. The military has already appointed new ministers, trying to establish facts on the ground. It's crucial to act swiftly and strongly and in coordination with our partners.

Specifically, I already issued a statement already on 1 February. On 2 February, the European Union issued another statement agreed by all Member States and contributed to a G7 statement. So first my statement quickly, engaging only my responsibility but quickly, secondly, a 27 Member State statement engaging the responsibility of the Foreign Affairs Council, and then contributing to a G7 statement.

Yes, we are currently reviewing all our actions and we have three tools to use. First, to consider additional targeted sanctions on individuals and business owned by the military. As you know, in this country the military are a big economic power and own an important part of the economic infrastructure of the country. Second, to review our development assistance and, third, to assess the use of the Everything but Arms trade preferences.

Our policy response should follow some basic principles: first, to try to effect change, second, to maintain channels of dialogue, and, third, to avoid affecting the broader population, which are not guilty and they should not be punished.

We are looking carefully at all these actions and, if the Foreign Affairs Council on 22 February gives the political guidance, we will ensure we are doing nothing to legitimise the actions of the military, while trying to maintain support for the people of Myanmar. The review is taking into account how closely we work with the government and its institutions from a legal, financial and technical perspective, as well as the impact on beneficiaries.

At the same time, we should avoid rushing into measures that would adversely affect the most vulnerable part of the population. This often happens when you take restrictive measures. In the end it is the poorest among the poor who bear the consequences. Withdrawing preferences would damage the civilian garment sector, while leaving military business unscathed. Five hundred thousand workers would be at risk, mostly women, so we cannot afford to take these kinds of measures.

Third, coordination. We have been in close contact with all partners since the outset of the crisis. We have engaged with ASEAN, India, the US and Australia, and also discussed the situation yesterday with the Chinese Foreign Minister. We all agree on the need for quick responses to avoid allowing a *fait accompli* that could last quite a long time. We now need to develop a robust response to this unacceptable seizure of power, which reverses ten years of democratic transition.

This is what I had to inform you, honourable Members, about the situation in Myanmar. I am looking forward to your debate.

Daniel Caspary, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die zahlreichen Reaktionen auf den Militärputsch in Myanmar in den vergangenen Jahren waren eindeutig und sie sind richtig.

Nämlich ein Ergebnis einer Wahl, einer demokratischen Wahl, unter Angabe von haltlosen Vorwürfen und fadenscheinigen Rechtfertigungen eigenmächtig zu revidieren – das ist einfach undemokratisch. Das ist inakzeptabel. Es ist gut, dass wir gemeinsam aufschreien, die Menschen in Myanmar unterstützen und auch darauf hinwirken und unterstützen und dazu aufrufen, dass die demokratische Situation in Myanmar wiederhergestellt wird. Aber wir müssen aufpassen, dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Und deswegen bin ich Ihnen, sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr dankbar für Ihre Ausführungen. Wir müssen einen differenzierten Blick bewahren.

Die Entschließung, die wir in dieser Woche zur Lage in Myanmar verabschieden werden, benennt mögliche Sanktionen und Restriktionen, zum Beispiel das Aufheben von Handelserleichterungen wie *Everything but Arms*. Es ist ein mögliches Mittel, um unseren entschiedenen Protest auszudrücken. Aber wichtig ist mir auch: Solche Maßnahmen dürfen nicht einfach reflexhaft verhängt werden, sondern wir müssen ganz genau abwägen, was die Folgen für die Menschen vor Ort sind. Denn die Sanktionen, die wir oft verhängt haben, sind in der Vergangenheit manchmal auch am Ziel vorbeigeschossen und haben anstatt der Militärs und der Parallelwirtschaft vor allem die Zivilgesellschaft und die zivile Wirtschaft schwer getroffen.

Gleichzeitig bedeutet eine neue Sanktion eine weitere Schwächung unserer Position als Wirtschaftsmacht in der Region. Wir haben schon heute gerade mal acht Prozent der Auslandsinvestitionen in Myanmar. China hingegen ist nach Singapur bereits heute der zweitgrößte Investor im Land. Und wenn wir uns die Hintergründe des Putsches und der aktuellen Entwicklung anschauen, habe ich den Eindruck, dass China sich sehr, sehr schnell auf die neue Situation einrichten wird. Versuchen wird, Vorteile dort zu ziehen. Und deswegen ist mir ganz wichtig, dass wir in einen Dialog eintreten, dass wir das auch deutlich machen, aber dass wir uns wirklich überlegen, wann ein richtiger Moment ist, um Sanktionen dann einzuführen. In diesem Sinn sage ich eindeutig „Ja“ zu einer genauen Beobachtung der Lage.

Blinder Aktionismus darf aber am Ende nicht Peking und China helfen, sondern wir müssen wirklich die Menschen im Land im Blick haben. Und in dem Sinne. Vielen herzlichen Dank für Ihre Ausführungen heute.

Marianne Vind, *for S&D-Gruppen*. – Fru formand! Jeg støtter befolkningen i Myanmar i deres demonstrationer imod militærkuppet. Derfor vil jeg holde et minuts stilhed til støtte for dem. *(Taleren påbegyndte straks sit minuts stilhed. Det blev afbrudt af formanden efter kort tid)*

Przewodnicząca. – Pani Poseł, proszę zabrać głos, inaczej udzielimy głosu następnemu mówcy. Pani Poseł!

Pani Poseł, proszę zabrać głos, inaczej udzielę głosu następnemu mówcy.`

(The President gives the floor to the next speaker)

Urmas Paet, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, the situation in Myanmar following the coup d'état on 1 February 2021 is extremely difficult. After the military seized power of the country and detained numerous top government figures, the situation has only escalated. Despite their martial law, the digital blackout created by the military and the limited ability to gain information, we see ongoing protests on the streets which are met with rubber bullets, water cannons and tear gas. It is imperative that this crackdown on the protesters does not turn deadly again, as it did in 2007.

Myanmar is home to around 135 major ethnic groups and seven ethnic minority states who are constantly discriminated against. The human rights record in Myanmar is appalling. In addition to Rohingya genocide, other minorities face human rights violations as well.

The Council should impose targeted sanctions to those responsible for the coup, as well as those responsible for what might constitute acts of genocide against Rohingya. Those responsible for human rights violations in Myanmar must be brought to justice.

Jérôme Rivière, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, il y a six mois, le Parlement européen, tout imbu de sa certitude d'incarner seul le respect des droits de l'homme, avec la conscience tranquille du bourgeois philanthrope, se fendait d'un communiqué à la dignité auto-satisfaite: Aung San Suu Kyi était formellement exclue de la communauté du prix Sakharov. Cette décision n'a évidemment aucune influence sur les événements récents et l'incarcération de Aung San Suu Kyi. Y voir un lien de cause à effet serait surévaluer l'influence diplomatique de l'Union européenne qui, à force de reculades et de ridicule, ne pèse plus rien. En témoigne, Monsieur le Haut représentant, votre piteuse escapade en Russie.

L'Union européenne, championne autoproclamée de la liberté et de la démocratie, est soumise aux pires intégrismes. Quand on en vient aux sujets sérieux des relations internationales, c'est l'émotion et la bien-pensance qui prennent le dessus. C'est cette émotion qui vous a fait choisir Aung San Suu Kyi comme prix Sakharov, c'est cette même émotion qui vous a fait le lui retirer. Toujours cette émotion qui vous voit aujourd'hui bégayer face à ce que vous avez été incapable de prévoir.

C'est cette bien-pensance qui vous a fait choisir toujours les mêmes victimes à travers le monde en oubliant systématiquement certaines autres. Votre Union européenne préfère les Ouïghours aux catholiques persécutés en Chine. Elle préfère les Rohingyas au peuple karen, persécuté depuis des décennies. Elle préfère les *Black Lives Matter* et leur cortège de violences aux classes moyennes, dépossédées de tout. Aujourd'hui, vous êtes contraints de slalomer entre des positions idéologiques opposées car jamais dictées par les réalités et la complexité des relations internationales.

Le coup d'État au Myanmar et la restauration brutale de la junte militaire sont bien sûr totalement condamnables. Et l'Union européenne aurait les moyens de l'exprimer à la place des injonctions morales, dont les autocrates se moquent. Utilisons des mesures concrètes. Les préférences commerciales permettant au Myanmar d'exporter vers l'Union européenne sans droits de douane dans le cadre de l'accord «Tout sauf les armes» doivent être suspendues. Non seulement la junte militaire sera effectivement sanctionnée, mais en plus cette décision permettrait de mieux protéger les intérêts de certains de nos États membres.

Mes chers collègues, ces événements sont une nouvelle leçon diplomatique pour l'Union européenne qui, décidément, a bien du mal à progresser. Esclave de son idéologie, l'Union européenne ne saurait donner de leçons de liberté, puisqu'elle ne représente aucun peuple. L'Union européenne n'a pas vocation à devenir une voix dans le monde, qu'elle laisse aux nations le soin de défendre leurs intérêts dans un monde où celles-ci retrouvent une place toujours plus importante.

On dit que l'homme politique pense à la prochaine élection, que l'homme d'État pense à la prochaine génération. En matière diplomatique, si elle souhaite éviter le ridicule, il serait bon que l'Union européenne pense plus loin qu'à sa prochaine communication.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, indeed, today's news tells us that the situation in Myanmar is escalating. Police have fired rubber bullets against peaceful demonstrators as thousands have defied a ban on protesting in the administrative capital of Naypyidaw. But also, European businesses should be aware of the risks of doing business with this military conglomeration, which the High Representative has mentioned. There should be no links in the value chain of European businesses to the Myanmar military's economic imperium.

I would like to highlight that here we have yet another crystal clear example that there should be no complicity with repression, grave human rights violations or environmental destruction. The EU Commission should, with this aim, urgently produce an advisory for businesses on how to do business in Myanmar under these very serious conditions.

I could highlight the Japanese brewing company Kirin Holdings. I'm sure you may have tasted its products when having your sushi. Kirin Holdings is among those companies that have already been withdrawing their joint ventures with the military because they find it intolerable to be complicit in anything that has to do with a coup.

Furthermore, the EU needs to launch an investigation on the Everything but Arms (EBA) programme. There should be an investigation into the trade preferences. Are they benefiting the Myanmar military's conglomerates or ordinary people? I have no opinion on the outcome of this investigation as standing rapporteur in the Committee on International Trade, but I think it's urgent to do that investigation.

Selective action could already be taken now. There could only be preferences benefiting private civil entities, if there are any. So instead of preferences, EU sanctions on the military's conglomerates are needed.

Tomasz Piotr Poręba, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowni Państwo! Jako wiceprzewodniczący delegacji ASEAN w Parlamencie Europejskim z dużą uwagą obserwuję ostatnie wydarzenia w Birmie, gdzie 1 lutego tuż przed zaprzysiężeniem nowego parlamentu miał miejsce wojskowy zamach stanu. Widać wyraźnie, że wybory które się odbyły w tym kraju 8 listopada, a w których ogromną większość głosów zdobyła partia Narodowa Liga na rzecz Demokracji zostały sfałszowane, po czym wprowadzono stan wojenny i dyktaturę wojskową.

Jeżeli do tego dodamy, że w wyniku zamachu aresztowano również prezydenta tego kraju, a także około 200 bardzo ważnych polityków Birmy, to myślę że jako Unia Europejska powinniśmy podejść do tego, co się dzieje w tym kraju, niezwykle poważnie. Należy przede wszystkim jak zawsze potępić działania przywódców wojskowych i wezwać ich do natychmiastowego uwolnienia liderów politycznych i wszystkich aresztowanych osób, a także podjąć się działania na rzecz ustabilizowania sytuacji w tym kraju z aktywnym udziałem Unii Europejskiej.

Marisa Matias, *em nome do Grupo The Left*. – Senhor Presidente, Senhor Alto Representante, o golpe de estado de 1 de fevereiro é uma clara violação da Constituição. Mais de 100 mil pessoas manifestaram-se pacificamente contra o golpe, já mais de 160 pessoas foram detidas e foi decretada a lei marcial com recolher obrigatório e a proibição de ajuntamentos com mais de cinco pessoas.

Os militares envolvidos não interferiram apenas diretamente na ordem democrática do país, como existem várias alegações do seu envolvimento em esquemas de corrupção, de concentração de poder e de controle da economia. O Secretário Geral das Nações Unidas, António Guterres, classificou este golpe de absolutamente inaceitável e foram já diversos os países a condenar o golpe militar.

É por tudo isto que condenamos este golpe militar e expressamos o nosso apoio ao povo de Mianmar na sua luta pacífica e legítima pela democracia. Mas também não esquecemos que no país persistem sérias violações dos direitos humanos, em particular contra a minoria roinja e que o próprio governo democrático de Mianmar falhou e tem falhado no reconhecimento desta população, tendo mesmo ocorrido uma limpeza étnica em 2017 como foi reconhecido pelas autoridades internacionais que levou a um êxodo maciço das pessoas do país.

Apesar de todos os apelos internacionais os roinjas continuam a ser perseguidos. Da mesma forma que condenamos este golpe militar, também chamamos a atenção para os roinjas e para a defesa dos direitos humanos como fundamental no Mianmar.

Dorien Rookmaker (NI). – Madam President, dear Commissioner, dear Mr Borrell, dear colleagues, democrats in Myanmar, or Burma, fear for their life and country, and as we are all democrats, we must take a stand against a military coup.

It seems that the action of Ms Suu Kyi, who tried to limit the power of the military, led to a coup, in a part of the world where the EU has little or no influence and China is the major factor. It needs no debate that the coup should be condemned by the EU, as Mr Borrell correctly did.

I have only one question. Does Mr Borrell agree that considering our limited influence in this part of the world, our best chance to contribute to positive developments lie in coordination of our actions, in close relations to the United States?

David McAllister (PPE). – Madam President, as the European Parliament we have always followed developments in Myanmar very closely.

In a number of resolutions throughout the last few years we have, for instance, strongly condemned all past and present human rights violations, especially against the Rohingya population.

Since 2015, and previous speakers have underlined this, the European Union has politically and financially supported Myanmar's process of democratic transition. We have undertaken enormous efforts to promote peace, human rights and development in this country.

Unfortunately, all these positive developments have been abruptly reversed by the recent coup. This coup was a clear violation of Myanmar's constitution, which we ought to all strongly condemn. I am deeply concerned by the detention of political leaders and civil society activists, including State Counsellor Aung San Suu Kyi and President Win Myint.

I call upon the military to immediately end the state of emergency. I call on the military to restore power to the democratically elected government. I call upon the military to respect human rights and the rule of law, and I call upon the military to release all those unjustly detained.

The November election results, as well as the Constitution, must be respected, and the national parliament should be convened at the earliest opportunity. Power should be returned to democratically elected representatives and to a civilian government as soon as possible.

For the European Union, all instruments should be on the table in order to react. As the European Parliament, we should send a strong message that we stand with the people of Myanmar who want to see a democratic future of their country.

High Representative, thank you for your good words on this issue.

Łukasz Kohut (S&D). – Madam President, the coup d'état carried out last week in Myanmar by the armed forces is a clear violation of the Myanmar constitution. It means a dramatic break from the country's democratic transition process. The international community must condemn it.

Let us not forget that Myanmar benefits from the European Union's Everything but Arms scheme, designed to encourage the development of the world's poorest countries. We need to make sure that this scheme does not profit an unelected military power, but its people. We need to make sure that humanitarian and development aid is not channelled through the Myanmar government's networks to the military.

Last but not least, the EU reaction to situations such as this could be so much more efficient if the Union had more tools in this area. The past has shown us repeatedly that 27 Member States on their own and limited coordination from the EU institutions is not a recipe for a strong Union in the global context.

Dita Charanzová (Renew). – Madam President, it seems like Myanmar has gone back 15 years through a time machine, back to when Václav Havel was calling for the international community to keep the pressure on the military junta to free the democratic opposition leaders and hand over power.

Many fear that the past decade was all for nothing. The people of Myanmar want democracy. We have seen the images of tens of thousands rallying around the country to protest against the coup. We in Europe stand with them.

But this cannot be just with words. We need action. Those responsible for the coup must be sanctioned. Those responsible for the crimes against the Rohingya must be brought to justice, and what must be crystal clear from the debate today is that the European Union will not be silent.

Alessandro Panza (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Alto rappresentante, la situazione in Myanmar a seguito del colpo di Stato avvenuto nel corso della scorsa settimana desta pesanti e molteplici preoccupazioni.

Desta preoccupazione la mancanza di notizie della presidente eletta nelle scorse libere e democratiche elezioni dello scorso novembre, Aung San Suu Kyi, e l'arresto di centinaia di leader politici.

Desta preoccupazione l'introduzione della legge marziale nelle principali città del paese, decisione presa con il solo scopo di reprimere le proteste che stanno riempiendo le strade in tutto il paese, causando numerosi feriti colpiti da proiettili di gomma e gas lacrimogeni. Desta preoccupazione questa escalation che rischia di compromettere il fragile percorso avviato verso la democrazia compiuta.

Ma soprattutto desta preoccupazione il ruolo della Cina, che da più parti viene indicata come il vero regista che ha portato al potere il generale Min Aung Hlaing, e il veto posto in seno al Consiglio di Sicurezza dell'ONU della stessa Cina non fa altro che aumentare questi sospetti. È noto come la Cina stia attuando una strategia di egemonia globale sul piano commerciale, finanziario e militare, e l'accesso al Golfo del Bengala e all'Oceano Indiano via Myanmar rientra perfettamente in questo contesto.

La voluta mancanza di trasparenza sulla gestione del COVID a scapito di tutta l'economia globale, la repressione violenta di Hong Kong, la discutibile gestione dei diritti umani e il continuo atteggiamento aggressivo sul piano commerciale richiedono una risposta forte, coesa e rapida da parte di tutto l'Occidente.

L'Unione europea faccia sentire la propria voce. La democrazia in Myanmar non è solo un valore irrinunciabile per i birmani, ma è necessaria per la stabilità di tutto il continente asiatico e l'argine alle mire cinesi.

Mazaly Aguilar (ECR). – Señora presidente, yo me uno a la condena unánime del golpe de Estado en Myanmar y le pido a la Unión Europea que no contribuya con su política comercial a apoyar y legitimar la violación sistemática de derechos fundamentales.

La Comisión debe revisar de manera inmediata la aplicación del sistema de preferencias generalizadas y paralizar la importación a la Unión Europea del arroz procedente de Myanmar. A muchos les parecerá anecdótico que yo pida esto y les parecerá también superficial, pero les aseguro que no lo es en absoluto.

Nuestros productores de arroz se arruinan porque la Unión Europea, a pesar de la cláusula de salvaguardia que está en vigor, sigue importando masivamente arroz de Camboya y Myanmar, mirando para otro lado cuando hay problemas con los derechos humanos o con el control aduanero.

Si la Comisión no reacciona en el plano comercial ante estas situaciones, que no se les ocurra pedir a nuestros agricultores confianza ciega en el Pacto Verde y en tanta palabrería hueca.

Si uno de los objetivos es buscar la sostenibilidad, yo pregunto: ¿qué es más sostenible, el arroz importado de Myanmar o el producido en la Unión Europea? Y creo que la respuesta es obvia.

PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ

místopředsedkyně

Pernando Barrena Arza (The Left). – Madam President, we want to express our own concern about the last events in Myanmar, with special attention to the situation of ethnic and religious minorities, as well as ethnic armed groups and ethnic political parties in the sub-states of Myanmar, such as Shan, Karen, Chin, Rakhine, Kachin, Mon, and Karenni.

We condemn and oppose this coup and call on the international community to act in accordance, and not to allow a return of military rule in Myanmar. We call on the Tatmadaw of the Republic of the Union of Myanmar to show restraint, to release all the arrested individuals and facilitate confidence-building measures, as well as to respect the nationwide ceasefire agreement.

Once again, it is time to affirm that the will of the people must be respected and, therefore, we urge the military and the ethnic armed organisations to seek a solution through peaceful and inclusive discussions and negotiations.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Alto Representante a situação humanitária em Mianmar, na Birmânia, como se diria em português, é uma situação absolutamente deplorável. O golpe militar não é apenas uma rutura com a democracia limitada que existia no país, é de novo voltar ao pesadelo das violações sistemáticas de direitos humanos que os militares ao longo de décadas cometeram em todo o território.

Já não bastava a preocupação, mesmo num ambiente democrático limitado, com os direitos humanos da minoria roinja, que nunca foram totalmente garantidos nem pelos militares nem pelo governo democrático da Senhora Aung San Suu Kyi, a verdade é que agora este perigo e este risco estende-se a todos os habitantes deste país, sem exceção.

É por isso que nós temos que manifestar toda a solidariedade com o povo de Mianmar e temos que unir esforços com os nossos parceiros globais e regionais, designadamente o Japão, a Índia e, naturalmente, o Reino Unido e os Estados Unidos, para eventualmente também com a ASEAN exercer pressão sobre os militares no sentido do retorno à regularidade constitucional.

Há, porém, um ator sobre o qual a União Europeia tem instrumentos para atuar e que até aqui ninguém falou e é o elefante na sala que está ausente, a China. Estamos agora com o acordo de investimentos sobre a China também na nossa mesa de negociações, também na nossa mesa de execução, será talvez a altura de fazer pressão para que a China use de toda a sua influência que é conhecida sobre os militares da Birmânia para que estes cessem a rutura constitucional e devolvam a soberania ao povo birmanês.

Nacho Sánchez Amor (S&D). – Señora presidenta, señor Borrell, hemos hablado en el debate sobre Rusia de *Realpolitik* y el lenguaje del poder. Tenemos que ser conscientes de que, por el momento, a la espera de lo que pueda dar de sí el sistema de sanciones por violaciones de los derechos humanos, uno de los instrumentos que tenemos para manejarnos en la política internacional es el comercio. Creo que para poner presión a los golpistas debemos recurrir a toda la panoplia de instrumentos que tenemos en nuestra caja de herramientas.

Yo le pido que también examine con la Comisión la conveniencia de utilizar el sistema de preferencias generalizadas. Y debo decir que comparto su preocupación por que podamos utilizarlo de manera poco sensible o poco equilibrada. Pero esa cláusula se introdujo en la legislación europea precisamente para casos como este. De tal manera que tenemos que encontrar un sistema en el que la Comisión encuentre una fórmula de ejercer presión sobre los militares que se han hecho con el poder y que, al mismo tiempo, de una manera paralela o accidental, también provoque una mejora en el sistema del comercio y de la producción de arroz dentro de la Unión Europea. Porque, como se ha dicho, la entrada masiva de arroz de Myanmar ha provocado una caída del arroz europeo, cuya proporción hace unos años era del 60 % y ahora es del 30 %. Por lo tanto, yo le pido, entendiendo sus reticencias a ese uso, que la Comisión no le cierre el camino, como le va a decir también la Resolución adjunta a este debate de esta tarde.

Svenja Hahn (Renew). – Frau Präsidentin! Ein Fitnessvideo mit Militärputsch im Hintergrund. Das hat Meme-Potenzial. Das hat aber vor allem Myanmar in die Öffentlichkeit geholt.

Um den Demokratisierungsprozess steht das seit längerem nicht gut, auch an der zivilen Regierung gibt es berechtigte Kritik. Aber die Bevölkerung hat ihrer Meinung in Wahlen klar Ausdruck verliehen und geht jetzt friedlich auf die Straßen, demonstriert, streikt für Demokratie. Das Militär reagierte mit Putsch und Gewalt.

Die EU muss Konsequenzen ziehen: Unterstützung der geflüchteten Rohingya und anderer Minderheiten gemeinsam mit der UN, die Zugang ins Land braucht, Sanktionen gegen verantwortliche Militärs, Aussetzung des bevorzugten Zugangs zum EU-Binnenmarkt. Denn Voraussetzung für die Zusammenarbeit ist die Achtung von Menschenrechten.

Die EU ist noch keine diplomatische Macht. Wir sind aber eine ökonomische Macht. Und als drittgrößter Handelspartner Myanmars müssen wir den wirtschaftlichen Hebel ansetzen, damit eines Tages das zarte Pflänzchen Demokratie in Myanmar wachsen kann und nicht von Panzern überrollt wird.

Rosanna Conte (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in Myanmar la giunta militare ha imposto le leggi marziali per fermare le proteste in piazza. Si tratta dell'ultimo atto di un golpe che ha riacceso i riflettori internazionali sulla drammatica situazione del paese. Questo dimostra che il Myanmar è ancora lontano da quella transizione democratica che l'Unione europea ha decantato in questi anni.

La Commissione ha chiuso entrambi gli occhi pur di giustificare la sua diplomazia delle agevolazioni tariffarie, che ha fallito suo obiettivo alimentando una concorrenza sleale a danno delle nostre imprese. Lo dimostra l'invasione di riso birmano: solo in Italia l'import della varietà Japonica è schizzato sopra l'80 %, colpendo imprese e lavoratori europei di un comparto che è un'eccellenza mondiale.

Noi della Lega abbiamo più volte chiesto che l'Unione europea sospenda le agevolazioni. Non possiamo accettare che chi vìola i diritti umani e sfrutta i lavoratori addirittura abbia un canale privilegiato per fare affari in Europa. Basta! Il riso birmano è sporco di sangue. Agevolando il suo import, l'Europa diventa così complice di questo golpe.

Andreas Schieder (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident! Seit Jahrzehnten kämpft Myanmar um seine Demokratie mit dem Militär von Myanmar. Seit 2015 ist es endlich auf dem Weg zur Demokratie, und auch deshalb bin ich umso mehr entsetzt von dem Militärputsch, der letztens stattgefunden hat.

Unsere Solidarität gilt den demokratischen Kräften in Myanmar, und unsere Solidarität verlangt die sofortige Freilassung von Aung San Suu Kyi und allen anderen demokratischen Kräften, die jetzt unschuldig im Gefängnis sitzen.

Wir müssen auch wieder fordern, dass die demokratisch gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier wiedereingesetzt werden und die Regierung, die demokratisch gewählt wurde, auch wiedereingesetzt wird. Die Militärs brechen die Verfassung von Burma. Dieser Putsch ist verfassungswidrig.

Was wir als Europäische Union als erste Maßnahme machen können, ist, die humanitäre Hilfe nicht mehr über die Hauptstadt abzuwickeln, sondern direkt über NGOs.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! Höga representanten Borell! Det har varit en mörk vecka för Myanmar som nu återigen styrs av den brutala militärjuntan. För fjärde dagen i rad samlas modiga människor i flera städer för att demonstrera. Demonstranterna har mötts av vattenkanoner med misstänkt förgiftat vatten. Skott ska också ha avlossats med okänt antal skadade eller döda.

Världen har med rätta fördömt juntans illegala maktövertagande. Nu måste EU göra allt som står i vår makt för att Myanmar snabbt ska återgå till ett demokratiskt styre, och samtidigt stödja de folkliga protester som nu äger rum, inklusive att fördöma alla försök att tysta eller skrämma demonstranter.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, it has been an interesting debate where some points have been put on the table and some issues may require an answer on my part.

Should the European Union not use or trigger the Everything But Arms (EBA) withdrawal procedure? The grave situation and the grave regression in human rights caused by the military coup – if not now, when? Some of you have asked that. But look, the EBA withdrawal is certainly a powerful instrument, which can foster positive change in partner countries. With Myanmar, it was actually delivering some, although limited, positive results, notably on social and labour rights. But the power of this instrument lies in the threat of the withdrawal – not in the withdrawal itself but in the threat, for example, in the process of monitoring before the actual decision is initiated.

But take care because the EBA is a blunt instrument. Inasmuch as it affects the economy or at least the economic sector widely, even if used to cover only some specific tariff lines, it is not the best suited to be applied surgically to target specific individuals, companies or business interests. In the case of Myanmar, the aim is to target military interests as they are responsible for the current situation, not the whole economy.

According to the information available, military interests are focused on sectors that would not be affected by EBA preferences. In fact, most of Myanmar's exports under the EBA regime are in the clothing sector, which employs more than 500 000 workers, mostly female workers, poor people. If we take this decision, they will suffer, not the military. In sum, withdrawing the EBA preferences would hit Myanmar's economy hard, putting half a million low skilled workers at risk of poverty and leaving military interests almost untouched. Is that what we want? No. So take care when you ask to use some elements of our toolbox.

Another issue that has been raised by honourable Members is how the European Union should review its policy towards Myanmar if the legitimate government is not restored. It's a legitimate question but, at present, our policy has two short-term objectives. Let's concentrate on them: the immediate and unconditional release of those jailed because of the coup and the development of some form of dialogue. That's what we should be focusing on. The policy options I outlined in my intervention are aimed at driving change in the short term in order to avoid the military government becoming a fait accompli and it becoming impossible to get rid of them.

There have been other military rules in Myanmar and these previous military rules lasted over five decades – five decades, 50 years, half a century – despite strong sanctions from almost the entire world. This shows that sometimes sanctions don't work. We have to avoid repeating this situation. Our key objective remains to restore dialogue.

Incidentally, the need for dialogue was also the key message given by the respected Cardinal Bo, and it's clear that the current crisis emerged from the military's reluctance to cede power to the civilian side, but also from the breakdown of all channels of dialogue between the civilian and the military.

Dialogue has to be restored. There are many people who believe that dialogue is bad and you should not talk with the bad people. Well, sometimes you have to talk with the bad people precisely because they are bad people.

If the situation does not change, we will reassess the situation and re-examine our toolbox, having in mind the same principles I outlined before: be strong to affect change, and be careful to avoid undue impact on the general population and the most vulnerable.

On the third issue, Ms Rookmaker asked me if I believe it's good to coordinate with the US. Yes, for sure. In Myanmar we, the European Union, cannot seriously pretend to create the dynamics of change without coordination with the big powers, and the big powers there are the US, China and ASEAN.

From the outset, we, the European Union and our External Action Service and I, have been striving to coordinate this action and consult with as many relevant parties as possible. Naturally, we were closely involved in working with our G7 partners, but not only the traditional ones: the US, the UK, Canada, Norway and Australia. We also wanted to engage with other relevant stakeholders – India, China, ASEAN – and, in the case of the Rohingya crisis, the military coup in Myanmar is, first and foremost, a regional security issue. In addition to the humanitarian crisis, it's a regional security issue and regional countries have the right and the duty to be first in line to respond.

But this response has not been overwhelming. China, as you could have expected, did not even qualify the event as a coup, but a major government reshuffle. A reshuffle – you know, they change the government and it's just a reshuffle. ASEAN was not able to reach consensus on any statement and resorted to a statement of the Chair. I know that sometimes it is difficult to get an agreement and it is the Chair who has to take responsibility, but is not the same thing. Brunei, for example, with very toned down language, was in in fact agreeing with Myanmar. In ASEAN the principle of non-interference in the internal affairs of other countries prevails.

There were many other issues. I would be delighted to continue answering them, going deeply into the subject. For example, should we, the European Union and the Member States, recall our ambassadors from Myanmar? Yes, it would send a strong signal, but I do not favour recalling our ambassadors. It would cut our channels of communication at a moment where we should facilitate dialogue. Once again, don't lose the possibility of keeping dialogue open, even with the evil. It would also reduce our capacity to appraise the situation on the ground and our ability to gather information, but this is something that has to be checked permanently in order to fine-tune our tools to the situation.

There are many issues. Why do we, the European Union, only deploy a small electoral mission instead of a fully-fledged observation mission? You know how important our electoral observation missions are and how much I praise the work that we are doing there. The civil servants of this House and the Members of this House engage in these kinds of activities. However, the COVID-19 pandemic and the strict lockdown in Myanmar prevented the deployment of a fully-fledged exploratory mission, which, as you know, is a prerequisite for the observation mission.

But we were nevertheless able to engage with all relevant stakeholders and they are finalising their report. Our reporter will very much take into account what is happening in Rakhine State. The elections where they are open to the participation of the Rohingya and to the Rakhine people, but the actual result would have most likely further eroded the share of the military-backed party, if they could participate fully.

In a nutshell, we have been a strong supporter of Myanmar's democratic transition in the last 10 years. Yes, we had strong disagreements with the civilian government, notably after the 2017 events against the Rohingya, but we will not stop advocating for the return of the government and for holding the perpetrators of the worst human rights violations accountable. We are calling for national democracy to be upheld by Myanmar. With all its shortcomings, Myanmar remains a positive experiment in the region and we have to help them by acting strongly, quickly and in coordination with all our partners.

Thank you very much for your attention and thank you for holding this debate on something which is far away from us geographically but, once again, close to our minds and principles if we really want to be considered an institution that has human rights as the basis of its behaviour.

President. – I have received six motions for resolutions (*) tabled in accordance with Rule 132(2) of the Rules of Procedure.

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 11 February 2021.

(*) See Minutes.

13. Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the report by Michael Gahler, on behalf of the Committee on Foreign Affairs, on the EU Association Agreement with Ukraine (2019/2202(INI)) (A9-0219/2020).

I will just remind you that there will be no catch-the-eye procedure, and no blue cards will be accepted.

Michael Gahler, *Berichterstatter.* – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Der Redner spricht in einer Sprache, die keine Amtssprache ist.)

Die Ukraine hat sich für den europäischen Weg entschieden. Wie unterstützen Sie dabei.

Mit dem Assoziationsabkommen haben wir eine umfassende Zusammenarbeit eingerichtet, die Schritt für Schritt zu Ergebnissen führt. Wenn es nach der überwiegenden Mehrheit der ukrainischen Bürger geht, ist dieser Weg unumkehrbar. Nur die Aussicht auf einen europäischen *way of life* birgt das Versprechen von stabiler Demokratie, fairem Rechtsstaat und persönlichem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Die starke Zivilgesellschaft und die echten Reformer in der Politik bemühen sich nach Kräften, diese Hoffnungen ihrer Bürger zu verwirklichen.

Demgegenüber stehen bedrohliche Herausforderungen. Von außen ist Russland der ständige Aggressor mit der völkerrechtswidrigen Besetzung und Annexion der Krim und der Eroberung und Besetzung von Teilen der *Oblaste* Donezk und Luhansk, was einhergeht mit einem Waffenstillstand, der den Namen nicht verdient. Gerade am vergangenen Samstag sind wieder zwei ukrainische Soldaten getötet worden. Wir beklagen inzwischen über 13 000 zivile und militärische Todesopfer, weit über eine Million Binnenvertriebene und eine weitestgehend rechtlose Bevölkerung, die in den besetzten Gebieten einer Willkürherrschaft russlandgesteuerter Handlanger ausgesetzt ist.

Innerhalb der Ukraine praktiziert Russland eine vielfältige, offene und verdeckte hybride Kriegsführung mit Verbündeten in Politik, Wirtschaft und Medien. Deswegen möchte ich aus aktuellem Anlass auch eindeutig sagen: Es spricht sehr vieles dafür, dass es sich bei der Schließung von drei Fernsehsendern, die einem Strohmann unter Kontrolle von Herrn Medwedtschuk gehören, nicht um die Beschneidung der Meinungsvielfalt handelt, sondern um die Abwehr anhaltender medialer Destabilisierung im Interesse und Auftrag Russlands.

Es gibt in der Ukraine genügend Raum und Grund für Kritik an Präsident, Regierung und *Werchowna Rada*. Dafür braucht die ukrainische Demokratie keine Medienplattformen, die das Land den revisionistischen Interessen des Kreml ausliefern wollen.

Die Ukraine hat seit der Revolution der Würde einen erstaunlichen Weg zurückgelegt. Unsere Unterstützung, auch unsere finanzielle Unterstützung, ist gut angelegt. Wir leisten ebenso einen umfassenden personellen Einsatz bei der Beratung in vielfältigen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung. Unser Ziel ist schlicht die Etablierung eines völlig normal nach Recht und Gesetz funktionierenden demokratischen Staates. Für diese Politik gibt es eine ganz breite, grundsätzliche Unterstützung hier im Europäischen Parlament.

Echte Freunde unterstützen sich, sagen einander aber auch die Wahrheit und die Kritik, wenn es schwierig wird. Die echten Reformer wissen, dass wir gute Ratschläge nicht in unserem Interesse geben, sondern weil wir sie stärken und zu ihrem Erfolg beitragen wollen – auch zur Abwehr gegen ihre Feinde.

Es gibt dringenden Handlungsbedarf zur Bekämpfung der Korruption. Wir unterstützen NABU, das nationale Anti-Korruptions-Büro, und vergleichbar unabhängige Einrichtungen. Sie dürfen in ihrer Arbeit nicht behindert werden.

Wir unterstützen den Hohen Anti-Korruptions-Gerichtshof in seiner Arbeit, der mit seinen Urteilen Vorbild sein muss für eine – lieber früher als später – grundlegend reformierte Justiz inklusive der Staatsanwaltschaften.

Der *High Council of Justice* muss ebenso reformiert werden wie die *High Qualification Commission of Judges,* die neue Richter auswählen und amtierende beurteilen. Ohne sie kann der gesamte Reformprozess blockiert werden.

Das System der elektronischen Vermögenserklärung ist effektiv und darf nicht durch ein Verfassungsgericht, das gegen die Reformen arbeitet, ausgehebelt werden.

Die Dezentralisierung, verbunden mit der Gemeindegebietsreform, ist auf dem Weg zu einer großen Erfolgsgeschichte. Sie darf nicht durch unklare Hierarchien oder konkurrierende Zuständigkeiten gefährdet werden.

Die Freigabe des Handels mit landwirtschaftlichen Grundstücken öffnet ein großes Potenzial für die Entwicklung des ländlichen Raums, wenn auch die nachgelagerte Wirtschaft entwickelt und die Wertschöpfungskette durch Klein- und Mittelbetriebe vertieft wird.

Wenn es bei der zweiten Stufe der Gesundheitsreform hapert, dann liegt das weniger am Konzept der Reform, sondern an Partikularinteressen, die bestimmte Finanzströme in ihre Tasche lenken wollen.

Der Umweltschutz muss ein Instrument sein, um den großen Naturschatz der Ukraine zu bewahren und ihn vorsichtig und nachhaltig zu nutzen. Deshalb braucht es den Schutz der Urwälder in den Karpaten, den viel entschlosseneren Kampf gegen illegale Abholzung und die Verhinderung von zerstörerischem Tourismus sowie den Ausbau von ökologischem, nachhaltigem Tourismus.

Lieber Herr Präsident Selenskyj, Olympische Spiele wie in Russland, die die Kassen von Oligarchen füllen und nur ein Strohfeuer abbrennen, gehören nicht nach Swydiwez und nicht nach Borschawa.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Bericht benennt viele weitere Details, in denen wir die Assoziation ein weiteres Stück vertiefen wollen. Ich bedanke mich deshalb für gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Schattenberichterstattern, den Kollegen im Auswärtigen und im Handelsausschuss, im parlamentarischen Assoziationsausschuss und weiteren engagierten Abgeordneten und Beamten im Europäischen Parlament und auch in der *Werchowna Rada*.

Ein großes Lob dir, lieber Valdis. Dieses Lob geht stellvertretend an die *Support Group for Ukraine* und den Auswärtigen Dienst. Wir alle arbeiten gemeinsam für einen guten Zweck, eine stabile, demokratische und europäische Ukraine.

(Der Redner spricht in einer Sprache, die keine Amtssprache ist.)

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members, first of all I would like to thank Mr Gahler for his comprehensive report.

The EU has stood by Ukraine since Russia began its military aggression and illegally annexed Crimea in 2014. Ukraine remains high on the European agenda. We continue to provide political, financial and technical assistance as support for its reform agenda to build a more resilient economy. We have stepped up support, especially during this crisis, where the EU is showing solidarity with Ukraine during the pandemic.

Our support for Ukraine's independence, sovereignty and territorial integrity within its internationally recognised borders has been steadfast since the aggression began in the country's southern and eastern regions. The ceasefire that has been largely holding – although with a recent spike in violence, but it has been largely holding since July — is an undeniable breakthrough. It brings tangible improvements on the ground.

However, the overall pace of progress towards a peaceful and sustainable resolution of the conflict remains too slow. While Ukraine must be praised for its constructive approach and President Zelensky's efforts, Russia must reciprocate. The EU expects Russia to use its considerable influence over the armed formations that it backs, as there is no place in 21st century Europe for using force to alter the boundaries of a sovereign country.

Enforcement of our sanctions in response to the undermining of Ukraine's sovereignty and territorial integrity by Russia is consistent and unwavering. Sectoral sanctions were rolled over in December 2020 by the European Council. The duration of these sanctions against Russia remains linked to complete implementation of the Minsk Agreements.

The individual sanctions regime has only become wider over the years, in response to further Russian undermining of Ukraine's sovereignty and territorial integrity.

The sanctions regime targeting the Crimean Peninsula is also consistently enforced. We have also put a new sanctions regime in place that allows the Council to impose asset freezes and travel bans on persons it deems to have committed serious human rights violations. If Member States call for it we are ready to make use of the EU global human rights sanctions regime against Russia.

The EU stands firmly by Ukraine on its reform path, providing unprecedented financial and technical support. We are supporting Ukraine with a new market, a financial assistance programme worth EUR 1.2 billion to help mitigate the economic impact of the pandemic. Its first tranche of EUR 600 million was disbursed in early December.

The EU Ukraine Association Agreement is an unique platform for Ukraine to advance on its reform path, bringing our economies and societies closer together. The agreement is producing results. Our bilateral trade saw many years of uninterrupted growth stimulated by the Deep and Comprehensive Free Trade Area. The pandemic set back this development last year, but we hope to return to positive tendencies soon. The agreement has an immense potential, and the EU is ready to explore all possibilities to continue enhancing our sectoral cooperation and economic integration.

As you rightly indicated in the report, implementing the agreement, including its Deep and Comprehensive Free Trade Area, must remain a top priority. We will discuss the next steps for developing our bilateral relations in the post-pandemic period at this week's EU-Ukraine Association Council.

Tomorrow, Prime Minister Shmyhal and I will also launch the process for review of trade liberalisation for goods, which is foreseen under Article 29 of the Association Agreement, five years after its entry into force.

The EU also stands by Ukraine in fighting the pandemic. We have reoriented several ongoing and future assistance programmes, with more than EUR 190 million going to Ukraine to help meet its COVID-19-related needs. The EU has also deployed the Civil Protection Mechanism to transfer equipment and supplies to Ukraine.

In addition, we are exploring options to help Ukraine to receive early access to vaccines. As part of the COVAX programme, Ukraine will receive 170 000 doses of the Pfizer vaccine in February and 2.2 million to 3.7 million doses of the AstraZeneca vaccine during the first half of the year.

We are looking forward to see vaccinations start in Ukraine this month. However, we are concerned about the impact of Russian disinformation and about the vaccination process in Ukraine. We are ready to assist in the fight against this disinformation and vaccine scepticism.

Parliament's report strikes a very fine and accurate balance in praising achievements and acknowledging shortcomings. It rightly highlights that Ukraine has delivered many important reforms over the past years. These have all been hard fought and Ukraine's leadership should be praised. However, I share your assessment that, despite notable progress, widespread corruption continues to hamper Ukraine's reform process. Its key institutions must have strong and independent leadership and a chance to do their work free of political, economic or other interference.

As the report says, smuggling only benefits criminals and oligarchs. It must be stopped. For this, it is vital that National Anti-Corruption Bureau be fully independent. Over the years, the Bureau has demonstrated its effectiveness and produced tangible results. The fight against corruption is a core condition for EU macro-financial support.

Recent developments in the rule of law and anti-corruption show that comprehensive judiciary reform is long overdue. The Venice Commission and a G7 roadmap complementing the EU delegation's constant advice to authorities and politicians give clear guidance on what has to be done. We recognise the complexity of the task.

From the start, Russian interference was designed to destabilise, divide and weaken Ukraine. So the best response is to stay united and keep working towards the prosperity and stability that come from sound economic policies. The EU is ready to support Ukraine in doing this.

We urge all reform-oriented political factions to come together and give a clear signal of Ukraine's determination to make its reform path irreversible. This will be one of the main messages that I will convey to Prime Minister Shmyhal tomorrow.

The EU is helping Ukraine to create the right conditions for prosperity and peace. Ukraine has our support – political, financial and technical.

President. – Before continuing with the debate I will now move to the results of today's first voting session.

14. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

15. Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine (Fortsetzung der Aussprache)

President. – We now continue with the debate on the report by Michael Gahler on the EU Association Agreement with Ukraine (A9-0219/2020).

Enikő Győri, *A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság véleményének előadója*. – Tisztelt Elnök Asszony! Tisztelt képviselőtársaim! A szabadkereskedelmi megállapodásnak köszönhetően a kereskedelmünk Ukrajnával ígéretesen bővül. Viszont partnerünk sajnálatos módon jó ideje különféle legális és illegális trükkökkel próbálja kijátszani az egyezményt. Kreativitásuk a hírhedt „batman csirkék" óta sem csökkent. Azóta is sorra jönnek a különböző védvámok bevezetéséről szóló hírek, legyen szó faáruról, rózsáról vagy műtrágyáról. Némelyik kísérletet sikerült időben visszaverni, de a legutóutóbbi célba ért: Ukrajna december óta védvámmal sújtja a polimer anyagok behozatalát.

Teszi ezt annak ellenére, hogy a lépés ellentétes a szabadkereskedelmi megállapodással és a WTO-szabályokkal. Ukrajna ezt a politikát „okos protekcionizmusnak" hívja. Véleményem szerint ugyanakkor ez nem más, mint szerződésszegés. Ukrajnának meg kell értenie: a kétoldalú kapcsolatok bizalmon alapulnak és ehhez a megállapodások tisztességes betartása elengedhetetlen. Azért azt is el kell mondani, hogy keleti partnerünk több alkalommal engedett az észérveknek. Azért, mert kereskedelmi témákban a Bizottság szilárdan képviseli az EU érdekeit. Ezt a stratégiát kellene követnie az Uniónak politikai ügyekben is, így nem tűrhetné a nemzeti kisebbségekkel, így az ott élő magyarokkal szembeni atrocitásokat.

Andrea Bocskor, *a PPE képviselőcsoport nevében*. – Tisztelt Elnök Asszony! Az EU és Ukrajna közötti társulási egyezmény végrehajtásáról szóló jelentés hangsúlyozza: Ukrajna fontos geostratégiai és politikai partnere az EU-nak, mely elkötelezte magát, hogy olyan reformokat hajt végre, melyek megfelelnek a koppenhágai kritériumoknak, a demokrácia elveinek, kifejezik azt, hogy Ukrajna tiszteletben tartja az alapvető és kisebbségi jogokat. Az utóbbi év fejleményei sajnos azt mutatják, hogy a Covid-járvány és a gazdasági helyzet mellett azonban olyan komoly problémák vannak, melyekre az EU-nak határozottan reagálnia kellene.

Gondolok itt a szélsőséges nézetek és módszerek elterjedésére, a média- és véleményszabadság korlátozására, a kárpátaljai magyar közösséget ért példa nélküli politikai nyomásgyakorlásra és állandó megfélemlítésekre. Az ukrán biztonsági szolgálat túlkapásaira magyar szervezetekkel és vezetőikkel szemben, vagy a szélsőséges Mirotorec oldal halállistájára.

A kárpátaljai magyar közösség évek óta nyelvi, oktatási, képviseleti jogszűkítéseknek van kitéve, ellenségként kezelik, pedig a hatályos kisebbségi törvény és az alkotmány széles körű jogokat garantál a nemzeti kisebbségek számára. Az ukrajnai magyar közösség nem akar mást, csak a meglévő jogaik megőrzését, partnerként részt venni a kisebbségeket érintő törvényhozás megalkotásában és békésen élni szülőföldjén. Ebben évek óta nagy segítséget kap a magyar kormánytól, ami egyben azt is bizonyítja, hogy a kárpátaljai magyar közösség a híd szerepét tölti be nemcsak a két ország kapcsolatában, de az EU felé is.

Fontos, hogy a jelentésbe bekerültek a magyar kisebbség szempontjait megmutató módosítók és remélem, hogy az EU–Ukrajna társulási tanács napirendjén is szerepelni fognak ezek a fontos problémák.

Tonino Picula, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, this report underscores that Ukraine remains one of the European Union's most important partners in the Eastern Partnership region, and also the most important recipient of EU financial assistance.

We are encouraged by the willingness to implement important reforms and by the strong public support for them among the Ukrainian people. We are, however, also extremely worried by the implications of the recent Constitutional Court ruling, which annulled key pieces of the country's anti-corruption agenda. The fight against corruption must remain the focus of all political activities in Ukraine. If it's not successful, then all other reforms that aim to improve the standard of living of all Ukrainians are in danger.

This is why the Socialists and Democrats in the European Parliament will continue to lend our support to all of those in the Verkhovna Rada who want to eliminate corruption from public life.

We call on all parties to work together to reinstate the anti-corruption measures that have been struck down by the Constitutional Court and to adopt and implement additional legislation that would protect Ukraine from actors, both internal and external, who are hostile to these much needed reforms.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, the 7th anniversary of the Euromaidan revolution marks a tremendous advancement in EU-Ukraine relations. Bilateral commitments enshrined in the Association Agreements guide our cooperation, which already delivers much needed changes, and provide an ambitious agenda for future relations and deeper partnership. The Euromaidan anniversary also marks a grave period of Russian military aggression against Ukraine, which is continuing to bring suffering and the loss of many more than 13 000 lives.

In our relations with Ukraine, the immediate priority is a common fight against COVID-19. Medium-term priorities should focus on socioeconomic reforms and economic development in Ukraine. The long-term aim is achieving the EU membership perspective for Ukraine.

It is in our interest to further advance a gradual economic integration with Ukraine by creating a common economic space and providing a reliable basis for economic growth and mutually beneficial trade relations. Equally important is for the European Union to do its utmost to support Ukraine's sovereignty, including its information sovereignty, and to help build resilience to hostile influence from third countries.

On this occasion I thank the rapporteur, Michael Gahler, and all shadows for the excellent work and one step forward in EU-Ukraine's future relations.

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, en Ukraine, l'Union européenne n'a toujours rien appris de ses erreurs.

En 2013, c'était bien une forme de fanatisme qui s'empara de la Commission. Elle alla contre toutes les évidences historiques, culturelles et politiques et voulut que l'Ukraine signe sans attendre un accord d'association qui avait pour principal objectif d'éloigner Kiev de la Russie. C'était ignorer l'importance des liens entre une partie de la population ukrainienne et la Russie, et particulièrement en Crimée et dans le Donbass.

Depuis 2013, l'Union européenne a dilapidé sans compter l'argent des Européens pour des objectifs idéologiques sans rapport avec la réalité du pays. Comme l'a démontré notre collègue Mike Wallace en commission, derrière la générosité de la Commission se cache en fait une réalité plus sordide. La privatisation des terres agricoles, la privatisation des forêts et la libéralisation sans prudence de l'économie ukrainienne, voilà les contreparties que le mondialisme impose au peuple ukrainien.

La conclusion sera amère pour ce peuple. L'Ukraine devait être un trait d'union entre l'Europe occidentale et la Russie. Au lieu de cela, ce pays est sous perfusion d'argent public européen, dont nous savons bien qu'il est utilisé sans contrôle sérieux. Encore plusieurs centaines de millions d'euros de prêts ont été déboursés, sans aucune contrepartie, pour le COVID-19.

Depuis 2013, l'Union européenne n'a pas enrichi le pays. Elle a augmenté la rente des oligarques. Après avoir vanté les mérites du président Zelensky, nous constatons qu'il vient de fermer subitement trois chaînes de télévision privées pour mieux asseoir son pouvoir. Notre association avec l'Ukraine est coûteuse, infructueuse pour les Ukrainiens comme pour nos peuples, et génératrice de tensions avec la Russie. Voilà le bilan de la folie de Bruxelles depuis 2013.

Thomas Waitz, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar Dombrovskis! 2019 haben wir aufgedeckt, dass die Ukraine die 50 000-Tonnen-Importquote für Hühnerbrüste mit einem billigen Trick umgeht. Sie haben die Hühnerbrüste mit einem kleinen Stück Knochen dran als andere Hühnerteile importiert, für die keine Importkontingente gelten – der sogenannte *„Batman cut"*.

Bei meinem einen Besuch damals, 2019, in der Ukraine habe ich ganze Landstriche gesehen, deren Grundwasser so nitratverseucht war, dass das Wasser nicht mehr trinkbar war, dass selbst ärmste Bevölkerungsteile nicht in die Hühnerfabriken arbeiten gegangen sind, weil sie gemerkt haben, dass die Leute, die dort arbeiten, sehr schnell und sehr stark erkranken. Ich habe ein ganzes Tal gesehen voll mit Hühnermist, wo die Sauce – die schwarze Sauce – einfach in den Bach, einfach in den Wald geronnen ist.

Seit 2014 werden von der Ukraine im Rahmen des Assoziierungsabkommens Veterinärberichte zu Hygiene in der Tierhaltung, aber auch zu Tierschutz zugesagt. Und bis heute – ich habe mich gestern in der Ständigen Vertretung in Kiew erkundigt – ist keiner dieser Berichte eingelangt. Es geht hier um Hygiene und um Tierschutz.

Es ist schon schwierig genug für europäische Produzenten, mit Dumpinglöhnen von 150 EUR mitzuhalten oder mit Betrieben wie MHP, die damals, 2019, 378 000 Hektar unter dem Pflug hatten. Es ist schon schwierig genug, hier eine europäische Produktion aufrechtzuerhalten.

Ich sage hier im Namen meiner Gruppe: Wir stehen zur Freundschaft mit der Ukraine, wir stehen zum europäischen Weg mit der Ukraine. Aber eines muss klar sein: Wer am europäischen Markt teilnimmt, muss sich auch an die gemeinsamen Regeln halten.

Anna Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, *(inaudible passage)* we have to make efforts though to reverse the really bad impression made by Mr Borrell's visit to Moscow. Lavrov was given the platform to deliver all anti-Ukraine clichés publicly.

The best way out is to immediately stop Nord Stream 2, maintain and extend sanctions and, most importantly, for Mr Borrell to undertake quick visits to Kiev and Tbilisi. These are the capitals to consult on EU-Russia policy, before the Council, rather than Moscow.

Mick Wallace, *on behalf of The Left Group*. – Madam President, the reforms mandated by the EU-backed loan to Ukraine in 2014 included a cultural deregulation intended to benefit foreign agri-business.

More recently, Western solidarity with Ukraine saw COVID-19 weaponised in a new round of disaster capitalism. In June last year, both the IMF and World Bank COVID relief package loans came with conditions on liberalisation of laws around the sale of state-owned land.

We've recently seen how a network of private equity firms, like the New York-based NCH Capital, working through offshore tax havens and financed by the European Bank for Reconstruction and Development, the Dutch pension fund PGGM, and a host of EU and US profiteers have targeted Ukraine, leasing or buying up farms for next to nothing and aggregating them into large-scale US style grain and soybean farms. This is neo-colonialism, theft and exploitation.

Is it any wonder that the pro-Russian party is battering Zelensky's party in the polls at the moment? If you don't cop onto yourselves, you'll have another coup to orchestrate soon enough.

Andrius Kubilius (PPE). – Madam President, it's an important day for our friends in Ukraine, who were fighting and dying for European choice, Euromaidan, seven years ago. Since then Ukraine has managed to achieve a lot, despite the fact that the Kremlin war against Ukraine is still going on.

I fully support the report which we are discussing today. Of course there are shortcomings in the Ukraine reforms, which the report is pointing out. But I would urge to see both sides in our relations with Ukraine. There are problems in Ukraine, but also there are problems inside of EU policy towards Ukraine and Eastern Partnership countries.

Back in 2014 Ukrainians made a geopolitical choice to go for democracy, for European integration. It changed not only Ukraine, it is making big influence on the changes which started to happen in Belarus and Russia. And those changes demand from us, from the EU, to have much more ambitious policy towards eastern partnership countries, and especially towards Ukraine. The association language of quotas, standards, etc., is important but it is not enough for a geopolitical Commission. We need to come back to the language of ambitions and big dreams.

Seven years ago Ukrainians fought for the dream to join the European family. Let's have a big dream on our side also: to have Ukraine in our family at some time. And let's speak our dream loudly and work together to make it reality. Let's offer a clear road map to the fulfilment of our common dream. *(the speaker concludes the speech in a non-official language)*

Marek Belka (S&D). – Madam President, if we were tasked to define the benefits of the association agreement with Ukraine, the DCFTA alone could be a sufficient answer. Since 2016, our bilateral trade has grown steadily, and the EU is now Ukraine's largest trading partner and by far the most important partner in the process of reforms. The pandemic has somewhat hampered our mutual success, but we cannot allow it to undermine Ukraine's achievements in the field of macroeconomic governance, for example.

The EU's MFA loans, COVID-19 response packages and technical assistance programmes should be commended and extended further to allow for the roll-out of vaccination programmes.

However, we have to expect full respect for the provisions of the agreement with regard to regulatory approximation, increased efforts to fight corruption, stronger protection of property rights and guarantees of freedom of association and collective bargaining rights for workers.

We should also urge our Ukrainian partners to create a predictable regulatory environment with an independent judiciary and limited influence of state-owned enterprises and oligarch-based interest groups, in order to attract much-needed foreign direct investment. This is needed to reap the full benefit of our growing economic cooperation.

Karin Karlsbro (Renew). – Fru talman! Herr kommissionär! Kollegor! Det är nu snart fyra år sedan EU slöt associeringsavtalet med Ukraina. Det var en seger för Europa och för det ukrainska folket, som genomfört en revolution för avtalets skull. Euromajdan var en revolution för Europa. Det var när Janukovytj 2013 i sista stund tänkte om och valde att inte skriva under som det ukrainska folket fick nog och avsatte honom. Det betyder också att vi från EU:s sida har ett stort ansvar och förväntningar att leva upp till.

Det är viktigt att vi är tydliga med att Ukraina har en bit kvar att gå när det gäller reformer av rättssystemet och det politiska systemet. För viljan att närma sig Europa handlar om just detta, om att en gång för alla göra upp med de korrupta strukturer som hänger kvar sedan Sovjettiden. Och vi måste ställa höga krav. Men jag välkomnar det här betänkandet och den tydliga ambition det har. Ukraina hör hemma i Europa. Ukrayina tse Yevropa. Ukraina är Europa.

Bernhard Zimniok (ID). – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Eine Annäherung der Ukraine an die EU ist vom Grundsatz her durchaus zu begrüßen, aber nur, wenn dadurch unser Verhältnis zu Russland nicht zusätzlich belastet wird.

Russland ist für uns ein wichtiger Partner, dessen Dämonisierung bei aller berechtigten Kritik nicht zielführend ist. Die Annäherung der Ukraine an die EU, die wir uns übrigens seit 2014 weit über 10 Milliarden EUR kosten haben lassen, kann nur dann erfolgen, wenn die Ukraine auch entsprechende Reformbemühungen erkennen lässt – was leider nicht der Fall ist.

Die von mir bereits mehrfach angesprochene fehlende Umsetzung des HKÜ beweist das ebenso eindrucksvoll wie die fehlende Reaktion auf unser Schreiben an Präsident Selenskyj. Auch Kommissionspräsidentin von der Leyen – nebenbei bemerkt – hat in dieser Angelegenheit bisher noch nicht reagiert.

Kürzlich ließ der ukrainische Präsident drei TV-Sender sperren. Angeblich verbreiteten diese pro-russische Propaganda. Diese Sender zu sperren, da deren Beiträge den politischen Entscheidungsträgern offensichtlich nicht gefallen haben, ist ein inakzeptabler Angriff auf die Meinungsfreiheit.

Die Ukraine scheint unter Selenskyj nicht den erhofften Weg der Reformen zu gehen und stattdessen der US-Doktrin zu folgen und sich an Russland abzuarbeiten. Dabei könnte die Ukraine hervorragend als Brücke zwischen der EU und Russland dienen. Solange sich das nicht ändert, sollte die EU Hilfen und Kredite aussetzen.

Krzysztof Jurgiel (ECR). – Pani Przewodnicząca! Od czasu wejścia w życie układu o stowarzyszeniu Ukraina wdrożyła wiele działań reformatorskich, przyjmując m.in. ustawy dotyczące obrotu ziemią i systemu bankowego oraz przystępując do tymczasowego arbitrażu odwoławczego. Proces reform na Ukrainie powinien jednak zostać pogłębiony, gdyż przez ostatnie dwa lata spadł odsetek ukończenia zadań związanych z realizacją układu o stowarzyszeniu.

Po pierwsze, Ukraina powinna zwiększyć wysiłki na rzecz zbliżenia swoich przepisów do norm unijnych dotyczących bezpieczeństwa żywności, a także dobrostanu zwierząt. Po drugie, niezbędne jest jak najszybsze zajęcie się problemem różnic między obszarami wiejskimi a miejskimi poprzez wprowadzenie polityki rozwoju dotyczącej spójności społecznej, ekonomicznej i terytorialnej.

Z zaniepokojeniem też Polska przyjmuje wiadomości zgłaszane przez organizacje rolnicze z sektora mleczarskiego, które sygnalizują, iż władze ukraińskie zamierzają przeprowadzić dochodzenie w sprawie rosnącego importu produktów mlecznych na Ukrainę.

Współpraca z Ukrainą jest korzystna dla Unii Europejskiej, ale jej reguły powinny być przestrzegane przez obie strony.

Helmut Scholz (The Left). – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident, Kollege Gahler! Ich stimme Ihnen in der Quintessenz zu: Das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine braucht eine kritisch konstruktive, umfassende Überarbeitung. Wir müssen prüfen, warum nicht eingetreten ist, was sich eine Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung von dem Abkommen versprach. Ihr Alltag, ihre Erfahrungen, sind das Kriterium der Wahrheit.

Was müssen wir ändern, um die soziale Krise weiter Teile der Bevölkerung endlich zu überwinden und europäische Umweltstandards zu sichern? Wie kann Rechtsstaatlichkeit erfahrbar werden? Wie können wir helfen, Korruption zurückzudrängen, Steuerflucht und Steuervermeidung abzustellen, das Land aus dem Verschuldungsteufelskreis der Makro-Finanzhilfen zu befreien, endlich die oligarchischen Strukturen jedweder Couleur zu zerschlagen? Was ist am Abkommen zu ändern, damit sich die Handelsbilanz nicht noch weiter zugunsten der EU verschiebt – mit dem Löwenanteil für Deutschland und Polen?

Wir müssen die Ukraine und ihre Menschen im ganzen Land als Partnerinnen und Partner behandeln. Wir brauchen sehr viel mehr Kooperation, auch in Form der Twinning-Projekte.

Und ja, wie können wir Friedensbemühungen bestärken und wirtschaftliche, auch trilaterale Beziehungen mit dem traditionellen Partner Russland neu entwickeln entsprechend der Minsker Protokolle?

Traian Băsescu (PPE). – Doamnă președintă, felicitări domnului Gahler pentru calitatea raportului pe Ucraina. Salut progresele, fie ele și limitate, realizate de Ucraina în cadrul Acordului de Asociere cu Uniunea.

Deși minoritățile din Ucraina și-au pus speranțe în promisiunile electorale ale Președintelui Zelenski, potrivit ministrului Educației, citez: „școlile minorităților naționale care vorbesc într-o limbă a Uniunii Europene vor trece la predarea în limba ucraineană din septembrie 2023”.

Kievul trebuie să înțeleagă faptul că minoritățile de pe teritoriul Ucrainei, fie că sunt etnici români, maghiari sau ruși, au dreptul să își păstreze limba, obiceiurile și cultura, prin aceasta contribuind la îmbogățirea patrimoniului de valori culturale al Ucrainei. Fac precizarea că în Cernăuți, Odessa și Transcarpatia trăiesc peste o jumătate de milion de vorbitori de limbă română.

Soluția pentru încetarea acestui contencios social între minoritățile de pe teritoriul Ucrainei și puterea politică de la Kiev este anularea imediată a articolelor din Legea Educației care interzic sau limitează predarea în limba minorităților. Această acțiune este cu atât mai necesară cu cât măsura legislativă a antrenat și nemulțumirea îndreptățită a vecinilor Ucrainei.

Attila Ara-Kovács (S&D). – Elnök Asszony! Tisztelt Kollégák! Biztos Úr! A minap az egyik orosz állami propagandacsatorna, az RT főszerkesztőjétől hallottuk azt, hogy eljött az ideje a kelet-ukrajnai területek Oroszországhoz való csatolásának. Bár a Kreml tagadja ezt, nincs kétségem afelől, hogy a gondolat nem az említett főszerkesztő fejéből pattant ki. A felvezetés amolyan szondáztatás. Mérik a külső-belső reakciókat. A Krím megszállását is hasonló jelenségek előzték meg. Mindezek után azt gondolom: meg kell erősíteni, sőt bővíteni kell biztonságpolitikai kapcsolatunkat Ukrajnával. Ukrajna biztonsága nélkül az Európai Unió biztonsága sincs garantálva. Fel kell készülni arra, hogy a jelenlegi nyugalmi, látszólagos nyugalmi állapot nem marad meg.

Putyinnak egyre nagyobb belpolitikai problémái vannak otthon, és az ilyen provokációk előfutárai lehetnek komolyabb eseményeknek is. Ezért ha Moszkva tovább lépne, azonnal hatékonyabb szankciókkal kell válaszolni

Kosma Złotowski (ECR). – Szanowna Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Potrzebujemy wiarygodnych i solidnych partnerów, zwłaszcza za naszą wschodnią granicą. Dalsze pogłębianie współpracy gospodarczej i politycznej z Ukrainą to bez wątpienia proces potrzebny i korzystny dla obu stron. Jego długofalowym celem powinna być silniejsza integracja naszych gospodarek i stworzenie warunków do przyszłej akcesji Ukrainy do Unii Europejskiej.

Kijów wciąż mierzy się z rosyjską agresją, która nie tylko destabilizuje ten region, ale stanowi również zagrożenie dla europejskiego bezpieczeństwa. Reformowanie struktur państwa w tych warunkach to zadanie bardzo trudne. Warto wziąć to pod uwagę, oceniając tempo zwalczania korupcji i reformowania wymiaru sprawiedliwości. W trudnych warunkach pandemii nasza solidarność ma ogromne znaczenie, dlatego pakiet wsparcia finansowego dla Kijowa to ważna inicjatywa, która potwierdzi, że oprócz dobrych rad i intencji współpraca z Unią Europejską po prostu się opłaca.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, hvala prije svega kolegi Gahleru koji je napravio izvrstan izvještaj. Gospodine povjereniče, kolega Gahler, točno ste rekli, Ukrajina je jedan od prioritetnih partnera Europske unije.

U ovom smo parlamentu u brojnim navratima zapravo izražavali podršku i zalaganje za potpunu neovisnost, suverenitet i teritorijalni integritet Ukrajine, naravno unutar njezinih međunarodno priznatih granica.

Prilikom posjete ministra za pitanja privremeno okupiranih područja Ukrajine Oleksija Reznikova Hrvatskoj u listopadu prošle godine, Hrvatska Vlada istaknula je podršku teritorijalne cjelovitosti, također i europskom putu Ukrajine. Hrvatska je također izrazila spremnost dijeljenja iskustava iz postupka mirne reintegracije hrvatskog Podunavlja u ustavnopravni poredak Republike Hrvatske u siječnju 1998. godine.

Unatoč pozitivnim pomacima koje smo vidjeli nakon samita čelnika zemalja Istočnog partnerstva, država članica i europskih institucija u okviru hrvatskog predsjedanja Vijećem koje se održalo u lipnju prošle godine u Zagrebu, ostaju problemi koji su i dalje snažan izazov budućem napretku naših odnosa.

Potrebno je više alata za poticanje krucijalnih reformi, a to posebno vidimo na primjeru zemalja zapadnog Balkana i ovdje Ukrajine. Uočavamo i upozoravamo na problem korupcije, otežanog konsolidiranje vladavine prava, provođenja socioekonomskih reformi i jačanje uloge građana u demokratskom društvu.

S rastućim geopolitičkim previranjima u regiji, ali i u cijelom susjedstvu Europske unije, daljnje jačanje partnerstva s Ukrajinom treba biti jedan od naših vanjskopolitičkih ciljeva. Napredak Ukrajine u provedbi obveza iz sporazuma vidljiv je kao i snažna podrška u približavanju Europskoj uniji i NATO-u. Stoga moramo odgovoriti na očekivanja ukrajinskog naroda.

Leszek Miller (S&D). – Pani Przewodnicząca! Od czasu wejścia w życie układu z 2017 roku Ukraina niewątpliwie poczyniła widoczne postępy. Nadal jednak pozostaje dużo do zrobienia. Z punktu widzenia Unii kluczowe jest zakończenie rozpoczętych reform, szczególnie w dziedzinie praworządności, systemu wyborczego, walki z korupcją czy praw mniejszości, w tym także polskiej. Niepokoi także odradzający się nacjonalizm. Poza strefą wolnego handlu ważnym czynnikiem w zbliżaniu Ukrainy do Unii Europejskiej jest także swobodny przepływ ludności.

Pamiętajmy, że jednym z warunków skutecznej integracji jest zwiększenie liczby kontaktów międzyludzkich i oddolne budowanie reakcji. Niestety możliwości te znacząco komplikuje obecna pandemia. Mając to na uwadze, powinniśmy dążyć do przekazania części szczepionek znajdujących się w dyspozycji Unii Europejskiej i państw członkowskich Ukrainie. Na pewno ten gest solidarności przysłuży się budowaniu przyjaznych relacji z narodem ukraińskim oraz lepszemu wdrożeniu umowy stowarzyszeniowej z Unią Europejską.

Eugen Tomac (PPE). – Doamnă președintă, domnule Vicepreședinte, cred că este un raport extrem de important cel pe care îl dezbatem astăzi și trebuie să subliniez foarte clar că Kievul trebuie să înțeleagă că, după anexarea Crimeii, unul dintre cei mai importanți și loiali parteneri pe care i-a avut a fost și rămâne Uniunea Europeană.

Ucraina nu poate trece de această perioadă de tranziție fără susținerea Uniunii Europene și, pentru a se reforma, pentru a accelera calea europeană are nevoie de suportul nostru, pentru a combate corupția, pentru a-și reforma instituțiile, pentru a scăpa de această influență agresivă a Federației Ruse. Dar Ucraina trebuie să mai facă un lucru extrem de important: după minoritatea rusă, în această țară vecină a Uniunii Europene, cea mai numeroasă minoritate este minoritatea română, care este supusă unui proces de deznaționalizare aproape identic cu cel pe care îl practica Uniunea Sovietică.

Tocmai de aceea solicit Comisiei Europene să instituie un mecanism de monitorizare cu privire la minoritățile existente pe teritoriul Ucrainei, cele care vorbesc limbi oficiale ale Uniunii Europene, cum este minoritatea română, minoritatea maghiară, poloneză, bulgară și nu numai. Este absolut vital să avem o poză reală a ceea ce se întâmplă astăzi în ceea ce privește situația minorităților din Ucraina.

Carmen Avram (S&D). – Doamnă președintă, în pofida progreselor incontestabile înregistrate de Ucraina, rămân, în continuare, domenii asupra cărora partenerul nostru estic trebuie să mai insiste, ca reforma judiciară sau măsurile anticorupție. Dar aș dori să atrag atenția și asupra unei alte situații care este discriminatorie și care încalcă inclusiv articolul 22 din Constituția Ucrainei. Mă refer la limitarea dreptului minorităților etnice de a învăța în limba maternă.

Minoritatea română, de exemplu, care numără aproximativ o jumătate de milion de oameni, nu își dorește decât să își poată transmite limba și cultura generațiilor viitoare, însă din cauza noii legi a învățământului, acest lucru nu va mai fi posibil din 2023. Deși, pe hârtie, acest drept va exista, practic, după clasa a cincea, copiii etnicilor români și ai altor minorități vor fi obligați la cursuri doar în limba ucraineană, cu excepția unei singure materii care va putea fi predată în limba maternă, dar care va fi o materie impusă și nu aleasă de elev.

Această situație nu este nici acceptabilă, nici în concordanță cu valorile și principiile noastre. Accesul la educație trebuie garantat de orice stat care își dorește o apropiere de Uniunea Europeană și orice măsură care are ca efect asimilarea unei minorități trebuie condamnată.

Rasa Juknevičienė (PPE). – Madam President, I will speak about the Kremlin's hybrid war against Ukraine and whether we should condemn Ukraine if it fights against this information.

Ukraine is a state at war. Hostile propaganda against Ukraine is an integral part of the Kremlin war. Kremlin-backed media is not media as we understand, it is a weapon to destroy human brains. It is Kremlin's weapon just like any other weapon that kills Ukrainian troops in eastern Ukraine.

We must have full information about how the Kremlin is operating inside Ukraine. It is a hybrid war that employs all means, buying politicians, even parties, shadow money for disinformation and a network of spies.

In the Special Committee on Foreign Interference in all Democratic Processes in the European Union, including Disinformation (INGE Committee), we examine external influences and political processes in the EU. In Ukraine, outside influence is like a landfill in which the Kremlin operates on a daily basis. Before condemning, one must first understand and help.

Juozas Olekas (S&D). – Gerbiama Pirmininke, visų pirma sveikiname Ukrainos pasiekimus ypatingai vertindami išskirtinai sudėtingas sąlygas, kuriomis jie įvykdyti. Nors Ukrainoje dėl reformų spartos ir institucijų iššūkių dar neišnaudojamos visos reformų galimybės, o šalies nepriklausomybei ir teritoriniam vientisumui su tarptautiniu mastu pripažintomis sienomis vis dar kyla grėsmė dėl Rusijos toliau vykdomos neteisėtos Krymo aneksijos, Donecko ir Luhansko sričių okupacijos, tačiau Ukraina sėkmingai išnaudoja savo unikalią patirtį ir kompetenciją, dalyvaudama bendros saugumo ir gynybos politikos misijose. Turėtume pasveikinti Ukrainą ir dėl jos naujo NATO padidintų galimybių partnerės statuso. Taip pat sveikintina ir Ukrainos vyriausybės pozicija neleisti importuoti elektros energijos iš jėgainių, kurios statomos nesilaikant tarptautinių reikalavimų ir aukščiausių aplinkosaugos ir saugos standartų. Tikiu, kad Ukraina ir toliau išlaikys orientaciją į Europą bei tęs savo pažangą įgyvendinant reformas, laipsniškai integruojantis į Europos Sąjungos rinką ir laikantis demokratijos principų. *Слава Україні!*

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, before I conclude, I would like to agree with another part of the report.

It rightly commends Ukrainian civil society, young people and NGOs for their vibrant activities. All who have visited Ukraine during the last years, including myself, have been deeply impressed by their determination to forge a better future.

I know that the conflict and the economic situation have weighed heavily on young Ukrainians. Many have been internally displaced. Many others have emigrated. Some leave for a short time as students, taking advantage of the Erasmus Plus exchange programme to gain experience elsewhere in Europe. In fact, Ukraine is among the most active and successful participants in Erasmus Plus, having access on the same terms as EU Member States.

I believe that today we can send them a joint message of support and recognition for their invaluable contribution. Ukraine's future is in their hands and Europe is standing strong for Ukraine.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 10 February 2021.

Written statements (Rule 171)

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Önmagában ellentmondás, hogy aközben veszi el Ukrajna a kárpátaljai magyarok szerzett jogait, miközben az EU-hoz és a NATO-hoz próbál közeledni, ahol alapfeltétel az emberi jogok, köztük a kisebbségi jogok tiszteletben tartása. Ukrajnában azt látjuk, hogy az oktatási kerettörvény 2017-es és a nyelvtörvény 2019-es elfogadása ellehetetleníti a kisebbségi jogokat, ezen belül a nemzeti kisebbségek kulturális identitásának fenntartását. 2020 őszétől azt látjuk, hogy az ukrajnai magyar kisebbség szimbolikus intézményei és prominens képviselői ellen elkövetett sorozatos támadások és jogsértések célja a kollektív megfélemlítés, és mindazok megfenyegetése, akik kiállnak a közösségért. A kisebbség szerzett jogainak biztosítása mindnyájunknak, így az uniós intézményeknek is prioritása kell legyen.

Bocskor Andrea képviselőtársunk a kárpátaljai magyarok jogaiért való következetes kiállása miatti „halállistára" kerülése elfogadhatatlan, a hasonló listák elítélését és betiltását elvárjuk az ukrán hatóságoktól, ahogy ez a most vitatott jelentésben is szerepel. Ezért fontosnak tartom, hogy az Európai Parlament elnöke levelünkre adott válaszában aggasztónak nevezte az ukrajnai helyzetet és jelezte, hogy fel fogja vetni az ügyet az ukrán kormányfővel tartandó következő találkozóján.

(The sitting was suspended at 19.54)

VORSITZ: NICOLA BEER

Vizepräsidentin

16. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 19.59 Uhr wieder aufgenommen.)

17. Zweite Abstimmungsrunde

Die Präsidentin. – Wir kommen nun zur zweiten heutigen Abstimmungsrunde.

Es wird über die in der Tagesordnung angegebenen Dossiers abgestimmt.

Die Abstimmungsrunde ist von 20.00 bis 21.15 Uhrgeöffnet.

Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie in den letzten Abstimmungsrunden.

Alle Abstimmungen erfolgen namentlich.

Ich erkläre hiermit die zweite Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können ab jetzt bis 21.15 Uhr abstimmen.

18. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

19. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

21. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 21.15 Uhr geschlossen.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/5158

20.8.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 10. FEBRUAR 2021

(C/2024/5158)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 8. bis 11. Februar 2021

BRÜSSEL

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung . . . 3
2. Erklärung des Präsidenten . . . 3
3. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll . . . 3
4. Impfstrategie der EU gegen COVID-19: aktueller Stand (Aussprache) . . . 3
5. Erste Abstimmungsrunde . . . 46
6. Impfstrategie der EU gegen COVID-19: aktueller Stand (Fortsetzung der Aussprache) . . . 47
7. Wiederaufnahme der Sitzung . . . 58
8. Demokratische Kontrolle der sozialen Medien und Schutz der Grundrechte (Aussprache) . . . 58
9. Märkte für Finanzinstrumente – EU-Wiederaufbauprospekt und gezielte Anpassungen für Finanzintermediäre zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung von der COVID-19-Pandemie (Aussprache) . . . 85
10. Anstehende Herausforderungen mit Blick auf die Frauenrechte: mehr als 25 Jahre nach der Erklärung und Aktionsplattform von Peking (Aussprache) . . . 97

Inhalt Seite

11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll 105

12. Anstehende Herausforderungen mit Blick auf die Frauenrechte: mehr als 25 Jahre nach der Erklärung und Aktionsplattform von Peking (Fortsetzung der Aussprache) 105

13. Wiederaufnahme der Sitzung 111

14. Zweite Abstimmungsrunde 111

15. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll 111

16. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll 111

17. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll 111

18. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll 111

19. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll 111

20. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 111

21. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll 111

22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 112

23. Schluss der Sitzung 112

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 10. FEBRUAR 2021

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.04)

2. Erklärung des Präsidenten

Presidente. – Care colleghe e cari colleghi, buongiorno. In occasione del Giorno del ricordo che si celebra oggi, vorrei ricordare la memoria di tutte le vittime delle foibe e dell'esodo dalle loro terre degli istriani, fiumani e dalmati nel secondo dopoguerra.

Quello che è successo ci impone l'obbligo di tenere viva la memoria. Chi come noi difende i valori della pace, della giustizia e della libertà ha il dovere di rendere onore alle vittime di quella tragedia.

La nostra Europa non è solo una risposta politica a quelle persecuzioni, ma è anche uno dei motori fondamentali del processo di integrazione tra i paesi democratici.

Vi chiedo, care colleghe e cari colleghi, di osservare un minuto di silenzio.

3. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

4. Impfstrategie der EU gegen COVID-19: aktueller Stand (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sullo stato di avanzamento della strategia vaccinale dell'UE contro la COVID-19 (2121/2541(RSP)).

Ringrazio la Presidente della Commissione per essere in Aula con noi e ringrazio la ministra Zacarias a cui do la parola a nome del Consiglio.

Ana Paula Zacarias, *President-in-Office of the Council.* – Mr President, since the start of the Portuguese Presidency, this is the second time that the Council, the Commission and Parliament have come together to discuss our joint efforts to progress on the vaccination strategy to fight COVID-19. Unfortunately, since our last debate, the situation has not improved. Europe is still facing challenging times due to the pandemic. The spread of the virus remains worrisome in most Member States, including my own. New variants of concern have emerged, making it necessary to follow strict measures to contain the disease, while the vaccination of our population has not progressed as quickly as we would have wished.

So it's time to redouble our work – not to lower our ambition or wish away real practical difficulties. At the same time, we must not forget what we have achieved so far. The EU vaccination strategy has been an example of unity and solidarity in action. It was motivated by – and has achieved – real tangible benefits. It has allowed an equitable and fair distribution of vaccines amongst Member States, so that all EU citizens can now have access to the vaccines in an equal fashion.

We have had three COVID-19 vaccines approved in less than a year and are expecting a few more to come in the near future. We have begun vaccination campaigns across all Member States. All these are remarkable milestones following a path of solidarity. And right now, my country knows better than most that European solidarity is more than just words. It's action. And Portugal is very grateful for the numerous offers of assistance and concrete support it has received from several Member States.

We knew that during the first stages of our vaccination campaigns, the availability of the vaccines would be limited. This is why we had to prioritise certain groups, like elderly people and health care workers, in our national vaccination strategies. But the recent news of delays in vaccine deliveries by some producers is a source of concern to which we must react in real time.

Vaccine production is a complex process, especially on this unprecedented scale. The truth is that companies may have overestimated their production capacities. We need to make sure that companies respect the contracts signed and deliver on their commitments. Countries need to know how many vaccines will become available and by when, in order to plan their vaccination campaigns, and we need this data to work. This is crucial.

Recently, the Commission has also put in place an export authorisation mechanism for COVID-19 vaccines, and this will allow us to understand where the vaccines produced in the EU are being distributed. In both cases, transparency is paramount to increase citizens' trust in this process.

We, as Council Presidency, are willing to contribute to this endeavour. Prime Minister António Costa, together with the President of the Commission, wrote a letter to all Heads of State and Government inviting Member States to remain united and combine efforts with industry to ramp up the supply of vaccines and production capacity in Europe. They also presented some concrete ideas on how to improve our fight against the different variants of the virus. Also, the European Council will meet on 25 February to continue articulating our joint response to COVID-19. The General Affairs Council will prepare this discussion, and we will continue to work intensively at the technical and political level.

This effort should also help us to roll out the COVID-19 vaccines at global level. Solidarity cannot stop at European borders. Fair access to vaccines for low- and middle-income countries is consistent with our values and is in our own interest. We will not be safe until everybody is safe.

We also need to put more effort into communication. Citizens have the right to factual information, and we need to convey such information as clearly and transparently as possible. At the same time, we need to keep monitoring carefully the vaccination campaigns in close collaboration with the EU bodies in order to be able to address other possible challenges at an early stage and take appropriate action. We all know this will be a long process – longer and more complex than we ever expected, be it at the level of public health or as regards the social and economic repercussions of the pandemic. As the President of the Commission put it: it's a marathon.

Vaccination is a powerful tool in our response to this crisis, but it will take time before a majority of the EU population is vaccinated. We still have to keep working together for the common good, enduring social distancing, wearing face masks and taking all other protective measures that we can until we finally beat this virus. Walking on a thin path between what has worked since the Middle Ages and the impressive technological achievements of the present, we need to stay together. We need to stay united. This is the only way out.

Ursula von der Leyen, *Präsidentin der Kommission*. – Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! In Polen sind bis Anfang Februar 94 % des medizinischen Personals und 80 % der Bewohnerinnen und Bewohner von Altenheimen geimpft worden. In Dänemark sind es in den Altenheimen sogar 93 %. Und in Italien haben wir bis heute mehr als 4 % der Bevölkerung, die eine Impfung erhalten haben. Diese drei Beispiele zeigen, dass die Impfkampagne in Europa vielerorts an Fahrt aufgenommen hat.

Insgesamt sind in Europa seit Dezember 26 Millionen Impfdosen ausgeliefert worden. Mehr als 17 Millionen Menschen wurden geimpft. Und wir werden so hart wie nur irgend möglich arbeiten, dass wir unser Ziel erreichen, nämlich, dass wir bis Ende des Sommers 70 % der erwachsenen Bevölkerung in Europa geimpft haben.

Dennoch ist es eine Tatsache, dass wir heute beim Kampf gegen das Virus noch nicht da sind, wo wir sein wollen. Wir waren spät dran bei der Zulassung, wir waren zu optimistisch bei der Massenproduktion und vielleicht waren wir uns auch zu sicher, dass das Bestellte tatsächlich pünktlich geliefert wird. Wir müssen uns fragen, warum das so ist und welche Lehren wir daraus ziehen können.

Aber lassen Sie mich dennoch zunächst mit drei Punkten beginnen, von deren Richtigkeit ich tief überzeugt bin:

Es war richtig und es ist richtig, dass wir Europäerinnen und Europäer den Impfstoff gemeinsam bestellt haben und nun solidarisch teilen. Ich mag mir gar nicht ausmalen, was es bedeutet hätte, wenn einige wenige große Mitgliedstaaten sich Impfstoff gesichert hätten und der Rest leer ausgegangen wäre, was das für unseren Binnenmarkt bedeutet hätte und für die Einheit Europas. Es wäre wirtschaftlicher Unsinn und es wäre das Ende unserer Gemeinschaft.

The second point I am deeply convinced of: the same solidarity must also be shown with our partners in our neighbourhood and across the world.

This is also a matter of stopping the spread of the virus to reduce the likelihood of mutations. The access to vaccines for low- and middle-income countries is therefore as much about our own interest as it is about solidarity.

This is why we set up COVAX, the facility in which high-income countries can finance the access to vaccines for low- and middle-income countries.

As Team Europe, that is the Member States and the European institutions, we have provided EUR 850 million, making us one of the biggest contributors to COVAX, and COVAX start delivering vaccines as of this month.

And I am sure that this House will agree that we need more, because our responsibility extends far beyond Europe's border.

Mesdames et Messieurs les députés, le troisième point que je voudrais soulever concerne notre approche et notre processus.

Nous avons fait le choix de ne pas prendre de raccourcis en matière de sécurité ou d'efficacité. Nous assumons ce choix pleinement. Il n'y a pas de compromis à faire lorsqu'il s'agit d'injecter une substance biologiquement active chez une personne en bonne santé, et c'est pourquoi nous nous appuyons sur le processus de contrôle de l'EMA, notre agence européenne des médicaments.

Oui, cela veut dire que l'approbation prend trois à quatre semaines supplémentaires. Ce temps supplémentaire est un investissement essentiel pour la confiance et la sécurité. Et oui, il y a également des leçons à tirer de ce processus et nous le faisons déjà.

En premier lieu, nous devons améliorer le partage de données des essais cliniques avec l'EMA, c'est pourquoi nous lançons dès maintenant un nouveau réseau européen d'essais cliniques. En parallèle, notre commissaire de la santé, Stella Kyriakides, va travailler sur un cadre réglementaire pour permettre à l'EMA d'examiner les vaccins aussi rapidement que possible.

Une autre leçon à tirer concerne la production de masse de vaccins. À juste titre, nous étions tous très concentrés sur le développement du vaccin, mais globalement, nous avons sous-estimé la difficulté liée à la production de masse. Il faut normalement cinq à dix ans pour produire un nouveau vaccin. Nous l'avons fait en dix mois. C'est une grande réussite scientifique. Nous devrions en être fiers.

Mais en quelque sorte, la science a dépassé l'industrie. La production des nouveaux vaccins est un processus très complexe. Il n'est simplement pas possible de mettre en place un site de production du jour au lendemain. De plus, ces vaccins intègrent jusqu'à 400 composants et la production implique jusqu'à 100 entreprises.

C'est pourquoi nous avons créé une *task force* pour accroître la production industrielle des vaccins sous l'autorité de Thierry Breton, notre commissaire en charge du marché intérieur. L'objectif est de détecter les problèmes et d'aider à les résoudre. L'industrie doit s'adapter au rythme de la science.

Indeed, industry has to match the groundbreaking pace of science. We fully understand that difficulties will arise in the mass production of vaccines, but Europe has invested billions of euros in capacities in advance and we urge the Member States to plan their vaccine rollout. So now we all need predictability and this is why we introduced the export transparency and authorisation mechanism. To be very clear, we do not intend to restrict companies that are honouring their contracts with the European Union and there is an automatic exemption for exports to the EEA countries, for the Western Balkans and the rest of our neighbourhood, for humanitarian needs and for the 92 low and middle-income countries covered by COVAX. So Europe is always ready to help, but we insist on our fair share.

As far as the mechanism goes, allow me a word on the island of Ireland. The bottom line is that mistakes were made in the process leading up to the decision, and I deeply regret that. But, in the end, we got it right, and I can reassure you that my Commission will do its utmost to protect the peace of Northern Ireland, just as it has done throughout the entire Brexit process.

Honourable Members, the battle against the virus is a marathon and not a sprint. It needs foresight, endurance and stamina. Almost every day we hear news of different variants and how contagious they are. We do not yet have the full picture when it comes to the effectiveness of treatments and vaccines on new strains, but we do know these variants will continue to emerge and we do know that we need to anticipate and prepare immediately.

This is why we are starting our new Health Emergency Response Authority (HERA) project now by launching our preparedness agenda against new variants next week. We need to adapt our regulations to this new challenge. We need rapid sequencing and clinical characterisation of new mutations, and we need systematic sample and data sharing across networks and labs because, to defeat the virus, we need to know as much detail about it as possible.

In parallel, we will tackle a second challenge. As I said, we are dealing with completely new mRNA vaccines never manufactured at scale before. One of the current bottlenecks is, for example, linked to just two synthetic molecules. If we had just 250 grammes more of these molecules, companies say they could produce one million more doses of vaccine. This is why we need more coordination on the supply of key ingredients. We need to improve manufacturing surge capacity and we need to boost cooperation between the public and the private sector. This will be the core task of HERA because we must ensure that, despite future mutants, we will be safe next winter and beyond.

We all know that the information we have on the virus and the vaccines can change by the hour, and this is why we will set up a contact group between the European Parliament and the Commission. I will do my utmost to ensure that you are able to scrutinise all the contracts we have signed because I know that trust needs transparency.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, wir alle geben unser Bestes im Kampf gegen das Virus – in den Familien, in den Städten und Gemeinden, in den Mitgliedstaaten und auf der europäischen Ebene. Und das sollten wir uns gegenseitig nicht absprechen. Wir werden diese Herausforderungen nur bewältigen, wenn wir zusammenhalten. Unser gemeinsamer Feind, das ist das Virus. Es lebe Europa!

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, we are facing an unbelievable stress test for European societies, for the European way of life, for all Europeans. No handshakes, no visits to grandparents, no holidays, no meetings with colleagues at work … only the home office and always with this terrible mask.

The vast majority of our citizens understand the measures introduced mainly by the Member States and each region. This is the only way to protect one other. We have to thank citizens for their understanding and especially those who work in the health sector every day. They are the heroes.

Everyone wants to escape, and the only chance of doing so is through vaccination. That is the light at the end of the tunnel, and probably the only light we currently have. And that is the reason for the disappointment. That is the reason for the huge expectations that we face when we speak with our citizens.

To avoid further frustration among citizens, I think the most important thing is to tell the truth. First of all, demand is much, much greater than production. We need time. The second message is, yes, the EU made all the mistakes; not everything was perfect over the last weeks and month, and in the coming weeks and months there will be time to draw up a report here in Parliament about what can be learned from the developments of the last few weeks.

Another message is to tell people that many of the decisions we took together were the right decisions. The key decisions were right. First, without the European Union, without our fight for more money, for research, there would have been no chance of developing the new types of vaccine. That was right. It was also right not to distinguish between first and second-class Europeans. To keep Europe together was right. It was also right that we as lawmakers established the principle of liability rules for companies, for distributing products in Europe, and these rules must also be respected by pharmaceutical companies. The Brits gave up. We as the EU did not. And fourth, safety first. It will probably take a little bit of time, but we didn't initiate a fast track procedure with the European Medicines Agency (EMA). We expect our experts to do a proper assessment, and that was right.

Dear colleagues, again, not everything has gone perfectly in the last year, but the key decisions were right, together with the governments, together with the Parliament, together with the Commission.

I also want to say a personal word to Stella Kyriakides. As our Health Commissioner, she is currently at the centre of the storm, and I want to underline that she, and the whole team, did a great job for Europe. So thank you so much, Stella, for your work.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Neben der Sicherheit müssen wir jetzt Ambitionen an den Tag legen.

Meine Fraktion hat gestern einen Elf-Punkte-Plan vorgelegt, wie wir die Produktion schnell anheben können. Wir brauchen Investitionen in Produktionen, 10-Milliarden-Programm. Wir müssen verhindern, dass sich die Mutanten weiter verbreiten, uns darauf auch vorbereiten. Wir müssen alle Produktionsanlagen mobilisieren, eine große Pharmaallianz schließen, um die Produktion nach oben zu kriegen.

Wir brauchen als Zweites eine Zusammenarbeit der westlichen Welt, einen G7-Gipfel, wo wir mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien reden, um den Egoismus, der dort herrscht, zu überwinden, Produktionsketten nicht zu unterbrechen.

Wir brauchen als Drittes jetzt: ja, die Bereitschaft zur Kooperation mit den anderen Staaten, aber auch nicht naiv zu sein als Europäische Union. Ein Exportverbot von in Europa produzierten Impfstoffen muss aus unserer Sicht nach wie vor als Option auf dem Tisch bleiben. Wenn Großbritannien keinen AstraZeneca-Impfstoff nach Europa liefert, warum sollten wir dann den BioNTech-Impfstoff nach Großbritannien liefern?

Zum Weiteren brauchen wir endlich gemeinsame Einreiseregelungen. Vor einem Jahr hat meine Fraktion bereits gefordert, gegenüber China im gesamten Schengen-Raum eine einheitliche Einreiseregelung zu machen. Wir schaffen es auf der Ministerseite – bei den Innenministern – bis heute nicht, dass wir endlich gemeinsame Regelungen für Südamerika oder für Südafrika bekommen. Das ist das Scheitern der Innenminister auf diesem Kontinent, weil das nicht gelingt. Bis heute warten wir auf Entscheidungen in diesem Bereich.

Dänemark und Schweden haben jetzt angekündigt, einen nationalen Impfpass auszustellen – ein Zertifikat für die Bürger bereitzustellen, dass sie geimpft sind. Täglich werden Zehntausende von Europäern geimpft, und wir schaffen es nicht, einen europaweit standardisierten Impfpass zu Verfügung zu stellen, damit wir die Bewegungsfreiheit im Schengen-Raum besser bewerkstelligen können. Auch eines der Themen, das umgehend angepackt werden muss.

Zu guter Letzt: die Wirtschaft, die Arbeitsplätze. Gestern haben wir das grüne Licht für den *Recovery and Resilience Fund* gegeben. Grünes Licht für den Wiederaufbau Europas. Auf mitgliedstaatlicher Seite haben bisher nur vier Staaten die *own resources*—Entscheidung gefällt. Die restlichen Staaten sind nicht in der Lage, grünes Licht zu geben, dass die Gelder endlich fließen können. Es liegt also enorm viel vor uns.

Ich habe vorher von den Mitarbeitern im Gesundheitswesen gesprochen, die eine große Verantwortung tragen. Sie sind im Krisenmodus. Wenn sie Rückschläge haben, dann wird nicht intern diskutiert, sondern dann wird angepackt, dann wird weitergearbeitet, dann wird versucht, das Beste zu machen. Und das sollten wir Europäer jetzt auch machen.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señora presidenta, ya sé que son momentos difíciles. Por supuesto que llevamos casi un año luchando contra la COVID-19 y queremos todos, cuanto antes, volver a la ansiada normalidad.

Precisamente, por la gravedad de la situación, les invito a todos ustedes a que nos paremos un momento y veamos la situación sin agitación, dejando de lado lo que pueden ser luchas entre unos y otros y dejando de lado también esos intereses partidistas que son legítimos, por supuesto, en este Parlamento, pero no es el momento ahora.

Esta semana he escuchado de todo: fiasco, desastre, fracaso… Estos mensajes de algunos, llenos de crítica y de frustración, finalmente, calan en la ciudadanía, en una ciudadanía que está con mucha frustración y que en estos momentos está esperando mucho de la Unión Europea. Porque parece que al menos la ciudadanía lo tiene claro: que no vamos a salir de esta crisis cada uno por su cuenta y que se necesita del esfuerzo de todos y de todas para salir de esta situación. Dejemos, por lo tanto, los mensajes catastrofistas y tratemos de ver la realidad tal y como es porque solo así podremos emprender las acciones necesarias. Con cabeza y con responsabilidad. Con las críticas que sean necesarias, por supuesto, pero también con un espíritu constructivo y con lealtad institucional.

Adoptar una estrategia europea para la vacuna era la decisión acertada. La única, en realidad. Lo que teníamos que haber hecho desde el principio. Recordemos el inicio de la crisis. Recordemos esas peleas entre países por acaparar respiradores o mascarillas. No parece que el sálvese quien pueda sea la mejor solución en este momento.

En los Estados Unidos, el presidente Biden ha propuesto, con respecto a las vacunas, activar la Ley de Producción de Defensa, una medida excepcional. Y habla de un esfuerzo logístico titánico para hacer llegar la vacuna a todos los rincones de los Estados Unidos.

En la Unión Europea nos enfrentamos al mismo reto para una población mayor que la de los Estados Unidos, pero con menos instrumentos. Sí, menos instrumentos, porque la Unión Europea no tiene competencias en el área de sanidad y tiene una gobernanza económica menos perfecta en este sentido y más inacabada.

Y por eso hemos tenido que ir creando nuevos instrumentos sobre la marcha y hacerlo todo en tiempo récord. Hemos llevado a cabo en tiempo récord la puesta en marcha del reaseguro de desempleo. En tiempo récord hemos puesto en marcha el plan de recuperación y resiliencia. Y en tiempo récord se ha producido, con el esfuerzo de todos, una vacuna que, en circunstancias normales puede tardar, como ha dicho la presidenta, diez años en producirse. Casi un año después del inicio de esta crisis, estamos mucho más cerca de ver la luz al final del túnel. Ha sido un esfuerzo colectivo, con muchos sacrificios y buscando las soluciones con solidaridad.

El retraso en la entrega de las vacunas de AstraZeneca ha provocado desilusión y desconfianza y es normal que la ciudadanía quiera saber qué está pasando. Y por eso este Parlamento tiene que tener la capacidad de tener un instrumento de seguimiento con la Comisión Europea, para que podamos tener toda la información. Una comisión de seguimiento a la que la comisaria Kyriakides, a la que el comisario Breton, encargados de sanidad y de industria respectivamente, puedan venir a rendir cuentas, que es lo que tienen que hacer con este Parlamento. Porque hemos invertido mucho dinero público, 2 700 millones de euros de la Unión Europea y 750 millones de los Estados miembros. Es mucho dinero público y necesitamos tener una contabilidad para saber qué es lo que estamos haciendo con esos medios públicos.

Sé que hay otros debates encima de la mesa y que son también necesarios, pero en lo que nos tenemos ahora mismo que centrar es en fomentar alianzas y consorcios entre farmacéuticas de la Unión Europea y de terceros países para acelerar la producción de las vacunas.

No caigamos tampoco en nacionalismos europeos. Este es un problema global y requiere de una mirada global. El mecanismo de control de exportaciones puede servir para controlar dónde están las vacunas de la Unión Europea, pero no debe en ningún momento entorpecer los acuerdos de vacunación mundial.

Parémonos un momento, por favor. La Unión Europea ha comprado 2 300 millones de vacunas para una población de 500 millones de personas en la Unión. La responsabilidad de la Unión va mucho más allá de nuestras fronteras. A la vez que vacunamos, debemos tener un compromiso global con todos aquellos que necesitan también de nuestra solidaridad.

Si se ha retrasado el inicio, estamos ahora aumentando la capacidad, y la Comisión calcula que el suministro crecerá de forma exponencial. Es en lo que tenemos que trabajar en estos momentos. El porcentaje de población vacunada en la Unión Europea debe incrementarse para dar también un mensaje de certidumbre y de tranquilidad.

Dejémonos de catastrofismos que no ayudan en nada y seamos capaces de sacar lecciones porque todavía estamos a tiempo, porque nunca es tarde para aprender. Y una muy importante es que hace falta dotar a la Unión Europea de más instrumentos. Así, ante futuros retos, podremos reaccionar de manera más rápida y eficaz.

En mi Grupo la Comisión va a encontrar siempre un socio exigente, pero responsable, para buscar soluciones y construir esa Europa de la solidaridad.

Dacian Cioloş, *au nom du groupe Renew.* – Monsieur le Président, Madame la Présidente, je vous remercie d'être là, au Parlement européen. Mon groupe a insisté pour que ce débat ait lieu, et je pense qu'il est très utile à ce stade.

Je n'ai pas de doutes, la vaccination est le projet qui marquera le plus les Européens au cours de ce mandat, au-delà du plan de relance qui a été voté hier et qui est aussi en soi une révolution.

Ce vaccin touche chaque Européen dans ce qu'il a de plus précieux: sa santé, celle de ses proches et le retour à la liberté.

C'est la première fois dans l'histoire que l'Europe a une telle responsabilité à l'égard de la société européenne dans le domaine sanitaire. L'attitude de Boris Johnson donne une idée de ce qui aurait pu se produire en Europe si on avait laissé chaque État membre affronter ces défis seul et si les États membres avaient été mis en concurrence.

Cette responsabilité européenne, attendue de fait par les citoyens, doit se matérialiser dans une Europe de la santé complémentaire à ce que font les États membres, pour que les institutions européennes et la Commission aient des responsabilités claires en ce qui concerne la santé.

Mais soutenir pleinement l'approche collective ne signifie pas donner un chèque en blanc. C'est au contraire une exigence, parce que l'Europe n'a pas le droit à l'erreur. C'est pour cela que nous sommes si exigeants, ici, au Parlement. Chaque retard doit être expliqué, justifié et accompagné de solutions pour y remédier.

Un jour, il faudra aussi qu'on explique ce qui aurait pu être mieux fait dans les contrats qui ont été négociés avec les producteurs de vaccins. Mais maintenant, chaque nouveau défi doit être anticipé, préparé et accompagné par des solutions.

Je me félicite de la mission que vous avez confiée à Thierry Breton aux côtés de la commissaire Kyriakides, pour relever aussi le défi industriel de la production de masse à côté de celui de la santé. Cette mission doit couvrir l'urgence et le moyen terme: la structuration d'une filière vaccinale pleinement indépendante, européenne et opérationnelle, car on peut imaginer que ce genre de défis risquent de se présenter à nouveau.

L'Europe a besoin de cette capacité non seulement en matière de recherche, où des progrès ont été faits, mais aussi de production et de production industrielle. Grâce à notre force de frappe dans le domaine de la recherche, et à notre capacité de production, nous avons une responsabilité en tant qu'Union européenne, non seulement pour les États membres, mais aussi pour ceux qui nous entourent. Dans les Balkans, sur le continent africain et au-delà, l'Europe doit être en mesure d'apporter des vaccins le plus vite possible. Nous devons poursuivre l'initiative COVAX et mobiliser davantage la communauté internationale dans une coopération qui doit être établie.

Nous devons aussi être à la hauteur du défi démocratique en étant ouverts et transparents à chaque étape. Je compte sur vous, Madame la Présidente, pour mettre en place dès les prochains jours, comme vous l'avez annoncé, le plus vite possible, ce groupe de contact avec le Parlement européen – et nous sommes aussi en train de nous organiser au Parlement –, pour qu'à chaque étape, cette maison soit informée en temps réel des difficultés, des nouveaux défis et des solutions mises en œuvre.

Cette dernière année nous a prouvé que c'est seulement par la transparence et par la clarté que nous gagnons la confiance de nos citoyens dans le projet européen. Les débats d'aujourd'hui s'inscrivent aussi dans ce processus.

Marco Zanni, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Presidente von der Leyen, io sono un po' stupito oggi. È chiaro che la campagna vaccinale era la più grande sfida insieme alla ripresa economica dell'Unione europea per il 2020 e per il 2021 e, come hanno ricordato i colleghi che mi hanno preceduto, la Commissione si è giocata molto e si gioca molto su questa campagna. Volenti o nolenti vi siete presi il palcoscenico, avete promesso che una gestione comune avrebbe portato dei benefici e una risoluzione del problema il prima possibile, ma non è stato così.

Oggi io mi sarei aspettato che lei, Presidente von der Leyen, ci avesse spiegato in dettaglio cosa non è andato, perché è evidente a tutti che qualcosa è andato male, e ci avesse spiegato nel dettaglio cosa la Commissione farà per recuperare il terreno perso. Invece, lei ha iniziato il suo discorso ricordandoci alcuni dei presunti successi di questa campagna vaccinale, e ha nominato anche il mio paese che è stato uno di quelli più colpiti. Però questi successi vengono percepiti solo qui, i cittadini e i governi non li stanno percependo. Sinceramente lo spettacolo che abbiamo visto nelle ultime settimane di contrasti e dissidi anche all'interno del collegio dei Commissari non è stato certo un riconoscere i propri errori e ripartire.

Io ormai sono qui da sette anni e ho capito una cosa: a mio avviso, il più grande difetto dell'Unione europea è l'incapacità di riconoscere i propri errori e di correggere la rotta in tempo. Purtroppo è stato fatto con alcune regole e con alcune scelte con cui abbiamo affrontato la crisi del debito dell'Eurozona nel 2010 e oggi, purtroppo, la mia impressione è che venga fatto anche su questa campagna vaccinale.

Non tocca a me ricordarvi l'importanza soprattutto su due aspetti. Il primo è quello della salute, che è quello che ci sta più a cuore, come ricordavano i colleghi prima di me: più velocemente implementeremo questa campagna, più vite salveremo. L'altro aspetto, secondario ma altrettanto importante, è quello dell'economia: sappiamo che chi prima vaccinerà, prima uscirà da questa crisi.

I dati ci dicono che rispetto ai nostri *competitor* fuori dall'Unione europea, rispetto al Regno Unito, agli Stati Uniti, all'India, alla Cina e a Israele, siamo ad oggi indietro di parecchie settimane. Qualche giorno fa alcuni analisti hanno stimato in 90 miliardi di euro il danno aggiuntivo da questi ritardi.

Io vorrei vedere una cosa, Presidente von der Leyen: riconoscere chiaramente i propri errori, perché tutti sbagliano, non siamo infallibili, e sicuramente questa è una gestione complessa, e che lei ci dica chiaramente quali sono i passi concreti che volete fare. Lei si è data un obiettivo ambizioso, che è quello di vaccinare il 70 % della popolazione europea entro settembre, ma vedendo lo stato delle cose ci pare ad oggi un obiettivo irrealistico.

Quindi, con molto realismo, ci dica chiaramente quelli che sono gli obiettivi realizzabili, e il motivo per cui un'entità come l'Unione europea, che ha tantissimi professionisti e avvocati ben pagati, non è in grado di stilare un contratto o di farsi rispettare dalle case farmaceutiche. Perché è evidente che c'è un problema se un'Unione, che è una potenza geopolitica, non riesce a far rispettare i contratti che scrive da alcune multinazionali. Questo è un grande problema.

Quindi io mi aspetto realismo, mi aspetto obiettivi chiari, quali che siano, e purtroppo dovremo ancora una volta, a mio avviso, valutare il fatto che l'Unione europea tra le parti del mondo sviluppato ancora sarà l'ultima a uscire da questa crisi. Questo è un elemento di riflessione profonda.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, four months ago it was still uncertain when we would have a safe and reliable vaccine on the market. Now three have already been authorised in Europe and more are expected. This is indeed a marvellous achievement. However, we must now look at the things that need to be urgently improved and, most importantly, we need to ramp up production – not just by a little, but by a lot! And, yes, that should have been done earlier. And, yes, that costs a lot of money. But continuing in and out of lockdowns for months on end will also come at a tremendous cost.

We also need to draw lessons concerning the transparency of the contracts the EU made with those pharma companies. In order to strengthen public trust and allow for democratic control – also of this very Parliament – we need to have full transparency of the contacts. And yes, dear Commission, dear colleagues, we also need to be self-critical. This crisis has painfully demonstrated the value of public research and of good public healthcare systems – areas that have been constantly thrown under the bus in an attempt to save money in recent years. Now we see how lethal such an ideology of austerity can be.

Let's learn together and invest in our resilience, and in our social fabric of public services, education and digitalisation. But we cannot pay attention to only our own well-being. We have a responsibility in the world. While the rich countries are buying up vaccines and fighting over who gets the doses first, some regions of the world risk being totally left behind and of getting their shots with years of delay. That is a real catastrophe. Nobody is safe until everyone is safe. Vaccines need to be accessible and affordable. We must do everything in our power to scale up production massively and ensure a just, global distribution. This is possible under WTO rules, and I wish the European Commission would be more supportive in using this flexibility. Intellectual property and bureaucratic barriers should not stand in the way of ensuring a more rapid and equal distribution globally.

Overcoming the pandemic will unfortunately still take time, and we cannot relax efforts to limit the spread of the virus, especially given the new variants. But reducing cases massively will not happen as long as some liberties are allowed in some EU countries, while forbidden in other countries, like ski resorts or shopping centres. It will also not happen as long as testing and tracing efforts remain highly disproportionate across Member States. Of course, no single approach will work for everyone, but we will not overcome the pandemic while retreating to international egoisms. Yes, the ambition to tackle this crisis together and to deliver the vaccines together, ensuring equal access for all EU citizens, was – and remains – the right recipe. I therefore urge the Portuguese Presidency to continue in this spirit of cooperation and to ensure that Member States come closer together in implementing common guidelines to contain COVID-19.

Beata Szydło, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Europejczycy zaufali Unii Europejskiej, a państwa członkowskie Komisji Europejskiej, że skutecznie doprowadzi do przeprowadzenia procesu szczepień. Każdy Europejczyk, który tego chce, który ma taką wolę, ma prawo do tego, ażeby w odpowiednim czasie otrzymać szczepionkę. Od tego zależy nasza przyszłość, zdrowie, gospodarka – to wszystko, co łączy nas w idei Unii Europejskiej.

Ale dzisiaj pytanie jest takie: czy Komisja Europejska poradziła sobie z tym procesem? Czy nie zawiodła? Podała Pani jako przykład między innymi Polskę – jako przykład sukcesu. Tak, zgadzam się, polski rząd świetnie sobie radzi ze szczepieniami i mógłby wyszczepić o wiele więcej w tym czasie Polaków, tych wszystkich, którzy chcą skorzystać z możliwości szczepienia. Jest tylko jedno „ale" – nie ma odpowiedniej ilości szczepionek. A przecież Komisja Europejska, podpisując umowę również w imieniu Polski, przejmując tę część zakresu odpowiedzialności za zdrowie obywateli Europy przynależną państwom członkowskim, przejęła na siebie również obowiązek skutecznego wyegzekwowania tych umów.

8 lutego miała dotrzeć do Polski kolejna partia jednej ze szczepionek. Dotrze 11 lutego i nie 100 proc., tak jak zakładała umowa, ale o 20 proc. mniej. Co będzie dalej? Jakie będą kolejne miesiące i tygodnie? Dzisiaj to jest najważniejsze zadanie Komisji Europejskiej – skutecznie wyegzekwować te umowy, które zostały podpisane, tak żeby każde państwo członkowskie otrzymało taką ilość szczepionek, jakiej potrzebuje. Nie ma dzisiaj ważniejszego zadania. Liczy się solidarność, ale liczy się też skuteczność. Dużo słów, dużo deklaracji… Mówiła pani komisarz tutaj o przyszłości. I dobrze, niech powstają grupy, niech powstają zespoły – ale mają być skuteczne.

Czy Komisja Europejska, poza rytualnymi narzędziami polegającymi na manifestowaniu oburzenia czy też deklaracjach, czy też różnego rodzaju rezolucjach, które są przyjmowane, ma skuteczne narzędzie do tego, ażeby wyegzekwować te umowy, które – jeszcze raz podkreślę – zostały podpisane? W tej umowie Komisja Europejska wobec państw członkowskich, wobec Europejczyków zobowiązała się do tego, że odpowiednia ilość szczepionek w odpowiednim czasie trafi do tych państw. To jest dzisiaj najważniejsze zadanie i na tym Komisja Europejska musi się skoncentrować.

Manon Aubry, *au nom du groupe The Left*. – Monsieur le Président, Madame von der Leyen, je ne vais pas y aller par quatre chemins. J'ai une question essentielle pour vous aujourd'hui: comment la Commission européenne a-t-elle pu accepter de se coucher ainsi face aux laboratoires pharmaceutiques? Dans la gestion de la stratégie vaccinale, j'ai le sentiment, Madame von der Leyen, que les dirigeants des «Big Pharma» ont fait la loi à votre place.

Tout d'abord, sur les négociations et les contrats: c'est l'opacité à tous les étages. Aucune information sur les négociations, malgré les demandes de notre Parlement. Seulement trois contrats rendus publics grâce à notre pression citoyenne. Et voilà à quoi ils ressemblent, pour ceux qui ne l'ont pas vu: toutes les informations les plus importantes, comme le prix, le calendrier de livraison ou même le détail des clauses de responsabilité sont masquées. Pour les autres contrats, il faudra attendre que les labos daignent les publier. Parce que oui, ce sont eux qui décident.

Sur les livraisons, ensuite, des retards en pagaille et aucun calendrier respecté. Sans aucune sanction, bien sûr. Parce que oui, ce sont les labos qui décident.

Sur les brevets, même scandale. Ces vaccins ont pu être développés grâce à des milliards d'euros d'argent public, mais les brevets, eux, restent la propriété exclusive des «Big Pharma». Résultat: les États ne peuvent produire à très grande échelle les doses dont le monde a tant besoin. Parce que oui, ce sont les labos qui décident.

Et enfin, cerise sur le gâteau, 15 milliards de profits, 15 milliards de chiffre d'affaires et 20 à 25 % de marge pour Pfizer, qui se réjouit d'ailleurs de son succès, de son *blockbuster*, je les cite. Sanofi n'a pas trouvé de vaccin, mais par contre, ils ont trouvé 400 postes de recherche à supprimer et 4 milliards d'euros de dividendes à distribuer. Les labos sortent le champagne. Parce que oui, ce sont eux qui décident.

Quel aveu d'impuissance, Madame von der Leyen! N'est-ce pas à nous, ici, dans cette enceinte, de faire la loi? On est capable d'imposer à nos concitoyens une restriction inédite de nos libertés, mais on serait incapable de fixer les règles aux «Big Pharma»?

La Commission doit rendre des comptes. C'est pourquoi, au nom de notre groupe de la gauche au Parlement européen, je demande la création immédiate d'une commission d'enquête sur la responsabilité de la Commission dans ce désastre. Nous sommes en droit de savoir, car après tout, ces vaccins ont été payés avec notre argent et l'équation doit être simple: argent public, contrats publics, brevets dans le domaine public. C'est aussi simple que cela.

Depuis des décennies, nous abandonnons tout, jusqu'à notre santé, aux mains du privé, et nous voilà aujourd'hui dans l'impasse. Nous proposons ici un chemin inverse: mettre un terme à la toute-puissance des laboratoires. Il est temps de faire tomber les brevets et s'assurer qu'aucun profit ne soit réalisé sur la pandémie. C'est la seule manière de pouvoir vacciner rapidement l'ensemble de la planète, pays riches comme pays pauvres, de rassurer les citoyens qui doutent, en sortant les vaccins des griffes des multinationales, d'espérer revivre après un an de deuil, d'inquiétude, d'isolement, de précarité. Voilà ce qui devrait être votre rôle, Madame von der Leyen, si vous n'aviez pas abdiqué face aux labos alors que la population n'en peut plus, que les précaires ont faim, que les jeunes désespèrent. Reprenons le contrôle face aux labos, sortons la santé du marché et considérons enfin les vaccins comme des biens communs de l'humanité, pas la machine à cash des actionnaires.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Monsieur le Président, Madame la Présidente, l'Union européenne devrait défendre la levée des droits de propriété intellectuelle des vaccins disponibles sur le marché, comme le permet l'accord de l'Organisation mondiale du commerce qui régit ces questions. Il y a deux bonnes raisons à cela.

La première, c'est que toutes les capacités de l'industrie pharmaceutique dans tous les pays du monde doivent être mobilisées afin d'accélérer le processus de vaccination au niveau mondial, parce que la crise sanitaire et la crise économique qui en découle sont mondiales. Cela n'aurait pas de sens de vacciner seulement une partie de la planète. Et les licences obligatoires au titre de l'article 31 de l'accord relatif aux aspects de propriété intellectuelle ne suffisent pas.

Mais il y a une deuxième raison. Manon Aubry en a parlé, ces vaccins ont été payés principalement par des fonds publics: 8 000 milliards de dollars sur les 14 000 milliards que leur développement global a coûté, et 2 000 par la philanthropie. Comme l'a dit Ellen T. Hoyn, il était imprudent de la part de nos gouvernements de remettre cet argent public sans conditions. La suspension du brevet aurait dû être une condition pour bénéficier de financements publics. Mais maintenant, nous pouvons corriger cette grave erreur si l'Union accepte la levée du brevet à l'Organisation mondiale du commerce et ne s'y oppose pas alors que les pays du Sud maintenant la réclament.

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

Vici President

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe jeden, der frustriert, der wütend ist und der müde ist, weil wir uns immer noch an diese strengen Maßnahmen halten müssen. Aber wie ein Experte in Deutschland kürzlich sagte: Leider ist das Virus nicht müde. Es hat sogar einen Boost bekommen durch die Mutationen. Und wir sehen gerade in Portugal, wie das ist: Wenn man zu schnell und zu früh lockert, dann wird es schlimm. Und deswegen müssen wir uns alle an die Maßnahmen halten. Und wir müssen auch an den Grenzen besser schützen.

Liebe Kommissionspräsidentin, liebe Ursula von der Leyen! Offene Grenzen sind ein hehres Ziel, aber wir haben hier eine gefährliche Virusmutation – drei sogar – und deswegen ist es nötig, mehr Druck zu machen, Europa als Ganzes zu schützen, aber auch in den Regionen genauer zu schauen, dass wir Kontrollen haben, dass die Mutationen sich nicht zu schnell verbreiten.

Zu dem Thema Impfungen: Ich möchte mit zwei Mythen aufräumen. Es wird immer gesagt, Europa hat zu spät bestellt. Aber erstens ist es ja so, dass hier die Verantwortung vor allen Dingen bei dem wichtigsten Impfstoff von BioNTech bei der Firma Pfizer liegt. Pfizer hat sich geweigert – das haben findige Journalisten mittlerweile mehrfach geschrieben –, das Recht jedes Europäers, zu klagen, wenn die Firma einen Fehler macht, zu akzeptieren. Und ich möchte denjenigen sehen, der sagt: Ich möchte, dass die Europäer kein Recht haben, gegen eine Firma zu klagen, die einen schwerwiegenden Fehler macht, wenn man da zu Schaden kommt. Ich möchte, dass sich hier jemand hinstellt und sagt: „Das Recht interessiert mich nicht mehr." Das hat die Kommission nicht getan, und dafür ist sie nicht zu kritisieren, liebe Freundinnen und Freunde.

Und dann wird gesagt, es war zu wenig Geld. Da werden immer nur die 2,7 Milliarden genannt aus dem ESI. Aber wenn man das Geld, das die Mitgliedstaaten jetzt schon ausgeben, um die Impfstoffe zu bezahlen, mit dem ESI addiert, kommt man auf 22 Milliarden.

Es ist also nicht alles perfekt gelaufen, aber vieles wird auch verdreht, und die Grundentscheidung war richtig. Wir müssen durch diese Krise gemeinsam europäisch kommen, und das sollten wir auch weiterhin hochhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Heléne Fritzon (S&D). – Fru talman! Kollegor, rådet och kommissionen! Vi befinner oss fortfarande i en kris, en mycket allvarlig kris med hög smittspridning och nya mutationer. Vi vet inte hur pandemin kommer att utvecklas eller hur länge den kommer att pågå, men vi har ett vaccin och vaccin ger hopp till människor.

Utan tvekan är EU-samarbetet helt avgörande för att alla EU:s medborgare ska få tillgång till vaccin. Den EU-gemensamma upphandlingen är viktig för medlemsstaterna, och vi har nu ett vaccin på plats men det är fortfarande oroande med de problem vi har sett. Jag tänker på Astra Zeneca och deras försenade leveranser. Jag tänker på kommissionens försök att använda handel och exportrestriktioner som medel, som i Nordirland. Jag tänker allra mest på alla medborgare som nu väntar på sitt vaccin, och jag vill därför ställa tre tydliga krav på kommissionen. Kommissionen måste se till att avtalen följs, att avtalen blir transparenta; det handlar om förtroende. Kommissionen måste säkra leveranserna, öka produktionen och påskynda medlemsstaternas arbete med att genomföra vaccinationerna, så att vi når vårt mål. Och kommissionen måste ta det samlade ledarskapet för vår gemensamma vaccinstrategi så att vaccineringen blir jämlik och rättvis.

Vi måste alla samarbeta i en svår tid. Vi måste säkerställa en rättvis tillgång till vaccin i hela EU, men också globalt. ”Ingen får lämnas efter”, är det så många som säger. Då måste vi också hjälpa våra utvecklingsländer att få tillgång till vaccinet. Viruset känner inga gränser. Därför är det så viktigt att vaccinet inte heller hindras av några gränser. Det är nu vi måste agera snabbt.

Pascal Canfin (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Présidente de la Commission, nous sommes à vos côtés quand vous rappelez que 27 contrats différents, 27 prix différents, 27 conditions d'accès différentes au lieu d'un seul contrat européen nous aurait menés à une situation bien plus chaotique que celle que nous connaissons aujourd'hui.

Nous sommes à vos côtés quand vous rappelez qu'au Royaume-Uni, moins de citoyens britanniques ont été vaccinés avec deux doses que, en moyenne, dans l'Union européenne. Le soi-disant retard de l'Union européenne vis-à-vis du Royaume-Uni est simplement dû au fait que nous avons respecté les procédures. Nous avons suivi l'avis de l'Agence européenne des médicaments et nous vaccinons avec deux doses pour vacciner complètement et non pas partiellement les citoyens européens. Certes, plus de citoyens britanniques sont à moitié vaccinés, mais ils ne sont pas vaccinés – lorsque l'on regarde les chiffres complets, plus d'Européens le sont que les Britanniques, en moyenne.

Nous sommes à vos côtés, mais nous sommes aussi exigeants, Madame la Présidente. C'est pour cela que, depuis le mois de septembre, nous demandons plus de transparence.

Nous nous réjouissons du groupe de contact que vous nous avez annoncé. Nous nous réjouissons qu'avec Stella Kyriakides, Thierry Breton travaille maintenant tous les jours avec les laboratoires pour produire plus. Car c'est bien ça le sujet: produire plus, produire plus. Il ne suffit pas, Madame Aubry, de mettre le brevet dans le domaine public pour avoir les solutions techniques pour produire plus. C'est évidemment la facilité et ça ne règle rien.

Néanmoins, Madame la Présidente, nous voulons encore davantage de transparence sur les contrats, bien sûr, cela a été rappelé. Mais aussi sur les données mois par mois, sur le nombre de doses attendues État par État pour atteindre notre objectif collectif, à savoir vacciner plus de la moitié de la population adulte d'ici à l'été.

Ces chiffres ne sont pas publics. Comment voulez-vous que les citoyens européens sachent quel est le chemin crédible qui va nous emmener jusqu'à cet objectif si ces chiffres ne sont pas publics? Seuls trois États les ont rendus publics – je salue le Danemark, la Suède et la France. Que font tous les autres? C'est aussi une demande forte du Parlement européen vis-à-vis de vous et vis-à-vis des gouvernements dans chacun des pays membres.

Nicolas Bay (ID). – Madame la Présidente, mes chers collègues, les grandes crises révèlent l'efficacité ou l'inefficacité d'une organisation. Défaillante lors de la crise financière en 2008, défaillante lors de la crise migratoire en 2015, défaillante au début de la crise sanitaire avec aucune anticipation ni aucune coordination de l'action des États membres, l'Union européenne nous promettait qu'elle allait se rattraper sur les vaccins.

La Commission européenne a centralisé les commandes et la répartition des vaccins. Mais tous les pays qui se sont organisés hors du cadre de l'Union européenne s'en sortent mieux aujourd'hui. Les Britanniques en sont à 12 millions de vaccinés quand la France, l'Espagne et l'Italie plafonnent à peine à deux millions. L'Allemagne a eu la prudence d'acheter des doses en plus de la commande groupée européenne. Quant à la Hongrie, elle a eu l'habileté d'acheter des vaccins à la Russie et à la Chine. Mais beaucoup de pays, dont la France, sont pieds et poings liés dans le dispositif piloté par la Commission européenne.

Comme toujours, lorsque les institutions européennes sont en échec, les technocrates cherchent à désigner des coupables. Face à la lenteur des livraisons d'AstraZeneca, Madame von der Leyen, vous avez décidé de rétablir temporairement la frontière entre l'Irlande et l'Irlande du Nord pour bloquer les exportations. Vous avez ainsi rouvert avec une incroyable légèreté les plaies du conflit irlandais. Et pour couronner le tout, vous avez essayé de faire porter la responsabilité à votre commissaire au commerce.

On peut aussi souligner l'absurdité de la position de l'Union européenne à l'égard de la Russie. Depuis bientôt sept ans, vous imposez des sanctions à la Russie dont nous subissons les conséquences, notamment sur nos produits agricoles. Sept ans plus tard, en début de crise, nous sommes obligés de faire appel à des avions gros porteurs russes pour approvisionner des masques par pont aérien entre la Chine et l'Europe. Et maintenant, après avoir émis des doutes sur le vaccin Spoutnik, nous allons être obligés de le quémander.

Que penser de la pitoyable prestation du haut représentant Josep Borrell à Moscou ces derniers jours? Il n'avait rien à proposer, il n'a donc rien obtenu. Quel mélange d'arrogance et d'ignorance que de réclamer l'indulgence pour Navalny et l'accès au vaccin Spoutnik sans proposer aucune contrepartie. Demander ensuite des sanctions supplémentaires ajoute le grotesque à l'humiliation.

L'opacité dans les contrats, l'incapacité à les faire respecter, les retards dans les livraisons, la diplomatie ridicule… Vos fiascos à répétition montrent malheureusement qu'il y a d'autant moins de stratégie européenne qu'il n'y a pas de stratège. Les Européens ne méritaient pas de subir ça en plus de la crise sanitaire.

Diana Riba i Giner (Verts/ALE). – Señora presidenta, señora presidenta de la Comisión, quiero comenzar esta intervención reconociendo el esfuerzo que ha hecho y que sigue haciendo la Comisión para garantizar el suministro de las vacunas en todos los Estados miembros. Aun así, es obvio que muchas cosas no se han hecho bien; hay que denunciar, por ejemplo, la falta de transparencia que ha existido en los contratos con las farmacéuticas e incluso con los datos que se han obtenido a través de los ensayos clínicos.

En los últimos meses hemos visto cómo de importante es la solidaridad y empatía para superar esta crisis, y es que nadie está a salvo hasta que todas estemos a salvo. Por eso, las desigualdades que existen para acceder a la vacuna en el planeta no es solo un problema sanitario, también es un problema económico, moral y de derechos humanos.

Mientras que se han suministrado 39 millones de vacunas en los países ricos, solo veinticinco, repito, solo veinticinco unidades se han suministrado en los países pobres. Debemos hacer todo lo posible para aumentar la producción y abrir los derechos de propiedad intelectual para satisfacer una necesidad que es global; solo así conseguiremos un mundo pos-COVID-19 más justo e igualitario. Por todo esto, el Grupo Verts/ALE apuesta por una inversión renovada a gran escala, tanto con el COVAX como con la producción farmacéutica existente, y apoyamos una excepción temporal de las barreras de propiedad intelectual en el marco de las reglas de la OMC.

Peter Lundgren (ECR). – Fru talman! Den svenska regeringen har under Stefan Löfven gett bort rätten att upphandla coronavaccin till EU. Europeiska kommissionen är nu ansvarig för att köpa in vaccinet. Precis som allt annat som EU ansvarar för ser även det här nu ut att bli ett stort problem. Vi ser det tydligt nu då länder utanför EU, såsom Israel, Kanada och Storbritannien, har tillgång till vaccin från tyska BioNTech och Pfizer. Vi vet redan vad kommissionen kommer att säga som förklaring. De kommer att säga att vi behöver en hälsounion och att misslyckandet var enbart för att EU har för lite makt, som vanligt.

Det är tragiskt att statsminister Löfven inte bara stöder den här kommissionen utan även vill ge den ännu mer makt. Europeiska kommissionens förhandlingsstrategi om inköp av vaccin kom för sent och var för fokuserad på priset i stället för leveransvillkoren. Det häpnadsväckande är att kommissionen å ena sidan är kritiska mot priset på vaccinet som kan rädda liv, men å andra sidan lägger fram de största budgetarna i EU:s historia, som går till en massa slöseri. Sverige som är bland de hårdast drabbade av pandemin ska dessutom försörja andra EU-länder med räddningspaket som går till medborgarlön i Spanien eller broar i Italien. Det är liv vi ska rädda, det är inte euron.

Kommissionen ville ta krafttag mot covid-19 men misslyckades med att säkra leveranserna. Det är därför Sverige i dag har brist på vaccin och ligger långt efter många länder utanför EU med att vaccinera sina medborgare. Sverigedemokraterna önskar så klart att Sverige själva skulle ta ett ansvar för vaccinstrategin.

Marc Botenga (The Left). – Voorzitter, er sterven iedere dag nog steeds duizenden mensen aan COVID-19. We hebben nu echter een vaccin. Mijn gezond verstand zegt: laten we ervoor zorgen dat dit zo snel mogelijk bij zo veel mogelijk mensen terechtkomt. Laten we ervoor zorgen dat dit door zo veel mogelijk bedrijven wordt geproduceerd. Het gaat erom dat we kennis en technologie delen en het vaccin sneller verspreiden dan het virus.

In plaats daarvan zien we echter dat de grote farmaceutische bedrijven weigeren mee te werken in verband met patenten en intellectuele eigendom. Wij hebben met Europees geld betaald voor basisonderzoek aan de universiteit en voor de productie en ontwikkeling van het vaccin. We hebben zelfs een investeringsrisico genomen: "*de-risking*" noemde de commissaris dat zo mooi. En toch weigeren deze bedrijven te delen. Miljarden winst voor hen, te weinig vaccins voor ons.

In België valt de vaccinatiestrategie vandaag stil omdat de bedrijven niet leveren. De winsthonger van de aandeelhouders kost levens. Laten we de grote farmaceutische bedrijven alstublieft verplichten hun kennis te delen, mevrouw de commissaris. Minder dividenden voor de aandeelhouders, maar meer vaccins voor ons allemaal. *No profit on pandemic!*

Márton Gyöngyösi (NI). – Madam President, following the historic establishment of the EU recovery fund last year, the EU has received once again a golden opportunity to demonstrate strength and solidarity in fighting an unprecedented crisis by making vaccines available for 27 Member States, regardless of whether they are rich or poor, powerful or small.

There would have been a double benefit: providing protection for 450 million citizens and demonstrating European unity, but by now it is quite evident that the Commission's management was far from perfect.

The announcement of export controls on the vaccine effectively triggered a hard border in Ireland, something which we have been trying to avoid for three years. And the EU lags behind for whatever reason: only 3% of our population is vaccinated. How on earth do we want to champion COVAX if we can't even get our own population vaccinated?

Even with all the blunders you are quite right, Madam von der Leyen, it is still better that we have the Commission in the driver's seat, but, all those that have faith in European cooperation are losing hope, and all those that are happy to see it stumble are getting a boost.

There are two questions that are arising. What are the lessons learned? Some of that you have answered already, but who is responsible? I hope to receive an answer to that question.

Esther de Lange (PPE). – Voorzitter, wij zijn vanochtend naar het Parlement gekomen voor nog een vaccinatiedebat. We zijn ongetwijfeld gefrustreerd dat niet alles gaat zoals we willen. Denk echter eens aan de tienduizenden verpleegkundigen in de hele Europese Unie die vanochtend weer naar het werk zijn gegaan, wetend dat ze zich aan het voorbereiden zijn op een nieuwe "code zwart", op de muterende versie van het virus die grote gevolgen kan hebben voor de opnamecapaciteit van ziekenhuizen.

Zoals zij volhouden, moeten ook wij volhouden en bijsturen waar dat nodig is. Ik denk dat de voorstellen van de Europese Commissie van vanochtend in die zin goed zijn.

I listened very well to the European Council and I heard one omission and one understatement of the year. The omission Manfred Weber has already mentioned, it's our external borders. It's unacceptable that one Member State has closed off its airspace for South American flights, yet you can easily still fly to Madrid and then have free access to the entire European Union. We asked a year ago to fix this and to have a common approach, and we insist on that today.

The understatement of the year was of course the remark that companies may have underestimated their capacity to produce. Yes, hiccups are normal, and then together we try to fix it, like with Pfizer, and I think we did. But some companies give the impression that they are acting in bad faith, and there the EPP believes that with regard to prefinancing that was given up front to set up production, we should be able to take that away, take it back if companies don't deliver. And I know I'm over time, but I want to make one important remark when it comes to …

[…] papier dat heel erg geduldig is. Wat op papier staat, wordt niet altijd geleverd.

And with the Johnson & Johnson vaccine, we need to be careful that if fill and finish is done in the US, we get it back.

Ook premier Rutte moet nog met president Biden spreken. Dit onderwerp hoort bovenaan zijn lijstje te staan.

Eric Andrieu (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Présidente de la Commission, Madame la Ministre, l'enjeu est d'importance.

Pour combattre la pandémie, pour minimiser le plus possible les conséquences sanitaires, sociales et économiques, nous le savons tous, la vaccination est certainement la meilleure solution. Pour ce faire, vous avez choisi, Madame la Présidente, l'approche communautaire et l'acquisition conjointe de vaccins à l'échelle européenne, et nous ne pouvons que louer votre décision.

Pour sécuriser les citoyens européens, vous avez pris vos responsabilités en jetant votre dévolu sur des vaccins sûrs et efficaces autorisés par l'Agence européenne des médicaments, au moment où d'autres faisaient des choix différents en matière de sécurité. Merci pour ces choix. Mais aujourd'hui, il y a urgence à vacciner, en particulier les plus fragiles.

Nous devons tout d'abord gagner la confiance des citoyens européens dans le processus de vaccination et il ne peut y avoir de confiance s'il n'y a pas de la transparence. Nous devons avoir accès aux contrats signés entre l'Europe et les «Big Pharma» – accès à l'intégralité des contrats, accès aux clauses de responsabilité. Nous devons pouvoir jouer pleinement notre rôle de défenseur des droits de nos concitoyens, et merci de votre proposition de créer un groupe de contact entre la Commission et le Parlement.

Ensuite, Madame la Présidente, vous nous avez dit que le vaccin était un bien commun mondial et je suis d'accord avec vous. Mais si c'est réellement le cas, nous devons pouvoir produire en urgence le nombre de vaccins nécessaires. Mobilisez tous les instruments que vous avez à votre disposition pour obliger les entreprises pharmaceutiques à honorer leurs contrats!

Il n'est pas pensable, au cœur de la pandémie et de la progression des variants, que nous soyons bloqués par l'incapacité des laboratoires à produire le nombre de vaccins suffisants. Le miracle scientifique que représente la création de ces vaccins ne peut être saboté par un chaos logistique. Et même si la production est complexe, le partage des brevets par l'industrie au moyen des licences volontaires à d'autres laboratoires est indispensable. Il nous faut impérativement augmenter la production de vaccins sur le sol européen pour répondre à l'urgence et continuer à développer notre solidarité à l'échelle internationale, quel qu'en soit le prix. Ce doit être le sens donné à l'Europe de la santé, car il n'y aura pas d'issue sans solidarité.

Katalin Cseh (Renew). – Madam President, I strongly support a joint European approach in vaccine procurement. It shields us from toxic divisions and helps smaller Member States like my own.

But, colleagues, we have been calling for transparency of vaccine purchases for half a year now. It is very good to have a commitment on this, but, Madam President of the Commission, we should have heard this speech last June. It was clear from the very beginning that extra efforts need to be made to increase transparency. What we have heard until now was a lack of clear communication, avoiding parliamentary scrutiny and refusing questions from journalists. In a crisis it's a recipe for disaster.

Uncertainty is everywhere these days, and our citizens expect to have all the information about timelines, production, delivery, what they will get when, and how. If something goes wrong, they also deserve to know why. Who took the decision to refuse millions of extra doses of the frontrunner vaccines? Who negotiated? Which Member States were dragging their feet? We need to know that because accountability and scrutiny are not unnecessary nagging, but are the cornerstones of democracy and our number one job as parliamentarians. We will fulfil this role in the future as well.

Jörg Meuthen (ID). – Frau Präsidentin, verehrte Kollegen! Die Kommissionspräsidentin verkauft dieses zentral von ihr zu verantwortende Desaster weiterhin selbstbewusst als Impfstrategie. Dieses Chaos auch noch als Strategie verkaufen zu wollen, ist eine Verhöhnung der Bürger der EU.

Dahinter steckt eben leider gerade keine Strategie, sondern maßloses Unvermögen. Dieses Versagen hat harte und konkrete Konsequenzen: Millionen Bürger fürchten mehr denn je um ihre Gesundheit und um ihre wirtschaftliche Existenz. Impfungen sollen nach Überzeugung aller politischen Entscheidungsträger den Weg aus dieser Pandemie weisen – selbstverständlich ohne Impfpflicht. Sie sind also demnach von entscheidender Bedeutung.

Doch in der EU herrscht massiver Impfstoffmangel. Es reicht hier nicht einmal für die gefährdetsten Gruppen. Andere dagegen – ich nenne nur Israel, die USA und Großbritannien – machen derweil beachtliche Fortschritte bei der Durchimpfung ihrer Bevölkerung. Diese Länder haben frühzeitig, eigenverantwortlich und erfolgreich für Vakzine gesorgt. Ein Glück, das den Bürgern der EU verwehrt blieb. Die EU dagegen hat es wieder einmal vergeigt: Die Brüsseler Eurokraten bestellten zu spät, zu wenig und vollkommen unzureichend.

Nicht einmal den günstigsten und mutmaßlich schwächsten Impfstoff, der in der Schweiz gar nicht erst zugelassen wird, haben sie beschaffen können, das offenbar durchaus hochwirksame Vakzin aus Russland dagegen von vornherein – vermutlich aus schlichter politischer Aversion – ausgeschlossen.

Da wundert es nicht, dass Sie, Frau von der Leyen, nun voller Missgunst auf Großbritannien schauen. Die britische Regierung hat ihre Pflicht getan, die Impfstoffe rechtzeitig bestellt und bezahlt, hat ganz ohne die EU bewiesen, wie es geht.

Wir erinnern uns: Die EU benutzte das Karfreitagsabkommen jahrelang, um die britische Seite in den Brexit-Verhandlungen unter Druck zu setzen. Jetzt zögerte sie zunächst nicht, dieses zum eigenen Vorteil zu brechen. Erst der öffentliche Druck bewog sie, Impfstoffexporte über Nordirland überhaupt weiterhin zuzulassen. Das ist eine Bankrotterklärung. Das eilig erlassene Exportverbot ist nichts weiter als der hilflose Versuch, das eigene Totalversagen noch irgendwie zu kaschieren. Die EU-Kommission, seien wir ehrlich, hatte nie eine Strategie. Und sie hat sie weiter nicht.

Frau von der Leyen, als deutsche Verteidigungsministerin haben Sie Soldaten mit Besenstielen ins Manöver geschickt. Schon damals hatten sie nicht den Anstand, persönliche Konsequenzen zu ziehen.

Hier von Brüssel aus werden die Folgen ihrer Unfähigkeit immer fataler: Sie kostet Menschenleben. Sie vernichtet in großem Stil – infolge Impfstoffmangels – die wirtschaftliche Existenz von Millionen Bürgern.

Hören Sie auf, die Schuld auf alle anderen zu schieben. Stehen Sie zu Ihrer Verantwortung. Tun Sie Europa und sich selbst einen Gefallen: Treten Sie endlich zurück, es ist überfällig.

Frau von der Leyen hat es offenbar vorgezogen, eine Minute bevor ich sprach – weil sie damit rechnen musste, dass ich das sagen werde – die Sitzung zu verlassen.

Tilly Metz (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Madame la Présidente de la Commission, tout d'abord, félicitations pour la publication d'un troisième contrat. Toutefois, au risque de me répéter, je ne qualifierais pas cela de transparence lorsque des clauses essentielles sont noircies.

Pourquoi ne pas répondre à la demande formelle d'accès à l'intégralité des contrats déposée – conformément aux traités – par les Verts? Cela vous permettrait de vous placer du côté des citoyens.

Il y a tant d'incertitude et de critiques à l'égard de l'Union sur un enjeu si important que je ne comprends pas pourquoi vous restez – pour l'instant – du côté de l'industrie.

Quid des clauses des contrats, justement? La Commission et le Conseil font-ils à ce point confiance à l'industrie pharmaceutique qu'ils n'ont pas jugé utile de fixer des objectifs d'augmentation de capacité de production précis? Et quid de l'inclusion des plus vulnérables dans les essais cliniques?

Autant de questions légitimes, et il est clair que les industriels jouent un jeu contractuel qui n'a rien à voir avec l'intérêt public.

Je suis persuadée que l'Union a fait son possible, mais j'aimerais pouvoir le prouver aux citoyens et aux citoyennes, et pour cela il faut de la transparence.

Derk Jan Eppink (ECR). – Voorzitter, mevrouw Von der Leyen, in uw toespraak over de staat van de Unie riep u de Europese Unie uit tot een gezondheidsunie. De gemeenschappelijke inkoop van vaccins zou de eerste beproeving worden en moest vooral solidair verlopen, alleen via de EU. Het klonk alsof u daar vertrouwen in had.

De lidstaten wachtten af terwijl landen zoals Israël, de VS en het VK inkochten. De EU kwam niet vooruit en drie maanden gingen verloren. De vaccinatieprogramma's lopen nu overal vertraging op, waardoor meer mensen overlijden. U bent daarvoor politiek verantwoordelijk. Ik heb zeven jaar bij de Commissie gewerkt. De Commissie is een beleidsmaker, geen *deal maker* op de vrije medicijnenmarkt.

Vervolgens gaf u opdracht tot een uitvoerverbod, waardoor een harde grens ontstond tussen Ierland en Noord-Ierland. Erg dom, zoals u zelf al zei. U geeft als voorzitter andere commissarissen de schuld. Erg zwak.

Ik heb niet op u gestemd omdat ik bekend was met uw werk als minister van Defensie in Duitsland, waarbij soortgelijke problemen optraden wat betreft aankoop en gebrek aan collegialiteit. Kortom: u heeft gefaald. U bent politiek verantwoordelijk. Daarom vraag ik u af te treden als voorzitter van de Europese Commissie.

Kateřina Konečná (The Left). – Paní předsedající, paní předsedkyně Komise, bohužel od naší minulé debaty se situace ohledně očkování nezlepšila. Měli jsme možnost si přečíst tři smlouvy o nákupech vakcín, ale to, co jsme z nich vyčetli, nás spíše znepokojilo a budu konkrétní. Díky špatně sepsané smlouvě se společností AstraZeneca si z nás tato firma dělá prostě „dobrý den". Jak je vůbec možné, že Komise uzavřela smlouvy, které neobsahují žádný sankční mechanismus pro výrobce, který neplní své povinnosti? V normálním státě by za toto fiasko nesla politickou odpovědnost vláda. A já se ptám, kdo jí nese zde? Předsedkyně Komise se tváří, jako by se nic nedělo. Přitom to není jediná blamáž se smlouvami.

Ze smluv se společností CureVac a Sanofi víme, že dohody často zakazují vývoz přebytečných vakcín do třetích zemí, a to i v případě darování z humanitárních důvodů. Přitom EU plánuje své přebytky poskytnout chudším zemím, slyšeli jsme to tady, musíme pomáhat rozvojovým zemím a tak dál. Jak to chcete udělat? Porušíte smlouvy s těmito firmami? V pořádku, já vám tleskám. Ale v tom případě porušte i smlouvy týkající se patentů, zachráníte tím statisíce lidských životů.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το τρίτο κύμα της πανδημίας βρίσκεται και στην Ελλάδα προ των πυλών, με χώρους δουλειάς, μέσα μεταφοράς και σχολεία χωρίς θωράκιση και με απογυμνωμένο το δημόσιο σύστημα υγείας. Εδώ και τώρα απαιτούμε μέτρα προστασίας και πραγματική επίταξη των ιδιωτικών δομών χωρίς αποζημίωση και την ένταξή τους στο κρατικό σχέδιο. Διαψεύστηκαν η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι κυβερνήσεις που προέβαλαν το αναγκαίο εμβόλιο ως πανάκεια προκειμένου να παραμένουν το δημόσιο σύστημα υγείας και η πρωτοβάθμια φροντίδα σε άθλια κατάσταση και να επιταχύνεται η εμπορευματοποίηση για να θησαυρίζουν οι κλινικάρχες, να πολλαπλασιάζονται οι συμπράξεις ιδιωτικού-δημοσίου και ο λαός να πληρώνει πανάκριβα. Μια κατάσταση που υπονομεύει και τον μαζικό εμβολιασμό. Στις ελλείψεις και τις καθυστερήσεις οδηγούν οικονομικοί και γεωπολιτικοί ανταγωνισμοί ανάμεσα σε ιμπεριαλιστικά κέντρα μεταξύ φαρμακοβιομηχανιών. Κριτήριο παρέμβασης της Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι τα κέρδη των ομίλων. Η δε πατέντα σημαίνει ιδιοκτησία και μόνον η κατάργησή της ανταποκρίνεται στις λαϊκές ανάγκες. Ενάντια στο εκμεταλλευτικό σύστημα διεκδικούμε προμήθεια εμβολίων από οποιαδήποτε εγκεκριμένη πηγή, όπως και όλων των φαρμάκων που μπορούν να συμβάλλουν στην αντιμετώπιση της νόσου.

Dolors Montserrat (PPE). – Señora presidenta, hace un año del inicio de la crisis de la COVID-19. Desde el primer momento las instituciones europeas tuvimos claro que había que hacer lo que fuera necesario para afrontarla, pero estando juntos. Era imprescindible alejarnos de nacionalismos sanitarios si queríamos ganar esta batalla al virus en el menor tiempo posible.

Por ello, la Comisión, con el apoyo del Parlamento, acertó en liderar la estrategia para acelerar la investigación, la fabricación y el despliegue de vacunas seguras y eficaces, con el sector público y privado colaborando.

También acertó en la puesta en marcha de una compra centralizada, con acceso igual y equitativo para todos los europeos. Y en la solidaridad europea, participando en COVAX para apoyar a los países en desarrollo, para ganar esta lucha en todo el planeta.

Ahora nos toca acertar y cumplir con el objetivo marcado de que el 70 % de los europeos estemos vacunados e inmunizados a finales de verano. Y, por tanto, nos tenemos que adelantar al futuro. Para ello necesitamos absoluta transparencia y cumplimiento de los contratos por parte de la industria farmacéutica. Debemos monitorear la cadena de suministro y asegurar que toda la industria farmacéutica en Europa con capacidad para producir vacunas y también sus complementos redoble la producción. Debemos utilizar las vacunas de manera más eficiente, y estoy hablando de dosis. También tenemos que financiar fondos permanentes para la investigación contra las variantes del virus. Y aumentar los test masivos para frenar estos nuevos brotes, también en nuestras fronteras.

Para proteger nuestras libertades debemos mejorar y homogeneizar los procesos y por ello también tenemos que exigir a cada Estado miembro planes nacionales de vacunación transparentes, infraestructuras para la vacunación masiva, planes de contingencia y que cumplimenten la transmisión de datos al Centro Europeo para la Prevención y el Control de las Enfermedades.

Lo lograremos, juntos, con transparencia y con espíritu constructivo.

Jytte Guteland (S&D). – Madam President, we are still in a critical phase of the pandemic and Europe's challenges are far from over. There are worrying signs of a third wave, and we also see different mutations rolling across our Union.

It will hardly come as a surprise as there are concerns that the roll-out of vaccines is not proceeding fast enough. Recent setbacks in terms of delay and insufficient production capacity from the company AstraZeneca have mercilessly shown how fragile the situation is. The setbacks raise important questions about production capacity in the EU and how we as a union can avoid being too dependent on one single actor, especially when that actor fails to deliver.

I would welcome more clarity on how this situation happened and how the Commission intends to adapt its strategy accordingly to avoid this occurring again in the future. We also need more data on the transparency and the efficacy of the different vaccines in different age groups. I would like to hear more about what the Commission is doing about that.

It is clear that our action needs to be stepped up. The Union needs to ensure that the amount of vaccine is enough for our citizens in our Member States. The public has the right to know what the Commission is doing and to know that the Commission is leaving no stone unturned. Access continues to be crucial for the success of this strategy.

We expect to see concrete action from the Commission to boost the production of vaccine in Europe and the EU because this is the bottom line. We need to ramp up a stable production for Europe's joint and cooperative strategy to be a success and to reach the necessary vaccine coverage in our Member States.

The S&D Group stands with the Commission a hundred per cent on this, and you have our full support for the joint procurement process and for making sure that the vaccine is safe and efficacious for citizens.

Frédérique Ries (Renew). – Madame la Présidente, de débat en débat, et on en a eu quelques-uns maintenant depuis le début de la pandémie, toutes les questions sont posées. La solidarité, le matériel de protection, la commande de vaccins, les couacs, les retards, les brevets, dont on parle encore ce matin… Des questions essentielles, mais ce n'est pas la priorité. L'urgence, aujourd'hui, c'est de vacciner. Point.

Un petit 3 % de la population européenne est vaccinée, 40 % en Israël, 10 % aux États-Unis, dans un climat compliqué, mais c'est un autre débat. Quelle est cette recette, la recette américaine? C'est l'union sacrée. C'est le privé et le public, ce sont toutes les forces vives, c'est la défense, l'agriculture, la santé, ce sont les CDC *(centers for disease control)* autour de la BARDA *(Biomedical Advanced Research and Development Authority)*. Pour citer Moncef Slaoui, *Mr Warp Speed* aux États-Unis, «on tutoyait l'ARN pendant qu'on construisait des usines». Et puis l'essentiel, cet investissement massif de 15 milliards de dollars.

Tout cela, *mutatis mutandis*, c'est le cahier des charges de notre future agence européenne: HERA, c'est pour demain.

En attendant, sous-traitance, octroi de licences, coopération entre les labos, tout ceci figure dans les contrats – article 5, paragraphe 4, par exemple, pour le contrat AstraZeneca – et nous faisons maintenant, avec Thierry Breton, sauter les blocages.

Gerolf Annemans (ID). – Voorzitter, vaccinatie is nog altijd de beste manier om de economische schade van de pandemie te beperken. De beslissing van deze Commissie om de coronavaccinatie te misbruiken om inbreuk te maken op het gezondheidsbeleid van de lidstaten is dan ook ronduit een vergissing te noemen. Lidstaten die al vrij ver waren met hun eigen initiatieven, zoals Duitsland, Italië, Nederland en Frankrijk, beklagen zich er nu over dat ze door hun naïviteit ten aanzien van de Europese Unie veel te snel in de grijpgrage, trage, bureaucratische armen van de Commissie zijn gedreven.

Het quasireligieuze dogma dat alle bevoegdheden die op EU-niveau worden uitgeoefend tot betere resultaten leiden, is wederom door de feiten achterhaald. Het idee dat kleine lidstaten er op vaccingebied slechter voor zouden hebben gestaan zonder de tussenkomst van de Europese Commissie komt neer op een gebrek aan vertrouwen in het eigen kunnen. Dit is wellicht enkel waar voor België, waar de bestuurders zo mogelijk nog onbekwamer zijn en er zelfs toe hebben besloten de strategische voorraad mondkapjes te vernietigen, naar verluidt om plaats te maken voor meer opvang voor kandidaat-vluchtelingen. Dit is op zijn beurt een gevolg van een andere blunder van de Europese Unie: de doorgedreven massa-immigratie.

De kwestie van het uitvoerverbod was het toppunt en maakte de situatie alleen maar erger: een perfect voorbeeld van het blinde amateurisme waarin de Commissie lijkt te vervallen als het over het Verenigd Koninkrijk gaat.

De conclusie is dat de vaccinatiekwestie niet de eerste blunder is van deze Commissie, maar zeker wel de grootste tot nu toe. Deze tweederangs-Commissie kan beter ontslag nemen, zodat de Europese Unie op een totaal nieuwe leest kan worden geschoeid.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Madame la Présidente de la Commission, chers collègues, nous avons cherché à prendre de vitesse le virus, mais on voit que le virus va plus vite que nos technologies. Résultat: là où les premiers essais cliniques des vaccins ont commencé, les variants se multiplient et déjouent l'efficacité que nous attendions des vaccins.

Les mutations vont continuer. Le vivant innove plus vite que les biotechnologies. Cela montre l'impasse de la stratégie vaccinale européenne actuelle, qui a massivement misé sur les nouveaux types de vaccins génétiques. Ce qui veut dire qu'il faudra augmenter la recherche sur des vaccins peut-être plus traditionnels, pour augmenter l'immunité qu'ils peuvent provoquer, et surtout développer les infrastructures sanitaires nationales.

Il faut de toute urgence renforcer le séquençage du virus et développer des tests rapides et fiables, notamment salivaires, capables d'identifier les variants afin de mieux suivre leur propagation.

Madame la Présidente, dans ces conditions, comment pensez-vous réorienter la stratégie vaccinale en Europe?

Enfin, on parle beaucoup de transparence, mais vous n'avez toujours pas publié les contrats passés avec Pfizer et Moderna. Nous voulons aussi l'accessibilité des données au niveau des essais cliniques, d'autant plus que ces contrats sont accessibles aux États-Unis et pas en Europe.

Geert Bourgeois (ECR). – Voorzitter, ik ben inmiddels ruim anderhalf jaar lid van dit Parlement en ik heb hiervoor 25 jaar ervaring opgedaan bij diverse andere parlementen. Ik heb nog nooit zo een gebrekkig controlerecht meegemaakt als hier.

Ik heb onmiddellijk om inzage verzocht van het contract met AstraZeneca. Dit verzoek is, nadat de antwoordtermijn meermaals werd uitgesteld, geweigerd. Ik heb willig beroep aangetekend bij de Commissie, maar ook daarop heb ik nooit antwoord gekregen. Het beroep dateert van 29 oktober en is inmiddels uiteraard door de feiten achterhaald, aangezien het contract door omstandigheden is bekendgemaakt.

Ik heb net als verscheidene collega's diverse schriftelijke verzoeken ingediend om inzage van het vaccinaankoopbeleid en de vaccinatiestrategie van de Commissie. Ook deze hebben geen of teleurstellende antwoorden opgeleverd.

Voorzitter Von der Leyen heeft gezegd dat vertrouwen stoelt op transparantie. Ik wil haar daarom vragen de volgende pertinente vragen te beantwoorden:

Zijn de geneesmiddelenproducenten slechts een inspanningsverbintenis aangegaan of zijn er afdwingbare afspraken gemaakt? Om welke hoeveelheden en leverdata gaat het daarbij?

Moeten de lidstaten de geneesmiddelenproducenten volledig vrijwaren van hun aansprakelijkheid?

In het licht van het uitvoerverbod en de nefaste, zij het tijdelijke, optrekking van een grens tussen Ierland en Noord-Ierland, waarmee het terugtrekkingsakkoord is geschonden: bevatten de contracten een prioriteitsclausule of een clausule betreffende de meest begunstigde natie, ten gunste van de EU?

Hoe is de EU van plan de toevoer op te voeren nu het uitvoercontrolesysteem voor vertraging zorgt in de keten? Ik denk daarbij bijvoorbeeld aan het complexe project voor veelvoudige toevoer van Johnson & Johnson.

Hoe wil de Commissie tot slot zelf de inspanningsverbintenis naleven die zij met AstraZeneca is aangegaan en alle mogelijke inspanningen leveren om te helpen bij de productiemoeilijkheden, zoals contractueel is bepaald?

Chris MacManus (The Left). – Madam President, it is unacceptable that the Commission didn't see the potential of destabilising the Withdrawal Agreement and the Good Friday Agreement by proposing the use of Article 16 of the Irish protocol.

Now we must ensure that the fiasco isn't repeated, and part of that is picking up the phone to Dublin and Belfast. But it also needs a structural commitment with the north of Ireland at all levels, recognising its special status as defined by the protocol.

Alongside consistent dialogue with the joint First Ministers, there also needs to be a systemic engagement with all levels of citizens, communities and their elected representatives.

We must find a way to ensure that EU decisions that directly affect nearly two million people in the north of Ireland, currently without their input, is addressed and resolved. There must be no democratic deficit.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, za početak jedno pitanje za predsjednicu Komisije von der Leyen. Gospođo von der Leyen, mislite li vi da je u interesu farmaceutskih kompanija da ova kriza ikada zapravo završi? Cijela ova kriza ne vrti se toliko oko zdravlja koliko se vrti oko kontrole i novca. Da se radi toliko o zdravlju, ne bi se dozvolilo da se koriste tehnike dijagnostike koje nam daju nepouzdane brojeve zaraženih i umrlih, ne bi se odgodio desetak tisuća operacija oboljelih od raka. Mnogi dijagnostički pregledi koji bi detektirali bolest ne bi bili odgođeni, a *lockdown* i kampanja straha ne bi devastirali mentalno zdravlje naših građana osobito najmlađih. Toliko se priča o razvoju cjepiva, stavljanju fokusa na cjepivo. Zašto se ne stavi barem malo fokusa na razvoj lijeka? Neke zemlje po svijetu razvijaju lijek. Zar jeftin i učinkovit lijek nije u interesu farmaceutske industrije ili tu jednostavno nema novaca. Što se tiče kontrole u Hrvatskoj recimo imamo situaciju da su umirovljenici odbili cijepiti se sa cjepivom Astra Zeneca zato što nema jednostavno dovoljno informacija. Sad se govori o kontroli, o Covid putovnicama. Zar ćete ograničiti putovanje i kretanje tih ljudi zato što odbijaju u svoje tijelo staviti nešto o čemu im uopće ne znate reći što je kako će na njih djelovati. Je l' to etično? Građani moraju moći sami birati svoj tretman.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE). – Doamnă președintă, Uniunea Europeană se află în fața unei presiuni foarte mari. Vaccinul este singura soluție pentru a ne reduce la minim criza medicală și pentru a da șansa să repornim economiile și să revenim la normal. Nu avem, încă, răspunsuri clare privind eficiența la mutațiile existente și nu știm dacă vaccinurile vor fi eficiente în cazul unor mutații viitoare.

Este de remarcat rapiditatea cu care cercetătorii și companiile farmaceutice au descoperit vaccinurile contra COVID-19. În același timp, au semnat niște acorduri cu Uniunea Europeană, iar UE a oferit nu doar sprijin financiar pentru cercetare și descoperirea unui vaccin, dar a fost un partener fairplay cu industria farmaceutică în ultimele decenii. Este acum momentul ca industria farmaceutică să fie fairplay cu cetățenii europeni și acele companii care au semnat un contract cu Comisia Europeană să respecte contractul.

Va trebui să investim în creșterea producției, să investim, în continuare, în cercetare pentru a avea o armă împotriva unor mutații. Trebuie să rezistăm, de asemenea, la unele tentații, cum ar fi aceea de a interzice exporturile de vaccinuri produse în Uniunea Europeană, dar și să fim vigilenți, să nu permitem ca vaccinul să devină o armă geopolitică, ca în cazul Sputnik. Uniți și nu dezbinați, fermi și nu șovăielnici, solidari și nu egoiști, vom reuși.

Simona Bonafè (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dobbiamo partire da un punto. La strategia comune dell'Unione ha permesso, a meno di un anno dall'individuazione del primo caso di coronavirus in Europa, di avere in tempi record un vaccino sicuro per combattere la pandemia e pari condizioni di accesso in tutti gli Stati membri.

Questo vuol dire che sta andando tutto bene? No, ma faremmo un errore se non riconoscessimo i passi avanti importanti compiuti dall'Europa in questi mesi, senza i quali non potremmo oggi parlare dell'obiettivo di vaccinare il 70 % della popolazione europea adulta entro l'estate. La prima vaccinazione di massa, con tutti i problemi che questo comporta. Ne affronterò uno.

In queste settimane il piano ha fortemente risentito di ritardi nella produzione e nella consegna dei vaccini da parte delle case farmaceutiche con cui l'Unione ha stipulato dei contratti. Un episodio grave che ci spinge ad agire su due fronti. Primo: la trasparenza di tutti i contratti, strumento per imporre il rispetto degli obblighi. Secondo: l'aumento della produzione dei vaccini.

La *task force* istituita dalla Commissione per spingere le aziende farmaceutiche a cooperare, utilizzando gli impianti industriali già in grado di contribuire allo sforzo produttivo, è un passo nella giusta direzione. Ora devono però arrivare numeri e prospettive concrete su questo fronte. Nella situazione in cui siamo non sono ammissibili ritardi né tabù, incluso quello di affrontare il tema delle licenze, volontarie o obbligatorie che siano.

Se è vero che siamo in guerra, si prenda ogni iniziativa utile per avere i vaccini necessari a salvare vite umane e uscire il prima possibile da questa pandemia.

Morten Løkkegaard (Renew). – Fru formand! Der er ingen tvivl om, at coronakrisen kræver fælles løsninger. Der er heller ikke nogen tvivl om, at medlemslandene har været bedst tjent med, at der har været fælles indkøb af vacciner, ikke mindst små medlemslande, som det jeg kommer fra. Men Kommissionen og vi andre er nødt til at erkende, at de sidste ugers forløb bestemt ikke har været kønt. Derfor vil jeg gerne spørge Kommissionen, om ikke det er på tide at vise en lille smule selvkritik. For nylig indrømmede kommissionsformanden, at man langt tidligere skulle have taget fat på udfordringen med masseproduktion af vacciner. Og jeg har lyst til at spørge: Hvorfor skulle det tage så lang tid, før kommissæren, den ansvarlige kommissær, for det indre marked, Thierry Breton, blev involveret i det her? Ham ville vi gerne have set på banen noget tidligere, og man må spørge sig selv – og det kunne jeg godt tænke mig svar på – hvorfor det ikke er sket. I det hele taget må man spørge: Hvad kunne man fra Kommissionens side have gjort anderledes? Det synes jeg, at man skylder os svar på, fordi selvkritik er nødvendig, for at vi kan komme ordentligt videre.

Peter Kofod (ID). – Fru Formand! Der er en god og en dårlig nyhed lige nu. Den gode nyhed er, at der faktisk er udviklet vacciner, der kan bekæmpe corona, få os ud af nedlukningerne og ind i friheden. Den dårlige nyhed er, at det er EU, der har ansvaret for at skaffe os de vacciner, vi har så hårdt brug for. Mens de vaccinerer løs i Storbritannien, i USA og i Israel, så står Europa i stampe. Der er ellers ikke grænser for, hvor meget EU-systemet igennem de seneste år har hånet briterne eller rystet på hovedet af amerikanerne. Men nu taber EU-systemet til de selv samme, som man i det her hus har talt fuldstændig ned under gulvbrædderne. EU's rolle i denne sag er lige til dumpekarakter. Jeg tror, at en hel del herinde vil kunne huske Komiske Ali. Den tidligere irakiske informationsminister, der under Irak-krigen pralede over for alle medier med, hvor stærk og hvor sejrrig den irakiske hær var, selv om virkeligheden var et totalt kollaps. Når det kommer til vaccinestrategi, så synes jeg, at kommissionsformanden minder mig en smule om Komiske Ali. Selvrosen har de til fælles, men desværre også kollapset. For i EU står vi stille. I EU har vi alt for få vacciner, og vi er kommet for sent i gang. Det betyder flere syge og flere døde og unødigt hårde og langstrakte restriktioner og nedlukninger over hele kontinentet. På dagen, hvor vi startede vaccinationerne, skulle vi tilmed høre fra kommissionsformanden, at vaccinationerne var symbolet på sammenhold og en europæisk succeshistorie. Hvis EU's syn på vaccineindkøbene er, at det har været en succes, så tør jeg slet ikke tænke på, hvordan katastrofescenariet ville have set ud.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Ich stimme nicht ein in den Chor derjenigen, die Fehler anprangern oder mangelnde Transparenz beklagen. Ich rufe Sie vielmehr dazu auf, jetzt wirklich alles zu tun, jeder möglichen Hoffnung nachzugehen!

Ganz konkret: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Harvard haben einen kostengünstigen wie einfachen Ansatz für einen Impfstoff entwickelt. Er basiert auf Peptiden des SARS-CoV-2-Virus, die per Nasenspray appliziert werden. Alle Informationen sind unter einer *Creative-Commons*-Lizenz veröffentlicht, das heißt, jeder darf dieses Wissen kostenfrei nutzen. Bislang gibt es Tests aber nur an einigen hundert Freiwilligen. Denn ohne Patentierbarkeit wird kein Hersteller hunderte Millionen Euro in klinische Studien investieren.

Können wir es uns leisten, auf eine Chance zu verzichten, nur weil man keinen Profit damit machen kann? Wäre es nicht im Gegenteil wunderbar, wenn wir mit öffentlichen Mitteln ein öffentliches Gut schaffen könnten? Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie Kontakt zu diesem Projekt auf! Lassen Sie die Expertinnen und Experten der EMA das Impfverfahren prüfen! Denn ein Gemeinwohlimpfstoff wäre doch wirklich ein Traum!

Eugen Jurzyca (ECR). – Pani predsedajúca, zmluvy, ktoré uzavrela Komisia s dodávateľmi vakcín, mali byť dávno zverejnené, tak ako to je napríklad na Slovensku pri všetkých zmluvách so štátom už dekádu, a nič hrozné sa nestalo.

Komisia napokon zmluvu so spoločnosťou Astra Zeneca zverejnila, čím ukázala, že keď sa jej to hodí, tak zmluvu zverejní. Zmluvy by mali byť zverejnené vždy, tak je to v záujme občana a verejnosti.

Zmluvy tiež mohli obsahovať klauzulu o tom, v akom poradí Únia dostane vakcíny, a adekvátne sankcie za nesplnenie dohodnutých podmienok.

Verím, že v budúcnosti bude Európska únia pri akýchkoľvek obstarávaniach transparentnejšia, určite sa to prejaví v lepšom výsledku.

Petros Kokkalis (The Left). – Madam President, years ago, the best available science warned us of an upcoming pandemic, and yet our governments failed to prepare. As we enter the third wave, hundreds of thousands have died, our economies are devastated, and inequality has exploded.

The best available science, including our very own parliamentary research services, explicitly links the increased periodicity and intensity of zoonotic epidemics to anthropogenic biodiversity loss. Madam President of the Commission, you have rightly said that we have now entered the era of pandemics. Your Commission has greatly enhanced the remit of European integration by establishing the Recovery and Resilience Facility and achieving the common provision of vaccines. For years, however, best available science has been warning us of the apocalyptic consequences of anthropogenic climate change.

We cannot afford to fail to prepare again, for there is no vaccine for climate catastrophe. It is now clear to all, Madam President of the Commission, that the invisible hand of the market has proved impossible to regulate nature and ensure people's health and well-being. You must obtain the IP rights and make sure every person on the planet is properly vaccinated. Do this and you will have the support of this House and the respect of history, or you risk both.

Dorien Rookmaker (NI). – Voorzitter, zelfs het ondoordachte, amateuristische bezoek van meneer Borrell aan Moskou steekt nog positief af tegen het optreden van de Commissie met betrekking tot de inkoop van vaccins. Ik doel daarmee op de soap rondom het conflict met AstraZeneca. De Commissie ging vechtend over straat met een leverancier waarvan we grotendeels afhankelijk zijn. Sterker nog, de grensregeling van artikel 16 met de Britten over Ierland werd eenzijdig opgezegd, waarmee en passant een internationale rel werd veroorzaakt en het aanzien van de EU ernstig werd geschaad.

De burgers in Europa, die voor hun vaccinatie van u afhankelijk zijn, willen echter perspectief. Volledige vaccinatie is de enige, echte oplossing voor een normaal bestaan. Het is een prettige gedachte dat de Commissie voldoende vaccins heeft besteld om iedereen te vaccineren, maar veel belangrijker om te weten wanneer deze bestellingen worden geleverd en hoeveel er inmiddels zijn geleverd.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, od Nove godine u Europskoj uniji cijepljeni su milijuni naših sugrađana uglavnom one starije životne dobi i zdravstveni radnici. Zamjenskom nabavom izbjegnuto je rivalstvo među državama članicama čime je i ekonomski slabije razvijenim državama članicama omogućen jednak pristup cjepivu. Time je Komisija pokazala da u Europi nema građana prvog i drugog reda što je izuzetno važna poruka. Europska unija već odobrila za uporabu tri cjepiva bez da se pritom kockala sa zdravljem svojih građana, poštujući rigoroznije sigurnosne standarde nego što su bilo gdje drugdje na svijetu. Imamo to na umu svaki put kad čujemo prigovore na račun Europske unije odnosno Komisije. Naravno stvari nisu idealne. Svi bismo željeli da cijepljenje napreduje brže, ali baš zato moramo gledati u budućnost. U tu svrhu posebno pozdravljam mehanizam transparentnosti koji je predstavila Komisija. Moramo znati pokušava li netko izvoziti cjepiva izvan Europe dok u državama članicama traju poteškoće s isporukom. Nadalje, u slučaju potrebe ni zabrana izvoza ne može biti isključena kao krajnja mjera ako razlozi javnog zdravlja to zahtijevaju, a to dopuštaju pravila Svjetske trgovinske organizacije. Ono što je ključno je da Europska unija djeluje jedinstvenije nego ikad. Dodatno ulaže u proizvodnju i istraživanje novih sojeva te najoštrije sankcionira eventualne prekršitelje ugovornih odredbi kako bi zaštitila interese svojih građana i vlastiti kredibilitet. Podržavam napore Europske komisije, povjerenice i svih ostalih kako bismo na tom putu mogli zajedno pobijediti ovu opaku bolest.

Udo Bullmann (S&D). – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Als wir uns vor knapp zehn Jahren auf dem Höhepunkt der Eurozonenkrise befunden haben, gab es einen denkwürdigen Satz. Einen denkwürdigen Satz, gesprochen von Mario Draghi, dem seinerzeitigen Präsidenten der Europäischen Zentralbank, auf einer Konferenz in London: „*Whatever it costs*." Das ist die Messlatte, lasst uns aussteigen aus dem Klein-Klein.

Ich bin nicht hier, um die Kommission anzugreifen, aber ich bin auch nicht hier, um sie zu verteidigen. Ich will, dass wir Menschenleben retten, und das ist die Diskussion, um die es gehen muss.

Wenn wir über Fehler reden, dann reden wir über Fehler, weil wir sie abstellen müssen. Natürlich war es richtig, dass wir in der Europäischen Union gemeinsam bestellen. Was denn sonst? Kein vernünftiger Mensch hätte irgendetwas anderes vorgeschlagen.

Aber: Gestern haben wir das grüne Licht für ein Wiederaufbauprogramm von 750 Milliarden gegeben. 750 Milliarden, um die Europäische Union wieder aufzurüsten nach dem Corona-Schaden. Was sind 2,7 Milliarden angesichts einer menschheitsbedrohenden Krise? Das war zu wenig und das muss korrigiert werden. Das ist der Grund, warum wir jetzt aktiv werden müssen und das Steuer umlegen müssen. Wir sind blockiert, weil wir nicht die Kapazität haben, die wir brauchen.

Ja, in der Tat, es geht um Europa, aber es geht auch um den globalen Süden. Nur wenn alle sicher sind, sind auch wir sicher. Deswegen müssen wir Patente teilen. Wir müssen uns freuen, wenn gemeinsam gearbeitet wird, wenn zusammengearbeitet wird. Aber wir müssen auch Lizenzen vergeben, damit die Menschheit diese Krise möglichst schnell im Kampf gegen die Zeit, im Kampf gegen die Mutation überwinden kann.

Luis Garicano (Renew). – Señora presidenta, señora comisaria, la estrategia de compras de vacunas de la Comisión Europea no ha cumplido con nuestras expectativas; nuestros conciudadanos están decepcionados y tienen motivos para estarlo: la lentitud es desesperante.

Los que hemos examinado los contratos hemos sufrido un verdadero *shock*: las empresas farmacéuticas no se comprometen a un número fijo de entregas, sino que prometen hacer sus mejores esfuerzos. La Comisión ha dado demasiada importancia al precio y a las responsabilidades farmacéuticas, señora comisaria, y ha actuado asustada por los antivacunas.

La Comisión ha negociado duro, pero con los objetivos equivocados. Lo barato, señora comisaria, sale caro. El énfasis en el precio y la responsabilidad es una equivocación grave. Las enormes pérdidas de vidas y empleos son mucho mayores que los pocos miles de millones gastados.

Señora comisaria, solo hay una prioridad: vacunar mucho y vacunar deprisa, y no solo a Europa, a todos los países del mundo. COVAX no tiene suficientes recursos, les faltan 27 000 millones de euros. El mundo no estará libre del virus hasta que todos los países lo estén. El momento de invertir es ahora.

Jaak Madison (ID). – Madam President, unfortunately Ms von der Leyen has already left the chamber, but anyway.

First of all, we need to assess the work of the Commission in implementing the COVID-19 vaccination plans together with other issues on the economic side and foreign policy. We must then assess the responsibility of the President of the European Commission when it comes to dealing with these issues.

As of Monday morning, for example, 3.7 out of 100 people have been vaccinated in Germany, 3.6 out of 100 in Belgium and 3.1 out of 100 people in France. Let us now compare that to the country that left the EU, the UK, with a rate of 17.6 per 100 people. That is five times more than the EU average. In the US the figure is 11.7 and in Iceland 5.1 people per 100 inhabitants have been vaccinated. In Israel, which is number one in the world, 63 people per 100 people have been vaccinated.

The EU has often wanted to see itself as a powerful federation compared to other world powers, however, given this incompetence and confusion, it is an overregulated organism imbued with bureaucracy that is absolutely unable to deal with crises.

I've often heard how countries are unable to deal with crisis-resolution on their own, and that is why we must all rely on the EU. The fact that the European Commission has been given a mandate to pursue vaccines will cause even greater economic damage to the Member States.

However, in order to solve the economic crisis, the European Commission's ingenious solution is to taking a huge joint debt, the real reason for which is the desire to move toward taxes across the EU.

In this case, the question arises as to whether the European Commission is enjoying the ongoing crisis, as it is an excuse to offer a solution to the Member States, which is the granting of even greater powers to the EU. Is it not just a deliberately infected panic where people are being frightened by a virus that is killing everyone, even though we know today that the number of deaths is marginal compared to the total number of people infected?

It is no secret that the European Parliament and the Commission are largely socialist formations, embodying an ideology in which the central government must guarantee unnatural equality and where the nation states should have nothing to moan about.

To top it all off, the European Commission is also unable to cope with foreign policy, as evidenced by the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy going to Moscow, making a fool of himself, and allowing the Russian foreign minister to mock him, after which the President of European Commission fails to make any comments. However, the Member States are being told that we are united!

We will have a common foreign policy, but our foreign policy will be dictated by Germany, France and the Spanish socialist Josep Borrell, who has become detached from reality. In this case, there is no other solution: the President of the Commission has to resign.

Kim Van Sparrentak (Verts/ALE). – Madam President, we need to produce more vaccines, we need to do it quickly, and we should be able to do so.

The COVID-19 vaccine is a vaccine that should belong to all of us. Years of public funding, public education and public research are at the core of it. And yes, it is true that pharmaceutical companies developed a vaccine very quickly, but should that be a reason to let them have a monopoly on a vaccine that is our only way to save our economy, save our health systems and, most importantly, save millions of people's lives?

I think it's very clear that Big Pharma is exercising its control over the vaccine, as we would expect any big corporation to do. AstraZeneca is not delivering on their contractual obligations. Pfizer is happily forecasting more than EUR 3 billion in profits thanks to the vaccine and there are hardly any license agreements in place with low-income countries.

It has already been said several times: 'no one is safe until everyone is safe'. If this is taken seriously, I call upon the Commission and wealthy countries to stop blocking the proposal for a Trade Related Intellectual Property Rights (TRIPS) waiver, which would ensure that everyone in the world can have fast access to vaccines.

Joanna Kopcińska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Brak ogólnego bezpieczeństwa lekowego w Europie nie jest nowym problemem. Przez wiele lat nie istniały jednoznaczne rekomendacje i instrumenty, które rzeczywiście wspierałyby narodowe plany bezpieczeństwa lekowego, a brak możliwości sprostania niezbędnej produkcji szczepionek pośrednio ukazuje brak innowacyjnego zaplecza wytwórczego naszego kontynentu.

W jaki sposób Komisja zamierza udzielić realnego wsparcia zainteresowanym stronom łańcucha produkcji i dostaw szczepionek oraz czy Komisja bierze pod uwagę dodatkowe negocjacje i rozmowy w kontekście konsekwentnego budowania bezpieczeństwa na szczeblu unijnym oraz narodowym w duchu pomocniczości, aby zapewnić realne bezpieczeństwo na całym kontynencie?

Tak, to prawda, że razem jesteśmy silniejsi, lecz siła łańcucha zależy od wytrzymałości jego najsłabszego ogniwa.

Silvia Modig (The Left). – Arvoisa puhemies, on alle vuosi siitä, kun virus toden teolla rantautui Eurooppaan ja nyt jo meillä on useampi rokote, joilla jo rokotetaan. Ei tätä voi täydellisenä epäonnistumisena pitää, vaikka meillä nyt on ongelma käsissämme: tuotantomäärät ja niiden toimitukset, yhtiöt, jotka eivät pidä lupaamaansa.

Kaikki mahdollinen tuotantokapasiteetti on saatava käyttöön ja siksi yhtiöiltä on vaadittava täyttä avoimuutta. Niiden on jaettava tietoa ja tekniikkaa. Patenttisuojan väliaikainen murtaminen ja/tai pakkolisenssien käyttö on otettava saman tien keinovalikoimaan.

Tällä hetkellä avoimuuden puute on ongelma. On virhe sanoa, että kolme sopimusta on julkaistu. Niistä on salattu niin isoja osia, että ne eivät mahdollista komission toiminnan demokraattista valvontaa, mikä on parlamentin tehtävä. Rokotetutkimukseen ja —kehitykseen on laitettu yli 2,7 miljardia julkisia varoja. Ilman veronmaksajien rahoja näillä yhtiöillä ei olisi näitä rokotteita ja siksi meillä on oikeus ja velvollisuus vaatia täyttä avoimuutta. Lopuksi arvoisa puhemies, EU:n on kannettava globaali vastuunsa ja varmistettava, että myös köyhemmät maat saavat rokotuksensa.

Bartosz Arłukowicz (PPE). – Pani Przewodnicząca! Wszyscy mówimy o dostawach szczepionki w drugim, trzecim i czwartym kwartale tego roku. Ale nie możemy być krótkowzroczni, dlatego że pandemia nie skończy się w czwartym kwartale tego roku, dlatego że tak postanowiliśmy. Ona być może będzie trwała w pierwszym, drugim, trzecim kwartale roku następnego – i już musimy o tym myśleć.

Być może wirus będzie mutował. Być może będziemy musieli znowu szczepić ludzi. Czekają nas więc kolejne negocjacje z koncernami, a negocjacje z koncernami to nie jest zabawa, to nie jest dyplomacja – to jest twarda gra interesów. Wiem to, bo robiłem to w imieniu polskiego rządu wiele lat. Tam liczy się każdy zapis, każdy przecinek, a szczególnie konsekwencje w przypadku niewywiązywania się z dostaw.

Liczymy, że przewodnicząca Komisji wykorzysta wszystkie narzędzia, które ma, żeby koncerny wywiązały się z dostaw. Słyszymy też o tym, że są państwa członkowskie, które łamią zasady wspólnotowości i już dzisiaj kupują szczepionki od innych państw. Więc pytam Komisję i chciałbym uzyskać odpowiedź wprost. Czy Komisja dzisiaj prowadzi negocjacje z producentem rosyjskiej szczepionki Sputnik? Czy rozważana jest możliwość wprowadzenia jej na rynek europejski?

Cieszy to, że pani przewodnicząca Komisji zapowiada powołanie wspólnej komisji parlamentarno-komisyjnej celem kontroli procesu zakupu i zamawiania szczepionek. To bardzo dobra informacja. Pani Przewodnicząca von der Leyen, my chcemy stanąć u Pani ramienia, po to żeby Pani było łatwiej robić to, co jest dzisiaj bardzo trudne. Koncerny nie mogą być dyktatem Europy, my musimy mieć silnik. Pani musi mieć narzędzia do walki i my chcemy Pani w tym pomóc. Pani dzisiaj walczy o zdrowie i życie Europejczyków, a my chcemy Pani w tym pomóc.

Biljana Borzan (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, danas vodimo jednu tešku, ali vrlo potrebnu raspravu – zašto Europska unija zaostaje u cijepljenju? Ipak, za Uniju bi bilo puno gore da raspravljamo zašto su neke od država članica sebi prigrabile sva cjepiva, dok su one manje i siromašne ostale bez ičega. Zato i dalje smatram da je zajednička nabava cjepiva bila dobra ideja. No, jasno je da se mogla provesti i bolje.

Gdje je zapelo? Ako je problem u ljudskom faktoru, on se jednostavno riješi. No, ako je problem nastao radi ograničenja struktura Europske unije, onda zahtijeva sistemska rješenja.

Mora se pitati je li Komisija dovoljno opremljena stručnim ljudima i ovlastima da vodi nabavu? Da li je sustav odlučivanja u Vijeću pridonio kašnjenju? Je li EMA brže trebala odobriti cjepiva?

Zadnje pitanje ima jasan odgovor – kad cijepiš pola milijarde ljudi, s cjepivima koja su razvijana u rekordnom roku prečaci i kockanje nisu opcija. Ozbiljan defekt nekog od odobrenih cjepiva imao bi katastrofalne posljedice, ne samo što se tiče trenutne situacije, već na opće povjerenje građana u znanost, cijepljenje i demokraciju.

Zaključno, smatram da ima vremena da se situacija popravi i cijepljenje ubrza. No, ako se najesen dogodi da se radi kašnjenja Europskoj uniji opet dogodi *lockdown*, a ostatak razvijenog svijeta ne ide, posljedice bi mogle biti pogubne.

Michal Šimečka (Renew). – Madam President, the EU's vaccination strategy is a tale of two starkly different halves. I mean on the one hand it is a testament to the importance of the European Union that we have successfully managed to avoid a bidding war between Member States. A European battle for vaccines would have had catastrophic consequences, especially for smaller Member States like mine, Slovakia. On the other hand, it is now quite obvious that the Commission has committed a number of serious mistakes in negotiating the contract and managing the supply of vaccines. And pondering an export ban to Northern Ireland, whatever the technical details, has been a PR disaster that the UK Government is now trying to exploit to blame all Brexit problems on the EU.

I really hope that the Commission will learn from these mistakes because the coming weeks and months, and whether we are able to step up production, will be a make-or-break moment for citizens' trust in the European Union.

Silvia Sardone (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Presidente von der Leyen, voglio ricordarle un po' di dati sulle vaccinazioni nel mondo. In Inghilterra già dieci milioni di persone hanno ricevuto la prima dose di vaccino; in Israele siamo a tre milioni di persone, praticamente un terzo della popolazione. Per fare un confronto, i britannici hanno somministrato 12,5 dosi ogni 100 persone, gli USA sono 8,8 dosi ogni 100 persone. E l'Europa? L'Europa è a sole 2,5 dosi ogni 100 persone. Il disastro europeo viene riconosciuto da tutti.

In questi giorni la Commissione da lei presieduta è stata oggetto di numerose critiche da autorevoli quotidiani europei. Per tutti l'Unione europea si è dimostrata impreparata nelle trattative, negli acquisti e nella distribuzione dei vaccini. In Italia, anche per colpa del governo appena caduto, ci sono rallentamenti pesantissimi e gli anziani non sanno se e quando riceveranno finalmente il vaccino.

Intanto, dopo mesi pubblicate i contratti con le case farmaceutiche, però con pagine piene di omissis, parti che quindi rimangono secretate. Non si capisce perché, che cosa vogliate nascondere, perché manca trasparenza. Non c'è chiarezza sulla responsabilità per i ritardi nelle consegne e soprattutto sui risarcimenti in caso di problemi legati ai vaccini.

Spiace dirlo. Avevate chiesto scusa, lei aveva chiesto scusa all'Italia per la pessima risposta di fronte alla pandemia, ma purtroppo, mi spiace dirlo, anche nella fase della vaccinazione l'Unione europea è una delusione per i cittadini europei.

Margrete Auken (Verts/ALE). – Fru Formand! Meget af kritikken af EU-Kommissionen er uberettiget. Vi kunne ikke have fået en sikker vaccine hurtigere. Men det er træls ikke at kunne regne med leveringerne. Kommissionens lukkethed om kontrakterne har heller ikke været hjælpsom. Værst er det dog, at man ikke tager den globale adgang til vacciner alvorligt. Ikke én er blevet vaccineret i 130 lande, der i forvejen har problemer med at skaffe værnemidler, medicin og personale. Nu tyder det endda på, at Astra Zeneca-vaccinen, som mange satser på, kun har ringe virkning mod den Sydafrikanske variant. COVAX-modellen er med andre ord helt utilstrækkelig. EU bør genforhandle kontrakterne med industrien, så vi kan give andre adgang til know-how, kliniske data og teknologi. Vi ved, at mange lande har ledig produktionskapacitet. 100 lande i WTO støtter forslaget om midlertidigt at suspendere patenterne. Vil industrien ikke være med, skal EU støtte denne suspension. Alt andet er både sundhedsmæssigt, økonomisk og moralsk helt på månen.

Kosma Złotowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Europa jest dzisiaj sparaliżowana strachem o zdrowie i wieloma ograniczeniami. Szczepienia to jedyna szansa na powrót do normalności, odmrożenie gospodarki i wyjście z recesji. Postawa koncernów farmaceutycznych, które nie wywiązują się z harmonogramu dostaw, jest rozczarowująca. Wiele państw członkowskich przygotowało plany szczepień, ufając zapewnieniom Komisji, że wspólne zakupy to najlepsze z możliwych rozwiązań. Dzisiaj te plany trzeba zmieniać, a proces szczepienia odkładać.

Czy Pani Przewodnicząca zna prawdziwe powody notorycznych opóźnień dostaw? Jakie konsekwencje Komisja ma zamiar wyciągnąć w stosunku do koncernów? Czy szczepionki, które miały trafić do obywateli Unii Europejskiej, są sprzedawane innym państwom za wyższą cenę? Jakie zabezpieczenia na wypadek takiej sytuacji przewidują podpisane umowy?

Szanowni Państwo, odpowiedzi na te pytania to ostatnia szansa dla Komisji, by odzyskać chociaż część zaufania obywateli i rządów utraconego w czasie pandemii.

Γιώργος Γεωργίου (The Left). – Κυρία Πρόεδρε, κυρία von der Leyen, αγαπητή Στέλλα, η πανδημία πρόσφερε, δυστυχώς, μια ευκαιρία για να ανακτήσει η Ευρώπη λίγη από τη χαμένη αξιοπιστία της. Όμως, και χωρίς να μηδενίζω καθόλου τα όσα έγιναν και γίνονται, θεωρώ ότι η ελπίδα αυτή αποδείχτηκε φρούδα. Η κοινή εμβολιαστική πολιτική, την οποία καλώς χαράξατε, δυστυχώς καταστρατηγείται από διάφορα κράτη μέλη. Ο καθένας τραβάει τον δρόμο του και τελικά λειτουργεί το «ο σώζων εαυτόν σωθήτω». Ήδη βρισκόμαστε μπροστά σε έναν εμβολιαστικό εθνικισμό. Δώσατε πολλά δισεκατομμύρια από το δημόσιο χρήμα στις μεγάλες φαρμακευτικές εταιρείες, οι οποίες τώρα ιδιωτικοποιούν και το εμβόλιο και τις πατέντες και κερδοφορούν ασύστολα. Οι Ευρωπαίοι πολίτες έχουν αφεθεί κατά εκατομμύρια υπό πολύ σκληρά περιοριστικά μέτρα. Οι νεκροί δυστυχώς στοιβάζονται και κοντεύουν τα δυόμισι εκατομμύρια. Εγώ απευθύνω θερμή παράκληση —και παρακαλώ την κυρία von der Leyen— να βάλετε επιτέλους τη ζωή πάνω από τα αιματοβαμμένα κέρδη. Μπορείτε;

Nathalie Colin-Oesterlé (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Présidente de la Commission européenne, c'est à l'un des plus grands défis sanitaires que nous devons faire face aujourd'hui.

Je suis convaincue que seule une réponse européenne coordonnée était et reste la bonne approche, et il était indispensable d'éviter une concurrence effrénée entre 27 États membres, 27 prix différents et le chacun pour soi.

Pour autant, face à une telle crise, il y a une exigence de vérité et de transparence que nous devons aux citoyens européens. Bien sûr, nous pouvons comprendre que certains éléments des contrats passés entre la Commission européenne et les laboratoires relèvent du secret industriel et que certaines clauses soient confidentielles.

En revanche, la transparence doit être totale s'agissant des achats réalisés par les États membres et du calendrier des livraisons passées et à venir. Les citoyens européens se posent beaucoup de questions aujourd'hui: où sont les doses promises? Pourquoi n'arrivent-elles pas? Il faut répondre à ces interrogations. Il y va de la crédibilité de l'Union européenne. Il est urgent de publier un calendrier précis des livraisons et de préciser le nombre de doses livrées par chacun des laboratoires dans chacun des États membres. Il est également essentiel que soient mobilisées toutes nos capacités de production disponibles en Europe afin d'accélérer la vaccination qui seule nous permettra d'atteindre l'immunité collective et de sortir de cette pandémie.

Enfin, nous devons nous préoccuper de la souffrance tant psychique qu'économique de notre jeunesse qui bascule dans la précarité. Les images de longues files d'attente d'étudiants pour l'aide alimentaire ont marqué les esprits. Les actions communes doivent être entreprises par les États membres. Il y va de notre avenir et de celui des générations futures.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, mevrouw de Commissievoorzitter, ik ben Belgische en ben dan ook bijzonder opgelucht dat we vandaag in België dankzij de Europese aanpak en uw aanpak verhoudingsgewijs evenveel vaccins hebben als bijvoorbeeld in Duitsland, tegen dezelfde voorwaarden en dezelfde prijs. Dat hadden we alleen niet voor elkaar kunnen krijgen.

Dit betekent echter niet dat het niet beter kan en moet. Als de contracten vanaf het begin van de onderhandelingen juridisch beter en vooral ook transparanter waren geweest, hadden we veel ellende kunnen vermijden.

Ik vind het daarom een slechte zaak dat die juridische onmacht nu wordt aangevoerd als reden voor de uitvoermaatregelen. Dat is energie steken in de verkeerde maatregel. Als we niet oppassen zorgen Canada en de Verenigde Staten er binnenkort voor dat we minder vaccins produceren in plaats van meer. Daarnaast zijn ook China en Rusland hun vaccins al in de rest van de wereld aan het verspreiden.

We kunnen niet blijven verwijzen naar COVAX. We moeten meer verantwoordelijkheid nemen in de wereld. We hebben dan misschien geen overschot aan vaccins, maar we kunnen er wel voor zorgen dat de productie in de rest van de wereld wordt opgestart. Waarom steunen we bijvoorbeeld Zuid-Afrika niet om zelf te produceren?

We kunnen niet enerzijds zeggen dat alle vaccins in Europa van ons zijn en anderzijds dat ook de patenten van ons zijn en dat men daar ook vanaf moet blijven. Dat vind ik onaanvaardbaar. We hebben een andere aanpak nodig.

Dita Charanzová (Renew). – Paní předsedající, paní předsedkyně Komise, Vy jste zmínila, že očkování je maraton a že jsme na začátku. Ano, běžíme závod, závod s časem, závod o záchranu lidských životů a zatím tedy rozhodně nevyhráváme. Dávám velké plus za společný nákup vakcín, ale dávám tři minus – minus za komunikaci, za transparentnost a za rychlost. Moderna dorazí do Česka o týden později a v poloviční dávce oproti domluvě – to je titulek článku, který včera četli Češi. Další z mnoha. Nelze se divit, že frustrace a deziluze narůstá. A přitom Evropa je největší producent vakcín na světě. Tři čtvrtiny vakcín, které jsou ve světě ročně vyprodukovány, pochází právě z Evropy. Takže, prosím, začněme sprintovat, zaměstnejme naše výrobní linky bojem s COVID-19. Tento závod musíme vyhrát.

Jordan Bardella (ID). – Madame la Présidente, depuis le début de la crise sanitaire, la technocratie européenne aura étalé au grand jour une incompétence et une déconnexion flagrantes.

Après avoir échoué sur les commandes de masques, sur les commandes de tests et sur la protection des frontières, la Commission s'est saisie de la commande des vaccins, sans pourtant disposer des compétences nécessaires. À la lourdeur bureaucratique française est venue s'ajouter la débâcle de Bruxelles. L'opacité dans laquelle vous avez conduit les négociations n'aura fait que renforcer la défiance des peuples à l'égard de l'une des portes de sortie de cette interminable crise qu'ils traversent.

Pendant ce temps, le Royaume-Uni, libéré du carcan de Bruxelles, a déjà vacciné plus de dix millions de personnes. La Hongrie a choisi de passer outre vos injonctions en précommandant directement deux millions de doses du vaccin russe que vous avez choisi d'ignorer pour de tristes raisons idéologiques.

Madame von der Leyen, chaque minute de retard prise par Bruxelles est une entreprise française de plus qui dépose le bilan et avec elle, son lot de conséquences sociales et humaines. Parce que trop souvent, votre Union, qui plus est dans cette crise, a causé la faiblesse.

Cette période que nous traversons appelle à une très large remise en question de vos grandes orientations politiques et économiques. La souveraineté nationale n'est pas une idée méprisable, mais un bien, le plus précieux des peuples, dont vous vous êtes emparés depuis trop longtemps et qu'il vous faut rendre aujourd'hui aux nations d'Europe si vous souhaitez une construction européenne qui conserve du sens.

Rasmus Andresen (Verts/ALE). – Madam President, a global pandemic demands a global response. Only 73 out of 195 countries have started the COVID vaccination. This is not good enough. Only the richest countries have access to the COVID vaccines.

Instead of protecting the interests of pharmaceutical companies, we need to protect all people. Health care should be a global human right.

Dear European Commission, dear national governments: don't block the patent waiver. Share intellectual property rights and support compulsory licenses.

Auch in der EU sind die Baustellen groß. Das Ziel, bis zum Herbst 70 Prozent der Europäerinnen und Europäer zu impfen, werden wir nicht von alleine schaffen.

Und bisher bleiben Sie, Frau Kommissionspräsidentin, uns einen konkreten Plan schuldig. Ausschließlich auf die Hersteller zu hoffen, reicht nicht aus. Wir müssen alle Produktionskapazitäten ausschöpfen und mehr Haushaltsmittel mobilisieren.

Wiederholen Sie nicht die Fehler der letzten Monate! Machen Sie Ihre Pläne transparent und arbeiten Sie mit uns zusammen.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Minister! Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Pandemia zatrzymała cały świat. Państwa członkowskie podjęły wspólną decyzję o wspólnych zakupach. To zadanie zostało powierzone Komisji Europejskiej pani przewodniczącej. I jak to zadanie wspólnych zakupów szczepionek zostało zrealizowane?

W pierwszej fazie Unia Europejska przeznaczyła środki na opracowanie szczepionek. Kolejną fazą było zawieranie umów z koncernami farmaceutycznymi. I tu zaczęły pojawiać się problemy. Okazało się, że Komisja przystąpiła do zawierania umów zbyt późno. Po drugie zawarte umowy nie gwarantowały pewności dostaw. I dziś pani przewodnicząca Komisji występuje, mówiąc, że w zasadzie powołamy wspólną komisję Parlamentu i Komisji i wszystko będzie dobrze, i niech żyje Europa. Oczywiście, niech żyje Europa. Ale, Pani Przewodnicząca, trzeba chociaż umieć uczyć się na błędach. Przed nami trzecia, czwarta fala pandemii. My musimy mieć spójny, jasny system zamawiania szczepionek i ich dystrybucji, tak żeby nie doprowadzić do katastrofy zdrowotnej.

Marisa Matias (The Left). – Senhora Presidente, como disse António Guterres, a vacina é um sucesso para a ciência, um fracasso para a solidariedade. O monopólio criado gerou desigualdade e um enorme desequilíbrio global. O que foi, há poucos meses, a maior esperança da União Europeia está rapidamente a transformar-se no maior fiasco.

Houve um esforço sem precedentes para obter recursos e a ciência respondeu. Tudo isso é verdade, mas onde estão as suas palavras, de abril de 2020, de que as vacinas para a COVID seriam o nosso bem comum universal, Senhora von der Leyen? Os cidadãos entendem o investimento nas vacinas, mas não entendem como a propriedade da vacina é totalmente privada. Não entendem como o ritmo de produção é totalmente gerido pelas farmacêuticas, como todas as responsabilidades são públicas e todos os lucros privados.

Nada disto é novo. A falta de transparência, a necessidade de libertar a patente, foram discutidos desde o momento zero e a Comissão ignorou. Já morreram mais de 2 milhões de pessoas por COVID e haverá mais que não cabem nas estatísticas. Nós pagamos para salvar vidas, não para gerar lucros, Senhora Presidente.

Ewa Kopacz (PPE). – Pani Przewodnicząca! Informacje o rozpoczęciu szczepień przeciwko wirusowi SARS-CoV-2 wywołały szeroki wachlarz emocji, przede wszystkim nadziei na zakończenie pandemii i powrotu do normalności.

Niestety w mijających tygodniach pojawiły się problemy z dostawami szczepionek. Spowodowało to nie tylko dezorganizację prac ośrodków medycznych, ale także ogromny stres pacjentów zapisanych na szczepienie. Tym większy, że jest to akurat grupa osób najstarszych, zasługujących na szczególne traktowanie. Seniorzy zapisani na szczepienia to nie jest spis nazwisk w tabelkach, ale ludzie – często niesamodzielni, schorowani, potrzebujący pomocy bliskich. Zmiana terminu w ostatniej chwili, często w tym samym dniu, działa jak efekt domina, dezorganizując pracę i życie wielu ludzi.

Pamiętajmy, że wirus nie respektuje granic, narodowości, nie respektuje również egoizmów narodowych i partykularnych interesów globalnych koncernów. Dlatego apeluję do europejskich liderów oraz do producentów szczepionek: mamy obecnie potężne narzędzie w postaci szczepionki. Teraz tylko od naszej wspólnej odpowiedzialności zależy, czy i kiedy zakończymy tę pandemię. Aby ratować ludzkie życie, nie wystarczy wynaleźć szczepionkę, trzeba ją jeszcze podać.

Zwracam się więc do Komisji Europejskiej o rygorystyczne egzekwowanie zapisów umów z producentami szczepionek oraz o wnikliwą analizę informacji dotyczącą opóźnień w dostawach.

Eero Heinäluoma (S&D). – Arvoisa puhemies, tosiasia on, että juoksemme rokotteiden toimituksissa kilpaa ajan kanssa. On todella tärkeätä, että rokotteiden toimituksesta annetut lupaukset pidetään ja rokotteet saadaan nopeasti kansalaisten ulottuville.

Uusi brittimuunnos ja muut muunnokset tuovat yhä suuremman uhan tämän viheliäisen taudin nopeasta uudelleenleviämisestä ja kaikesta siitä ongelmasta, jonka se aiheuttaa kansalaisten terveydelle ja hengelle. Siksi komission täytyy tehdä kaikki mahdollinen rokotetuotannon nopeuttamiseksi.

Olen tyytymätön siihen, että emme ole saaneet myöskään parlamentin käyttöön riittävästi tietoa siitä, mitä sopimuksia, millä tavalla ja minkä ehtoisesti yhtiöiden kanssa on tehty. Avoimuutta tarvitaan lisää.

Suomeen on tullut alle puolet luvatusta rokotemäärästä. Tämä ei ole hyväksyttävää, ei Suomen eikä muiden maiden kohdalla. Komissiolta odotetaan myös sen läpikäyntiä, voidaanko lääkeyhtiöiden kanssa tehtyjä sopimuksia ja patenttisuojaa arvioida uudelleen tai voidaanko käyttää esimerkiksi lisenssituotantoa ratkaisuna lisätoimituksiin. On siis katsottava kaikki mahdolliset tiet, jotta tämän kevään aikana rokotteet saadaan leviämään.

Nicola Beer (Renew). – Frau Präsidentin! Frau Präsidentin der Kommission! Endlich! Lange hat das Parlament auf diesen Austausch mit Ihnen gewartet, und er wurde viel zu lange verschoben.

Sie stehen wie niemand anders für die EU. Umfragen spiegeln massive Vertrauensverluste. Der Schaden ist da für die Bürger, für die EU. Sie müssen jetzt – wir alle müssen jetzt – die Scherben aufsammeln, enttäuschtes Vertrauen mühsam wiederherstellen. Verlorene Zeit, die wir besser hätten nutzen können.

Jetzt heißt es: sich ehrlich zu machen. Und gerade weil wir an Europa glauben: Transparenz schaffen, Frau Präsidentin – vollständig. Die Wahrheit kommt ohnehin ans Licht. Jetzt ist nicht die Zeit für große Deklarationen. In der Krise heißt es: führen. Das heißt mit glaubwürdigem Beispiel vorangehen, nicht hinterherlaufen, vor der Welle schwimmen.

An Thierry Breton: Er zeigt, wie es geht: Kapazitäten nutzen und vernetzen, maximale Produktion und Auslieferung schaffen, parallel Augen auf, Mutanten erkennen, analysieren, Impfforschung justieren, Impfstoffe weiterentwickeln. Und schließlich regionaler Austausch in der EU: Was funktioniert wo, warum, wann am besten?

Das ist etwas, was für eine Öffnungsstrategie notwendig ist, und das schulden wir den Bürgern und der Wirtschaft in Europa.

Anna Cavazzini (Verts/ALE). – Madam President, let me be very clear to the Commission President. I really support and defend the common European approach on vaccines. It is really good that we do not have a harmful race between the different EU Member States on who gets the vaccine first.

But the EU's strategy is really turning a blind eye to the global dimension. COVAX and the WHO patent pool do not deliver in securing a fair distribution of the vaccine around the globe. When the smallest part of the world's population secures the biggest share of the vaccine doses, something is going wrong.

We need to increase the production capacity. You said it yourself, but that means that also countries like India and South Africa need to be enabled to produce the vaccine, and the EU must use its leverage to get the pharma companies to share their technology and know-how with developing countries. We can only win against COVID if we act together, and we have to act now.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Minister! Pani Przewodnicząca! Dobrą decyzję o wspólnej strategii szczepionkowej dla 27 krajów członkowskich niestety przysłoniły błędy i zaniechania Komisji Europejskiej. W konsekwencji wskaźnik szczepień na 100 obywateli jest jednym z najniższych na świecie, bo wyraźnie wyprzedzają nas takie kraje jak Izrael, Wielka Brytania czy Stany Zjednoczone.

Z braku czasu tylko trzy kwestie. Jak to możliwe, że Komisja wsparła koncerny farmaceutyczne kwotą ponad 3 mld euro, a nie ma dostępu do szczepionek takich, jak kraje trzecie, które takich badań nie wspierały? Jak to możliwe, że Pani Przewodnicząca zapewnia, że w umowach są twarde terminy dostaw określonych ilości i w określonych terminach, a jednocześnie w sytuacji, kiedy one są niedotrzymywane, i to rażąco, nie ma żadnych reakcji po stronie Komisji Europejskiej?

Pani Przewodnicząca, bez znaczącego wzrostu produkcji szczepionek i bez przyśpieszenia dostaw strategia unijna, polegająca na zaszczepieniu 70 proc. obywateli do końca lata, legnie w gruzach. W tym tempie zaszczepimy do tego czasu tylko 15 proc. Europejczyków.

Traian Băsescu (PPE). – Doamnă președintă, … *(cuvinte care nu se aud)* … pe care a dovedit-o dând acces egal cetățenilor europeni la vaccinuri. Responsabilitatea pentru întârzierea care costă vieți omenești este a marii industrii farmaceutice. Altfel spus, primii la încasat bani, dar ultimii la respectarea contractelor.

Cu profituri imense în pandemie, aceste companii globale refuză să renunțe la drepturile de proprietate intelectuală. O astfel de renunțare, doamnă președintă, ar permite multor state să își producă ele însele vaccinurile. Am mai spus-o și o repet: companiile globale tind tot mai mult să acționeze după regulile lor și nu după legile statelor pe teritoriul cărora realizează venituri uriașe.

Este obligatoriu ca în perioada următoare, prin Organizația Mondială a Comerțului, în cadrul G20, să se discute măsuri unitare în încercarea de a modela procesul de globalizare care, cel puțin în cazul industriei farmaceutice, devine inuman, orientat în primul rând către profit și cu minimă responsabilitate pentru viața oamenilor.

Nicolás González Casares (S&D). – Señora presidenta, señora presidenta de la Comisión, los socialistas apoyamos esta estrategia vacunal porque transita por la senda de la igualdad y la solidaridad europea, con objetivos elevados: llevar la vacuna a cientos de millones de personas sin distinción.

Por eso exigimos transparencia, para un buen control del cumplimiento. Fortalece la democracia. Criticar los errores cometidos no es criticar a la Unión. Que nadie se engañe. Defendemos nuestras instituciones. Consideramos las vacunas como un bien común.

La ciencia ha logrado un hito que hace menos de un año parecía imposible. Hemos apoyado la industria farmacéutica, crucial para la lucha contra esta pandemia. Ahora le exigimos cumplimiento para recuperar la confianza.

Damos la bienvenida a los acuerdos para aumentar la producción. Pero, señora presidenta, hagan todo lo necesario para sortear el cuello de botella del suministro. Ahora mismo una liberación de las licencias puede retrasar nuestros objetivos, pero, si la industria no es capaz, debemos reservarnos esa opción.

Señorías, dejemos también claro que los buzones de la UE no aceptan propaganda de vacunas. Bienvenidas sean todas las aprobadas por la EMA.

La ciudadanía está agotada; restricciones, familiares y amigos en los hospitales, los sanitarios librando una batalla titánica… Esta estrategia es nuestra esperanza. Un reto histórico. Estoy seguro de que marcará el futuro de Europa. Hagámoslo unidos.

Nils Torvalds (Renew). – Madam President, we had some frank exchanges of views earlier, so I think it's time for conclusions and not for being too angry. And the conclusions could be actually summed up by 'what did you learn in school today?' 'What did you learn in the EU today, dear Commission of mine?'

One, we needed to have had the Parliament with us from the very beginning, and the contact group is a very good step in that direction. Two, when we spend the amount of money we are now going to spend, we need an open-source approach. And when Linux started to do open source, the big companies came against, among other persons, my son.

And then today they have learned that open source was something which was actually in their interest also and in the interest of mankind. Third, we need a European law on transparency, and when this comes from the Commission, I will say: 'yes, we did it'.

Katrin Langensiepen (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau von der Leyen! Viele, die zu Hause wohnen und sich selbst ihre Pflege durch Assistenzen oder Angehörige organisieren, werden seit März vergessen. Derzeit wird das Impfangebot den besonders vulnerablen Gruppen zuerst gemacht, und das ist auch richtig. Aber was bedeutet das für den 40-jährigen Familienvater, der an ALS erkrankt ist, oder die Eltern, die sich um ihr Kind kümmern, das ein chronisches Lungenleiden hat? Es gibt 80 Millionen Menschen mit Behinderungen in der EU. Nicht alle sind über 75, und nicht alle leben in Einrichtungen. Die Verzweiflung der Menschen ist hier sehr groß.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Diese Debatte darf nicht darüber geführt werden, Gruppen in unserer Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Nein, die schlichte Antwort ist: mehr Produktionskapazitäten, mehr Impfstoff und schnelleres Handeln.

Die Diskussion um Lieferengpässe und Transparenz von Vertragsmodalitäten zwischen der EU und Pharmaunternehmen ist richtig und falsch zugleich. Ebenso der Streit um Staaten, die Doppelstrategien fahren: richtig, weil diese Dinge grundsätzlich aufgeklärt werden müssen falsch, weil der Zeitpunkt verfehlt ist. Politische *blame games* produzieren keinen Impfstoff!

Ich erwarte deshalb von der Kommission und von den Mitgliedstaaten und von uns allen hier, die Einfluss haben, dass wir uns in dieser Situation nicht darüber zerstreiten, was alles falsch gemacht wurde, sondern dass wir uns hier und heute mit vereinten Kräften darauf fokussieren, wie wir mehr Impfstoff bekommen.

Carlo Fidanza (ECR). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Presidente von der Leyen, è vero, chi non fa non sbaglia, ma chi fa e poi sbaglia deve assumersene le responsabilità. A maggior ragione quando si ha a che fare con la salute di centinaia di milioni di cittadini. Lo diciamo con la coscienza serena di chi ha creduto fermamente che almeno sui vaccini l'Unione avrebbe saputo mostrare il suo valore aggiunto, evitando una corsa al rialzo dei prezzi e all'accaparramento di dosi da parte degli Stati membri.

E invece la Commissione ha commesso due errori cruciali: ha firmato contratti poco chiari con le case farmaceutiche e ha atteso troppo tempo prima di firmarli, facendosi così sorpassare e dimostrando, ancora una volta, la sua debolezza geopolitica. Ora siamo nel pieno di una contraddizione: da un lato, cercate di rimediare maldestramente con una sorta di sovranismo vaccinale e, dall'altro, continuate a dire che dobbiamo distribuire vaccini in mezzo mondo fuori dai nostri confini.

Intanto, però, l'obiettivo del 70 % di popolazione europea vaccinata prima dell'estate sembra diventato un'utopia. Presidente von der Leyen, lei ha fatto una scommessa politica sui vaccini e ad oggi non la sta vincendo. Questo dovrebbe farvi riflettere. Anziché chiedere maggiori competenze in ambito sanitario, l'Unione dovrebbe iniziare a fare bene poche cose ma davvero importanti.

Angelika Niebler (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Ratsvertreterin, Frau Kommissionspräsidentin! Zunächst an Ihre Adresse, liebe Frau Kommissionspräsidentin: Vielen Dank für Ihre ehrliche Analyse, wo wir gerade jetzt in der Bekämpfung der Pandemie stehen und was die nächsten Schritte sind, die wir jetzt veranlassen müssen.

Letztes Jahr war die Euphorie ja groß am Ende des Jahres. In Rekordzeit ist es uns gelungen, nicht nur einen, sondern mehrere Impfstoffe herzustellen. Aber was die Produktion, was die Massenproduktion anbelangte, hat uns dann doch in den letzten Wochen die Realität eingeholt, denn Impfstoffe lassen sich nun mal nicht so einfach herstellen und abfüllen wie Mineralwasser oder Bier.

Die Herstellung und der Transport von Millionen von Impfstoffen ist ein hochkomplexer Vorgang, ein hochkomplexes Unterfangen und die Produktionskapazitäten hängen natürlich von vielen verschiedenen – auch äußeren – Faktoren ab. Es ist darauf angesprochen worden.

Ich denke, der Kampf gegen COVID-19 ist noch lange nicht gewonnen und wir müssen uns jetzt darauf konzentrieren, was als nächstes zu veranlassen ist. Ich halte es für richtig – Frau Präsidentin, Sie haben darauf hingewiesen –, dass wir die Mutanten bekämpfen müssen, das ist ganz, ganz zentral. Und ich halte es ebenso für sehr wichtig, dass wir eine Therapiestrategie entwickeln, dass wir uns überlegen, wie wir die Krankheitsverläufe, die schweren Krankheitsverläufe von COVID-19-Patienten noch besser mit Arzneimitteln unterstützen können. Da bitte ich die Kommission, hier eine Strategie aufzusetzen.

Letzter Punkt: Ich glaube, auch in Sachen Einreise- und Quarantäneregeln brauchen wir mehr europäische Koordinierung.

Sara Cerdas (S&D). – Senhor Presidente, Presidente, Senhora Secretária de Estado, Comissária, Caros Colegas, trago aqui três assuntos. Como é que está a ser avaliada a imunidade pós-vacinação e pós-infeção? Nós precisamos de saber se, com a vacinação, estamos a proteger as pessoas e por quanto tempo. A minha pergunta é: quando teremos estes resultados disponíveis e, se estes estudos revelarem que será necessário um reforço anual da vacina, como está a Comissão a preparar-se para um cenário em que seja preciso adquirir doses suficientes para que os Estados-Membros consigam vacinar repetidamente a sua população para garantir imunidade?

Apresentaram, no mês passado, metas ambiciosas de vacinar 70 % da população adulta até ao verão. Considerando os problemas de escassez e de capacidade de produção por parte da indústria que aqui já foram abordados, quais são as estratégias que irão implementar para atingir estas metas ou se estas metas serão alteradas de forma a estarem alinhadas com a capacidade de produção atual.

E eu termino aqui a minha intervenção com um apelo por parte dos cidadãos. A União Europeia tem avançado de forma estruturada e coordenada com este processo de vacinação, tendo criado uma plataforma com a monitorização de todo o processo nos Estados-Membros. Eu peço aqui um trabalho conjunto de divulgação entre o Conselho e entre a Comissão para que esta informação chegue a todos os cidadãos. Por eles e por uma verdadeira União Europeia para a Saúde.

Jan Huitema (Renew). – Voorzitter, vaccins bestaan uit drie- tot vierhonderd verschillende bestanddelen. Door de grote vraag naar vaccins is echter een tekort aan deze bestanddelen ontstaan. Hoe heeft de Commissie zich hierop voorbereid voordat de productie van vaccins was gestart? Dit is namelijk geen nieuw verschijnsel. Voor de coronapandemie was al duidelijk dat de leveringszekerheid van bestanddelen voor vaccins en medicijnen vaak te wensen overlaat, wat ernstige medicijntekorten tot gevolg heeft.

Waarom heeft de Commissie nog geen concrete voorstellen gedaan, bijvoorbeeld in de farmaceutische strategie, om de leveringszekerheid van bestanddelen en medicijnen te verbeteren? Gaat dat nu wel gebeuren?

Ville Niinistö (Verts/ALE). – Madam President, I have spoken with a lot of young people in Europe and they have a strong message to deliver. The continuing coronavirus crisis is having a huge strain on the health of the youth of Europe.

I'm not just worried about the health effects on the elderly and the risk groups, but of the effect that one year, or even two years, of this continued crisis is having on the mental health of the youth. For young people forming their future, that is a long time without the proper chance for social contacts and learning.

If there is a generation growing up without a chance to pursue their dreams and visions, it affects our whole youth future. It is a Europe without dreams and visions. And this crisis affects the youth of the whole world. It is not just limited to Europe.

So, therefore, I urge the Commission to do its utmost to ramp up vaccine production in Europe and globally. There needs to be a compulsory licensing of the vaccines to speed up production. We need all hands on deck.

But there needs to be carrots and sticks to enforce public interest above the interests of a few private vaccine companies. Vaccination has yet to start in the poorest countries, so there needs to be a global strategy here. I urge you to action.

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señora presidente, no deja de sorprenderme el argumento central de la señora Von der Leyen, que consiste básicamente en decir que la Comisión Europea lo ha hecho fatal, pero que aun así eso es mejor que si los Estados miembros hubieran actuado por su cuenta; es mejor que el barco se hunda con todos dentro a que aquellos que encuentren un bote salvavidas o naden mejor que otros puedan salvarse: todos hundidos y así no se ofende nadie. ¡Bendita Europa federal!

Hoy todos los Gobiernos de la Unión Europea la culpan a usted del fiasco de las vacunas y quizá no es del todo justo, pero lo cierto es que usted se erigió en directora de la orquesta sin encomendarse a Dios ni al diablo. Y es lo que tiene el globalismo, ¿no? Aquí nadie es responsable porque nadie sabemos quién toma las decisiones. Los Estados la señalan a usted; usted señala a las farmacéuticas; las farmacéuticas, a los propios Estados, y, si todo lo demás falla, culpamos a la cepa británica, aunque el virus no era chino.

En España existe la misma pelea entre las Administraciones autonómicas y el Gobierno central. El problema es evidente: todos quieren el poder, pero nadie quiere asumir las responsabilidades. Si usted, señora Von der Leyen, estuviera en cualquier Gobierno de un Estado miembro, habría dimitido. Le pido eso: dignidad y dimisión.

Esteban González Pons (PPE). – Señora presidenta, si no fuera por la compra masiva de vacunas por parte de la Comisión, muchos países europeos —el mío, por ejemplo—, por falta de peso político o presupuesto, no empezarían a recibir vacunas hasta que Alemania o Francia hubieran acabado sus procesos de vacunación. Quizá después del verano.

La decisión europea de centralizar la compra de vacunas nos ha ahorrado una vergonzosa competencia al alza por el precio y el drama de no tener en muchos países con qué proteger a millones de europeos.

Cuando se trataba de criticar a los frugales por mostrarse reticentes con el fondo de recuperación, bien que se escucharon voces subrayando esa falta de solidaridad. Sin embargo, ahora que, si se rompiese el consorcio comprador, los del norte no iban a tener problemas de suministro, pero los del sur sí, no se escucha igual de bien nuestro agradecimiento a la Comisión Von der Leyen. Solo se escucha el egoísmo en el norte y en el sur.

Otro efecto de la COVID-19, por lo visto, es el nacionalismo. Ahora que Hungría compra vacunas a Rusia por su cuenta, que Alemania proyecta adquirir 600 millones de dosis al margen de la Comisión, que Rusia busca dividirnos ofreciendo su Sputnik a unos sí y a otros no, que el Reino Unido ha convertido el proceso de vacunación en el primer pulso político *pos-Brexit*, que Serbia vacuna más rápido que la Unión Europea gracias a los chinos, es el peor momento para mostrar desunión.

La solidaridad europea está funcionando y en un continente sin fronteras solo la solidaridad puede salvar vidas y economías. Si no nos vacunamos todos es como si no se hubiera vacunado nadie.

Sándor Rónai (S&D). – Tisztelt Elnök Asszony! Tisztelt Képviselőtársaim! Kérem, emlékezzünk vissza a pandémia elejére, amikor a tehetősebb országok, tehetősebb tagállamok megtehették azt, hogy a jobb minőségű eszközöket gyorsabban beszerezzék, míg a szegényebb tagállamoknak a maradék jutott, ebből is leginkább drágább áron. A magyar kormány azonban képes volt ezen a helyzeten is rontani. Kínából annyi lélegeztetőgépet vásároltak, amennyi Németországnak is elég lett volna. Ezek mai napig egy raktárban hevernek, valószínűleg a mandarin használati utasítással együtt. Éppen ezért különösen örülök annak, hogy most a vakcinák engedélyeztetését, legyártását és az egész folyamatot közösen, európai uniós szinten végezzük.

Nem könnyű feladat ez, hiszen 500 millió embernek kell vakcinát előállítani. Kérem, ne feledjük egy percre sem, hogy a vakcinák létrejötte és engedélyeztetése nem csekély mértékben az európai adófizetők pénzéből történt. Mégis, még így is sokkal inkább átlátható ez az egész folyamat, nyomon követhető, mint egyes tagállamok esetében, amelyek például Magyarországon előbb engedélyezték az orosz és kínai vakcinát, mint ahogy a dokumentációt megismerték volna.

Hilde Vautmans (Renew). – Voorzitter, mevrouw de Commissievoorzitter, we verwachten geen woorden maar daden bij het nastreven van de doelstelling om tegen de zomer zeventig procent van de Europese bevolking gevaccineerd te hebben. Dat zou ons als grootste vaccinproducent ter wereld moeten lukken. Toch staan we achteraan de rij en wordt er in Canada, de Verenigde Staten, Israël en het Verenigd Koninkrijk sneller gevaccineerd. Europa ligt daarom onder vuur.

U heeft terecht gezegd dat dit geen sprint is, maar een marathon. Ik denk echter dat het in Europa tijd is voor een tussensprint. We moeten ons tempo verhogen, de productiecapaciteit opvoeren, strenger toezien op de leveringen en de naleving van de contracten en deze desnoods heronderhandelen. Europa moet namelijk nu leveren. Ik zou het zeer gênant vinden als we uit de brand moeten worden geholpen door het Russische Spoetnik-vaccin.

U heeft nog altijd mijn volle steun, mevrouw de Commissievoorzitter. We hebben geen andere keus dan dit op Europees niveau af te handelen. De Commissie moet echter de daad bij het woord voegen en transparant zijn, zodat de burgers weten waaraan ze toe zijn.

Sara Matthieu (Verts/ALE). – Voorzitter, mevrouw de Commissievoorzitter, samenwerking is de kracht van de Europese Unie. Alleen zijn sommigen misschien sneller, maar samen geven we alle Europese burgers de beste en de veiligste vaccins.

Het vertrouwen moet omhoog. Ik vraag daarom dat alle contracten die de Commissie heeft afgesloten transparant en openbaar worden gemaakt. Dit zorgt namelijk voor een groter draagvlak en daarmee voor een hogere vaccinatiegraad. Europa is echter geen eiland. We kunnen de pandemie alleen stoppen als de hele wereld wordt gevaccineerd, en daarvoor is een enorm aantal vaccins nodig. Helaas wordt de grootschalige productie van vaccins momenteel in de weg gestaan door patenten.

Ik wil u daarom vragen niet meer naar het COVAX-initiatief te verwijzen alsof het een oplossing is voor vaccins in armere landen; het is niet meer dan een doekje voor het bloeden en zal bovendien te laat komen. Steun het verzoek van onder andere India om de eigendomsrechten op WTO-niveau te schrappen. We zijn immers alleen veilig als iedereen veilig is.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, Senhora Secretária de Estado, Senhora Presidente da Comissão, como representantes eleitos dos cidadãos europeus, naturalmente que a ação da União Europeia para ter a vacina para todos os europeus merece o nosso apoio e o nosso agradecimento, e faço-o aqui pessoalmente à Presidente Von der Leyen e à Comissária Kyriakides.

Há, no entanto, um ponto claro. Precisamos agora de mais vacinas. Temos de adquirir mais vacinas e de produzir mais vacinas com urgência. E digo aqui uma coisa que é politicamente incorreta: se for preciso pagar mais, paguemos mais. Há um velho ditado português que diz: o barato sai caro. Porque, se nós não pagamos agora, vamos pagar muito mais nas nossas economias e em vidas que não têm preço.

Se a vacina veio para ficar, é fundamental garantir produção e distribuição na Europa. Não apenas para esta emergência de agora, mas para os próximos anos, e não apenas para esta pandemia, mas também para outras doenças que venham no futuro. É isso que é a União para a Saúde. A pandemia, desde o primeiro momento, das máscaras aos ventiladores, que nos ensinou que temos de ter capacidade produtiva e de distribuição dentro da Europa. Isto vale para os medicamentos, vale para as vacinas.

E, finalmente, digo aqui à Comissão: aprendamos as lições quando formos apresentar a nova estratégia de Schengen. Há muita coisa a fazer em Schengen que pode salvar vidas e que pode salvar economias e a pandemia foi a melhor lição sobre as reformas que devemos fazer.

Sylvie Guillaume (S&D). – Madame la Présidente, depuis plusieurs mois, nous sommes tous engagés dans cette lutte contre le virus, mais avouons que nous sommes encore la tête dans le guidon.

Je partage beaucoup des revendications de mes collègues, mais j'y ajoute deux éléments. En corollaire au concept d'indépendance ou d'autonomie sanitaire européenne, l'idée de l'Europe de la santé a fait irruption, mais elle reste encore à l'état d'une idée. Même si cela réussit déjà à bousculer les préventions nationales, il faut désormais muscler le concept. Par exemple, si on s'accorde pour dire que l'ECDC est un bon outil, il faut le renforcer en matière de ressources et de rôle.

Ensuite, les relations avec les «Big Pharmas» doivent être sérieusement revisitées. Il est inimaginable d'assister au spectacle donné par les grands labos, avec des acteurs qui sonnent aussi faux et surtout depuis aussi longtemps. Au moment où nos sociétés sont confrontées à la surmortalité avec toutes les angoisses que cela représente, voir des PDG de labos mentir, ergoter, s'intéresser prioritairement au montant des bénéfices et des dividendes, comme Sanofi, continue d'écœurer même si ça ne surprend pas.

Soyez certaine que le Parlement entend bien être acteur dans cette perspective.

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, I would like to say to President von der Leyen that, in her address this morning, she said, 'The bottom line is mistakes were made in the process leading up to the decision to invoke Article 16. I deeply regret that'.

President von der Leyen, I wish to acknowledge your regret, but I also need to ask you three questions. How was the decision arrived at, who made the decision, and why? And these are fundamental questions because we do need to put in place mechanisms to ensure that Commissions in the future would not make similar mistakes. We are playing with a very sensitive issue on the island of Ireland so I would greatly appreciate answers to those three questions: how, who and why?

Beyond that, I would also say that I very much support the concept of the European Commission's purchasing programme for vaccines. What we need to do now is to ensure that there is strong collaboration and cooperation between the pharmaceutical companies to enhance capacity across the euro area and the European Union to ensure we have vaccines for our citizens and citizens in the COVAX programme as well. We also need to ensure that the authorisation programme is fast, effective and efficient, and that it cooperates with other international bodies in terms of assessing the efficacy of vaccines.

Grace O'Sullivan (Verts/ALE). – Madam President, recently the Commission made the grave mistake of almost invoking Article 16 of the Northern Ireland Protocol. President von der Leyen, you said this morning that, in the end, you got it right. President, you did not get it right. What concrete steps will you put in place to assure the people of Ireland, north and south, that the delicate situation on the island of Ireland is never threatened like this again?

Yesterday, Ombudsman Emily O'Reilly's inquiry revealed alarming resource and information gaps in the European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC) in the crucial early weeks of the crisis. President, can you assure us the ECDC and similar agencies will be properly resourced? Can you now guarantee us action and transparency in the distribution of vaccines not just throughout Europe, but to the far reaches of the developing world? As we all say, no one is safe until everyone is safe.

Monika Hohlmeier (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissionspräsidentin, liebe Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal am Anfang vielleicht ein bisschen ein Rückblick. Vorausschauende Politik ist nicht unbedingt eine Gabe unserer Mitgliedstaaten. Als ich vor drei Jahren in einer ganz anders gelagerten Diskussion die Frage der Pandemien, der Zusammenarbeit von Laboratorien, der Spezialisierung in Medikamentenproduktion, der Herstellung neuer Medikamente, von Vakzinen, von Antidoten angesprochen habe, haben die Mitgliedstaaten geantwortet, das käme überhaupt nicht in Frage, das sei mitgliedstaatliche Kompetenz.

Ich glaube, dass wir mit diesem Egozentrismus aufhören müssen und nicht immer erst in der Krise anfangen, zu handeln und dann anschließend mit dem typischen *bashing game* anfangen: Die Mitgliedstaaten sind schuld, die Kommission ist schuld, und eine Präsidentin und eine Kommissarin haben wir auch noch, auf die wir dann schimpfen können.

Wir sind nicht perfekt. Wir machen in dieser Krise Fehler und wir lernen aus dieser Krise. Aber was wir lernen müssen, ist schnelleres Handeln geostrategischer Art, die Herstellung und Produktion von Impfstoffen, aber auch von Medikamenten wieder in unseren eigenen Ländern, in der Europäischen Union selbst teilweise zu tätigen und uns strategisch zu versorgen.

Wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass es nicht nur ein grundlegendes Misstrauen gegen Pharmakonzerne gibt. Aber die müssen auch wieder in die Zukunft investieren. Es gäbe heute keinen Impfstoff ohne den *European Research Council*, denn der hat entsprechend die Produktion beziehungsweise die wissenschaftliche Tätigkeit im Bereich mRNA-Impfstoffe unterstützt, als die Pharmariesen das noch gar nicht wollten.

Wir sollten uns in der Krise nicht gegenseitig beschimpfen. Und ein letzter Satz, bitte, Frau Präsidentin, der liegt mir besonders am Herzen: Liebe Stella Kyriakides, ich bedauere außerordentlich, welche Hetzkampagne gegen Sie in meinem Land teilweise gefahren wird. Ich entschuldige mich wirklich. Das gehört sich schlicht und einfach in einer solchen Krise nicht. Fehler darf jeder machen, aber das geht nicht.

Alessandra Moretti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Presidente von der Leyen, l'Europa conta ancora troppi morti a causa della pandemia, ma grazie alla scienza abbiamo dato il via alla più grande campagna vaccinale di massa senza precedenti. I quantitativi di vaccino messi a disposizione non riescono tuttavia a far fronte alle necessità e l'Europa deve quindi promuovere una concreta collaborazione tra le aziende e lo scambio delle pratiche virtuose per accelerare la produzione e la consegna su larga scala dei vaccini, superando le limitazioni su brevetti e proprietà intellettuale e utilizzando clausole già presenti nei trattati internazionali.

Abbiamo visto quanto sia importante essere uniti e lavorare tutti insieme verso un obiettivo comune, superando veti, sospetti e interessi di parte. Rendere disponibili i vaccini e le cure farmacologiche per tutti, nel più breve tempo possibile, è un dovere morale e politico che riguarda tutti noi, e non abbiamo tempo perché il virus circola, muta e uccide ancora troppo. Ho molta fiducia in lei, Presidente, e sono convinta che insieme riusciremo a vincere questa sfida.

Sophia in 't Veld (Renew). – Madam President, I think a lot has been said about the need to procure the vaccines rapidly in order to restore trust, but I think more needs to be done because it's not just the result that counts for trust, it's also the process and the way there, and there I think we still have a few steps to take.

President von der Leyen, I heard you say 'We must learn lessons. Things went wrong'. I think it is important that those in the Commission who are responsible actually assume that responsibility. I think, in order to get there, we need transparency, not just on the contracts, but also on the whole process of negotiations, including the role of the Commission, decisions that have been taken and the role of the Member States, who have been very, very quiet so far.

I think responsibility is a wider issue in the Commission. We have now witnessed for a couple of weeks the mess around the vaccine procurement. We have seen the mess around Article 16 and last week the mess around 'Borrellgate'. I note – with some bitterness, I have to say – that, last year, Commissioner Hogan was made to step down very rapidly for much lesser offences. Where does the bar lie, Madam President?

Manuela Ripa (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Präsidentin von der Leyen! Anders als beim ersten Lockdown hat Europa jetzt gemeinsam gehandelt. Es hat vermeintlich aus seinen Fehlern gelernt, doch der Erfolg hat sich wieder nicht eingestellt.

Diesmal sind aber nicht die Mitgliedstaaten, sondern auch die Profitgier der Unternehmen schuld, und das, obwohl seitens der EU Milliarden in die Forschung und in die Impfstoffverträge geflossen sind. Aber Geld an der Pandemie zu verdienen zeigt einmal mehr die Schwäche des Systems auf. Es geht hier um das Gemeingut Gesundheit, das dem Profit weichen muss.

Ich habe in der vergangenen Woche eine offizielle Frage an Sie gerichtet, die ich hier wiederhole: Was wäre eigentlich, wenn diese Pandemie nicht nach den Regeln der Gewinnmaximierung, sondern der Gemeinwohlökonomie angegangen worden wäre? Was wäre, wenn wir uns einzig und allein am Wohl der Gemeinschaft ausrichten? Corona ist in vielen Bereichen eine Zäsur und muss es auch im Gesundheitsbereich sein.

Daher: Schluss mit der Gewinnwirtschaft, mit dem Profitzwang im Gesundheitswesen. Lassen Sie uns gemeinsam für die Gemeinwohlökonomie kämpfen, auch und vor allem bei der Bekämpfung dieser Pandemie.

Adam Jarubas (PPE). – Pani Przewodnicząca! Szerokie szczepienie to jest dzisiaj kwestia życia i śmierci, ale to także gospodarka, utrzymanie europejskich rodzin i ratunek dla upadających firm. Wspólna europejska strategia szczepień to jedyna droga, jeśli Unia ma być na powrót Unią swobód, przepływu osób, kapitału, towarów i usług. Odporność musimy uzyskać na poziomie europejskim. Powrót do normalności wymaga pokonania Covid-19 także u naszych sąsiadów, czy to w Wielkiej Brytanii, na Ukrainie, czy w Afryce Północnej. Osobno żadne państwo Unii Europejskiej nie miałoby takiej pozycji negocjacyjnej, preferencji cenowej, a wiele państw nie miałoby w ogóle dostępu w tak krótkim czasie do szczepionek.

Strategia farmaceutyczna Unii za cel stawia sobie odzyskanie suwerenności lekowej. Odpowiedzią na ten bezprecedensowy kryzys Covid-19 musi być zatem rozwój potencjału wewnętrznego Unii, a nie dalsze pogłębianie zależności od innych. Umów należy dotrzymywać. Unia Europejska zatem nie może płacić wiarygodnością za błędy firm. Groźby kolejnych setek tysięcy ofiar w Europie uzasadniają zatem np. ultimatum przejęcia praw patentowych. Jeśli firma nie potrafi wywiązywać się z zobowiązań, musi znaleźć partnera, który to umożliwi, i ponieść wszystkie związane z tym koszty. Komisja Europejska i państwa członkowskie muszą to wyegzekwować i przygotować działania wspierające tempo szczepień.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Vi kan ikke forvente at komme igennem denne coronapandemi, fuldkommen fejlfrit. Det er den største krise, EU-samarbejdet har stået over for nogensinde, og det er den største krise på vores kontinent siden Anden Verdenskrig. Jeg forventer heller ikke fejlfrihed fra EU-Kommissionen, men jeg forventer reel åbenhed, og det har vi ikke haft hidtil. Når Kommissionen holder kortene tæt til kroppen, så gambler I ikke bare med jeres egen troværdighed, men med opbakningen til hele EU-vaccinestrategien, og det kan få konsekvenser. Vaccineleverancerne er forsinket, og det forsinker genåbningen af vores samfund. Men vi har ikke fået tilstrækkelig klare svar på, hvor det er gået galt. I dag har I åbnet lidt mere op. Men der skal mere til, så vi kan lære og udbedre fejlene, og det kræver reel åbenhed. Det handler om at få skaffet flere vacciner så hurtigt som muligt, borgerne de lider. Åbn op, så vi kan forbedre strategien, genskabe tilliden og få hele Europa både hurtigt og sikkert igennem krisen.

Илхан Кючюк (Renew). – Нека да започнем с добрите новини от миналата година. Първата добра новина е, че имаше обща стратегия на Европейската комисия за закупуване на ваксини. Това беше правилната стъпка, защото противното би ни довело до ваксинационен национализъм. Втората правилна стъпка беше символиката: първите доставки да бъдат доставени по едно и също време за целия Европейски съюз. И да продължа с недотам добрите новини през тази година.

Цифрите го показват: само 3% от европейското население са ваксинирани.

В сравнителен план: за САЩ - 9%, за Великобритания - 14% и за Израел – над 60%. Въпросът на въпросите е: защо се стигна до тук? Защото някои от избраните държави бяха по-бързи от нас, и това трябва да го признаем. Забавихме се.

Вторият въпрос: защо ваксините, които се произвеждат в Европа, не остават тук? Има ли пропуск в договорите? Има нужда от ясни отговори. Има нужда от прозрачност, но има нужда и от възстановяване на доверието между европейските институции и европейските граждани. Нека да си подадем ръка и да работим заедно.

Daniel Freund (Verts/ALE). – Madam President, I would ask Ms von der Leyen why it is we are still not able to see the contracts. So far we have heard that it's because the pharmaceutical companies do not agree, even though I don't really understand how the scrutiny of the European Parliament – of the Commission – is somehow conditional on the agreement of pharmaceutical companies.

Anyway, I went to the reading room, I handed over my phone, I signed the non-disclosure agreement, and then I got to read these fun details of the agreements that we have struck. These are probably the most valuable contracts that the EU has ever concluded, certainly in terms of the economic impact if we made a bad deal in this case. But we as Parliament cannot read them. You have now offered a contact group and thankfully, a Belgian minister has tweeted the prices.

But I don't think that democratic control can work on accidental or restricted transparency, and actually, transparency should be your best friend because it protects you against blame-shifting by the Member States. That's what gains you trust, and it allows us to avoid mistakes, particularly in the future. So I think you should try a bit more transparency.

Christophe Hansen (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissionspräsidentin! Als allererstes möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Aufrichtigkeit bedanken. Nicht alle Politiker haben die Kapazität, Fehler einzugestehen und – im besten Fall – auch noch aus diesen Fehlern zu lernen.

Ich denke aber auch, dass die Kritiker, Ihre Kritiker, sich auch mal an die eigene Nase fassen sollten. Denn es sind oft die Gleichen, die Grenzschließungen und Exportbeschränkungen beschlossen haben oder unterstützt haben, ohne dies mit den Nachbarn abgeklärt zu haben. Es sind die Gleichen, die Anfang 2020 die Kommission ausgebremst haben, als sie gemeinschaftlich medizinische Geräte und Schutzmasken kaufen wollte.

Aber Schwamm drüber. Hier kommen wir besser raus, wenn wir gemeinsam anpacken: EU und Mitgliedstaaten. Wir brauchen schnellstmöglich die Gesundheitsunion, die Sie angekündigt haben, und da müssen auch die Mitgliedstaaten mit anpacken, Frau Staatssekretärin. Wir brauchen transparente und aufeinander abgestimmte nationale Pandemie- und Impfpläne. Vor allem aber brauchen wir mehr Produktion von Impfstoffen, um unser mittelfristiges Ziel einer Durchimpfung von 70 % unserer Bevölkerung zu erreichen.

Die Veröffentlichung von Verträgen ist natürlich ein *nice to have*. Aber, dadurch wird die Produktion nicht gesteigert. Was wir brauchen, ist eine EU-Produktions-Taskforce, die die nötigen Finanzmittel hat, um es fertig zu bringen, unsere Zulieferketten zu diversifizieren und den Produzenten den Zugang zu den nötigen Inhaltsstoffen und Molekülen zu ermöglichen.

All das werden wir aber nur zusammen erreichen und nicht gegeneinander. Lassen Sie es uns anpacken – gemeinsam Leben retten.

Mohammed Chahim (S&D). – Voorzitter, het is simpel, we willen zo snel mogelijk zo veel mogelijk vaccins. Dit betekent dat er moet worden samengewerkt, zowel tussen de farmaceutische industrie en de overheid als binnen de farmaceutische industrie. De licenties moeten met andere producenten worden gedeeld, zodat er op meer plekken kan worden geproduceerd en we zo samen het hoofddoel kunnen bereiken: vaccins voor iedereen. Als farmaceutische bedrijven hun recepten en gegevens niet willen prijsgeven, moeten we stevig optreden en ze daartoe dwingen. We kunnen niet afhankelijk zijn van een handjevol farmaceutische bedrijven terwijl we een virus proberen te verslaan.

De vaccins zijn ontwikkeld met publiek geld van ons allemaal. Het is dus niet meer dan logisch dat we daarover iets te zeggen hebben. We hebben de mogelijkheid om op meer plekken in Europa te produceren en kunnen dit wettelijk afdwingen. Deze wetgeving bestaat niet alleen, maar is zelfs in het leven geroepen voor situaties als deze. Als we deze mogelijkheden niet tijdens de huidige crisis benutten, wanneer dan wel?

Elsi Katainen (Renew). – Arvoisa puhemies, arvoisa komission puheenjohtaja, on tärkeää, että käymme tämän perusteellisen ja pitkän keskustelun, koska rokotteiden suhteen on tullut paljon pettymyksiä ja epävarmuutta, mutta toisaalta myös paljon odotuksia ja toiveita.

Komissio on sanonut, että se haluaa lisätä läpinäkyvyyttä EU:n ulkopuolelle lähteviin rokotetoimituksiin ja on luonut tätä varten uuden lupamenettelyn. Onko tästä lupamenettelystä jo tuloksia nähtävillä ja pystytäänkö tärkeää avoimuutta ja luotettavuutta lisäämään sekä toimituksissa että hankinnoissa?

Uusi valtava haasteemme on mutaatiot. Miten komissio on tähän varautunut sekä siihen, että saatamme tarvita vielä toisen rokotekierroksen tämän vuoden jälkeen?

Maailman terveysjärjestö on arvioinut, että globaalisti emme vielä tänä vuonna laumaimmuniteettia saavuta, vaikka EU:ssa tähän kriittiseen 70 prosenttiin päästäisiinkin. Täällä meillä Suomessa esimerkiksi kehitetään hyvin lupaavaa rokotetta nenäsumutteen muodossa ja on tärkeää, että myös nämä uudenlaiset ratkaisut muistetaan jatkossa.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κυρία von der Leyen, κυρία Κυριακίδου, σε αυτήν τη συζήτηση είναι απαραίτητο να βάλουμε το δάχτυλο επί τον τύπον των ήλων. Τι πήγε λάθος, πρόεδρε von der Leyen, και θόλωσε η εικόνα της μεγάλης, της ιστορικής απόφασης της κοινής προμήθειας για τα εμβόλια; Γιατί, αφού διασφαλίζονται τα συμφέροντα των Ευρωπαίων πολιτών, οι εταιρείες δεν πήραν —μαζί με την προχρηματοδότηση— εγκαίρως το μήνυμα ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν θα κάνει κανέναν συμβιβασμό στις παραδόσεις; Είναι απαραίτητο να προλάβουμε ούτως ώστε να μην επαναλάβουμε τα ίδια λάθη. Όπως επίσης είναι απαραίτητο να διασφαλίσουμε ότι θα υπάρχει επάρκεια των εμβολίων τέτοια που το δεύτερο εξάμηνο του 2021 θα εμβολιαστεί το 70% του πληθυσμού μας. Καμία καθυστέρηση από την πλευρά των εταιρειών δεν μπορεί πλέον να γίνει αποδεκτή και είναι απαραίτητο να προχωρήσουμε σε παγκόσμιες συμμαχίες με εταίρους και συμμάχους τις Ηνωμένες Πολιτείες, ώστε να διασφαλίσουμε τα υλικά και την επάρκειά τους που είναι απαραίτητα για να κατασκευαστούν τα εμβόλια. Χρειάζεται, επίσης, να έχουμε ενιαίους κανόνες για τη μετακίνηση εντός και εκτός Ευρωπαϊκής Ένωσης. Το πιστοποιητικό εμβολιασμού που προτείνει ο πρωθυπουργός της Ελλάδας, Κυριάκος Μητσοτάκης, παραμένει στο τραπέζι ως ένα αξιόπιστο εργαλείο, που θα διευκολύνει τους πολίτες που εμβολιάστηκαν να ταξιδεύουν χωρίς επιπλέον τεστ και εξετάσεις αλλά δεν θα αποκλείει οποιονδήποτε άλλον θέλει να ταξιδέψει με ασφάλεια. Τέλος, σας θυμίζω ότι η πατρίδα μου, η Ελλάδα, ξαναμπαίνει σε lockdown. Καμία βοήθεια δεν μπορεί να υποκαταστήσει την οικονομική δραστηριότητα. Γι' αυτό, κυρία von der Leyen, είναι η ώρα να κάνετε ό,τι χρειαστεί για να έχουμε θωρακίσει τους πολίτες μας ως το καλοκαίρι.

Romana Jerković (S&D). – Poštovana potpredsjednice, zdravlje naših građana mora biti i ostati prioritet broj jedan. Zadnje brojke pokazuju da je procijepljenost u Europskoj uniji svega 3%, u Ujedinjenom Kraljevstvu iznosi 16%, da ne spominjem Izrael sa 60%.

Ove razlike su velike, a one su pored što su velike i ujedno zabrinjavajuće, a mi s pravom postavljamo pitanje nije li preveliki naglasak u pregovorima sa farmaceutskom industrijom stavljen na nabavnu cijenu cjepiva, umjesto da prioritet budu proizvodnja i sigurnost opskrbe.

U svakom slučaju činjenica je da smo podcijenili izazove vezane za složenost proizvodnje i distribucije cjepiva, ali i da samo precijenili obećanje industrije. Pravo farmaceutskih kompanija na dobit ne može biti veće od prava na zdravlje. Stoga, sve opcije – poput korištenja kapaciteta drugih proizvođača i kontrola izvoza – moraju ostati na stolu.

Valjda nam je svima jasno da o ovome ovisi brzina našeg oporavka.

Claudia Gamon (Renew). – Frau Präsidentin! Frau Präsidentin von der Leyen, Sie haben Recht: Es war richtig und wichtig, dass die EU gemeinsam Impfstoffe für alle Europäerinnen und Europäer besorgt. Aber die EU von heute, die Zusammenarbeit zwischen Kommission und Mitgliedstaaten, hat diesen Stresstest nicht bestanden. Der EU von morgen darf so etwas nicht mehr passieren.

Wir brauchen eine Union, die entschlossen und schnell handeln kann, eine Union, die nicht bei jedem zweiten Schritt alle 27 noch einmal fragen muss, ob man etwas für sie erledigen darf. Wir müssen jetzt zuvorderst daraus lernen und jegliche unnötige Bürokratie auch im Zulassungsprozess für die Impfstoffe beseitigen – vor allem im Hinblick auf die Virusvarianten wird das Ganze relevant sein in der nächsten Zukunft.

Und wir müssen allen Impfherstellern und deren Partnern dabei helfen, dass sie ihre Kapazitäten hochfahren können, und das auch so schnell wie möglich. Das europäische Impfprogramm muss der Kraftakt unserer Generation werden – Tag und Nacht, solange es nun dauert, bis alle Menschen, die eine Impfung brauchen, diese auch kriegen.

Radan Kanev (PPE). – Madam President, we declared vaccination a common cause, a common European solution to both the health and economic crisis, and the Commission made an enormous effort to procure vaccines at the best possible price and safety and reliability standards. Yet success came at a price: a delay of the vaccination process itself.

I hope the vaccine shortage will be behind us quite soon. And still, we face two major problems. One is the mass reluctance of the people to vaccinate, and another is the staggering gap in the pace of vaccination campaigns in the different countries, where countries with completely different standards, like Bulgaria and the Netherlands, are both lingering behind due to mismanagement of the crisis.

Therefore I call on the Commission to launch a pan-European campaign against disinformation, but also to actively intervene where national authorities fail to procure vaccines for their citizens. Some might argue it's a national competence. I would answer that if it's a common cause, if it's a common fight, if we are to leave no one behind, then we should not leave behind those already left behind by their governments.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, va dato atto all'Europa per la ricerca dei vaccini e per gli acquisti comuni. Oggi il problema cruciale è la capacità produttiva di massa, perché l'accesso ai vaccini è un bene di tutti gli europei ma è anche uno sforzo globale. Se c'è stata una sottovalutazione sul tema produttivo noi dobbiamo concentrare qui gli sforzi.

Bene l'iniziativa di Breton per spingere al massimo le imprese, per moltiplicare i siti produttivi attraverso collaborazioni volontarie delle imprese. Ma non basta. Noi responsabili politici abbiamo il dovere di valutare tutte le ipotesi in campo per assicurarci scorte sufficienti, per valutare quale sarà la domanda, per essere pronti ad ogni evenienza, per non farci trovare impreparati nel futuro.

Quindi va valutata la strada delle licenze obbligatorie, che riconoscono la proprietà intellettuale dei brevetti ma consentono, anche con delle *royalties*, di far produrre anche ad altre imprese dando conoscenze e mezzi necessari. Questa strada farà nascere nuove filiere industriali e porterà all'autonomia strategica in un settore cruciale come quello farmaceutico e sanitario.

Karin Karlsbro (Renew). – Fru talman! Kommissionsordförande von der Leyen! Kära kollegor! Att vaccinationerna går smidigt är helt avgörande för våra liv och vår hälsa. Också för våra ekonomier och för EU:s sammanhållning. Vi möter pandemin tillsammans och vi kommer bara att klara oss igenom den tillsammans. Trots att EU:s inflytande över hälsopolitik är begränsat kunde vi tack vare EU upphandla vaccinet tillsammans, för att garantera vaccin till hela unionen, till alla medborgare, inte bara de största, de rikaste eller mest högljudda länderna.

Men vaccineringen går för långsamt. De mest utsatta får ta den största smällen. Det är inte acceptabelt och vi kräver svar. Varför tog det så lång tid att få avtalen på plats, och hur är de skrivna? Vi måste få insyn och transparens. Därför behöver vi en offentlighetsprincip, och det vill jag gärna veta hur kommissionsordföranden vill se till att få på plats.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I welcome today's debate, as effective, open communication is essential in the midst of this pandemic. I urge the Commission to increase communication with the Parliament on vaccine procurement and deployment, and I welcome President Ursula von der Leyen's commitment today to set up a contact group between the European Commission and Parliament.

During the Brexit process, it was effective engagement and dialogue from the Irish Government that secured the unwavering solidarity and deep understanding across the EU for the unique challenges facing Ireland. This solidarity cannot and should not be forgotten. Therefore, it makes it all the more unfortunate that the Commission made the recent error of proposing to invoke Article 16. Heavy criticism followed, and understandably so, but thankfully, so did engagement with the Irish and United Kingdom governments.

The fact remains that this major error came about as there was no consultation with those who would be the most affected. We need assurances that lessons have been learned and that sufficient procedures are being put in place to ensure that this cannot happen again – because it must not happen again.

However, the protocol is not primarily the problem here. The problem is Brexit, which is the regretful reality we must all face. And the protocol was the only tangible option available, considering the stance of the British Government.

What's needed now is courageous and responsible leadership to utilise existing structures in the agreement, to ensure the protocol works for all.

I call on the British Government to play its part and implement agreements in the protocol to make sure it actually works for people and businesses. It takes two to tango!

Cyrus Engerer (S&D). – Immaġinaw li kieku sebgħa u għoxrin pajjiż ta' qisien differenti, kienu qegħdin jinnegozjaw b'mod individwali u separat ix-xiri tal-vaċċin. Kieku kienet tkun festa għall-kumpaniji tal-Big Pharma. Konvint li l-istorja se tiġġudika dan il-mument diffiċli bħala wieħed essenzjali fil-mixja tal-integrazzjoni tagħna.

Kif kien qal Schuman; "l-Ewropa mhux se tinbena f'daqqa jew skont pjan wieħed, iżda b'kisbiet konkreti li l-ewwel ma jibnu hi s-solidarjetà". Is-solidarjetà, Sinjura President – Niftakru x-xeni ta' kważi sena ilu meta pajjiżi li ma bdewx ilaħħqu waħedhom mal-imxija tal-pandemija, u ċ-ċittadini ġustament staqsew, kif l-Istati Membri ddeċidew illi jmorru għan-nazzjonaliżmu fis-saħħa f'dak iż-żmien partikulari. Kif tħallew waħedhom dawn il-pajjiżi? Kif dawn il-laqgħat kollha li jkollna hawnhekk fi Brussell ma fissru xejn għall-ħajja ta' kuljum taċ-ċittadini?

Sinjura President tal-Kummissjoni Ewropea, żewġ affarijiet; ejja nibdew minn issa ninnegozjaw u nixtru d-doži fl-eventwalità tal-bżonn tat-tielet tilqima, kif ukoll aktar trasparenza. Il-mument illi l-Unjoni ma tkunx trasparenti hu l-mument illi ċ-ċittadini jitilfu l-kredibilità f'din l-Unjoni.

Irena Joveva (Renew). – Gospa predsedujoča, počasi dobivamo občutek, da sage spopadanja s pandemijo koronavirusa nikoli ne bo konec. Imamo težko pričakovano cepivo in imamo zastavljeno strategijo, ki je v teoriji dobra, toda žal ne tako učinkovita, kot bi si želeli.

Odločitev Komisije za skupno naročilo je bila dobra in nas je navdajala z optimizmom, tudi zadovoljstvom, ki pa ga je danes vedno manj. Zakaj? Zato, ker so bile pri sklepanju pogodb s proizvajalci cepiv storjene napake. In zato, ker to žal ni edini razlog. Še pomembnejši – morda celo najpomembnejši razlog – je predvsem pomanjkanje transparentnosti.

Če bomo nadaljevali s skrivnostmi in ohlapnimi obrazložitvami, bomo v celoti izgubili zaupanje državljanov, kar lahko potem še bolj negativno vpliva na njihovo odločitev za cepljenje in posledično na doseganje skupnega cilja: izhod iz pandemije.

Zato mora Komisija prevzeti odgovornost in evropskim državljanom odkrito in jasno predstaviti vse informacije, povezane s cepivi, ter s tem preprečiti dodatno ustvarjanje zmede in širjenje dvomov.

Massimiliano Salini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo a volte la necessità di ricordare a noi stessi, durante la discussione che stiamo affrontando, quanto sia grave la dimensione della tragedia nella quale si collocano oggi queste decisioni politiche che dobbiamo prendere.

Dopo il 1945 non si è mai verificata una così violenta recessione globale, con più di due milioni e mezzo di morti. L'Unione europea, mentre ha deciso di reagire economicamente con un'azione straordinariamente efficace, si è trovata ad affrontare, anche dal punto di vista sanitario, certo non senza errori, la più imponente provocazione ricevuta.

Da italiano posso dire che a noi sono stati garantiti come prenotazione più di 300 milioni di vaccini. Non sarebbe stato possibile senza l'Unione europea, che ne ha prenotati 2 miliardi e 300 milioni per i 27 paesi membri. Gli errori vanno corretti, non c'è dubbio, ma la nostra forza come singoli paesi non ci avrebbe consentito di dare questo filo di speranza ai nostri cittadini.

Ora il ritmo degli approvvigionamenti non è sufficiente, siamo solo al 4 % nella somministrazione di questi vaccini sulla popolazione totale. Dobbiamo migliorare e quindi dobbiamo presidiare che all'interno dei singoli paesi i piani siano efficaci, siano tolti i colli di bottiglia sul reperimento del personale e sulla comunicazione dei sistemi informativi. Ma la strada è quella giusta. I nostri paesi possono dire che, grazie all'Unione europea, anche su una tragedia così grande abbiamo una risposta e possiamo sperare.

Robert Hajšel (S&D). – Pani predsedajúca, ja sa stále vyslovujem najmä za hľadanie lepšej cielenej liečby ochorenia Covid-19, ako aj za využívanie už existujúcich liekov, ak sa ukázalo, že môžu byť aspoň trochu účinné. Ale lepšie ako liečiť je, samozrejme, predchádzať a tu je jasné, že očkovanie, aj keď nie je zázračným liekom na pandémiu, je nateraz najúčinnejším spôsobom, ako túto dramatickú situáciu sprevádzanú státisícami mŕtvych a ekonomickou krízou aspoň utlmiť.

Cieľom spoločného európskeho postupu pri obstarávaní vakcín, ktoré obhajujem, bolo zabezpečiť ich rýchlu a férovú distribúciu do všetkých členských štátov. Ale už dlhšie trvajúce sklzy v dodávkach dohodnutých vakcín spôsobujú obrovské sklamanie našich občanov.

Musíme preto umožniť výrobu vakcín vo všetkých členských štátoch, ktoré to dokážu zabezpečiť. Musíme prinútiť producentov, aby sa vzdali patentov, keďže dostali na výskum a výrobu peniaze našich daňových poplatníkov, lebo ako ja inak vysvetlím nášmu voličovi, že napriek investovaným miliónom do rôznych farma-firiem tieto nesúhlasia s dislokáciou výroby.

Nicola Danti (Renew). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Presidente della Commissione, nelle ultime settimane abbiamo assistito ad un crescendo di critiche nei confronti dell'Europa sull'approvvigionamento dei vaccini. Senza dubbio sono stati fatti errori dalla Commissione e dagli Stati membri e le critiche mosse sono anche condivisibili. Chiediamo su questo trasparenza e chiarezza, ma credo che al tempo stesso dovremmo essere onesti di fronte ai cittadini europei. Davvero pensiamo che se ciascun Stato membro avesse trattato per proprio conto con le case farmaceutiche oggi avremmo più vaccini? O vogliamo riconoscere che l'assenza dell'Europa avrebbe solo favorito uno o due grandi paesi a discapito di tutti gli altri?

Ecco, grazie alla strategia vaccinale, dal giugno scorso abbiamo contribuito a finanziare la ricerca diversificando i possibili fornitori. Concentriamoci adesso sugli sforzi per incalzare le case farmaceutiche, richiamandole agli impegni presi, vigilando sui possibili abusi e organizzando al meglio nei nostri paesi la somministrazione del vaccino. Indebolire le istituzioni europee non ci aiuterà ad archiviare il prima possibile questa brutta pagina della nostra vita.

Андрей Ковачев (PPE). – Безспорно е, че възстановяването на социалния и икономически живот в Европейския съюз е основната задача на нашия Съюз. Безспорно е, че общият солидарен подход в тази безпрецедентна криза е правилният, а не националният егоизъм.

Оттук нататък обаче приоритет е доставянето на възможно най-много ваксини в най-кратък срок и най-бързото ваксиниране на гражданите в страните членки. Моят призив е към Комисията да подпомогне и страните членки във ваксинационните кампании и по региони. Също така трябва да увеличим производствения капацитет с една европейска финансова инвестиционна офанзива, която е изключително нужна.

Ваксинацията е светлината в тунела, но нека тази светлина да не се превърне в светлината на идващия насрещен влак под формата на вирусни варианти, които не подлежат на защита от съществуващите сега ваксини. Радвам се, че Европейската комисия започва да работи и по тези въпроси. Трябва да сме подготвени за всички евентуалности, които са пред нас, за да може основната цел за възстановяване на социалния и икономически живот колкото се може по-бързо да бъде постигната. Това очакват европейските граждани: прозрачност, сигурност, информация и работа срещу дезинформацията. Моят призив към вас е комуникацията да бъде още по-добра и на всеки въпрос, който се задава, да се отговаря по най-бързия начин.

Петър Витанов (S&D). – Като представител на една от най-бедните страни – членки на Европейския съюз, искам да подчертая, че общият подход на Комисията беше акт на върховна солидарност, защото малки и бедни държави получиха условия за ваксините, които самостоятелно никога нямаше да могат да договорят.

Същевременно приветствам публикуването вчера на договор с поредна фирма производител, но не забравяйте, че Европейският парламент настояваше за прозрачност и публичност още от лятото на миналата година, защото липсата на прозрачност създаваше хранителна среда точно за антиевропейските и конспиративни теории.

Имам три въпроса към Европейската комисия:

Какви мерки ще предприеме Европейската комисия, за да гарантира своевременни доставки от фирмите – производители на ваксини.

По какъв начин ще бъдат подпомогнати, насърчени или санкционирани държави членки, които значително изостават със скоростта на ваксиниране.

И предвижда ли се общоевропейска информационна кампания, която да преодолее недоверието за ваксините в някои страни членки.

Benoît Lutgen (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Présidente de la Commission, «vous auriez dû», «il n'y avait qu'à». On a entendu ce matin des critiques à votre égard et à l'égard de la Commission. Je vous rassure, si vous n'aviez pas fait preuve de la nécessaire prudence, vous n'auriez pas entendu les mêmes crier, mais hurler pour vous dire que vous aviez manqué de prudence, que vous vous étiez précipitée.

Moi, je vous dis merci, merci pour l'approvisionnement, même si aujourd'hui, il n'est pas suffisant. Merci au nom de tous les États membres qui auraient été incapables d'acheter une seule dose de vaccin pour leurs citoyens. Grâce à l'Europe, grâce à l'unité, grâce à la solidarité, nous avons pu et vous avez pu faire en sorte que les citoyens européens croient en l'Europe et croient en cette solidarité bien nécessaire.

Bien sûr, le vaccin, c'est le premier pas vers la relance économique que nous souhaitons tous. Nos économies sont croisées, la réalité du virus demande que nous soyons solidaires encore demain.

Je vous demande vraiment d'utiliser tous les leviers qui sont les vôtres pour éviter que certains États membres ne la jouent solo, que ce soit la Hongrie, l'Allemagne ou d'autres, pour éviter de quitter ce champ de la solidarité. Ça n'aurait aucun sens par rapport aux valeurs que nous défendons au niveau européen. Ça n'aurait aucun sens non plus sur le plan économique, nos économies étant croisées.

Nous devons gagner ce combat contre le virus. Nous ne pourrons le gagner que tous ensemble grâce à l'action de la Commission.

Mónica Silvana González (S&D). – Señora presidenta, presidenta Von der Leyen, que las vacunas sean un bien público global significa que tienen que llegar a los países en desarrollo. Son buenas las noticias de que COVAX entregará sus primeras vacunas este mes y de que la Comisión prepara un mecanismo propio para donar a través del Equipo Europa, pero el reto es mucho más grande.

Mientras que en Europa tenemos la expectativa de que el 70 % de nuestra población esté vacunada este verano, el resto de los 145 países participantes de COVAX podrían cubrir solo el 3,3 % de su población, según la distribución que hemos recibido. Esto abre una nueva brecha y generará una desigualdad que se sumará a las ya existentes.

Si queremos ser un actor global debemos desplegar también una estrategia geopolítica, dado que China y Rusia ya lo están haciendo en Latinoamérica y en África. Hay propuestas sobre la mesa: una conferencia de donantes de forma urgente, que los productores de vacunas otorguen licencias obligatorias a fabricantes de genéricos en países en desarrollo, y que la Unión Europea promueva el consenso en la Organización Mundial del Comercio para flexibilizar los derechos de propiedad intelectual. Muchas gracias y pongámonos a ello.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, už čtyři hodiny diskutujeme o vážnosti situace, protože všichni cítíme, že máme společnou zodpovědnost. Očkovací plán má v našich zemích zpoždění, protože firmy neplní dohody, protože zřejmě přecenily své kapacity. Například v České republice mohu uvést, že náš plán byl do konce února proočkovat 5 % obyvatel, máme proočkováno 3,8 %. Je tedy jisté, že máme zpoždění, ale máme také příslib, že dodávky se zlepší, a já jsem přesvědčena, že toho dosáhneme pouze společným úsilím. Doufám, že také nová vakcína Novavax, která požádala o uznání od 2. února, bude co nejdříve uvedena do distribuce.

V debatě zazněla velká kritika na adresu špatně sjednaných smluv. A tady bych chtěla znovu poprosit i Vás, paní předsedkyně Komise. Je třeba dosáhnout maximální transparentnosti, a pokud je to možné, tak i ty další důležité části smluv zveřejnit, aby zde byla jistota a aby zde byla jistota, že máme distribuci vakcíny pod kontrolou my a ne jenom firmy. V sázce jsou zdraví a životy lidí a za této situace se např. Maďarsko rozhodlo otevřít svůj systém ruské a čínské vakcíně, protože říká, že zdraví je důležitější než politika. No já nevím, jestli v tomto případě jde skutečně o zdraví anebo právě o politiku, protože pokud by šlo skutečně o zdraví, pak nechápu, jak mohou užívat vakcínu, která nebyla uznána EMA. Chci ještě jednou poděkovat, paní předsedkyně Komise, za Vaše úsilí, paní komisařce, máte moji plnou důvěru a věřím, že těch 70 % dokážeme proočkovat do konce léta.

(Id-dibattitu ġie sospiż)

5. Erste Abstimmungsrunde

Il-President. – Qabel ma ngħaddi għall-kelliema li jmiss, se niftaħ l-ewwel sessjoni ta' votazzjoni tal-lum.

Se nivvotaw dwar il-fajls hekk kif inhuma indikati fl-aġenda.

Is-sessjoni ta' votazzjoni se tkun miftuħa mis-13.00 sas-14.15 u l-votazzjoni se ssir bl-istess metodu użat fis-sessjonijiet ta' votazzjoni preċedenti.

Il-votazzjonijiet kollha se jsiru b'sejħa tal-ismijiet.

Niddikjara għalhekk l-ewwel sessjoni ta' votazzjoni miftuħa.

Għandkom sas-14.15 biex tivvotaw u r-riżultati se jitħabbru fis-19.00.

6. Impfstrategie der EU gegen COVID-19: aktueller Stand (Fortsetzung der Aussprache)

Il-President. – Issa nkomplu d-dibattitu tagħna dwar id-dikjarazzjoni tal-Kunsill u tal-Kummissjoni dwar is-sitwazzjoni attwali tal-Istrateġija tal-UE għall-Vaċċinazzjoni kontra l-COVID-19 (2021/2541(RSP))

Carlo Calenda (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo salutato positivamente la strategia UE per i vaccini e la centralizzazione dei negoziati con le case farmaceutiche. Oggi dobbiamo dire con altrettanta chiarezza che questo processo non ha funzionato come doveva e molte cose sono ancora poco chiare relativamente ai contenuti dei contratti negoziati e ai piani di fornitura disattesi. A questo proposito mi sembra peculiare che solo il 4 dicembre scorso la Commissione abbia chiesto al Commissario Breton di guidare un nuovo gruppo di lavoro con lo scopo di identificare e rimuovere i colli di bottiglia nella catena di produzione dei vaccini.

È plausibile che la vaccinazione debba essere ripetuta anche nei prossimi anni per fronteggiare nuove varianti. Abbiamo dunque bisogno urgentemente di un rapporto chiaro su cosa non ha funzionato, di un piano di emergenza per accelerare il processo di vaccinazione quest'anno e di una strategia aggiornata sui vaccini, credibile e di lungo periodo, che tenga conto delle problematiche produttive e contrattuali.

Edina Tóth (PPE). – Tisztelt Von der Leyen elnök asszony! A koronavírus elleni harcban a számok kulcsfontosságúak, mivel az oltási folyamat sebességén emberéletek múlnak. Sajnos a központosított vakcinabeszerzés azonban továbbra sem az állampolgárok és a tagállamok elvárásainak megfelelően alakul, ezzel kockáztatva az európai lakosok életét és az európai gazdaság gyorsabb újraindítását. Az uniós oltottsági szint még mindig 4 százalék alatt van, míg Nagy-Britanniában ez a mutató már közel 20 százalékos, de megemlíthetjük az Amerikai Egyesült Államokat, Izraelt vagy Szerbiát is. A jelenlegi, egyébként is nagyon rossz helyzeten csak tovább ront az a populizmus, amelyet a magyar baloldal képvisel, amelyik hazámban, Magyarországon oltásellenes demagógiával él, itt, Brüsszelben pedig pártpolitikai alapon támadja az Európai Bizottság néppárti elnökét.

Úgy gondolom, hogy az Európai Bizottság és az Európai Gyógyszerügynökség felelőssége és kötelessége kell legyen, hogy a legbiztonságosabb vakcinákat minél előbb beszerezze és engedélyezze, függetlenül attól, hogy ki gyártja őket. A hatékonyság és az elérhetőség nem lehet geopolitikai kérdés, amikor emberek élete forog kockán. A képlet egyszerű: aki elég gyors, az életeket ment, aki pedig lassú, emberéleteket veszít. Intenzívebb, gyorsabb tárgyalásokra és az EU proaktívabb hozzáállásra van szükség a vakcinabeszerzést illetően. Ahhoz, hogy az Európai Bizottság vakcinabeszerzési projektje sikeres legyen, azonnal cselekednünk kell. Mi mindannyian készen állunk erre és támogatjuk Önt ebben, Elnök asszony.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedniče, na razini Europske unije zajedničko je nastojanje bilo poduzeti sve moguće mjere kako bi se pandemija suzbila i pronašlo cjepivo. Taj put poduprijet je financijskom potporom farmaceutskoj industriji u važnoj fazi istraživanja. Danas samo godinu dana nakon početka krize cjepivo je dostupno ne u dinamici na koju smo računali i to nam govori o nužnosti jačanja vlastite proizvodnje. No poduzete je sve razborito u ovom vremenu bez presedana uz političku mudrost i operativne instrumente. Angažman Europske komisije u dugotrajnom procesu zajedničkog osiguravanja kvalitetnog, učinkovitog i sigurnog cjepiva bio je vođen najboljim interesima i namjerama i solidarnošću. Korištenjem samo vlastitih resursa stvorio bi se jaz između ekonomski nejednakih država članica. Ipak ono što želimo jesu informacije i transparentnost. Naši građani to žele, a nakon godinu dana života pod pandemijskim pravilima to i zaslužuju. Pozdravljam Vašu namjeru jasne komunikacije, stvaranje platforme za dijeljenje podataka. Razumijem da se nalazimo u složenom trenutku, da sve karte možda nisu na stolu, ali bez točnih i jasnih informacija ne možemo donositi odluke i imati valjane argumente. Trenutno se borimo na više frontova. Želimo očuvati živote naših građana, osigurati egzistenciju, borimo se protiv dezinformacija, pokreta protiv cijepljenja, očuvanja gospodarstva te u konačnici želimo procijepiti naše građane. Pozdravljam uvođenje mehanizma transparentnosti i zanima me koje su još naše ugovorne mogućnosti u slučaju da farmaceutske kompanije ponovo ne poštuju ugovorna pravila. Nema jedinstvenog lijeka za sve političke i socijalne probleme, no najmoćnije oružje koje posjedujemo, cjepivo, naravno figurativno ne smije biti oružje razdora naših vrijednosti.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Mr President, Ms Zacarias, Madam President, honourable Members, let me first of all thank you for this vibrant debate, which is a testament of how this House has this very important role and how important this issue is that we are debating here today. I want to start from where President von der Leyen left off.

We are doing our best to fight the virus. Across the Union and across the world it is now abundantly clear that we will only meet this challenge if we all stick together. We are all fighting to defeat a common enemy: COVID. The vaccines against this pandemic are the key to unlocking the door out of this crisis. We will continue to work day and night to ensure that these vaccines are brought to our citizens and by the end of the summer we want 70% of adult Europeans to be vaccinated. We want to ensure that this happens in a fair and equitable way, in a way which ensures that this strategic public good is distributed as quickly as possible to all — to all our Member States, fairly and equally, regardless of size, always with their full agreement and in full transparency.

A total of 26 million vaccine doses have been delivered in Europe since December, and more than 17 million people have been vaccinated in every corner of Europe. The pace of vaccinations can, and should, increase and we are doing our best to ensure that this happens in the coming weeks.

Let us recall the three fundamental points which are at the very basis of the debate today. Firstly, that it was right that we Europeans procured the vaccine together in solidarity. Secondly, that we have a moral duty to show the same solidarity to partners in our neighbourhood and across the world. And thirdly, that we are already drawing on the lessons of what we can improve — the regulatory environment, the industrial ecosystem, the operational environment and the predictability our Member States should have to roll out vaccinations. We have drawn these lessons and we are already acting on them.

Now let me turn to some of your questions. Firstly, on transparency. I have stated several times in this House that, with the EU vaccine strategy, we have always strived for as much transparency as possible every single step of the way. We owe it to our institutions and our citizens to be transparent and accountable in our decisions, and this is the only way we can build trust in this critical area.

In order to enhance our cooperation even further, and as mentioned by the President, we propose the creation of a contact group on vaccines. This will allow us to regularly exchange views on the most pressing issues and, most importantly, to work together on finding solutions.

I welcome the fact that following our request, three of our contracts, as you know, have been made publicly available. Tomorrow the Johnson & Johnson contract will be available in a reading room. We will persist with other companies in order to obtain their agreement to make our contracts available to the Members of the Parliament and public at large as quickly as possible.

When it comes to vaccine production and deliveries, there are indeed many lessons to be learned from this process, and it's perfectly natural for everyone to expect a rapid and seamless roll-out of vaccines. This is precisely why we had spread our investments across a broad portfolio of vaccine candidates and why we fixed the number of doses and delivery schedules in our agreements. I can assure you that we acted as fast as we could with, and on behalf of, all 27 - Member States when it comes to securing doses and investing in production capacity with companies in looking at safety.

This was never about only prices or being difficult. It was about ensuring that our citizens would have access to the safest and most effective vaccines, that we would have strong provisions on liability, and that we had all the safety procedures in place. And all these are vital. We did expect that there would be hurdles along the way, including unexpected ones. We can for sure go back and find things that we could have done differently, even better, but now our focus is on ensuring that vaccines reach our citizens and the rest of the world as quickly as possible, working with companies to eliminate bottlenecks in production and also looking at adjusting and stepping up vaccine production for the new variants.

What we need now is an immediate response to the urgent threat of coronavirus variants and what we need going forward is the capacity at EU level to produce vaccines independently. As of next week, we will launch a biodefence preparedness programme, our first action under the new Health Emergency Preparedness and Response Authority (HERA). We will launch a public-private collaboration to develop and manufacture vaccines at scale to respond to the threat of new variants more forcefully. We know that preparedness is everything, but preparedness requires foresight, both in the current crisis and for any future ones.

Honourable Members, we fully share your sense of urgency. We're on the same side and there are many pressing issues at play. You have raised many of them today and there will undoubtedly be more challenges ahead. The emergence of new variants only adds to this emergency and the sense of urgency. President von der Leyen said that this is a marathon, and it is. And we need to show the same level of determination, resilience and unity. This is why we need to cooperate closely with this House to find sustainable solutions to these crucial issues, because we are in this together. Collaboration and trust offer the surest path to overcoming this crisis, and this is what true solidarity is about.

Ana Paula Zacarias, *Presidente em exercício do Conselho*. – Senhor Presidente, Senhora Presidente da Comissão, Senhora Comissária, Senhoras e Senhores Deputados, a pandemia Covid-19 veio sublinhar a importância de trabalharmos juntos e quanto isso representa para o projeto europeu. Recordou-nos igualmente ser essencial tomar medidas ousadas e corajosas para enfrentar desafios comuns. Solidariedade, coordenação, cooperação deverão continuar a guiar a nossa resposta à Covid-19. É isso que os cidadãos nos pedem e é nisso que devemos empenhar-nos.

Este Parlamento deu hoje, aliás, um bom exemplo com a aprovação do Mecanismo de Recuperação e Resiliência. Não é preciso ter muita imaginação para conceber o caos em que poderíamos estar sem que tivesse havido uma estratégia comum relativamente à vacinação. Estaríamos a competir uns com os outros por recursos escassos, sem segurança e sem equidade. Não teríamos aproveitado a escala do poder científico pan-europeu. A nossa voz e a nossa capacidade de ação seriam bem menores.

Juntos somos mais fortes. E muitos membros deste Parlamento o disseram aqui hoje, oriundos de várias famílias políticas, mostrando bem a necessidade de uma solidariedade interinstitucional para encontrar as melhores soluções e, simultaneamente, alcançar o que aqui foi pedido: mais transparência e monitorização neste processo.

Por mais que possam existir pontos menos positivos, todos devemos reconhecer que esta solidariedade europeia, no que diz respeito à estratégia de vacinação, tem sido um fator determinante para aumentar a capacidade dos sistemas nacionais de saúde dos Estados-Membros na resposta à pandemia.

Apoiamos, por isso, os esforços da Comissão. Apoiamos os seus esforços, Senhora Presidente. Obrigada pela sua contínua determinação. Continuaremos a apoiar estes esforços com um firme compromisso de que só assim poderemos ter mais e melhores soluções em comum. Esse é o nosso dever. Isso é o que os cidadãos nos pedem. Trata-se de trabalhar com ambição, com realismo, com eficácia, para incrementar a produção das vacinas, para gerir melhor a questão das fronteiras, para melhorar o nível da investigação face às diferentes variantes do vírus e para, eventualmente, trazer também novos tratamentos. É trabalhar em conjunto para a luta contra a desinformação para melhorar o nível da nossa cooperação internacional.

Estes debates parlamentares são uma peça importante da democracia europeia, são um elemento essencial na relação entre as diferentes instituições e são uma ponte direta com os nossos cidadãos. E é por esse motivo que termino com um apelo: vamos renovar este sentimento de unidade, de solidariedade, para que possamos emergir desta pandemia como uma União Europeia mais forte, mais resiliente, mais justa. *It's time to deliver.*

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Clara Aguilera (S&D), *por escrito*. – La adopción de la estrategia europea de vacunación ha sido una decisión acertada, cuyos principios se basan en la igualdad y la solidaridad europea para llevar la vacuna a cientos de millones de personas sin distinciones.

La delegación socialista española apoya la estrategia de vacunación, pero ante la falta de competencia en la UE en el área de sanidad, cree que es necesario dotarla de más instrumentos para poder reaccionar de manera más rápida y eficaz ante futuros retos.

Además, exigimos a la Comisión una mayor transparencia en la negociación y cumplimiento de los contratos con las farmacéuticas. La UE ha invertido mucho dinero público en la investigación y desarrollo de la vacuna, por lo que reclamamos que el Parlamento tenga un instrumento de seguimiento con la Comisión Europea. Hasta el momento los responsables de las farmacéuticas han tenido que demostrar la seguridad y eficacia de las vacunas, pero es necesario que demuestren también la capacidad de producción.

Por último, los socialistas apostamos por mantener nuestro compromiso global fuera de nuestras fronteras con aquellos que necesitan de nuestra solidaridad y pedimos que las vacunas sean un bien público global que llegue a los países en desarrollo.

Andrus Ansip (Renew), *kirjalikult*. – Kriisi alguses teadsime kõik, et uute vaktsiinide väljatöötamiseks ja kasutuselevõtmiseks kulub tavapäraselt kümme aastat. Seekord oleme saanud vaktsiinid valmis kümne kuuga ning seejuures on tagatud vaktsiinide ohutus. Pean seda muuhulgas ka Euroopa Komisjoni väga suureks saavutuseks. Olen veendunud, et vaktsiinide ühishange Euroopa Liidus oli õige otsus. Liikmesriikide poolt eraldi vaktsiinide hankimine oleks olnud majanduslik mõttetus ning viinud liikmesriigid ebavõrdsesse olukorda. See oleks olnud ka epidemioloogiliselt mõttetu, kuna viiruse tõrjumine vaid piiratud alal poleks jätkusuutlik. Vaktsiinidega kaitsmata aladel saaks viirus levida ja ühtlasi muteeruda ning see ohustaks ka juba vaktsineeritud elanikkonda. Toetan Euroopa Komisjoni viirusevastases võitluses.

Άννα-Μισέλ Ασημακοπούλου (PPE), *γραπτώς*. – Δεν υπάρχει αμφιβολία ότι ο ευρωπαϊκός συντονισμός για τη διαχείριση της πανδημίας COVID-19 αποτελεί το μοναδικό ασφαλές μονοπάτι για τα κράτη μέλη της ΕΕ. Ενωμένοι είμαστε πιο δυνατοί. Οι Ευρωπαίοι πολίτες ορθώς έχουν βάλει ψηλά τον πήχη. Απαιτούν από εμάς ταχύτητα και αποτελεσματικότητα. Λάθος χειρισμοί και ολιγωρίες δύσκολα συγχωρούνται. Το τελευταίο διάστημα υπήρξαν πράγματι κάποιες αρρυθμίες. Σε έναν βαθμό ίσως και να δικαιολογούνται λόγω του πρωτόγνωρου και πολύπλοκου υγειονομικού περιβάλλοντος διεθνώς. Δεν υπάρχουν όμως περιθώρια για αστοχίες όταν διακυβεύονται ανθρώπινες ζωές. Πρέπει άμεσα να απαντήσουμε αποστομωτικά και αποτελεσματικά στις φωνές κριτικής και αμφισβήτησης που πλήττουν το κύρος και την αξιοπιστία της ενωμένης Ευρώπης. Αυτό θα γίνει μόνο με πράξεις. Είμαι απολύτως σίγουρη ότι στο αμέσως προσεχές χρονικό διάστημα μπορούμε να μετατρέψουμε την πρόκληση σε ευκαιρία. Μπορούμε να δείξουμε μεγαλύτερη αποφασιστικότητα, γρηγορότερα αντανακλαστικά, πυγμή στις διαπραγματεύσεις. Μπορούμε με συντονισμό και μεθοδικότητα να φανούμε αντάξιοι των προσδοκιών των Ευρωπαίων πολιτών. Μπορούμε να αποδείξουμε ότι μαζί ξέρουμε να ξεπερνάμε τα εμπόδια, να κερδίζουμε δύσκολες μάχες και να ανταποκρινόμαστε στον ηγετικό μας ρόλο στο παγκόσμιο περιβάλλον. Στην Ελλάδα λέμε «κάθε αρχή και δύσκολη». Λέμε, όμως, επίσης και πως «το αποτέλεσμα μετράει». Και, τελικά, όλοι εμείς που υποστηρίζουμε την Ευρωπαϊκή Ένωση από το αποτέλεσμα θα κριθούμε.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'epidemia di COVID-19 continua ad infliggere enormi costi umani ed economici all'Unione europea e al mondo, e solo una campagna vaccinale globale, grazie alla somministrazione di un vaccino efficace e sicuro, consentirà di salvare molte vite e di uscire dalla crisi. Fondamentale pertanto che proseguano gli sforzi della Commissione europea per rafforzare ed accelerare la Strategia vaccinale dell'UE contro il COVID-19, grazie alla quale le Istituzioni europee, per la prima volta, si sono assunte la responsabilità di adottare un approccio unitario a livello UE, nonostante i limiti dell'attuale governance in materia sanitaria. Tale approccio unitario ha permesso di sostenere la ricerca e sviluppare rapidamente vaccini (per i quali in genere sono necessari più di 10 anni) al fine di garantire un accesso solidale alla vaccinazione per tutti i cittadini europei. Tuttavia, occorre ancora affrontare le diverse criticità che si sono riscontrate negli ultimi mesi, inerenti in particolare, ai problemi legati alla produzione. Fondamentale pertanto, incrementare la produzione dei vaccini, in particolare sul territorio europeo, rafforzare la trasparenza in merito ai contratti stipulati con le case farmaceutiche, in considerazione dell'ingente esborso di fondi pubblici a queste erogati, così come garantire che solidarietà e supporto finanziario, siano estesi anche ai Paesi terzi più vulnerabili.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Θεωρώ πως η απόφαση να διαπραγματεύεται η Ευρωπαϊκή Ένωση εξ ονόματος των κρατών μελών της ΕΕ ήταν ορθή. Τα εμπόδια που θα αντιμετώπιζαν τα κράτη μέλη όσον αφορά το κόστος των εμβολίων, τη διαθέσιμη ποσότητα και την παράδοσή τους θα ήταν ανυπέρβλητα αν διαπραγματευόμασταν ξεχωριστά. Είμαι βέβαιος πως θα υπάρχει ισότιμη αντιμετώπιση όσον αφορά την πρόσβαση στα εμβόλια προς όλα τα κράτη μέλη. Άλλωστε, οι παραγγελίες εμβολίων της Ευρωπαϊκής Ένωσης υπερκαλύπτουν τις ανάγκες της Ευρώπης. Παρά τη σχετική καθυστέρηση στην έγκριση του εμβολίου και τη χορήγηση, πιστεύω πως όλα θα εξελιχθούν ομαλά το 2021.

Tudor Ciuhodaru (S&D), *în scris*. – Trebuie ca vaccinul să devină un bun public, accesibil urgent fiecărui cetățean european ce dorește acest lucru. Acum am solicitat acest lucru Președintei Comisiei Europene, în cadrul unei întâlniri privind viitorul strategiei de vaccinare la nivel european. De asemenea, sprijin și finanțare europeană pentru ca Institutul „Cantacuzino" să producă din nou vaccinuri. Este o cursă contracronometru.

Sunt două lucruri esențiale pentru acest deziderat: 1.Trebuie să putem produce cantități sporite, cu termene de livrare clare pentru a nu pierde această cursă contracronometru, prin dezvoltarea de centre de producție în fiecare stat membru. 2.Am solicitat finanțare suplimentară pentru ca România să poată produce din nou vaccinuri la Institutul „Cantacuzino".

Este clar că, în acest moment, trebuie să aplicăm o strategie clară, acel plan B – pe care îl tot propun în România, dar nu aude nimeni – ce presupune 3 măsuri clare aplicate concomitent: 1.Testare (rapidă) extinsă, gratuită – singura opțiune sănătoasă pentru prevenție (evident că cea mai sigură metodă de a nu te infecta cu coronavirus este de a nu intra în contact cu un purtător de coronavirus, simptomatic sau nu. 2. Imunizare contracronometru. 3.Găsirea unei medicații eficiente (pentru prevenție și terapie) – iar aici, nici o posibilitate nu trebuie neglijată.

Andrea Cozzolino (S&D), *in writing*. – I am sincerely concerned by the recent reports of delivery delays and dose reductions compared to the forecast for the first quarter of 2021, regarding producers BioNTech-Pfizer and AstraZeneca. I believe that these delays seriously undermine the Union and Member States vaccination plans' objectives and the total effectiveness of the European COVID-19 vaccine strategy and the Union's exit from the health emergency, including in terms of recovery economic. As done for the introduction of generic drugs for HIV at affordable prices 20 years ago, and the distribution of another vaccine during the polio epidemic in the 1950s, to guarantee widespread and equitable access to vaccines on a global scale, I ask the European Union: to evaluate to support the adoption of a moratorium that allows the suspension of patents and the sharing of technology, data, know-how, allowing generics manufacturers to contribute to increasing global availability, including through support for India and South Africa's proposal at the WTO; to evaluate, as a member of the WTO, subject to an appropriate legislative act, the granting of a compulsory license for the production of covid-19 vaccines to public agencies or a generic drug manufacturer, according to TRIPS and the Doha Declaration.

Estrella Durá Ferrandis (S&D), *por escrito*. – La adopción de la estrategia europea de vacunación ha sido una decisión acertada, cuyos principios se basan en la igualdad y la solidaridad europea para llevar la vacuna a cientos de millones de personas sin distinciones.

La delegación socialista española apoya la estrategia de vacunación, pero ante la falta de competencia en la UE en el área de sanidad, cree que es necesario dotarla de más instrumentos para poder reaccionar de manera más rápida y eficaz ante futuros retos.

Además, exigimos a la Comisión una mayor transparencia en la negociación y cumplimiento de los contratos con las farmacéuticas. La UE ha invertido mucho dinero público en la investigación y desarrollo de la vacuna, por lo que reclamamos que el Parlamento tenga un instrumento de seguimiento con la Comisión Europea. Hasta el momento los responsables de las farmacéuticas han tenido que demostrar la seguridad y eficacia de las vacunas, pero es necesario que demuestren también la capacidad de producción.

Por último, los socialistas apostamos por mantener nuestro compromiso global fuera de nuestras fronteras con aquellos que necesitan de nuestra solidaridad y pedimos que las vacunas sean un bien público global que llegue a los países en desarrollo.

João Ferreira (The Left), *por escrito*. – A estratégia da UE para a aquisição e distribuição de vacinas está a revelar-se um grave fator de condicionamento do acesso rápido à vacinação. As dificuldades não são conjunturais. Resultam da opção de fundo que foi tomada.

A UE financiou, com recursos públicos, a produção das vacinas. Financiou a fase de investigação e desenvolvimento, seguros de risco e comprou antecipadamente as vacinas. Porém, abdicou de quaisquer direitos de propriedade sobre a invenção que financiou. O ritmo de produção das vacinas é, assim, determinado pela capacidade produtiva das multinacionais farmacêuticas e pela gestão que as mesmas fazem do processo, em função dos seus interesses comerciais.

As vacinas podem e devem ser produzidas em massa, em todos os laboratórios preparados para o fazer. Aproveitando toda a capacidade produtiva existente e potenciando-a, alargando-a, em todos os países. Tal requer que a saúde pública prevaleça sobre os direitos de propriedade intelectual.

Entretanto, em todo o mundo, pelo menos cerca de uma dúzia de vacinas foram já aprovadas por autoridades regulatórias nacionais diversas. A sua avaliação tem vindo a confirmar níveis de eficácia e de segurança positivos. Algumas destas vacinas, produzidas por instituições públicas, têm fabrico autorizado em países diferentes daqueles em que foram desenvolvidas, mediante acordos que não envolvem astronómicos custos de patentes.

Lina Gálvez Muñoz (S&D), *por escrito*. – La adopción de la estrategia europea de vacunación ha sido una decisión acertada, cuyos principios se basan en la igualdad y la solidaridad europea para llevar la vacuna a cientos de millones de personas sin distinciones.

La delegación socialista española apoya la estrategia de vacunación, pero ante la falta de competencia en la UE en el área de sanidad, cree que es necesario dotarla de más instrumentos para poder reaccionar de manera más rápida y eficaz ante futuros retos.

Además, exigimos a la Comisión una mayor transparencia en la negociación y cumplimiento de los contratos con las farmacéuticas. La UE ha invertido mucho dinero público en la investigación y desarrollo de la vacuna, por lo que reclamamos que el Parlamento tenga un instrumento de seguimiento con la Comisión Europea. Hasta el momento los responsables de las farmacéuticas han tenido que demostrar la seguridad y eficacia de las vacunas, pero es necesario que demuestren también la capacidad de producción.

Por último, los socialistas apostamos por mantener nuestro compromiso global fuera de nuestras fronteras con aquellos que necesitan de nuestra solidaridad y pedimos que las vacunas sean un bien público global que llegue a los países en desarrollo.

Ibán García Del Blanco (S&D), *por escrito*. – La adopción de la estrategia europea de vacunación ha sido una decisión acertada, cuyos principios se basan en la igualdad y la solidaridad europea para llevar la vacuna a cientos de millones de personas sin distinciones.

La delegación socialista española apoya la estrategia de vacunación, pero ante la falta de competencia en la UE en el área de sanidad, cree que es necesario dotarla de más instrumentos para poder reaccionar de manera más rápida y eficaz ante futuros retos.

Además, exigimos a la Comisión una mayor transparencia en la negociación y cumplimiento de los contratos con las farmacéuticas. La UE ha invertido mucho dinero público en la investigación y desarrollo de la vacuna, por lo que reclamamos que el Parlamento tenga un instrumento de seguimiento con la Comisión Europea. Hasta el momento los responsables de las farmacéuticas han tenido que demostrar la seguridad y eficacia de las vacunas, pero es necesario que demuestren también la capacidad de producción.

Por último, los socialistas apostamos por mantener nuestro compromiso global fuera de nuestras fronteras con aquellos que necesitan de nuestra solidaridad y pedimos que las vacunas sean un bien público global que llegue a los países en desarrollo.

Isabel García Muñoz (S&D), *por escrito*. – La adopción de la estrategia europea de vacunación ha sido una decisión acertada, cuyos principios se basan en la igualdad y la solidaridad europea para llevar la vacuna a cientos de millones de personas sin distinciones.

La delegación socialista española apoya la estrategia de vacunación, pero ante la falta de competencia en la UE en el área de sanidad, cree que es necesario dotarla de más instrumentos para poder reaccionar de manera más rápida y eficaz ante futuros retos.

Además, exigimos a la Comisión una mayor transparencia en la negociación y cumplimiento de los contratos con las farmacéuticas. La UE ha invertido mucho dinero público en la investigación y desarrollo de la vacuna, por lo que reclamamos que el Parlamento tenga un instrumento de seguimiento con la Comisión Europea. Hasta el momento los responsables de las farmacéuticas han tenido que demostrar la seguridad y eficacia de las vacunas, pero es necesario que demuestren también la capacidad de producción.

Por último, los socialistas apostamos por mantener nuestro compromiso global fuera de nuestras fronteras con aquellos que necesitan de nuestra solidaridad y pedimos que las vacunas sean un bien público global que llegue a los países en desarrollo.

Patryk Jaki (ECR), *na piśmie*. – Stan realizacji strategii UE dotyczącej szczepionek przeciwko COVID-19 to kolejny przykład na to, jak w ważnych sprawach Komisja Europejska zawodzi. Trudno znaleźć uzasadnienie tego, dlaczego kolejny raz instytucje unijne zawodzą w obliczu kryzysu. Bezczynność z początku pandemii miała się już więcej nie powtórzyć. Z błędów, jakie zostały popełnione, miały zostać wyciągnięte wnioski. Jednak kolejny raz UE zawiodła, jest na światowym końcu w kwestii szczepienia i sama nie wie, jak wybrnąć z tej sytuacji. Komentatorzy mówią jasno: jeśli przewodnicząca wiedziała, że zapisy umowne nie gwarantują dostaw w terminie, to poważny błąd, a jeśli nie wiedziała, to jeszcze większa kompromitacja.

Rządy państw członkowskich przedstawiały ambitne plany szczepień dla wszystkich chętnych, tymczasem przez unijnych urzędników te obietnice okazały się kłamstwem. Margines błędu został przekroczony. Myślę, że nie tylko ja kolejny raz przekonuję się o tym, że agenda spraw ważnych dla Brukseli to w większości nieistotne dla obywateli tematy, a na sprawy naprawdę istotne brakuje czasu i uwagi. Chyba czas skończyć z pięknymi przemówieniami, ideologią, wymyślaniem sztucznych problemów i tematów zastępczych, a czas zabrać się do pracy.

Julie Lechanteux (ID), *par écrit*. – La stratégie vaccinale européenne s'est révélée être un véritable échec! Du manque de transparence dans les négociations avec les multinationales du médicament jusqu'à la livraison, il n'y a eu que des ratés. Reprenons le fil de cette incroyable série d'erreurs de la Commission, en commençant par les négociations concernant le prix d'achat. Je me demande comment expliquer un tel écart entre les prix, compris, selon la secrétaire d'État belge Eva de Bleeker, entre 1,8 euro pour le vaccin AstraZeneca et 18 dollars pour Moderna ? Ensuite, la Commission a gardé le secret sur les contrats et sur les clauses d'exonération de responsabilité des fabricants. Les députés européens, élus par le peuple, ont certes été autorisés à en consulter deux exemplaires, mais ils ont dû se contenter de copies illisibles, dont les passages cruciaux avaient été biffés. Et pour terminer, citons le cafouillage relatif aux livraisons, étant donné que les sociétés pharmaceutiques ont privilégié le meilleur offrant, et cela, nonobstant les juteux acomptes payés par la Commission. Un seul constat, les nations doivent impérativement garder leur souveraineté en matière de santé publique, car la Commission n'est pas en mesure de faire face aux crises sanitaires majeures.

Javi López (S&D), *por escrito*. – La adopción de la estrategia europea de vacunación ha sido una decisión acertada, cuyos principios se basan en la igualdad y la solidaridad europea para llevar la vacuna a cientos de millones de personas sin distinciones.

La delegación socialista española apoya la estrategia de vacunación, pero ante la falta de competencia en la UE en el área de sanidad, cree que es necesario dotarla de más instrumentos para poder reaccionar de manera más rápida y eficaz ante futuros retos.

Además, exigimos a la Comisión una mayor transparencia en la negociación y cumplimiento de los contratos con las farmacéuticas. La UE ha invertido mucho dinero público en la investigación y desarrollo de la vacuna, por lo que reclamamos que el Parlamento tenga un instrumento de seguimiento con la Comisión Europea. Hasta el momento los responsables de las farmacéuticas han tenido que demostrar la seguridad y eficacia de las vacunas, pero es necesario que demuestren también la capacidad de producción.

Por último, los socialistas apostamos por mantener nuestro compromiso global fuera de nuestras fronteras con aquellos que necesitan de nuestra solidaridad y pedimos que las vacunas sean un bien público global que llegue a los países en desarrollo.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – La adopción de la estrategia europea de vacunación ha sido una decisión acertada, cuyos principios se basan en la igualdad y la solidaridad europea para llevar la vacuna a cientos de millones de personas sin distinciones.

La delegación socialista española apoya la estrategia de vacunación, pero ante la falta de competencia en la UE en el área de sanidad, cree que es necesario dotarla de más instrumentos para poder reaccionar de manera más rápida y eficaz ante futuros retos.

Además, exigimos a la Comisión una mayor transparencia en la negociación y cumplimiento de los contratos con las farmacéuticas. La UE ha invertido mucho dinero público en la investigación y desarrollo de la vacuna, por lo que reclamamos que el Parlamento tenga un instrumento de seguimiento con la Comisión Europea. Hasta el momento los responsables de las farmacéuticas han tenido que demostrar la seguridad y eficacia de las vacunas, pero es necesario que demuestren también la capacidad de producción.

Por último, los socialistas apostamos por mantener nuestro compromiso global fuera de nuestras fronteras con aquellos que necesitan de nuestra solidaridad y pedimos que las vacunas sean un bien público global que llegue a los países en desarrollo.

César Luena (S&D), *por escrito*. – La adopción de la estrategia europea de vacunación ha sido una decisión acertada, cuyos principios se basan en la igualdad y la solidaridad europea para llevar la vacuna a cientos de millones de personas sin distinciones.

La delegación socialista española apoya la estrategia de vacunación, pero ante la falta de competencia en la UE en el área de sanidad, cree que es necesario dotarla de más instrumentos para poder reaccionar de manera más rápida y eficaz ante futuros retos.

Además, exigimos a la Comisión una mayor transparencia en la negociación y cumplimiento de los contratos con las farmacéuticas. La UE ha invertido mucho dinero público en la investigación y desarrollo de la vacuna, por lo que reclamamos que el Parlamento tenga un instrumento de seguimiento con la Comisión Europea. Hasta el momento los responsables de las farmacéuticas han tenido que demostrar la seguridad y eficacia de las vacunas, pero es necesario que demuestren también la capacidad de producción.

Por último, los socialistas apostamos por mantener nuestro compromiso global fuera de nuestras fronteras con aquellos que necesitan de nuestra solidaridad y pedimos que las vacunas sean un bien público global que llegue a los países en desarrollo.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D), *por escrito*. – La adopción de la estrategia europea de vacunación ha sido una decisión acertada, cuyos principios se basan en la igualdad y la solidaridad europea para llevar la vacuna a cientos de millones de personas sin distinciones.

La delegación socialista española apoya la estrategia de vacunación, pero ante la falta de competencia en la UE en el área de sanidad, cree que es necesario dotarla de más instrumentos para poder reaccionar de manera más rápida y eficaz ante futuros retos.

Además, exigimos a la Comisión una mayor transparencia en la negociación y cumplimiento de los contratos con las farmacéuticas. La UE ha invertido mucho dinero público en la investigación y desarrollo de la vacuna, por lo que reclamamos que el Parlamento tenga un instrumento de seguimiento con la Comisión Europea. Hasta el momento los responsables de las farmacéuticas han tenido que demostrar la seguridad y eficacia de las vacunas, pero es necesario que demuestren también la capacidad de producción.

Por último, los socialistas apostamos por mantener nuestro compromiso global fuera de nuestras fronteras con aquellos que necesitan de nuestra solidaridad y pedimos que las vacunas sean un bien público global que llegue a los países en desarrollo.

Adriana Maldonado López (S&D), *por escrito*. – La adopción de la estrategia europea de vacunación ha sido una decisión acertada, cuyos principios se basan en la igualdad y la solidaridad europea para llevar la vacuna a cientos de millones de personas sin distinciones.

La delegación socialista española apoya la estrategia de vacunación, pero ante la falta de competencia en la UE en el área de sanidad, cree que es necesario dotarla de más instrumentos para poder reaccionar de manera más rápida y eficaz ante futuros retos.

Además, exigimos a la Comisión una mayor transparencia en la negociación y cumplimiento de los contratos con las farmacéuticas. La UE ha invertido mucho dinero público en la investigación y desarrollo de la vacuna, por lo que reclamamos que el Parlamento tenga un instrumento de seguimiento con la Comisión Europea. Hasta el momento los responsables de las farmacéuticas han tenido que demostrar la seguridad y eficacia de las vacunas, pero es necesario que demuestren también la capacidad de producción.

Por último, los socialistas apostamos por mantener nuestro compromiso global fuera de nuestras fronteras con aquellos que necesitan de nuestra solidaridad y pedimos que las vacunas sean un bien público global que llegue a los países en desarrollo.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Deși au fost făcuți mulți pași înainte, încă mai avem mult de muncit pentru a avea o strategie de vaccinare eficientă. PPE, grupul politic din care fac parte, susține implicarea totală în revigorarea strategiei de vaccinare, considerând că toate eforturile trebuie direcționate acum spre creșterea producției dozelor de vaccin.

Prin urmare, singura strategie acceptabilă are la bază o ofensivă prin care capacitățile de producție ar trebui, în măsura în care se poate, să fie adaptate pentru producția vaccinului. Există însă două aspecte de care trebuie să ținem cont.

În primul rând, trebuie să fim atenți la restricțiile de export și să luăm în calcul că, în acest moment, Johnson & Johnson produce în UE doze de vaccin care urmează să fie finalizate în SUA, în condițiile în care SUA au în vigoare restricții privind exportul de vaccinuri. Trebuie să ne asigurăm că acele doze de vaccin produse chiar și parțial pe teritoriul UE vor putea fi cumpărate și pentru cetățenii europeni.

În al doilea rând, trebuie să fim fermi cu marile companii farmaceutice și să le transmitem clar că acum este momentul să își demonstreze buna-credință față de sănătatea oamenilor, bună-credință atât de des amintită în dezbateri, dar atât de puțin probată în realitate.

Alin Mituța (Renew), *în scris*. – Unele state membre nu ar fi avut nici astăzi acces la vaccinuri împotriva COVID-19 dacă UE nu ar fi avut o strategie comună de vaccinare. Dacă ne comparăm însă cu țările aflate în top, ritmul UE este mai lent.

Comisia a avut întârzieri în semnarea contractelor și nu a reușit să ajute companiile să își mărească capacitatea de producție. În plus, nu a transparentizat contractele și nu a publicat, încă, un calendar de livrări precis pentru fiecare stat membru. De aceea, Comisia trebuie să acționeze cu celeritate, publicând un calendar precis de livrări ale vaccinurilor pentru fiecare stat membru.

De asemenea, este necesar un plan concret pentru mărirea capacității de producție și garantarea accesului la materiile prime necesare. O soluție existentă, care necesită dezvoltare, este contractarea capacităților de producție ale companiilor care încă nu au un vaccin propriu.

Totodată, este nevoie de transparentizarea contractelor și de renegocierea clauzelor de confidențialitate, acolo unde este cazul. Să nu uităm țările vecine cu aspirații europene. Spre exemplu, Republica Moldova încă nu are acces la vaccinuri și trebuie să fie sprijinită. România a promis că va livra 200 000 de vaccinuri, însă este nevoie de mai mult.

Andżelika Anna Możdżanowska (ECR), *na piśmie*. – Brak ciągłości dostaw szczepionek podczas trwającej od kilkunastu miesięcy pandemii COVID-19, wzrost zachorowań, kolejne lockdowny w całej Europie, przeszkody dla przedsiębiorców, bankructwa, utrata miejsc pracy, dramaty europejskich rodzin to największe zaniedbanie zdrowia i życia milionów obywateli Unii Europejskiej! Czy to jest zaniechanie, brak rozwagi czy ignorancja ze strony KE?

Dlaczego zawierając „umowy zakupu z wyprzedzeniem" na opracowanie i dostawę szczepionek, które zostały wyprodukowane również dzięki wsparciu UE, zapomniano o zabezpieczeniach gwarantujących terminowość zakupu i ciągłość procesu dostaw? Dlaczego zapomniano o zasadzie przejrzystości odmienianej przez wszystkie przypadki w momencie kontrolowania beneficjenta korzystającego z funduszy unijnych? Okrągłe słowa o tym, że razem możemy więcej, już nie pomogą! Tylko rzetelna praca, której zabrakło w przypadku zapisów umów z dostawcami.

Unia Europejska po roku trwania pandemii COVID-19 jest spustoszona zdrowotnie i gospodarczo. Uzyskanie odporności na wirusa jest priorytetem. Tylko szybkie zaszczepienie obywateli UE jest szansą na powrót do „normalności". Apeluję do Komisji Europejskiej o szybkie naprawienie błędów, weryfikację planów dotyczących szczepień oraz sprawiedliwe i przejrzyste kryteria dostaw szczepionek do państw członkowskich UE.

Guido Reil (ID), *schriftlich*. – Der Brexit wurde bisher immer abgetan als eine dumme Entscheidung von idiotischen oder fremdenfeindlichen Inselbewohnern. Gerade der Kontrast zwischen der Katastrophe mit der EU-Impfstrategie und dem Erfolg im Vereinigten Königreich macht deutlich, warum der Brexit eine gute Entscheidung war. Die Entscheidung, den Erwerb von Impfstoffen den Mitgliedstaaten wegzunehmen und die Kommission exklusiv damit zu beauftragen, hat den Wirtschaften der Europäischen Union und der öffentlichen Gesundheit in erheblichem Maße geschadet. Während man seit Jahrzehnten mit vielen Milliarden an Steuergeldern um sich schmeißt, wurde während der Verhandlungen mit den Impfstoffproduzenten um jeden Euro gefeilscht. Die daraus resultierende Verzögerung war für die Wirtschaft um ein Vielfaches teurer als der teuerste Impfstoff je hätte sein können. Dazu kommt die vergleichsweise langsame Anerkennung der Impfstoffe. Im Gegensatz dazu baute das Vereinigte Königreich einen deutlichen Vorsprung bei der Durchimpfung der Bevölkerung auf. Als Reaktion darauf beschloss die Kommission, unter anderem einen Krieg gegen das britische Unternehmen Astra Zeneca zu führen. Die totale Inkompetenz der Kommissionspräsidentin ist seit Jahren bekannt. Das war ihre Eintrittskarte in der EU. Selbst die EU-philen Gegner des Brexit beschreiben die EU-Impfstrategie als chaotisch und loben die Briten. Ich hoffe, dass diese peinliche Episode endlich eine sachbezogene Debatte über die EU und ihr systemisches Versagen auslöst.

Marcos Ros Sempere (S&D), *por escrito*. – La adopción de la estrategia europea de vacunación ha sido una decisión acertada, cuyos principios se basan en la igualdad y la solidaridad europea para llevar la vacuna a cientos de millones de personas sin distinciones.

La delegación socialista española apoya la estrategia de vacunación, pero ante la falta de competencia en la UE en el área de sanidad, cree que es necesario dotarla de más instrumentos para poder reaccionar de manera más rápida y eficaz ante futuros retos.

Además, exigimos a la Comisión una mayor transparencia en la negociación y cumplimiento de los contratos con las farmacéuticas. La UE ha invertido mucho dinero público en la investigación y desarrollo de la vacuna, por lo que reclamamos que el Parlamento tenga un instrumento de seguimiento con la Comisión Europea. Hasta el momento los responsables de las farmacéuticas han tenido que demostrar la seguridad y eficacia de las vacunas, pero es necesario que demuestren también la capacidad de producción.

Por último, los socialistas apostamos por mantener nuestro compromiso global fuera de nuestras fronteras con aquellos que necesitan de nuestra solidaridad y pedimos que las vacunas sean un bien público global que llegue a los países en desarrollo.

Domènec Ruiz Devesa (S&D), *por escrito*. – La adopción de la estrategia europea de vacunación ha sido una decisión acertada, cuyos principios se basan en la igualdad y la solidaridad europea para llevar la vacuna a cientos de millones de personas sin distinciones.

La delegación socialista española apoya la estrategia de vacunación, pero ante la falta de competencia en la UE en el área de sanidad, cree que es necesario dotarla de más instrumentos para poder reaccionar de manera más rápida y eficaz ante futuros retos.

Además, exigimos a la Comisión una mayor transparencia en la negociación y cumplimiento de los contratos con las farmacéuticas. La UE ha invertido mucho dinero público en la investigación y desarrollo de la vacuna, por lo que reclamamos que el Parlamento tenga un instrumento de seguimiento con la Comisión Europea. Hasta el momento los responsables de las farmacéuticas han tenido que demostrar la seguridad y eficacia de las vacunas, pero es necesario que demuestren también la capacidad de producción.

Por último, los socialistas apostamos por mantener nuestro compromiso global fuera de nuestras fronteras con aquellos que necesitan de nuestra solidaridad y pedimos que las vacunas sean un bien público global que llegue a los países en desarrollo a través de la iniciativa COVAX.

Nacho Sánchez Amor (S&D), *por escrito*. – La adopción de la estrategia europea de vacunación ha sido una decisión acertada, cuyos principios se basan en la igualdad y la solidaridad europea para llevar la vacuna a cientos de millones de personas sin distinciones.

La delegación socialista española apoya la estrategia de vacunación, pero ante la falta de competencia en la UE en el área de sanidad, cree que es necesario dotarla de más instrumentos para poder reaccionar de manera más rápida y eficaz ante futuros retos.

Además, exigimos a la Comisión una mayor transparencia en la negociación y cumplimiento de los contratos con las farmacéuticas. La UE ha invertido mucho dinero público en la investigación y desarrollo de la vacuna, por lo que reclamamos que el Parlamento tenga un instrumento de seguimiento con la Comisión Europea. Hasta el momento los responsables de las farmacéuticas han tenido que demostrar la seguridad y eficacia de las vacunas, pero es necesario que demuestren también la capacidad de producción.

Por último, los socialistas apostamos por mantener nuestro compromiso global fuera de nuestras fronteras con aquellos que necesitan de nuestra solidaridad y pedimos que las vacunas sean un bien público global que llegue a los países en desarrollo.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – This is the second plenary session in a row whereby the main point of discussion is focusing on the COVID-19 theme, and rightly so. Millions have died. Millions ended up prisoners in their homes. Businesses and jobs have been lost. Meanwhile, pharmaceutical companies have been competing hard to achieve fast research and production breakthroughs and then to obtain regulatory approval for their vaccine against the virus. We needed this race to happen in order to acquire swiftly control over the pandemic. So now that we have reached the production stage for the vaccines that have been created, it is incredible that world governments remain apparently tied to a business as usual approach regarding the production and delivery of vaccines. Globally, many companies are able and ready to master the knowhow and participate in the production and provision of vaccine doses. Oligopolising global manufacturing of COVID-19 vaccines is not working now, and it will not work in the future. Therefore, I fully support the call for the relevant patent rights to be waived, in order to allow a massive production worldwide of vaccines and a subsequent fast and wide-ranging rollout of vaccination programmes. At stake are hundreds of thousands, indeed millions, of lives.

Christine Schneider (PPE), *schriftlich*. – Aus meiner Sicht war die europäisch koordinierte Impfstoffbestellung richtig. Jetzt sind wir acht Monate weiter und müssen erkennen, dass uns bei der Produktion des Impfstoffs die Realität eingeholt hat. Die Nadelöhre sind bis auf weiteres die Produktionskapazitäten und Zulieferketten. Alle Bemühungen der Kommission müssen weiter auf die Produktion des Impfstoffs fokussiert bleiben, gerade auch wegen der Virus-Mutanten. Da die Mutationen noch gefährlicher sind, unterstütze ich den Vorschlag für ein Frühwarnsystem, damit Produktionskapazitäten und Lieferketten besser angepasst werden können.

Ivan Štefanec (PPE), *in writing*. – The EU has made the right key decisions, especially on the collective European approach to vaccination and on standing up for its citizens' rights by putting safety first and enforcing EU liability rules. However, we are still not where we want to be in the fight against the virus. We acknowledge that we underestimated the challenges of vaccine mass production and therefore the concrete measures to ramp up production must now be taken as a matter of utmost priority, but definitely, we do not need to take any shortcuts on the safety and efficiency of vaccines. To protect the citizens from disinformation and help them understand the EU's efforts, it is of utmost importance to be completely transparent regarding contracts, deployment of COVID-19 vaccines, as well as for comprehensive and clear data on vaccine rollout at national level. The EU at the same time recognises its position and responsibility to help globally and to ensure vaccines are fairly distributed across the globe, because nobody is safe until everybody is safe.

Mihai Tudose (S&D), *în scris*. – Apreciez *mea culpa* pe care președinta Comisiei Europene și-a făcut-o în legătură cu ritmul lent al campaniei de vaccinare împotriva COVID-19. Într-adevăr, Comisia a subestimat dificultatea producției de masă, concentrându-se asupra dezvoltării vaccinului.

Nu cred că demisia, cerută de extrema dreaptă, ori comisia de anchetă, solicitată de stânga radicală, sunt soluțiile acum, când obiectivul Comisiei, de vaccinare a 70 % din populația adultă până în septembrie, este realizabil și trebuie atins. Cu o condiție: să fie stimulată furnizarea de vaccinuri, inclusiv prin interzicerea completă a exporturilor de vaccinuri produse în UE către țări terțe, dar, mai ales, prin presiuni asupra companiilor farmaceutice aflate sub contract cu UE de a-și îndeplini angajamentele asumate public.

Este esențială, în acest sens, creșterea capacității de producție și trebuie valorificate în regim de urgență toate posibilitățile. Amintesc Comisiei Europene că are de gestionat o situație critică și trebuie să facă efortul de a-și depăși propriile limite birocratice.

(La seduta è sospesa alle 13.19)

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV

alelnök

7. Wiederaufnahme der Sitzung

(Az ülés 15.00-kor folytatódik.)

8. Demokratische Kontrolle der sozialen Medien und Schutz der Grundrechte (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont: A Tanács és a Bizottság nyilatkozatai – A közösségi média demokratikus ellenőrzése és az alapvető jogok védelme (2021/2512(RSP)).

Emlékeztetem a képviselőket, hogy az ülés egyik vitája esetében sem kerül sor jelentkezés alapján történő felszólalásra, és nem fogadunk el kékkártyát sem.

Az első felszólaló a Tanács nevében Ana Paula Zacarias.

Ana Paula Zacarias, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, recent weeks have shown that even the most robust democratic structures are not safe from damage. What happened on the other side of the Atlantic must inform our debate in Europe, as our democratic societies are not immune to the harmful influence of hate speech, disinformation, fake news and incitement to violence.

These events have also shed light on the increased importance of online platforms and social media companies in shaping public debate. They have highlighted the growing interconnection that exists between digital transformation and democracy, which is one of the priorities of the Portuguese Presidency. It is unquestionable that social media companies have the status of public squares, which means they should have responsibilities when it comes to enhancing citizens' participation and ensuring freedom of expression.

Nevertheless, freedom of expression is not absolute. It should be balanced with the goal of combating illegal hate speech, incitement to violence and radicalisation, both online and offline. What is illegal? What is illegal offline must be illegal online. Online platforms have repeatedly been criticised for the lack of transparency in the use of algorithms, on content moderation and for targeting users on the basis of a vast amount of personal data generated from online activity. The digital space has also become a breeding ground for conspiracies and fake news. Disinformation spreads faster than any virus. Education, media and digital literacy are the best vaccines against that.

We expect online platforms to play their part in this common fight, but it is up to the democratic institutions – our laws, our courts – to set the rules of the game, to define what is illegal and what is not, what must be removed and what should not be. Without democratic scrutiny and a level playing field, there is a risk to users' rights, information flows and public participation.

The protection of fundamental rights requires transparent and consistent rules for all of us, including social media outlets. The recently proposed European Democracy Action Plan, the Digital Services Act and the Digital Markets Act are important steps forward and will make the digital environment more transparent and actors like social media companies more accountable. The Council has already started the discussions on these important instruments. These initiatives must also be considered in conjunction with the upcoming Media and Audiovisual Action Plan, which will be the subject of the Council conclusions that we intend to adopt during our Presidency.

In addition, we are expecting, for the third quarter of the year, a Commission legislative proposal to ensure greater transparency in the area of sponsored content in a public context, complementing the Digital Services Act. The Council is ready to cooperate with this Parliament to ensure adoption sufficiently ahead of the 2024 European elections. Moreover, the Presidency will host the Digital Assembly in Lisbon in June, where the concepts of digital democracy and digital rights will be discussed.

The Presidency intends to consolidate the idea that Europe is a reference in the digital era and that our values and way of doing business are a competitive advantage. We want to place this idea at the heart of the European Digital Strategy for the next digital decade. The Presidency will also hold a high-level conference on the future of journalism and its interconnection with artificial intelligence, with a special focus on the robotisation of news production.

The current times have brought into sharp relief the unavoidable reality that what is happening online shapes our lives, beliefs and choices. It deeply influences what we buy or who we vote for, who we listen to, and even our opinion on vaccines. In its recent conclusions, the Council stressed the need to foster a well-functioning digital public sphere, greater accountability and improved transparency in addressing disinformation.

Countering this scourge is crucial to preserve open political debate and the effective participation of citizens. We need to prevent social media functioning as an echo chamber which suppresses different points of view, and we need to make sure our citizens are equipped to manage the flood of information they are exposed to every day. In times such as this, believing in unreliable information may be lethal. We welcome, therefore, the work on the Rapid Alert System and other monitoring instruments. We encourage support for media and digital literacy, media pluralism, media independence and fact checking.

Let me reassure you that the Presidency is committed to working with the European Parliament, the Commission and the European External Action Service on these crucial issues in order to promote and protect our fundamental rights and our democracy.

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members, thank you for organising this debate. I know we don't have much time, so I will try to be brief rather than exhaustive in my introductory remarks.

Social media has transformed the way we communicate with each other, debate on political issues or do campaigning. There are a lot of new opportunities, but also a lot of problems. With the recent attack on the Capitol, we've got a tangible yet tragic proof that many people have simply lost trust in democratic institutions. Going online only exacerbated many of the existing problems and cleavages in our societies.

The US events are the moment of reckoning, also because they reminded us of the power Twitter, Facebook and other technological corporations possess. The fact that they can permanently remove an account of a sitting president based on vague criteria and unclear oversight is really worrying.

Even though, I believe President Trump's irresponsible incitement to violence deserved action, it is high time to reign in the unchecked power of the digital corporations. Whatever we do, we must uphold the principle of freedom of speech. I do not want to create the ministry of or arbiter of truth. This is the main principle.

So what can we do? First, we need tougher regulation, more enforceable obligations and to increase the responsibility of digital players. We have recently proposed the Digital Services Act, that will increase accountability of online platforms and clarify the rules for taking down illegal content, including hate speech and incitement to violence.

This is a ground-breaking proposal, and will also give us the tools for stronger monitoring and enforcement of the obligations of online platforms. We need these rules urgently and we are ready to work together with you and the Member States to quickly adopt this law.

What can we do already now, while waiting for the Digital Services Act to become law? We can equip ourselves already now with better tools to fight disinformation and harmful content.

The European Democracy Action Plan is our map of what we should do next in this respect. We can already now strike a new pact against disinformation with better accountability of algorithms and no arbitrary decisions by big online platforms. We can and should have more transparency of their policies and access to relevant data.

In the Digital Services Act we moved away from assessing harmful content and focused on the manipulative techniques of online distribution. We need to go more in detail on this – paid promotion and paid likes, reactions from fake accounts, bots can be particularly dangerous for democracy, notably during elections. This is why I will propose new regulation on online political advertising.

And freedom of speech is not the same as freedom of reach. Regulation alone will not, and in my view should not, address all the details of digital life. When I talked to Mark Zuckerberg and other CEOs of the Big Tech, we discussed solutions that go beyond regulation because we must not sacrifice freedom of expression, which requires open space, be it online or offline.

They cannot judge and evaluate every piece of content posted on them. This is why we need to reshape the thinking of tech companies and tech workers. Architects follow not only law but also ethical codes to ensure that the buildings they design are safe for people. Coders and IT experts should have a similar approach when designing their algorithms, something I rarely hear from the tech executives.

And third, we cannot focus on social media platforms alone. We need to make our education fit for digital reality. We all have to become more digitally literate, understand the basics of what is happening online and why we are seeing certain content. This will allow us to navigate safely online.

As a person coming, as many of you do, from an ex-totalitarian country, in my case communist Czechoslovakia, I have tasted life without democracy and freedom of speech. I believe we need to bring order to the digital expression of democracy and to end the digital Wild West.

What is illegal offline must be illegal online, but we also have to work on restoring trust among citizens. Facts belong to everyone. Opinions belong to an individual. And this distinction has been damaged and can only be repaired if there is trust in science, in authorities and society. We all have a very important role to play in this as well.

Magdalena Adamowicz, *w imieniu grupy PPE.* – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Od kilkunastu godzin trwa w Polsce wojna o wolność mediów. Wojna o to, czy polscy obywatele mogą znać prawdę czy też władza ma decydować, jaka ta prawda ma być. Kłamiąc, że chodzi o większe podatki, władzy tak naprawdę chodzi o większe posłuszeństwo obywateli. Bo władza za pomocą podległych sobie mediów posłuszeństwo obywateli chce hodować. Jak na Węgrzech. Jak w Rosji.

Co mamy robić, gdy władze kraju członkowskiego Unii Europejskiej odbierają swoim obywatelom prawo do rzetelnej informacji? Znów Parlament ma mówić: nie ma na to naszej brukselskiej zgody? Znów ma tylko mówić? Tupać nogą i krzyczeć?

Jest granica, za którą bezradność staje się upokorzeniem. Upokorzeniem tych, którzy w osamotnieniu bronią wolności i demokracji. Jak powiada rzymska maksyma, „Vim vi repellere licet" – siłą wolno odeprzeć siłę. Siłą adekwatną do zagrożenia. Dlatego do adekwatnego działania wzywam całą Unię Europejską. Dlatego do solidarności z polskimi wolnymi mediami wzywam wszystkie wolne media na świecie. Bo skoro spotkało to nas, to może spotkać i Was.

Tu kończę. To, co pozostało z mojego czasu, przeznaczam na milczenie. Na ciszę, która niech będzie ostrzeżeniem. Bo jeśli nie zareagujemy teraz działaniem, niebawem ta chwila ciszy może stać się minutą milczenia, milczenia nad trumną polskiej demokracji. A skoro polskiej, to i europejskiej.

Marina Kaljurand, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, all this disinformation and hate speech is not a new issue; it has been developing for years. Although some measures have been introduced, such as the East StratCom Task Force, they have so far been insufficient to counter efficiently the assault on our democracies. After the riots in Capitol Hill, the ultimate price of allowing disinformation and hatred to spread unchecked online is clear for all of us. Finding a balance between limiting harmful content while maintaining freedom of speech might be a challenging task, but it is doable and it must be addressed now.

I look forward to this debate, particularly as we now have a concrete opportunity to address these issues through new draft legislation, including the Digital Services Act, which will establish new rules, including on advertising, transparency, illegal content removal and data access. Continuing to improve the Commission's code of conduct on disinformation is a necessary step.

But we also need to extend our offline safeguards to the online world by limiting the use of targeted advertising and the profiling of users. I welcome the Commission's initiative on online political advertising.

We also need to explore ways to promote media literacy skills to increase users' knowledge. With the GDPR, the EU led the way and set an example. Now we need to go further. The Digital Services Act can facilitate the development of our digital economy while protecting fundamental rights and providing increased security from online harms. This is our EU opportunity to lead the way, and I hope that we can do it together with our allies in the United States and beyond.

Dragoș Tudorache, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, in a world where being connected has become as important as a fundamental right, the rise of social media has fundamentally transformed our society. The idols of our children are born on social media, we can be bullied or abused on social media, elections are lost or won on social media. Looking at the years ahead and the decisions facing us, I want to make three points.

First, there is no online and offline world. There is only one world, one in which we must protect our citizens' rights and our democracies in equal measure, both online and offline. The Digital Services Act (DSA) is a good step in this direction, and I commend the Commission for the level of ambition in the proposal.

Second, social media has become a political tool for some, a tactical battlefield for others. Politicians, informal communities, structured organisations, and even states themselves, all embrace social media as the weapon of choice.

But social media platforms are private companies so they alone do not have the incentive, the means or the legitimacy to take on politicians or state actors. They require democratic oversight and assistance for that, just as we require from them cooperation and compliance. So we are not adversaries, us and the platforms. We need to find together a burden-sharing equilibrium that guarantees both the common good and technological progress.

My third point is that social media is global and geopolitical, so we need to use our entire diplomatic arsenal to protect our citizens' rights and our way of life online. We need to work with the United States and other like-minded partners to define the rules of the future based on our shared values. And we need to use our dissuasion tools to address appropriately states such as Russia who use social media to sabotage our democracies and our common European project, or states such as China who work to build an alternative digital future without playing by the same rules or without relating to the same values.

Annalisa Tardino, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le grandi piattaforme e i *social media* offrono senza dubbio delle grandi opportunità, utili alla società, a maggior ragione in quella odierna in cui le distanze fisiche si sono estese, ma devono muoversi all'interno di regole chiare.

I giganti del web per anni hanno affermato di essere dei contenitori neutri. Oggi è invece chiaro che le loro *policy* incidono nel mondo reale, proclamandosi censori di quali siano i messaggi accettabili e di quali no. E questo ci conduce a un grande quesito, che ha precise connotazioni politiche e giuridiche: chi deve decidere cosa si può pubblicare nello spazio digitale?

Vedete, io non credo che qui siano in gioco interessi di parte. Non si tratta di decidere se difendere le idee di un partito o di un singolo eletto, ma di tutelare i valori della democrazia e la libertà di espressione, anche del singolo cittadino.

Per questo come Lega abbiamo chiesto questo dibattito. Io credo che un possibile oscuramento delle pagine di Donald Trump o di Ursula von der Leyen o di un quotidiano o di chiunque dovrebbe essere deciso da leggi che definiscono parametri e procedure chiare, e non grazie a linee guida fatte in casa da colossi privati che fungono quasi da giudici della democrazia.

Questo è un ruolo che spetta ai legislatori, al quale noi non possiamo e non dobbiamo abdicare. L'Unione europea deve agire senza indugio a salvaguardia del dibattito democratico e libero sui *social*.

Alexandra Geese, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, with so much information available and the possibility for billions of people to express their opinions freely in the Internet, democracy should flourish.

Why is the opposite happening? Why are we seeing disinformation and hate speech thriving, fuelling extremism and violence, as we have all seen on Capitol Hill? The answer is easy. Because this information is circulating on giant private platforms whose only goal is maximising profit. And we are the raw material.

Companies like Google and Facebook track every single step we take online and offline, and put micro-profiles and models that allow them to predict our behaviour. Those predictions are then sold to advertisers. This is where the revenue of those companies comes from: from us, from our behaviour. And the same micro-profiles allow the companies to keep us very effectively on their platforms, appealing to strong feelings like fear and hate and anger, which trigger us to interact longer, to share more, to generate more revenue.

Hence the hate, hence the disinformation. And now some people think that we can solve the problem these companies have created by asking them to arbitrarily censor this harmful content themselves. That is not an option for democracy. But the good news is the remedy is easy.

Let us ban the surveillance business model, starting with a ban on targeted advertising. This is something we can easily do in the Digital Services Act. Colleagues, let's do it.

Geert Bourgeois, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, de wet inzake digitale diensten zal de digitale interne markt stimuleren, wat onder meer cruciaal is voor onze kmo's. Het is goed dat we de almacht van de platformen aan banden willen leggen, maar het "*notice and action*"-systeem zal als gevolg van het mechanisme voor melding, kennis en aansprakelijkheid tot censuur leiden. De platformen zullen elk bericht door hun algoritme halen met als resultaat hyperpolitiek correcte censuur, zoals het geval was bij Facebook.

De EU moet de vrijheid van meningsuiting als uitgangspunt nemen aan deze platformen een universele dienstverplichting opleggen. De platformen zijn immers zowel de post als de brievenbussen van de eenentwintigste eeuw. De censuur moet worden beperkt tot een uitputtende reeks ernstige gevallen. Over de rest is het aan de rechter om te oordelen, zoals dat in een rechtsstaat hoort.

Ik kom uit een van de weinige landen waar censuur grondwettelijk verboden is. Laat dat ook de leidraad zijn voor de Europese Unie.

Anne-Sophie Pelletier, *au nom du groupe The Left*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, «comment fait-on pour que les hommes arrêtent de violer?» Des centaines de comptes Twitter ont été suspendus pour avoir posé cette question. Alors j'use de ma liberté de citoyenne et de ma position de députée européenne pour vous interroger. Est-ce que quelqu'un conteste ma liberté de poser cette question que beaucoup estiment légitime?

Ayons le courage de dire «stop» aux grandes plateformes sur la censure opaque organisée contre la liberté d'expression et d'opinion. Sur internet, la liberté des uns ne doit pas s'arrêter là où les grands patrons des médias sociaux l'ont décidé. Internet doit être un espace d'émancipation individuelle et collective, sans centralisation excessive des pouvoirs de régulation aux mains des acteurs privés.

La place prééminente des plateformes dans la modération du débat public politique est une menace pour nos modèles démocratiques. Leur monopole, leurs algorithmes, leurs conditions d'utilisation, l'incapacité des autorités publiques à contrôler la modération sont des problématiques qui structurent l'impasse démocratique dans laquelle nous sommes. Censure de personnalités politiques, censure de propos et effacement de contenu sans décision de justice, censure de comptes féministes, censure de campagnes de sensibilisation aux droits LGBT, mise en avant de contenus polémiques, sont différentes illustrations des atteintes aux libertés des citoyens et à la neutralité d'internet.

La censure n'est jamais la solution. Ce n'est que par le pluralisme des médias ainsi que par des politiques éducatives développant l'esprit critique et la tolérance que nos sociétés pourront lutter contre toute forme de haine en ligne et contre la manipulation de l'information.

Transparence, responsabilité partagée et protection des droits fondamentaux des citoyens doivent être les lignes directrices des prochains cadres de la législation sur les services numériques et la législation sur le marché numérique, car il revient aux politiques de cadrer l'influence des réseaux sociaux sur le débat politique avant qu'ils ne le cadrent pour nous.

Laura Ferrara (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, i *social media* hanno ampliato le opportunità di partecipazione alla vita pubblica e al dibattito politico, agevolando l'accesso alle informazioni e alla libertà di espressione. Non siamo però ancora adeguatamente protetti dalla proliferazione di *fake news*, di contenuti discriminatori, di incitamento all'odio e alla violenza. Abbiamo sperimentato infatti come campagne di disinformazione e ingerenze straniere possano trovare terreno fertile per influenzare l'opinione pubblica, per polarizzare le società, per minare i processi democratici.

Con il piano d'azione per la democrazia e le proposte riguardanti i servizi e i mercati digitali, ci aspettiamo allora degli interventi significativi per regolamentare le pratiche opache di *microtargeting* e per ottenere maggiore trasparenza sul funzionamento degli algoritmi nelle procedure di controllo e moderazione dei contenuti online. Allo stesso tempo, però, è indispensabile mitigare il rischio di conflitto con la libertà di opinione derivante da decisioni adottate in base a poteri discrezionali di una oligarchia di entità commerciali private, anziché in base a regole che diano maggiori garanzie di libertà e di imparzialità.

President. – Dear colleagues, now that the interventions in the name of the political groups have ended, I would like to remind you that we have a very long speaker list in this debate, a really long one. So the only way to keep to the time is if you keep to your speaking time. I would like to say that I am going to be very strict and very loud and very serious about keeping to the speaking time, so please keep to your speaking time.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, Senhora Secretária de Estado, Senhora Comissária, a esfera pública e a esfera de comunicação mudaram radicalmente. Do mundo em que tínhamos mediadores e mediações (na política, os parlamentos, os partidos, as instituições; na esfera social, a imprensa, as televisões, as rádios), passamos, de repente, através das redes sociais, para a ilusão da democracia direta.

Os mediadores caíram e agora, nas redes sociais, todos pensam que podem abolir a comunicação social e os meios tradicionais. Todos pensam que através da participação direta podem até substituir os parlamentos. Não faltam países em que se decreta ou se defende a abolição dos parlamentos. Não mais a mediadores. Só a participação direta, através das redes sociais, com um voto que até em leis e decisões podia ser diário através dos instrumentos digitais.

O problema é que, de repente, nos apercebemos que, por detrás das redes sociais e das companhias que as detêm, existe um mediador, um mediador escondido, um mediador secreto, que é o algoritmo, que é o controlador, que é o proprietário das redes sociais e, portanto, a liberdade de expressão está em perigo. Está em perigo por uma interferência externa, está em perigo por uma mediação escondida, está em perigo por falta de regulação democrática E, por isso, nós não podemos estar nas mãos das redes sociais. Temos de as pôr nas nossas mãos. É esse desafio que hoje aqui se debate.

Ismail Ertug (S&D). – Madam President, although we are now one year into the pandemic, Facebook only decided this week to take down posts claiming vaccines cause autism. It took them one year to act against fake news. And a study released this week reveals that 83% of young people have already been confronted with fake news on social media and 25% of them cannot distinguish between fake news and real news. And this is, in my eyes, a threat. For years, and I think I am not exaggerating when I say social media platforms and Trump, for example, have benefited from each other. Only after Trump's election defeat and him calling on his supporters to storm the Capitol did they decide to ban him. That means that Facebook, YouTube and Twitter took more than four years to ban him. And while I think it was

right to ban Mr Trump from social media platforms, I would say that private companies should never act without reference to the law, and as the European Union this is the way we have to go.

Michal Šimečka (Renew). – Madam President, I think it's now clear that most social media have wildly outgrown their founders' expectations and their impact on society is felt globally and, of course, in each individual country.

With such great power must come greater responsibility, because today there is very little incentive for social media corporations to ensure that their products are not used as vehicles for the mass spread of hate or lies or disinformation. In Slovakia, last year, journalists tracked 56 death threats posted publicly on Facebook, and actually had to call Facebook's PR department before the death threats were taken down. So it was because of the action of journalists that the threats actually disappeared.

This is illustrative of a much bigger problem, which is that the social media corporations are unable or unwilling to ensure that their content not only meets ethical standards, but actually complies with the legislation and the laws of the country in which they operate. So, when we think about the future, the regulation must not be virtual, but real.

Alessandra Basso (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, nei media la diversità e il pluralismo dovrebbero essere legati dallo stesso obiettivo fondamentale in una democrazia liberale: quello di proporre ai cittadini una varietà di contenuti.

Sappiamo che nel DSA soprattutto le grandi piattaforme sono di fatto obbligate a dotarsi di meccanismi interni atti a ricevere notifiche da parte di qualunque persona od ente di contenuti ritenuti illegali. Nello stesso articolo si stabilisce che gli avvisi ricevuti diano luogo a conoscenza o consapevolezza effettiva, obbligando di fatto a rimuovere i supposti contenuti illegali o disabilitarne l'accesso. In sostanza, qualunque segnalazione fatta in supposta buona fede obbliga alla rimozione.

Ritengo incauto che la valutazione soggettiva di singoli individui o enti possa influire in modo determinante sul pieno rispetto della libertà di parola. Si vuole forse andare in una direzione opposta al pluralismo che dovrebbe caratterizzare una democrazia? Credo sia urgente una profonda riflessione.

Marcel Kolaja (Verts/ALE). – Madam President, democratic scrutiny and protection of fundamental rights has to go hand-in-hand with addressing the issue of the dominant position of some tech platforms. Recent events in the United States demonstrated that large platforms, due to their size, have a systemic role in amplifying and shaping information flows and create parallel information bubbles. With the new Digital Markets Act, we need to enable an environment where people can not only scrutinise if they are being targeted by malicious actors via the platform, but also gain back effective control, where they have a choice to switch to an alternative, decentralised, open and privacy-friendly service. Only in this case can democratic scrutiny and the protection of fundamental rights have full effect.

Elżbieta Kruk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Czy władzę nad światem przejmują wielkie korporacje technologiczne, które już dziś kontrolują debatę publiczną, wpływają na wyniki wyborów, nie liczą się z nikim, są bezkarne?

Wczesny internet dawał wolność, działał jak Hyde Park online. Celem gigantów z Doliny Krzemowej w początkach ich działalności było dawanie ludziom za darmo dostępu do informacji, a ich zasadą „nie czyń zła". Tak jednak było wczoraj, a dzisiaj mamy znów „rok 1984" – przewidział przyszłość Orwell i inni pisarze science fiction. Tym razem jednak to się dzieje naprawdę. Nie zgadzasz się z Wielkim Bratem, to zamknie ci usta, choćbyś był prezydentem Stanów Zjednoczonych. Ofiarą są zawsze konserwatywne poglądy w sieci. Kilku miliarderów Big Tech w imię lewackiej ideologii wypowiedziało wojnę wolności słowa, a ich poczynania można porównywać do działań państw totalitarnych.

Jesteśmy świadkami bezprecedensowego zagrożenia dla wolności. Z jednej strony cenzura i blokowanie kont, z drugiej cyfrowa inwigilacja i manipulacja. Bierność Komisji Europejskiej wobec tych monopolistycznych praktyk jest zadziwiająca. Najwyższy czas przeciwdziałać i wprowadzić regulacje chroniące wolność słowa w sieci.

Sira Rego (The Left). – Señora presidenta, Abascal en España, Salvini en Italia, Le Pen en Francia, Orbán en Hungría, etcétera, etcétera. Todos ellos con un denominador común: el discurso del odio, los bulos racistas, la LGTBIfobia, el machismo, la exaltación del fascismo.

Por eso, para mí, el debate de fondo es el de la impunidad, el de la tolerancia con la que se ha aceptado la narrativa de la vulneración de los derechos humanos de la extrema derecha y, a partir de ahí, el uso de las redes sociales como diseminador del discurso del odio. Un peligro. Y, claro, es normal que surja la pregunta: ¿debe ser una multinacional la que determine cuándo y por qué se limita el uso de una cuenta o más bien debería ser un gran consenso antifascista el que dé lugar a una regulación pública para hacerlo?

Desde luego, nosotros creemos que se debe apostar por lo segundo. La única forma de garantizar el derecho fundamental de acceso a una información veraz, la única forma de erradicar el discurso del odio, es la intervención de los poderes públicos, la alianza firme para expulsar el odio de cualquier espacio público.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, suočeni smo s nastankom nove, moćne i beskrupulozne mafije koja je opasnija od svih dosadašnjih oblika organiziranog kriminala. Radi se o mafiji koja umjesto oružja koristi medije i to medije svih oblika za kampanju straha kako bi prodala milijarde svojih proizvoda. Posljednjih godinu dana gotovo svi *mainstream* mediji diljem Europe i svijeta obavještavaju građane i objavljuju neistine, potpuno neistinite podatke možemo pronaći u svim medijima koji se objavljuju na jednaki način. Potpuno je jasno da se radi o jednom te istom izvoru financiranja koji želi putem kampanje straha omogućiti njihovim financijerima da svake godine prodaju nekoliko milijardi svojih proizvoda. Budite svjesni kampanja straha neće stati zato što zarađuju desetine milijardi svake godine.

Eva Maydell (PPE). – Madam President, what we hear today is that we as a Chamber are sometimes somewhat inconsistent in our calls to platforms, and thus by this we risk becoming irrelevant. We urged the platforms to act during the Rohingya case in 2016 when thousands of people were killed, but in 2021, when five people were killed in the Capitol attacks, we asked the platforms why did you act and silence Trump? So the problem, I think sometimes, is that we often call for different things.

I accept that platforms should not have the right to easily silence a president, of course, but what are the rules that would make this impossible in the future? I believe our job is to create them, and we are indeed on the right track. But in order to create them, we need to make sure we have clear definitions and visions of how we actually treat platforms. Do we consider them to be media? Are they a type of providers similar to cable TV operators? Or are they simply an environment in a place where everything is possible and can happen?

I think we need a coherent definition of that, and only then could we perhaps be consistent in our calls and, most importantly, successful in our efforts to create a just and a good environment, good rules for platforms that most importantly safeguard our fundamental rights and values.

Tanja Fajon (S&D). – Gospa predsedujoča, svoboda medijev je v zadnjih letih v središču pozornosti z razlogom. Si predstavljate, da bi pred leti, ko družbenih medijev še ni bilo, časopisi in informativne oddaje vse povprek trošili lažne informacije, napačne. Zavajali so morda oglaševalci, ne pa novinarji, poročevalci, voditelji.

Danes pa je posamezniku na voljo vrsta preverjenih in nepreverjenih informativnih kanalov, ki mu služijo pri ustvarjanju resnice. Zelo me skrbi, kako preprosto je objaviti popolno laž in dezinformacijo in zanjo ne prevzeti nobene odgovornosti, češ da gre za svobodo govora in na ta način diskreditirati tarčo napada.

Takšne in podobne objave, napade, žalitve v večini danes uporablja populistična desnica, ki s svojimi avtokratski težnjami spodkopava demokracijo in se požvižga na temeljne človekove pravice. Svobodne medije vidijo celo kot svoje sovražnike in ne kot temeljni vidik svobodne družbe.

Za eno bolj učinkovitih taktik širjenja dezinformacij se je izkazala strankarska prilastitev novo nastalih medijev, ki služijo izključno promoviranju strankarske ideologije. Na žalost takšne prakse uporablja vse več politikov, ki blatijo in širijo neresnice o svojih političnih nasprotnikih tudi v Sloveniji, slovenski premier.

Različni pogledi in prepričanja so seveda nekaj povsem normalnega. Ko konstruktivni dialog zamenjajo laži in žaljiva ali celo sovražna retorika, je naša demokracija resnično v nevarnosti. Takrat gredo stvari tako daleč, da se zgodi udar, kot se je zgodil na Kapitol.

Znašli smo se na križišču med svobodo in pravicami posameznika do izražanja in močno pozdravljam akcijski načrt, ki ga je predstavila Evropska komisija.

Karen Melchior (Renew). – Madam President, we have no digital democracy. We have democracy. We have no digital human rights. We have human rights. Our freedom of expression must be protected equally online as we protect it offline. More and more of our communication and democracy is taking place online and, under COVID, it has quickly become much more, as we no longer make a distinction between the online and the offline but rather regard it as one and the same – our lives, our reality, our democracy. What that means is that the same principles of human rights must be respected online as well as offline.

In the past decade, we've observed the platformisation of the internet. Openness and free spirit have been consolidated into the monopoly of a few platforms. Therefore, the regulation of digital platforms has become even more important. However, the laws of physics online are different from those in the offline world. Therefore, we cannot simply apply regulation designed for the offline world online. Attempting to do so leads to a restriction of our human rights and has a chilling effect on our democracy.

Tom Vandendriessche (ID). – Voorzitter, de sociale media zijn vandaag de dag wat de boekdrukkunst was in de middeleeuwen: een instrument voor burgers om hun standpunt te vertolken en hun belangen te verdedigen.

Net zoals vroeger reageert de heersende elite echter met censuur en onderdrukking om, onder het mom van de bestrijding van zogenaamd nepnieuws, te bepalen wat de waarheid is. Maar een waarheid die door censuur beschermd moet worden, is een leugen. Men wil, onder het mom van de bestrijding van zogenaamde haatzaaiende taal, verzet tegen ongewenste migratie en multiculturele omvolking criminaliseren. Maar net zoals een moeder voor haar kinderen zorgt, is dit verzet niet uit haat voor wat vreemd is, maar uit liefde voor wat eigen is.

Een democratie kan niet bestaan zonder de vrijheid van meningsuiting. Dat is geen kwestie van links of rechts, of van het met elkaar eens of oneens zijn; dat is een grondrecht dat ons allen voor tirannie behoed.

Censuur op de sociale media moet daarom worden bestraft. We moeten de oligarchie van Silicon Valley opbreken om de grondrechten en de fundamentele vrijheden van onze burgers en onze democratie te beschermen.

Gwendoline Delbos-Corfield (Verts/ALE). – Madam President, the NGO AlgorithmWatch reports that existing transparency tools have failed. Our laws are not yet fit for purpose in the digital world. Our democracies are not ready for the challenges to our liberties and fundamental rights.

We often debate these issues, but we still do not have adequate rules at the European level. What we need most here is transparency of algorithm, to hold platforms accountable for the impact on democratic processes and to scrutinise their actions.

We need transparency of algorithm to share the data with researchers, for example, at the new European Digital Media Observatory. We need transparency of algorithm to fight disinformation, and we need transparency to help us understand how online spaces have become hotbeds of systemic inequality and discrimination.

Women and minorities are deserting the online space more and more often, after extremely violent experiences. We are not just talking about a few isolated cases, but about a problem that is becoming more and more mainstream, and we do not have this transparency of algorithm.

Nicola Procaccini (ECR). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, come ECR abbiamo chiesto questo dibattito perché sulle piattaforme digitali ormai si svolge la maggior parte delle nostre relazioni in ambito sociale, educativo, economico e politico, e non è possibile negarne la regolamentazione a delle multinazionali private, soprattutto se ciò condiziona le nostre democrazie.

Può piacere o non piacere ciò che dice un semplice cittadino europeo o il Presidente degli Stati Uniti d'America in un determinato momento storico, ma la loro libertà di espressione può essere limitata o soppressa solo se a stabilirlo è un'autorità pubblica, contro la quale eventualmente appellarsi se si ritiene di aver subito un torto. Ciò che è illegale offline deve esserlo anche online, è stato detto poco fa. Giusto. Si tratta infatti della cosiddetta riserva di legge che è alla base dello Stato di diritto.

Niyazi Kizilyürek (The Left). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die sozialen Medien dürfen keine Plattformen für Hass, Rassismus, Desinformation und Hetze werden. Der freie Internet-, Informations- und Kommunikationszugang muss für alle gewährleistet sein und der Zugang zum Internet muss ein öffentliches Gut sein.

Ein freies Internet mit demokratisch kontrollierten Plattformen ist also das Gebot der Stunde. Das bedeutet: gemeinsame EU-Regeln, insbesondere eine strenge Antimonopol- beziehungsweise Antikartellkontrolle; aktive Teilnahme der Internetkonzerne; Einbindung der Zivilgesellschaft.

Darüber hinaus müssen sich die verschiedenen Plattformen zu verständlich ausgedrückten Allgemeinen Geschäftsbedingungen verpflichten. Die Nutzer müssen auch das Recht auf Mitnahme der Daten und Beziehungen von einem sozialen Netzwerk zum anderen haben.

Schließlich ist es höchste Zeit für eine gerechte Besteuerung und Verteilung der enormen Gewinne der Internetgiganten. Die Reichen endlich zur Kasse!

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, αλληλοκατηγορίες και άσφαιρες ηθικές κορόνες· όλα είναι εμπορικός πόλεμος για το ποιος θα αποκτήσει προβάδισμα στην ψηφιακή οικονομία. Οι Ηνωμένες Πολιτείες, η Κίνα ή η Ευρωπαϊκή Ένωση; Με εφόδιό τους σχετικές ψηφιακές συμφωνίες που υπηρετούν τα συμφέροντα των ομίλων και με πρόσχημα την προστασία των προσωπικών δεδομένων, η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι ΗΠΑ ανταγωνίζονται για τον έλεγχο της μαζικής καταγραφής, φακελώματος, εμπορίας και εκμετάλλευσης δεδομένων από κρατικές και άλλες υπηρεσίες και ομίλους, με κριτήριο τα αστρονομικά τους κέρδη, τα οποία —μάλιστα— είναι πολλαπλάσια εν μέσω πανδημίας. Ταυτόχρονα, συνεργάζονται αποσπώντας και διαβιβάζοντας προσωπικά δεδομένα και πληροφορίες στις πλάτες των λαών, εντείνοντας τον χαφιεδισμό και την καταστολή σε βάρος του εργατικού λαϊκού κινήματος. Όσο τα δεδομένα, η συλλογή και η επεξεργασία τους είναι στην ιδιοκτησία και υπό τον έλεγχο των μονοπωλίων των αστικών κρατών που υπηρετούν την καπιταλιστική εκμετάλλευση, δεν υπάρχει τρόπος προστασίας τους. Η εργατική λαϊκή πάλη και ο αγώνας για την υπεράσπιση των λαϊκών δικαιωμάτων και ελευθεριών συνδέονται άρρηκτα με την πάλη για την ανατροπή αυτής της βαρβαρότητας που μετατρέπει τις τεράστιες επιστημονικές και τεχνολογικές δυνατότητες σε νέα δεσμά σε βάρος των λαών.

Balázs Hidvéghi (PPE). – Tisztelt Elnök asszony! Tisztelt kollégák! Mára mindennapossá vált, hogy az internetes óriáscégek egyetlen gombnyomással törölnek számukra ideológiailag nem tetsző véleményeket. Egy amerikai elnök letiltása – függetlenül személyétől és megítélésétől – teljes mértékben elfogadhatatlan és sérti a demokratikus alapelveket. A nagy közösségi platformok ma már nem egyszerűen szociális hálózatok, amelyek megkönnyítik a kapcsolattartást az ismerőseinkkel, hanem olyan online felületek, amelyek az élet minden területét befolyásolják: az üzleti életet, a közszolgáltatásokat, művészetet, kultúrát, a közbeszédet és így a politikát is. Az utóbbi hónapok fejleményei világosan megmutatják, hogy a technológiai óriáscégek vezetői a szólásszabadságot korlátozó politikai szereplőkké váltak adott esetben.

Szabályok hiányában visszaélnek helyzetükkel: törölnek, moderálnak, cenzúráznak úgy, ahogy épp a kedvük tartja. A politikai véleménykifejezés jelentős része ma már a világhálón zajlik, ezért biztosítani kell, hogy a szólásszabadság az interneten is mindenkor érvényesüljön. A technológiai óriáscégek nem lehetnek a nyilvánosság döntőbírái. A szabad véleménynyilvánítás a demokrácia alappillére és csak kivételes esetben korlátozható és csak törvények alapján. Ha vannak törvényeink, amelyek szabályozzák az írott és elektronikus sajtó működését, akkor ugyanerre van szükség az internet esetében is. Olyan szabályokra van szükség, amelyek rábírják az internetes óriáscégeket a törvényes, átlátható és ellenőrizhető működésre, és nem engedik meg, hogy azok önkényesen saját érdekeik szerint korlátozzák mindannyiunk szabadságát.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! De sociale medier i dag er langt mere end bare virtuelle årsbøger eller isolerede chattjenester. Deres udbredelse og brug har gjort dem til offentlige rum. Opslag på de sociale medier bliver til nyheder i tv, aviser og radio, og nyhedsmedierne deler deres historier på de sociale platforme, hvor især unge får størstedelen af deres nyheder. Her påvirker borgerne politikerne, og politikerne borgerne. Der er ingen tvivl om, at de sociale medier spiller en stor rolle i den demokratiske samtale, og derfor skal vi insisterer på demokratiske spilleregler.

Det er en kompliceret opgave at regulere det virtuelle offentlige rum. Jeg mener, vi skal have 3 principper for det videre arbejde, lovlighed, gennemsigtighed og klagemuligheder. Det, der er lovligt offline, skal også være lovligt online. Det skal være vores første princip. Det må ikke være de sociale mediers smagsdommeri, der begrænser ytringsfriheden. Dernæst skal der være gennemsigtighed i platformenes afgørelser. Vi skal som lovgiver kunne få indsigt i de algoritmer, der fremmer eller hæmmer opslag, og i de beslutninger, der ligger til grund for at fjerne opslag. Og endelig så skal der være klagemuligheder, så brugerne på de sociale medier kan få prøvet deres sag, hvis deres indhold fjernes. Vi skal sikre de bedste vilkår for den demokratiske samtale, også når den foregår virtuelt. Derfor er det en rigtig vigtig debat, vi har i dag.

Maite Pagazaurtundúa (Renew). – Señora presidenta, señora comisaria, señora Zacarias, por las redes sociales ahora mismo circulan virus antidemocráticos que anulan el sistema inmunitario democrático de muchas personas. Conformar tribus en torno a dogmas de hostilidad ideológica es sencillo y tiene consecuencias en nuestra vida real. Todos los totalitarismos empiezan por la descalificación de los adversarios, por su deshumanización.

Hablamos de control democrático de las redes sociales, pero el primer espacio es el de quienes ostentamos cargos públicos, y muy especialmente de las personas con responsabilidades de gobierno. Alentar la hostilidad ideológica desde los Gobiernos es el juego más grave: lo hemos visto en los Estados Unidos, en Rusia, en Hungría, en la región catalana; lo sabemos con el vicepresidente segundo de mi país, Pablo Iglesias.

Comisaria Jourová, sería interesante contar con un código ético, europeo, de uso de redes sociales por parte de los poderes públicos y cargos públicos, como una forma de clarificar y establecer los estándares de comportamiento exigibles a los cargos públicos y de gobierno. Este código sería una base para que los Estados miembros pudieran incorporar en sus normas nacionales sobre buen gobierno este tipo de criterios.

Philippe Olivier (ID). – Madame la Présidente, mes chers collègues, qu'est-ce que la liberté de s'exprimer si l'on vous interdit le papier et l'encre? C'est pourtant ce qui se passe aujourd'hui dans le monde entier pour des citoyens, des militants, des personnalités et des élus qui se voient arbitrairement censurés par les réseaux sociaux, sans condamnation préalable et sans possibilité d'appel.

Ainsi, en France, est-ce le cas, par exemple, du sénateur LR Sébastien Meurant, du député ex-LREM Joaquim Son-Forget ou encore de la députée Emmanuelle Ménard, tous trois censurés par Twitter pour avoir pensé autrement. Émettre une idée différente n'est pas un crime, c'est un droit.

Notre Parlement européen se grandirait à défendre la liberté d'expression face aux nouveaux censeurs que sont les géants du Net. C'est un combat difficile, mais la liberté d'expression n'a de sens que si elle permet de protéger les idées, toutes les idées, même celles qui peuvent aller à contre-courant. Les autres, les vérités officielles, on le sait, sont admises même dans les pires dictatures.

Patrick Breyer (Verts/ALE). – Madam President, if the dominant internet platforms were states, they would be dictatorships that use an army of robots to spy on their citizens and manipulate them, that dictate the news headlines, that arbitrarily censor what their citizens may say, that cut off communication channels with citizens of other countries, that expel them at will from their country.

The EU must stop putting these tech despots and their error-prone machines in charge of curing society and of preventing violence and crime, lies and hate because this only fuels the despot's powers, and despots will use despotic means.

The weapons of a democracy are humans, the rule of law and independent courts to take decisions. Let's start setting up our own federated platforms and make corporate platforms interconnect. Let democracy reign in the digital age, not corporations and their machines.

Robert Roos (ECR). – Voorzitter, big tech is te machtig en haar macht moet worden doorbroken. Burgers die zich in het openbare debat mengen, worden via selectieve algoritmes en moderatie digitaal in een bepaalde richting gestuurd of zelfs het zwijgen opgelegd. Dat is onaanvaardbaar.

Socialemediaplatforms zijn de zeepkisten van de eenentwintigste eeuw: een platform waarop iedereen zijn mening kan geven, hoe controversieel, onwelgevallig of tegendraads dan ook. Het debat moet daarom zowel online als offline in alle vrijheid kunnen worden gevoerd, zonder inmenging van enig openbaar gezag en zonder inachtneming van grenzen. Dit is in artikel 11 van het Handvest van de grondrechten van de Europese Unie bepaald en vormt een fundamenteel uitgangspunt dat in dit huis altijd moet worden geëerbiedigd.

We moeten illegale inhoud, kinderporno en aansporing tot geweld bestrijden, maar de vrijheid van meningsuiting beschermen. De enige filterfunctie in het onmetelijk grote spectrum van meningen moet niet worden bepaald door de EU of big tech-oligarchen met een politieke agenda, maar door de kracht van het openbare debat zelf.

Márton Gyöngyösi (NI). – Madam President, while the internet widened the scope of social dialogue and freedom of speech, the past decade revealed the unfortunate truth that the internet also grants unlimited space for extremist ideologies. It also showed that dangerous groups and echo chambers can be formed not only in the Third World with deep social divisions, but also in the United States and elsewhere in the developed world.

Populists are quick to exploit the advantages offered by social media, and where they have a grip on power they already started speaking about regulating it themselves. In my native Hungary, the Orbán government is already drafting national legislation to regulate social media and the internet. We have no doubt about their real intentions: provide legal protection for the next smear campaign and sabotage the work of the opposition.

Self-regulation is no longer sufficient. It requires action internationally and simultaneously in fighting fake news and shaping public democratic discourse. It is high time to create a European public media service.

Sven Simon (PPE). – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Soziale Medien sind Chance und Gefahr für die Demokratie zugleich. Wenn wir über demokratische Kontrolle der sozialen Medien und den Schutz der Grundrechte sprechen, dann geht es um den Kern unserer liberalen Demokratie. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, aber vor allen Dingen auch individuell einklagbare Grundrechte – das ist unsere europäische Identität.

Das Grundrecht auf Meinungsäußerung ist dabei von ganz elementarer Bedeutung. Wenn wir es schützen wollen und gleichzeitig aber *Fake News* bekämpfen, dann müssen wir zuallererst bei uns selbst anfangen, und wenn wir selbst kommunizieren, keine falschen Tatsachen im politischen Raum verbreiten.

Wenn wir zum Beispiel bei internationalen Handelsabkommen über das Mercosur-Abkommen reden, müssen wir bei den Fakten bleiben. Wenn wir über die Impfpolitik in Europa sprechen und über das, was in dem Vertrag zum Beispiel mit AstraZeneca steht, müssen die Organe der Europäischen Union bei der Wahrheit und bei den Fakten bleiben. Nur dann erhalten wir Vertrauen und Glaubwürdigkeit.

Ich freue mich darüber, dass wir uns in dieser Debatte einig sind, dass die Einschränkung der und Eingriffe in die Meinungsfreiheit nur entlang der Gesetze erfolgen dürfen und wir das nicht Privaten überlassen dürfen in Europa und in der Welt.

Paul Tang (S&D). – Madam President, one minute, for one point.

Our societies are too dependent on a few big social media platforms, most notably Facebook, Twitter, YouTube. They determine what we see and when, not based on journalistic standards, but on popularity, anything that keeps our attention. In traditional media we have nurtured editorial independence and diversity, leading to a variety of newspapers and broadcast companies. Indeed, this is essential for an informed, balanced, free public debate, and social media should be no exception.

So we need to strengthen the digital service sector in the Digital Markets Act, break with the deliberate business model of personalised ads, through which Facebook and Google cornered the market much to the detriment of ordinary publishers and assure access entry.

We don't need less Facebook, we need more Facebooks, we need a variety of Facebooks, we need diversity.

Moritz Körner (Renew). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir alle waren erschreckt über die Bilder vom Kapitol. Aber wir alle erinnern uns auch an diesen jungen Senator, der auch mit sozialen Medien zum ersten schwarzen Präsidenten geworden ist. Sowohl Trump als auch Obama sind mit Hilfe von sozialen Medien gewählt worden.

Es sind nicht soziale Medien, die gut oder schlecht sind. Es ist, was wir damit machen, welche Regeln wir ihnen geben. Statt Meinungsfreiheit durch Upload-Filter einzuschränken, sollten wir mehr Transparenz über Algorithmen bekommen und Usern mehr Möglichkeiten geben. Statt privaten Firmen die Entscheidung zu geben, was illegal ist, müssen das auch weiterhin Gerichte entscheiden und brauchen wir bessere Kooperation mit Behörden.

Wir werden auch weiterhin erleben müssen, dass Menschen Unsinn im Internet schreiben. Aber wir sollten unsere Demokratien besser gegen Desinformationskampagnen von außen schützen.

Mehr Meinungsfreiheit ist die Möglichkeit, mit der wir umgehen müssen – mit klugen Regeln –, nicht, indem wir sie einschränken. Das muss der europäische Weg sein für die Zukunft.

Roman Haider (ID). – Frau Präsident! Ja, ich fühle mich immer an George Orwell erinnert, wenn es in der EU um Meinungsfreiheit und die neuen Medien geht.

Sie sagen zwar „Desinformation", Sie meinen aber in Wahrheit politisch unliebsame Meinungen. Sie sagen zwar „Medienpluralismus", aber Sie meinen regierungstreue Medien. Und wenn Sie von „Zivilgesellschaft" sprechen, dann reden Sie ausschließlich von Ihnen politisch opportunen Gruppen. Und Engagement der Bürger ist auch nur so lange erwünscht, solange es nicht vom vorgegebenen Kurs abweicht.

Und gerade jetzt, wo das Versagen der EU für alle Bürger offensichtlich ist, gerade jetzt wollen Sie natürlich unbedingt gegen sogenannte Desinformation vorgehen. Sonst könnten sich die Bürger ja unliebsame Fragen stellen, zum Beispiel, warum zwar Billionen von Euro umverteilt werden, aber überhaupt kein Geld für wirksame Impfstoffe da ist. Oder warum die EU mitten in der Wirtschaftskrise die eigene Industrie durch den *Green Deal* zerstören will. Oder warum die EU die Schleusen für Migranten öffnen will. Da muss natürlich der Deckel draufgehalten werden. Deswegen gibt es diesen Aktionsplan!

Ihre Politik gefährdet nicht nur die Gesundheit der Bürger, Ihre Politik gefährdet nicht nur die Arbeitsplätze der Bürger, Ihre Politik gefährdet vor allem die Freiheit der Bürger!

Sergey Lagodinsky (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Was wir seit Jahren erleben, ist eine Veränderung unseres öffentlichen Diskursraums. Diese Veränderungen sind vielfältig – wir haben es gehört.

Da sind die Chancen und da sind die Risiken. Wir sind mitten in einem Zielkonflikt an der Ordnungsfrage des digitalen Zeitalters. Das ist ein Konflikt zwischen Freiheit, die befähigt, und Freiheit, die beleidigt, entmündigt und erniedrigt. Nach Lösungen, danach suchen wir. Aber die schlimmste Lösung, die es geben kann, ist, wenn wir es privaten Anbietern überlassen, darüber Entscheidungen zu fällen. Wir mögen uns darüber freuen, dass Hass und Hetze von Trump jetzt verstummt sind. Aber ich kann mich nicht darüber freuen, dass diese Entscheidung durch ein Privatunternehmen getroffen wurde. Heute Meinungsfreiheit an – morgen Meinungsfreiheit aus.

Deswegen müssen wir mindestens drei Entscheidungen treffen. Erstens: Online-Monopole müssen zerschlagen werden. Zweitens: Lösungsentscheidungen in diesem Konflikt zwischen Freiheit und Freiheit müssen demokratisch legitimiert bleiben. Und: Automatisierung solcher Veranstaltungen darf nicht sein. Weder KI noch das große Geld darf über unsere Grundrechte entscheiden.

Hermann Tertsch (ECR). – Señora presidente, alarma ahora como aumentan los parecidos entre las democracias liberales y los Estados totalitarios.

A las restricciones de derechos y libertades con la pandemia se suman los ataques a la libertad de expresión en las redes. La supuesta moderación y verificación es ya censura sin vergüenza. Víctima de todo es el que disiente del consenso socialdemócrata del *establishment*. Le ha pasado al presidente Trump y le ha pasado a mi partido, cuya cuenta de Twitter ha sido ignominiosamente cerrada un día antes de que empezara la campaña de las elecciones catalanas.

Las proveedoras de servicios de internet deben elegir: o son neutrales y no responsables del contenido, o son medios de comunicación con línea política y responden penalmente por lo que publican, como todo medio.

Es inaceptable que los europeos reciban sin cortapisas propaganda mentirosa del criminal de Maduro, de la dictadura iraní, pero se cierren cuentas a Vox, a sus seguidores o a periodistas por motivos ideológicos. No pueden tolerarse estos ataques a la libertad y a la democracia por compañías privadas extranjeras. Y la jurisdicción la tienen que tener las naciones para defender sus libertades fundamentales.

Carles Puigdemont i Casamajó (NI). – Madam President, it has become fashionable to say that social media must be controlled. However, one wonders who will surveil the surveiller. Censorship in social media is a slippery slope and, except in very exceptional cases, it is not justified.

But let me be clear: opinion must be free, but fascism is not an opinion. It is a crime.

But who can assure us that the rules created today will not be used against minorities tomorrow? Social media has been an area for debate and free speech that a lot of the time has called into question the official narratives that big economic and political powers have tried to impose on us.

That is real progress for all of our citizens, who can express themselves without constraints. With social media the flow of ideas runs freer than ever. Free speech is a human right and we must defend it as such.

Milan Zver (PPE). – Gospa predsedujoča, socialna ali družabna omrežja so postala platforma, kjer se odvija ne samo zasebna, ampak tudi javna govorica. Nedavna odločitev zasebne spletne platforme, da odstrani profil demokratično izvoljenega predsednika, je nevaren precedens.

Nihče, niti zasebni lastniki spletnih platform, ne smejo nikomur odvzeti pravico do izražanja. To se lahko zgodi le v izjemnih okoliščinah na temelju demokratično sprejetega zakona. Twitter je s formalnega vidika lahko zasebna lastnina, po svoji funkciji pa je globoko družbena entiteta.

Zato ima svoboda izražanja v demokratični družbi, ki temelji na vladavini prava, esencialno in nezamenljivo vrednost. Svoboda političnega govora je lakmusov papir za stanje demokracije v družbi.

Pred približno 2400 leti so Diogena vprašali, kaj je najlepše v življenju. Odgovoril je, da svoboda govora. Zaradi besede je za njim umrlo in trpelo ogromno svobodomiselnih ljudi. Naj nam nove IKT tehnologije ne krčijo prostora svobode, ampak nasprotno, naj ga širijo.

Če bomo v EU že urejali to zadevo, moramo predvsem omogočiti enakopraven dostop do univerzalnih komunikacijskih sredstev, storitev, in predvsem jasno odgovornost zasebnih digitalnih velikanov, ki upravljajo družbena omrežja.

Łukasz Kohut (S&D). – Pani Przewodnicząca! Debatujemy dziś o demokratycznej kontroli mediów społecznościowych. A co jeżeli demokracji już nie ma? Jeżeli rządowa autorytarna propaganda zagarnia coraz to nowe kanały komunikacji i taktyką salami odcina kolejne obszary wolności?

W Polsce od rana trwa protest niezależnych mediów. Rząd PiS, pod płaszczykiem pandemii, chce je obciążyć kolejnym podatkiem, jednocześnie dosypując dwa miliardy złotych mediom państwowym rocznie. Trwa domykanie systemu autorytarnego. Trwa polskie tango ze społeczeństwem obywatelskim i instytucjami międzynarodowymi. Polska na oczach Europy staje się państwem niedemokratycznym. Dokładnie tak jak Węgry. Najpierw przyszli po sędziów, później przyszli po kobiety, a teraz przyszli po niezależnych dziennikarzy.

Więc ja z tego miejsca, z serca europejskiej demokracji, mówię zdecydowanie: nie możemy pozwolić, żeby autokraci zniweczyli piękną historię integracji europejskiej. Tylko trzeba działać – i to jak najszybciej. Trzeba zawiesić głos autokratycznych rządów Polski i Węgier w Radzie Europejskiej, odebrać im ten głos. Nie ma już na co czekać.

Ramona Strugariu (Renew). – Madam President, increasing responsibility and transparency on social media platforms must be at the core of our strategy for protecting fundamental rights and democracy in the digital sphere.

Self-regulation has proved not enough, obviously. However, over-regulating is also not a solution. Just as rules apply for the democratic debate offline, they need to be adapted for the digital age. The balance lies in refraining from censorship and in establishing clear and predictable lines so that we do not suppress democracy in our attempt to protect it.

Transparency is fundamental. As users, we need to be aware of who pays for what, why we see a certain content, whether that content was altered, who and what is behind what we see online. We need to follow the money, especially when it comes to political advertising.

Last but not least, education is fundamental. We must not and cannot build ministries of truth, but we can educate people so that they understand that such ministries actually do not exist.

Gilles Lebreton (ID). – Madame la Présidente, Madame la Ministre, Madame la Commissaire, les plateformes de médias sociaux comme Facebook ou Twitter se sont arrogé le pouvoir exorbitant de réguler la liberté d'expression sur Internet. Elles en profitent pour imposer la loi de faire du conformisme en censurant impitoyablement toutes les idées qui heurtent, choquent ou inquiètent, en violation de l'arrêt Handyside de la Cour européenne des droits de l'homme qui les protège expressément. Leur domination est devenue telle qu'elles ont même coupé les comptes du président américain, pourtant réputé l'homme le plus puissant du monde.

Cette oppression et cette censure n'ont que trop duré. Les États européens et l'Union européenne, qui n'est rien d'autre que leur délégataire, doivent reprendre le contrôle de la situation.

Conformément à la résolution du 20 octobre 2020 du Parlement européen, je demande le renforcement du contrôle public sur ces plateformes afin de garantir la liberté d'expression. Je demande en outre que chaque décision de supprimer un contenu illégal ne puisse être prise en dernier ressort que par un pouvoir judiciaire national indépendant et non par une entité commerciale.

Kim Van Sparrentak (Verts/ALE). – Madam President, whether you are a political activist, drag queen or the President of the United States, if we let private companies like Twitter and Facebook decide if you can speak freely, we are endangering our democratic society.

These same big corporations who have profited for years from the large-scale spread of misinformation are now acting as referees of our public debates. Let me be clear: incentivising platforms to delete even more is not the solution. This only reinforces their current power over our free speech. We have to tackle the root causes.

A small number of very large and powerful platforms are controlling our public debate and amplifying fake news and hate on a large scale, specifically targeting certain people for profit. Let's be ambitious in tackling this in the DSA and DMA. Who can say what, where and when should not be up to CEOs and shareholders. Not private companies but our democratic laws should determine the boundaries of our freedoms. Not big tech but judges should decide what is illegal or not.

We need to take the power over our freedom of expression out of the hands of private companies and place it firmly back in the hands of the people and our democratic institutions.

Angel Dzhambazki (ECR). – Madam President, please show some mercy. Please save us some hypocrisy. Please spare us some crocodile tears on the freedom of speech.

To most Europeans with a little common sense, one thing is crystal clear: this House does not care about free speech.

We did not see a reaction from the European Parliament when tech giants removed President Trump from their networks in January. We did not see a reaction when Parler was removed from all major app stores. We did not see a reaction when Vox activists were brutally attacked in Barcelona last weekend.

Yes, there is pure censorship now in Europe: in Spain, against the only right-wing, traditional, national, conservative political party – Vox. This is provided by Twitter, for example.

We didn't see a reaction when this House promoted fake news about so-called 'LGBTI-free zones' in Poland. On the contrary, this European Parliament promoted such false information.

The fact of the matter is that this House does not permit opposing views which attack the liberal consensus. The new politburo will not tolerate diverging opinions which don't accept the agenda of the day. The liberal establishment does not accept views against illegal migration, against NGOs helping human trafficking in the Mediterranean Sea, against the LGBTI ideology and propaganda, or against federalism.

The USSR had a one-party system. This European Parliament has a multi-party system, where political parties don't really matter. Nothing. The majority of this House takes the same stance on the issues I mentioned.

But do not worry, please. Freedom will always find a way, and liberty will always win. You cannot shut us down and we will not be silenced.

Ιωάννης Λαγός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, είμαι εκλεγμένος ευρωβουλευτής όπως και όλοι εσείς εδώ. Έχουμε πάρει χιλιάδες ψήφους ο καθένας στην πατρίδα μας για να εκπροσωπήσουμε αυτά τα οποία πιστεύουμε και αυτά για τα οποία ο κόσμος μας έστειλε εδώ. Πόσο δημοκρατικό, λοιπόν, είναι το ότι κάποιος άνθρωπος, τον οποίον δεν γνωρίζουμε καν —ένας υπάλληλος μιας ιδιωτικής εταιρείας, μπορεί να μας στερεί το δικαίωμα λόγου; Ότι μπορεί να μας στερήσει αυτό για το οποίο έχουμε ψηφιστεί και για το οποίο είμαστε εδώ —την εκπροσώπηση δηλαδή των ιδεών μας; Πόσο δημοκρατικό είναι το ότι εγώ προσωπικά —και υπάρχουν αποδείξεις για ό,τι σας λέω— έχω τιμωρηθεί τόσες φορές από το Facebook, το YouTube, το Twitter και από οπουδήποτε άλλου για ομιλίες τις οποίες έχω κάνει μέσα στην Ευρωβουλή, στις οποίες εκφράζω αυτά για τα οποία έχω ψηφιστεί; Πόσο δημοκρατικό είναι και γιατί φοβάται η δημοκρατία την αντίθετη άποψη, όταν εγώ έχω έρθει εδώ πέρα για να δηλώσω ότι είμαι υπερήφανος Έλληνας, Χριστιανός, που μάχομαι για τα δικαιώματα όλων όσων με ψήφισαν; Πού είναι η δημοκρατία άραγε σε όλα αυτά; Αν η δημοκρατία έχει αρχίσει και φοβάται τόσο πολύ την αντίθετη άποψη, τότε πολύ φοβάμαι ότι δεν είναι δημοκρατία αλλά πλησιάζει πολύ στην τυραννία.

Vladimír Bilčík (PPE). – Madam President, online media platforms have become some of the most powerful private social actors in history. The situation is unprecedented. In the past, their lack of action has repeatedly led to real world violence and recently they've suddenly silenced a democratically-elected president.

The bottom line is that the freedom of speech of democratically-elected representatives, just like the uncontrolled spread of manipulative disinformation, cannot be just a private matter for global companies. Decisions on these issues need democratic scrutiny and regulatory oversight. It is therefore one of the key regulatory challenges of our era to draft a new set of public rules to respond to the power and potential dangers of social media.

We need more ambition than is currently envisaged in the recently proposed Digital Services Act, especially when it comes to the responsibility and transparency of online platforms in the fight against hoaxes. The DSA is a much-needed step in the right direction, but we must do more to slow down the pervasive spread of manipulative and harmful content online.

We will never be able to put an end to all deceiving lies, but we are surely able to give truth, facts, credible science and democracy a fighting chance in a digital space. I am convinced that Europe and this House must lead these efforts on behalf of all European citizens, who deserve equal protection online across all Member States.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, quanto è avvenuto negli Stati Uniti negli ultimi mesi dimostra una volta di più quanto il potere dei *social media* sia diventato totalizzante, tanto da rendere possibile oscurare il Presidente. Un potere che chiama in causa valori fondanti delle nostre società: democrazia, pluralismo, libertà di espressione e privacy.

Tutto questo è la conseguenza di anni di pratiche che hanno favorito manipolazioni degli utenti per ragioni di profitto, mettendo in evidenza contenuti in base alle visualizzazioni, e rinforzando i pregiudizi di ciascuno grazie a una proliferazione estrema tramite i dati.

Il diritto a vedere espansa una propria espressione attraverso il pagamento per avere più visibilità dei propri contenuti è un falso diritto. E abbiamo visto scandali come quello di Cambridge Analytica. E allora non è più rimandabile. Rispettando la neutralità della rete e la libertà di espressione dobbiamo togliere ai *social network* il potere assoluto. Bisogna porre un argine alle pratiche deleterie e serve quindi una nuova costituzione in ambito digitale che trova nelle proposte del regolamento sui servizi e i mercati digitali un fondamentale tassello su cui costruire.

Nicola Beer (Renew). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Meinungsfreiheit ist die Basis unserer Demokratie. Die Ausübung von Meinungsfreiheit ist wesentlich für die politische Willensbildung und faire und freie Wahlen.

Wir leben in einer medialen Welt, in der die politische Willensbildung digital stattfindet. Solange in dieser digitalen Welt das Äußern von Meinungen auf der Grundlage von Freiheitsrechten garantiert wird, sollten wir uns als Politik nicht weiter einmischen. Aber die Realität, sie ist mittlerweile eine andere: Die Meinungsfreiheit auf Social-Media-Plattformen steht unter Beschuss.

Einige Oligopole von Social-Media-Plattformen setzen selbst in ihren AGB die Regeln, wie Willensbildung organisiert wird. Ich denke nicht nur an den Trump-Account; ich denke an die vielen Accounts, die entsprechend gesperrt wurden, von Usern, denen es fast unmöglich gemacht wird, Sperren, Blockaden, *greylisting*, *shadow banning* in irgendeiner Weise nachzuvollziehen und sich gegen diese Praktiken zu wehren.

Wir müssen als Europäisches Parlament beim anstehenden *Digital Markets Act* und beim *Digital Services Act* die Regeln setzen, wie Meinungsfreiheit auf Social-Media-Plattformen entsprechend für unsere Bürger garantiert wird, denn es handelt sich um die Einschränkung von bürgerlichen Freiheiten. Und die Entscheidung, welche Freiheiten eingeschränkt werden, diese Entscheidung gehört ins Parlament!

Susanna Ceccardi (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i cittadini di tutto il mondo negli ultimi anni hanno dato voce ai propri pensieri e riflessioni attraverso i *social*, fantastici veicoli di libertà, spesso censurati e resi inaccessibili dalle dittature liberticide del mondo.

Ma, negli ultimi tempi, da parte di queste multinazionali della comunicazione c'è una tendenza molto preoccupante. Milioni di cittadini sono censurati ogni giorno da funzionari che dietro a una scrivania decidono cosa sia giusto o meno pensare. È giusto che società di fatto in regime di monopolio detengano questo enorme potere? Che cos'è un uomo libero se non la sua parola e il suo pensiero? Chi è che ha il diritto di giudicare che cosa sia giusto o sbagliato? I giudici dentro ai tribunali o i signori di Facebook e Twitter che hanno inventato applicazioni di successo?

L'elemento più inquietante è che gli oligopoli digitali si stanno appropriando di una vera e propria funzione pubblica, cioè quella di decidere cosa sia tollerabile o meno nel dibattito. Nello Stato di diritto è la legge che decide che cosa sia giusto o sbagliato, che cosa sia punibile o passibile di censura. Queste multinazionali non soltanto si ritengono al di sopra della legge, ma anche al di sopra della tassazione europea e nazionale.

Piccoli imprenditori e partite IVA in questo momento sono tartassati dalla crisi e dal fisco, e magari persino censurati per le loro idee sui *social*. I liberi cittadini che vogliono avere la possibilità di esprimersi chiedono di poter esercitare questo inviolabile diritto liberamente, anche su Internet. La trasparenza e la libertà sono due valori prima di tutto europei: dimostriamolo, anche attraverso una corretta democrazia digitale.

VORSITZ: NICOLA BEER

Vizepräsidentin

Rasmus Andresen (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! *„I thought I was going to die"*. Mit diesen Worten beschreibt die US-Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez ihre Ängste während des terroristischen Anschlags auf das US-Kapitol.

Es wäre jetzt zu einfach zu behaupten, dass Social-Media-Plattformen die alleinige Verantwortung für die Spaltung unserer Gesellschaften tragen. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass durch Geschäftsmodelle von Big-Tech-Unternehmen wie Facebook der Nährboden für Hass und Gewalt gelegt wird. Wir haben die Kontrolle über Big Tech verloren, und es wird höchste Zeit, sie zurückzuholen.

In einer Demokratie müssen Parlamente die Regeln bestimmen, nicht große Digitalkonzerne. Google hat in der EU einen Marktanteil von über 90 %. Unsere Demokratie und unser Wirtschaftssystem sind kaputt, wenn einige wenige Konzerne unsere Kommunikation und die Märkte dominieren. Die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher werden geschwächt und kleine Unternehmen sterben.

Wir müssen die Geschäftsmodelle von Big Tech demokratisieren und dürfen auch vor der Aufspaltung großer Konzerne nicht zurückschrecken. Lassen Sie uns jetzt damit anfangen.

Dace Melbārde (ECR). – Priekšsēdētājas kundze! Kolēģi! Es uzskatu, ka Eiropas Savienības līmenī ir jārada mehānisms, kas nepieļauj ne globālajām platformām, ne autoritārām valstīm, ne trešo valstu ietekmes aģentiem manipulēt ar mūsu ziņu saturu un tādējādi arī ar politiskajiem lēmumiem un sabiedrības rīcībām, bet tomēr ar ierobežojumiem šeit nepietiek.

Pirmkārt, jāparedz labvēlīgus nosacījumus uzticamu mediju attīstībai digitālajā vidē, lai lietotājiem primāri ir pieejams kvalitatīvs mediju saturs, un šeit Eiropas Savienībai ir vairāk jāinvestē neatkarīgos medijos un to digitalizācijā.

Otrkārt, platformām ir jāuzliek stingri un tiesiski regulēti pienākumi vērsties pret ļaunprātīgu un mērķtiecīgi organizētu rīcību. "Kremļa troļļiem" nedrīkst būt vieta demokrātiskā informācijas telpā.

Un, treškārt, globālajām platformām ir jāgarantē līdzvērtīga drošība lietotājiem visu Eiropas Savienības dalībvalstu valodās, nevis tikai lielo valodu pārstāvjiem. Tieši mazākas informācijas telpas kā, piemēram, Baltijas valstis, Kremlis ir definējis kā savu īpašo interešu zonu.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Madame la Présidente, l'équilibre est ce qui doit caractériser une société démocratique. Trouver l'équilibre entre maintenir la liberté et combattre les dérives est le défi en matière de médias sociaux.

Les médias sociaux ont été un formidable atout pour la société civile – et donc pour la démocratie. Ils ont permis de divulguer la vérité, ils ont permis des rassemblements de citoyens engagés, ils permettent à tout un chacun d'exprimer librement ses pensées et d'avoir le cas échéant un auditoir.

Malheureusement, les dangers des médias sociaux (sans même parler des activités criminelles) sont tout aussi conséquents, et les dégâts causés à la démocratie sont catastrophiques.

En effet, les médias sociaux constituent également une tribune pour les haines de toutes sortes, pour la désinformation la plus totale et pour les théories complotistes, et tout ceci le plus souvent dans l'impunité la plus complète.

La nécessité de légiférer s'impose. Or, nos pouvoirs publics sont trop lents. On peut critiquer la fermeture du compte Twitter de Donald Trump par la plateforme, mais la solution était-elle de le laisser ouvert?

Il faut tenir compte des dangers encourus par la démocratie. Trop souvent, sous couvert de «démocratie», la démocratie se montre faible. J'estime qu'il est du devoir de la démocratie de se défendre. Ma liberté s'arrête là où commence la liberté de l'autre. Les libertés en démocratie s'arrêtent là où la démocratie est en danger.

Le vide laissé par le pouvoir politique – démocratiquement élu – est inacceptable. La responsabilité ne peut être laissée aux plateformes. À nous de poser les limites, de légiférer, et vite!

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Arvoisa puhemies, kollegat, alustoitunut, avoin internet on päätynyt muutaman yrityksen käsiin. Sosiaalista mediaa pyörittävillä algoritmeilla voi vaikuttaa vaalituloksiin ja kärjistää väkivaltaisiin vastakkainasetteluihin.

Valeuutisilla voi horjuttaa yhteiskuntia. Ennen kuin seuraava *Case Capitol* tapahtuu, emme halua joutua ihmettelemään, kenen vastuu on poistaa valeuutisia tai sulkea tili. Vastaus ei voi olla, ei kenenkään vastuulla.

Demokraattisesti valittujen päättäjien vastuulla on, että lainsäädäntö, myös alustoille, on ajan tasalla. EU:n on suojeltava kansalaisten perusoikeuksia, turvallisuutta käyttää sosiaalisia medioita myös. Läpinäkyvyyttä ja auditoinnin mahdollisuutta on edellytettävä. Emme voi luottaa tai puuttua, jos emme tiedä, miten algoritmien suunnittelu on tehty. Datan liikkuessa globaalisti on haettava yhteistyötä maiden kanssa, jotka jakavat arvomme YK:ssa ja OECD:ssä ja EU ja Yhdysvallat voivat toimia yhdessä. On toimittava rohkeasti ja nopeasti, sillä demokratian ja oikeusvaltionkin voi menettää.

Anna Júlia Donáth (Renew). – Tisztelt Elnök Asszony! Képviselőtársaim! Örülök, hogy az Európai Unió is felismerte, hogy szabályozni kell a nagy techcégeket. A probléma csak az, hogy az olyan autokrata vezetőknek is az eszébe jutott, akik nem az emberek érdekeit, csak a saját hatalmuk megszilárdítása miatt akarják ugyanezt megtenni. A lengyel után a magyar kormány is bejelentette, hogy szeretné saját fennhatósága alá hajtani a Facebookot. Tényleg hagynánk, hogy egy Orbán Viktor által kinevezett fideszes hatóság mondhassa meg, hogy a magyarok miről és mit posztolhatnak a Facebookon? Mi tényleg hagynánk azt, ismervén Orbán Viktort és az ő a szabad nyilvánossághoz való hozzáállását?

Mert ne legyen kétségünk afelől, hogy a magyar kormánynak az az egyetlen célja, hogy leigázza a magyar nyilvánosság utolsó szeletét is, a közösségi médiát. Képviselőtársaim! Ezért van szükség európai szabályozásra, hogy ezt megakadályozzuk, illetve azért, hogy a technológiai óriás platformokkal szemben a hatalmon lévők helyett a mindennapi emberek érdekében szólaljunk fel. Ideje, hogy igazságos Facebook-törvényt hozzunk, és ideje annak, hogy megakadályozzuk az új cenzúratörvények kialakulását Európában.

Beata Mazurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Facebook zablokował anglojęzyczne konto polskiego Instytutu Pamięci Narodowej, bo ten na swoim profilu zamieścił materiały historyczne dotyczące germanizacji polskich dzieci w czasie II wojny światowej. Drugi przykład z ostatnich dni: Facebook zablokował reklamę postu Lubelskiego Hospicjum dla Dzieci tylko dlatego, że ośmieliło się ono promować opiekę paliatywną dla nieuleczalnie chorych dzieci.

To przykłady bezpodstawnego i bezprawnego blokowania profili i treści zamieszczanych w mediach społecznościowych w Polsce. Czy tak ma wyglądać rozumienie wolności wypowiedzi i wolności wyrażania swoich poglądów przez zagranicznych korporacyjnych gigantów operujących na europejskim rynku cyfrowym? Działania te przeczą podstawom demokracji, która w tej Izbie każdorazowo wynoszona jest na sztandary. Czy przykłady, które wymieniłam w jakimś stopniu miały charakter bezprawny bądź nosiły znamiona czynu zabronionego? Absolutnie nie.

Nie akceptujemy tego typu zachowań. Będziemy twardo bronić podstawowego prawa, jakim jest prawo do wolności wypowiedzi. Instytucje europejskie muszą być silne wobec silnych i skutecznie chronić swoich obywateli tam, gdzie oni sami bronić się nie mogą.

Arba Kokalari (PPE). – Fru talman! Efter den avskyvärda stormningen av den amerikanska kongressen så har nu ljuset riktats mot de sociala mediernas roll i vårt samhälle. Jag tror att vi alla kan vara överens. De sociala medierna har blivit helt centrala kanaler för vårt demokratiska samtal och yttrandefriheten på nätet.

Bristen på tydliga spelregler och lagar gör att plattformarna i dag tar bort innehåll på godtyckliga grunder. Många undrar nu: Varför tar Facebook bort mina inlägg och mitt konto utan förklaring, och jag har ingen att ringa? Varför låter plattformarna hot, barnporr och olagliga produkter flöda fritt på nätet? Som min partigruppsförhandlare för den nya internetlagen Digital Services Act kommer jag jobba för att skapa ordning i den här digitala vilda västern som råder i dag. Då behöver det bli tydligt att det som är olagligt offline måste också vara olagligt online, och att det ska då bort från sociala medier.

Vi behöver säkerställa rättvis konkurrens som främjar innovation och entreprenörskap, och främjar rätten att få uttrycka sin åsikt även online. Det måste garanteras. För, om vi ska vara helt ärliga, ökad censur av lagligt innehåll gynnar inte demokratin utan ökar snarare det som vi försöker motverka här: konspirationsteorier och ökad polarisering.

Alex Agius Saliba (S&D). – Sinjura President, il-media llum saret indispensabbli. Kumpaniji bħal Facebook, illum, saru utilitajiet li ma ngħaddux mingħajrhom fid-dinja moderna. Utilitajiet li permezz tagħhom iċ-ċittadini tagħna qegħdin jiksbu l-informazzjoni, qegħdin jaħdmu u kif ukoll qegħdin jagħmlu x-xirjiet tagħhom.

Però waħda mill-aspetti wkoll illi ħarġet b'mod ċar waqt il-pandemija kien ir-rwol ċentrali illi l-media soċjali tilgħab fil-ħajja tagħna. Però fl-istess ħin il-media soċjali qiegħda tpoġġi quddiemna wkoll perikli ġodda. Dan hekk kif illum qed tilgħab ir-rwol kruċjali fil-mod kif l-informazzjoni qiegħda tasal għand iċ-ċittadini tagħna u għaldaqstant qiegħda taffettwa l-imġiba, id-deċiżjonijiet u l-azzjonijiet illi kull wieħed u waħda minnha jieħu madwar id-dinja.

Il-pressjoni politika kull ma jmur qiegħda tiżdied. In-nies qegħdin jistaqsu dwar ir-rwol, il-poteri estremi u l-kontroll taċ-ċensura illi dawn il-kumpaniji għandhom. Huwa inkwetanti illi quddiem għajnejna qegħdin naraw ta' kuljum prattiċi diżonesti, intrużjonijiet fil-ħajja privata tagħna u abbuż fl-użu tad-data personali tagħna, illi qegħdin jintużaw għall-benefiċċju ta' ftit kumpaniji.

Qegħdin jinħolqu perikli għas-soċjetà meta dawn qegħdin jaġixxu b'mod irresponsabbli, kemm etiku kif ukoll soċjali. Huwa allarmanti li dawn qegħdin jiddeċiedu fuq kull aspett tal-ħajja tagħna. Huwa inaċċettabbli li dawn qegħdin jispiċċaw jiddettaw huma stess il-qafas regolatorju illi fih huma jridu jaħdmu. Il-qafas legali preżenti mhuwiex adegwat. Mhuwiex adegwat sabiex nirrispondu għall-isfidi li dawn il-kumpaniji qegħdin joħolqu ta' kuljum. L-iskrutinju demokratiku tal-media soċjali u l-protezzjoni tad-drittijiet fundamentali tagħna huwa neċessità importanti.

Għalhekk għandna bżonn qafas regolatorju ġust u trasparenti sabiex insaħħu d-demokrazija u s-saltna tad-dritt, nissalvagwardjaw l-interessi pubbliċi u nipproteġu d-drittijiet u l-libertajiet fundamentali tagħna. Id-DSA u d-DMA huma opportunitajiet tad-deheb sabiex nagħmlu dan.

Sandro Gozi (Renew). – Madame la Présidente, les médias sociaux offrent d'énormes possibilités, et en même temps ils posent de grands défis à nos démocraties.

Pendant longtemps, les plateformes se sont cachées derrière la phrase «Nous ne sommes pas des éditeurs, nous ne filtrons pas les contenus, nous sommes des espaces libres d'accès pour le public». Les récentes décisions prises d'interdire les leaders Khamenei et Trump ont démantelé cet alibi. Elles ont aussi démontré les dangers que pourraient représenter les plateformes si elles ne sont pas réglementées. Internet offre des forums ouverts permettant la liberté d'expression, mais ces forums doivent être sûrs.

Malheureusement, les plateformes sont souvent utilisées pour promouvoir la violence: physique, verbale, politique. La neutralité du web ne signifie pas que nous devons rester neutres face à l'illégalité, à la violence et aux ingérences étrangères dans nos démocraties. Ce sont les autorités démocratiques qui doivent décider des règles de notre dialogue civil et c'est un défi pour lequel l'Europe se doit d'être à la hauteur.

Stelios Kympouropoulos (PPE). – Madam President, social media have transformed our lives and revolutionised the way we conduct politics. But they have also created challenges related to disinformation, the integrity of our elections and several fundamental rights, to name just a few.

As proven over the last year, platforms – and in particular the so-called 'gatekeepers' – can do much more to facilitate a healthy democratic debate through content moderation. Proactive measures such as labelling misleading or unfounded posts online proved to be very helpful.

But at the same time we should be mindful of striking a balance between safeguarding the civic debate and protecting fundamental rights such as the freedom of expression. We need to preserve the prohibition of imposing a general monitoring obligation and reconsider the liability exemptions for active platforms while providing for safeguards such as adequate oversight and judicial redress mechanisms.

Finally, transparency over algorithmic decision-making will be key. As a society, we need to have a better understanding of the functioning of social media algorithms. In this regard, platforms should provide researchers with further access to data, in order to examine potential systemic risks and the socio-economic harm they may cause.

Morten Løkkegaard (Renew). – Fru Formand! De sociale medier er jo i grunden en velsignelse for vores demokratier, men desværre er det også i dag tydeligt, at de er blevet en kæmpe udfordring. Hver dag ser vi eksempler på, at ulovlige varer til børn bliver solgt på disse sociale platforme, uden at der gribes ind, og europæere angribes af desinformation, et bevidst forsøg på at forvrænge den demokratiske debat. Det skaber en ødelæggende polarisering, der nedbryder vores demokrati og skaber unødige fjendebilleder. Sidst så vi det jo, da stormen på Capital skræmte os alle, men samtidig så vi også flere platforme udelukke den daværende amerikanske præsident. Er det så løsningen? Nej det er det selvfølgelig ikke. Vi skal passe enormt meget på, at vi ikke får angrebet retten til ytringer, retten til pressefrihed, retten til at omtale os selv og andre på disse sociale platforme. Det er en mærkesag for os liberale at have ytringsfriheden, og derfor påhviler der os en særlig forpligtelse som liberale til at finde den her balance mellem ytringsfrihed og så det at få skabt orden på nettet. Den særlige forpligtelse skal vi selvfølgelig leve op til.

Lukas Mandl (PPE). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen hier letztlich über nichts weniger als unsere Zivilisation und was unsere Zivilisation zusammenhält.

Wir haben aus Europa und in Europa ein Wachsen einer Kultur der Menschenwürde und der Freiheitsrechte erlebt. Wir haben die Aufklärung erlebt. Die Aufklärung hat dazu geführt, dass verstanden wird, dass diese Werte auf jeden Menschen zutreffen und auch zu Meinungsfreiheit, zu Redefreiheit führen. Nur dürfen wir nicht übersehen: Wir haben auch in der Geschichte gesehen, dass diese großen Ideale mit Füßen getreten werden können, ja ausradiert werden können. Das ist auch nirgendwo so passiert wie in Europa. Deshalb müssen wir sehr, sehr behutsam – vorsichtig – mit diesen Fragen umgehen.

Social-Media-Plattformen haben viel Gutes gebracht, aber auch viele Gefahren. Sie führen dazu, dass es einfacher geworden ist, unsere Gesellschaften zu spalten. Von außen unternommene Spaltungsversuche, damit beschäftigen wir uns im Desinformationssonderausschuss, um gegen Desinformationen anzukämpfen. Daran arbeiten wir im Europäischen Parlament, und auch von innen gibt es Spaltungsversuche. Was am Capitol Hill in den Vereinigten Staaten in Washington DC geschehen ist, ist nur eine Spitze des Eisberges dessen, was da alles möglich ist.

Was wir sicherstellen müssen, weil auch der Parlamentarismus zu den Werten unserer Zivilisation gehört, ist, dass es Parlamente sind, die mit Gesetzen Regeln festlegen, und nicht private Unternehmen die Zensur machen können.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Doamnă președintă, doamnă comisară, doamna secretară de stat, stimați colegi, platformele de socializare au adus un plus la nivel mondial. Comunicarea interpersonală este mai ușoară, distanțele dispar, iar globalizarea a ajuns la nivel uman, individual.

Fără să negăm toate aspectele pozitive pentru societate și pentru indivizi, trebuie să recunoaștem că lipsa reglementărilor a creat, din aceste platforme, câteodată, un pericol pentru democrație și chiar pentru dezvoltarea societății. Nu mai putem accepta ca regulile de comunicare să fie stabilite doar de companii, nu mai putem accepta ca normele etice să fie stabilite la nivel de platforme și, cu siguranță, nu mai putem accepta algoritmii în baza cărora sunt recomandate anumite postări și informații în detrimentul altora.

Înțelegem că este o piață nouă, că este o economie nouă, dar regulile și algoritmii trebuie aprobați altfel: în funcție de criterii etice, de legislație; altfel riscăm ca aceste platforme de socializare să fie și un pericol pentru democrația noastră, așa cum o cunoaștem, și un instrument extrem de valoros în mâinile celor care vor să o destabilizeze.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, izloženost građana dezinformacijama uključujući zavaravanje ili lažne informacije veliki je izazov za Europu. Borba protiv dezinformacija u doba društvenih medija i mrežnih platformi mora biti koordinirani napor koji uključuje sve relevantne aktere od institucija do društvenih platformi, od novinskih medija do pojedinačnih korisnika. Brojke u posljednjim izvješćima Europske komisije o uklonjenom sadržaju digitalnih platformi govore sljedeće: od siječnja 2020. Google uklonio ili blokirao više od 90 milijuna oglasa u EU-u povezanih s koronavirusom zbog narušavanja pravila oglašavanja, uključujući i dezinformacije o lijekovima. U Hrvatskoj blokirano 12 390 Google oglasa, u Njemačkoj 10 milijuna, u Austriji 9 milijuna. Tijekom studenog platforme Facebook i Instagram u EU-u: uklonjeno 35 tisuća objava zbog dezinformacija koje mogu dovesti do neposredne fizičke štete, sadržaj koji se odnosi na lažne preventivne mjere ili lijekove.

Tanka je linija između slobode govora za koju se zalažemo i koju podržavamo i širenja štetnog sadržaja koji može imati dalekosežne posljedice na naše zdravlje, sigurnost, stabilnost naših društava, ali i na narušavanje demokratskih procesa. Veliki iskorak napravili smo donošenjem paketa o digitalnim uslugama. Društvena interakcija digitalizirala je i prostor politike, no jača i one takozvane obične korisnike da budu mediji i tu moramo pronaći balans. Medijska pismenost, razmisliti o njezinom jačanju, a pitanje je i anonimnost profila. Jasno je da ono što je kažnjivo u stvarnom svijetu mora biti sankcionirano i u digitalnom svijetu.

Svenja Hahn (Renew). – Frau Präsidentin! Autoritäre Regierungen blocken oder zensieren Social Media.

Plattformen löschen Inhalte nach unklaren Hausregeln oder Forderungen von Regierungen. Egal, ob durch Politik oder AGBs: Sperren brauchen Algorithmen und künstliche Intelligenz, um Inhalte zu erkennen.

Wenn wir über demokratische Regulierung von Social Media reden, müssen wir auch ganz zwingend darüber reden: Welche Tools lassen wir zu und wer darf sie in Händen halten? Die Entscheidung darüber, was legal oder illegal ist, darf nicht auf Unternehmen abgeschoben werden. Upload-Filter und zu starke Löschanreize gefährden freie Meinungsäußerung durch Overblocking.

Künstliche Intelligenz muss Menschen Möglichkeiten geben, statt Freiheiten zu nehmen. Dafür muss ein gesetzlicher Rahmen auf die Anwendung gucken, nicht auf die Technologie an sich. Die geplante Regulierung von Künstlicher Intelligenz muss unsere Grundrechte schützen. Freiheitseinschränkung durch technologischen Fortschritt wäre der größte Rückschritt für unsere Gesellschaft und eine gefährliche Waffe in Händen autoritärer Regime.

Javier Zarzalejos (PPE). – Señora presidenta, señora secretaria de Estado, señora comisaria, bienvenido sea este debate porque sí, nos preocupa y nos preocupa mucho que pueda ejercerse una censura indebida por las plataformas y nos preocupa el impacto de su poder sobre el ejercicio de la libertad de expresión, que bien sabemos que es la base de la democracia y es la base de un sistema político de libertades.

Les guste o no, las plataformas están reconociendo su responsabilidad sobre los contenidos, también cuando se equivocan y cuando se exceden, y este es un buen punto de partida para su regulación, incluidas las vías de reparación. Tenemos que dotar a las plataformas de instrumentos legales para que puedan llevar a cabo lo que les pedimos: la colaboración y el cumplimiento de obligaciones para detectar, para notificar y para eliminar contenidos ilegales, desde el terrorismo y el abuso sexual a menores hasta la desinformación y los discursos de odio.

Pero la libertad de expresión tiene que ser respetada y defendida como un todo, y creo que es oportuno recordarlo para que la reivindicación de la libertad de expresión no quede secuestrada por los extremismos que están también presentes en esta Cámara, porque estos extremismos, mientras exigen respeto para ellos, acosan a periodistas incómodos, los señalan, impiden su acceso a las conferencias de prensa, organizan campañas de descrédito contra medios de comunicación o directamente promueven boicots para dañar su difusión. Se pueden poner nombres a estas verdaderas violaciones de la libertad de expresión; lo que está claro es que esta doble vara de medir no sirve para un debate como este.

Klemen Grošelj (Renew). – Gospa predsedujoča, družabna omrežja so v demokraciji priložnost, a tudi tveganje.

Priložnost za aktivne državljane, za izražanje stališč in delovanje znotraj demokratičnega javnega prostora, tveganje zaradi možnosti zlorabe, za širjenje lažnih novic, dezinformacij, teorij zarot, sovražnega govora in skrajnih političnih stališč, ki lahko, kot smo videli v ZDA, privedejo do poskusov nasilnega rušenja demokratične ureditve.

Oziroma so sredstvo, kot kažejo primeri v nekaterih državah članicah, kot so Poljska, Madžarska, na žalost tudi Slovenija, slabitve demokracije, njenih institucij in vzpostavitve neliberalnih demokracij.

Zato je očitno, da tudi družabna omrežja potrebujejo določeno raven regulacije. To ne pomeni uvajanja cenzure in vsesplošnega omejevanja svobode govora, tudi ne, da je odločanje o tem, kaj je primerna uporaba in kaj ne, prepuščeno posameznikovi subjektivni presoji. Kaj šele, da bi o tem odločali interesi lastnikov omrežij.

Potrebujemo jasno opredeljeno regulacijo, oblikovano v okviru utečenih demokratičnih procesov, s čimer ne bomo posegali v prvine omrežij, ki krepijo demokracijo in njen razvoj, a bo hkrati preprečevala njihovo zlorabo za potrebe politične manipulacije in slabitve demokracije.

Peter Pollák (PPE). – Pani predsedajúca, šírenie hoaxov počas koronakrízy malo reálne dôsledky na zdravie a životy ľudí v celej Európe. Mnohí uverili klamstvám na sociálnych sieťach, že Covid-19 je obyčajná chrípka. Mnohí z nich, bohužiaľ, aj zomreli.

Koronakríza ukázala, akí sme slabí v boji proti klamstvám a dezinformáciám, ako aj v boji proti nenávisti, extrémizmu, agresii, osočovaniu a útokom.

Pred pár týždňami sme boli svedkami, ako americký exprezident zmobilizoval fanatikov práve prostredníctvom sociálnych médií. Je dobré, že napokon mu zablokovali účet.

Napriek tomu, že s tým viacerí súhlasíme, nemôžeme nechať takéto rozhodnutia v rukách majiteľov médií, ktorých hlavným cieľom je zarobiť.

Priznajme si, že obsahy sociálnych médií sa nám absolútne vymkli spod kontroly. Aj keď sa to nepočúva dobre, som presvedčený, že klamstvá a hoaxy o Covide-19 spôsobili smrť mnohým ľuďom v Európe.

V žiadnom prípade nie som za reguláciu slobody sociálnych médií. Musíme však zabrániť šíreniu klamstiev, nenávisti, extrémizmu a dezinformácií.

Bart Groothuis (Renew). – Madam President, whether you think it's good or bad that Donald Trump has been banned from social media is not the right political question. The right question is whether the ban of Donald Trump should have been decided by Silicon Valley, or by transparent democratic policies.

We govern ourselves here. We govern our own political sphere, and that means that liberal democracy should set standards for social media companies. Companies should make policies out of those standards, and they should be upheld, not by us, not by companies, and certainly not by governments, but by independent oversight. They should ensure that what is illegal offline is also illegal online. But we have clear evidence that our democratic security is also at stake.

The issues of voting integrity, health crises or national security emergencies can be intentionally undermined both by foreign and domestic actors, and I would like to remind the House that such malicious intent is also illegal offline, and should be online.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, sosiaalisen median alustat, kuten Twitter, Facebook, Instagram, ovat tarjonneet hurjasti uusia mahdollisuuksia ihmisten väliseen vuorovaikutukseen ja kanssakäymiseen.

Mitkä ovat ne säännöt, joita näillä alustoilla on noudatettu? Ne ovat perustuneet näiden alustojen omiin kaupallisiin intresseihin. Nyt niiden taloudellinen ja yhteiskunnallinen valta koko maailmassa on kasvanut jo niin suureksi, että näin ei voi enää jatkua. Meidän on tärkeää varmistaa Euroopassa, että ne lainsäädännöt, jotka meillä muutoinkin ovat yhteiskunnassa voimassa, pätevät samalla lailla myös sosiaalisessa mediassa ja internetissä. On tärkeää, että eurooppalaiset arvot, demokratia, sananvapaus ja ihmisoikeudet, toteutuvat myös verkossa niin kuin tässä reaalimaailmassakin. On tärkeää paaluttaa nämä myös tarkemmin lainsäädäntöön ja tätä työtä ollaan parhaillaan tekemässä.

Samaan aikaan on tärkeää muistaa se, että kun haluamme torjua alustoilla rehottavaa disinformaatiota, propagandaa, valeuutisia, kaikkein tärkein tapa on edelleen se, että investoimme ihmisten osaamiseen. Hyvä lukutaito, hyvät digitaaliset taidot, laadukas ja vapaa media ovat parhaita tapoja ja tehokkaimpia tapoja myös torjua valeuutisia, propagandaa ja disinformaatiota. Eli samaan aikaan, kun selkeästi asetamme internetiin säännöt, että se mikä on laitonta muutoinkin yhteiskunnissa Euroopassa, on laitonta myös internetissä, meidän on myös tuettava ihmisten osaamista ja digitaalisia taitoja.

Eugen Tomac (PPE). – Doamnă președintă, doamnă comisară, doamnă secretară de stat, stimați colegi, dezbaterea de astăzi este extrem de utilă pentru că aduce în atenția noastră o temă extrem de sensibilă pentru societățile noastre democratice. În mod clar, tehnologia ne-a oferit instrumente extraordinare de comunicare, prin care viața noastră s-a schimbat fundamental.

Rețelele sociale astăzi influențează viața politică, piețele financiare și, în mod cât se poate de clar, viața de zi cu zi a tuturor cetățenilor noștri. Problema se pune până unde merge această libertate de care se bucură aceste instrumente extrem de utile, pentru că s-a demonstrat că autoreglementarea nu a funcționat și îmi pare extrem de rău că nu reușim să găsim instrumente pentru a răspunde provocărilor la care suntem supuși, noi și Uniunea Europeană.

Am observat, în plină pandemie, campanii întregi de dezinformare la care au fost supuși cetățenii noștri de către state care au stat în spatele unor asemenea instrumente. Comisia a încercat să reacționeze, dar nu a fost suficient și cred că libertatea de exprimare trebuie apărată, dar în același timp trebuie să avem grijă de cetățenii noștri, pentru că am văzut multe voci în Parlament spunând că se bucură că lui Donald Trump i-a fost închis contul. Mă întreb de ce nu ne bucuram atunci când Putin anunța pe Twitter că a anexat Crimeea.

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, I want to thank the honourable Members for this debate and for all your opinions and views. For me it is extremely important to hear the opinions of this House because this is the first broad debate about if, and how, to regulate the Internet if I may simplify that. And I take several main messages.

First, what I heard from the vast majority of you is: it's time to get to work. If we are not ambitious to become the rule-makers we will continue to be the rule-takers, the rules which have been created in Silicon Valley and which are imposed on our territory in the EU.

So it's time to get to work with a sense of urgency and I very much count on the European Parliament and your approach to adopt the legislation which the Commission proposed soon enough. Also because we see a lot of impatience on the side of some Member States who want to go their own way. They want to have their own rules for the Internet and I think that it was quite clear also from this debate that we want to have a pan-European smart solution without any fragmentation by Member States.

The second main message which I got is that we are searching and working on the ideologically-neutral solution that the rules we are going to adopt should not be left or right, and that we will seek the solution which will protect the freedom of speech as the primary principle. So these are the main messages I took from this very important debate.

Coming back to the rule-makers, what we are doing is the continuation of the effort of the EU to be the rule-maker with global effect. We already managed to do that with the GDPR where we said that individual people must have the right to have their identity, their privacy, under control.

And now we are coming with a set of, I hope, consistent rules which are also consistent with the GDPR and its philosophy. We are coming with the Digital Services Act, the Digital Markets Act, the European Democracy Action Plan, and by all that we want to prove that the EU has a very healthy instinct when it comes to the risks which we see on the Internet and which can cause big harm to our societies.

What I heard from many of you was that the digital big tech grabbed too much power and too little responsibility. I would add I agree with that. The platforms captured a lot of public space. I sometimes say that they privatised the public space, and this is a public space without any public scrutiny whatsoever. So this is also our task: to demand more transparency and more accountability, because what's happening online is heavily influencing real life.

I think it was Mr Tudorache who said that there is no difference between online and offline, that it's one world. I tend to agree with that. On the other hand, it's quite easy to blame the Internet and platforms for all our troubles. I think that we should really take a lesson from what happened in the US at the beginning of January. The platforms for the transmitters of the messages of the former President Trump who was inciting violence, whipping up the crowd who then invaded the Capitol, and there were victims, there were dead people.

So I think this is also a very strong goal on all of us who have influence on public opinion and on the reaction of our society to be more responsible and to be aware that social media can be a weapon, a dangerous weapon in our hands.

I am not calling for self-censoring for politicians. I am calling for more responsibility and awareness of the consequences when we use these social platforms and social media. I would like to recommend that you read Madeleine Albright's book *Fascism: A Warning*. She speaks about social media as a weapon when it is used by bad people, when it appears in bad hands.

Let me react to several comments regarding disinformation in the time of COVID. I'm sure you know that the Commission has an agreement with big tech to do more against disinformation. So it's not true that they have just started now, and I appreciate the recent announcement of Facebook that they want to do more against disinformation relating to vaccination.

The agreement is simple. I wanted them to enable more space for information from authorities, from health authorities, from those who are responsible for communication and for providing the people with trustworthy and evidence-based information.

For the health sector I think that is a very clear message: if you do not occupy the space it will be occupied by disinformation. The Ministers of Health are aware of that and they do their best. I have to praise them for everything they are doing in this very difficult moment and crisis, and they are doing their best to occupy the space with reliable information. The thing is that the people have to trust the information provided by the health authorities.

The fight against disinformation also contains what we offer or what we propose. It contains fact-checking. Honourable Members, let me do this now. I have to react to Mr Haider who said that the EU has not invested anything into the development and production of vaccination. This is fake news, and I think that if something like that is said, it's also our obligation to come with the facts and deny that.

I also want to react because we speak here about the freedom of speech. I want to react to those who were mentioning the situation in Poland. I think we all have seen the black screens. The black screens are quite telling. I think they are screaming. Today it's a question of protest of the media in Poland, expressed in a black screen. Tomorrow black screens might become a sad everyday reality. We also need to protect the freedom of speech by supporting independent media, not by suppressing them with additional financial burdens.

This doesn't apply only to Poland. We have recommended many times to the Member States that they should support also financially media who are also the frontrunners in the COVID crisis, media which were already before the COVID crisis under big financial distress because the business model has changed brutally. The money from advertisers is being shifted to the online sphere which we keep speaking about today, and so we need to guarantee that the media can do their job because they have a very important role in our democratic societies.

So coming back to the law which we are now analysing. I have to say that we always advise the Member States to support media, as I said, but coming to the law, we are aware of the draft law and we need to look into it in more detail. We expect Member States to ensure that their fiscal or other policies will not affect the commitment to ensuring a free independent and diverse media ecosystem.

I have to add that about the legislative process, which is ongoing in Poland, that it is important to consult such legislation also with the media sector, and I understand from the recent information from Poland that this is foreseen.

I am sorry, I probably was longer than I wanted to be, but I really wanted to react to many of your very important opinions, which I had to take.

President. – It's an important topic so we are very happy that you really discussed it with us.

Ana Paula Zacarias, *Presidente em exercício do Conselho*. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, Senhores Deputados, gostaria de agradecer ao Parlamento este valioso contributo para este debate e também agradecer à Senhora Comissária pelas suas respostas e, simultaneamente, garantir que o Conselho continua empenhado num trabalho contínuo para proteger e promover os direitos fundamentais dos nossos cidadãos. Este assunto deve ser objeto de um diálogo construtivo e transparente entre os colegisladores e os diferentes *stakeholders*. Temos que conversar com as plataformas, com a sociedade civil, com os especialistas, para bem dos nossos cidadãos.

O Conselho está firmemente convicto de que as tecnologias digitais podem contribuir de forma significativa para a proteção dos direitos fundamentais e da democracia, desde que sejam salvaguardados os processos democráticos, os necessários controlos e equilíbrios adequados.

Como adaptar os nossos instrumentos jurídicos à rapidez e à imediatez do mundo *online*? Como alcançar e garantir o justo equilíbrio entre a liberdade de expressão, o pluralismo dos *media* e a proteção dos direitos dos cidadãos contra o ódio e a desinformação *online*? Como melhorar a educação digital dos nossos cidadãos? É para estas respostas que precisamos de trabalhar com o Parlamento Europeu, buscando a legalidade, a transparência, a diversidade e a liberdade de expressão.

A variedade de informações e a pluralidade de vozes são parte integrante dos nossos sistemas democráticos, mas não nos esqueçamos que salvaguardá-las significa também assegurar a proteção contra a violência e o ódio, a proteção dos menores, a proteção dos consumidores. O espaço digital precisa de ser seguro para todos nós. Isso também faz parte das regras da democracia.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Adam Bielan (ECR), *na piśmie*. – Wolność wypowiedzi jest uniwersalnym prawem człowieka, a media tradycyjne i online muszą działać w sposób nieskrępowany, aby w pełni realizować się jako dobra publiczne. W internecie, podobnie jak w rzeczywistości pozawirtualnej, niezbędne jest zapewnienie równowagi pomiędzy bezpieczeństwem a swobodą ekspresji, zwłaszcza wolnością słowa. Dlatego zasady i zakres odpowiedzialności platform internetowych za treści publikowane w internecie za ich pośrednictwem powinny być ukształtowane tak, aby z jednej strony przyczyniały się do zwiększenia bezpieczeństwa w sieci, z drugiej zaś gwarantowały ochronę praw podstawowych użytkowników internetu, zwłaszcza wspomnianej swobody ekspresji.

Mam nadzieję, że pakiet planowanych regulacji platform internetowych wypracuje jasne, przejrzyste, precyzyjne i sprawiedliwe zasady odnoszące się do zarządzania treścią przez portale internetowe. Równie istotne jak szybkie i efektywne usuwanie nielegalnych materiałów z internetu jest wprowadzenie mechanizmów przeciwdziałających nieuzasadnionemu usuwaniu lub blokowaniu treści.

Akt o usługach cyfrowych musi zapewnić ochronę demokracji opartej na obywatelach i wszystkiego, co się z nią wiąże: anonimowości, wolności słowa dla wszystkich, poszanowania opinii i publikacji artystycznych oraz oczywiście równego traktowania użytkowników i konsumentów.

Milan Brglez (S&D), *pisno*. – V tem času t. i. digitalne revolucije se je pokazalo, da smo ljudje izredno hitri pri razvoju naprednih tehnologij, pa vendar še vedno precej bolj počasni pri določanju naprednih pravil za njihovo uporabo. Toda zakonodajalci (Evropski parlament skupaj s Svetom ali pa nacionalni parlamenti) smo in so kot regulatorji vedno odgovorni za to, kar se dogaja v realnem in digitalnem svetu.

Zato pozdravljam napore Komisije na tem področju in pri spodbujanju držav članic k čimprejšnjemu sprejemu zakonodajnega svežnja v okviru akta o digitalnih storitvah. Pri tem bi želel posebej poudariti, kako pomembno je, da se o prepovedanem in dopustnem oziroma o razmejitvi med svobodo govora ter sovražnim govorom in (namernim) širjenjem napačnih informacij presoja na najvišji (nadnacionalni) ravni demokratičnega procesa odločanja v EU.

Nujno moramo omogočiti digitalna okolja, ki bodo utemeljena na najvišjih demokratičnih načelih in spoštovanju človekovih pravic. Za trajnostno dobrobit širše družbe, še zlasti pa za varnost naših najmlajših generacij. Ob nedavnem dnevu varne uporabe interneta bi zato še posebej poudaril potrebo po čimprejšnji določitvi jasnih zakonskih razmerij med pravico do zasebnosti na spletu na eni strani in preprečevanjem psihičnega in fizičnega nasilja ter temeljnimi človekovimi pravicami otrok na drugi strani. Varovanje človekovih pravic otrok mora vedno in povsod imeti prednost.

Josianne Cutajar (S&D), *in writing*. – Whether we like it or not, we are at the dawn of a new era. It will become all the more difficult to distinguish between what is true and what is not. We will reopen for debate principles and axioms across all areas of knowledge, which generations before ours had fought strenuously to prove as correct. Indeed, we live in times where a click from an individual or the decision of a CEO can disprove or set back achievements accomplished by humanity in centuries. Fortunately, we still are in a position to decide our own course of action, to cooperate in international fora, setting the foundation of a future digital world that respects – rather than degrades – humanity and dignity. People today believe the world is flat, individuals disregard freedom of speech, and far too many, not comprehending fully, take for granted the great achievement that is democracy. We cannot allow social media platforms, which have become essential for today's social, economic and political discourse, nor their users, to continue to spread lies and hatred. We need checks and balances that include effective laws. We need to protect what we have achieved and ensure a decent future for all.

Bettina Vollath (S&D), *schriftlich*. – Facebook, Twitter, YouTube, Instagram – wir alle kennen und nutzen Online-Dienste. Diese riesigen Plattformen erreichen Milliarden Menschen weltweit. Doch trotz ihrer enormen Reichweite sind sie nach wie vor kaum reguliert.

Lange hat man den Plattformen die Möglichkeit der freiwilligen Selbstregulierung überlassen – sie sollten auf Basis des EU-Verhaltenskodex selbst gegen Desinformation vorgehen. Doch der Anstieg an *Fake News* und schädlichen Inhalten zeigt, dass diese Idee der Selbstregulierung gescheitert ist. Nur durch demokratische Kontrolle von Social-Media-Plattformen können wir dieses Problem in den Griff kriegen. Wir brauchen einen starken Rechtsrahmen, der die Meinungsfreiheit und die Grundrechte schützt und zugleich schädliche Inhalte beschränkt.

Das Europäische Parlament hat deshalb bereits im Oktober letzten Jahres klargemacht, dass die Entscheidung darüber, was entfernt werden muss, bei den demokratischen Institutionen liegen müsse. Sie müssen den rechtlichen Rahmen schaffen, in dem unabhängige Gerichte Entscheidungen treffen. Gesetze und nicht private Unternehmerinnen und Unternehmer müssen festlegen, was zulässig ist und was nicht. Das schafft Rechtssicherheit für Bürgerinnen und Bürger und für Plattformen.

Wir werden im Parlament nun alles dafür tun, um auf Basis des Kommissionsvorschlages eine starke Gesetzgebung für Meinungsfreiheit und gegen Desinformation zu schaffen.

Isabel Santos (S&D), *por escrito*. – A regulação das redes sociais não constitui objeto de debate fácil, uma vez que estão aqui em confronto direitos fundamentais diametralmente opostos, mas esta é uma realidade premente, da qual não podemos escapar. Cumpre então ao Parlamento – no seu papel de colegislador – fazer uma ponderação dos bens jurídicos tutelados pela liberdade de expressão e informação, de forma a encontrar uma compatibilização entre os direitos em conflito e, acima de tudo, salvaguardar o interesse público.

E isto é tão verdade se pensarmos que, de um lado, as redes sociais podem unir as pessoas em torno de objetivos comuns (respostas à situação de emergência climática, mobilização para protestos onde se exigem mudanças políticas e sociais, entre tantos outros exemplos), como podem, com igual facilidade, separá-las, através de campanhas de desinformação, do apelo ao ódio, à violência, à perseguição.

A necessidade de regulação é, pois, imperiosa, mas os termos em que irá decorrer e os critérios a que deverá obedecer deverão ser escrupulosamente definidos de forma a que o difícil equilíbrio de valores acima mencionado seja feito, como se referiu, de forma a salvaguardar sempre o interesse público.

Ernő Schaller-Baross (PPE), *írásban*. – A közösségi médiát üzemeltető platformok a nyilvánosság csomópontjai. Emiatt a véleményformálás folyamatába való beavatkozásuk különösen súlyos következményekkel jár, míg tevékenységük és a felhasználók által közzétett tartalmakkal kapcsolatos döntéshozataluk nem átlátható. Az Európai Unió az eddigiekben részben teret engedett az önszabályozásnak az online platformok működésének területén, most azonban új, digitális szolgáltatásokról szóló jogszabálycsomagban a helyes irányt jelöli ki és keretek közé szorítja a piacvezető digitális vállalatokat. Kiemelkedő fontossággal bír az egységes uniós fellépés ezen a területen és hogy az EU ezt tagállamokra alapozva valósítsa meg.

Fokozott felügyeletet kell gyakorolni a platformok felett, azonban ez a felügyeleti hatóság csak abban az esetben működhet megfelelően, ha az Európai Unió a nemzeti hatóságokra is épít. Figyelembe kell venni, hogy az Európai Unió valamennyi tagállama különböző nemzeti sajátossággal, szabályozási környezettel bír. Különbségek adódnak a tagállamok között azzal kapcsolatban, hogy mi minősül a nemzeti büntető törvénykönyvek szerint jogellenes tartalomnak. A tagországbeli hatóságok nélkülözhetetlen tapasztalatokkal rendelkeznek a digitális platformok tagállami szintű működésével kapcsolatban. Az átláthatóság, a jogállamisági elvárásoknak megfelelő működés és a politikai semlegesség megkövetelése olyan alapvető elvek, amelyeknek a digitális térben való érvényesülése közös cél, ezt a célt pedig csak közösen, uniós fellépéssel, a tagállamokra építve érhetjük el.

9. Märkte für Finanzinstrumente – EU-Wiederaufbauprospekt und gezielte Anpassungen für Finanzintermediäre zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung von der COVID-19-Pandemie (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über das Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte: MiFID und EU-Wiederaufbauprospekt mit

— dem Bericht von Markus Ferber im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2014/65/EU im Hinblick auf die Informationspflichten, die Produktüberwachung und die Positionslimits zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung von der COVID-19-Pandemie (COM(2020)0280 – C9-0210/2020 – 2020/0152(COD)) (A9-0208/2020) und

— dem Bericht von Ondřej Kovařík im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1129 im Hinblick auf den EU-Wiederaufbauprospekt und gezielte Anpassungen für Finanzintermediäre zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung von der COVID-19-Pandemie (COM(2020)0281 – C9-0206/2020 – 2020/0155(COD)) (A9-0228/2020).

Ich möchte Sie noch einmal kurz erinnern, dass bei den Aussprachen dieser Tagung weder spontane Wortmeldungen noch blaue Karten zulässig sind.

Außerdem sind wiederum Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Markus Ferber, *Berichterstatter.* – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Leider haben wir bei der Bekämpfung des Coronavirus noch nicht die Fortschritte gemacht, die wir uns gewünscht hätten. Das heißt, dass wir auch mit den wirtschaftlichen Verwerfungen noch eine Weile leben müssen. Das bedeutet wiederum, dass sich viele Unternehmen noch für eine Weile in einer schwierigen, sehr schwierigen Situation befinden werden und massiv auf ihre Eigenkapitalreserven zurückgreifen müssen.

Als Gesetzgeber – und das ist eine unserer höchsten Pflichten, die wir hier zu erfüllen haben – müssen wir die Weichen dafür stellen, dass dies möglich ist. Öffentliche Unterstützungsmaßnahmen sind die eine Seite. Gerade für kapitalmarktfinanzierte Unternehmen müssen wir aber auch für möglichst optimale Finanzierungsbedingungen an den Märkten sorgen. Mit den gezielten Änderungen an der MiFID machen wir genau das, indem wir es professionellen Marktteilnehmern ein kleines bisschen erleichtern, an den Märkten zu agieren.

Gleichzeitig haben wir erreicht, dass leichter Aktienanalysen für kleine börsennotierte Unternehmen bereitgestellt werden können und diese somit attraktiver für Investoren werden.

Und schlussendlich haben wir auch einige Konsequenzen aus der Krise für Privatanleger gezogen, damit der Prozess der Anlageberatung auch dann funktioniert, wenn der Kunde seinem Berater nicht physisch gegenübersitzen oder -stehen kann.

Das sind sicherlich nur kleine Stellschrauben, aber es sind viele kleine Stellschrauben, die aber in der Summe einen großen Unterschied machen können und damit den wirtschaftlichen Aufschwung auch unterstützen werden.

Und lassen Sie mich ganz klar sagen: Wer den wirtschaftlichen Aufschwung stützen will, der kann nicht gegen das *Capital Markets Recovery Package* stimmen, und der kann nicht gegen die Anpassungen in der MiFID stimmen. Deswegen sage ich immer schon ganz deutlich: Ich habe kein Verständnis dafür, dass unsere lieben Kollegen der Sozialdemokratie sich schon klar geäußert haben, dass sie heute dagegen stimmen wollen.

In den Verhandlungen habe ich versucht, gerade die Finanzierung des Mittelstands deutlich zu verbessern. Das wird jetzt kritisiert, dass es nicht gemacht wird. Wer war denn dagegen? Es waren die Sozialdemokraten, die Grünen, die Kommunisten dagegen. Hätten Sie doch mitgemacht! Nicht Pressemitteilungen machen, sondern mitmachen! Dann wäre es besser gegangen.

Genauso gilt es auch für die Frage der Beratung: Wir weichen überhaupt nichts für den Privatanleger auf! Aber mir kann kein Mensch erklären, warum ein professioneller Investor, ein Pensionsfonds oder eine Bank genau die gleichen Dokumente braucht wie ein Privatanleger! Dass wir hier Kosten reduzieren, hilft am Ende allen. Was kann man da dagegen haben? Und dann – wir haben ja gerade eine nette Debatte zum Thema *Fake News* auch gehabt – werden wirklich *Fake News* verbreitet.

Und es geht hier um die Frage der Warenderivate. Kein Mensch in diesem Haus will, dass mit Lebensmitteln spekuliert werden kann. Aber was wir dringend benötigen, ist, dass die unterentwickelten Märkte im Elektrizitätsbereich – Derivate auf Stromlieferungen, Preisabsicherungen auf Stromlieferungen – dass diese Märkte sich endlich entwickeln können. Da passt unser System nicht, und nur an der Stelle ändern wir, und das ist klar geregelt. Und deswegen wirklich meine Bitte: Lesen Sie endlich mal, was wir verabschiedet haben!

Was mich aber am meisten irritiert, ist, dass ich hier in einer Pressemitteilung lesen muss von den Sozialisten und Demokraten, dass das eine konservative MiFID-Geschichte wäre. Vergleichen Sie mal das, was die Kommission vorgeschlagen hat, mit dem, was Rat und Parlament jetzt miteinander verabschiedet haben. Es ist der Kommissionsvorschlag, auf den wir uns im Wesentlichen verständigt haben, den wir an ein paar kleinen Stellen mit der Kommission gemeinsam angepasst und verändert haben. Das ist doch nicht meine Privatangelegenheit! Was schreiben Sie hier eigentlich?

Deswegen wirklich meine Bitte: Überdenken Sie noch mal Ihre Position. Wir haben in den Trilogverhandlungen extra nochmal eine Unterbrechung gemacht, weil es Wünsche der Sozialdemokraten gab. Am Ende haben Sie zugestimmt. Und jetzt sagen Sie nein.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es geht hier schon darum, Verantwortung zu übernehmen – Verantwortung dafür zu übernehmen, dass wir in der Lage sind, mit kleinen, zielgenauen, maßgeschneiderten Anpassungen einen Beitrag dazu zu leisten, dass auch die Kapitalmärkte helfen, kleine und mittlere Unternehmen zu finanzieren. Ich sag's nochmal: Sie waren dagegen.

Es geht darum, dafür zu sorgen, dass wir bürokratische Kosten reduzieren. Sie waren dagegen. Es geht darum, dass wir die unterentwickelten Elektrizitätswerke so entwickeln, dass ein *Green Deal* überhaupt mal funktionieren kann, damit eine Genossenschaft, die einen Windpark oder eine Solaranlage betreibt, sich über Kapitalmarktabsicherungen mit den großen Konzernen überhaupt behaupten kann. Sie waren dagegen.

Deswegen bin ich schon enttäuscht. Ich hoffe, dass es trotzdem eine Mehrheit in diesem Haus gibt, um diese maßgeschneiderten, zielgenauen, wirklich guten Änderungen durchführen zu können, damit die Kapitalmärkte für die Unternehmen einen Beitrag leisten können, dass die wirtschaftliche Erholung möglichst schnell stattfinden kann. Wir stehen als EVP, ich stehe als Berichterstatter selbstverständlich dafür – alle anderen sind eingeladen, diesen guten erfolgreichen Pfad mitzugehen.

Ondřej Kovařík, *rapporteur*. – Madam President, the focus of this plenary session has been on boosting the public finances for economic recovery. We adopted the Recovery and Resilience Facility, and rightly so, but at the same time, we must not neglect the mobilisation of private capital.

The pandemic is extremely challenging both for investors and companies. They need financial injections through investments, they need access to finance but, above all, they need simple and straightforward procedures with minimal red tape, without, of course, compromising investors' protection.

The Capital Markets Recovery Package is integral to the economic recovery of the EU following the COVID-19 pandemic. By introducing targeted changes to some capital market rules, it encourages greater investments in the economy and helps ensure quick re-capitalisation of companies. It will also increase the capacity of banks to finance that recovery.

The two pieces of this package we are voting on this week will ensure that Europe is in the best place possible to help our markets, financial institutions and businesses recover from this crisis, and here I would like to join the call of the previous rapporteur and invite all of you to support this package.

I am proud of the outcome of our negotiations on the Prospectus Regulation, and here I would like to thank both the Council and the Commission for their cooperation for a very quick and productive negotiation process.

The prospectus might be a little bit cryptic thing for non-economists but in short it's a document providing all necessary information about a company you are about to invest in. Removing temporarily extra costs and administration for companies allows them to access the finance that they need more quickly. And the Recovery Prospectus does just that.

The adjustments that we have made will help companies to raise capital through shares instead of going deeper into debt. They will facilitate fundraising by banks, which will have a vital role to play in the recovery of the real economy.

Specifically, we have introduced a new, lightweight, Recovery Prospectus. This will be a temporary prospectus that can be used by those companies who have already listed on the markets. The Recovery Prospectus will be available for secondary issuances, to issuers of shares, until the end of 2022, and will be limited to 30 pages in length, compared to the current market average of 400 pages.

As you can imagine, this will significantly cut costs by hundreds of thousands of euros for those wishing to raise capital, and this is around half of the current cost of producing a secondary issuance prospectus.

While the businesses will have fewer costs and less red tape to deal with, we have ensured that investor protection has remained at the forefront of the negotiations. For example, issuers will have to disclose what their level of capital is compared to their indebtedness, as well as a working capital statement. They will also have to publicly outline what will be done with the money invested in their company.

If investors are to invest in a company in these turbulent times, it is only right that they also know how much the current situation with the pandemic has affected the company they are considering investing in. Therefore, in the Recovery Prospectus, issuers will have to lay out clearly how COVID-19 has affected their businesses.

Overall, I am convinced that we have struck the right balance between a streamlined prospectus and ensuring investor protection, while transparency is maintained at the highest level.

Commissioner, colleagues, businesses in Europe have suffered enormously due to the current situation. Significant uncertainty remains, not least for the service sector. The temporary changes we introduced in the Prospectus Regulation will provide financial security to businesses across Europe. The Capital Markets Recovery Package will give breathing space to the financial sector. This will also allow financial institutions to provide for businesses to keep them afloat.

Let's continue to reflect on the simplification of legislation also for the future in the post-pandemic context. A good balance between regulation, safeguards and the freedom to innovate should guide us in our review of capital markets legislation.

I am sure you will agree that we must do all we can to help businesses, especially SMEs, to weather the storm and come through the pandemic with the ability to grow again. They could then become powerhouses that will support Europe as we embark on the digital and green transitions.

The Recovery Package as a whole is only a short-term solution. During the next few years, we must work to ensure a resilient and future-proof framework for our financial markets. In Europe, there is a lot of potential for the Capital Markets Union. We only need willingness to break down the barriers that have hindered cross-border access to finance until now.

I firmly believe that bold and ambitious reforms to our financial framework will allow us to compete on every level with other jurisdictions around the globe.

President. – We are really happy to have Commissioner McGuinness once more in our House. You have the floor.

Mairead McGuinness, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you for the very warm welcome, and I am glad to be back in this House debating a really important topic about our companies and our recovery.

I want to begin by thanking our rapporteurs and shadow rapporteurs for their efforts, and to look first at the prospective regulation.

It's been said already by the previous two speakers that the COVID-19 pandemic has hit EU firms harder, and over a longer time period, than we had initially anticipated, especially small and medium-sized companies.

Many of our companies find themselves in a very difficult situation and really do need new investment to keep afloat. The proposed EU Recovery Prospectus is one way to enable EU companies to raise new equity capital on public markets quickly and without excessive bureaucracy.

This short prospectus will be easy to produce for companies, easy to understand for investors and easy to scrutinise for national regulators. That means that it will help companies to raise capital more easily, helping them to stay solvent, recapitalise their business and strengthen their resilience in the recovery.

Thanks to your efforts, we've achieved a format for the new Recovery Prospectus that eases the administrative burden on companies while giving investors enough information to allow them to make an informed decision.

Now turning to the reform of the Markets in Financial Instruments Directive II (MiFID II). Let me explain why this reform is just as important in my view.

The new rules on small cap research will enhance the visibility of small and medium-sized companies for investors, so it will help these companies to raise capital on public markets.

On the derivatives reform, the amendments are essentially about green energy, and how to make it easier to finance a new generation of renewable energy projects.

Providers of renewable energy rely on a secure income stream and this is what the derivatives markets for energy achieve. To be effective, derivatives markets need to be liquid. If we maintain the current low position limit at 25% per market participant, the nascent energy exchanges will never take off. In smaller Member States, exchanges have only two or three active market participants.

There is also a clear link between these amendments on the derivatives market and the pandemic.

During this COVID-19 crisis, energy prices have been volatile because of a more erratic pattern of energy demand. It is essential to protect income for renewable energy suppliers, particularly when demand is so volatile.

As highlighted in a recent communication on fostering the openness, strength and resilience of the EU's economic and financial system, we need to support the development of euro-denominated derivative markets, so that the EU will be globally competitive.

Finally, during the COVID-19 crisis, more people are using online financial services; fewer are visiting local bank branches. This switch from paper-based information to electronic format will benefit retail clients, who will receive the relevant information faster. This will also enable investment firms to use their resources more efficiently, and this will also align our financial legislation with the objectives of the Green Deal and Digital Agenda.

Other changes will only apply to business-to-business relationships and will not have any impact on retail investors.

While I believe that the MiFID II amendment represents a real improvement, I want to acknowledge this evening the concerns expressed by some of you on these amendments.

Some of you have mentioned that there was not a proper impact assessment accompanying this proposal. Last year, when the crisis hit, we wanted to respond in a timely way, but we did so with a very solid look at the pros and cons of the proposed way forward. The main costs and benefits resulting from the amendments, including on the derivatives markets, are analysed in a separate staff working document.

Some of you also suggested that the reform would undermine the rules protecting investors, and that more clarity was needed on product governance rules and the real costs linked to investment products.

One objective of the Capital Markets Union Action Plan is to make the EU an even safer place for individuals to save and invest for the long-term and their retirement. In this context, we are working on a retail investment strategy.

We will set out a coherent and consistent approach to all investor protection issues related to MiFID II and other horizontal legislation, and I look forward to working closely with all of you on these issues.

To conclude, I would like to stress that the Capital Markets Recovery Package includes targeted measures to speed up the recovery from the COVID-19 pandemic and help the financial ecosystem to recover as soon as possible.

We have done this in a timely and efficient manner given the significance of the crisis. Voting in favour of the Recovery Prospectus and the modifications to the MiFID II rules will give a positive signal that the EU institutions can act quickly and decisively in times of need.

Isabel Benjumea Benjumea, *en nombre del Grupo PPE.* – Señora presidenta, señora comisaria, señores ponentes, señorías, querría compartir con ustedes dos datos que creo que nos pueden hacer reflexionar. Son dos datos que ponen de manifiesto una terrible debilidad del tejido de pymes europeas, que ponen de manifiesto la gran dependencia de las pymes europeas de la deuda bancaria, en vez de tener la suerte y la oportunidad de tener mayores inversores que apuesten por su *equity* y les liberen de esa muy muy pesada carga que es la deuda bancaria.

En la Unión Europea, en el primer semestre de 2020, los préstamos bancarios a las pymes totalizaron 573 000 millones de euros frente, en contraste, a la inversión de capital riesgo, bien sea capital riesgo, capital privado, *business angel*, *crowdfunding*, que solo llegó a 14 100 millones de euros.

Yo quisiera preguntarles a todos aquellos que están pensando en votar en contra de estas dos modificaciones del folleto y de la MiFID II a quién creen que están protegiendo o a quién quieren beneficiar.

Yo he sido empresaria ocho años de mi vida y les aseguró que la mayor suerte que puede tener un empresario es un accionista, un inversor, alguien que apueste por el proyecto por el que uno está trabajando todos los días. La mayor carga es la deuda bancaria, el tener que devolver un crédito. La suerte es poder tener inversores.

Necesitamos que las empresas europeas tengan más inversores. Necesitamos dar ese oxígeno a las pymes europeas, que son las que crean puestos de trabajo. Estas medidas se tienen que aprobar, pero no solo de manera temporal. Deberían aprobarse de manera continuada.

Y, por último, señora comisaria, aprovechó para decir que deberíamos aprobar lo antes posible el proyecto de la Unión de los Mercados de Capitales.

Eero Heinäluoma, *on behalf of the S&D Group.* – Madam President, after three speeches by EPP politicians I'm happy to present the real concerns of the S&D Group around this MiFID quick-fix.

Firstly, the exact link between the proposed changes and the COVID pandemic is rather weak and we risk watering down the legislative framework without a proper political and technical evaluation. Clearly, we cannot use this health crisis to set a deregulating agenda of the financial sector.

Secondly, we struggle to believe that issuers' ability to raise capital is massively improved by stopping to disclose losses to professional investors, by suspending best execution reports, or by deleting quantitative elements from the ancillary tests.

Thirdly, by reducing clarity on product governance rules and the real costs linked to investment products, this quick-fix completely fails to protect investors against all sorts of misselling. Such a step is never justified, and even less so in times of crisis.

The S&D Group wants to support SMEs by facilitating the raising of capital and at the same time safeguarding the transparency framework for retail and institutional investors. Please listen to consumer organisations, think-tanks and ESMA, for example, before making your decisions. The best way to do this reform is through the overall review of MiFID/MiFIR later this year.

To my appreciated and experienced EPP colleague, I would like to say I would like to take seriously your words that the EPP is not promoting a deregulation agenda. If that is the case, you can show it later this year when we are doing the overall review of MiFID II. That will be the litmus test for you and your words in front of this Parliament.

Billy Kelleher, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, may I say at the outset, I welcome the opportunity to speak on this issue.

I suppose we could talk forever with regard to the challenges that businesses face in terms of accessing credit and accessing capital. So any regulations that are changed in the terms of the MiFID 'quick fix' and the Prospectus Regulation are welcome in this emergency climate.

We are in an emergency situation. We have shrinking economies across Europe, and we have companies that are crying out for cash injections and for access to capital. So I do welcome that.

Of course, the challenge is – and this probably wasn't foreseen last year – that we are now a year into the COVID pandemic and, while there is an end in sight, it is a long way away. From that perspective, I do believe that we have to be very creative from now until when we can start to unwind from the COVID pandemic to ensure that there is capital, and liquidity and credit available right across the European Union.

I don't think the traditional banking sector will be able to supply that. So I would also urge for a rapid move in terms of the Capital Markets Union and the outstanding issues there to ensure that this is in place for the hopeful upturn that will come post-COVID pandemic.

Gunnar Beck, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Nach der Finanzkrise von 2008 und billionenschweren Rettungspaketen für Banken und Finanzjongleure wurden Offenlegungs- und Berichtsauflagen für die Finanzbranche erhöht – ein Zugeständnis an allgemeine Entrüstung über die Sozialisierung privater Verluste ohne Rückgriff auf private Gewinne. Das Ergebnis: Hekatomben Papier und höhere Gebühren für Anleger.

Infolge unverhältnismäßiger Lockdowns als Antwort auf eine milde Epidemie, die Ostasien schnell eindämmte, doch die EU überfordert, erlebt die EU gerade den größten Wirtschaftseinbruch in Friedenszeiten. Die Antwort: Dieses Haus stimmt für 750 Milliarden illegale EU-Schulden und einen Aufbaufonds gegen Klimawandel und für mehr Migration – so sinnvoll in etwa für den Aufbau wie die Bewässerung der Sahara. Doch die Wüste wächst und dürstet nach privaten Investitionen. Damit dies geschehe, werden Offenlegungspflichten nun wieder gelockert, denn der *Green Deal* hat Vorrang vor Stabilität. Entweder Offenlegung und Transparenz stabilisieren die Märkte oder sie hemmen Investitionen und Wirtschaft. Entweder – oder. Sie wissen es selbst nicht, und was Sie hier treiben, wird scheitern, weil das Geld nicht in Zukunftsindustrien, sondern in Weltrettungsprojekte fließt und Traumtänzereien.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora presidenta, desde el inicio, cuando se presentó este paquete, desde el Grupo de los Verdes dijimos de una manera muy clara que estaríamos abiertos a discutir cualquier medida que estuviera justificada en el marco de la crisis de la COVID-19 que exigiera retocar legislación financiera, pero que no toleraríamos que se usara la COVID-19 como excusa para retocar algunas piezas esenciales de nuestra protección financiera.

Y con el paquete que se presenta hoy tenemos el contraejemplo —lo que es una reforma justificada y lo que no—. Nosotros vamos a apoyar la reforma del folleto: primero, porque está limitada en el tiempo; segundo, porque está perfectamente encuadrada en la crisis de la COVID-19: hacemos un folleto nuevo específicamente para la recuperación, añadiendo además información nueva relacionada con la COVID-19, como, por ejemplo, si esa empresa ha recibido ayudas de Estado —eso va a estar—, y por lo tanto, para nosotros, está perfectamente justificada y recibirá nuestro apoyo.

Pero en el retoque de la MiFID no podemos estar de acuerdo; seguimos sin estar convencidos de que eso sea necesario: primero, como ha dicho la comisaria, porque, a pesar de que la Directiva dice que, antes de proceder a una revisión, necesitamos una evaluación de impacto, no tenemos esa evaluación de impacto aún; y además también porque, en cuanto al argumento de la liquidez en los mercados emergentes de energía, no se nos ha explicado suficientemente bien por qué eso es necesario; y, en cualquier caso, si lo fuera, podríamos esperar perfectamente a la revisión global de la MiFID que tenemos que hacer en unos meses para poder afrontar este debate que es muy delicado, ya que los mercados de energía son extremadamente volátiles y tienen efectos no solo en los mercados de energía, sino también, en función de cómo evolucionen los precios, en otros como los alimentarios. Por lo tanto, esa segunda reforma no está justificada, y el Grupo de los Verdes no va a apoyarla.

Johan Van Overtveldt, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, financial markets can contribute a lot to overcoming the economic impact of the COVID pandemic.

I therefore welcome the Commission's swift action to propose targeted amendments to MiFID II and the Prospectus Directive, and also congratulate the rapporteurs Mr Ferber and Mr Kovařík for their work.

To recover from the unprecedented health crisis, companies desperately need access to capital. Our regulatory framework should therefore enable, and not hinder, financial markets to contribute to the recovery. It is indeed appropriate to reduce costs and administrative burdens where this is possible, without putting in danger market integrity and investor protection.

The capital markets union, Madam Commissioner, is crucial for rebuilding the EU's economy after coronavirus. It is also crucial for the long-term sustainability of our monetary union, and it is also very important for increasing efficient absorption of risks within the monetary union.

So I really would ask you to speed up the work on this capital markets union. It is in all our interests.

José Gusmão, *em nome do Grupo The Left*. – Senhora Presidente, sempre que há iniciativas de desregulação financeira, a conversa é sempre a mesma, é para ajudar a economia, é para ajudar as pequenas e médias empresas e agora, pelos vistos, também é para ajudar o ambiente.

Mas não se percebe muito bem, e mais confusa do que qualquer informação em qualquer prospeto de um produto financeiro, é a justificação para estas duas iniciativas. Se a informação que está a ser cortada nos prospetos para os produtos financeiros nesta proposta não é informação relevante, é redundante, só confunde, não se percebe muito bem porque é que essa informação seja retirada de forma permanente, e também não se percebe muito bem em que é que retirar informação dos prospetos ajuda à recuperação económica.

Se os produtos financeiros são bons, então toda a informação apenas convencerá os investidores a apostarem nesses produtos financeiros. Se os produtos não forem assim tão bons, então a doutrina que preside a esta proposta é enganar os pequenos investidores para ajudar a economia que é, como quem diz, ajudar os bancos.

A desregulação financeira nunca serviu para recuperar de nenhuma crise financeira. Quantas crises financeiras é que esta Comissão vai ajudar a provocar até aprender essa regra tão simples?

Eu venho de um país em que centenas, aliás, milhares de pequenos investidores foram enganados por um banco, perdendo as poupanças de uma vida inteira, precisamente por causa da falta de informação relevante em relação aos produtos que estavam a subscrever.

A culpa desses crimes morreu solteira. Nem as instituições europeias nem as nacionais responderam por essas fraudes e gostaria muito de poder dizer a esses pequenos investidores que essas coisas não se voltarão a repetir.

Estas propostas não ajudam a que essa promessa seja cumprida.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Madam President, as one of the shadow rapporteurs for the Prospectus Directive, I think that we are striking a very good balance between consumer protection and easing the possibility for companies, SMEs included, to collect desperately needed capital in the aftermath of the COVID-19 outbreak.

I would repeat the point of informing investors about the impacts of COVID-19, on the information given. But we need to see that even though it is a strong stress for our companies, it is also a strong possibility for renewable technologies, future-proof environmental and digitalisation, and innovative companies. We do need to give the possibility for these kind of companies to collect in an easier way the desperately needed capital, so that they are the future growing entities of our economy, and the ones that seek to raise our economy, employment and competitiveness in the longer term as well.

Alfred Sant (S&D). – Madam President, while following the path of economic and financial reforms, in the long-run we must preserve our regulatory standards and prudential rules.

Without abandoning them, we ought, however, to be able to adjust flexibly to crisis situations like the one we now face with COVID-19. There is an urgent need to mobilise private capital, not least at SME level, in order to counter the hits that have crippled too many companies.

Quick temporary fixes that lighten regulatory burdens on how companies finance their operations without undermining investor protection make sense. The setting-up of an EU Recovery Prospectus until December 2022, in the framework of the capital markets' recovery package, is one such quick fix.

It should incentivise issuers and investors and help to inject new liquidity in businesses, for drawing up an investment prospectus can be expensive, which might deter issuers from seeking to raise new funds. By lowering this expense, the EU Recovery Prospectus makes new investment less onerous. Provided issuers of shares already are admitted to trading on a regulated market, or investing in a growth with market continuously for at least the last 18 months, the condensed disclosure requirements in the prospectus should now reduce launch costs and make the document easier to read.

Correspondingly, limited to the recovery phase, an offer of such securities is, under certain conditions, not subject to the obligation of publishing a prospectus. The threshold has been doubled to EUR 150 million to allow more offers to be exempted.

The EU Recovery Prospectus will carry minimum essential information for secondary issuance of shares. However, it would also need to have an additional concrete reference to the impact of the COVID-19 on the business of the issuer. It must explicitly inform potential investors of how the businesses concerned by the issuance have been affected by COVID-19.

With these simplified features, approval of the Recovery Prospectus should be possible more quickly, for investment speed is of the essence in the recovery. It was encouraging to note the strong political will for this project to succeed shown by all members of the Council, the Commission and not least, most sides…

(President cut-off the speaker)

Engin Eroglu (Renew). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Alles das, was wir heute hier besprechen, hat noch einiges mit der Finanzkrise aus 2008 zu tun.

Wir erinnern uns: US-Banken haben also Immobilien in Wertpapieren gebündelt, diese nach Europa verkauft – die Wertpapiere waren sozusagen giftig. Dies führte dazu, dass wir eine gigantische Finanzmarktkrise in Höhe von circa drei Billionen EUR hatten. Das Ergebnis daraus ist: Aus der Panik heraus, was völlig richtig war, haben wir angefangen, die Finanzmärkte insgesamt in allen Bereichen zu regulieren. Was sich jetzt herausgestellt hat: Es ist eine Überregulierung, die zu erheblichen Fixkosten führt.

Diese erheblichen Fixkosten verursachen, dass immer mehr Banken und Finanzdienstleister, die noch beratend tätig sind, die den Kunden beraten, fusionieren und aus dem Markt verschwinden. Immer mehr Maklerunternehmen, die nur noch durch Klicks Finanzprodukte und Kredite vermitteln, wachsen aus dem Internet heraus.

Unser Ziel muss es sein, so viel persönliche Beratung wie möglich im Finanzmarktsektor zu haben, und das geht nur, indem wir diese Fixkosten senken und Volksbanken und Sparkassen in Deutschland die Möglichkeit haben, als stabiler Anker auch für Europa Finanzdienstleistungen anzubieten.

Roman Haider (ID). – Frau Präsidentin! Wie so oft in der EU gibt es hier eine schöne Überschrift – aber sonst ist sehr wenig dahinter.

Die EZB pumpt seit einem Jahrzehnt völlig ungehemmt Unmengen an frischem Geld in die Finanzmärkte und hat mit dieser desaströsen Finanzpolitik nur den Pleitestaaten und den Finanzspekulanten geholfen. In der Realwirtschaft ist aber nur ein Bruchteil dieser Billionen an Euro angekommen. Die Lockerung von ein paar Vorschriften und die Einführung eines neuen Prospekts werden da auch nicht viel helfen.

Ich erinnere außerdem daran, dass die EU gleichzeitig ein riesiges Projekt zur Vernichtung der europäischen Industrie vorantreibt. Dieses Projekt heißt *Green Deal*, es macht permanent der europäischen Industrie das Leben schwer und inzwischen fehlt auch jede Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmen in der EU. Daran trägt leider auch dieses Europäische Parlament ein gerüttelt Maß an Mitschuld – das ist Gift für die Wirtschaft.

Solange die EU nicht von ihrem ideologiegetriebenen Handeln ablässt und zu einem Weg der Vernunft und Realpolitik zurückfindet, werden auch die schönsten Pläne nicht helfen.

Eugen Jurzyca (ECR). – Pani predsedajúca, dnešný prospekt poskytujúci investorovi informácie o spoločnosti, do ktorej sa chystá investovať, má stovky strán. Je komplikovaný a stojí emitenta približne milión eur. Podporujem preto zavedenie nového, lacnejšieho prospektu obnovy, ktorý bol navrhnutý ako dočasné zjednodušenie v reakcii na Covid.

Ochrana investora výrazne neutrpí a pri maxime 30 strán ušetrí spoločnostiam podľa odhadov Komisie 50 % nákladov.

Je mi však ľúto, že sa vo finálnom texte nepodarilo vylepšiť indikátory pre budúcoročnú hodnotiacu správu Komisie k prospektu.

Podiel EÚ na globálnom trhu sa zmenšuje, pričom európske kapitálové trhy sú ďaleko od využitia svojho plného potenciálu.

Na budúce zlepšenie nariadenia preto budeme potrebovať relevantné dáta, ktoré nám ukážu pravdivý obraz o situácii.

João Ferreira (The Left). – Senhor Presidente, as dificuldades económicas causadas pela COVID-19 servem de pretexto à Comissão Europeia para colocar a sua mão protetora sobre os mercados financeiros.

A pandemia é o pretexto para reduzir exigências de informação instituídas após a crise financeira que rebentou em 2008. O pretexto para suspender e aliviar medidas que visam tornar mais transparentes estes mercados no contexto de uma maior regulação que é, desta forma, relaxada à primeira oportunidade.

Curioso, ou talvez não, é o facto de os mercados bolsistas registarem um maior volume de negócios e de transações, também uma maior volatilidade durante a pandemia, razão pela qual será, no mínimo, questionável a necessidade invocada de recuperação dos mercados de capitais.

Estes mercados não foram fustigados pela tremenda crise que hoje atravessamos, como o foram milhões de trabalhadores que ficaram sem trabalho e sem sustento. Como o foram tantos micro, pequenos e médios empresários. Todos estes, sim, carecem de uma proteção especial. Nenhum deles ganha com medidas deste tipo.

A pandemia veio deixar mais claro em que mundo vivemos. Em momentos como este as águas ficam mais claramente separadas.

Como dizia o outro «É o capitalismo, estúpido!».

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

Enikő Győri (PPE). – Tisztelt Elnök Úr! Tisztelt Képviselőtársaim! Jól tudjuk, hogy a koronavírus-válság hatalmas nyomás alatt tartja az európai gazdaságot. Most a cégek túlélésére és a több millió munkahely megmentésére kell koncentrálnunk. A pénzügyi szektor szabályozását is ennek szolgálatába kell állítanunk. Ezt segíti a most tárgyalt tőkepiaci helyreállítási csomag. Remélem, hogy a terem bal oldala is megérti ezt végre. Nem ragaszkodhatunk az eddigi merev szabályokhoz. Csökkentenünk kell az adminisztratív terheket és meg kell könnyítenünk a tőkepiaci befektetések működését. Kiemelt figyelmet kell szentelnünk a lakossági ügyfeleknek, akik kevesebb ismerettel rendelkeznek, így nagyobb védelemre és tájékoztatásra szorulnak, amikor befektetnek.

A tőkepiaci unió határokon átnyúló módon tenné lehetővé, hogy a vállalkozások friss forrásokhoz jussanak, ezért megvalósulása központi szerepet kaphatna a gazdaságélénkítésben. Annál is inkább, hiszen egyre nehezebb biztosítani az európai tőkepiacok versenyképességét a sokkal nagyobb és hatékonyabban működő amerikai vagy a gyorsan növekvő kínai tőkepiacokhoz képest. Ráadásul a brexit miatt az EU elveszítette a legfejlettebb pénzügyi piacát. Bőven van tehát tennivalónk. E célok elérését segíti a most tárgyalt két jogszabály-módosítás, tehát azokat maximálisan támogatom és nagyon remélem, hogy a baloldal végül meggondolja magát.

Jonás Fernández (S&D). – Señor presidente, señora comisaria, señora presidenta en ejercicio del Consejo, mi Grupo ha negociado, pactado y votado favorablemente, en los últimos seis meses, distintos textos legislativos para facilitar la financiación de las empresas y hacer frente a los retos financieros que nos generaba la crisis del coronavirus.

Hemos negociado, pactado y votado la revisión del RRC, hemos hecho lo mismo con las STS, con el cambio del RRC que exigía la revisión de las STS. Hemos negociado también el texto de folletos y también lo hemos hecho con el texto de *benchmarks*. Sin embargo, hoy no lo podemos hacer con la MiFID.

Y quizá sería bueno decir que, en un texto, señora comisaria, de apenas doce páginas de articulado, el ponente nos presentó veintinueve enmiendas. Mi Grupo ha intentado mantener este texto lo más cercano posible a la propuesta inicial de la Comisión. Y no ha sido posible. No hemos logrado convencer al ponente y al resto de grupos de la Cámara, a la derecha de esta Cámara, de que era necesario mantenerse en el perímetro de la propuesta de la Comisión. Y, por lo tanto, no podremos votar a favor.

Maximilian Krah (ID). – Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen, lieber Berichterstatter Ferber! MiFID war immer ein Regulierungsmonster, das den Großbanken und Konzernen nicht so viel zu schaffen gemacht hat wie der mittelständischen Wirtschaft. Ein Viertel aller Unternehmen hat angegeben, es sei nicht imstande gewesen, das richtige Formular zu finden, um den Anforderungen gerecht zu werden.

Die deutsche Ratspräsidentschaft war deshalb immer kritisch zu MiFID, und Brexit und COVID zwingen uns jetzt zu einer Deregulierung. Wir hätten uns eine mutigere Deregulierung gewünscht, und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass den Berichterstatter dann ein wenig der Mut verlassen hätte, obwohl die Mehrheit in diesem Haus gestanden hat.

Wir werden gleichwohl zustimmen, weil uns der Spatz in der Hand lieber ist als die Taube auf dem Dach, und insbesondere freut uns, dass die Positionsbegrenzungsregulierung für Warenderivate der Industrie reduziert werden kann – das ist das, was die deutsche und europäische klein- und mittelständische Industrie benötigt.

Wir werden also zustimmen; es darf dabei aber nicht bleiben. Die Wirtschaft in der Eurozone braucht weniger linksgrüne Überregulierung und mehr Vertrauen und mehr Freiheiten, und das schafft Wohlstand.

Aurore Lalucq (S&D). – Monsieur le Président, chers collègues, nous sommes face à une crise historique, et que proposent certains d'entre nous, finalement? Ils proposent de profiter de cette crise pour faire plus de déréglementation, plus de dérégulation, pour enlever tous les garde-fous qui avaient été créés pour protéger au maximum les Européens de prochaines crises financières, de prochaines crises bancaires.

Ceux-là même qui nous font en général des leçons de management des finances publiques et des leçons de responsabilité sont en train de pousser très loin la question de la déréglementation. Ne vous inquiétez pas, ils seront évidemment là quand il faudra venir au secours des banques grâce aux finances publiques, mais ils seront également là par la suite pour nous dire qu'il faudra faire des efforts d'un point de vue des finances publiques. Pourquoi? Parce qu'on aura alimenté la dette publique pour pouvoir soutenir certaines banques et certains acteurs financiers.

La prochaine fois, proposons à ces personnes de sauver les Européens plutôt que les banques d'abord. Proposons-leur aussi d'assumer les risques et la responsabilité qu'ils prennent en faisant de la déréglementation financière et de payer eux-mêmes la prochaine crise, s'il y en a une.

Pedro Marques (S&D). – Mr President, as a response to the crisis and the need to facilitate diversified sources of finance for our SMEs, the Commission proposed a quick fix to MiFID to ease some of the requirements companies face to raise money on the markets on a temporary basis. Unfortunately, a balanced solution was not the result of the negotiation here at Parliament. The EPP negotiator insisted on relaxing the rules too much, taking us back to a deregulation paradigm, similar to what we had before the financial crisis.

For us that is not acceptable. We cannot live with insufficient transparency, clarity and investor protection from misselling. These are key elements in the market and we have the experience from the financial crisis a decade ago to know where deregulation leads. Have we learned nothing from the past? Madam Commissioner, this reform has become dangerous; thus, our Group does not support it. But we still count on you for a balanced structural revision of MiFID this year.

Mairead McGuinness, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank Members for their contributions. It's been a robust debate, which I think is really important. What I see and what you have spoken of today is a pandemic, a health crisis, a very difficult economic situation and businesses that are struggling to survive. And let me be very clear. The people who will benefit from the Capital Markets Recovery Package are small companies, renewable energy producers and retail investors.

Mr Ferber and colleagues are debating – it's excellent to hear it from this podium! But let me continue.

Our proposals to amend MiFID and PROSPECTUS will make it easier for capital markets to support European businesses so that they can recover from the crisis by raising essential equity capital. They will also facilitate the involvement of investors in the capital markets, while preserving our high levels of investor protection. As I've already said, this package will also be a positive signal to the financial markets in general and companies in particular. This package shows that the EU can adapt quickly to changing circumstances to support the real economy. The proposed measures are important and I hope they will be adopted and take effect as soon as possible.

But these amendments are not the end of the road. In particular, I'm ready, with my services, to engage with all of you on our Retail Investment Strategy, where we will take a holistic view of concerns on investor protection raised by the application of MiFID and other sectoral legislation. We will also closely cooperate with Parliament on a broader review of MiFIR to enhance market transparency.

I'd like to refer to some of the comments that were made. As I said, I enjoy a robust debate. This is a vital issue. We know that our capital markets are not fully developed in Europe, we know that banks cannot be the only source of funding for our SMEs and our businesses, and therefore we need to work together to strengthen our capital markets.

And yes, you are right to refer to crises of the past. I recall 2008, and many of us know what happened to families and businesses because of that, but in fact in today's crisis, because we regulated the banks effectively, we now see that the banks and the capital markets can be part of the solution, continuing to lend to businesses. I therefore think that anyone who might suggest that this Commission, or me as Commissioner for Financial Stability, is on a mission to deregulate, please note that this is not the case. If anything, my experience of the past and my work in this Parliament previously make me more determined to have effective legislation and regulation which protects investors and provides us with a strong capital market. So can I say very clearly there will be no deregulation on my watch.

I know that I won't persuade many of you to vote in favour of this, but I hope that you understand the sincerity of my contribution to this debate. You know we will come forward very soon and look again at MiFID, so there will be an opportunity for us to work together. As we look forward, I hope we can bring our sides together because we need a better coordinated approach on these issues through the recovery, because if we don't have that, our companies will struggle. We will not be able to recreate employment in sectors where it is absolutely essential.

So, despite the diverse views and the deep divisions, I take from all of you a desire to work better together, to strengthen our resolve around capital markets, and to protect our SMEs and our workers, and I stand ready to do the same with you and cooperate fully.

Presidente. – La discussione congiunta è chiusa.

La votazione si svolgerà mercoledì 10 febbraio 2021.

10. Anstehende Herausforderungen mit Blick auf die Frauenrechte: mehr als 25 Jahre nach der Erklärung und Aktionsplattform von Peking (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione su 25 anni dopo la dichiarazione e la piattaforma d'azione di Pechino: sfide future in relazione ai diritti delle donne (2021/2509(RSP)).

Ricordo agli onorevoli deputati che per tutte le discussioni di questa tornata non è prevista la procedura «catch-the-eye», né saranno accettate domande «cartellino blu».

Inoltre, come è avvenuto durante le ultime tornate, sono previsti interventi a distanza dagli Uffici di collegamento del Parlamento nei differenti Stati membri di elezione.

Ana Paula Zacarias, *President-in-Office of the Council.* – Mr President, Commissioner, honourable Members, gender equality is a priority for the Portuguese Presidency, and we are determined to do everything we can to tackle the emerging challenges and to push this agenda forward.

The 25th anniversary of the Beijing Platform for Action was an opportunity to take stock of the progress achieved, to reconfirm the commitments undertaken, and to identify new challenges, reminding us that all Member States have a clear obligation to eliminate discrimination against women, and ensure that they fully enjoy all human rights.

Much progress has been made over the past few decades to the benefit of women and girls in the European Union and across the world. However, many challenges remain, and we must step up and step up gender equality policies.

Unfortunately, the pandemic has aggravated some of these challenges. We need therefore to make an assessment of the impact of COVID-19 on gender equality – in particular on labour market participation, incomes, and reconciliation of work, personal and family life.

The Council has recently also focused on the issue of care work. During the current pandemic, more than ever, it is time we recognise and value the importance of unpaid care work, giving credit to those who perform it and keep our societies running.

Other challenges that need to be addressed comprise gender discrimination, especially against more vulnerable groups of women, threats against sexual and reproductive health and rights, violence against women, and issues arising from digitalisation, including cyber-violence.

Equally important is to tackle the practices, prejudices and customs within society, including those carried out by private persons and organisations that hinder the fulfilment of women's human rights.

The most notable ongoing policy development in the Union regarding women's rights, and in particular violence against women, is in relation to the Istanbul Convention. Although the proceedings on the EU ratification of the Convention are temporarily suspended, pending the European Court of Justice opinion, calls have been made at Council level for ratification by Member States that have not yet done so. Such ratification will precede adoption by the EU. In this regard, the Portuguese Presidency will host in April a conference in Lisbon to mark the 10th anniversary of the Convention.

Coming back to women and the labour market, the Presidency will also work to unblock the Directive on gender balance on company boards, and stands ready to start negotiations on binding pay transparency measures, on the basis of the forthcoming Commission proposal.

We also need to keep abreast of technological developments, and make sure that women and girls can seize the opportunities offered by digitalisation.

Finally, we must ensure gender equality mainstreaming across the implementation of the European Pillar of Social Rights. With that in mind, the upcoming informal Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs Council (EPSCO) meeting will address the issue of gender equality in social Europe.

Mr President, honourable Members, Commissioner, gender equality is also at the heart of our international engagement. The Council is finalising an ambitious EU position paper in preparation for the 26th session of the UN Commission on the Status of Women.

This will take place in New York next March. The priority theme for this year is women's full and effective participation and decision-making in public life, as well as the elimination of violence for achieving gender equality and the empowering of women and girls.

This topic is very timely in the COVID context, not least against the backdrop of the shadow pandemic of violence against women during lockdowns, but also with a view to ensuring that women are in the forefront of developing solutions during the pandemic and their recovery phase.

The rights of women and girls, as well as gender equality needs to be addressed in a cross-cutting manner in all the EU external action, on the basis of the EU consensus on development, and the rights-based approach to development. We must recognise that, in many parts of the world, girls and women continue to be systematically left behind and discriminated against.

In this context, the Portuguese Presidency welcomes the Third Gender Action Plan presented by the Commission and the High Representative at the end of last year. We look forward to working with the Member States, the Commission, and the European External Action Service (EEAS) as well as with the European Parliament to implement and advance this ambitious and utterly necessary agenda.

The same is true for CSDP missions and operations, where women are still under-represented at most levels. We hope that the EEAS will develop a dedicated strategy and action plan to provide the systemic mainstreaming of human rights and gender aspects, promoting a better representation of women in CSDP missions.

In conclusion, much has been done and much more remains to be done. In numbers and relevant sectors, we need to look ahead, and we need to use the relevant elements of the Beijing Platform for Action. Gender equality is, and must remain, at the very core of everything that we do at Union level.

Helena Dalli, *Member of the Commission.* – Mr President, I thank the honourable Members for putting the 25th anniversary of the Beijing Declaration and Platform for Action on the agenda today. This anniversary provides us with an excellent opportunity to discuss the situation of gender equality and empowerment of women and girls in this particular time. It is important to reflect on where we are and where we are heading to.

The Beijing Declaration and Platform for Action was adopted 25 years ago. It is the most inspiring global blueprint of gender equality and it still guides us today. The Beijing Conference was a fundamental step in the global commitment that we have jointly embraced since.

Progress has been made in these years but girls and women still face many hurdles and challenges that remain unaddressed. Across the world, including in some of our own Member States, we see a serious threat for, and backlash on, women's rights. This backlash manifests itself in various forms and settings, like for instance in the opposition we have seen in the EU to adhere to legal frameworks to combat violence against women. This opposition is sometimes based on the mere fact that the word 'gender' is used.

This directly endangers the monitoring of the EU's commitments under the Beijing Platform for Action, as well as the work the EU does in terms of gender equality. It leads to a situation where no consensus can be found among Member States on Council conclusions that aim to report on the EU's progress on the Beijing Platform for Action. We should all mobilise our forces to counter this very worrying trend and not let this impede our international commitments under the Beijing Platform for Action.

Every year during the meeting of the Commission on the Status of Women (CSW) at the UN General Assembly, we reaffirm the commitments agreed in the Beijing Declaration and Platform for Action and the engagement to embrace the new challenges ahead.

The United Nations Secretary-General called for a pushback against the pushback. Power remains a crucial element empowering women and girls, calls for equal rights for girls and women as boys and men. We need to make these equal rights a reality for all.

This year's CSW session deals with full and effective participation of women in public and political life. It highlights the importance of women and girls as agents of change and as decision-makers and leaders on all issues and at all levels. This is crucial for adequately translating their needs and skills into policies to achieve gender equality and a more peaceful, secure, just and sustainable world.

To reach this we need to help all enablers that allow for women's and girls' meaningful participation in public and political life. We also need to eradicate gender-based violence, including online violence, that risks to silence women, and we started our work on EU-wide legislation addressing this. In fact, last Monday we launched a public consultation on this topic. This is a key priority for us, including as part of the Generation Equality Forum, where the EU is a co-leader on gender-based violence.

In order to tackle gender equality and the empowerment of women and girls, the Commission adopted two key policy strategies: the Gender Equality Strategy 2020-2025 for our internal action and the EU Gender Action Plan III for our external action.

The crisis we are experiencing has amplified their relevance and urgency to advance and push further the Beijing commitments and make a real change in the life of women and girls. The widening of socio-economic inequalities for women in particular, the spike in domestic violence and the digital gender gap are all at the centre of our areas of engagement, both internally and externally.

The EU is committed to lead by example. This is firmly positioned at the core of the EU policy on gender equality and women's empowerment. We do this by establishing the requirement of a gender-responsive leadership for all EU leaders and managers in the Gender Action Plan III.

Gender mainstreaming is one of the core principles of both the Gender Equality Strategy and the Gender Action Plan III that we presented last year. This is a crucial principle to advance on gender equality and the empowerment of women and girls.

It is central to the philosophy of the 12 Beijing critical areas of concern. It underlines the importance of mainstreaming agenda perspective throughout all the Sustainable Development Goals of Agenda 2030 and its key principle not to leave anyone behind. It is also a crucial principle in the implementation of the Women Peace and Security Agenda, aiming for gender equality, peace and security.

We need to advance not in words but in deeds, including through our financial commitments. The EU long-term budget 2021-2027, together with Next Generation EU, with a stimulus package of EUR 1.8 trillion, will ensure financing for the promotion of gender equality. Eighty-five per cent of all our external actions will be gender-responsive. They will promote gender equality and women's empowerment across sectors of intervention.

I particularly want to congratulate the European Parliament on its successful role in ensuring a gender-sensitive perspective in the EU budget and recovery. Together with the Agenda 2030, the Beijing Declaration and Platform for Action, remains a crucial reference document to advance gender equality and to empower women and girls.

The COVID-19 pandemic and the growing backlash against women's rights highlight the importance of our continued vigilance on gender equality. It is important now more than ever to keep working together to achieve the objectives that we have set.

Sirpa Pietikäinen, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, after 25 years of the Beijing Declaration, one would have assumed that we would have met already those 12 targets that we set there for women's equality and for gender equality.

But even though there has been some substantial progress, especially in some areas like in the EU, globally we have seen little progress, on one hand. And on the other hand, we have seen some backlashes, as we have seen in sexual and reproductive rights, even in some of the EU Member States. And this is something that needs to come to end.

What the Parliament says is: looking through the targets of the Beijing +25 evaluation, highlighting the points that need to be developed further acutely, and then underlies digitalisation, violence against women, especially in social media, the pay gap that still exists, the pension gap that comes out of that. Full parity in representation is still lacking, and social rights, as has been said, very unequally treating male and female people.

So, I encourage the Commission and congratulate their activity in their gender equality programme, it's a good one. And I encourage you to read very carefully the Parliament's resolution and other reports that we have made in this area, and we ensure the full support of whatever activities you are going to take in this field.

Vilija Blinkevičiūtė, *S&D frakcijos vardu*. – Gerbiamas Pirmininke, ministre, komisare, kolegos, Pekino deklaracija yra pati išsamiausia visuotinė lyčių lygybės skatinimo darbotvarkė ir šiandien, praėjus ketvirčiui amžiaus, tenka konstatuoti, jog nors mergaičių ir moterų atžvilgiu yra padaryta pažanga, ypač Europoje, tačiau bendra pažanga iš tikrųjų daroma nepriimtinai lėtai ir kyla pavojus, jog sunkiai pasiekti laimėjimai lyčių lygybės srityje pakryps į blogąją pusę. Iki šiol nei viena iš Europos Sąjungos valstybių nėra įgyvendinusi Pekino deklaracijoje nustatytų tikslų. Nors visos valstybės narės yra ratifikavusios konvenciją dėl visų formų diskriminacijos panaikinimo moterims (beje, ji įsigaliojo daugiau kaip prieš keturiasdešimt metų), tačiau išliekanti ir net didesnė nelygybė, deja, yra skaudi realybė.

Kolegos, lyčių nelygybė yra daugialypis reiškinys. Ji ne tik apima visus darbo rinkos aspektus, pradedant nuo mažesnio moterų atlyginimo už tą patį darbą ir mažų garantijų darbą, kas savaime lemia didelį moterų ir vyrų pensijų skirtumą, dėl kurio didėja skurdo ir atskirties rizika, ypač kalbant apie vyresnio amžiaus moteris bei vienišas mamas.

Lyčių nelygybė yra ne vien ekonominis reiškinys – tai ir smurtas prieš moteris, ir seksualinis moterų ir mergaičių išnaudojamas. Ir šiais metais minėsime dešimtąsias Stambulo konvencijos metines. Tačiau gėda, turime pripažinti, jog iki šios dienos kai kurios valstybės narės dar yra neratifikavusios Stambulo konvencijos. Todėl tikrai noriu paraginti valstybes nares ir tiek Tarybą, ir tiek Komisiją imtis visų priemonių, kad Stambulo konvencija būtų ratifikuota, kad mes galėtume pasiųsti aiškią žinią, jog apsauga nuo smurto yra Europos Sąjungos prioritetas.

COVID-19 pandemija labai aiškiai parodė, ką iš tiesų reiškia lyčių nelygybė. COVID socialinis ir ekonominis poveikis yra neproporcingai didelė našta moterims, nes ši pandemija didžiausią poveikį padarė moterų dominuojamiems sektoriams ir profesijoms, kaip sveikatos priežiūros, socialinių paslaugų, švietimo, mažmeninės prekybos sektorių darbuotojoms, kasininkėms, valytojoms, savarankišką smulkų verslą turinčioms moterims. Ir iškyla labai didelė grėsmė, jog ši pandemija tik dar labiau padidins jau ir taip didelę nelygybę ir pasikeis padarytos pažangos tendencijos. Taigi, iš tikrųjų raginu ir Komisiją, gerbiamą komisarą, ir pirmininkaujančias valstybes, ir kolegas suvienyti bendras jėgas, kad padarytume realią pažangą.

María Soraya Rodríguez Ramos, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, veinticinco años después de la Declaración de Beijing —como se ha dicho, el marco normativo mundial más completo sobre los derechos de las mujeres—, tenemos que reconocer que ningún país en el mundo ha logrado los objetivos de igualdad; tampoco en los países de la Unión Europea.

Quedan muchos retos por conseguir: diferencias en el ámbito salarial, en la representación pública, económica, en las grandes empresas… pero, sobre todo, usted lo ha dicho, señora comisaria, nos enfrentamos hoy a enormes retos sobre los retrocesos y amenazas a los derechos que hemos conseguido.

Por eso hoy, cuando vemos que en países de la Unión Europea como Polonia se amenaza y pisotea el derecho de las mujeres a su salud sexual y reproductiva, tenemos que recordar, como hace veinticinco años en Beijing se dijo, que los derechos de las mujeres son derechos humanos y los derechos humanos son derechos de las mujeres. Y en la Unión Europea no podemos permitir que ningún país pisotee los derechos humanos de sus ciudadanos.

Por eso le quiero pedir que pongamos atención a las mayores amenazas. La violencia contra las mujeres es una gran amenaza y se incrementa. Le pido, señora comisaria, que de forma urgente ponga en marcha un protocolo especial de asistencia y atención a las mujeres víctimas de violencia en casos de emergencia, como lo es la pandemia. No permitamos que, en una tercera ola, cuarta ola, vivan en soledad y con su agresor sin los servicios necesarios esta violencia.

Joachim Kuhs, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts der Rednerliste scheint es ein Affront zu sein, als Mann zum Thema Frauenrechte zu sprechen. Ich tue es trotzdem.

Frauen beklagen oft mangelnde Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf, denn beides unter einen Hut zu bringen ist wirklich schwer. Daher müssen wir diese Wahlfreiheit unterstützen. Männer erzählen übrigens gern, wie viele Kinder sie haben – Frauen nicht. Warum eigentlich? Sie sollten sich ihrer Mutterschaft doch nicht schämen.

25 Jahre nach Peking sollten wir wieder zurück zu dem, was dort wirklich beschlossen wurde: Dass Gender nichts anderes meint als das männliche und weibliche Geschlecht im sozialen Umfeld.

Wenn Sie, liebe Gender-bewegte Kolleginnen und Kollegen, sich wirklich für die Rechte der Frau einsetzen wollen, dann kümmern Sie sich einfach um die 99 % der Frauen, die morgens beim Aufstehen genau wissen, dass sie eine Frau sind, und die sich nicht für eines der 66 Geschlechter entscheiden wollen. Akzeptieren Sie einfach die biologischen Unterschiede von Mann und Frau und hören Sie auf, dem Schöpfer ins Handwerk zu pfuschen.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, vamos a conmemorar los veinticinco años de la Declaración y la Plataforma de Acción de Beijing. Fue un momento histórico, un momento de ambición para construir realmente un marco multilateral de diálogo para avanzar en los derechos de las mujeres.

Y si algo tenemos que aprender de este aniversario es que necesitamos volver a poner la misma ambición que tuvimos entonces en una agenda global para luchar contra las emergentes desigualdades.

Porque sabemos que la pandemia está reproduciendo algunos patrones que creíamos olvidados, recrudeciendo la violencia o forzando a las mujeres a volver a más tareas reproductivas debido a la pandemia. Y eso nos obliga a ser más ambiciosos en nuestra política. En la política interna, señora comisaría, ya sabemos que tenemos una agenda y una estrategia de igualdad de género ambiciosa que debemos desarrollar, pero no podemos permitir, como han dicho otros diputados, que algunos Estados miembros aún pisoteen, dentro de la Unión Europea, los derechos de las mujeres. Tenemos que ser contundentes con ello y también una voz potente hacia el exterior, con ese plan de acción de igualdad de género del que nos hemos dotado en la Unión Europea, porque la Unión Europea tiene que intervenir en cualquier escenario donde los derechos de las mujeres estén siendo pisoteados.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Dwudziesta piąta rocznica deklaracji pekińskiej jest okazją do podsumowania działań na rzecz równości płci i ochrony praw kobiet. A więc przyjrzyjmy się, czemu tak naprawdę była ona poświęcona. Miała ona na celu zwrócenie uwagi na problem ubóstwa, edukacji, na sytuację kobiet w konfliktach zbrojnych, na kwestię przemocy względem kobiet.

Po dwudziestu pięciu latach popatrzmy, jak działa i jak wpłynęła ona na sytuację kobiet w Unii Europejskiej. Otóż ponad pół miliona kobiet w Unii doświadczyło okaleczenia narządów płciowych. Ciągle mamy też problem z dużą luką płacową, jeśli chodzi o wynagrodzenia kobiet. Na szczęście w Polsce, która tak często jest tutaj wymieniana, luka ta należy do jednej z najmniejszych. Tak, luka płacowa w Polsce jest jedną z najmniejszych w Unii Europejskiej.

To jeśli chodzi o prawa kobiet. Natomiast w Unii Europejskiej wciąż małe dziewczynki zmuszane są do małżeństw z dorosłymi mężczyznami, co jest de facto praktyką pedofilską. Tak więc dużo mamy jeszcze do zrobienia w naszym wspólnym domu, w Europie.

Eugenia Rodríguez Palop, *en nombre del Grupo The Left*. – Señor presidente, el diagnóstico está claro: avanzamos a paso de tortuga, hay retrocesos, algunos jaleados por la extrema derecha, y la pandemia está teniendo consecuencias nefastas para las mujeres.

Extrapolado a la Convención de Pekín, esto significa que ningún Estado ha alcanzado sus objetivos. Mientras tanto, no hay manera de ratificar el Convenio de Estambul, la propuesta de Directiva antidiscriminación y la de mujeres en puestos de dirección están bloqueadas, algunos rechazan que el aborto sea un derecho y, con carácter general, niegan que la teoría feminista sea un campo de estudio. ¡Esto es una fiesta!

Pero aquí seguimos, inasequibles al desaliento. Necesitamos un pacto europeo por los cuidados que reduzca la brecha de cuidados y que vaya más allá de la Directiva europea de conciliación; tenemos que abordar la feminización de la pobreza, mejorando las condiciones de trabajo de los sectores feminizados y atendiendo a las mujeres mayores y las familias monomarentales; urge reducir la brecha salarial y de pensiones, apostando por una directiva de transparencia salarial ambiciosa e introduciendo mecanismos de corrección que apoyen a quienes ya han sufrido la brecha; hay que garantizar el acceso a servicios públicos, gratuitos y de calidad, sobre todo en el caso de los derechos sexuales y reproductivos; frente a las violencias machistas: una directiva integral, ratificación del Convenio de Estambul y la violencia de género como eurodelito.

Finalmente, queremos dinero: hay que integrar la perspectiva de género en los presupuestos y en todas las políticas europeas, y hay que fomentar la participación de las mujeres en los órganos decisorios; por eso hemos pedido una formación del Consejo dedicada a la igualdad de género. Ahí lo dejo.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, η ισότητα των φύλων είναι βασική προϋπόθεση για την παγκόσμια ειρήνη και ανάπτυξη. Η διακήρυξη του Πεκίνου καθορίζει στρατηγικούς στόχους για την επίτευξη της ισότητας σε δώδεκα νευραλγικούς τομείς-ορόσημα για τα γυναικεία θέματα. Είκοσι έξι χρόνια μετά την υιοθέτηση της πλατφόρμας δράσης του Πεκίνου, καμιά χώρα δεν έχει πετύχει την ισότητα για τις γυναίκες και τα κορίτσια. Σημαντικοί τομείς που χρήζουν βελτίωσης είναι η πρόσβαση των γυναικών στην εργασία, η μείωση του μισθολογικού χάσματος μεταξύ ανδρών και γυναικών, η εξάλειψη της βίας κατά των γυναικών, καθώς και η αποτελεσματική θωράκιση των γυναικείων δικαιωμάτων. Η Ευρωπαϊκή Ένωση συνεχίζει να πρωτοστατεί στα θέματα εξασφάλισης ίσων ευκαιριών στις γυναίκες για ισότιμη πρόσβαση σε όλους τους τομείς κοινωνικής, πολιτικής και οικονομικής ζωής, καθώς και στην ικανοποιητική εκπροσώπηση στα κέντρα λήψης αποφάσεων. Δυστυχώς, η οικονομική κρίση της περασμένης δεκαετίας και η παρούσα υγειονομική περιπέτεια έχουν εκθέσει τις γυναίκες σε ανησυχητικά υψηλά ποσοστά βίας, φτώχειας και εξαθλίωσης. Τα φαινόμενα κρούουν τον κώδωνα του κινδύνου στις κυβερνήσεις και τους πολίτες ώστε να μην απεμπολήσουμε κατακτήσεις των τελευταίων δεκαετιών κατοχύρωσης δικαιωμάτων των γυναικών. Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, με το βλέμμα στις επόμενες γενιές, έχουμε υποχρέωση με συλλογικές οργανωμένες δράσεις να συμβάλουμε καθοριστικά στη μείωση των ανισοτήτων και στη δικαίωση των αγώνων εκατομμυρίων γυναικών για αναγνώριση των δικαιωμάτων τους στην πράξη.

Heléne Fritzon (S&D). – Herr talman! Kommissionär! Rådet! För 25 år sedan samlades representanter från 189 nationer och antog Pekingdeklarationen, med en vision om lika rättigheter, frihet och möjligheter för kvinnor. Jag önskar att vi den här veckan kunde fira – fira framgångar för kvinnors mänskliga rättigheter. Men i stället har vi här, i sessionen, debatterat Polens begränsningar av aborträtten.

För tio år sedan öppnades Europarådets Istanbulkonvention och jag önskar att vi i år kunde uppmärksamma att våldet mot kvinnor har upphört. Men i stället måste vi fortsätta kämpa för att alla EU:s medlemsstater ska ratificera konventionen. Det har gjorts framsteg sedan Pekingdeklarationen, men det har gått alldeles för långsamt, och vi riskerar att pandemin gör att det också tar längre tid. Så vi står nu inför ett val. Vi kan fortsätta i den takt som vi har nu. Men då tar det 60 år innan EU är jämställt. Eller så väljer vi att agera nu, och jag vill agera.

Jag vill se ett EU där kvinnor fullt ut deltar på arbetsmarknaden. I ett EU där både kvinnor och män arbetar ökar också den ekonomiska tillväxten. Jag vill se ett EU där jämställdhet och klimat går hand i hand, för jämställdhet är nödvändigt om vi vill hantera klimatkrisen. Jag vill se ett EU som omedelbart får stopp på det könsrelaterade våldet. Flickor och kvinnor har rätt till sin egen kropp. Så kollegor, det är dags att öka takten ordentligt och se till att visionen blir verklighet om flickors och kvinnors lika rättigheter, frihet och möjligheter. Mina barnbarn ska inte behöva vänta i 60 år.

Chrysoula Zacharopoulou (Renew). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, 25 ans après la déclaration de Pékin, l'Europe est plus que jamais engagée à promouvoir l'égalité dans toutes ses politiques.

Sur la scène mondiale, elle mène la diplomatie féministe: *Gender Action Plan III, Spotlight Initiative, Generation equality Forum*, des engagements dont nous devons être fiers.

Pourtant, au sommet de Nairobi l'année dernière, rendez-vous international pour les droits des femmes, deux États membres, la Pologne et la Hongrie, ont choisi de se dissocier de la famille Europe et de signer la déclaration des États-Unis de M. Trump.

Hier encore, dans cet hémicycle, nous avons débattu sur l'interdiction de l'avortement en Pologne. Sans oublier que le mot «genre» devient tabou au sein du Conseil!

Madame la Commissaire, le moment est venu de se regarder dans le miroir. Nous devons gérer nos propres contradictions, si nous voulons rester crédibles aux yeux des citoyens du monde.

Luisa Regimenti (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a 25 anni dalla quarta conferenza mondiale delle Nazioni Unite sulle donne di Pechino e nonostante i numerosi casi di riconoscimento formale e i progressi compiuti in materia di parità di genere, le donne e gli uomini non godono degli stessi diritti e persistono diseguaglianze sociali, economiche e culturali.

Tutt'oggi fenomeni come la povertà, l'istruzione, la salute e la violenza costituiscono enormi sfide per le donne di tutto il mondo e per la concretizzazione di una società paritaria. Vi è la forte necessità di affrontare gli stereotipi che continuano ad essere l'ostacolo principale alla valorizzazione delle competenze delle donne e alla radice culturale della violenza. Le parole chiave per cambiare sono: consapevolezza delle problematiche ed educazione come leva di trasformazione per operare un cambiamento non più ritardabile.

Kira Marie Peter-Hansen (Verts/ALE). – Hr. formand! Om to uger fylder jeg 23 år. Dvs. jeg er ca. lige så gammel som den her deklaration. Og spørgsmålet er jo så, om vi i løbet af min tid og Beijing-deklarationens har opnået ligestilling mellem mænd og kvinder, om vi har sikret, at kvinderettigheder er menneskerettigheder? Det enkelte svar er, at det har vi ikke. En nyfødt pige har stadig mindre chance for at komme i skole, for at få en uddannelse og for at blive økonomisk uafhængig. I EU tjener mænd stadig 16 % mere end kvinder, og deres pensionsopsparinger er større, og så skræmmer det mig, at vi i 2021 stadig skal diskutere, hvorvidt en kvinde har ret til abort i dag i et EU-land – det går simpelthen ikke! Jeg synes, at vi skal gøre 2021 til året, hvor vi giver ligestilling et skub. Vi tager et vigtigt skridt i marts, når vi får ligelønsforslaget og kan gå i gang med at arbejde med løngennemsigtighed, og så håber jeg – jeg forventer faktisk – at vi sammen knokler for at lukke de gab, der er mellem mænd og kvinder. Der er ikke sket nok de første 25 år, og jeg håber, at vi kan nå i mål i de kommende par år, sådan at jeg og Beijing-deklarationen kan fejre 50-årsfødselsdag i en ligestillet verden.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR). – Señor presidente, señora comisaria, ¿qué se ha conseguido en todos estos años de lucha por la igualdad? Pues que las características naturales de la mujer hayan sido completamente devaluadas. Hoy la fertilidad, la maternidad, el amor conyugal y la familia se ven como algo negativo. Nos venden la libertad de poder decidir sobre nuestros propios cuerpos. Se nos promete una falsa autonomía que nos aísla, un egoísmo que se vuelve contra nosotras mismas.

Porque no solo somos un cuerpo. No somos una mercancía y tampoco lo es el bebé que custodiamos. El ser humano tiene una dimensión espiritual y trascendente que ustedes no están valorando y que, en realidad, lo es todo. Esta trascendencia da sentido a nuestras vidas y nos permite crear vínculos, relaciones basadas en un amor desinteresado que nos abre a la generosidad y solidaridad de acoger una nueva vida: el maravilloso don de ser padres y madres de un ser humano único, irrepetible y singular desde el mismísimo momento de la concepción.

No hay nada más cruel que quitarle la vida. Todos y cada uno de nosotros somos frutos de la generosidad de unos padres que han querido acogernos. ¿Cómo no vamos a dar lo que hemos recibido? Todos anhelamos tener una familia.

Sandra Pereira (The Left). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, comemoram-se os 25 anos da Declaração e Plataforma de Ação de Pequim para a qual contribuíram também as três conferências anteriores da ONU, designadamente a I Conferência Mundial da Mulher sob o lema Igualdade, Desenvolvimento e Paz, em 1975.

Constatamos que, apesar das conquistas alcançadas, há problemas sérios que se mantêm na vida das mulheres. Continuam a ser as principais vítimas do trabalho precário, do desemprego, do aumento das desigualdades, da violência na sociedade, no trabalho e na família.

Sublinhamos que a saúde sexual e reprodutiva e os direitos que lhe são inerentes fazem parte integrante da agenda relativa aos direitos das mulheres e que é essencial aumentar os esforços que visem melhorar os direitos e a saúde reprodutiva das mulheres a nível europeu e mundial.

Reafirmamos que a centralidade dos impactos que a pandemia da COVID-19 está a ter na espiral de retrocesso na vida das mulheres deve ser uma preocupação a ter em conta nos desafios a curto prazo.

Frances Fitzgerald (PPE). – Mr President, the Beijing Platform for Action gave us all a strong clear perspective for equality, gender equality. Hillary Clinton made a ground-breaking declaration that really resonated with women around the world: 'women's rights are human rights and human rights are women's rights'.

Back then if you had asked me where we would stand in 2021, I would have said the fight for gender equality would be over, that gender-based violence or equal pay and a lack of women's representation would have been confined to history, it would have been dealt with.

Tragically, this has not happened. We hear it could be 80 years before we get political equality in the European Union. And 25 years post-Beijing and with a new generation of women we must now renew our pledge of purpose to make gender equality a reality.

We need all of society working towards this to end and eradicate gender-based violence once and for all, to combat the whole issue of women living in poverty, particularly single mothers and older women, to tackle the climate challenge with understanding of the real lived circumstances of women, and to have enough women at the decision-making table where there are clearly not enough there in critical numbers at present. The Generation Equality Forum will be an opportunity to tackle those challenges with a new generation of women seeing the next phase of this crusade.

Women have long fought this fight. We need male leaders, male champions, working with us if we are to succeed. Let this Beijing resolution be a real rallying call stating that in Europe we are the gender global leaders working for equality, all of us together.

There is much work still to do, but with determination and cooperation, working together as I say, women and men, we can make this a reality.

Predrag Fred Matić (S&D). – Poštovani predsjedavajući, kada nakon 25 godina od Pekinške deklaracije i Platforme za djelovanje duboko sagledamo i analiziramo situaciju, stanje nažalost nije zadovoljavajuće.

Porast rodno uvjetovanog nasilja, rodni jaz u plaćama, smanjeni pristup zdravstvenim uslugama, diskriminacija, marginalizacija, onemogućeno sudjelovanje u političkom i javnom životu – samo su dio realnosti s kojom se žene i djevojke susreću na dnevnoj razini.

Naša je obveza to ispravljati i ustrajno raditi na postizanju pune rodne ravnopravnosti i suočavanju sa svim onim što nas u tome sprječava.

Uz veliku zahvalu svima koji su prije više od 25 godina sudjelovali na kreiranju novog smjera rodne ravnopravnosti i pozdravljajući mnoge napretke koje smo ostvarili, moramo osvijestiti da smo mi danas u jednom od presudnih trenutaka i iskreno se nadam da ćemo se kao zajednica u ovoj borbi svrstati na pravu stranu.

Danas je to ona strana koja se bori protiv nasilja, zabrana, ukidanja, ograničavanja, a koja okuplja, uključuje i gradi društvo čiji su temelji postavljeni tih dana u Pekingu.

Nemojmo to iznevjeriti.

Presidente. – Prima di proseguire con le discussioni, procedo alla comunicazione dei risultati del primo turno di votazioni di oggi.

11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

12. Anstehende Herausforderungen mit Blick auf die Frauenrechte: mehr als 25 Jahre nach der Erklärung und Aktionsplattform von Peking (Fortsetzung der Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca il proseguimento della discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione su 25 anni dopo la dichiarazione e la piattaforma d'azione di Pechino: sfide future in relazione ai diritti delle donne (2021/2509(RSP)).

Katalin Cseh (Renew). – Mr President, this 25-year milestone since the Beijing Declaration is a moment of reflection. We honour the women who shattered glass ceilings and fought for progress. It's because of them that I can be here today, in a Chamber that looks a little bit more like them. But progress has been slow and uneven, also within the EU. In one of the richest regions of the world there are still women skipping work or school because they cannot afford menstrual hygiene products. Abuse in maternity wards still exists, and there is still a taboo around it.

Unpaid care work still falls mostly on women, and we are still being asked in job interviews about our plans to have children. I was as well. And we have governments within the Union that openly campaign against the Istanbul Convention, against combating domestic violence. And they say it is against their values. As if violence could ever be 'a value'. And we have legislative proposals to fight against many of these problems but the Council has been sitting on it and not providing solutions.

So today I demand: the EU-level ratification of the Istanbul Convention; a European Care Deal; and binding commitments instead of empty words. Because actions speak louder than words, and women's rights are human rights. Stand up for it today as well.

Peter Kofod (ID). – Hr. formand! Det her forslag om manglende ligestilling, det siger virkelig alt om EU-Parlamentet. Man nævner alt muligt: Klimaet, det er åbenbart et problem for ligestillingen, kønsforskel på tværs af digitale teknologiområder er et problem for ligestillingen, men i de her 15 sider, der nævner man jo ikke det væsentligste problem, det glemmer man. Det væsentligste problem for mig at se, det er islamisk indvandring og konsekvenserne af den på europæisk grund: kvindeundertrykkelse, dominansvold, social kontrol, tvangsægteskaber og sådan kunne man blive ved. Man nævner det simpelthen ikke. For mig at se så er det her politisk korrekthed af allerværste skuffe. Islamiske samfund er ikke de bedste samfund at vokse op i som kvinde eller være i som kvinde, tværtimod. Når man importerer den islamiske kultur med alle de problemer, den må have, så ved man, at det vil gå galt, og parlamentet her nævner det ikke engang i teksten. Jeg synes, det er skammeligt.

Pierrette Herzberger-Fofana (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, plus de 25 ans après la déclaration de Pékin, le Parlement européen a adopté le mois dernier le rapport sur la stratégie pour l'égalité entre les femmes et les hommes.

Ce rapport préconise des objectifs stratégiques pour renforcer le droit des femmes et l'égalité entre les genres. Les défis sont nombreux. Des inégalités subsistent, notamment sur le plan économique. Les femmes sont plus susceptibles de vivre dans la précarité. Cela se manifeste notamment par des écarts de salaire plus prononcés, des emplois précaires ou le travail domestique non rémunéré, et la faible participation et représentation des femmes aux postes clés et aux postes politiques.

Nous, les Verts, réclamons une approche intersectionnelle et inclusive de la dimension du genre, un lien plus fort entre la lutte contre le changement climatique et les politiques d'égalité et la mise en place d'une stratégie pour combattre la féminisation de la pauvreté.

La pandémie de COVID-19 a aggravé les inégalités, la violence domestique, le harcèlement sexuel, la prostitution forcée, les mutilations génitales féminines, le cyber-harcèlement et a servi d'excuse à certains États membres afin de limiter les droits sexuels et génésiques. Nous sommes convaincus que pour éliminer ce fléau, tous les États membres doivent respecter et ratifier la convention d'Istanbul.

Assita Kanko (ECR). – Mr President, there is no finish line when it comes to equality. It is a daily battle to ensure that the rights that we have gained are not lost again. Despite the progress made in the 25 years since the Beijing Declaration, the lives of millions of women around the world remain painfully unchanged.

As we all grow older, we notice that there is little change, little progress. For example: less pay when you have equal competences, just because you are not a man; no promotion because you are a mother or can become one; no education because you are a girl; sterilised or raped just because 'they' can; forced into a marriage; a survivor of female genital mutilation; death from a backstreet abortion because the state says you don't have the right to make a decision regarding your own body.

The global fight for equality is at the beginning, we are nowhere near its end. This Parliament must be a voice for everyone, fighting for a better, more equal future. We should all build bridges towards each other, with a better future for all women.

Γιώργος Γεωργίου (The Left). – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, η πιο βάρβαρη, η πιο θανατηφόρα, η πιο ύπουλη πανδημία —ενδεχομένως πιο πολύ και από τον κορονοϊό— είναι η βία κατά των γυναικών. Κάθε μέρα 137 γυναίκες δολοφονούνται από κάποιο μέλος της οικογένειάς τους. Πέρυσι, 243 εκατομμύρια γυναίκες ήταν θύματα σεξουαλικής και σωματικής βίας. Βία, όμως, κατά των γυναικών είναι και η υποεκπροσώπησή τους στα σώματα που λαμβάνουν αποφάσεις. Βία είναι η ανεργία, οι απολύσεις και οι μειώσεις των μισθών για τις γυναίκες, ως αποτέλεσμα του καπιταλιστικού τρόπου ανάπτυξης και των νεοφιλελεύθερων πολιτικών του. Πρέπει να πούμε ότι μέσα στην πανδημία κορυφώθηκε η βία κατά των γυναικών, παρόλο που οι γυναίκες βρίσκονται στην πρώτη γραμμή για την αντιμετώπισή της.

Σήμερα, αγαπητοί συνάδελφοι, είμαστε εδώ για να μιλήσουμε για τα 25 χρόνια από τη Διακήρυξη του Πεκίνου και τις μελλοντικές προκλήσεις. Ποιες μελλοντικές προκλήσεις, όμως, όταν οι προκλήσεις του παρελθόντος δεν έχουν ακόμη αντιμετωπιστεί; Όντως, η Διακήρυξη του Πεκίνου περιλαμβάνει στόχους και δράσεις που αν υλοποιηθούν θα καλύψουν τα δικαιώματα των γυναικών με έναν τρόπο αποτελεσματικό. Δεν θα υλοποιηθούν όμως αν δεν χτυπηθεί το κακό στη ρίζα του. Κυρία Επίτροπε, αυτό είναι το χρέος μας απέναντι στην κάθε γυναίκα, όπου και αν βρίσκεται. Αυτό είναι το χρέος μας προς την ανθρωπότητα.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señor presidente, se han cumplido veinticinco años de la Conferencia Mundial de Pekín —la gran cita mundial sobre los derechos de las mujeres y el programa más visionario para el empoderamiento de las mujeres en todo el mundo—. Planteó medidas audaces y estratégicas y sigue siendo fuente de inspiración y el marco en nuestra hoja de ruta.

Pero el camino durante estos veinticinco años tiene luces y sombras y ha sido desesperadamente lento. Ningún país, lo han dicho aquí, ha conseguido realmente la plena igualdad de género. Queda mucho camino por recorrer en la coeducación, en la educación en igualdad, en el mercado de trabajo, en la brecha salarial, la brecha digital, la brecha de las pensiones, en la participación en la toma de decisiones, para que la pobreza deje de tener cara de mujer, en la conciliación, en la violencia, todavía con cifras sonrojantes.

Además, añadimos a ello que la pandemia ha acrecentado y ha profundizado las desigualdades. Por eso es oportuno este debate, porque tenemos que recuperar el espíritu y el compromiso de Pekín. Tenemos, después de la pandemia, la obligación de reconstruir el mundo y por lo tanto tenemos que renacer, colocando en el centro de nuestros planes de recuperación la diversidad, el respeto, los valores y a las mujeres y las niñas. Es un imperativo mundial para todos aquellos que creemos en la equidad y la justicia; exige acción y voluntad y dejar de ideologizar esos temas de unos contra otros. Tenemos que estar todos juntos; la igualdad no es discutible. Sin ella no hay ni progreso ni Europa y tampoco hay libertad. Por eso tiene que ser un hecho además de ser un derecho.

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident, sehr verehrte Frau Kommissarin! Wie vernünftig, wie erstrebenswert sind die Ziele der Peking-Deklaration und -Plattform? Wie selbstverständlich sollten sie schon längst umgesetzt sein? Die Realität wissen wir: Kein einziges Land der Europäischen Union hat die 25 Jahre alten Ziele der Aktionsplattform erreicht. Das heißt: Es ist sehr, sehr viel zu tun.

Zentral für mich: die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen. Wer finanziell unabhängig ist, kann das eigene Leben besser gestalten. Deshalb müssen die Lohnschere, die *Gender Pay Gap*, die *Gender Pension Gap* genauso geschlossen werden, wie wir gerade jetzt in der Europäischen Union aus dem Wiederaufbaufonds Gelder speziell für Frauen brauchen. Denn nicht nur schupfen die Frauen jegliche Krisen, sie sind auch ganz vorn in der Zukunftspolitik. Greta Thunberg und Wangari Maathai sind nur zwei der vielen fantastischen jungen Umweltaktivistinnen, die für unsere Zukunft kämpfen.

Machen wir endlich das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert der Frauen.

Alice Kuhnke (Verts/ALE). – Herr talman! ”Mänskliga rättigheter är kvinnors rättigheter och kvinnors rättigheter är mänskliga rättigheter.” Ett citat från ett känt tal som hölls för 25 år sedan när världens länder samlades och lade grunden för det globala jämställdhetsarbetet.

De som var samlade då hade förstås ingen aning om hur illa det fortfarande skulle vara 25 år senare. Trots alla vackra ord. Att 400 miljoner flickor och kvinnor lever under den globala fattigdomsgränsen, att aborträtten ifrågasätts och dras undan, att kvinnor fortfarande könsstympas, våldtas och dödas av män i sin närhet. Vi måste gå från vackra ord till handling. Vi måste prioritera pengar till att göra konkret skillnad. Vi måste göra om, göra rätt och göra bättre.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, παρήλθαν ήδη 25 χρόνια από τη Διακήρυξη του Πεκίνου, την ισχυρή διακήρυξη για τα δικαιώματα των γυναικών, και όλοι σήμερα παραδέχονται ότι οι δώδεκα στρατηγικοί της στόχοι δεν επιτεύχθηκαν και δεν ολοκληρώθηκαν πλήρως. Μετράμε ήδη 64 χρόνια από την ιστορική ιδρυτική Συνθήκη της Ρώμης, όπου οι θεμελιωτές και οι πατέρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης οραματίστηκαν και ενσωμάτωσαν στη Συνθήκη της Ρώμης την ισότητα των φυλών, για να υλοποιηθεί και να πραγματοποιηθεί στην πορεία του χρόνου, κάτι το οποίο μέχρι σήμερα δεν επιτεύχθηκε.

Αγαπητή κυρία Επίτροπε, πιστεύω ότι ήρθε η ώρα η Ευρωπαϊκή Ένωση να αναλάβει την ευθύνη της απέναντι στην ιστορία της, απέναντι στον πολιτισμό της, απέναντι στις αρχές και τις αξίες της, απέναντι στις ίδιες τις Συνθήκες. Ας μη γελιόμαστε. Δεν φτάνουν μόνο τα λόγια και οι διακηρύξεις. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να αναλάβει ηγετικό και πρωταγωνιστικό ρόλο και να εφαρμόσει τις Συνθήκες και να εφαρμόσει την ισότητα των φύλων. Και η εφαρμογή της ισότητας των φύλων δεν μπορεί να γίνει χωρίς κυρώσεις σε όσους δεν την σέβονται και δεν την εφαρμόζουν. Επιβάλλεται να επιβληθούν αυτές οι κυρώσεις και καταθέτω πρόταση, κυρία Επίτροπε, κάθε τρεις μήνες να ενημερώνεται το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο για την πορεία υλοποίησης της ισότητας των φύλων από τις χώρες μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Από τούτο εδώ το βήμα, από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, από την κοιτίδα της δημοκρατίας, της ισότητας, της ισονομίας και της ισοπολιτείας. Από εδώ, όπου αντιπροσωπεύονται και εκφράζονται 500 εκατομμύρια Ευρωπαίοι πολίτες, άνδρες και γυναίκες, διακηρύσσω με όλη τη δύναμη της ψυχής μου ότι δεν θα σταματήσουμε και δεν θα πάψουμε ούτε στιγμή να αγωνιζόμαστε, μέχρι τέλους, ούτως ώστε να επιτευχθεί πλήρης ισότητα των φύλων. Δεν θα σταματήσουμε να αγωνιζόμαστε μέχρις ότου το χάσμα της ντροπής ανδρών και γυναικών ουσιαστικά καταργηθεί και δεν θα πάψουμε να αγωνιζόμαστε μέχρι την ώρα που δεν θα χρειάζεται να είμαστε εδώ για να συζητάμε για την ισότητα των φύλων, αλλά θα είμαστε εδώ για να γιορτάσουμε την ισότητα των φύλων στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο.

Pina Picierno (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, che l'Europa abbia da recuperare anni di arretratezza sul divario di genere e che questo pesi sulle spalle di uno sviluppo equilibrato e veloce del nostro continente è espresso in ogni documento ufficiale. Ma il rischio è che la questione di genere venga ben esposta nei documenti e che poi non trovi applicazione concreta nelle scelte e negli indirizzi di spesa. È quello che è accaduto, purtroppo in questi anni.

Ora però questo non è più possibile perché la pandemia ha compromesso ancora di più la qualità di vita delle donne. Ed è per questo che con «*Half of it*», con il giusto mezzo abbiamo chiesto misure mirate e concrete sull'occupazione e sull'accesso al credito. Abbiamo chiesto piani nazionali, i cui impatti sul divario di genere siano valutati con rigore. Siamo anche convinte, Presidente, che riparare il divario di genere significhi riparare anche altri divari sociali e civili, a partire dall'uguaglianza di opportunità che si offre ai cittadini. Significa, in sostanza, rendere i nostri paesi posti più giusti, migliori, ed è per questo che non arretreremo.

Sylwia Spurek (Verts/ALE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarko! Występuję w imieniu kobiet z Polski, które walczą o swoje prawa, bo w Polsce zamiast prawa do aborcji mamy piekło kobiet. Polki nie są chronione przed przemocą, zarabiają mniej niż mężczyźni na tych samych stanowiskach, mają niższe emerytury, nie mają prawa do leczenia niepłodności, a niektóre nie mają nawet dostępu do ginekologa. W jeszcze trudniejszej sytuacji są kobiety z niepełnosprawnościami, starsze, nieheteronormatywne, migrantki, kobiety mieszkające na wsi. I to się dzieje w Unii Europejskiej 25 lat po uchwaleniu deklaracji pekińskiej i pekińskiej platformy działania.

Pani komisarka Dalli pewnie powie, że to nie są kompetencje Unii Europejskiej. To wygodne wytłumaczenie, ale jak to pomoże kobietom w Polsce? I jeśli Pani uważa, że to nie są kompetencje UE, to czy Komisja pracuje nad pakietem zmian w traktatach? Każdy bowiem obszar praw człowieka przysługujących kobietom, w tym prawo do aborcji, musi być kompetencją Unii.

Cindy Franssen (PPE). – Voorzitter, vandaag vieren we het zilveren jubileum van de vierde Wereldvrouwenconferentie in Peking, en een jubileum is een moment om terug te blikken.

Op sommige vlakken is inderdaad vooruitgang geboekt. Uit onderzoek van het EIGE is echter gebleken dat deze vooruitgang tergend traag verloopt en dat er nog veel werk aan de winkel is. In het huidige tempo zou het namelijk nog maar liefst zestig jaar duren voordat de genderongelijkheid is weggewerkt. Dat is onaanvaardbaar, zeker in de huidige coronacrisis, die vrouwen naar verhouding zwaarder treft. We moeten dus niet alleen een tandje bijzetten, maar vooral ook oppassen dat we de klok niet terugdraaien.

We moeten strijdvaardig zijn om te voorkomen dat de crisis wordt aangewend om verworvenheden op het gebied van gender, evenals sociale verworvenheden, terug te schroeven. Ik wil er dan ook bij de Commissie en de lidstaten op aandringen eindelijk werk te maken van de ratificatie van het Verdrag van Istanbul om de genderloonkloof en de richtlijn vrouwelijke bestuurders onder de aandacht te brengen en zich in te zetten voor de bestrijding van genderstereotypen en de snelle omzetting van de richtlijn betreffende het evenwicht tussen werk en privéleven.

Laten we niet wachten op het gouden jubileum om te doen wat we moeten doen.

Vera Tax (S&D). – Voorzitter, we zien in de Europese Unie een keiharde maatregel opdoemen die vrouwen het recht ontneemt om over hun eigen mentale en lichamelijke gezondheid te beslissen. De Poolse regering heeft onlangs besloten vrouwen het recht te ontnemen op de legale abortus van een foetus die niet levensvatbaar is. Een hele regering besluit één vrouw te verplichten een uitzichtloze zwangerschap uit te zitten. Het Europees Parlement en het Europees Hof voor de Rechten van de Mens hebben zich hierover uitgesproken en vastgesteld dat hiermee inbreuk wordt gemaakt op de mensenrechten van vrouwen.

Voorts heb ik vernomen dat Marta Lempart, de oppositieleider die de protesten in Polen heeft aangevoerd, een gevangenisstraf van acht jaar boven het hoofd hangt. Dit is geen toeval. De oppositie in Polen wordt stap voor stap het zwijgen opgelegd.

Het is nu aan de Commissie en de lidstaten om zich te laten horen en op te komen voor de rechten van vrouwen in Polen.

Hannah Neumann (Verts/ALE). – Mr President, I'm standing on the shoulders of giants today. Twenty-five years ago, the Beijing Declaration imagined a world in which women and girls could enjoy equal rights and enjoy fully human rights in all fields of life.

But isn't it strange that something as natural as this sounds like utopia today. Just one example: we may have doubled the number of women in Parliament in the last 25 years, but 90% of heads of governments are still men, and many of these 90% actually behave as if women fighting for parity were a threat to security.

Well, if you are used to male privilege for centuries, equality may feel like discrimination. But let me tell you something, guys – it's not. It is just women asking for their fair share and, believe me, we will continue to do so and we may even be a bit more vocal and a bit more assertive in the next 25 years. So you may do better just to join us in that fight!

Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D). – Senhor Presidente, quando estudei Direito na Universidade de Coimbra, na década de 70, não havia uma única mulher no corpo docente, hoje são 32, mas ainda só há uma no lugar de topo.

Quando este Parlamento foi eleito diretamente pela primeira vez, em 1979, a percentagem de mulheres era de 15%, 15,2%, hoje são 40,4% e agora tenho à minha direita uma comissária e à minha esquerda uma ministra.

Muitos progressos foram feitos desde que, há 25 anos, 189 países assumiram em Pequim, por unanimidade, compromissos de combate pela igualdade de género, mas até hoje nenhum deles os cumpriu na totalidade e há muitas desigualdades que é preciso combater.

Na Europa, por exemplo, 7 milhões de mulheres continuam excluídas do mercado de trabalho em comparação com 450 mil homens por causa do trabalho não remunerado de prestação de cuidados, uma situação agravada nesta crise.

Como referiu Hillary Clinton, já hoje aqui citada, a propósito das comemorações de Pequim, não basta consagrar direitos no papel. É preciso que as mulheres tenham poder para lutar por eles no sector público e privado. Ora, por exemplo, aqui, na União, há uma diretiva para que haja mais mulheres nos conselhos de administração em cargos não executivos, coisa pouca…

(O Presidente retira a palavra à oradora)

Terry Reintke (Verts/ALE). – Herr Präsident! Wenn die Geschichte der Frauenbewegung eines gezeigt hat, dann das: Mit nett fragen kommen wir nicht weit im Kampf gegen das Patriarchat, sondern nur mit fordern, mit protestieren, mit streiken, es darauf ankommen lassen und immer wieder mit einer großen Solidarität auch über Grenzen hinweg. Und genau an diesem Punkt stehen wir ja heute wieder. Denn auch Sachen, die bereits erkämpft schienen, werden wieder infrage gestellt.

Es schicken sich einige Länder an, gegen den Konsens und das gemeinsame *commitment* aus der Pekinger Erklärung vorzugehen. Und – perfider könnte es nicht sein – in ihrer verqueren Welt tun sie das angeblich sogar noch im Kampf für Menschenrechte.

Am Start ist da das *who is who* der Frauenhasser: Saudi-Arabien, Bahrain, Belarus und natürlich Polen und Ungarn – autoritäre Regime gemeinsam mit autoritären Regierungen in der Europäischen Union.

Ich habe eine Botschaft an diese Regierungen wie vor hundert Jahren, vor fünfzig Jahren und vor fünfundzwanzig Jahren: Wir lassen uns nicht einschüchtern! Wir werden weiter für unsere Rechte kämpfen – heute mehr denn je!

Helena Dalli, *Member of the Commission.* – Mr President, I would like to thank the European Parliament again for putting the Beijing Platform for Action on its agenda. Thank you to the Members too, for their contributions, which really encourage me and fill me with more strength to work even harder so that we won't have to wait another 25 years to really have equality.

Equality between women and men is one of the fundamental values of the European Union. It is part of its DNA since the beginning, so we are, and remain, fully committed to advocating gender equality and ensuring girls' and women's empowerment both inside the European Union and worldwide.

Looking forward, it is important now more than ever to work together – women and girls, men and boys, politicians, businesses, together with grassroots activists, non-governmental organisations, human rights defenders. Everyone should be on board. We must work on a sound foundation: that of breaking down gender stereotypes and bias and encouraging women and girls to choose their parts without bias – to be decision makers and leaders at all levels and on all topics.

I strongly believe that this is key to the transition to a resilient and competitive economy, and to a more equal world, as we committed to strive for 25 years ago. Again, I thank you for putting this on the agenda and for your contributions.

Ana Paula Zacarias, *Presidente em exercício do Conselho*. – Senhor Presidente, Senhora Comissária, Senhoras e Senhores Deputados, muito obrigada por este debate. Foi um debate importante, um debate oportuno, sobretudo no momento em que enfrentamos tantos desafios que estão ligados também com o contexto pandémico que estamos a viver.

Durante a Presidência portuguesa do Conselho planeamos examinar de perto o impacto da crise da COVID-19 na igualdade de género, com um foco especial no mercado de trabalho.

Acreditamos que uma abordagem científica baseada em factos é essencial. O nosso trabalho assentará em pesquisas do Instituto Europeu para a Igualdade de Género com o objetivo de trabalhar em conclusões do Conselho para a aprovação no Conselho EPSCO de junho.

Este é um exemplo de um *deliverable* em matéria de inquestionável valor. Permaneceremos vigilantes sempre que a igualdade de género, o *empowerment* de mulheres e raparigas e o seu pleno gozo dos direitos humanos, incluindo saúde e direitos, sexuais e reprodutivos, forem questionados ou ameaçados. Trabalharemos para garantir que o progresso que as políticas da União Europeia e dos seus Estados-Membros trouxeram ao longo destes 25 anos seja protegido de qualquer retrocesso.

Esta é uma política que deve progredir e não regredir. E para isso, 25 anos depois da Declaração de Beijing precisamos de trabalhar em conjunto, homens e mulheres, Estados-Membros, Conselho, Comissão, Parlamento, para defender que mulheres e raparigas possam desfrutar, sem medo, sem violência, em liberdade, em paridade, possam desfrutar de uma plena igualdade e desenvolver todo o seu potencial.

Não podemos esperar outros 25 anos!

Presidente. – Cari colleghi, questa appassionante discussione è chiusa e speriamo appunto che le dichiarazioni seguano sempre di più i fatti per ottenere una piena parità per le donne.

La votazione sugli emendamenti si svolgerà mercoledì 10 febbraio 2021 e la votazione finale si svolgerà giovedì 11 febbraio 2021.

La seduta è sospesa fino alle 20.00 e all'apertura del secondo turno di votazioni di oggi.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Lívia Járóka (PPE), *írásban*. – Sok előrelépés történt a férfiak és nők közötti egyenlőség elérése terén, azonban a fő kihívások továbbra is fennállnak. Biztosítani szeretnénk, hogy egy erőteljes, inkluzív fellendülés kövesse a Covid19-járványt, amely egy olyan társadalmat eredményez, ahol a nemek között esélyegyenlőség megléte nem lehet kérdés. Továbbra is az oktatásra, a képzésre és az élethosszig tartó tanulásra kell összpontosítanunk, mint a nők és lányok – különösen a roma nők és lányok – esélyegyenlőségének előmozdításának alapvető feltételeire. Hangsúlyt kell fektetnünk a tudományra, a technológiára, a mérnöki tanulmányokra és a matematikára (STEM), valamint a digitális készségekre és a mesterséges intelligenciára.

A nők kreativitása és vállalkozói potenciálja továbbra is a gazdasági növekedés és a munkahelyek kiaknázatlan forrása. Az ilyen kezdeményezések elősegíthetik az esélyegyenlőséget, és potenciálisan az EU GDP-jének évi 16 milliárd eurós növekedését eredményezhetik. Az EPP képviselőcsoport és a Fidesz–KDNP európai parlamenti delegációja a férfiak és nők közötti egyenlő munkáért való egyenlő díjazást képviseli. Most átlagosan a nők 16%-kal kevesebbet keresnek, mint az EU-ban a férfiak. Továbbá támogatjuk az erőszak minden formájának kiküszöbölését. Ez abszolút prioritás kell, hogy legyen az EU, a tagállamok és a hatóságok számára, akiknek mindent meg kell tenniük a nők elleni erőszak felszámolása, az áldozatok támogatása és az elkövetők felelősségre vonása érdekében.

(La seduta è sospesa alle 19.42)

13. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 20.00)

14. Zweite Abstimmungsrunde

Presidente. – Procediamo ora al secondo turno di votazioni di oggi.

Procederemo alle votazioni sui fascicoli iscritti all'ordine del giorno.

Il turno di votazioni sarà aperto dalle ore 20.00 alle ore 21.15.

Le votazioni si svolgeranno secondo la stessa procedura utilizzata durante il precedente turno di votazioni.

Tutte le votazioni si svolgeranno per appello nominale.

Dichiaro aperto quindi il secondo turno di votazioni. Si potrà votare fino alle ore 21.15.

La seduta sarà tolta oggi alle 21.15 e riprenderà domani alle 9.00 con la comunicazione dei risultati del secondo turno di votazioni di oggi.

L'ordine del giorno è stato pubblicato ed è disponibile sul sito Internet del Parlamento europeo.

15. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

16. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

17. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

18. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll

19. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll

20. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

21. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll

22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

23. Schluss der Sitzung

(La seduta è tolta alle 21.15)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos

C/2024/5159

20.8.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 11. FEBRUAR 2021

(C/2024/5159)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 8. bis 11. Februar 2021

BRÜSSEL

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung 4

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll 4

3. Sicherheit des Kernkraftwerks Astrawez (Belarus) (Aussprache) 4

4. Erste Abstimmungsrunde 11

5. Sicherheit des Kernkraftwerks Astrawez (Belarus) (Fortsetzung der Aussprache) 11

6. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache) 18

6.1. Ruanda: der Fall Paul Rusesabagina 18

6.2. Die Menschenrechtslage in Kasachstan 24

6.3. Die politische Lage in Uganda 33

7. Wiederaufnahme der Sitzung 40

Inhalt Seite

8. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll 41

9. Wiederaufnahme der Sitzung 41

10. Zweite Abstimmungsrunde 41

11. Wiederaufnahme der Sitzung 41

12. Zulassung und Verteilung von transparenten Masken (Aussprache) 41

13. Humanitäre Lage in Äthiopien (Aussprache) 49

14. Wiederaufnahme der Sitzung 59

15. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll 59

16. Vorschlag für einen Unionsakt: siehe Protokoll 59

17. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll 59

18. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll 59

19. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll 59

20. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 60

21. Petitionen: siehe Protokoll 60

22. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll 60

23. Beschluss über die Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll . . . 60

24. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten(Artikel 54 GO): siehe Protokoll 60

25. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll 60

26. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll 60

Inhalt Seite

27. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll 60

28. Schluss der Sitzung 60

29. Unterbrechung der Sitzungsperiode 60

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 11. FEBRUAR 2021

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

1. Eröffnung der Sitzung

(Istunto avattiin klo 9.00.)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

3. Sicherheit des Kernkraftwerks Astrawez (Belarus) (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana keskustelu Cristian-Silviu Buşoin teollisuus-, tutkimus- ja energiavaliokunnan puolesta komissiolle laatimasta suullisesti vastattavasta kysymyksestä Valko-Venäjällä sijaitsevan Astravetsin ydinvoimalan turvallisuudesta (O-000004/2021 - B9-0003/21) (2021/2511(RSP)).

Tehtäväni on taas muistuttaa siitä, että tällä istuntojaksolla keskusteluissa ei anneta pyynnöstä myönnettäviä puheenvuoroja eikä sinisen kortin kysymyksiä hyväksytä. Huomautan vielä, että edellisten istuntojaksojen tapaan puheenvuoroja on mahdollista käyttää etäyhteydellä jäsenvaltioiden yhteystoimistoista.

Cristian-Silviu Buşoi, *author.* – Madam President, *(inaudible)* Union, both within and beyond its external borders. Ostrovets nuclear power plant, located 50 kilometres from Vilnius in Lithuania and in proximity to other EU countries, such as Poland, Latvia and Estonia, started generating electricity on 3 November 2020, despite multiple safety concerns remaining, and without evidence of the degree of the implementation of the recommendations by the EU Peer Review of 2018 and by the International Atomic Energy Agency.

The EU Peer Review, carried out by the European Nuclear Safety Regulators Group (ENSREG), published its report in July 2018 and called on the Belarusian authorities to develop a national action plan in order to ensure the timely implementation of all safety recommendations identified in the Peer Review report. The further peer review process is ongoing and ENSREG will complete and publish its findings in the coming months.

We would like to emphasise that our preliminary report should be transmitted to Belarus before March when the commercial start of the plant is scheduled by the Belarusian authorities. At the same time, we express our dissatisfaction with the hasty commercial start of the plant. The Ostrovets nuclear power plant should not start its operation until it has been demonstrated that it fully complies with the highest international environmental and nuclear safety standards. It is imperative that nuclear safety standards are given the highest priority, not only during the planning and construction, but also during the operation of the plant, and must be constantly overseen by an independent regulator.

To that end, we call on the Commission and ENSREG to continue with a transparent and attentive peer review of the Ostrovets plant. We should insist on the implementation of all safety recommendations and we also need to ensure the effective monitoring of the implementation process, including regular visits by the EU peer review team to Ostrovets during the operation of the facility. In that regard, we would like to stress the importance of effective cooperation with the International Atomic Energy Agency.

We also recall the European Council conclusions of 10—11 December 2020, and we support the efforts to investigate possible measures preventing commercial electricity imports from third country nuclear facilities that do not fulfil European Union recognised safety levels.

At the same time, we also stress the strategic importance of accelerating the synchronisation of the Baltic electricity grid with the continental European network. The future operation of the Ostrovets nuclear power plant should not in any way hinder the desynchronisation of Estonia, Latvia and Lithuania from the BRELL network.

The European Union should continue the integration of the three Baltic states into the EU electricity grid. We also express our full solidarity with Belarusian citizens and the citizens of EU countries directly concerned by the construction and operation of the Ostrovets plant. We call for the further high-level involvement of the European Union and its institutions in this issue of ultimate European importance.

Finally, we would like to invite the Commission to answer the questions submitted by the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE) and keep us informed of all future developments. We would like to have very good dialogue between Parliament and the ITRE Committee, especially with the Commission. Until now we have had excellent cooperation on this issue and excellent dialogue with Commissioner Kadri Simson. I would like to thank her and her team for their openness and for all the information that was provided to the Members of the ITRE Committee on this issue. It is an issue of concern for us and for many colleagues in Parliament. This is why in this debate we would like to hear answers to our specific questions from the Commission.

Kadri Simson, *Member of the Commission*. – Madam President, good morning honourable Members of the European Parliament. I'm very happy to have this opportunity to come to the plenary and inform you about the actions the Commission has been taking to ensure the safety of the nuclear power plant of Ostrovets in Belarus.

Today's debate is very timely. Just yesterday, the team of nuclear safety experts from the Commission and from the European Nuclear Safety Regulators Group (ENSREG) has concluded a visit on the site of the power plant and this visit is a key part of the ongoing peer review process. The Commission, together with ENSREG, has worked swiftly to set up the peer review team and negotiate their schedule for conducting the review before the planned commercial start of the nuclear power plant, including a plant visit.

The first phase of the peer review, initially foreseen for December 2020, has begun at the end of January. After the technical test review carried out remotely on Tuesday and Wednesday this week, a team of seven ENSREG and Commission experts carried out the first phase mission to verify the physical implementation of measures at the Ostrovets plant. The team consists of senior experts from different Member States, Ukraine and the Commission. The team has a strong expertise in the key areas of peer review and is fully independent in making its conclusions on the adequate implementation of safety recommendations by the Ostrovets nuclear power plant operator and Belarusian authorities. The experts will now complete the preliminary report; this report will be then submitted to the plenary meeting of ENSREG at the beginning of March for endorsement. Once approved, the report will be published. This process is set to guarantee a credible, independent and robust technical review of the situation.

Therefore, at this point in time, pending the completion of ENSREG review procedures, it would not be appropriate for me to comment on the ongoing independent work by the senior nuclear safety experts and prejudge the findings in the report. I believe that all sides should refrain from commenting on the results of the mission at this stage. As I said, ENSREG will publish its preliminary report for full transparency. Let me stress one thing: this preliminary report will be very important, but in any case it will not be for us the end of our involvement and our commitment with the full safety of the plant. ENSREG and the Commission will continue to follow closely the implementation of the remaining recommendations and, once pandemic conditions allow, the full peer review team will to meet in Belarus to assess the remaining recommendations. At that time, they will prepare a final report for endorsement by ENSREG and subsequent publication.

This brings me to the second question raised by Parliament. The Commission's clear position is that all ENSREG safety recommendations should be addressed by Belarus without delay. For this reason, I wrote to the Prime Minister of Belarus on 6 November 2020 requesting that the Belarusian Government makes sure that all the steps in the commissioning process are taken in full respect of the highest safety standards and that the stress test recommendations deemed of high priority by ENSREG are implemented as a minimum before commercial operations start.

Let me be clear, in line with international law, the decision on whether to grant the license for commercial operations to the Ostrovets plant lies with the Belarusian authorities and the ultimate responsibility for the safety of the plant remains that of the operator under the supervision of the National Nuclear Regulator.

The Commission is using all its diplomatic and policy means to ensure a constructive cooperation from Belarus and ask that any decision on commercialisation is taken based on current data for the highest level of safety. In the current difficult political situation the technical cooperation with Belarus on the completion of the peer review exercise represents the last remaining channel for maintaining accurate, up-to-date knowledge of the safety situation in Ostrovets.

As I said, our commitment will not stop after the first peer review mission. In addition to cooperation on the completion of the ENSREG peer review, the Commission is seeking to open new channels with Belarus for maintaining contacts in the nuclear safety area through encouraging rapid involvement of Belarus in the EU's accident notification system and its formal participation in the European Radiological Data Exchange Platform.

In agreement with Commissioner Urpilainen, we are also ready to offer technical support to the Belarusian nuclear safety authorities under the future European instrument for international nuclear safety cooperation, building on the projects carried out under the existing instrument for nuclear safety cooperation. But while we are willing to step up cooperation, the Commission remains vigilant and stands ready to apply increased pressure should it see that the high priority recommendations have not been satisfactorily implemented.

Well, these are not all the elements that I wanted to set up in reply to your questions. But because of time limits and given this evolving situation I want to offer my own and ENSREG's readiness to return to the Parliament, either in the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE) or in plenary, to provide the honourable Members with an update when the technical outcome of the peer review mission will be available and on other matters related to the safety of Ostrovets and the synchronisation process of the Baltic States.

Andrius Kubilius, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I would like, first of all, to thank Madam Commissioner for the precise information, and also I would like to thank all of you for this discussion, which is so important for us in Lithuania. This is really an important sign of our solidarity.

The Ostrovets nuclear power plant has been built by the Lukashenko regime and the Rosatom company just 40 kilometres from the centre of Vilnius. That is why the Ostrovets nuclear power plant is a clear and present threat to our national security. We are not a big country. In the event of an accident, we shall not have anywhere to run and hide.

I am not against nuclear power in general, but since last year, all of us know very well who Mr Lukashenko is, and it's easy to understand that transparency, international standards, independence of the regulator, is not for this regime, as the last elections very clearly have shown.

Somebody can say that even next to Brussels or Antwerp there is a nuclear power plant, but I would like to ask you: would you like to have Lukashenko build the Rosatom power plant 30 kilometres from your house or from this European Parliament building?

You should know that the Espoo Convention Committee recognised that the site for the Ostrovets power plant was selected in violation of the Espoo Convention. You should also know that during construction, there were numerous big accidents; and you should know that European stress tests have shown that there are clear shortcomings in the safety of the technology used and those recommendations have still not been implemented according to the information we have up to now. You should also know that this is a geopolitical Kremlin project in order to keep us dependent on Russian electricity supplies and also in synchronisation with the old Soviet grid system.

That is why we are fighting against this project. That is why democratic Belarus, led by Sviatlana Tsikhanouskaya, is also against this project, and that is why we decided to prohibit imports of electricity from this plant, which will make the whole project economically unviable. And that is why we are simply asking for your solidarity. Let's get rid of this monster.

Juozas Olekas, *S&D frakcijos vardu*. – Gerbiama Pirmininke, Astravo atominė elektrinė pradėjo gaminti elektros energiją, nepaisant vis dar neišspręstų saugumo problemų. Dauguma 2018 m. pateiktų rekomendacijų taip pat liko neįgyvendintos. Noriu pabrėžti, jog mes nepasisakome prieš atominę energetiką. Saugiai eksploatuojamos atominės elektrinės gali teikti mums švarią ir efektyviai gaminamą energiją. Tačiau Astravo jėgainės problema yra ta, kad elektros gamyba joje pradėta skubant, neužtikrinant tinkamo saugumo lygio. Todėl dabar mes privalome užtikrinti, kad komercinė elektros energijos gamyba Astrave nebūtų pradėta tol, kol nebus įgyvendintos visos Europos branduolinės saugos reguliavimo institucijų grupės rekomendacijos. Komisija privalo dirbti su Baltarusijos institucijoms ir užtikrinti, kad visi saugumo reikalavimai būtų įvykdyti. Negalima skirti labiau ir mažiau svarbių reikalavimų ir suteikti jiems prioritetų. Visos saugumo garantijos yra svarbios. Automobiliams, kurie važinėja mūsų keliais, juk neužtenka stabdžių. Reikalaujame, kad jie turėtų taip pat saugos diržus, oro pagalves ir kitas saugumo technologijas. Ši jėgainė stovi vos už keturiasdešimt kilometrų nuo tos vietos, iš kurios aš šiandieną pasisakau. Prieš pandemiją, kiekvieną savaitę lėktuvui kylant į Briuselį, matydavau jos bokštus. Lenkija, Latvija ir Estija taip pat yra pavojaus zonoje. Todėl taip pat privalome užtikrinti, kad nesaugiai Astrave gaminama elektra nepatektų į Europos Sąjungos tinklus. Negalima leisti, kad mūsų lėšomis būtų finansuojama veikla, kelianti mums pavojų.

Ivars Ijabs, *grupas "Renew" vārdā* – Dārgā priekšsēdētājas kundze, dārgā Simsones kundze! Piecdesmit kilometrus no Eiropas Savienības valsts galvaspilsētas jau vairākus mēnešus darbojas viena kodolelektrostacija, par kuras drošumu mēs galīgi neesam pārliecināti. Bet mēs esam droši un pārliecināti par to, ka lēmumus par tās darbību pieņem viens autoritārs režīms, kurš ir nepārtrauktā karastāvoklī pats ar saviem pilsoņiem. Mēs esam pārliecināti, ka šis ir ģeopolitisks projekts, kurš vieno Lukašenko ar Putinu, kurš ir demonstratīvi uzbūvēts tiešā Lietuvas galvaspilsētas tuvumā un 180 kilometrus no Latvijas, kurš potenciāli apdraud Eiropas drošību, mūsu vidi un pilsoņu veselību. Tāpēc mēs esam droši, ka Eiropai attiecībā uz šo projektu ir jārīkojas vienlaikus pragmatiski un principiāli.

Eiropas Savienībā Baltijas valstis jau šādi rīkojas – tās ir kopīgi lēmušas un pārtraukušas enerģijas komercapmaiņu ar Baltkrieviju, tikko Astravjeca tika pieslēgta tīklam. Diemžēl Astravjecas elektrība joprojām var nonākt Eiropas Savienības tirgū caur Krievijas elektrotīklu, tāpēc Eiropā ir jāstrādā pie pasākumiem, lai pilnībā principā novērstu kodolenerģijas importu no tādām trešo valstu kodolelektrostacijām, kas neatbilst Eiropas Savienības atzītajiem drošuma līmeņiem, un Astravjeca te būtu pirmā no tām. Mēs saprotam, ka Eiropas Savienībai nav diemžēl instrumentu, lai apturētu Astravjecas darbību, neskatoties uz to ka tā neatbilst starptautiskajiem kodoldrošuma standartiem, bet Eiropai ir iespēja vismaz ar savu pilsoņu un uzņēmumu naudu neatbalstīt šādu autoritāru režīmu ģeopolitiskās spēles. Eiropas Savienībai ir iespēja nu konsekventi mudināt Baltkrieviju nekavējoties ievērot visus drošības standartus un šo "peer review" rekomendāciju, par kuru jau bija runa, un uzsākt konstruktīvu sadarbību ar starptautiskajām organizācijām. Un Eiropai ir iespēja pieprasīt no Baltkrievijas, lai tā ievēro visas savas starptautiskās saistības, kuras tā ir uzņēmusies, pievienojoties Apvienoto Nāciju Organizācijas tā sauktajai Espo konvencijai. Eiropai ir iespēja izveidot arī agrīnās brīdināšanas sistēmu radiācijas mērīšanai Eiropas Savienības valstīs, kuras atrodas šīs kodolelektrostacijas tuvumā. Un Eiropas Komisijai, manuprāt, šeit ir cieši jāsadarbojas ar Baltkrievijas iestādēm, lai apturētu Astravjecas komerciālās darbības uzsākšanu līdz tam brīdim, kad ir pilnībā īstenoti visi šie Eiropas Savienības profesionāļu un ekspertu ieteikumi un arī nepieciešamie drošības uzlabojumi. Un Eiropas Savienībai ir jāturpina jau uzsāktā triju Baltijas valstu integrēšana Eiropas Savienības elektrotīklā un kopējā enerģijas tīklā.

Puhemies. – Täällä työskennellään nyt tuon mikrofonin parissa, mutta emmeköhän me pääse jatkamaan aivan pian.

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, le Belarus est libre de développer la politique énergétique de son choix, c'est l'un des attributs de sa souveraineté, comme des autres États.

La centrale d'Ostrovets doit respecter les meilleurs critères de sécurité, comme toutes les centrales nucléaires. Elle le doit aussi dans la mesure où les partisans de l'énergie nucléaire, c'est-à-dire de l'indépendance énergétique, font aujourd'hui face à de pressants lobbies qui voudraient l'abattre.

Que disons-nous dans cette résolution? Cette résolution est d'abord une charge politique contre Minsk et Rusatom, alors même que les régulateurs du groupe de sûreté nucléaire sont actuellement sur place et que les informations que vous avez transmises, Madame la Commissaire, montrent que, finalement, le processus de contrôle se déroule normalement et que le plus prudent est d'en attendre les conclusions.

Certes, nous comprenons que les habitants de Vilnius demandent les meilleures garanties. Tous les habitants feraient de même et ils ont raison. Mais je mets en garde nos partenaires européens: la Pologne veut construire six centrales nucléaires d'ici à 2043, et je ne voudrais pas que cette résolution remette en cause le principe de cette marche vers l'indépendance énergétique d'un certain nombre de nos États.

Cette résolution, à mon avis, est donc prématurée et contraire aux intérêts de nombreux États, quand on regarde leur mix énergétique. Elle dissimule aussi, soyons clairs, une volonté de remettre en cause le choix de l'énergie nucléaire par ce pays, et je rappelle que si Rusatom a construit cette centrale, c'est parce que les producteurs européens ont refusé d'intervenir.

D'ailleurs, si le souci réel de notre institution est d'imposer des conditions démocratiques à l'établissement du mix énergétique européen, il faut être complet. Le gaz algérien est-il produit par un pays démocratique? Celui que nous importons en provenance du Qatar l'est-il davantage? Les monarchies du Golfe qui nous vendent leur pétrole sont-elles des démocraties? Le gaz de schiste américain respecte-t-il les engagements du fameux pacte vert?

Oui, cette centrale doit respecter tous les critères de sécurité. Avant de nous prononcer, attendons les conclusions des inspecteurs qui sont sur place et, après, entamons une discussion constructive avec ce gouvernement.

Bronis Ropė, *Verts/ALE frakcijos vardu*. – Gerbiama Pirmininke, gerbiama Komisare, kolegos, Astravo atominės elektrinės saugumo klausimus Europos Parlamente keliu nuo 2015 m., nuo tada, kai pradėjo kilti atominės kaminai. Per šį laikotarpį kelias dešimtis kartų įvairiais formatais raginome stabdyti statybas, kol nėra garantuotas saugumas mūsų bei Baltarusijos gyventojams. Tačiau ar kada nors Europos Komisija yra raginusi stabdyti Astravo projektą? Man atrodo, kad niekada. Nepaisant Lietuvos reikalavimo, nepaisant europarlamentarų reikalavimų, nepaisant to, kad Astravo statybos pažeidė tarptautines konvencijas, kad Baltarusija nevykdė streso testo rezultatų, nepaisant visų žinomų ir nežinomų incidentų statybos metu. Tai apgailėtina! Juk per šitiek metų Komisija turėjo įvairių svertų rimtoms deryboms.

Šiuo metu Astravo atominė jau veikia pilnu pajėgumu, bet nėra paleista komerciniam naudojimui. Komisija vis dar turi paskutinį šansą atlikti savo pareigą ir pareikalauti sustabdyti elektrinės veikimą bent jau tol, kol nebus įgyvendintos visos Europos Sąjungos stresų testų rekomendacijos. Neužtenka, kad tik dalis jų įgyvendinta! Viena saugumo spraga gali sukurti naują Černobylį. Labai dėkoju visam Europos Parlamentui, kuris, tikiuosi, vieningai balsuos dėl šios rezoliucijos. Ir tikiuosi, kad Komisija pagaliau išgirs, ką sako Parlamentas: o būtent, kad Europos Komisija turi daryti viską, kad, neištaisius visų saugumo spragų, elektrinė prie Europos Sąjungos sienos nepradėtų veikti.

Zdzisław Krasnodębski, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Pozdrawiam z Warszawy. Tak jak mówili już koledzy, zwłaszcza koledzy z Wilna, z Litwy, budowa elektrowni jądrowej w Ostrowcu budzi wielkie obawy pod względem bezpieczeństwa. Brak przejrzystości w realizacji tej inwestycji uniemożliwia dokonanie pełnej oceny bezpieczeństwa elektrowni. Nie dziwię się, że sąsiedzi Białorusi (nie tylko Litwa, nie tylko Łotwa, ale także Polska) nie mogą czuć się bezpiecznie, tym bardziej że w trakcie budowy wydarzyło się już wiele wypadków ukrywanych przez stronę białoruską. Dlatego też monitorowanie stanu tej inwestycji jest tak ważne.

Ponadto powstaje pytanie o to, jaki jest rzeczywisty cel tej inwestycji? Wytwarzana w Ostrowcu energia będzie droga, dwukrotnie droższa niż ta wytwarzana w białoruskich instalacjach gazowych. Może się również okazać, że ze względu na nadmiar mocy produkcyjnych ta elektrownia będzie funkcjonować w ograniczonym zakresie. Przyjęte przez Mińsk założenie, że inwestycja zwróci się już po piętnastu latach eksploatacji, jest nierealne. Skoro ekonomicznie inwestycja jest mało opłacalna, dlaczego jest realizowana? Być może jest tak jak w przypadku sławetnego NordStream[2], że cele są głównie geopolityczne. Jak wiemy, Ostrowiec stanowi zagrożenie dla infrastruktury krytycznej sieci elektroenergetycznych państw bałtyckich i właśnie ten udział Rosatomu, o którym wspominał pan Mariani, jest być może zagrożeniem geopolitycznym dla wszystkich.

Manuel Bompard, *au nom du groupe The Left*. – Madame la Présidente, chers collègues, la centrale nucléaire d'Ostrovets en Biélorussie est située à 50 kilomètres seulement de Vilnius. Aujourd'hui elle menace l'Europe tout entière d'une catastrophe similaire à celle de Tchernobyl. Ainsi, dès le lendemain de son inauguration, cette centrale a dû être mise à l'arrêt après l'explosion de plusieurs transformateurs électriques. C'est une véritable bombe à retardement qui se situe à nos frontières et met en danger l'ensemble des pays baltes. L'Union européenne doit agir au plus vite pour assurer notre sécurité.

Mais cette situation particulière nous invite à réfléchir de manière plus globale. Le parc nucléaire européen est vieux, et nous devons rapidement prendre une décision sur son devenir. En effet, l'immense majorité des réacteurs en exploitation dans l'Union européenne ont été initialement conçus pour une durée de vie allant de 35 à 40 ans, or la moyenne d'âge du parc nucléaire européen s'élève aujourd'hui à 37 ans. Cette durée de vie pourrait être portée à 60 ans, au prix de considérables plans d'investissement et de rénovation, à l'image du grand carénage français dont le coût est estimé entre 50 et plus de 100 milliards d'euros.

Ce prolongement coûteux se heurtera in fine et à une contrainte technique indépassable, l'altération irréversible de la qualité de l'acier de la cuve. Ainsi un prolongement ne fera que retarder l'échéance, mais le jeu en vaut-il vraiment la chandelle? Sommes-nous prêts à prendre le risque d'un prolongement et à nous exposer aux défaillances du vieillissement et de l'obsolescence des équipements? Ce serait une grave erreur.

Une autre question se pose à nous: allons-nous construire de nouveaux réacteurs nucléaires pour remplacer ceux qui devront fermer et tourner la page des énergies fossiles? Cela prendrait de très nombreuses années et entraînerait des coûts tout aussi considérables.

En France, nous nous entêtons à vouloir construire un nouveau réacteur qui a déjà dix ans de retard et dont les coûts ont été multipliés par trois. Avons-nous le temps et l'argent pour nous lancer dans de telles fuites en avant? Je ne le crois pas.

Les faits sont clairs: premièrement, le nucléaire n'est pas la meilleure technologie pour faire face au changement climatique. Deuxièmement, le nucléaire n'est pas adapté aux conséquences de ce même changement climatique puisque les systèmes de refroidissement des réacteurs montrent leurs limites lors des épisodes caniculaires. Enfin, l'énergie nucléaire entrave le déploiement des alternatives renouvelables dès lors qu'elle menace d'immobiliser des investissements colossaux.

Dire cela, ce n'est pas faire insulte aux salariés, techniciens et ingénieurs du secteur. Je tiens à rappeler leur haut niveau de savoir-faire et leur dévouement au service de l'intérêt général. Rien ne pourra se faire sans eux, il nous faut donc planifier le démantèlement des centrales nucléaires en constituant pour cela une véritable filière pourvoyeuse d'emplois qualifiés, valorisant les savoir-faire déjà existants. Chers collègues, une Europe 100 % renouvelable est possible, planifions-la dès maintenant.

Puhemies. – Kiitän todella paljon meidän taitavia teknikkojamme, jotka ratkaisivat tämän mystisen sähköongelman. Se kuulemma johtui siitä, että kylmällä säällä syntyy staattista sähköä ja kun koskettaa mikrofonia, voi tapahtua näin. Eli ongelma on ratkaistu. Tämä oli siis hypoteesi, jonka olen nyt kuullut.

Riho Terras (PPE). – Madam President, I would like to start by inviting you all to support this resolution, which highlights several important problems with the Ostrovets nuclear power plant. It does not comply with international safety standards, the regulatory authority in Belarus is not independent from the regime, and there have already been several technical problems and incidents at the plant. Belarus has an authoritarian regime and authoritarian regimes have a tendency to cover up their problems. Therefore, it is possible that through changes to the Ostrovets nuclear power plant things will be covered up.

This puts at risk the safety of Europeans, especially those coming from the countries which are geographically close to Belarus. Therefore, we should not allow any electricity imports from Belarus into the European Union market. Finally, the synchronisation of the Baltic electricity grid with the continental European network is a strategic priority, and a very important step towards our energy union.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, η ασφάλεια και η προστασία των πυρηνικών εγκαταστάσεων στα κράτη μέλη και στις γειτονικές χώρες αποτελεί ζήτημα ύψιστης σημασίας για τους Ευρωπαίους πολίτες. Η πρόσφατη λειτουργία του πυρηνικού σταθμού Ostrovets με την εμπλοκή της Ρωσίας —το τονίζω αυτό, μόλις πενήντα χιλιόμετρα από το Βίλνιους της Λιθουανίας, χωρίς να πληροί τα βασικά ευρωπαϊκά και διεθνή πρότυπα ασφαλείας της Ευρωπαϊκής Ένωσης, είναι καταδικαστέα. Συμμόρφωση, όμως, δεν μπορεί να υπάρξει με τα λόγια.

Ανάλογη απειλή έχουμε και από την Τουρκία, η οποία προχωρεί —πάλι με ρωσική εμπλοκή— στην ανέγερση πυρηνικού σταθμού στο Akkuyu, μια άκρως σεισμογενή περιοχή σε απόσταση μόλις ενενήντα χιλιομέτρων από την Κύπρο, κράτος μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης που υποφέρει ήδη από την τουρκική κατοχή. Επίσης, η Τουρκία αποκρύπτει και πάλι βασικές πληροφορίες και δεν επικυρώνει τις σχετικές διεθνείς συμβάσεις. Καλούμε, λοιπόν, την Επιτροπή και το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο να διασφαλίσουν τη συμμόρφωση των δύο χωρών με τα ευρωπαϊκά και διεθνή πρότυπα ασφαλείας, αλλιώς η μόνη εναλλακτική επιλογή είναι η επιβολή στοχευμένων κυρώσεων. Έναντι των πολιτικών, οικονομικών ή άλλων συμφερόντων υπερέχουν η υγεία και η ασφάλεια των Ευρωπαίων πολιτών και πρέπει να το αποδείξουμε στην πράξη και όχι μόνο στα λόγια.

Petras Auštrevičius (Renew). – Gerbiama Pirmininke, ponia Komisijos nare, gerbiami kolegos, praėjusių metų pabaigoje pradėta eksploatuoti Baltarusijos atominė elektrinė, esanti Astrave tik 40 km nuo Lietuvos sostinės Vilniaus ir 20 km nuo Europos Sąjungos išorinės sienos. Galimos avarijos atveju nukentėtų mažiausiai trečdalis Lietuvos gyventojų.

Astravo atominė elektrinė yra geopolitinis Rusijos ir Baltarusijos projektas, įrodantis, kad branduolinę elektrinę galima pastatyti už skolintus pinigus, neturint jokio ekonominio projekto pagrindimo ir Baltarusijoje nesant branduolinio saugumo kultūros.

Rusijos valstybinė įmonė „Rosatom“, finansavusi Astravo atominę elektrinę, siekia sukurti prielaidas išlaikyti Baltijos valstybes energetinės priklausomybės sistemoje, taip vadinamoje BRELL. Astravo atominėje elektrinėje gaminama elektros energija siekiama užtvindyti Baltijos valstybių rinkas, nukonkuruoti atsinaujinančios energetikos šaltinius ir atitolinti Baltijos valstybių sinchronizaciją su kontinentinės Europos elektros tinklais.

„Rosatom“ suteikta 10 mlrd. JAV dolerių paskola Baltarusijos Astravo atominės elektrinės statybai dar labiau finansiškai susieja šią valstybę su Rusijos įtaka. Kreditą gražinti galima tik užtikrinant pagamintos elektros eksportą į Europos Sąjungos rinkas ir dempinguojant vietos gamintojus.

Astravo atominės elektrinės statybą, kuri buvo pradėta, ir toliau vykstančią eksploataciją lydi avarijos ir techniniai nesklandumai, neišvengiant žmonių aukų. Baltarusijos branduolinio saugumo institucijos stokoja patirties ir veiklos skaidrumo, nes dominuoja politinis įsakymas iš viršaus.

Geopolitinis „Rosatom“ sumanymas yra toks, kad niekam nekiltų abejonės dėl tariamų branduolinių standartų laikymosi. Kitaip kaip paaiškinti faktą, kad Astravo atominė elektrinė statoma Baltarusijoje, valstybėje – labiausiai nukentėjusioje nuo Černobylio avarijos.

Lukašenkos režimo kova prieš savo šalies žmones, naudojant brutalią jėgą, yra visiems žinomas faktas. Dabar nestabilus režimas ėmėsi eksploatuoti Astravo atominę elektrinę, siekdamas savo tikslų ir nepaisant neįgyvendintų 29 Europos branduolinės saugos reikalavimų.

Lietuva tikisi europinio solidarumo stabdant branduolinį šantažą ir stabdant sukeltą branduolinę riziką. Pirmiausia reikia nutraukti Astravo atominės elektrinės elektros komercinę prekybą Baltijos valstybių rinkose, kuri šiuo metu vyksta ir tai yra faktas, užtikrinti nesaugios ir dempinginės elektros boikotą.

Mieli kolegos, kelios peticijos, po kuriomis pasirašė virš 12 tūkstančių Lietuvos ir visos Europos piliečių, įteiktos Europos Parlamentui. Jose reikalaujama nedelsiant stabdyti nesaugios Astravo atominės elektrinės veiklą. Mes tikimės greitų ir visapusiškų Europos Komisijos veiksmų ir solidarumo pažabojant branduolinį diktatorių Lukašenką.

(Keskustelu keskeytettiin.)

4. Erste Abstimmungsrunde

Puhemies. – Avaan nyt tämän päivän ensimmäiset äänestykset.

Äänestämme esityslistalla ilmoitetuista menettelyistä ja äänestykset ovat avoinna klo 9.45–11.00. Äänestysmenetelmä on sama kuin edellisissä äänestyksissä, ja kaikki äänestykset toimitetaan nimenhuutoäänestyksinä.

Nyt julistan ensimmäiset äänestykset avatuiksi. Voitte äänestää klo 11.00 saakka. Ensimmäisten äänestysten tulokset ilmoitetaan klo 13.00.

5. Sicherheit des Kernkraftwerks Astrawez (Belarus) (Fortsetzung der Aussprache)

Puhemies. – Jatkamme nyt keskustelua Cristian-Silviu Buşoin teollisuus-, tutkimus- ja energiavaliokunnan puolesta komissiolle laatimasta suullisesti vastattavasta kysymyksestä Valko-Venäjällä sijaitsevan Astravetsin ydinvoimalan turvallisuudesta (O-000004/2021 - B9-0003/21) (2021/2511(RSP)).

Georg Mayer (ID). – Frau Präsidentin! Wir haben ja – menschheitsgeschichtlich gesehen – in einem relativ kurzen Zeitraum schon unsere leidlichen Erfahrungen mit Atomreaktoren gemacht.

Da war die Katastrophe 1986 von Tschernobyl – an die wir uns, denke ich, noch alle gut erinnern können. Da war aber natürlich auch die Katastrophe in Japan, in Fukushima 2011. Das alles sind Erfahrungen – ich glaube, darauf können wir uns einigen –, die wir alle nie mehr machen möchten. Von beiden Katastrophen spüren wir – die Menschen in Europa als auch die Menschen in Japan – heute noch die Nachwirkungen.

Besonders Tschernobyl zeigt natürlich in Europa, wie langwierig derartige Vorfälle und Katastrophen und wie langwierig deren Auswirkungen vor Ort sind. Wie langwierig deren Auswirkungen auch auf die menschheitliche Gesundheit sind. Jetzt einmal eine Zahl, die natürlich besonders verblüfft: erst im April im Jahr 101 986 wird die Radioaktivität vor Ort in Tschernobyl vollständig abgebaut sein.

Die Rate der Krebserkrankungen in Europa ist seit 1986 rapide in die Höhe gegangen. Mediziner glauben, dass das auch eine Auswirkung des Vorfalls von 1986 ist. Es ist überheblich zu glauben, geschätzte Kollegen, wir hätten die Atomspaltung völlig unter Kontrolle. Der gegenständliche Reaktor, um den es hier gerade geht, entspricht etwa nicht den Empfehlungen der Internationalen Atomenergieorganisation. Zudem steht ja auch im Raum, dass Vorfälle vor Ort einfach nicht gemeldet werden.

Wir haben jetzt auch in meiner Region – in Slowenien – einen veralteten Reaktor – der Reaktor von Krsko –, der den Großraum Slowenien, Kroatien und Österreich auch durch eine etwaige Katastrophe gefährden würde. Von Atomreaktoren geht schlicht immer ein Sicherheitsrisiko aus. Mit dem *Green Deal* wird ja die Anzahl der Reaktoren in Europa sich noch erheblich steigern.

Ich darf hier mit Goethe schließen, der ja sagt: „Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los." Vielleicht eines noch: Es gab im Rahmen dieser uns heute vorliegenden Entschließung eine Einflussnahme, die so, glaube ich, nicht stattfinden sollte. Es gab Einflussnahme vonseiten der Kommission, wo auf den Berichterstatter Einfluss genommen wurde, aber auch vom Betreiber dieses Atomkraftwerks. Ich denke, wir können selbst unsere Entscheidungen treffen und so etwas brauchen wir im Haus nicht.

Viola Von Cramon-Taubadel (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Kommissarin! Dass wir Grünen die Inbetriebnahme eines AKW ablehnen, dürfte hier nicht überraschen.

Aber die Ablehnung von Astrawez hat nichts mit einer ideologischen Verblendung, sondern mit harten Fakten, ungelösten Sicherheitsfragen und mit sehr viel Verantwortung zu tun. Der Standort ist risikobehaftet. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hatten gewarnt, dass die Anlage in einer tektonisch aktiven Zone mit Erdbebenrisiko liegt.

Verstöße gegen internationale Konventionen, Berichte über zahlreiche Mängel, nicht gelöste Sicherheitsprobleme, immer wieder verschobene Inspektionen, nicht abgeschlossene Arbeiten für ein Atommülllager. All das spricht klar gegen die Inbetriebnahme.

Um sein Prestigeobjekt schnell ans Netz zu bringen, will Lukaschenka seine eigene Bevölkerung und die der Nachbarländer, insbesondere Litauens, dem Risiko eines atomaren Supergaus aussetzen. Er nimmt sogar das Risiko eines Staatsbankrotts in Kauf. Das zu neunzig Prozent mit russischen Krediten finanzierte AKW erhöht nicht nur die finanzielle Abhängigkeit von Russland, sondern Lukaschenka macht Belarus dadurch endgültig zu einem wehrlosen, erpressbaren Vasallenstaat.

Und wäre das nicht alles schon tragisch genug, fehlt es ebenso an Mehrwert für das eigene Land. Die EU-Nachbarn wollen die Stromüberschüsse nicht abnehmen. Damit fehlen wichtige Einnahmen.

Für den Umstieg auf Strom bei Mobilität und Wärmeerzeugung fehlt wiederum das Geld. Die teuer erkaufte Energieunabhängigkeit durch Atomstrom wird den Spielraum für die kommenden Generationen stark einschränken, wenn diese im Sinne einer nachhaltigen Energieaußenpolitik auf erneuerbare Quellen umsteigen wollen.

Für uns steht natürlich die nukleare Sicherheit – explizit die unserer Nachbarn – an oberster Stelle. Da ist kein Raum für Kompromisse. Nuklearsicherheit ist nicht verhandelbar.

Izabela-Helena Kloc (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Elektrownia atomowa w Ostrowcu na Białorusi przynajmniej z dwóch powodów stanowi poważne zagrożenie dla Unii Europejskiej. Po pierwsze, w krótkim czasie doszło tam do dwóch awaryjnych wyłączeń reaktora. Pamiętając o katastrofie w Czarnobylu, nie możemy przejść obok takich informacji obojętnie i wierzyć w oficjalne zapewnienia, że to tylko usterki techniczne.

I druga, poważniejsza sprawa, to kontekst polityczny tej inwestycji. Elektrownia w Ostrowcu jest projektem białoruskorosyjskim, co oznacza, że kluczowe decyzje zapadają na Kremlu. To kolejna dźwignia dla politycznych interesów Rosji, nie tylko na Białorusi, ale także w krajach bałtyckich i innych. Moskwa ćwiczyła ten scenariusz już przy budowie gazociągu Nord Stream 2.

Pani Komisarz! Jeśli mamy zaprotestować w sprawie elektrowni atomowej w Ostrowcu, to musimy dostrzec szerszy kontekst i wystąpić także przeciwko Nord Stream 2. To koń trojański, którego nie możemy zaakceptować. Wszyscy też wiemy, że w naszym regionie jest tylko jedno państwo, które jest w stanie przyblokować Nord Stream 2 i położyć tamę rosyjskim próbom dyskredytowania i rozbijania Unii Europejskiej. I czas to zrobić.

Clare Daly (The Left). – Madam President, as a lifelong anti-nuclear campaigner, I'm really glad that we're discussing this issue.

I fully support the Lithuanians and Belarusians who oppose the Ostrovets plant. They've every right to unbiased scientific and transparent information about this plant, and we've every right to discuss it because radioactive fallout knows no borders. It is an international issue. In that sense, I'm a bit surprised at some of the comments around this because it is being treated more as a geopolitical issue. We've heard some arguments that Belarus – shock, horror – might generate a surplus energy from this, and that they might stay linked to the Russian grid and not have to buy European liquefied natural gas. Seriously, that's not a concern for me.

Meanwhile, on the western boundary of the EU, there's another country with several nuclear plants close to the EU. It's the UK. They've just unilaterally left Euratom and we say nothing. They now police themselves and, just like Belarus, the UK has breached our House and the Espoo Conventions. Leaked internal reports show most of their nuclear plants are at risk of coastal flooding, raising the possibility of a Fukushima-style disaster. The UK trade agreement facilitates continued energy flow over connectors without really having sufficient commitments in this regard. Colleagues, I hope all the concern about this plant will be transferred when we discuss the UK agreement because otherwise, is the next Chernobyl going to be in Hinkley Point in Somerset?

We should be talking about not just Russian and Belarussian plants, but UK and French ones as well.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Oczywiście ważna jest niezależność energetyczna. Natomiast nie może ona być nadrzędna i przysłaniać troski o bezpieczeństwo obywateli Europy. Elektrownie atomowe budziły i będą budziły wiele obaw, wątpliwości, zwłaszcza właśnie w tym aspekcie bezpieczeństwa, i nie zapominajmy, że tam, gdzie rządzi reżim, tam nie ma przestrzegania standardów europejskich i dbałości o życie i bezpieczeństwo mieszkańców tego kraju czy sąsiadów.

Ja pamiętam, bo mieszkam w województwie, które sąsiaduje z Ukrainą, pamiętam katastrofę nuklearną w Czarnobylu i pamiętam te wszystkie kłamstwa, którymi byliśmy karmieni. Pamiętam te skutki, które często do dzisiaj są i które odczuwają mieszkańcy tej części Polski, gdzie przeszła chmura radioaktywana, nie mówiąc już o mieszkańcach Ukrainy, o śmierci setek ludzi, o nowotworach, o skażeniu wielu setek hektarów i wyłączeniu olbrzymich terenów z możliwości zamieszkania. Dlatego kluczowe jest zachowanie pełnej zgodności z najwyższymi standardami, z normami bezpieczeństwa, ochrony środowiska, prawnymi czy zdrowotnymi, ale podkreślę jeszcze raz: tam, gdzie jest reżim, tam gdzie jest próba łamania demokracji, tam zapomnijmy o europejskich czy światowych normach i standardach.

Mamy też świadomość, że w tej elektrowni, która jeszcze nie została do końca uruchomiona, doszło już do kilku incydentów, które wzbudzają uzasadnioną wątpliwość. I tutaj absolutnie solidaryzuję się z moimi koleżankami i kolegami, mieszkańcami Litwy, krajów nadbałtyckich i mam nadzieję, że Komisji uda się odpowiedzieć na wszystkie wątpliwości, pytania, a także, że użyje wszystkich możliwych narzędzi dyplomatycznych, aby rozwiązać ten problem.

Robert Biedroń (S&D). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Większość z nas tutaj należy do pokolenia radzieckiej coca-coli, czyli płynu Lugola, który musieliśmy pić po wybuchu w elektrowni atomowej w Czarnobylu w 1986 r. I nie bądźmy naiwni: elektrownia atomowa w rękach ostatniego dyktatora Europy, człowieka nieobliczalnego, który podniósł rękę na własny naród, to niebezpieczeństwo nie tylko dla Białorusi, to niebezpieczeństwo dla krajów nadbałtyckich i całej Europy. I to nie jest problem tylko i wyłącznie bezpieczeństwa – finansowego i ekologicznego – ale również problem geopolityczny. Dlatego zwracam się do Komisji Europejskiej: nie bądźcie naiwni!

Chodzi o hybrydową aneksję nie tylko Białorusi, ale całego regionu. Dlatego ważne jest, żebyśmy w tej sprawie byli solidarni i mieli jasne stanowisko. To wojna Putina i Łukaszenki przeciwko naszemu europejskiemu bezpieczeństwu.

Engin Eroglu (Renew). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin Simon, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Damen und Herren zu Hause an den Bildschirmen! Vor ca. zwei Tagen habe ich eine Nachricht bekommen. Ich zitiere aus dieser Nachricht und ich bin mir sicher, der Absender schaut heute zu: Atomkraftwerke wären sicher. Es werden die besten Fachleute in Weißrussland beauftragt. Es würde international beaufsichtigt werden, und man würde nicht verstehen in Weißrussland, warum es heute auf der Tagesordnung stehen würde, denn die Technik würde beherrscht werden.

Ich bin mir sicher, dass es gleiche Aussagen schon mal gab, damals bei Tschernobyl in der Ukraine und auch von Japan, einem Hochtechnologiestaat, zu den Atomkraftwerken in Fukushima.

Leider, und das ist nun mal eindeutig, gibt es keine hundertprozentige Sicherheit bei Atomenergie – die gibt es nun mal nicht. Und was kein Fachmann und niemand auf dieser Welt unter Kontrolle hat, sind Naturkatastrophen. Daher ist es folgerichtig, dass sich nach der Katastrophe in Fukushima international mehr und mehr Länder zusammengefunden haben, um gegen Atomkraft vorzugehen. Deswegen ist es folgerichtig, dass wir alles tun, um dieses Atomkraftwerk in Weißrussland zu verhindern.

Diese Gefahr für jegliches Leben, die von Atomkraftwerken ausgeht, ist nicht nur eine Gefahr, die an der Grenze Litauen betrifft, sondern es ist eine Gefahr, die auch uns hier in Deutschland betrifft oder auch die deutsche Bevölkerung. Denn auch wir sind bedroht, sei es das Atomkraftwerk Tihange in Belgien oder Fessenheim in Frankreich, an der Grenze zu Rheinland-Pfalz.

Bitte stellen Sie sich zusammen, seien wir vernünftig, verabschieden wir uns von der Kernenergie und versuchen alles zu machen, um nicht wieder zuzulassen, dass ein Atomkraftwerk in die Brüche geht.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein bisschen wie ein Déjà-vu. Wieder geht es um einen Reaktor, sehr weit im Osten, aber direkt an der Grenze zu unserer Europäischen Union. Der Reaktor Astrawez steht gerade mal zwanzig Kilometer von der Grenze zu Litauen entfernt.

Dieses AKW ist errichtet worden ohne Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, ohne Umweltverbände. Das ist ein klarer Bruch der Espoo-Konvention, und das ist auch schon so bestätigt worden.

Die Finanzierung läuft über sehr merkwürdige Kanäle. Wir wissen, dass es ein russisches Darlehen gibt. Das heißt, das ursprüngliche Ziel, mit diesem Reaktor die Abhängigkeit Belarus von Russland zu verringern, ist gerade ins Gegenteil umgeschlagen. Diese Abhängigkeit ist noch gewachsen.

Und es gibt sehr große Sicherheitsbedenken. Pikanterweise hat Herr Lukaschenka bei der Einweihung des AKW gesagt, naja, wenn er jetzt so viel gelernt hätte bei den ganzen Fehlern, die beim Bau passiert sind, würde er am liebsten noch eins bauen, um es diesmal besser zu machen.

Ich finde das nicht beruhigend. Und ich finde es erst recht nicht beruhigend, dass erst diese Woche – nach monatelangem Druck und Blockade durch Belarus – Expertinnen und Experten aus der Europäischen Union überhaupt nach Belarus reisen konnten, um die Anlage zu inspizieren.

Der Bericht wird erst in einigen Monaten erwartet. Und was wir fordern, ist ein Vorabbericht, damit wir wenigstens schon mal wissen, womit wir zu rechnen haben. Und wir fordern, dass die internationale Atomenergie-Organisation sich diesen Bau sehr genau anschaut, damit die Gefahr für EU-Bürgerinnen und -Bürger abgewendet wird.

Grzegorz Tobiszowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Wielu ekspertów podkreśla i zwraca uwagę na to, iż Rosja liczy, że spodziewany w perspektywie najbliższych kilku lat deficyt mocy produkcyjnych energii elektrycznej w krajach Europy Środkowej, w szczególności w Polsce, który pojawi się poprzez wzrost konsumpcji energii, jak też zmniejszenia mocy produkcyjnych wynikających z restrykcyjnej polityki klimatycznej, skłoni europejskich decydentów do zmiany strategii blokowania prądu pochodzącego z kontrowersyjnej białoruskiej instalacji, co stworzy szansę na eksport nadwyżek energii elektrycznej do państw Europy Środkowo-Wschodniej i tym samym na uzyskanie kolejnej dźwigni nacisków politycznych na Europę Środkową. Wydaje się, że to jest bardzo ważny moment, abyśmy w kontekście kryzysu związanego z covidem oraz w kontekście planów inwestycji w energetykę w Europie i solidarności energetycznej, którą chcemy budować, zwrócili również uwagę na tę rzecz, która może spowodować bardzo negatywne skutki dla Europy Środkowej.

Nicolás González Casares (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria, en primer lugar, quería expresar mi solidaridad con las preocupaciones de mis compañeros de los países bálticos. Tal como se ha comentado, el proyecto ya empezó incumpliendo la Convención de Espoo sobre las posibles ubicaciones. La mejor manera de dar seguridad y tranquilidad es que los procesos técnicos de evaluación sean rigurosos y transparentes. Y si no es así, tomar medidas. Y yo creo que en este caso no se está cumpliendo ni con la seguridad ni con la transparencia.

No podemos obviar tampoco la componente geopolítica. Es evidente que aquí hay presiones e intentos geopolíticos. Me avergüenza ver a diputados de este Parlamento defendiendo al régimen bielorruso que quiere molestar a sus vecinos bálticos.

Está claro que no debemos tampoco mezclar totalmente el debate técnico con el político. Ni es el momento, creo yo, este, de debatir sobre la energía nuclear. Para eliminar dudas es necesaria una cooperación plena de las autoridades bielorrusas con el ENSREG, y así tener claridad sobre este problema.

Por último, vemos que sucesos como estos ponen de relieve la importancia estratégica de acelerar la sincronización de la red eléctrica de los países bálticos con toda la red europea. Pongámonos a ello, señora comisaria.

Jakop G. Dalunde (Verts/ALE). – Fru talman! Alla som kan sin historia och vet vad som hände i Tjernobyl borde reagera med bestörtning över vad som nu utspelar sig i Belarus. Vi vet vad som kan hända när en antidemokratisk och genomkorrupt regim försöker hasta igenom ett kärnkraftverk. Det kan leda till en fullskalig katastrof.

Att Astravjets inte lever upp till säkerhetsrekommendationerna är ett faktum som inte går att blunda för. EU-kommissionen måste agera och se till att de belarusiska myndigheterna skjuter upp starten av Astravjets tills dess att alla åtgärderna har genomförts. Det finns alltför många politiker i den här kammaren som ständigt lyfter kärnkraften som en del av klimatomställningen, men även ni måste ju reagera på vad som nu händer, bara kilometer från Europas gräns.

Under byggfasen av Astravjets inträffade åtta kända säkerhetsincidenter. Under 2020 inträffade haveri i fyra spänningstransformatorer och funktionsfel i kylsystemet. Detta är fullständigt oacceptabelt. Det är inte en fråga bara om klimatet, utan även en säkerhetspolitisk angelägenhet. Vi måste bli av med detta beroende från ryskt inflytande i kärnkraftverk både innanför och utanför Europas gränser.

Beata Szydło (ECR). – Pani Przewodnicząca! Szanowna Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Ta inwestycja, o której dzisiaj rozmawiamy (podkreślali to wszyscy moi przedmówcy), dotyczy szeroko rozumianego bezpieczeństwa mieszkańców Europy, szczególnie tych państw, które graniczą z Białorusią. Martwimy się, boimy się, dlatego że ta inwestycja niesie ze sobą szereg różnego rodzaju zagrożeń. I Komisja Europejska musi dołożyć wszelkich starań, by monitorować przebieg realizacji tej inwestycji, również tego, jak ona funkcjonuje.

Ale chcę podkreślić przede wszystkim w tym momencie jeszcze jeden wymiar – bardzo istotny – dotyczący tego, kto realizuje tę inwestycję. Była tu również o tym mowa. To jest inwestycja, która jest realizowana wspólnie przez Putina i przez Łukaszenkę. Co to oznacza? Oznacza to kłopoty, które czekają nas wszystkich, i musimy mieć tego świadomość. I nie można zamiatać tej sprawy pod dywan, tak jak jest to niestety robione w Unii Europejskiej z Nord Stream 2 i chociażby nierozważnymi wypowiedziami takimi jak w ostatnich dniach wypowiedź prezydenta Niemiec, świadcząca o zupełnym niezrozumieniu sytuacji i kontekstu, w którym znajduje się Unia Europejska.

Łukasz Kohut (S&D). – Pani Przewodnicząca! Elektrownia jądrowa w Ostrowcu na Białorusi zaczęła wytwarzać energię elektryczną na początku listopada zeszłego roku. Została faktycznie uruchomiona mimo braku koncesji i mimo wielu obaw dotyczących bezpieczeństwa. Nie wiadomo było też, w jakim stopniu białoruskie władze wdrożyły zalecenia Międzynarodowej Agencji Energii Atomowej. Przeciwko elektrowni jądrowej w Ostrowcu protestują białoruscy obywatele. Członkowie organizacji pozarządowych, którzy interesują się instalacją, są prześladowani i zastraszani. Elektrownia jest zlokalizowana w bliskiej odległości od sąsiadujących z Białorusią państw członkowskich: Litwy, Łotwy i Polski. Od Wilna dzieli ją tylko 50 kilometrów.

Energia jądrowa to zawsze duże ryzyko, a tam gdzie nie ma należytej dbałości o środki bezpieczeństwa, to pomysł katastrofalny. Unijne instytucje nie mogą pozostawić tej sprawy samej sobie. Musimy naciskać na białoruskie władze w tej kwestii, a dla energii elektrycznej wytwarzanej w Ostrowcu nie powinno być miejsca na unijnym rynku energii.

Grace O'Sullivan (Verts/ALE). – Madam President, there are good reasons why no nuclear power plants have been built on or near European soil since Fukushima. There are good reasons why nuclear accidents at Fukushima and Chernobyl are described as disasters. There are good reasons why EU Member States have been raising concerns about Ostrovets, the Belarus nuclear power plant, due to open next month, just 20 kilometres from the EU border.

Ostrovets is another nuclear disaster waiting to happen. It violates international conventions, having been built with a total lack of independent oversight of rigorous safety standards. We must learn from the past. Clean, renewable and safe energy sources are available, so it's time to say a resounding 'no' to nuclear.

Beata Mazurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Wszyscy w Unii Europejskiej zgadzamy się, że kwestie zapewnienia bezpieczeństwa energetyki jądrowej są sprawą fundamentalną. Stąd tak ważne jest przestrzeganie najwyższych standardów oraz budowanie i utrzymanie wyjątkowej kultury bezpieczeństwa i bezpieczeństwa w tym sektorze. Temu służą standardy przyjęte w Unii Europejskiej, ale i w ramach Międzynarodowej Agencji Energii Atomowej.

Dlatego chciałabym zapytać, czy oprócz współpracy z krajowymi organami regulacyjnymi ds. bezpieczeństwa jądrowego, Międzynarodową Agencją Energii Atomowej, organami i władzami Białorusi Komisja gromadzi i analizuje informacje z innych źródeł na temat stanu technicznego kluczowych elementów elektrowni w Ostrowcu?

Przypominam, że polska instytucja właściwa w sprawach bezpieczeństwa jądrowego i ochrony radiologicznej, tj. Państwowa Agencja Atomistyki prowadzi regularny dialog ze swoim odpowiednikiem na Białorusi. Popieramy też inicjatywę Estonii, Grecji, Włoch, Łotwy, Litwy i Polski w sprawie standardów i międzynarodowych rekomendacji w zakresie bezpieczeństwa jądrowego w elektrowni Ostrowiec.

Robert Hajšel (S,D). – Madam President, Ostrovets nuclear power plant didn't pass the EU stress test, but it's fully functioning as we are speaking. Ostrovets lies about 20 kilometres from the Lithuanian border. Such proximity can also be found in other Member States, such as nuclear power plants in my country, Slovakia, which are located only some dozens of kilometres from Hungary or Austria – but they have been upgraded to the highest possible safety standards.

In this case, deep concerns have been expressed in Member States like Poland or Lithuania, which we should not only understand but support. Even if I am not against electricity produced by nuclear plants, nuclear safety should be a key priority, both within and beyond external borders. Even if we cannot forget about the risk related to the deepening of energy poverty, especially in the post-pandemic recovery, we can't accept lowered safety nuclear standards. We need stronger and more effective cooperation with the current regulatory authority in Belarus to ensure that Belarusian operators do not only apply a selective application of standards. We have to call on the Belarusian authorities to have more transparency and respect for international nuclear and environmental safety standards.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Gerbiama Pirmininke, Komisare, kolegos, pirmiausia aš noriu iš visos širdies padėkoti šiandien kalbėjusiems kolegoms už jų supratimą ir palaikymą. Kokią didelę grėsmę Astravo atominė elektrinė kelia mūsų Lietuvos žmonėms! Tačiau Astravo atominė elektrinė tą grėsmę kelia ne tik Lietuvai, bet ir visai Europos Sąjungai. Ir todėl čia reikia mūsų labai stiprių ir vieningų veiksmų, nes šitas geopolitinis projektas *de facto* pradėjo veiklą dar praėjusiais metais, net neturėdamas oficialios eksploatavimo licencijos ir neatitikdamas jokių tarptautinių standartų. Ir netrukus, kitą mėnesį, planuojama pradėti komercinę elektros gamybą. Ir tai kelia dar didesnį susirūpinimą bei kartu reikalauja imtis skubių veiksmų iš Europos Sąjungos pusės ir iš Europos Komisijos pusės, siekiant sustabdyti elektrinės paleidimo procesą tol, kol ši elektrinė atitiks visus tarptautinius saugos ir saugumo standartus. Baltijos šalys susitarė solidariai nutraukti komercinius elektros mainus su Baltarusija. Ir šiandien labai kviečiu visus kolegas būti vieningiems ir kovoti prieš Astravo atominę elektrinę.

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ

Wiceprzewodnicząca

Carmen Avram (S&D). – Doamnă președintă, la 35 de ani de la tragedia de la Cernobîl, ale cărei efecte sunt resimțite și azi de milioane de oameni, pericolul se apropie din nou de Uniunea Europeană și, din nou, sursa lui, chiar și indirectă, este Rusia.

De aceea, salut rezoluția ITRE și apelul ferm către Comisie de a se asigura că centrala din Belarus nu va porni înainte ca toate măsurile de siguranță să fie la standarde internaționale, căci această centrală poate deveni nu doar un risc pentru statele vecine Belarusului, dar și o permanentă sursă de disconfort și de presiune asupra cetățenilor europeni.

În același timp, însă, cred că ar fi regretabil ca acest incident să devină pretextul unei campanii anti-energie nucleară curată pe teritoriul Uniunii. Statele membre trebuie să facă tranziția spre o energie curată și, din cauza specificului național, unele nu pot crea mixul energetic fără energie nucleară. Ultimul lucru pe care ni l-am dori ar fi ca Uniunea Europeană să devină și mai dependentă de importul de energie rusească, eventual, și, ironic, chiar energie nucleară.

Kadri Simson, *Member of the Commission*. – Madam President, I thank the honourable Members for the question and recommendations. I heard alarm about this power plant and about its risks and I can assure you that the Commission will not spare any efforts to avoid any risks for our citizens from this project. We are as concerned as this Parliament is.

You raised many topics, among them the issue of electricity trade. The three Baltic states decided already in August 2020 that commercial exchanges with electricity from Belarus will be stopped as soon as the Ostrovets nuclear power plant becomes operational, and commercial exchanges with Belarus have effectively stopped on 3 November last year when the nuclear power plant was connected to the grid. We do not have evidence that would confirm that the electricity sold to the Baltic market by Russia would have been bought from Belarus, but we are looking closely at all information available on trade flows and we will continue following the developments.

On the other hand, physical flows are unavoidable as the three Baltic states are still connected to the grid with Russia and Belarus. That is why we need the rest of this programme through the synchronisation process with the EU continental grid, and the Commission is committed and contributes to it with EUR one billion. Moreover, the European Council conclusions from December 2020 have raised the issue of EU-level measures to prohibit electricity from nuclear power plants from third countries which do not fulfil EU-recognised nuclear safety standards, and the Commission services are carrying out analyses on whether obligations under international law and national prerogatives on nuclear energy leave scope for measures at EU level concerning electricity imports from third countries.

The Commission is also working closely with the Baltic states to explore whether specific measures could be put in place in the meantime before synchronisation takes place in 2025. Such measures include, for instance, robust investigations on the origin of electricity imported from third countries or defining a grid use tariff also for import flows.

Some of you also stressed the importance of implementing all the safety recommendations, and indeed the Commission insists on that. Yet the definition of key recommendations has not been made by the Commission but by the European Nuclear Safety Regulators Group (ENSREG), and I fully trust the expertise of ENSREG on this matter.

Some of you also asked me if we have a second opinion other than our ENSREG experts group. Belarus is party to the relevant International Atomic Energy Agency (IAEA) nuclear safety conventions, including the Convention on Nuclear Safety, and is bound by their requirements. Belarus has recently hosted a IAEA peer review mission and an integrated regulatory review services follow-up mission foreseen in the third quarter of this year. In any case, the Commission will not stop making any efforts to ensure the nuclear safety of the Ostrovets nuclear power plant based on the outcomes of this week's peer review mission, and we know that a second mission must take place to look at all the other recommendations.

We make every effort that is needed to ensure the continuation of the voluntary cooperation between Belarus on nuclear safety. We will also continue to work on the follow-up to the December European Council conclusions and to promote joint action of the Baltic states and electricity trade issues, and on the progress of the synchronisation project. I count on your support on this.

Przewodnicząca. – Otrzymałam jeden projekt rezolucji złożony zgodnie z art. 136 ust. 5 Regulaminu*.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 11 lutego 2021 r. _____

*Patrz protokół posiedzenia

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu.* – Šiandien svarstome Astravo atominės elektrinės klausimą, kuris yra svarbus Lietuvos ir kaimyninių šalių saugumui. Jos vieta neramina, nes elektrinė pastatyta apie 50 km nuo Vilniaus ir netoli kitų ES šalių, tokių kaip Lenkija, Latvija, Estija. Atsidūrėme aklavietėje, to galėjome išvengti. Klaida tapo priverstinis efektyvios jėgainės Ignalinoje uždarymas; be to, konkrečių praeities EK ir Lietuvos valdžios institucijų veiksmų trūkumas praeityje dėl elektrinės vietos taip pat mums nepalankus. Tai pagreitino Baltarusijos sprendimą statyti elektrinę Astrave, siekiant parduoti energiją Lietuvai. Dar 2011 m. specialiame EP pareiškime perspėjau ir paraginau Komisiją sustiprinti derybas su Baltarusija dėl planuojamos naujos elektrinės statybų, sudaryti dvišalę darbo grupę, kad būtų sukurti bendri aukšti branduolinės energijos saugumo standartai ir būtų sutarta dėl saugios būsimos elektrinės vietos. Jei tada mano balsas būtų išgirstas, Astravo elektrinės problema greičiausiai neegzistuotų. Ką mes galime padaryti šiandien, kad sumažintume pavojų gyventojams, kai gamykla jau veikia? EK turėtų skubiai pradėti derybas su Baltarusija, geriausiai iki 2021 m. kovo, kai Baltarusijos valdžios institucijos planuoja pradėti komercinę elektrinės veiklą, kad paskatintų Baltarusiją glaudžiai bendradarbiauti sustabdant paleidimo procesą iki tol, kol visos rekomendacijos, kylančios iš ES testų ekstremaliausiomis sąlygomis, bus įgyvendintos ir visi saugumo patobulinimai įvykdyti. Komisija turi peržiūrėti galiojančią teisinę ir reguliavimo sistemą dėl branduolinių įrenginių saugos ES ir už jos ribų, nes Astravo elektrinės sauga yra prioritetas.

6. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

6.1. Ruanda: der Fall Paul Rusesabagina

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest debata nad sześcioma projektami rezolucji w sprawie Rwandy, przypadek Paula Rusesabaginy (2021/2543(RSP)) (*).

Róża Thun und Hohenstein, *author.* – Madam President, this resolution is about principles. I am replacing our colleague, David Lega, who has asked me to stress that it's about the rule of law, human dignity and fundamental human rights.

Paul Rusesabagina is a man who fought for these values. He helped save the lives of hundreds of people during the genocide in Rwanda. On top of that, he has been a proud promoter of change in Rwanda. Mr Rusesabagina has fought for Rwanda in order to ensure its citizens' dignity and justice. He wanted them to live in a society of democracy and the rule of law, where human rights are respected. For this, he is being brutally punished. He was kidnapped and illegally detained. He is currently imprisoned in Kigali.

We demand an international, independent, transparent and credible investigation on the transfer and arrest of Mr Rusesabagina. We demand that the Rwandan authorities allow Mr Rusesabagina a fair and public hearing by an independent and impartial tribunal, applying international human norms and standards. Mr Rusesabagina deserves a fair trial, he deserves justice and he deserves dignity.

I also want to stress that Mr Rusesabagina is a Belgian citizen. The EU must work to ensure that his rights as a European citizen are upheld at all stages of his trial. So please, dear colleagues, in my name and David Lega's name, support this resolution.

Kathleen Van Brempt, *author.* – Madam President, Mr Paul Rusesabagina is a human rights defender, a Belgian citizen and a US resident. He offered shelter and protection to more than a thousand people during the genocide in Rwanda. He's also a very strong critic of President Paul Kagame and the ruling Rwandan Patriotic Front government.

This summer he was kidnapped in Dubai and reappeared in Kigali under very unclear circumstances. He went missing for four days and, according to his own statement, his hands and feet were tied during that period and he remained in isolation. Now he stands on trial for terrorism. He has no regular access to his family, the lawyers of his choosing and his medication. President Kagame already pronounced him guilty before the trial even started.

We condemn the abduction and ask for an international investigation. We also want assurance that the legality of the arrest can be challenged and investigated independently. If the arrest was illegal, Mr Rusesabagina should be released. If the Rwandan Government wants to make the case against him, they should ask for an international arrest warrant. If the grounds on which he is accused are solid, Europe shall not stand in Rwanda's way.

We call upon Belgium to proactively investigate the legality of the arrest and the trial of Mr Rusesabagina and assure that his rights as a Belgian and European citizen are respected. I also call upon the European Union to strengthen the human rights dialogue with Rwanda and put greater emphasis on respect of human rights, the rule of law, international commitment and transparent governance. We cannot accept that governments act as cowboys. Mr Rusesabagina is a European citizen. He has the right to fair treatment, and that is the job that we as MEPs need to do. This should be respected.

Hilde Vautmans, *auteure*. – Madame la Présidente, chers collègues, que s'est-il passé le 27 août 2020 à Dubaï, en ce qui concerne M. Paul Rusesabagina? Ici, personne ne le sait. En revanche, on sait bien que ce monsieur s'est retrouvé dans un autre pays sans son consentement. On sait qu'il n'y a pas eu d'arrestation des autorités des Émirats arabes unis, mais qu'il se retrouve en prison au Rwanda pour ses actes – je vous laisse le choix du nom de l'infraction.

Aujourd'hui, nous demandons justice. Justice pour M. Rusesabagina, non pas parce qu'il est le plus célèbre des Rwandais, non pas parce qu'il est lauréat de plusieurs prix de la paix, mais parce qu'il a tout simplement droit à un procès équitable.

Nos inquiétudes sur son arrestation, sur ses conditions d'emprisonnement sans procès et surtout sur sa santé sont partagées par les membres du Congrès américain, qui ont adressé sept lettres de demande de libération aux autorités rwandaises.

Chers collègues, la communauté internationale nous regarde, attendant de voir ce que l'Europe va faire, parce que M. - Rusesabagina est un citoyen européen. Il est de notre devoir d'agir quand les droits de l'un de nos concitoyens sont bafoués.

Chers collègues, on assiste à une croisade contre les hommes de paix dans cette région. Hier encore, on a parlé des intimidations contre le prix Nobel de la paix, le Dr Mukwege. Aujourd'hui, on parle du lauréat de la médaille présidentielle américaine de la liberté. Il est temps de dire stop! Nous disons stop en votant cette résolution, afin d'envoyer un message clair. Nous demandons qu'une enquête internationale indépendante, transparente et crédible soit menée sur le transfert, l'arrestation et les conditions de détention de M. Rusesabagina, afin que nous puissions obtenir des réponses à toutes nos questions sans réponse.

Katrin Langensiepen, *Verfasserin*. — Frau Präsidentin! Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Prominente Fälle, wie der von Paul Rusesabagina und des in Haft tot aufgefundenen Sängers Kizito Mihigo, sind nur die sichtbaren Zeichen einer politischen Landschaft, in der politische und zivilgesellschaftliche Freiheiten und gerichtliche Unabhängigkeit unter stärkstem Druck stehen.

Deswegen bleibt es wichtig, dass wir als Europäisches Parlament klar die Einhaltung internationaler Standards bei Gerichtsverfahren in Ruanda einfordern, dass wir klar das Ende politisch motivierter Anklagen fordern. Dazu gehört auch, dass das Verschwindenlassen von Regierungskritikerinnen und Regierungskritikern sowie von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern oder ihr Tod in Haft ein Ende finden und unabhängig aufgeklärt werden müssen. Und natürlich müssen Repressionen gegenüber eigenen Staatsangehörigen in der Diaspora in anderen Ländern klar verurteilt, gestoppt und aufgearbeitet werden.

Doch dieser Prozess hat im Grunde einen Hintergrund: den Kampf um die Deutungshoheit über die Geschichte des Völkermords und die Staatsdoktrin eines zunehmend autoritär agierenden Präsidenten in Ruanda.

Und natürlich ist da die Angst, dass die Schatten der Vergangenheit das Land wieder einholen könnten. Die Auseinandersetzung um die Geschichte und Zukunft Ruandas muss aber in jedem Fall eines sein – gewaltfrei und demokratisch.

Über diese Resolution hinaus müssen die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Kooperationen mit Ruanda im Einklang mit universellen Grundrechten stehen und Mittel nicht dazu genutzt werden, um diese elementaren Rechte zu torpedieren. Und das bedeutet auch, dass die gegenwärtig vorhandenen Wirtschaftsabkommen tatsächlich durchsetzbare Bestimmungen in den Bereichen Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung beinhalten müssen.

Der Fall Rusesabagina kann auch als Moment begriffen werden, einen zwingend notwendigen neuen Weg einzuschlagen. Wenn es um die sechzig Prozent der erst nach dem schrecklichen Völkermord geborenen Personen geht, dann bedeutet das viele tausend Male Hoffnung für das Land jenseits von Gewalt und Repression. Nur so kann Ruanda ein Partner für Europa sein.

Assita Kanko, *auteur*. – Voorzitter, het verbijsterende lotgeval van Paul Rusesabagina moet worden gezien tegen de achtergrond van de transnationale onderdrukking door het Rwandese regime van opposanten in ballingschap.

De Mensenrechtenraad van de Verenigde Naties heeft Rwanda afgelopen maand nog aanbevolen een eind te maken aan de buitengerechtelijke terechtstellingen, gedwongen verdwijningen, willekeurige opsluitingen en overlijdens in gevangenschap. Rwanda werd bovendien aangeraden het Internationaal Verdrag inzake de bescherming van alle personen tegen gedwongen verdwijning te ratificeren. Dit laatste overkwam Paul Rusesabagina.

De Rwandese overheid moet uitleg bieden over de omstandigheden van de onvrijwillige overtocht van Paul Rusesabagina van Dubai naar Kigali en over de periode dat hij incommunicado werd gehouden. De kritiek die op zijn regime werd geuit door de iconische held van Hotel Rwanda, die inmiddels de Belgische nationaliteit heeft verworven en verblijfsrecht in de Verenigde Staten geniet, stond vooral president Kagame bijzonder tegen. Er heerst dan ook grote twijfel over de vraag of Paul Rusesabagina in Rwanda ooit een eerlijke rechtsgang zal krijgen. De EU moet daarom eisen dat hij onmiddellijk wordt vrijgelaten en veilig kan terugkeren.

In afwachting daarvan moet Paul Rusesabagina beroep kunnen doen op advocaten van zijn eigen keuze, vrijelijk kunnen communiceren met zijn familie en de nodige medische bijstand ontvangen. De delegatie van de EU en de ambassades van de lidstaten in Rwanda moeten dit proces, dat berust op gefingeerde beschuldigingen, nauwgezet volgen en de Europese Unie moet de mensenrechtendialoog met Rwanda in een veel hogere versnelling schakelen. Laat onze landgenoot niet in de steek!

Marisa Matias, *Autora*. – Senhora Presidente, Paul Rusesabagina era o diretor do hotel *Les Mille Collines*, em Kigali, durante o genocídio do Ruanda, em 1994, onde ofereceu abrigo e proteção a 1268 tutsis e hutus que se opunham ao massacre.

O genocídio do Ruanda matou entre 800 mil e um milhão de pessoas. Essa proteção garantiu-lhes a vida. A sua história de ativismo é bem conhecida e deu mesmo origem ao filme «Hotel Ruanda». Desde há anos que é um conhecido opositor do Presidente Kagame.

Em agosto de 2020, Rusesabagina foi preso e transferido do Dubai para Kigali em circunstâncias muito pouco claras. Desde então, tem-lhe sido negado o acesso a apoio legal independente e vários advogados que quiseram defendê-lo viram negada essa possibilidade. Acresce a tudo isto que a sua situação médica inspira muitos cuidados.

Por todas estas razões, condenamos o seu desaparecimento forçado e a sua detenção. Qualquer detenção que implique extradição deve obedecer aos procedimentos previstos na lei internacional. Não é isso que está a acontecer.

Pedimos, por isso, que o Sr. Rusesabagina passe a ter acesso a uma investigação internacional independente. O Sr. Rusesabagina não pode ser sujeito a um julgamento político. Tendo em conta que o Sr. Rusesabagina é um cidadão europeu, apelamos ainda às instituições europeias para que garantam que a legalidade da detenção e do julgamento é garantida.

Λουκάς Φουρλάς, *εξ ονόματος της ομάδας PPE*. – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, ως Κύπριος, ως Ευρωπαίος και ως άνθρωπος είμαι εξαιρετικά ευαίσθητος σε θέματα που αφορούν τα ανθρώπινα δικαιώματα και την προστασία της ανθρώπινης ζωής και αξιοπρέπειας και θέλω να πω ένα μεγάλο ευχαριστώ στους συναδέλφους —και ειδικά στον συνάδελφο David Lega— που έφεραν το θέμα αυτό σήμερα στην Ολομέλεια για να το συζητήσουμε. Η κατάσταση στη Ρουάντα και όσες πληροφορίες φτάνουν από εκεί δεν μπορούν παρά να μας προκαλούν ανησυχία. Μετά τις εκατόμβες νεκρών που προκάλεσε ο εμφύλιος και παρά τις προσπάθειες να επανέλθει η χώρα στην ομαλότητα, φαίνεται δυστυχώς ότι υπάρχει ακόμα πολύς δρόμος. Η υπόθεση της σύλληψης και εξαφάνισης του υπερασπιστή των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, Paul Rusesabagina, είναι ακόμα μία ανησυχητική εξέλιξη για την οποία ως Ευρωκοινοβούλιο ζητούμε συγκεκριμένες εξηγήσεις. Πρόκειται για έναν Ευρωπαίο πολίτη, έναν ακτιβιστή διεθνώς αναγνωρισμένο, η ιστορία του οποίου έχει συγκινήσει. Υπενθυμίζουμε ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι μια ένωση αρχών και αξιών. Όποιος, λοιπόν, θέλει να έχει σχέσεις μαζί μας πρέπει να σέβεται αυτές τις αρχές. Τονίζουμε ότι η εξαφάνισή του παραβιάζει τις υποχρεώσεις της Ρουάντα βάσει του Διεθνούς Συμφώνου για τα πολιτικά δικαιώματα. Ως εκ τούτου, απαιτούμε την άμεση απελευθέρωσή του και τη συμμόρφωση των αρχών της χώρας που τον κατακρατεί με τις διεθνείς υποχρεώσεις που έχει υπογράψει. Και αυτό απαιτούμε να γίνει άμεσα.

Carlos Zorrinho, *em nome do Grupo S&D*. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, Paul Rusesabagina, teve um papel crucial durante o tristemente lembrado genocídio do Ruanda. Apesar de defensor da paz e da concórdia, ousou ter opinião e ser, quando entendeu, crítico do sistema do seu país de origem. Numa viagem programada para o Dubai, foi publicamente dado como detido no Ruanda em agosto de 2020, numa nebulosa operação que invocou a cooperação internacional para o deter.

Encontra-se, desde então, sob a tutela dos serviços judiciais ruandeses, sem culpa formada, em prisão preventiva sem fim à vista, vítima de protelamentos reiterados e injustificados. Está detido sem acesso a um advogado indicado por si ou pela sua família. Está detido sem acesso à sua medicação, sendo doente crónico de risco, apesar dos apelos da família e da entrega da medicação pelas autoridades belgas aos serviços prisionais. Está detido sem acesso a qualquer informação sobre a razão da sua detenção ou a sua prova da acusação que preliminarmente lhe fizeram de ser fundador e participante ativo de um grupo terrorista, o que dificulta a preparação da sua defesa.

Quero relembrar e reiterar, nesta nossa Casa da democracia, que este conjunto de comportamentos das autoridades ruandeses constitui uma clara violação dos direitos mínimos dos prisioneiros. É uma violação do direito de acesso à justiça e a um julgamento justo, à luz das normas internacionais, designadamente os tratados das Nações Unidas e do Acordo de Cotonu, de que o Ruanda faz parte.

Apelo às autoridades ruandesas para que resolvam este caso com celeridade, transparência e justiça. Apelo também a que seja dada a Paul Rusesabagina, o acesso aos serviços consulares belgas, país da União Europeia do qual é nacional, acesso aos cuidados medicamentosos de que depende e acesso a um advogado por ele designado para o apoiar na sua defesa. É preciso que o Ruanda permita que a justiça funcione num patamar compatível com a maturidade e a estabilidade alcançadas num país tão martirizado por um genocídio inesquecível no final do século passado.

Hélène Laporte, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, mes chers collègues, le cas particulier d'un opposant au régime de Paul Kagame nous ramène inexorablement au génocide perpétré dans ce pays 25 ans plus tôt, dont nous condamnons de toutes nos forces l'indicible horreur.

Néanmoins, pour la résolution qui nous intéresse, l'Union européenne n'a pas de légitimité diplomatique et pourtant elle s'intéresse au cas de M. Rusesabagina. L'ingérence européenne sur tous les continents et sans résultat doit cesser car ce n'est pas son rôle.

Au mois de septembre dernier, M. Rusesabagina, connu pour son activisme politique contre le régime en place, a été inculpé par la justice rwandaise. Il avait notamment dénoncé les massacres commis par les soldats rwandais sur des civils hutus fuyant en République démocratique du Congo; dernièrement, c'est son alliance avec le Front de libération nationale, la branche armée d'un parti politique après une alternance au régime, qui lui a été reprochée. Le mois précédent, il a été arrêté dans des circonstances troublantes et opaques. Il aurait été kidnappé à Dubaï et livré ensuite illégalement au Rwanda.

Hélas, ses origines familiales le placent au cœur de la discrimination rwandaise. Il est né d'un père hutu et d'une mère tutsi. Comment accepter que de telles discriminations puissent avoir lieu?

Détenu depuis le mois d'août au Rwanda, la communauté internationale s'intéresse enfin à sa situation, alors que son pays d'origine bafoue allègrement les droits de l'homme. En effet, des cas de décès en détention, de disparitions forcées ou de torture sont régulièrement rapportés. Le message politique lancé aux opposants de ce régime en place est limpide: il n'accepte aucune dissidence. Ce n'est pas tolérable.

Par ailleurs, je m'interroge sur la faiblesse du soutien de la Belgique, dont les autorités diplomatiques ont rendu seulement trois visites à son ressortissant.

Enfin, les conditions de détention doivent rester dignes, car le Rwanda n'a pas signé la convention de Strasbourg relative au transfèrement et personne ne devrait être détenu dans de telles conditions. Je crains pourtant hélas que la résolution proposée ne fasse pas varier les agissements de ce régime dictatorial, l'Union européenne n'ayant pas légitimité diplomatique et l'ingérence de Bruxelles ne s'autorisant pas de limite, alors même que le haut représentant vient d'être dernièrement humilié à Moscou.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Moi szacowni przedmówcy przedstawili pewną fotografię brutalnej rzeczywistości, w której dyktatorzy represjonują, prześladują, zamykają opozycjonistów czy też opozycjoniści ci znikają, są porywani. Dyktatorzy ci pokazują tak naprawdę swoją słabość i strach. Dobrze, że w tej sprawie Parlament Europejski, choć tak często podzielony, mówi jednym głosem.

Człowiek, który cieszy się powszechnym szacunkiem, nie tylko u siebie, ale także na arenie międzynarodowej, na szeroko rozumianym Zachodzie, powinien być przedmiotem naszej troski i solidarności. Tak jest.

A na koniec chciałem powiedzieć, że byłem w Ruandzie, byłem w Kigali, byłem w muzeum ludobójstwa i miałem tam smutną refleksję, także na temat tych krajów europejskich, które mają za sobą przeszłość kolonialną, bo do tej pory mają się czego wstydzić.

Mislav Kolakušić (NI). – *Poštovana predsjedavajuća*, 1994. godine u Ruandi je počinjen genocid. Ubijeno je milijun ljudi. Većina od njih je ubijena mačetom. Većinski narod šuti, ubijao je manjinski narod Tutsi, ali ubijali su i pripadnike vlastitog naroda koji su pomagali Tutsijima da spase život. Ovdje danas govorimo o čovjeku koji je pokazao iznimnu i rijetko viđenu hrabrost. On je danas i građanin Europske unije i zaslužuje svu našu potporu i svu moguću pravnu i svaku drugu zaštitu koju mu možemo pružiti. Prvenstveno je potrebno uistinu zahtijevati od vlasti da kažu kako je gospodin prebačen u Ruandu. Ako se radi o nezakonitom, moraju ga vratiti u sigurnu zemlju.

Hannes Heide (S&D). – Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Kommissar. Das Verschwinden, die Inhaftierung von Paul Rusesabagina passt gar nicht zu dem Bild, das Ruanda in Europa abgeben will.

Das Land bietet sich als sicher und stabil an, wirbt in Europa um Touristen und sponsert sogar ein Premier League-Fußballteam. Der Fall Rusesabagina, der Umgang mit den Rechten eines Bürgers Belgiens und damit der Europäischen Union, stellt allerdings alle diese Bemühungen in den Schatten und schädigt nachhaltig den Ruf Ruandas in Europa.

Das sind nicht die Nachrichten, die wir aus Ruanda erhalten wollen, denn sein Schicksal ist freilich kein Einzelfall. Immer wieder kommt es zu Rechtsverletzungen im Zusammenhang mit Inhaftierungen von Regierungskritikern. Zahlreiche Fälle von Verfolgung und Todesfällen in Polizeigewahrsam oder Haft bleiben unaufgeklärt. Der Umgang mit Paul Rusesabagina wird daher zum Symbol für den Umgang mit Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in Ruanda.

Paul Rusesabagina muss umgehend ermöglicht werden, Rechtsmittel gegen seine Festnahme zu ergreifen und sich von einem Rechtsbeistand seiner Wahl vertreten zu lassen. Sein Fall ist von einem unabhängigen Gericht unter internationalen Rechtsstandards zu verhandeln. Ruanda muss seine eingegangenen Verpflichtungen aus dem Cotonou-Abkommen, der Afrikanischen Charta und dem Internationalen Pakt über politische und bürgerliche Rechte einhalten.

Die Institutionen der Europäischen Union sind aufgefordert, die Rechtmäßigkeit der Festnahme zu untersuchen. Denn immerhin unterstützt die Europäische Union Ruanda im 11. Europäischen Entwicklungsfonds mit insgesamt 460 - Millionen EUR, die auch mit dem Aufbau demokratischer Strukturen und dem Schutz der Menschenrechte verknüpft sind.

Die Delegation der EU in Ruanda sowie die belgische Botschaft müssen die Möglichkeit bekommen, den Prozess gegen Rusesabagina zu überwachen und ihn im Gefängnis zu untersuchen. Der Menschenrechtsdialog mit Ruanda ist auf höchster Ebene zu führen.

Beata Mazurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Szanowni Państwo! Paul'owi Rusesabagina przypisuje się ocalenie ponad 1200 rodaków ukrywających się w hotelu, w którym był menedżerem, przed gangami uzbrojonymi w maczety podczas ludobójstwa w 1994 r., które pochłonęło minimum 800 000 istnień ludzkich w Rwandzie. Paul Rusesabagina zyskał międzynarodową sławę, kiedy jego bohaterskie czyny zostały przedstawione w hollywoodzkim filmie „Hotel Rwanda". W 2005 r. został za swoją działalność odznaczony amerykańskim Prezydenckim Medalem Wolności, najwyższym odznaczeniem cywilnym w USA.

We wrześniu 2020 r. Paul Rusesabagina został schwytany przez rwandyjskie służby specjalne na pokładzie samolotu ze Zjednoczonych Emiratów Arabskich do Burundi i przetransportowany samolotem rządowym do Kigali, gdzie został oficjalnie aresztowany.

Jego proces miał się rozpocząć 26 stycznia tego roku i został przełożony ze względu na problemy z dostępem zatrzymanego do międzynarodowych prawników i utrudnieniami w kontakcie z adwokatami w Kigali. Kolejna rozprawa ma się rozpocząć 17 lutego.

Unia Europejska powinna uważnie przyglądać się tej sprawie i, w razie gdy zajedzie taka potrzeba, skuteczne reagować.

Nicolas Schmit, *Member of the Commission*. – Madam President, let me start by assuring you that High Representative and Vice-President Borrell is well aware of the case of Mr Rusesabagina, and that the EEAS and the EU delegation in Kigali are in close contact with the Belgian authorities and the Belgian and US Embassies in Rwanda.

Our Ambassador has discussed Mr Rusesabagina's court case with the highest authorities, including President Kagame, the Minister of Foreign Affairs and the Minister of Justice. He has emphasised our expectation that Mr Rusesabagina is provided with appropriate legal counsel and medical care and that conditions prevail for the rule of law, a fair trial and due process. The EU delegation has already formally requested the authorities to facilitate access to the court and received confirmation that it can follow the court sittings, to be opened at the High Court on 17 February.

I would also like to inform you on the situation of Mr Rusesabagina in Rwanda. Since his arrival, which you described, the Belgian authorities have provided consular assistance and have seen him and talked to him regularly. We have been informed that the US Embassy was able to have regular visits and contacts with him. Mr Rusesabagina has been, and is, in regular medical care. He receives daily medication. We have received reassurances that another medical examination on 9 February in Kigali found him in good condition. The authorities are ready to open a direct channel between Belgian and US doctors and the Rwandan doctors.

Upon his arrival, Mr Rusesabagina was afforded free legal counsel, provided through the Rwanda Bar Association. Later he chose to replace these lawyers by another Rwandan lawyer of high international reputation. He has also appointed other international lawyers to assist in his defence. However, these would need to be authorised by the Rwanda Bar Association in order to be able to appear before a Rwandan court. There have been issues with access to documents of the prosecution and of his lawyer, slowing down the preparation of his defence. Alerted to these issues, the Rwandan authorities have promised to take action to enable him to prepare properly for the process.

We will continue to engage with the Rwandan authorities on human rights issues, good governance and the rule of law in our regular political dialogue, as we do with all our partners. Under the 11th European Development Fund, governance is a focal area of our cooperation and will continue to be in the new programming.

Exchanges have started with the authorities to work with law enforcement authorities on human rights – sensitive approaches. Human rights have to be respected universally and at all times, including for prisoners and those who are accused. We are confident that Rwanda will bring about fair, credible and independent justice for Mr Rusesabagina.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 11 lutego 2021 r.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Laura Ferrara (NI), *per iscritto*. – Nel caso della sparizione forzata di Paul Rusesabagina, ritengo che l'UE debba richiedere con fermezza alle autorità governative del Ruanda, che i diritti fondamentali di questo attivista dei diritti umani, vengano garantiti, affinchè sia assicurato un processo equo da parte di un giudice competente, indipendente ed imparziale. Il signor Rusesabagina ha salvato migliaia di vite offrendo rifugio e protezione in un hotel, che gestiva durante il genocidio ruandese del 1994. Occorre indagare sulle condizioni opache in cui è stato arrestato questo cittadino dell'Unione europea, a cui viene negato l'accesso a un avvocato di sua scelta, il contatto regolare con la sua famiglia, il rispetto dei suoi diritti e della sua dignità.

(*) Patrz protokół posiedzenia.

6.2. Die Menschenrechtslage in Kasachstan

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest debata nad siedmioma projektami rezolucji w sprawie sytuacji praw człowieka w Kazachstanie 2021/2544(RSP) **(*)**.

Róża Thun und Hohenstein, *author*. – Madam President, the Kazakhstan Government intends to celebrate the 30th anniversary of independence, but it will not be a real celebration until all political prisoners are released, until politically-motivated court proceedings are dropped, as well as all kinds of harassment aimed at regime critics, human rights defenders and civil society activists – until all of this is stopped.

But, unfortunately, these are the common practices in today's Kazakhstan. A year ago, I visited Kazakhstan to discuss the implementation of Kazakhstan's human rights obligations stemming from the Enhanced Partnership and Cooperation Agreement. It was during this very visit that Dulat Agadil, a blogger and a prominent human rights activist, died in a pre-trial detention facility. Died, or was he killed? I saw pictures and films from his brutal deportation from home. I saw pictures and films showing his dead body with traces of torture. I heard that he was denied medical aid and he died only several hours after his detention. I asked at several meetings with the authorities, 'what happened'? So far, nobody has received a serious response.

Those films were made by his son, Zhanbolat. A few months later, Zhanbolat, 17 years old and the main witness of Dulat's arbitrary arrest, was murdered in suspicious circumstances. Those also have not been properly investigated. Only in 2020, three more opposition activists, Serik Orazov, Amanbike Khairolla and Garifulla Embergenov, lost lives after being put under immense political pressure.

The authorities obstruct a fair and transparent investigation into these deaths and none of the perpetrators has been brought to justice. Yes, we hear and we welcome the release from prison of certain opposition leaders and we welcome the cancellation of fines that had been unjustly put on NGOs, but we cannot accept imposing bans on their activism and constant pressure on civil society organisations is an unacceptable practice.

Opposition movements, human rights activists, are labelled extremist organisations and treated as such. We elaborate more on this in our resolution. I want to very sincerely thank all of your colleagues and our wonderful staff members who cooperated on it and I want to appeal to you all. I also want to urge all our EU institutions to strengthen Kazakhstan's civil society, raising concerns with the authorities and even considering the imposition of targeted sanctions against state officials linked to human rights abuses, including the political killings.

I wanted to add the last sentence because, as we are talking now, at least 17 supporters of peaceful opposition movements risk sharing the fate of Dulat Agadil if not immediately released from prison. Their names are Askhat Zheksebayev and Kairat Klyshev. Meanwhile, others like Democratic Choice of Kazakhstan (DCK) activist Almat Zhumagulov, Aset Abishev and Kenzhebek Abishev […] *(The President interrupted the speaker)* … long prison sentences, free for political prisoners.

Andris Ameriks, *autors.* – Labdien, godājamie kolēģi deputāti! Cienījamā priekšsēdētājas kundze!

Es gribētu sākt ar to, ka Kazahstāna ir ļoti svarīgs Eiropas Savienības partneris un attiecības ar Kazahstānu kā vienu no Centrālās Āzijas reģiona stabilitātes un attīstības nodrošinātāju ir ļoti nozīmīgas. Augsti vērtējamas ir arī veiktās reformas valsts pārvaldē un likumdošanā, tai skaitā atceļot nāves sodu. Tieši tāpēc kā Eiropas Savienības nozīmīgam, uz nākotni vērstam partnerim, kā mūsu draugam ir svarīgi izteikt to kritiku, tās bažas par cilvēktiesību normu ievērošanu un nepieciešamību paātrināt un paplašināt demokrātijas reformu ieviešanu. Jau gadu atpakaļ ir stājies spēkā Eiropas Savienības un Kazahstānas uzlabotais partnerības un sadarbības nolīgums, kura mērķis ir nodrošināt plašu pamatu pastiprinātam politiskam dialogam, kur būtiska loma ir demokrātijai, tiesiskumam, cilvēktiesībām un pamatvērtībām. Mūsu kopīgs mērķis ir iedzīvotāju labklājība un demokrātija.

Šodien mēs balsosim par rezolūciju par cilvēktiesību pārkāpumiem Kazahstānā. Kāpēc šis jautājums vispār ir nonācis mūsu dienaskārtībā?

Sākot no pagājušā gada augusta, līdz pat gada beigām vairākos Kazahstānas reģionos bez pietiekoša pamata un pierādījumiem varas iestādes sāka vērsties pret pilsoniskās sabiedrības pārstāvošām organizācijām. Sākās pārbaudes par šo organizāciju saņemtajiem ziedojumiem no ārvalstīm un to izlietojumu. Kopā pret vairāk nekā 20 nevalstiskām organizācijām tika uzsāktas lietvedības. Dažām tika uzlikti lieli naudas sodi, un vairākas organizācijas bija spiestas pārtraukt savu darbību. Šādas Kazahstānas varas iestāžu darbības piesaistīja starptautiskās sabiedrības, tai skaitā arī Eiropas Savienības uzmanību. Un mums ir jāreaģē!

Es aicinu Kazahstānas valdību rīkoties saskaņā ar tās starptautiskajām saistībām, ievērot cilvēktiesības un pamatvērtības. Tāpat aicinu Kazahstānu īstenot reformas, kuru mērķis ir valsts modernizācijas, demokrātijas un stabilitātes veicināšana, kā arī stiprināt centienus reformēt Kazahstānas politisko sistēmu, lai attīstītu parlamentārismu un daudzpartiju sistēmu, un paplašināt arī pilsonisko līdzdalību.

Es vēlreiz vēlos uzsvērt, ka Kazahstāna ir ciešs un uzticams Eiropas Savienības sabiedrotais Centrālāzijas reģionā un Eiropas Savienības un Kazahstānas draudzība ļauj garantēt daudz lielāku drošību šajā reģionā un pārskatāmāku nākotni valsts iedzīvotājiem.

Taču ir lietas, kas ciešā sadarbībā ar Eiropas Savienības institūcijām, Eiropas Parlamentu vēl būtu jāpaveic. Man Kazahstāna savos centienus stiprināt demokrātiskos procesus liekas simpātiska, un uzskatu viņus par saviem draugiem. Tāpēc šī rezolūcija kalpos kā laba ceļa karte, kas sniegs vēl lielāku ieguldījumu Eiropas un Kazahstānas partnerībai.

Petras Auštrevičius, *author.* – Madam President, Kazakhstan ranks 157th in the World Press Freedom Index. The state control over the freedom of speech in modernising and moves on online space seeking to censor and control the internet. Bloggers, opinion makers and social media users are being silenced with long-term prison sentences and confinement to psychiatric clinics. Corruption among ruling elite prevails. The country ranks 94th in the Transparency International Corruption Perception Index, and further impedes the human rights, social justice and socio-economic development.

Despite the Kazakh authorities' promise to improve the human rights record under the Enhanced Partnership and Cooperation Agreement with the EU, despite acceptance of more than 200 recommendations provided by the UN Human Rights Council and despite long-standing OSCE/ODHIR recommendations and recent findings of the ODIHR Limited Election Observation Mission, the human rights violations in Kazakhstan are taking place on a daily basis.

We are alerted and deeply concerned about the shrinking space of civil society, particularly the cases of several human rights organisations. Those activities were suspended and fined on alleged violations and the crackdown against the independent trade unions. An even more worrisome situation is with peaceful opposition movements, Democratic Choice of Kazakhstan (DCK) and Koshe Partiyasy, as their members and supporters dominate the list of political prisoners.

Last year, five political activists, including Dulat Agadil and his 17-year old son, died as a result of illegal actions and political repression by law enforcement and intelligence agencies. Human rights defenders in Kazakhstan are under constant intimidation, harassment and threat of criminal charges. For example, Elena Semenova is being persecuted for exposing torture in prisons. Raigul Sadyrbayeva for helping activists to defend their rights. Anna Shukeyeva and her husband Baurzhan Atuzbayev for aiding politically persecuted persons.

Recent actions of the Kazakh government, when few political prisoners were released, with fines and suspension of activities for several NGOs were removed, are much welcome, but does not fulfil its commitments. It must be clear that the European Union seeks for cooperation with Kazakhstan, but puts respect for human rights and democracy above economic gains.

Viola Von Cramon-Taubadel, *author.* – Madam President, 30 years ago, when Kazakhstan, the last remaining Soviet republic, declared independence and effectively ended the union, hope was high that the new Republic would embrace democracy and build an effective statehood. Hope was high that the people of Kazakhstan, who had suffered on the nuclear site at Semipalatinsk, would now be granted fundamental rights and a chance for a dignified life. All these hopes were crushed by 30 years of Nazarbayev's dictatorship. Not a single fair election was held under his rule, corruption flourished, freedom of speech was severely restricted, the opposition imprisoned, mine workers' protests brutally suppressed and journalists terrorised and murdered.

Now Nazarbayev's successor has promised to do a better job at controlled democratisation . At first glance, party registration has been simplified, participation and protests partially allowed, the death penalty was recently abolished and regions were given a bit more self-governance. Yet the recent deterioration of human rights calls into question the real efforts of the new President.

The key OSCE recommendations were ignored during the last parliamentary elections, censorship was tightened and internet surveillance reached a dystopian level. Hundreds of peaceful protesters were illegally detained, and the practice of harassing, assaulting and arresting journalists was continued. Women and girls still suffer greatly, despite the introduction of mandatory quotas on electoral lists, not to speak of the terrible situation for women in detention centres. The government cracked down on the civil sector, trade unions and human rights organisations. Prisoners are still being tortured and the number of political prisoners has started to rise again.

The EU is based on the respect for fundamental rights and principles. Therefore, economic cooperation with Kazakhstan, which has huge potential, can only be advanced on condition of respecting our fundamental values. Human rights are not for sale.

Malin Björk, *author.* – Madam President, there are certain things that should be universal in this world, respect for democracy, fundamental rights and rule of law, and some of us fight relentlessly for this within the EU. And so that is why we also have to act when human rights and democracy are not respected outside the EU, as is the case today in Kazakhstan. In Kazakhstan NGOs are harassed and silenced. Human rights activists are imprisoned. The peaceful opposition movements are banned. The elections did not meet democratic standards. The authorities imprison individuals on politically motivated charges. They abuse legislation against extremism to call people into defamation and calling them terrorists and also imprisoning, and the situation with ongoing torture, has been documented.

So because of their very activities, their democratic activities, journalists, politicians, peaceful protesters, bloggers and human right defenders, civil society is being targeted and this situation cannot go on. With this resolution we want to send a clear message urging the authorities to stop all types of persecution of dissident voices and to release all political prisoners immediately.

In today's debate I also want to show our solidarity with our sisters in Kazakhstan who fight every day for the right to live a decent life, free from violence. Last year's Women's March was the biggest one in Kazakhstan's independent history. And the women that gathered, they had a manifesto and I quote, we have the experience of living in a country where we do not feel safe, and where the laws do not protect us. Security is the basic need of every person and it is precisely what we are deprived of. The women's activists wrote. So I want to speak up in solidarity with our sisters who fall victim to gender-based violence and urge Kazakhstan to sign the Istanbul Convention, just as I urge those Member States in the EU that haven't signed the Istanbul Convention, to do so.

We call for Kazakhstan to adopt robust legislation against violence against women, against gender-based violence, to protect the rights of those that need it most in a situation when we have not full respect for democracy and rule of law. So feminists around Europe, we stand with women's rights activists in Kazakhstan to speak up against impunity of those perpetrators of gender-based violence.

Thierry Mariani, *auteur.* – Madame la Présidente, il y a 29 ans, le Kazakhstan, alors république socialiste soviétique, devenait un État indépendant. En 29 ans, ce pays a réussi à devenir un État développé ouvert sur le monde où de multiples nationalités cohabitent paisiblement dans une liberté religieuse totale. La vie démocratique peut-elle y être améliorée? Bien sûr, mais bien peu d'États ont réussi à parcourir un tel chemin pacifiquement en si peu de temps.

Le Kazakhstan accomplit depuis des années des progrès évidents en matière de démocratie et de respect des droits de l'homme. Le président Tokaïev poursuit l'ouverture annoncée par le président Nazarbaïev et a encore annoncé récemment des réformes qui augmentent les libertés, comme les mesures déjà prises en mai 2020 avec des lois sur les partis politiques et les assemblées. Évidemment, des progrès restent à faire, les autorités kazakhes l'admettent elles-mêmes.

Que fait en réalité cette résolution? Elle attaque injustement une des républiques d'Asie centrale qui constitue un exemple dans la région, et envoie donc un signal déplorable aux voisins du Kazakhstan qui essayent de suivre la même voie, comme l'Ouzbékistan. Et puis, cette résolution répond surtout au désir d'un ancien ministre kazakh devenu le mécène de toutes les oppositions dans le pays et à l'étranger, M. Abliazov.

Ce monsieur n'est qu'un escroc. Il est accusé d'avoir détourné plus de 6 milliards d'euros dans son pays, lorsqu'il était président de la banque BTA. Il est condamné à la prison à vie pour avoir commandité le meurtre de son associé. Condamné en Grande-Bretagne, recherché en Ukraine et en Russie pour escroquerie, réfugié aujourd'hui en France. Pour se défendre, l'escroc a décidé de se repeindre en défenseur des droits de l'homme et finance abondamment de nombreuses ONG qui, à Bruxelles ou ailleurs, nous harcèlent pour condamner le Kazakhstan.

En 1993, à l'initiative du premier président Nazarbaïev, le Kazakhstan a lancé le premier programme Bolashak, qu'on pourrait traduire par «futur», et, depuis, a envoyé des milliers d'étudiants se former dans les meilleures universités américaines et européennes. Pensez-vous que ce soit le signe d'un gouvernement refermé sur lui-même qui aurait peur de la démocratie?

Voter cette résolution est un bien mauvais service à rendre à un pays qui, à son rythme, avance sur la voie du développement économique et démocratique.

Seán Kelly, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, the deterioration of human rights in Kazakhstan is cause for deep concern. In the past few weeks there has been a crackdown on civil society organisations. Harsh restrictions on the rights to peaceful assembly and association have also been imposed. The elections on 10 January did not demonstrate sufficient political reforms or any sort of democratic modernisation. Despite promises of the inclusion of genuine opposition parties to participate in the political system, no such parties were registered and allowed on the ballot, though several tried. This follows a slew of barriers and blockages to opposition, leaving many people without a voice.

The state of media freedom is also worrying. State-owned or state-subsidised media channels dominate the Kazakhstani media, since the main national opposition newspapers were all banned in 2016. Independent journalists continue to face harassment. Regrettably, gender equality also remains a problem in Kazakhstan. Violence against women is vastly under-reported and LGBTI persons still face legal challenges and discrimination. More must be done to ensure the protection of the victims of gender-based violence.

I urge the government of Kazakhstan to fulfil its domestic and international duties by stopping attacking civil society and providing a culture of open government that empowers citizens. Nothing less will suffice.

A Uachtaráin, comhghairdeas do mo chomhghleacaithe as ucht labhairt ar an ábhar an-thábhachtach seo.

Nacho Sánchez Amor, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, no insistiré en la descripción que han hecho la mayoría de los diputados, una descripción de la que solo ha parecido discrepar mi amigo Thierry Mariani, que ha hecho una descripción de la situación de Kazajistán ligeramente diferente de la otra.

Estamos ante un agujero negro en los derechos humanos que sigue mostrando retóricamente una voluntad de reforma, pero que siempre pondrá por delante —lo han hecho tradicionalmente— primero el desarrollo económico y luego lo que ellos llaman una democratización controlada. El grado de esa democratización lo marca la declaración de la OSCE sobre las elecciones: elecciones no competitivas, elecciones sin ningún estándar democrático y sin ninguna transparencia. La presión sobre las ONG sigue, al igual que la presión sobre los sindicatos. Y se ha hablado poco, yo creo, de la complicidad con China en la presión sobre los uigures.

Y lo que yo me pregunto es: ¿qué hace nuestra embajada?, ¿qué hace nuestra embajada en Kazajstán, que es la que debe garantizar que el Acuerdo de Cooperación incluya todos los aspectos de derechos humanos?

Hemos recibido, señor comisario, quejas sobre la actitud de nuestra embajada en Kazajistán, que dice practicar una diplomacia silenciosa. Señor comisario, la embajada en Kazajistán necesita tener un cantante de ópera, no a Harpo Marx, dada la situación de derechos humanos. Y creo que, si la embajada en Kazajistán no responde a la presión que le están haciendo, inútilmente, las ONG en materia de derechos humanos, seguramente lo que tenemos que hacer es mandar a un cantante de ópera y quitar a Harpo Marx.

Klemen Grošelj, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, *(inaudible)* must be, even if it wishes to be a geopolitical one, based on respect for fundamental rights and universally-respected human rights. Respect of implementation of fundamental rights enshrined in the foundation of the EU needs to be our main geopolitical tool in dealing with undemocratic regimes, because it is proven that they are unable to efficiently fight the ideas promoted by our fundamental rights. They can and are using violence and oppression and all forms of coercion to confront these ideas, but they ultimately fail. In a world of great competition, the promotion of this value sometimes proves to be challenging, but with our economic power, combined with credible military deterrence, we can succeed in both, on both the global and regional level.

We are faced with the rise of authoritarian and semi-authoritarian regimes in our neighbourhood, and Kazakhstan is, unfortunately, one of them. It's one of the countries in which the transition to democratic society failed, not yesterday but years ago. What we are seeing now is the sliding of the country into an increasingly authoritarian regime, and Central Asia, which is of strategic importance to the EU, is witnessing, in parallel with the rise of China, also the rise of authoritarianism. This authoritarianism is based, rather than on use of brutal force, on the use of sophisticated technologies for mass control of people's everyday lives.

But we don't need to fill ourselves with illusions. If needed, brutal force is still at the regime's disposal, and if needed, it will use it without any mercy. But in Kazakhstan, a country at the crossroads of Western and Eastern influence, the regime also uses proven methods of opposition suppression which are part of the well-known arsenal of illiberal democracies. Full control of media, suppression of independent media, internet control and fake news dissemination as well of scores of legal and administrative tricks to rig and manipulate the election process. All this is done to portray to the world the Potemkin mirage of democratic society. In the long run, the suppression of democratic hopes cannot withstand the call for freedom and democracy. For this, I urge the Kazakhstan authorities to release all political prisoners and start the process of democratisation of the country and society and thereby ensure stability and prosperity for all the people of Kazakhstan.

Maximilian Krah, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir erleben einen neuen Versuch, wie ein Land, das sich entwickelt, aus Europa geschulmeistert und belehrt wird.

Kasachstan ist ein Erfolgsmodell in Zentralasien. Es ist das Land mit der besten Wirtschaftsperformance, es ist das Land, das die meisten Freiheiten gibt, und ein Land, das sich auf den Weg in die Moderne gemacht hat. Ja, es ist noch ein Weg zu gehen. Aber dieses Land verdient es nicht, dass es belehrt wird, und es verdient es vor allen Dingen nicht, dass es belehrt wird aufgrund der Lobbyarbeit von Herrn Äblyazov, der allein in diesem Parlament eine lange Liste von Veranstaltungen durchgeführt hat.

Ich habe mir die Mühe gemacht, vom Wissenschaftlichen Dienst eine Aufstellung über die Tätigkeit der Open Dialog Foundation hier im Europäischen Parlament erstellen zu lassen. Ich kann nur sagen, es ist offensichtlich modern geworden, dass Milliardäre sich als Philanthropen tarnen, um ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

Herr Äblyazov ist ein Mörder, der seinen Vorgänger als Bankvorstand hat umbringen lassen und der anschließend 7 - Milliarden EUR veruntreut hat. Er ist in England verurteilt worden, er hat Strafverfolgung in Frankreich erlebt, und er wird in diesem Parlament hofiert und seine Organisation wird eingeladen.

Die heutige Entschließung ist ein Ergebnis dieser Lobbyarbeit und das spiegelt sich auch darin wider, dass er unter Buchstabe T der Entschließung namentlich erwähnt wird, indem behauptet wird, die kasachische Justiz habe ihn aus politischen Gründen verurteilt, was falsch ist: Sie hat ihn verurteilt wegen des Mordes an dem vorherigen Bankvorstand. Dass wir uns hier hinstellen und meinen, ein Milliardär, der sagt, er sei Philanthrop, sei ein guter Mensch, und dass wir ein Mordurteil umdichten in ein politisches Urteil, zeigt die gesamte Verlogenheit des Menschenrechtsimperialismus, der hier Mode geworden ist.

Es ist besser, wir würden uns darauf konzentrieren, was Kasachstan wirklich ist, als darauf, was ein verurteilter Krimineller daraus machen möchte. Kasachstan ist ein Land, das einen Weg vor sich hat. Aber es ist auch ein Land, dass sich entwickelt, aus dem eine stabile Minderheit in Deutschland kommt, wir haben nämlich ungefähr 800 000 eingewanderte Deutschstämmige in unserem Land. Wir haben nach wie vor eine deutsche Minderheit von 180 000. Wir haben 200 deutsche Unternehmen in Kasachstan.

Ich kann all jenen, die meinen, sie müssten hier verurteilen, nur empfehlen, mal hinzufahren. „Die schlimmste Weltanschauung ist die derjenigen, die sich die Welt nie angeschaut haben", wusste schon Humboldt. Sie glauben lieber einem verurteilten Mörder und Betrüger, anstatt dass Sie sich Daten, Fakten und die Realität anschauen. Das passt leider zu dem Menschenrechtsimperialismus und Werteimperialismus, den wir hier praktizieren. Aber es ist trotzdem beschämend und man muss sich entschuldigen dafür, dass dies neuerdings europäische Politik sein soll.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, after 30 years in power, President Nursultan Nazarbayev resigned in March 2019. Despite very high expectations, respect for the rule of law, human rights and democracy remains weak. There is the reverse tendency in neighbouring Uzbekistan, by the way.

President Tokayev is personally and directly responsible for the persecution of civil society, mass detentions, the silencing of critics, the harassment of opposition members, and, again on 10 January, unfair and unfree parliamentary elections. I quote High Representative Borrell. He said 'Systemic shortcomings in relation to freedom of association, assembly and expression continue to restrict the political landscape and the lack of competition left voters without a genuine choice'.

Kazakhstan and the people of Kazakhstan are a partner to the EU, but it's time that the EU held Kazakhstan's leaders to account. We have the new global human rights sanctions regime. Let's use it.

Beata Mazurek, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Doceniając dotychczasowe działania Kazachstanu na rzecz poprawy stanu przestrzegania praw człowieka, musimy jeszcze bardziej zachęcać jego władze do kontynuacji wysiłków zmierzających do stosowania wysokich standardów ochrony praw człowieka i podstawowych wolności. Dostrzec można, że w pewnych obszarach wyraźna jest potrzeba poprawy. Chodzi tu m.in. o zapewnienie obywatelom możliwości pełnego korzystania fundamentalnych praw, w tym prawa do wolności zgromadzeń i zrzeszania się.

Liczymy również na możliwość pogłębiania współpracy z Kazachstanem w zakresie upowszechniania wolności religii i przekonań. Mamy też nadzieję na kontynuację współpracy w zakresie praw człowieka i promocji demokracji w ramach OBWE. W tym kontekście konieczny jest dalszy dialog z Kazachstanem, by pozytywnie oddziaływać na władze tego państwa i ukazywać znaczenie, jakie ma upowszechnianie standardów tej organizacji.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, egregio Commissario, l'entrata in vigore il 1º marzo 2020 dell'accordo avanzato di partenariato e di cooperazione con il Kazakhstan non ha ancora portato alla svolta necessaria e auspicata nel paese centroasiatico.

Le ultime elezioni parlamentari sono in particolare l'emblema di un'importante occasione persa. Non basta semplicemente sfoggiare la forma, serve la sostanza. Come evidenziato dall'OCSE, questo voto è stato marcato da evidenti e persistenti problematiche: arresti mirati e politicamente motivati, un regime di censura pervasivo, esclusione di liste e candidati, molestie e minacce.

Se la giustizia è amministrata attraverso tribunali speciali, decisioni segrete e incarcerazioni preventive indefinite, usate solo per piegare la volontà e la libertà di opinione, per annientare la voce di attivisti, blogger e giornalisti, sindacalisti, religiosi e movimenti di opposizione, allora abbiamo un problema.

Con l'aggiornamento della strategia del 2019 abbiamo riconosciuto la strategicità delle nostre relazioni con gli attori regionali, ma non c'è relazione strategica, caro Commissario, che possa realizzarsi se non vi è rispetto dello Stato di diritto. Abbiamo due grandi strumenti nelle nostre mani: le nostre politiche commerciali e il regime globale di sanzioni. Se esitiamo a usarle quando necessario, se non diamo voce a chi non ne ha, anche la nostra voce perderà di significato.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, la situation difficile des droits de l'homme au Kazakhstan n'est pas nouvelle. Si toutefois elle constitue aujourd'hui l'une de nos urgences, c'est que ces dernières semaines la situation générale s'est encore détériorée, avec une répression accrue des organisations de la société civile et des restrictions sévères imposées à la liberté d'expression.

Les organisations de défense des droits de l'homme travaillant au Kazakhstan ont été soumises à des pressions et à des sanctions croissantes de la part des autorités, et de nombreux journalistes sont poursuivis.

Or, dans l'Union européenne, nous avons d'autant plus la responsabilité de ne pas nous taire face à de telles dérives que nous avons signé avec le Kazakhstan un accord de partenariat et de coopération renforcé – accord entré en vigueur en mars dernier. Cet accord implique que les relations économiques et politiques plus étroites entre le Kazakhstan et l'Union européenne reposent sur des valeurs communes, et le Kazakhstan s'est engagé dès lors à des réformes démocratiques concrètes.

Nous estimons dans cette assemblée qu'il est temps que le Kazakhstan tienne ses engagements par rapport à l'Union européenne.

Robert Hajšel (S&D). – Madam President, 30 years following gaining independence, Kazakhstan's society has been changing a lot. The last positive signal announced was its intention to abolish the death penalty for all crimes. However, the ongoing crackdown on local human rights groups and the persecution of the human rights activists has provoked serious concerns as to whether Kazakhstan's leadership is genuinely interested in improving its human rights record.

According to human rights groups, coordinated actions and unlawful acts are limiting fundamental rights and freedoms. We also have to be very cautious that the context of the COVID-19 pandemic is not used as a pretext for further escalation of the situation. Such doubts are damaging Kazakhstan's international reputation and the EU needs to indicate this to Kazakhstan's authorities clearly, as we have a joint partnership agreement with this Central Asian country. The EU should act consistently to weather any ongoing and long-standing threats towards citizens' fundamental rights, both within and beyond our external borders, and Kazakhstan cannot be an exception.

(*) **Patrz protokół posiedzenia.**

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV

alelnök

Tatjana Ždanoka (Verts/ALE). – Madam President, as a member and former Vice-Chair of the Delegation on Central Asia, I am for mutual respect for equal dialogue with Kazakhstan. I sharply condemn the violation of rights and freedoms elsewhere in the world, including Kazakhstan. This country has a lot to do to put an end to human rights abuses, but we have to fight for freedoms together.

The EU, as it is now, is not suitable for the role of a judge for third countries in human rights matters. In my country, Latvia, non-citizens, who make up 10% of the population, will have no right to take part in the forthcoming local elections. Recently, seven journalists – Alla Berezovskaya and others – were charged with a criminal offence just for the fact of working for certain media. In neighbouring Lithuania, former MP Algirdas Paleckis is persecuted just for his opinion dissenting from the official one. In Spain, former MEPs Oriol Junqueras and Raül Romeva are imprisoned.

So I put the following question to my colleagues: do we have the moral right to teach Kazakhstan on democracy and the rule of law, human rights and fundamental freedoms, while we ourselves behave badly in the very same area?

Elżbieta Kruk (ECR). – Pani Przewodnicząca! O złej sytuacji praw człowieka w Kazachstanie jesteśmy informowani od lat. O ograniczaniu podstawowych wolności, takich jak wolność słowa, wyrażania poglądów czy wyznania. Od lat też OBWE stwierdzało poważne nieprawidłowości w procesie wyborczym. Wybory parlamentarne charakteryzowały się brakami w zakresie poszanowania wolności zrzeszania się, pokojowych zgromadzeń czy wypowiedzi.

W styczniu tego roku w trakcie wyborów do parlamentu doszło do masowych zatrzymań pokojowych demonstrantów, a nawet przypadkowych przechodniów. Uczestnicy protestów domagali się bojkotu wyborów z powodu niedopuszczenia do nich opozycji. W wyniku wyborów do parlamentu weszły jedynie partie prorządowe.

Należy również wspomnieć o nękaniu organizacji zajmujących się prawami człowieka poprzez nakładanie kar administracyjnych lub zawieszanie ich działalności przez urzędy skarbowe. I choć rząd skrytykował działania urzędów i ogłosił nowy etap reform, w szczególności w zakresie egzekwowania prawa, systemu sądownictwa i priorytetowego traktowania praw człowieka, należy zachować ostrożność i kontrolować ten proces, w tym zmiany w prawie wyborczym i wdrażanie zaleceń OBWE.

Dorien Rookmaker (NI). – Voorzitter, commissaris, de schending van de mensenrechten is immoreel en leidt tot de versterking van immigratiestromen, economische schade en politieke instabiliteit. Het ondersteunen van democratische ontwikkeling en de mensenrechten is vanuit elk standpunt rationeel en moreel de juiste keuze, of je nu een linkse of rechtse politieke overtuiging hebt.

Toch heb ik in het geval van Kazachstan mijn bedenkingen over het nut en de noodzaak van onze financiële ondersteuning. Het gaat daarbij namelijk om geld van de Europese burgers. We moeten er dus nauwlettend op toezien dat dit goed wordt besteed. Duidelijke resultaten zijn niet zichtbaar en ook niet te verwachten.

Met het oog op de recente geopolitieke dreiging vanuit Rusland is het misschien niet verstandig om de relatie op een laag pitje te zetten. Ik wil de Commissie daarom vragen te overwegen van koers te veranderen en in te zetten op de versterking van de positie van vrouwen in Kazachstan, aangezien alleen op dat gebied enig heil te verwachten is.

Niklas Nienaß (Verts/ALE). – Madam President, actually I wanted to respond to Mr Krah, who just left, which is great. But last year we were in Kazakhstan. Exactly one year ago the delegation for Central Asia went to Kazakhstan and we all looked at everything there and we met with officials there and we actually asked how the reforms were going. They were shown to us, and it's great to see that there were reforms undergoing, and we support this. We want to see more of that, and we are thankful that the government is going in this direction.

But at the same time, we also really had to demand a meeting with human rights defenders and with civil society, and the only place where we could actually meet them was on neutral ground, which was the EU embassy there, and that was devastating for me. We talked to them, and on the day we left, one person died in prison and others that we just talked to were imprisoned the very day we sat on the flight back. And that is the instance where we criticise in the European Union the question of human rights. And, dear government of Kazakhstan, if you want us to not publish resolutions like these, it's very easy: follow human rights.

One last thing I want to mention to Mr Mariani, Mr Krah, and especially Mr Martusciello, who is the Chair of the EU Delegation to Kazakhstan. You are there to represent EU values, not your own personal profits.

Nicolas Schmit, *Member of the Commission*. – Madam President, in March 2020 the EU-Kazakhstan Enhanced Partnership and Cooperation Agreement entered into force, providing us with a framework for advancing cooperation on human rights, the rule of law and with civil society.

Last November, the EU and Kazakhstan had a human rights dialogue within the Subcommittee on Justice and Home Affairs. Although the pandemic is challenging for governments, the EU recalled that any restrictive measures must be legitimate and proportionate, limited in time, non-discriminatory, transparent and should not hamper the effective exercise and protection of human rights and fundamental freedoms, or compromise them in the long term.

The importance of an independent judiciary, media freedom, freedom of expression and freedom of association and peaceful assembly, zero tolerance to torture and independent monitoring of detention facilities, were also discussed. The EU welcomed the decriminalisation of defamation, the abolition of the death penalty and continued efforts to tackle torture, and improved detention conditions in prisons.

We remain concerned about reports that activists, bloggers and journalists are increasingly charged with knowingly disseminating so-called 'false information', which can lead to sentences of imprisonment of up to seven years. We are also concerned that the offences of insult and insulting a government representative remain subject to criminal penalty.

Last week, the EU welcomed the decision of the Kazakh authorities to drop all charges against some prominent human rights NGOs that had received fines and a suspension of their activity based on unclear legal grounds. The EU encourages the Kazakh Government to create an enabling environment for civil society to flourish, which is in the best interest of the country on its path to reform.

Following the parliamentary elections in January, the EU expressed regrets in relation to the limitations on fundamental freedoms, including the detention of peaceful demonstrators, and concerted measures which prevented some domestic election observers from effective observation. It is important that Kazakhstan continues to take steps to foster an enabling environment for civil society, human rights defenders, lawyers, trade unionists and journalists.

Lastly, the High Representative welcomes Kazakhstan's follow-up to individual cases raised by the EU. In the framework of our Enhanced Partnership and Cooperation Agreement, the EU will continue to support Kazakhstan in its reform and modernisation efforts.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra ma kerül sor.

6.3. Die politische Lage in Uganda

Elnök asszony. – A következő pont vita hét, Ugandával kapcsolatos állásfoglalásra irányuló indítványról (2021/2545(RSP)) (*).

Isabel Wiseler-Lima, *auteure.* – Madame la Présidente, l'Ouganda se trouve dans une situation particulièrement préoccupante: les élections présidentielle et parlementaires du 14 janvier 2021 s'y sont déroulées pour une grande part sans la supervision des missions internationales, et ce après une période préélectorale entachée de violences et de répression systématique. Nous exprimons tout d'abord nos condoléances et notre sympathie aux victimes.

Dans notre résolution, nous tenons à souligner l'importance fondamentale d'élections libres et équitables et, dans cet esprit, nous félicitons le peuple ougandais, en particulier sa jeunesse, pour son courage et son enthousiasme pour la démocratie manifestés tout au long de cette campagne.

Nous condamnons fermement l'usage excessif de la force par la police et les forces armées et demandons au gouvernement d'y mettre fin, tout comme de mettre fin aux arrestations et détentions arbitraires, de mettre fin aux attaques contre les responsables politiques et partisans de l'opposition, notamment celles à l'encontre de Bobi Wine et des membres de son parti, le NUP, de mettre fin aux attaques contre les défenseurs des droits de l'homme et contre les journalistes.

Nous demandons qu'il n'y ait pas d'impunité et que par conséquent les auteurs de violences soient traduits en justice.

Nous demandons enfin que les plaintes relatives aux élections soient traitées de manière indépendante et transparente.

Je me permets également de rappeler qu'il incombe au gouvernement ougandais de tenir compte de toutes les ethnies présentes en Ouganda et qu'une politique qui veut la paix sociale doit être inclusive et véritablement représentative, qu'une démocratie a besoin d'une société civile indépendante, de médias libres et pluralistes, que le respect de toutes les personnes est une obligation.

Aussi condamnons-nous dans cette résolution avec toute notre véhémence les lois sévères contre l'homosexualité et demandons une révision urgente de la législation ainsi qu'une stratégie de lutte contre la discrimination et la violence contre les personnes LGBTQI+.

Bien que nous soyons gravement préoccupés par les discours antieuropéens du président Museveni et par sa suspension du mécanisme pour la gouvernance démocratique, nous réaffirmons la volonté de coopération de l'Union européenne avec les autorités ougandaises afin de contribuer aux réformes démocratiques indispensables dans ce pays.

Carlos Zorrinho, *Autor.* – Senhora Presidente, Senhor Comissário, não é só em África, mas é também em África. Um vento contrário à democracia e à transparência enfraquece os países, martiriza os povos e precisa de ser firmemente denunciado e travado. Felizmente, temos muitos bons exemplos de progressos democráticos sustentados na África na última década. São processos que normalmente ficam associados ao diálogo, ao reforço da sociedade civil e ao progresso.

Quando deploramos aquilo que se está a passar no Uganda, fazemo-lo em nome dos direitos humanos e dos valores políticos em que acreditamos, mas fazemo-lo também porque desejamos o bem-estar dos povos e não queremos ver cerceados os seus sonhos e aspirações a uma vida digna. Não queremos, em particular, ver cerceados os sonhos e aspirações dos jovens que, por toda a África e também no Uganda, se manifestaram maioritariamente a favor de um processo político livre, tolerante, aberto e democrático.

As eleições presidenciais no Uganda foram um mau exemplo do que devem ser os processos políticos transparentes e justos. Os observadores internacionais foram impedidos de exercer a sua missão, a violência foi usada e abusada para condicionar o debate, a participação e as escolhas eleitorais, a liberdade de expressão foi violada. As autoridades do Uganda não podem prosseguir de forma impune a sua ação predadora dos direitos e da segurança das populações.

Por isso, nesta resolução conjunta nós apelamos a uma ação da União Europeia e de outros atores internacionais para reforçarem a sua ação coordenada no Uganda, sem descartar a aplicação de sanções a pessoas ou organizações que têm sido ou venham a ser responsáveis por violações destes princípios.

Apelamos também ao Serviço Europeu de Ação Externa para continuar a realizar uma fiscalização sistemática da aplicação dos programas europeus no Uganda, para evitar que eles sejam usados em atividades que colidam com os direitos humanos ou visem prejudicar os ativistas ou opositores ao poder instalado.

E, finalmente, apelamos às autoridades ugandesas para que invertam a sua deriva autoritária e promovam o Estado de Direito, os direitos fundamentais e a democracia como rota para um futuro melhor para o seu país.

Nicolae Ștefănuță, *author.* – Madam President, I want to address this to Vice-President Borrell.

I come from a country that fought hard for its democracy and paid an enormous price in human lives in 1989, and what the history of my country taught me is that simply holding elections does not equal democracy. Elections under dictatorship are grotesque.

Thirty-six years later, I come here and ask you, does anyone think that elections held in a climate of terror can be considered free and fair? Imagine that on general election day, you put on your best clothes and head together with your family to the closest polling station. And there, as it happened in Uganda, you're met with violence and terror by your own government forces, who are supposed to protect you. People are shot, arrested, opposition leaders are under house arrest and worse. Do you trust the government the next day after such elections? Does the world trust that government the next day after such elections? We need to stop talking in riddles and agree on the fact that the election in Uganda on 14 January ran against any policy of a free, safe and equal election.

President Museveni has been ruling for more than three decades now. He managed to fool everyone – global leaders, international organisations, even the European Union. What happened in Uganda before the elections is unthinkable in any country that we call democratic. Blocking access to the internet and social media prior to election day is unacceptable. It leaves people in the darkness of this information.

Bobi Wine, Uganda's opposition leader who conducted peaceful protests in order to condemn the fact that the poll was rigged, has been put under house arrest for several days. Neither media nor party officials were allowed to access his home. Is that a fair chance? Is that a fair fighting chance?

Mr Borrell, I am sorry that I have to say this, but I find myself in a position to tell you and our Ambassador, Atillio Pacifici, that your post-election regrets are not enough – because at least 54 people lost their life to police fire, because hundreds of other people were injured. So let us say it out loud, the elections in Uganda were neither peaceful, nor free, nor fair. Taking note of the results, as you did, Mr Vice-President, simply means accepting the result.

Dear colleagues, if we do not act now, the shrinking of democratic space will be more and more visible. This is something we see all over the world. We find ourselves being more and more an island of democracy and human rights, but we should be a standard for democracy and human rights. Ugandans know what they want, because they told me, a few of them in Romania where I come from. They want democracy. They want fair elections. And we, the European Union, must stand by them.

Pierrette Herzberger-Fofana, *auteure.* – Madame la Présidente, chers collègues, la campagne électorale ougandaise a été marquée par la violence et par les arrestations abusives du concurrent de M. Museveni, Bobi Wine.

Le recours excessif à la force par la police et par les agents de sécurité a sérieusement entaché le processus électoral. Nous avons la responsabilité de ne pas nous taire face à de tels actes de violence et de telles exactions. Nous condamnons ces violences et présentons nos condoléances aux victimes.

Le 14 janvier 2021, les élections ont eu lieu en Ouganda, malgré les nombreux rapports d'irrégularités. La commission électorale n'a pas été en mesure d'enregistrer plus d'un million de jeunes électeurs sous prétexte du manque de ressources matérielles. Elle a déclaré le président Museveni – le président sortant – à nouveau président pour un sixième mandat, après qu'il a exercé cette fonction durant 35 ans.

Cependant, les résultats de l'élection sont difficilement vérifiables, car la commission électorale n'a pas suivi le processus de décompte prescrit. Cela est absolument inacceptable et contraire aux principes démocratiques. Nous ne devons pas une fois de plus fermer les yeux lorsque les citoyennes et les citoyens d'un État sont privés de leurs droits fondamentaux et font appel à notre aide. Ils réclament de l'aide extérieure et notre soutien, et nous devons le leur accorder.

Des élections libres et équitables ainsi que la liberté d'expression et de la presse sont une condition préalable au développement durable. Nous tenons cependant à féliciter le peuple ougandais, en particulier sa jeunesse, ses femmes, ses filles, pour le courage, l'enthousiasme et la détermination dont ils ont fait preuve au cours de cette campagne électorale pour défendre les acquis de la démocratie. Ne les décevons pas et montrons-leur que nous pratiquons ce que nous prêchons.

La pandémie de COVID-19 ne doit pas être un prétexte pour que le gouvernement ougandais introduise des lois qui violent le droit international et réduisent les droits humains de tous les citoyens, y compris ceux des LGBT.

Nous attendons également des autorités ougandaises qu'elles respectent la dignité des personnes et qu'elles facilitent le retour au bercail de la diaspora ainsi que sa participation au développement.

President. – Please keep to your speaking time. Unfortunately, because of the technical solutions, I cannot take away the floor but I can be very loud. I just wanted to ask you not to touch the microphone. We have a very fragile solution this morning so please don't touch the microphone with your hands.

Ryszard Czarnecki, *autor.* – Pani Przewodnicząca! Jestem eurodeputowanym czwartą kadencję i w każdej kadencji jest co najmniej jedna debata, a czasem więcej, na temat sytuacji w Ugandzie. Ten kraj to, można powiedzieć, taki *hot potato*, gdy chodzi o nasze postrzeganie Afryki. My oczywiście nie powinniśmy żądać wprowadzenia standardów europejskich do tego państwa, bo to jest inny kontynent, ale przecież możemy pokazywać inne kraje na kontynencie afrykańskim, które naprawdę całkiem dobrze radzą sobie z demokracją, dobrze radzą sobie z prawami człowieka, z wolnością mediów. Myślę, że to powinien być punkt odniesienia dla Ugandy.

Tutaj dialog z tym krajem jest bardzo ważny, ale ważne jest też pokazywanie, że skoro Unia Europejska oferuje pomoc ekonomiczną, charytatywną, humanitarną, to ma prawo oczekiwać również przestrzegania pewnych elementarnych standardów, które, podkreślam, są udziałem bliższych czy dalszych sąsiadów Ugandy. Nie chodzi tu o przenoszenie wzorów i standardów europejskich gdzie indziej. My Europejczycy nie powinniśmy być nauczycielami, sędziami, prokuratorami, ale powinniśmy pokazywać, jak radzą sobie inne kraje na tym kontynencie. One sobie radzą dobrze, lepiej niż Uganda i mogą być pod tym względem pewnym wzorem dla Ugandy. I to właśnie radzę Parlamentowi Europejskiemu.

Dominique Bilde, *auteure*. – Madame la Présidente, s'agissant de la situation politique en Ouganda, il convient, à mon sens, d'en tirer deux enseignements.

Tout d'abord, il ne faut pas s'étonner de la disproportion entre les mesures sanitaires adoptées dans la foulée de la COVID-19 et l'ampleur réelle de cette pandémie en Afrique. On dénombre 325 décès pour l'heure en Ouganda. Point n'est besoin en effet de s'éloigner du monde occidental pour prendre conscience du recul spectaculaire des libertés fondamentales, outrepassant ce qui est indispensable pour endiguer la progression du virus. En témoigne le rapport récent du britannique *The Economist*, ravalant la France au rang de démocratie défaillante, au même titre que certains de ses voisins européens.

S'agissant de l'Ouganda, entre réseaux sociaux passés au crible – ils faisaient du reste assez curieusement l'objet d'une taxe spécifique –, liberté de réunion restreinte en pleine campagne électorale ou encore arrestations d'opposants et de journalistes, on se demande ce qu'il subsistera à l'issue de ce triste épisode sanitaire des quelques progrès qui auraient pu être accomplis dans la voie de la démocratisation.

Ce qui m'amène à mon second point: quand reconnaîtrons-nous l'inefficacité en état de l'aide au développement, pourtant vantée comme le sésame tant pour la bonne gouvernance, selon l'expression consacrée, que pour l'essor économique des pays bénéficiaires? Dans ce cas d'espèce, en dépit de 1,41 milliard d'euros depuis 2007 et de 578 millions programmés au titre du onzième Fonds européen de développement, l'Ouganda semble aujourd'hui happé par une spirale autoritaire et campe obstinément en queue de peloton des principaux indices internationaux relatifs au développement.

S'ajoutent à ce constat les allégations de mauvaise gestion de l'aide humanitaire, qui d'ailleurs dans le reste du monde semblent devenir récurrentes. Les contribuables français et européens sont las de ce luxe d'argent déversé aux quatre vents, sans obligation de résultat. Sur ce point, comme tant d'autres, il est urgent pour l'Union européenne de se remettre en question, au risque de perdre ce qui lui reste de soutien populaire.

Miguel Urbán Crespo, *autor*. – Señora presidenta, cientos de personas han sido asesinadas, detenidas arbitrariamente, torturadas y desaparecidas en el marco de la última campaña electoral en Uganda. Varios candidatos presidenciales han sido detenidos y las autoridades ugandesas han llegado a afirmar que la policía tiene derecho a disparar y matar a quien asista a las manifestaciones. No es la primera vez que esto pasa.

El presidente ugandés lleva en el poder desde 1986 y ha sido acusado innumerables veces de fraude electoral, de reprimir a la oposición y de reprimir a su propio pueblo. Ha llegado incluso a reformar la Constitución para poder ser elegido de forma indefinida. Ante esto, el embajador europeo, en unas declaraciones supuestamente sacadas de contexto, afirmó y felicitó a las autoridades ugandesas por lo bien que habían estado organizadas las elecciones. Lo grave no es que estas declaraciones se saquen de contexto, lo verdaderamente grave es que, visto lo visto, estas palabras se hayan dicho en cualquier tipo de contexto.

Además, la Unión Europea le da cientos de millones de euros a Uganda a través de sus programas de cooperación y, una vez más, queremos reiterar aquí, en el Pleno, que se olvida siempre condicionar la ayuda al desarrollo al respeto de los derechos humanos y bien que siempre condicionamos la ayuda al desarrollo al control migratorio.

Y es que el presidente ugandés ha contado siempre con el apoyo europeo. Primero, por el rol que juega en la lucha contra el terrorismo a través de la contribución a la Amisom, una misión que, por cierto, aunque se apoye en esta Resolución, no podemos olvidar que está involucrada en violaciones de derechos humanos. Y, segundo, se le ha apoyado por el papel que ha jugado el Gobierno de Uganda en la política de externalización de las fronteras europeas, haciéndonos el trabajo sucio impidiendo que los migrantes africanos lleguen a Europa. Por eso es nuestro socio y por eso la Unión Europea ha mirado hacia otro lado todos estos años. Otro ejemplo más de la hipocresía de la política europea y de la política internacional en relación con el respeto de los derechos humanos.

La Unión Europea tiene que condenar el régimen autoritario ugandés, condicionar la cooperación al respeto de los derechos humanos y dejar de cooperar en materia migratoria con Uganda. La libertad de expresión y los derechos humanos no pueden ser moneda de cambio.

Seán Kelly, *thar ceann an Ghrúpa PPE*. – A Uachtaráin, cúis imní ab ea é, an mhí seo caite, nuair a tháinig scéalta amach mar gheall ar an toghchán i Uganda. Úsáideadh foréigean iomarcach agus marfach i gcoinne lucht an fhreasúra, agus ba cheart é seo a cháineadh. Roimh an toghchán, maraíodh ar a laghad dhá scór agus ceathrar agóideoirí, gabhadh na céadta, agus níl tásc ná tuairisc ar go leor daoine eile. Tá ar údaráis Uganda fiosrúchán neamhspléach a dhéanamh, chun bheith cinnte go leagfar freagracht orthu siúd atá ciontach.

Bhí sé riachtanach srianta áirithe a chur i bhfeidhm ar fud an domhain ar son na sláinte phoiblí, de bharr an choróin-víris. Ar mhí-ámharaí an tsaoil, thapaigh roinnt tíortha, Uganda san áireamh, an deis chun a ngreim a theannadh. Táim ag iarraidh ar údaráis Uganda stop a chur leis na srianta atá dírithe ar lucht an fhreasúra.

Níl saoirse in aon daonlathas gan saoirse cainte ná saoirse na meán. Tá cinsireacht á déanamh i Uganda, sna sráideanna agus ar líne. Tá sé níos deacra dul ar líne anois de bharr rialachán an rialtais, agus ní cheadaítear suíomhanna sóisialta áirithe a úsáid. Ní féidir glacadh leis seo.

Ba mhaith liom mo thacaíocht a léiriú do lucht óg Uganda. Ní féidir stop a chur leo agus iad ag troid ar son todhchaí níos cothromaí. Impím ar údaráis Uganda a chinntiú go gcuirtear gach éinne atá i dteideal vótála ar an gclár toghthóirí.

Sa bhliain 2014, phléamar gur coir ab ea é a bheith mar bhall den phobal LADT+ i Uganda. Is mór an náire é go bhfuil na dlíthe sin ann fós. Tá súil agam go gcífimid rialtas i Uganda sar i bhfad atá cothrom agus a sheasann ar son a shaoránach go léir.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, après son accession au pouvoir en 1986, M. Museveni déclarait: le problème de l'Afrique, ce ne sont pas ses peuples, mais les dirigeants qui veulent rester au pouvoir trop longtemps. Depuis, M. Museveni est toujours au pouvoir et sans discontinuer.

Pour lui permettre cette longévité politique, il a dû recourir à deux changements constitutionnels: la non-limite du nombre de mandats en 2005 et, en 2017, la suppression de l'âge limite – qui était fixé à 75 ans. Ce rebelle Museveni qui s'engageait pour la démocratie, la justice sociale, la lutte contre la corruption et la lutte contre le despotisme a sans doute oublié ses classiques.

Déjà à la fin des années 1990 quand, avec le Rwanda, il envahissait l'est de la République démocratique du Congo, pillant ainsi ses ressources et massacrant des civils. Et aujourd'hui, en plaçant sous résidence surveillée son principal opposant, Bobi Wine, en réprimant violemment les manifestants, en ordonnant la suppression des fonds destinés au social et à la démocratie, en instaurant des lois liberticides ciblant particulièrement les communautés LGBTI et en militarisant davantage son pays.

L'Europe ne peut réagir à demi-mot face à ces dérives autoritaires. Dans le cadre de nouvelles stratégies UE-Afrique, les questions de bonne gouvernance, de démocratie et de respect des droits humains doivent être des priorités sans concession. Toutes les entreprises européennes qui sont présentes en Ouganda devraient démontrer qu'elles ne sont pas liées à une participation quelconque à ce régime corrompu – et je parle tout particulièrement de l'entreprise Total qui a obtenu une licence d'exploitation pour le projet Tilenga, un projet pétrolier en Ouganda de l'Est. En cas de violation grave des droits humains en Ouganda, le mécanisme de sanction devra s'appliquer à ses auteurs pour lutter contre l'impunité.

Oui, Monsieur le Président Museveni, ce ne sont pas les peuples africains qui sont le problème, mais ces dirigeants africains qui restent trop longtemps au pouvoir.

Jan-Christoph Oetjen, *im Namen der Renew-Fraktion*. – Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Europäische Union sollte an der Seite der Demokraten stehen, sollte an der Seite der Meinungsfreiheit stehen und sollte sich für freie und faire Wahlen einsetzen. Und ich bedanke mich bei allen Kollegen, die das hier in diesem Saal gerade schon getan haben, und besonders auch gerade bei Maria Arena, die deutlich gemacht hat, aus welcher Vergangenheit der aktuelle Präsident kommt und wie er sich mit der Wirklichkeit arrangiert hat, um an der Macht zu bleiben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist keine Demokratie in Uganda. Und wir als Europäisches Parlament stehen an der Seite der Menschen, die auf die Straße gegangen sind, an der Seite der Menschen, die für ihre Freiheit kämpfen, die für Demokratie kämpfen, die dafür kämpfen, dass es eine bessere Zukunft in ihrem Land gibt. Fünfzig von ihnen wurden getötet.

Und ich möchte nicht, dass die Europäische Union an dieser Stelle sagt: Wir nehmen das Ergebnis der Wahlen zur Kenntnis. Nein, ich möchte das Ergebnis der Wahlen nicht zur Kenntnis nehmen, sondern ich verurteile die Art und Weise, wie dieses Ergebnis zustande gekommen ist. Ich verurteile, dass es in Uganda eine Bewegung durch einen Präsidenten gibt, der dafür sorgt, dass es eben keine freien und fairen Wahlen gibt. Und ich erwarte von den Repräsentanten dieser Europäischen Union und insbesondere auch von Herrn Borrell, dass er das auch klar tut – genauso wie wir als Parlamentarier das hier in diesem Europäischen Parlament tun. Denn er spricht offiziell für die Europäische Union.

Seien Sie bitte genauso laut und genauso klar und genauso streng, wie wir als Abgeordnete hier im Parlament es sind gegenüber diesem Regime in Uganda, gegenüber diesem Machthaber, der schon viel zu lange an der Macht ist. Und stehen Sie so wie wir für Menschenrechte, für Freiheit und für freie und faire Wahlen und für Demokratie ein – und das nicht halbherzig, sondern mit voller Inbrunst und voller Kraft, die diese Europäische Union Ihnen gibt, Herr Borrell.

Niklas Nienaß, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I am 28 years old and, at that age, I'm one of the youngest Members of the European Parliament but, by Ugandan standards, I am quite old because Uganda is one of the youngest countries in the world.

I want to take a stance for this generation, for the young people in Uganda. It's this young generation that demands change, democracy, fairness and some fresh new ideas. It is this generation that was stripped of these ideals, that was stripped of justice, democracy and liberty. Therefore, we must stand up for this generation and help it conquer the rights that it has. I think it is important that we take a stance, as the European Union, to do so and to deliver, but I also have to give you a quote from a young man from Uganda. He said, 'The situation in Uganda has reached the European Parliament plenty of times, but still there is no effect here.'

I say to the Commission, Mr Schmit and Mr Borrell, this is dramatic. This is something that we need to change. This is something that the Commission has to deliver on because we must stand, not just with words, but with action for what we demand, and that is freedom and democracy.

To the young Ugandans out there, one last word to you, to this generation that has fought so bravely and so hard and so peacefully. Stay strong, stay brave and continue this fight for democracy, for justice and a government that works for the people, and also for some new fresh ideas. This is not just a privilege, but this is your right.

Beata Mazurek, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Przyjmujemy do wiadomości wyniki wyborów prezydenckich ogłoszonych w styczniu przez komisję wyborczą Ugandy. Nie możemy jednak zaakceptować licznych aktów przemocy i prześladowania ze strony sił bezpieczeństwa skierowanych przeciwko przywódcom opozycji, organizacjom społeczeństwa obywatelskiego oraz mediom. Oczekujemy zaprzestania tych działań oraz pociągnięcia do odpowiedzialności osób za nie odpowiedzialnych. Powinniśmy też zwrócić się do władz Ugandy z apelem o poszanowanie wolności słowa i prawa do pokojowych zgromadzeń, a także o zapewnienie dostępu do internetu i mediów społecznościowych.

Do zakończenia procesów sądowych, na których rozpatrywane będą skargi wyborcze, Unia Europejska powinna wezwać do politycznego dialogu i zaapelować do wszystkich stron o powstrzymanie się od wszelkich form przemocy oraz działań, które mogą podżegać do przemocy.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gentile Commissario, il processo elettorale che ha portato alla riconferma del Presidente Museveni è stato caratterizzato in Uganda da svariate irregolarità e da un marcato livello di violenza nella sistematica repressione di ogni opposizione. A ciò si aggiungono le incarcerazioni preventive di leader dell'opposizione stessa e di esponenti della società civile, sulla base di processi dalla motivazione chiaramente politica, accompagnati da limitazioni costanti dell'accesso a Internet per la popolazione.

Eppure, se ci limitassimo all'esclusiva analisi di ciò che sta accadendo in Uganda, staremmo guardando semplicemente il dito che indica alla luna. Questi elementi ricorrono infatti in numerosi paesi del mondo dell'Africa subsahariana, molti dei quali beneficiano di consistenti aiuti umanitari e finanziamenti per lo sviluppo da parte dell'Unione. È arrivato il momento di usare appieno le leve politiche offerte da tali partenariati, ponendo enfasi sulle condizionalità, sulla democrazia, sullo Stato di diritto e quindi, in definitiva, anche per l'accesso ai fondi stessi. Solo così potremo rovesciare questo paradigma che ci porta continuamente a condannare ex post l'operato dei leader autoritari ancora presenti ovunque nel mondo, quando invece avremmo gli strumenti per contribuire alla trasformazione strutturale di questi paesi.

Se sapremo usare coerentemente l'NDCI avremmo l'opportunità per mettere veramente in pratica questa volontà. L'Europa sarà la forza del cambiamento e uno scudo dei molti vessati rispetto alle angherie dei pochi o non sarà affatto. Non c'è altra strada.

Hannes Heide (S&D). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Kommissar! 78 % der Bevölkerung Ugandas sind unter 30 Jahre alt. Diese jungen Menschen sind perspektivenlos, zunehmend verzweifelt und desillusioniert, wenn sie in ihre Zukunft schauen und vor allem aufgrund der Ereignisse rund um diese im Jänner abgehaltenen Präsidentschafts-, Parlaments- und Lokalwahlen.

Sie waren von Einschüchterung und von Gewalt begleitet, unfair und fanden ohne unabhängige Beobachter statt. Die Europäische Union unterstützt Uganda im 11. Europäischen Entwicklungsfonds mit insgesamt 558 Millionen EUR, davon fließen alleine 169 Millionen in den Aufbau demokratischer Strukturen und den Schutz der Menschenrechte. Offensichtlich verfehlen diese Gelder ihre Wirkung, denn die Wahlen vom 14. Jänner waren von wachsender Gewalt und Einschüchterung geprägt.

Die Polizei ging hart gegen Kundgebungen zur Wahl und Versammlungen vor, was sogar viele Menschenleben forderte. Die Medienfreiheit wurde stark eingeschränkt, das Internet blockiert, und das in einem Land, in dem über 40 % der Bevölkerung unter der extremen Armutsgrenze leben und das über eine Million Flüchtlinge beherbergt.

Das bedeutet für mich, dass es wichtige Probleme gibt, die angegangen werden müssen. Ich fordere die Regierungsverantwortlichen um Yoweri Museveni auf, verhaftete Menschenrechtsaktivisten, Oppositionsmitglieder und politische Gefangene umgehend freizulassen. Wahlen müssen auf internationalen Standards basierend, frei, ohne Gewalt und Einschüchterung stattfinden können. Journalistinnen und Journalisten müssen ihre Arbeit ohne Einschränkungen ausüben können. Medienfreiheit und freie Meinungsäußerung sind die Eckpfeiler einer demokratischen Gesellschaft.

Die Europäische Kommission muss die Gelder, die nach Uganda fließen, umgehend und genauestens überprüfen. Finanzielle Unterstützung darf nicht in die Hände jener gelangen, die für die Unterdrückung der Bevölkerung verantwortlich sind. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Visionen für Uganda – von Freiheit und von Menschenrechten – verloren gehen.

Evin Incir (S&D). – Madam President, abuse, torture, arbitrary arrests, mutilation, the murder of civilian protesters, arrests and beatings of political figures: these are just a few of the things that the people of Uganda are faced with by the regime in Uganda when asking for their human rights to be respected.

A friend of mine, Sam, who wrote to me on 13 January, wrote, 'Sorry, I was checking if the internet was on because the internet has been cut off. On Monday night, some time after our chat, I, in the company of my colleagues, was attacked by state paramilitary security groups, due to the petition filed before the International Criminal Court. Bullets were fired. I wasn't injured, but a friend of mine was.'

Colleagues, it's inhuman what is happening in Uganda. We need to act now, but we should have acted yesterday. Each day that passes means more people being deprived of their lives. We have known for a long time about the severe human rights attacks, not least against the LGBTI community. My friend, Sam, who is also one of the leading lawyers on a trial on the appeal on the election results of 14 January told me, just 30 minutes ago, that right now they are waiting for the ruling of the Supreme Court of Uganda.

No one is expecting miracles, due to the extensive corruption taking place and the oppression dissidents are facing, but the international community has a responsibility to stand up for all democracy and human rights defenders in Uganda. The elections in Uganda were not fair and nor were they free. We now have an EU global sanction mechanism in place that needs to become worthy of its name, but it can only become worthy of its name if we use it, and now is the time to use it.

Nicolas Schmit, *Member of the Commission*. – Madam President, elections took place in Uganda in January and President Museveni who is in power, and it has been recalled since 1986, was re-elected for a sixth term. The main political opponent Bobi Wine announced with 35% of the vote that he is challenging these results at the Supreme Court.

The European Union has not made any official statement on the results, since we didn't have an electoral observation mission this time and our offer to deploy an electoral expert mission was not taken up by Ugandan authorities, and domestic observation was obviously curtailed. Then there was a full internet blackout for days. It has been mentioned, and access to social media has been disturbed. So there was an overall lack of transparency in the process, very concerning, which we denounced in statements before and after the elections. The overall militarisation of the electoral process was worrying, with repression of opposition candidates during the campaign and the protest in November where over 50 people were killed.

The EU called for an independent investigation, which we still await, so that those who are responsible, can be held accountable. There was heavy security deployment on election day and the atmosphere was obviously intimidating for many, especially those of the opposition. Bobi Wine's house was surrounded by security forces for days after the elections. Now the EU Ambassador could visit him last week together with Member State ambassadors and was reassured that the leading opposition party, NUP, calls on its supporters to remain peaceful while the legal recourse is ongoing. However, there have been large-scale detentions, disappearances and reported abductions of opposition officials and supporters.

The deterioration of human rights for political opponents and for civil society is striking, while the authorities maintain an anti-Western narrative and accuse the EU and other partners of interference. The human rights lawyer, Nicholas Opiyo, a fellow of the Sakharov programme, was arrested in December. 27 members of civil society, who were observing the elections, were also arrested. Opiyo and these observers are out on bail and we are following their cases. The EU is in regular contact with the authorities, and regarding the democratic governance facility, we are having discussions so that it can continue its activities.

The EU continues its defence and support of human rights and democracy in Uganda. This is a key aspect of our political dialogue and the EU notably calls on the African Union and the United Nations to join the many Ugandans pleading for their human rights more proactively.

In recent years, the European Parliament has been active about political violence and the discrimination against LGBTI in Uganda. Today, the High Representative and myself, thank you for raising it as part of this urgent debate, during which your Parliament rightly has expressed its solidarity with Uganda's youth and its aspiration for democracy and the respect of human rights.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra a viták végén kerül sor.

(Az ülést 12.28-kor felfüggesztik.)

(*) Lásd a jegyzőkönyvet.

7. Wiederaufnahme der Sitzung

(Az ülés 13.01-kor folytatódik.)

8. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(Az ülést 13.05-kor felfüggesztik.)

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

9. Wiederaufnahme der Sitzung

(A sessão é retomada às 13h45.)

10. Zweite Abstimmungsrunde

Presidente. – A sessão está reaberta e passamos ao segundo período de votação de hoje. Votaremos os dossiês conforme indicado na nossa ordem do dia e o período de votação decorrerá desde as 13h45 até às 15 horas. A votação é feita segundo o mesmo procedimento utilizado na votação anterior e todas as votações serão realizadas por votação nominal.

Declaro aberto o período de votação. Podem votar até às 15 horas. Os resultados deste segundo período de votação serão comunicados às 16h30. Os debates prosseguirão às 14h30 com a declaração da Comissão sobre a homologação e distribuição de máscaras transparentes.

Muito obrigado. Não vejo pedidos de palavra.

(A sessão é suspensa às 13h47.)

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV

alelnök

11. Wiederaufnahme der Sitzung

(Az ülés 14.30-kor folytatódik.)

12. Zulassung und Verteilung von transparenten Masken (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont: A Bizottság nyilatkozata – *Az átlátszó maszkok jóváhagyása és terjesztése (2021/2519(RSP))*.

Emlékeztetem a képviselőket, hogy az ülés egyik vitája esetében sem kerül sor jelentkezés alapján történő felszólalásra, és nem fogadunk el kékkártyát sem.

Jutta Urpilainen, *Member of the Commission*. – *(inaudible)* that we have at our disposal in the fight against the COVID-19 virus is the face mask. Today, specific requirements regarding the use of face masks have been introduced across the EU under the competence of each Member State. However, with all of us now having to wear a face mask in certain settings, it is essential to ensure that everyone can find the mask that serves their needs, while remaining safe. In that respect, the recommendations issued by the European Centre for Disease Prevention and Control, as well as by the World Health Organization, are our trusted scientific references.

The rules regarding the design, testing and placing on the market of surgical and protective masks are laid down at EU level respectively by the directives and regulations on medical devices and by the regulation of personal protective equipment. Furthermore, we have seen the emergence of other types of masks. These new products, for which the manufacturer does not claim a corresponding intended protective or medical purpose, are covered by the General Product Safety Directive that requires all products placed on the EU market to be safe.

Our aim is to ensure that safe and compliant products can be placed on the market to meet the needs of all users, including vulnerable groups that rely on visual communication. The World Health Organization estimates that over 5% of the world's population has disabling hearing loss.

Being able to see the lips and facial expressions of the interlocutor is crucial for those who rely on visual communication, such as lip reading or using sign language. This imperative could at first appear to be difficult to reconcile with the barrier function that the masks have to provide. However, this is not the case. Existing rules on medical devices, as well as the PPE legislation, are technologically neutral which means that they don't prescribe specific technical solutions for the products.

Any design, any choice of materials or components is acceptable as long as the entire mask complies with the defined performance requirements and ensures an adequate level of protection according to the intended use defined by the manufacturer. I believe that the EU rules on PPE and on medical devices are sufficiently flexible to accommodate face masks of any design and materials, including transparent face masks, as long as they meet the same performance requirements as the more widely-used non-transparent masks.

I would like to stress that all the relevant actors – manufacturers, standardisation and testing bodies, Member States' authorities and the Commission – should work in close cooperation to ensure that face masks continue to be a useful and safe tool in the fight against the COVID-19 virus and to preserve the users' trust.

Ádám Kósa, *a PPE képviselőcsoport nevében*. – Tisztelt Elnök Asszony! Kedves Kollégák! Az előbb olyan maszkot viseltem, ami megfelel az előírásoknak, de a jelnyelvi tolmácsom nem tudott engem fordítani, és én sem értem az ilyen maszkot viselők mondanivalóját ilyenkor. Sajnos ezek a hagyományos maszkok az Európai Unióban közel egymillió siket és 51 millió nagyothalló polgár számára kommunikációs nehézséget okoznak. Nem látják a beszélő arcát, mimikáját, artikulációját. Megoldás lehet az átlátszó maszk viselése, így a másik személy artikulációja, mimikája is láthatóvá válik ezáltal. Jelenleg nincs az európai piacon elfogadott átlátszó maszk, ezért sok siket és nagyothalló ember saját egészségi kockázatot vállalva nem jóváhagyott maszkokat használ emiatt.

Egy kis jó példa otthonról: a kommunikációs képtelenségtől való félelem miatt lehet, hogy sokan otthon maradnak. Emiatt tehát Európának támogatnia kell ezt a fejlesztést, majd jóváhagynia, és a fejlesztett, tehát átlátszó maszkokat segítenie kell abban is, hogy ezeknek terjesztése is megvalósuljon. Csak így garantálható a teljes hozzáférés és a megkülönböztetésmentesség. Hazám, Magyarország élen jár ebben a kérdésben. Január óta arcpajzsok állnak rendelkezésre a kormányhivataloknál ügyintézés kapcsán. Így a kommunikáció a siketek és nagyothallók számára akadálymentessé válik, valamint a kontakt online videotolmács szolgáltatási rendszer is kulcsszerepet játszik ebben. Ez lehetővé teszi a siket és nagyothalló emberek számára, hogy az ügyeket önállóan, jelnyelvi tolmácsolás fizikai jelenléte nélkül is el tudják intézni, így csökkentve az egészségügyi kockázatokat.

Maria Grapini, *în numele Grupului S&D*. – Doamnă președintă, doamnă comisară, stimați colegi, mă bucur că avem astăzi o dezbatere pe o temă atât de importantă, și anume măștile, distribuția, transparența, omologarea măștilor.

Din punctul meu de vedere – și o spun după ce, sigur, am discutat cu foarte mulți cetățeni din țara mea, dar nu numai – cred că există încă o neclaritate, doamnă comisară, din punctul de vedere al omologării măștilor. Sigur că fiecare stat membru a putut să producă. La început s-au importat din țări terțe, însă acum încă nu este o informație clară: care sunt standardele după care sunt omologate?

Chiar dacă fiecare stat își produce sau importă, însă la intrarea pe piața internă – și asta o spun ca vicepreședintă a Comisiei pentru piața internă și protecția consumatorilor – cred că trebuie să avem o supraveghere a ceea ce se produce și ce intră din alte țări legat de acest produs atât de important, așa cum îl văd specialiștii, masca de protecție.

Sigur că sunt și aspecte, așa cum spunea colegul mai devreme, faptul că 5 % din persoane ar avea nevoie de o mască transparentă. Problema este să nu distribuim – și în țara mea s-au distribuit și în alte state s-au distribuit – măști neconforme. Ce facem noi, de ce avem noi totuși o rețea de cooperare în materie de protecția consumatorului? Poate să ne spună această rețea de cooperare ce s-a întâmplat în acest an, de când se consumă atâtea măști de protecție?

Poate Comisia să ne informeze care au fost incidentele legate, câte, în ce cantitate s-a importat, care a fost neconformă, ce i s-a întâmplat celuilalt? Avem centre europene de protecția consumatorului. Ce au făcut?

Eu cred că suferim de o lipsă de comunicare și de informații și atunci, sigur că încrederea cetățenilor în această protecție prin mască… - fără să las la o parte, ci adaug încă, informațiile care au fost contradictorii din partea OMS, care ba a spus că trebuie să purtăm mască, ba că nu trebuie.

Ce aș dori, doamnă comisară – ați spus că regulile sunt flexibile – însă eu vă întreb: nu credeți că ar trebui să fie și sigure? Deci dorința mea este ca toți cetățenii să aibă protecție pe perioada cât se va cere să purtăm această mască.

Joachim Kuhs, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Lieber Ádám Kósa, schön, dass du da bist. Ich freue mich sehr, dass du zu diesem Thema sprichst.

Ein kluger Mensch hat einmal gesagt: „Zeige mir, wie eine Gesellschaft mit ihren Behinderten umgeht, und ich sage dir, was das für eine Gesellschaft ist."

Heute betrauern wir den Tod vieler Menschen, und auch mein Herz trauert mit den Angehörigen. Die COVID-19-Krise betrifft uns alle und macht uns alle betroffen.

Dennoch stehen heute die Gehörlosen und die Menschen mit einer Hörbehinderung im Mittelpunkt. Nach Angaben der WHO sind rund 6 % der Weltbevölkerung gehörgeschädigt, das sind über 400 Millionen Menschen – um die geht es heute.

Aus meinem Heimatland Deutschland kann ich auch noch einige Zahlen nennen: Rund 20 % der Deutschen sind schwerhörig, das sind immerhin 16 Millionen – eine hohe Zahl –, und 80 000 Menschen sind völlig gehörlos. Weitere 140 000 weisen einen Grad der Schwerbehinderung von mindestens 70 % auf, das heißt, sie sind auch auf Gebärdensprachedolmetscher angewiesen.

Es muss uns allen klar sein: Die Gehörlosen und Hörgeschädigten sind durch die COVID-19-Krise und die Lockdown-Maßnahmen besonders betroffen. Wir erkennen das daran, wenn wir sehen, wie gehörgeschädigte Menschen miteinander kommunizieren. Sie bedienen sich der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel: nämlich Lippenlesen sowie Erkennen von Mimik und Gestik. Ohne diese Mittel können sie kaum mit anderen Menschen in Beziehung treten und kommunizieren.

Und dies gilt noch stärker für Kinder und Jugendliche. Gott sei Dank gibt es für sie ausgezeichnete Schulen, in denen sie – noch durch technische Mittel unterstützt – fast ganz normal unterrichtet werden können. Wenn aber diese Kinder und ihre Lehrkräfte eine Gesichtsmaske tragen, dann ist ein vernünftiger Unterricht nicht mehr möglich. Und wenn wir für die Gehörgeschädigten beim Tragen der Gesichtsmaske keine Ausnahmen zulassen, dann versündigen wir uns an diesen Menschen. Wir drängen sie zurück in ihren privaten Bereich. Wir schließen sie gewissermaßen ein, wie es der weise Salomo in einer Allegorie über das Älterwerden im letzten Kapitel des Kohelet so treffend beschrieben hat: „Die Türen nach der Straße werden geschlossen, und das Geräusch der Mühle wird dumpf." Gerade weil wir dies wissen und welche verheerenden psychischen Belastungen der Lockdown für die Menschen gebracht hat – und erst heute berichtet der Spiegel, dass jeder dritte Deutsche psychisch unter den Folgen des Lockdowns leidet – und weil wir wissen, dass gerade die Gehörgeschädigten besonders betroffen sind, müssen wir dafür sorgen, dass wir uns mehr Lachen und mehr Freude schenken, wenn wir uns begegnen.

Noch mal: Die Gehörgeschädigten können das Lachen nicht hören und sie können es hinter einer Maske auch nicht sehen. Wollen wir sie ernsthaft komplett davon ausschließen? Vielleicht wissen Sie es nicht mehr? Lachen macht glücklich, Lachen hemmt Stresshormone, Lachen löst Spannungen und Belastungen, durch Lachen setzt der Körper das Glückshormon Serotonin frei. Wenn wir Gehörgeschädigte hinter undurchsichtige Masken zwingen, dann stehlen wir ihnen Lustigkeit und Unbeschwertheit.

Deshalb: Gehörgeschädigte sind auf unsere Unterstützung angewiesen, und sagen Sie, liebe Frau Kommissarin, bitte nicht, Sie seien nicht zuständig.

Wir haben gestern über 650 Milliarden Euro für eine Aufbau- und Resilienzfazilität freigegeben. Damit sollen die Folgen der COVID-19-Krise abgemildert beziehungsweise soweit wie möglich beseitigt werden. Das Leid und die Bedürfnisse der Gehörgeschädigten sind ja offenkundig. Sollen da nicht ein paar Millionen für die Beschaffung von transparenten Masken und für andere technische Mittel für diese von der Krise besonders betroffenen Menschen verfügbar sein? Wollen Sie sich hinter den Vorschriften verstecken, wenn es darum geht, diesen Menschen in Not zu helfen? Doch wie könnten Sie helfen? Ganz einfach: Ändern Sie ihre Regeln und ihre Definition, was eine Gesichtsmaske ist, und erlauben Sie für Gehörgeschädigte größere Freiheiten beim Gebrauch von Masken.

Nicht jeder von uns ist in der Lage, wie Beethoven seine Taubheit unter schier unmenschlicher Kraftanstrengung zu überwinden und uns trotz seiner Behinderung die „Ode an die Freude" zu schenken. Deshalb: Nehmen wir mehr Rücksicht auf die Schwachen unserer Gesellschaft, geben wir ihnen eine Stimme und verschaffen wir ihnen Gehör und verschanzen wir uns nicht länger hinter unseren Vorschriften. Die Gehörlosen brauchen jetzt unsere Hilfe.

Daher stelle ich zum Schluss noch einmal die Frage: Wie gehen wir mit unseren Gehörlosen um? Sind wir eine Gesellschaft, die sich um ihre Behinderten kümmert?

Katrin Langensiepen, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestern diskutierten wir noch über Impfstrategien und die Konsequenzen für Menschen mit Vorerkrankungen und Behinderung. Ich forderte die Kommission hierzu auf, mehr Produktionskapazitäten und mehr Impfstoff zu schaffen, schneller zu handeln und politische *blame games* zu verschieben.

Heute rede ich hier, um speziell für gehörlose Personen das Wort zu ergreifen. Masken stellen für sie eine Kommunikationsbarriere dar. Zu Beginn von COVID-19 war es ein großes Problem für gehörlose Menschen, durch die TV-Nachrichten eins zu eins die aktuellen Informationen vermittelt zu bekommen, da es keine Eins-zu-Eins-Gebärdensprachdolmetschung gab.

Mit dieser Barriere treiben Sie gehörlose Menschen in die Isolation. Das darf nicht passieren. Auch Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Kommunikation, das ihnen hiermit genommen wird.

Diese Möglichkeiten und insbesondere das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten müssen hier eine Rolle spielen bei der Suche nach Alternativen zur Überwindung dieser Kommunikationsbarrieren. Ich habe schon die Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gesprächsdolmetscher erwähnt, die spielen eine wichtige Rolle, wenn es zum Beispiel um Terminierungen bei Impfzentren geht und auch die Begleitung zu den Impfzentren.

Die Klärung der Frage, ob die transparenten Masken oder Gesichtsschilde ebenso wirksam sind wie Gesichtsmasken aus Stoff und Fasern und einen gleichwertigen Schutz bieten, muss natürlich oberste Priorität sein. Hier brauchen wir klare Richtlinien für alle Mitgliedstaaten.

Wir können es nicht verantworten, viele Millionen gehörlose Menschen zu isolieren und von Kommunikation abzuschneiden, bis es eine allumfassende Impfstrategie gibt, die es ihnen erlaubt, wieder ohne Barrieren mit Menschen um sie herum zu kommunizieren.

Marisa Matias, *em nome do Grupo The Left*. – Senhora Presidente, falar como estou aqui a falar neste momento, com a máscara, não corresponde a nenhum problema para a esmagadora maioria das pessoas. No entanto há uma parte significativa das pessoas que ficam muito limitadas se me virem falar de máscara. E a razão é muito simples: na Europa vivem milhões de pessoas com problemas auditivos. A pandemia e o necessário uso das máscaras causou sérios problemas de exclusão a todas estas pessoas que estão impedidas de comunicar com recurso à língua gestual, da qual depende muito a expressão facial, ou à leitura de lábios.

Não é compreensível que, ao fim de quase um ano de confinamento e de medidas de proteção sanitária, não haja ainda uma resposta global à escala europeia que contemple as necessidades de comunicação de toda a gente. Sei bem que não existe consenso sobre a segurança da utilização de máscaras transparentes. Mas não compreendo como este problema tem sido sistematicamente adiado, enquanto milhões de pessoas não têm a capacidade de poder exercer os seus direitos num contexto já em si tão limitado. Milhões de pessoas que não têm acesso à comunicação plena, seja para participar numa aula, seja para ir a uma repartição pública resolver um problema, seja numa situação de urgência ou de acesso ao serviço médico.

Esta é mais uma forma de discriminação a juntar a tantas outras que já afetam a comunidade surda, uma comunidade que já não tinha acesso pleno à interpretação na maior parte das situações e que agora vê essa capacidade de interpretação ainda mais limitada e, muitas vezes, totalmente impossível.

Num momento em que a resposta da inovação está no centro da agenda política da União Europeia, não há nenhuma razão para não se investir e procurar uma solução para este problema. Sabemos que a pandemia não afeta todas as pessoas da mesma forma, sabemos que pessoas mais pobres, que cuidadores e cuidadoras, que pessoas com deficiência, que desempregados, mulheres, são mais afetados, mais afetadas. Mas nesses casos como neste, no caso do acesso da comunidade surda à comunicação plena, cabe-nos a nós tomar medidas que corrijam essa desigualdade e que corrijam também discriminações quando elas são geradas. Cabe-nos a nós, sim, não deixar ninguém para trás.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – *Poštovana predsjedavajuća*, ako je nešto simbol korona krize to je upravo maska. Treba li nositi masku ovisi zapravo koga slušate i kome vjerujete. Ako se vratimo nekih godinu dana unazad, tamo drugi, treći mjesec kad je korana došla u Europu, imali ste razne autoritete, predsjednike, premijere, od hrvatskih pa, ne znam, do Macrona koji su govorili ako nemate simptome, ako niste bolesni, nemojte nositi masku. To su ponavljali svi stožeri po Europi da bi se onda u petom mjesecu priča okrenula i maska je postala obavezna, uvedene su kazne i došli smo do ove sadašnje situacije.

Dakle očito je da se o toj točki počelo slušati nekog drugog. Znači, radi se prije svega o političkoj odluci i o tome koga politika želi slušati i kakve mjere želi staviti u svojoj vlastitoj zemlji. Vrijedi napomenuti, recimo, da je sud, Ustavni sud Bosne i Hercegovine, presudio da je nošenje maske, dakle, kršenje ustavnih prava. Za razliku od tih stručnjaka koji se nalaze u stožerima koji su često tamo došli po političkoj liniji, imamo cijeli niz svjetskih autoriteta, znanstvenih radova koji su skeptični oko svega ovoga oko krize što oko maski, što oko cjepiva, pa i samog pitanja je li ovo uopće pandemija.

Στέλιος Κυμπουρόπουλος (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, θα ήθελα να δώσετε ιδιαίτερη προσοχή στο θέμα των διαφανών μασκών και στην ανάγκη έγκρισης και διανομής τους. Από την αρχή της πανδημίας, η χρήση της μάσκας αποτέλεσε μία νέα προσθήκη στην καθημερινότητά μας με σκοπό την ασφάλειά μας και την ασφάλεια των συνανθρώπων μας. Δυστυχώς, κατόρθωσε από ένα απαραίτητο ιατρικό εργαλείο να μετατραπεί σε αναπόσπαστο μέρος της καθημερινότητάς μας. Η εφαρμογή της μάσκας και η κάλυψη μεγάλου μέρος των χαρακτηριστικών μας στερεί τη δυνατότητα πλέον να αναγνωρίσουμε εκφράσεις του προσώπου ή κινήσεις των χειλιών των ανθρώπων με τους οποίους συνομιλούμε. Το αναφέρω αυτό γιατί, εκτός από το κοινωνικό επίπεδο, αναδεικνύεται και ένα άλλο μεγάλο πρόβλημα που αφορά την επικοινωνία για τους κωφούς συνανθρώπους μας. Για εκείνους είναι απαραίτητο να βλέπουν τα χείλη και το πρόσωπο ώστε να κατανοούν τις λέξεις και να μπορούν να επικοινωνούν. Το ίδιο ισχύει και στην περίπτωσή μου. Το πρόσωπό μου είναι ο καθρέφτης των συναισθημάτων μου στον λόγο μου και καλύπτοντάς το νιώθω πολλές φορές ότι δεν είναι δυνατό να μεταφέρω τις θέσεις μου.

Δυστυχώς, μέρα με τη μέρα αποκόβονται κάποιες ευάλωτες κοινωνικές ομάδες από την καθημερινότητα και την εργασία τους απλώς γιατί δεν μπορούν να επικοινωνήσουν. Πρέπει, λοιπόν, να επιταχύνουμε και να προχωρήσουμε άμεσα στην έγκριση και διανομή διαφανών μασκών, ακολουθώντας φυσικά πάντα τις οδηγίες και τα ιατρικά πρωτόκολλα της Επιτροπής και του Ευρωπαϊκού Κέντρου Πρόληψης και Ελέγχου Ασθενειών για την παραγωγή ιατρικού εξοπλισμού. Κατανοώ ότι η διανομή των μασκών είναι εθνική αρμοδιότητα κάθε κράτους, αλλά θα πρέπει η Ένωση να βγει μπροστά και να στηρίξει τα κράτη μέλη, όπως έκανε τον Μάιο του 2020, και να δημιουργήσει μια κοινή δεξαμενή ιατρικού εξοπλισμού έτοιμη να χρησιμοποιηθεί ανά πάσα στιγμή. Να καταβληθούν έτσι προσπάθειες για να μειωθεί το κόστος απόκτησής τους, ώστε να προσεγγίζει αυτό των χειρουργικών μασκών. Πρέπει να προχωρήσουμε σε μια Ένωση για την υγεία, για το καλό των πολιτών μας.

Robert Biedroń (S&D). – Pani Przewodnicząca! Podczas tego kryzysu chyba jak na dłoni widzimy, do czego doprowadziła wiara w niewidzialną rękę wolnego rynku. To Chiny zmonopolizowały rynek dostaw zasobu dzisiaj strategicznego, czyli prostej maseczki. To Chiny poprzez minimalizację kosztów taniej siły roboczej zmonopolizowały dzisiaj światową produkcję.

Dlatego powinniśmy z tego wyciągnąć wnioski. Jako Unia Europejska musimy doprowadzić do sytuacji, w której pewne strategiczne zasoby produkcyjne będą przez nas kontrolowane, a państwa członkowskie w ramach Unii będą dbały o to, żeby odpowiedniej jakości produkty takie właśnie jak maseczki trafiały do odpowiednich środowisk. Tak teraz nie jest. Jeżeli przewodnicząca Ursula von der Leyen chce, żeby Unia stała się globalnym graczem, to musimy mieć tę wrażliwość na każdego i każdą, nikogo nie wykluczając, a dzisiaj miliony Europejczyków i Europejek zostały wykluczone.

Przypomnę tylko, że padały różne deklaracje z różnych krajów. W Polsce na przykład premier Morawiecki zapowiadał stworzenie polskiej szwalni, a przez pierwsze sześć miesięcy 2020 r. Polska sprowadziła samych maseczek za kwotę 289 mln euro. Jeżeli tak dalej będzie, to nie zbudujemy Unii, w której nikt nie pozostaje z tyłu.

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, we leven in een pandemie, een hele trieste periode voor de mensheid die niet alleen verstrekkende gevolgen heeft voor de economie, maar vooral mensen die slachtoffers kennen veel leed berokkent. Vooral ouderen en mensen met een beperking kampen in dit verband met problemen. Dit laat eens te meer zien dat de Europese Unie ook een gezondheidsunie moet worden.

De crisis wordt in elke lidstaat anders aangepakt. Dit zorgt voor een rommelig geheel, aangezien de aanpakken sterk uiteenlopen en niet altijd even duidelijk zijn. De industrie is erin geslaagd in ongeveer zes maanden tijd verschillende vaccins te ontwikkelen die ons hopelijk zullen helpen deze pandemie te bestrijden. Het is dan ook een trieste zaak dat elke lidstaat een ander mondkapjesbeleid voert en dat we de 35 miljoen Europeanen die al met gehoorproblemen kampen ook nog eens opzadelen met een wirwar aan mondkapjes, waaronder chirurgische mondkapjes en transparante mondkapjes. De laatstgenoemde zijn echter niet toegestaan, omdat ze niet veilig zouden zijn.

Ik stel daarom voor dat we een deel van het COVID-19-responsfonds gebruiken om transparante mondkapjes te laten ontwikkelen en die 35 miljoen mensen met gehoorproblemen, alsmede ouderen en mensen in de zorg te helpen. Wij zijn namelijk sociale wezens en vinden het prettig om een gezicht te zien en een mond te zien bewegen als we met iemand praten, zoals we gewend zijn.

Ik wil alle regeringsleiders dan ook vragen de Europese Unie eindelijk de bevoegdheid te geven om op EU-niveau gezondheidsmaatregelen te nemen en die zo nodig ook in de hele Unie in te voeren, om voor de Europese burgers duidelijkheid te scheppen over de geldende maatregelen. Ik hoop dat we dit spoedig, en wellicht zelfs tijdens de top van het Portugese voorzitterschap, kunnen bewerkstelligen en wil nogmaals oproepen tot de ontwikkeling van transparante mondkapjes voor ouderen en mensen met gehoorproblemen.

Łukasz Kohut (S&D). – Pani Przewodnicząca! Koleżanki i Koledzy! Noszenie maseczki to od samego początku pandemii rzeczywistość dla większości z nas. Najpierw wybrzydzaliśmy, grymasiliśmy, było niewygodnie. Teraz większość się przyzwyczaiła, a maseczka stała się oczywistością.

Ale dla osób niesłyszących i niedosłyszących, które według szacunków Światowej Organizacji Zdrowia stanowią ponad 5% całej populacji, maseczka to wyzwanie dodatkowe. Brak możliwości obserwowania twarzy rozmówcy znacznie utrudnia lub nawet uniemożliwia im skuteczną komunikację. Jest także ogromną przeszkodą w porozumiewaniu się na przykład z dziećmi z autyzmem, na co już dawno zwrócili uwagę nauczyciele szkoły specjalnej Royal Woluwe Institute, tutaj w Brukseli.

Rozwiązaniem są tutaj maseczki przezroczyste, o których dziś mówimy. Wciąż niestety zbyt mało dostępne, wciąż niewystarczająco zestandaryzowane.

Nie ulega wątpliwości, że władze publiczne, w tym instytucje unijne, powinny podjąć wszelkie dostępne środki, żeby ten stan rzeczy zmienić. Maseczki przezroczyste muszą być dostępne dla wszystkich, którzy ich potrzebują. Ważna jest tu dostępność nie tylko fizyczna, ale również cenowa.

Dodatkowy element, na który chciałbym zwrócić uwagę, to aspekt ekologiczny. Bardzo często transparentne maseczki można wykonać z materiału wielokrotnego użytku, który nadaje się do recyklingu i daje się łatwo odkażać. To z pewnością jest mocny argument za działaniami na rzecz ich szerokiej dostępności.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, many of us have complained about difficulties with communication in the past year. The restrictions imposed due to the COVID-19 pandemic have resulted in many of our daily conversations taking place over video calls. We've all experienced the frustrating frozen images and disjointed audio that can occur.

We must draw attention to the fact that communication has been made especially difficult for people who are deaf or hard of hearing. Masks that are not transparent make it impossible to lip-read. They can also prevent effective communication with children and people with autism who may be more in tune with facial expressions and non-verbal cues.

I applaud the charity and citizen-led initiatives that have distributed transparent masks over the last year. Now it's time for us in the EU and Member States to work together to ensure that transparent masks are safe and protect from the spread of the virus as much as possible. In the US certain models of transparent masks have even been approved for use in operating rooms. The right fit and materials are key, and I would welcome the publication of further guidance within the EU on these points for transparent masks.

Our strategies and policies to combat the virus must take into account the particular issues that face some in our society, and we also need to make sure there is sufficient flexibility, where possible, to accommodate certain groups in stopping the virus that does not completely alienate them or significantly prevent the functioning of everyday tasks. I hope that one day, in the not too distant future, we won't need to wear face masks anymore; until that day comes we need to ensure that transparent masks are effective and available.

A Uachtaráin, go raibh maith agat. Slán.

Adriana Maldonado López (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria, sin duda alguna, la crisis de la COVID-19 ha hecho que nuestras necesidades como sociedad cambien. Ha creado nuevas necesidades a nivel colectivo y a nivel individual. Y la mascarilla es, sin duda alguna, una de ellas.

Este nuevo hábito tiene que ser garantía para que todos los ciudadanos del mundo, y sobre todo en este caso, de la Unión Europea, tengamos un acceso igualitario y equitativo a todo tipo de mascarillas.

Porque algo hemos aprendido a lo largo de esta crisis. Durante los primeros meses de la pandemia pudimos ver como entraban en la Unión Europea, a través de nuestras aduanas y de nuestras fronteras, mascarillas que no estaban homologadas, mascarillas que no cumplían con los requisitos que se nos pedían como Unión Europea. Y, por lo tanto, es importante que lancemos un mensaje de unidad para trabajar conjuntamente como Unión Europea a la hora de crear esos criterios de homologación. Es importante porque, si no, cada país va a ir por libre; y el mercado único en el que confiamos, y que es uno de los mayores pilares de la Unión Europea, tenemos que ser capaces, también, de ponerlo en valor con esta homologación de mascarillas.

Y, sobre todo, con la homologación de mascarillas transparentes, que hoy nos tiene aquí ocupados en el Parlamento Europeo. Es una cuestión de igualdad, de equidad para todas aquellas personas que tienen problemas auditivos. Es una cuestión de justicia social que la Unión Europea haga de estas mascarillas un principio básico de su homologación y, por lo tanto, que se cuente con estas mascarillas en el conjunto de la Unión Europea, porque, si solamente algunos países homologan estas mascarillas y otros no, el principio de solidaridad de la Unión Europea se verá totalmente eliminado.

Sunčana Glavak (PPE). – *Poštovana predsjedavajuća*, u Europskoj uniji više milijuna ljudi ima oštećenje sluha ili vida, a samo primjerice u mojoj zemlji, u Hrvatskoj, više od 13 tisuća građana ima slušne poteškoće. Kao i drugi građani i oni trpe posljedice pandemije kao što su fizička izolacija i socijalna isključenost. Istraživanje Eurobarometra pokazalo je da se 52 % ispitanika s invaliditetom osjeća diskriminirano u posljednjih godinu dana. Jedan od razloga je otežano komuniciranje zbog obveznog nošenja zaštitnih maski koje su postale naša svakodnevica. Cilj prozirnih maski je olakšati komunikaciju čitanjem s usana i gestama lica prije svega za građane koji su gluhi ili imaju oštećen sluh čime im se osigurava pravo na socijalnu izolaciju odnosno da ih ne učinimo socijalno izoliranim ili diskriminiranim i na pravo na pristup informacijama, ako baš želite. No trebamo uzeti u obzir i djecu, osobe s autizmom i neke druge bolesti, primjerice obične maske nekim ljudima zbog njihovih specifičnih bolesti otežavaju komunikaciju ili njihovo nošenje, njihovo stanje još pogoršava. Sve te maske kao i zaštitna oprema moraju biti proizvedene od materijala koji ne smiju štetno

utjecati na zdravlje i sigurnost korisnika i u skladu s važećim zakonskim zahtjevima i standardima. Trenutno ne postoje posebni standardi za proizvodnju prozirnih maski zbog čega je ova rasprava posebno važna. Ocjenjivanjem sukladnosti utvrđuje se ispunjenost bitnih zdravstvenih i sigurnosnih zahtjeva koji se odnose na proizvode za osobnu upotrebu u Uniji, a prozirne maske ne smiju biti iznimka. One moraju imati oznaku CE da znamo da su zdravstveno ispravne, a jednako tako možemo provjeriti nalaze li se one u bazi podataka Nando. Stoga zaštititi tržište od proizvoda koji ne udovoljavaju zdravstvenim i sigurnosnim zahtjevima je naš imperativ, a posebno sada u vrijeme pandemije kada je zaštita zdravlja u globalnom fokusu. Također pozdravljam nadolazeću strategiju Europske unije o pravima osoba s invaliditetom za 2021. i 2030., a poboljšanje socijalne i ekonomske situacije kao i cjelovite kvalitete života osoba s invaliditetom važan je cilj. Stoga pomozimo im da se ispravno uključe u život.

Robert Hajšel (S&D). – Pani predsedajúca, vakcína je nateraz určite najúčinnejším prostriedkom, ako dostať pandémiu koronavírusu a jeho variantov pod skutočnú kontrolu a umožniť našej spoločnosti sa znova otvoriť, a najmä predísť ďalším státisícom obetí na životoch.

Všetci sa zhodneme, že okrem vakcinácie a hľadania účinnej liečby je jediným možným prostriedkom, ako sa chrániť pred koronavírusom, sociálny odstup, dezinfekcia, a najmä nosenie účinných ochranných masiek na tvári, najlepšie respirátorov.

Iné ochranné masky, najmä priehľadné masky, neboli doteraz vo všetkých štátoch povolené. Tým ale pod našimi očami došlo k ďalšej diskriminácii, a to takmer k úplnému vylúčeniu zo života ľudí s problémami sluchu, ktorí sa tak dostávajú aj do vážnych stavov depresie z nedostatku komunikácie.

Títo ľudia totiž potrebujú vidieť čítať z pier, a preto nosenie priehľadných masiek je veľmi dôležité.

Musíme preto na úrovni Európskej únie urobiť všetko preto, aby sme túto diskrimináciu čím skôr odstránili a umožnili týmto ľuďom beztak postihnutým pandémiou korony zaradiť sa znova do normálneho života.

Európska komisia musí podporiť vývoj, musí takisto podporiť výrobu a nakoniec aj férovú distribúciu týchto priehľadných ochranných masiek vo všetkých štátoch Únie. Samozrejme, tieto masky musia zabezpečovať dostatočnú ochranu pred vírusom nielen pre tých, ktorí ju nosia na tvári, ale aj pre tých, ku komu sa títo ľudia prihovárajú, a preto homologizácia je naozajstným, by som povedal ochranným a zabezpečujúcim prvkom, aby všetci títo ľudia mohli byť chránení pred touto hnusobou vírusu.

Tomislav Sokol (PPE). – *Poštovana predsjedavajuća*, prema podacima Svjetske zdravstvene organizacije 5 % svjetske populacije suočeno je s problemom oštećenja sluha. Brojni među njima komuniciraju sa svojim obiteljima i prijateljima putem znakovnog jezika. Dakle, da bi mogli komunicirati s okolinom oni se nužno oslanjaju na mimiku i vidljivost lica. Epidemiološke mjere koje su uvedene zbog suzbijanja pandemije nalažu nošenje zaštitnih maski kojima se prekriva dio lica. Na taj način naši sugrađani s oštećenim sluhom imaju bitno smanjenu mogućnost komunikacije, još su više izloženi socijalnoj isključenosti u ova teška vremena. Kako bismo osvijestili ovaj problem nužno je da promoviramo nošenje transparentnih maski koje su od prozirnog materijala i koje osobama s oštećenim sluhom omogućavaju komuniciranje s okolinom. Nažalost, takve zaštitne maske višestruko su skuplje od klasičnih neprozirnih maski. Stoga pozivam europske institucije i sve države članice ne samo na promoviranje nošenja transparentnih maski već na to da osiguraju dostupnost takvih maski osobama s oštećenim sluhom. Mislim da Europska unija koja ima ovlast podupiranja i nadopunjavanja djelovanja država članica u području javnog zdravlja, financijski treba u tome sudjelovati. Pomoću programa EU za zdravlje, Obzor kao i drugih proračunskih stavki, a naravno i kroz standardizaciju koja je već ovdje spomenuta. Također smatram da se ovim problemom problemom svakako moramo pozabaviti i u novoj Europskoj strategiji za osobe s invaliditetom. I na kraju moramo se posvetiti borbi protiv nepravilnih maski što je izuzetno veliki problem, o čemu sam već više puta govorio kao član Odbora za unutarnje tržište i zaštitu potrošača. Pokažimo još jednom europsku solidarnost na djelu.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señora presidenta, Julia es una mujer sorda que ha dejado de hacer la compra porque tiene que pedir a la cajera que se quite la mascarilla para poder comunicarse; también ha dejado de ir al médico porque no puede leerle los labios. Este testimonio es compartido también por Haizea, una joven de veintidós años que vive en Eibar y cuyo testimonio es el mismo que el de Julia. Cuenta que no ha podido ir a su médico durante la pandemia porque tenía que pedir cita por teléfono y ahora, con el uso de la mascarilla, no puede leerle los labios. Así, millones de personas en la Unión Europea no pueden comunicarse porque la mascarilla obligatoria impide esa comunicación y es una nueva barrera.

Mascarilla, gel y distancia de seguridad son los tres elementos imprescindibles en esta nueva normalidad. Pero esas mascarillas, que impiden la comunicación a tantas y tantas personas con problemas auditivos y visuales, son un nuevo «barrerismo»: una nueva barrera y una nueva forma de discriminación. Por eso, algunas comunidades autónomas como, por ejemplo, el País Vasco, o algunos países como Francia, han empezado a trabajar en la homologación de unas mascarillas transparentes —como las que hoy nos describía mi compañero Ádám Kósa— para poder reducir el aislamiento social, para poder apreciar el sonido y para que no haya ninguna dificultad en esa comunicación.

Pero lo que solicitamos hoy a la Unión Europea es que no vaya cada uno por libre, sino que se homologuen todas estas mascarillas con una normativa europea que haga que estas mascarillas transparentes tengan material sostenible y que además cumplan la normativa de seguridad. Europa es el continente de la paz, de la no discriminación y de los valores; por lo tanto, es el momento. Estamos a tiempo de conseguir esa no discriminación y, por lo tanto, solicito a la Comisión una homologación de todas estas mascarillas, no solamente para favorecer a las personas con problemas audiovisuales y auditivos, también a todas las personas del espectro autista y a toda la sociedad en su conjunto. Y así haremos que realmente Europa sea el continente de la paz.

Jutta Urpilainen, *Member of the Commission*. – Madam President, I have to tell you that I am very grateful for this debate. I want to thank you for the important remarks that were made, and at least from my perspective, I have to tell you that I also learned a lot while listening to you.

As I said earlier in my introduction and intervention, the priority for all relevant actors along the supply chain of masks is to ensure that the users can find the products that are first of all safe, that serve the required function, and are adapted to their needs. This is the principle, and this is also the case for transparent face masks covered by the EU legislation on PPE, on medical devices or on GPSD according to their performance and intended use.

So what I can say and tell you today is that the Commission will continue to provide support to all stakeholders by elaborating guidance, enabling the exchange of best practices, and by facilitating the coordination efforts. And concerning the most vulnerable people in society, and especially people with disabilities, I would say that we plan to adopt the EU disability strategy in March. I think that also gives us some ideas on how we are able to ensure an equal society for all of us, but I thank you for this very good and fruitful discussion.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

13. Humanitäre Lage in Äthiopien (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Bizottság nyilatkozata az etiópai humanitárius helyzetről (2021/2542(RSP)).

Jutta Urpilainen, *Member of the Commission*. – Madam President, three months into the conflict in Tigray, the EU is still extremely concerned by the situation in Ethiopia. Ethiopia is an important EU partner in the Horn of Africa, and Ethiopia is one of the few countries with whom the EU has a strategic engagement. Our decision to postpone the disbursement of three budget support payments for a total amount of EUR 88.5 million must be seen in that context where we are asking for an end to hostilities, unhindered humanitarian access and an investigation of reported human rights abuses.

As time passes by, let me be clear, colleagues: the humanitarian situation is getting dangerously critical. The newly-established administration in Tigray stated in mid-January that over 4.5 million people were in need of emergency food assistance, of whom 2.2 million were internally-displaced persons with other basic needs. Most of Tigray is now classified as in crisis in the food security classification, which is one step before famine, and the health system has collapsed in many places. This requires an immediate scale-up of assistance, with large-scale food distributions and provision of primary healthcare services. An increase of additional experienced emergency staff is urgently needed.

On Monday, together with High Representative Borrell and Commissioner Lenarčič, we issued a statement calling for an immediate strengthening of actions. First, two months after the signature of the UN and Government of Ethiopia access agreement, eight actors are still without meaningful access to most of Tigray. We take note of the engagement by the Government of Ethiopia to review urgently requests submitted by humanitarian partners, but more improvement on humanitarian access is needed. Relief actors, including large UN agencies such as the World Food Programme or UNHCR, need to be able to operate directly and not only via or in support of the Ethiopian administration.

Second, the protection of civilians caught in the Tigray conflict is at the heart of our preoccupations, with increasing reports of ethnic violence, casualties and serious violations of human rights, international refugee and humanitarian law, including appalling levels of sexual and gender-based violence. The EU continues supporting refugees, IDPs and host communities through the implementation of programmes financed by the EU trust fund for Africa. And in addition, the EU supports the poorest food-insecure households through the productive safety net programme, with a contribution of EUR 50 million.

The EU has called for the prevention of refoulement and forced return targeting Eritrean refugees. It has underlined that all civilians in search of assistance, safety and security in Tigray should be safe and free to move to other Ethiopian regions or towards neighbouring countries. We are, in that light, very much concerned about the situation at the border with Sudan, and as a result, the EU has been allocating additional funds – EUR 70 million – to the Sudan Family Support Programme to support the government of Sudan hosting Ethiopian refugees.

Last but not least, the Finnish Foreign Minister, Pekka Haavisto, is leading this week a high-level EU-mandated mission to Sudan and Ethiopia, notably to discuss humanitarian access with Ethiopian authorities, and of course we are looking forward to working with him, and of course with this House, to take the recommendations forward.

György Hölvényi, *a PPE képviselőcsoport nevében.* – Biztos Asszony! Tisztelt Alelnök Asszony! Tisztelt Képviselőtársaim! A Tigray szövetségi államban november óta tartó fegyveres konfliktus több mint két és félmillió ember létbiztonságát fenyegeti, ahogy azt Biztos asszony is említette. Le kell szögeznünk: dacára a humanitárius szervezetek, mint az ENSZ humanitárius koordinációs irodája, az OCHA követeléseinek, a humanitárius hozzáférés kérdése az elmúlt hónapokban alig változott. A legújabb értesülések szerint nagyszámú NGO térhetett vissza a régióba. Ezt a reménykeltő hírt egyelőre még több forrásból meg kell erősíteni. Mivel a telekommunikációs kapcsolat és a humanitárius hozzáférés a Tigray régióban még mindig korlátozott, csak személyes beszámolókra támaszkodhatunk.

2019 novemberében tényfeltáró látogatást tehettem a régióba és eljutottam a mostani események központjában álló Akszúmba, Shirebe és a Mai Aini táborba is. Ekkor volt alkalmam személyesen is felmérni a tartományban élő eritreai és belső menekültek, úgynevezett IDP-k kiszolgáltatott helyzetét. Az északi Tigray szövetségi államban a lakosság jelenleg nem jut elektromos áramhoz és üzemanyaghoz. Emellett, ahogy Biztos asszony is említette, égető problémát jelent az élelmiszerhiány és az ENSZ adatai szerint eddig kétmillió ember vált belső menekültté.

Abij miniszterelnök urat, akit több mint egy éve tüntettek ki a béke Nobel-díjjal az eritreai háború lezárásaért. A Tigray régióban vezetett hadjárat sajnálatos módon veszélyezteti az etiópiai miniszterelnök által elérni kívánt stabilitást. Ami a fentiekből is látszik: az észak-etiópiai krízis nemcsak helyi probléma. Az ottani konfliktus az egész térség stabilitását is fenyegeti. Eddig több mint 60 000 menekült érkezett Szudánba. Mihamarabb lehetővé kell tenni, hogy a segélyszervezetek felmérhessék a valós helyzetet Tigray régióban. Haladéktalanul le kell zárni a fegyveres konfliktust, különben a válság kiszélesedik, újabb menekülthullámot indíthat el Európa felé.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, sur fond de tensions politiques entre le gouvernement de M. Abiy Ahmed et le TPLF qui, rappelons-le, a dominé la scène politique en Éthiopie durant des décennies et qui a été lui aussi responsable de nombreuses violations graves des droits de l'homme, se joue un drame humanitaire, vous l'avez dit, Madame la Commissaire.

Le tout récent rapport de Human Rights Watch est accablant. Comment le gouvernement de M. Abiy Ahmed peut-il justifier ces opérations militaires qui plongent des milliers de civils dans le désarroi? Des destructions massives d'habitations, d'infrastructures publiques comme les écoles ou les hôpitaux, des *lockdowns* complets avec interdiction d'accès physique mais aussi avec la fermeture d'internet… Des milliers de personnes ont dû fuir le pays pour se réfugier dans le pays voisin, le Soudan afin d'éviter les attaques, d'autres sont déplacées internes et, dans le pire des cas, des familles sont bloquées sans accès à la nourriture, à l'eau et aux médicaments.

Vous l'avez dit, Madame la Commissaire, l'accès de l'urgence humanitaire est important. Cela est urgent, mais c'est aussi le cas pour le respect des lois, car les lois qui s'appliquent aux conflits armés au Tigré interdisent toute attaque qui cible les civils ou les structures civiles, toute attaque non discriminée et toute attaque qui cause plus de dommages sur les populations civiles que les gains militaires attendus. Tout individu qui commet délibérément de sérieuses violations à ces lois de guerre est responsable de crimes de guerre et devra comparaître devant la justice. C'est un message qu'il est important aussi de donner à M. Abiy Ahmed du gouvernement éthiopien.

Jan-Christoph Oetjen, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, what we are seeing unfold in Tigray is a terrible humanitarian crisis. The numbers are staggering.

There are 4.5 million persons in need of humanitarian assistance, ten thousands are at severe risk of starvation, hundreds of thousands of refugees are caught in the crossfire. Fifty-eight thousand refugees have fled to nearby Sudan, and there are reports of atrocities against thousands of civilians. After three months, Ethiopia ended its military operation but the aftershock will be felt for years to come, and not only in Ethiopia.

Already before the military skirmish, Tigray was a host region to hundreds of thousands of refugees, spread over four camps, with millions who were already in need of humanitarian assistance, as already mentioned by the Commissioner, and this conflict has only exacerbated the situation.

Already before the military skirmish, the Horn of Africa was known as a delicate region, now this conflict risks spilling over into neighbouring countries and destabilising the entire region. The exact numbers of those in humanitarian need remain difficult to predict, because promises to restore communications have not been fully met. Humanitarian aid workers and organisations are still denied access to Tigray, cutting off millions from aid. Unverified reports of atrocities and impunity are rampant, and there are conflict reports of foreign interference by Eritrean troops.

Action is needed immediately. Now that millions more require humanitarian assistance, the international community and the federal government must urgently find a peaceful end to this conflict and step up their commitment to the responsibility to protect the most vulnerable.

Signing of the Memorandum of Understanding with the United Nations by Prime Minister Abiy was an important first step but, however, key humanitarian aid organisations are still being barred from entering the region, especially in areas of conflict. And I reiterate what has been just said by the Commissioner: they have to access those people in order to help directly and not only through the Ethiopian authorities. It's exactly in these regions that humanitarian aid is needed the most.

The federal government must now stick to its commitments. First, accelerate creating unconditional and unhindered access for humanitarian aid workers. Second, establish secure humanitarian corridors. And thirdly, work with humanitarian aid organisations to establish a clear estimate of who is in need of aid.

I think that the decision of the Commission to allocate EUR 70 million to the Sudanese Government is a good decision because this helps in this difficult situation. But I agree with the Commissioner that more improvement is needed.

Meine Damen und Herren, die Lage in Äthiopien spitzt sich zu, und ich glaube, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, dass wir die äthiopische Regierung aufrufen, dass wir den Hilfsorganisationen direkten Zugang in der Region geben. Denn die Menschen dort in der Region können nicht alleine von der äthiopischen Regierung unterstützt werden, sondern sie brauchen die internationale Hilfe, die Hilfe der Gemeinschaft.

Ich bin stolz darauf, dass die Europäische Union hier nicht nur eine starke Sprache verwendet, sondern an dieser Stelle auch Geld in die Hand nimmt, um zu helfen. Ich glaube, dass diese Hilfe angebracht ist, denn wir haben schon viel zu lange zugesehen und die äthiopische Regierung machen lassen.

Es ist jetzt Zeit, nicht länger nur zuzusehen, sondern eine klare Sprache im Dialog anzuschlagen und dafür zu sorgen, dass die humanitäre Krise sich nicht weiter ausbreitet, sondern eingedämmt werden kann.

Catherine Griset, *au nom du groupe ID*. – Madame le Président, Madame le Commissaire, l'Éthiopie fait de nouveau l'actualité avec la sécession du Tigré et se trouve peut-être à la veille d'un éclatement.

Il faut tout faire pour éviter qu'à un drame humanitaire s'ajoute un drame migratoire car on le sait, parmi les nombreuses routes migratoires africaines, il y en a une qui passe par l'Éthiopie, qui traverse la Libye pour ensuite atteindre l'Europe. Elle concerne non seulement des Éthiopiens, mais aussi tous les peuples de la Corne de l'Afrique. Toute déstabilisation risquerait d'entraîner des répercussions jusque sur notre continent par des déplacements massifs de population.

L'Éthiopie est la clé de voûte de l'équilibre régional, un maillon essentiel dans cette région très sensible où les conflits s'additionnent: lutte entre les deux Soudans, guerre ethnique au Soudan du Sud, dictature en Érythrée, anarchie somalienne et nombreux massacres commis par les islamistes, notamment les chebabs, sans oublier la question des eaux du Nil qui empoisonne gravement les relations avec l'Égypte.

S'il faut s'abstenir de prendre parti dans cette guerre et de s'ingérer dans les affaires internes du pays, nous devons œuvrer pour la stabilité dans la région, en offrant nos moyens humanitaires et diplomatiques, notamment en faveur des déplacés. Il faut saluer le grand pas franchi il y a deux ans, lorsque l'Éthiopie a mis fin au conflit avec l'Érythrée.

Si l'État central n'arrive pas à maintenir un minimum de cohésion entre la mosaïque de peuples qui le composent, ce pays éclatera comme ce fut le cas pour la Yougoslavie. Au-delà, l'Europe doit suivre d'un œil vigilant les bouleversements géopolitiques en cours du Mozambique à Suez et défendre ses intérêts face aux pressions des acteurs régionaux et internationaux.

Pierrette Herzberger-Fofana, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, depuis la fin de l'année passée, nous avons observé avec inquiétude la situation politique et sociale en Éthiopie, mais je voudrais que nous prenions un moment de réflexion pour nous éloigner des confrontations récentes afin de les replacer dans le contexte plus large, c'est-à-dire dans une période de conflit permanent et très chargée sur le plan historique.

Bien sûr, le gouvernement éthiopien doit prendre sa part de responsabilité en ce qui concerne la situation actuelle du pays, cependant nous nous souvenons aussi que l'Union européenne s'était engagée à soutenir ce gouvernement, qui avait promis d'introduire des réformes, de ne pas se baser uniquement sur les ethnies et de tenir compte de la dimension du genre.

Ici, au Parlement européen, il y a quelques années, nous avons encore dénoncé les exactions et incidents en matière de violation des droits humains du parti du Front de libération du peuple du Tigré qui était au pouvoir en Éthiopie de 1991 à 2018.

L'Éthiopie est un partenaire important pour l'Union européenne et joue un rôle majeur dans la région. L'Union européenne peut jouer un rôle positif et par la même occasion non paternaliste en tant que partenaire de l'Éthiopie, mais avons-nous eu recours à tous les instruments possibles pour rétablir la paix dans cette région? La Commission a décidé de suspendre ou plutôt de reporter l'aide budgétaire à l'Éthiopie, sur la base des événements dans la région du Tigré. Pourquoi ne pas avoir invoqué l'article 96 de l'accord de Cotonou, qui prévoit une procédure claire en cas de violation des droits humains avant d'envisager une quelconque mesure à l'encontre de l'Éthiopie? Et sur quelle base juridique se fonde alors cette décision de suspendre l'aide qui s'apparente ainsi à une sanction contre le gouvernement éthiopien?

Nous avons tout intérêt à développer une nouvelle sensibilité face à la complexité de ce conflit afin d'améliorer la situation des personnes les plus vulnérables, les réfugiés, les femmes, les enfants et tout autre groupe de personnes victimes de ce conflit. Ce n'est qu'à ce prix que l'action humanitaire de l'Union européenne aura un effet positif durable et approprié.

Assita Kanko, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, the ECR Group strongly condemns the violence in Tigray. We support international calls for swift and unconditional access to the whole region for humanitarian aid, independent human rights monitors and the media. The vast majority of the six million inhabitants of Tigray have been without adequate food, water and medicine for weeks. Two million civilians are reported to have been driven from their homes. In the north, the harvest is said to have been burned. Elsewhere farmers have abandoned their fields. It seems that the Ethiopian government is deliberately withholding food in order to starve people. Central and east Tigray are on the brink of famine. Recent promises of humanitarian access have been insufficient and uncertain. There are continued reports of violations of international humanitarian law, such as the deliberate shelling of civilian targets, extrajudicial executions and widespread looting. It's also reported that sexual violence is a weapon of war in this conflict.

The offensive by the Ethiopian Government army against Tigray has rekindled the old conflict with Sudan over the al-Fashaqa border region and Eritrean troops are also said to be active in Tigray. It should not be forgotten that repression by the federal government is also taking place elsewhere in the country, such as Oromia, Ethiopia's largest state. The European Union, together with other international partners, must play their part to help end this conflict and reform the Ethiopian state, something supported by its many diverse populations. The Ethiopian prime minister should not only give his Nobel Prize back but also return his country to the principles of peace and democracy.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Mick Wallace, *on behalf of The Left Group*. – Mr President, I lost my best friend, Pat Whitty, five years ago today. I still miss him. People in Tigray have been losing whole families in these past few months because of the war crimes of Ethiopia's unelected Prime Minister, Abiy Ahmed, and the government is doing all it can to hide the truth.

The Ethiopian Ambassador to the EU, Hirut Zemene, came to our Committee on Foreign Affairs two weeks ago. A lot of what she had to say was a work of fiction. She said that they were restoring the law and order situation. She said that the operation – as you might be aware, she said – had been concluded within three weeks. This is not true. After 13 weeks, fighting continues. She said that the Ethiopian Government was focused on delivering much anticipated humanitarian assistance. Not true. The Ethiopian Government has done everything in its power to prevent humanitarian aid reaching the people of Tigray. Aid agencies have been badly frustrated. She said that the Abiy Ahmed government tried its best to take on board the TPLF leadership. Not true. As soon as Abiy Ahmed became Prime Minister, he set out to isolate the TPLF and the people of Tigray. He dissolved the ruling coalition of which the TPLF was part. Now he has expelled 17 000 Tigray soldiers from the Ethiopian army and Ethiopian Airlines has fired all its workers from Tigray.

If Abiy Ahmed's government had any interest in the truth, it would allow independent UN-led investigations in Tigray and give access to independent media. In total violation of international law, Eritrean troops are in Tigray, committing unspeakable atrocities, murdering civilians, looting, destroying public property, factories, hospitals and religious sites. And still Abiy Ahmed denies the presence of Eritrean troops in Tigray. His peace deal with Isayas Afewerki, Eritrea's President, looks more like a war deal now, a vengeful marriage of convenience against the people of Tigray.

A government accused of committing war crimes in Tigray, using hunger as a weapon, and one that continues to blatantly lie about the involvement of Eritrean troops in Tigray cannot be trusted to deliver relief to Tigray. A government that deliberately burnt fields of crops in Tigray cannot be trusted with delivering food aid. A government that causes suffering and deaths on its own citizens in a treacherous partnership with Eritrea's President, a ruthless dictator, cannot be trusted with ending the suffering of Tigray.

Sadly, too many of the world's powers are content to ignore the slaughter taking place in Tigray. The Americans, the Russians, Saudi, UAE and others are still happy to do deals with this war criminal, Abiy Ahmed, as they scheme to plunder Ethiopia with his help. If Europe stands for anything, let's see some real effort and put an end to the persecution of the people of Tigray, and let's see Abiy Ahmed and Afewerki held to account in the International Criminal Court. Our silence is causing the deaths of hundreds of thousands.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, in seguito all'insurrezione nella regione del Tigrè, il numero di persone che necessita di aiuti umanitari per sopravvivere è passato da 1,8 a 2,5 milioni. Se a questo aggiungiamo il crescente impatto della carestia, anche a causa dell'invasione di locuste, appare drammaticamente evidente come per far fronte a tale emergenza serva incrementare gli sforzi della comunità internazionale.

Saluto con favore gli importanti segnali di apertura di Addis Abeba scaturiti dai recenti incontri tra alti funzionari dell'ONU e le autorità nazionali, poi sfociati nel dispiegamento di 24 operatori umanitari sul campo. Questi sforzi congiunti noi dobbiamo incoraggiarli con forza. Sono fondamentali se vogliamo pervenire a un'efficace gestione dell'emergenza prima che sia troppo tardi.

È un contesto complesso. L'Etiopia negli ultimi anni ha imboccato un percorso di riforme, è stata artefice anche di un accordo di pace impensabile. Serve tutta la nostra pressione, prima che la situazione degeneri, per far comprendere che questo sforzo a questo lavoro non possono essere vanificati ora.

Norbert Neuser (S&D). – Herr Präsident! Frau Kommissarin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt seit drei Monaten Krieg in Äthiopien, Bürgerkrieg in Tigray.

Entgegen der Behauptung der Zentralregierung aus Addis Abeba von Ende November dieses Jahres ist der Krieg nicht beendet. Er ist weder gewonnen noch befriedet. Es ist eine einzige humanitäre Katastrophe, die die Weltöffentlichkeit fassungslos zur Kenntnis nehmen muss.

Das Gesundheitssystem ist am Ende. Mehr und mehr Menschen in Tigray sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Das Internationale Rote Kreuz spricht von achtzig Prozent der Bevölkerung.

Ein Bürgerkrieg, der die humanitäre Krise verschärft hat – wobei diese Krise als Kriegsmittel in Kauf genommen wird. Eine Regierung unter Abiy, die für ihre außenpolitische Versöhnung mit Eritrea zu Recht den Friedensnobelpreis bekam, jetzt aber Versöhnung im eigenen Land mit Füßen tritt.

Wir haben als EU eine klare Position: *Budget support* bleibt eingefroren, solange humanitäre Hilfe im Land nicht ankommt, solange internationale Medien nicht zugelassen werden.

Wir fordern, dass uneingeschränkter Zugang der Hilfsorganisationen zu Tigray gewährleistet wird, dass das Schicksal der zwanzigtausend Geflüchteten aus Eritrea aufgeklärt wird, dass die Truppen aus Eritrea zurückgezogen werden. Und auch, dass die Führer von Hilfsorganisationen in Tigray, wie zum Beispiel der Direktor von REST, die seit vier Wochen verhaftet sind, freigelassen werden. Dies wäre ein Zeichen von Versöhnung. Auf Versöhnung zu setzen ist keine Schwäche.

Erik Marquardt (Verts/ALE). – Herr Präsident! Die Lage ist wirklich schwer auszuhalten. Wenn man sich das anschaut: Fünf Millionen Menschen leben in der Region Tigray. Inzwischen sind viereinhalb Millionen Menschen auf Hilfe angewiesen, und große Teile der Region befinden sich am Rande der Hungersnot. Seit November 2020 sind in der Region über 52 000 Zivilistinnen und Zivilisten ums Leben gekommen, und es gibt Berichte über Kriegsverbrechen.

Viele der eritreischen Geflüchteten in der Region, die in Lagern untergebracht sind, sind vor dem unbefristeten Nationaldienst in Eritrea geflohen. Es ist eine grausame Praxis, die laut Vereinten Nationen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt. Nun sind zwei Flüchtlingslager vollkommen zerstört worden, das bestätigen auch Satellitenbilder. Die Vereinten Nationen haben keinen Zugang zu diesen Lagern, und immer noch ist unaufgeklärt: Wo sind die 20 000 Menschen, die dort verschwunden sind?

Es ist richtig, dass die Europäische Union in der Region vermittelt.

Es stellen sich viele Fragen. Wir brauchen unabhängige Aufklärung über die Frage: Welche Rolle spielt Eritrea in der Region? Gab es das Angebot des Ministerpräsidenten Abiy an Eritrea, Geld dafür zu bezahlen, dass Zwangsrekrutierte dort im Krieg dann vielleicht sogar Verbrechen begehen? Wer ist für diese Verbrechen verantwortlich? Wie können die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden? Wie kann man sicherstellen, dass humanitäre Hilfe vor Ort ankommt und Medienvertreter auch Zugang bekommen?

Diese Fragen sind wichtig. Aber wenn die Vermittlung der Europäischen Union, der Europäischen Kommission erfolgreich sein soll, dann brauchen wir auch ein koordiniertes Vorgehen mit den Mitgliedstaaten. Es wäre schwer auszuhalten, wenn auf der einen Seite die Europäische Kommission Maßnahmen ergreift, die dann von Mitgliedstaaten, zum Beispiel Deutschland, unterlaufen werden.

Deswegen ist wichtig, dass wir dort nicht nur mit der Kommission, sondern auch mit dem Rat, auch unter Führung der Ratspräsidentschaft, ein gemeinsames Vorgehen beschließen und schnell eine Verbesserung in der Situation vor Ort erreichen können.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Etiopia jest krajem dla nas szczególnym. To pierwszy chrześcijański kraj Afryki. To kraj, o którym pisał Ryszard Kapuściński tłumaczony na wiele języków. To wreszcie kraj, który był przez pewien czas kolonią włoską, kraj o długiej i dumnej historii.

Myślę, że nie ma się co dziwić, że interesujemy się tym, co dzieje się w Etiopii, tym, co dzieje się na północy tego kraju, kraju bądź co bądź już innego terytorialnie niż kiedyś, bo przecież powstało państwo Erytrea. Państwo to interweniuje w tej chwili w czasie tego konfliktu, interweniuje i tłumi rebelię na północy kraju, a nawet, jak słyszymy, wojska tego kraju tam pozostają. Myślę, że nasz głos w obronie tych uchodźców, w obronie tych, którzy są zabijani, eksterminowani, jest bardzo ważny.

Evin Incir (S&D). – Mr President, over three months have passed since the central government in Ethiopia aggressively marched into Tigray, and the people in Tigray have suffered tremendously since then.

It is a shame that Prime Minister Abiy Ahmed, who received the Nobel Peace Prize, acts in total contradiction with the spirit of the Peace Prize. He's not worthy of the prize when he seems to not even be able to spell 'peace'. Instead his actions have led to a humanitarian catastrophe in Tigray, and information on what is really going on in the region still remains shut down to a big extent.

A couple of weeks ago, we also got alarming information of sexual violence against women and girls being used as a tool of war. That is a war crime. The EU and all Member States must cut all kinds of support that goes through the Ethiopian central government, channel it only through other actors so it reaches the people, and increase the humanitarian support to the Tigray region, and we must start acting in defence of all women and girls that are having their lives destroyed. An EU feminist policy is more important now than ever.

Katrin Langensiepen (Verts/ALE). – Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unterschiedlicher könnten die Sichtweisen auf diesen dramatischen Konflikt wohl kaum sein.

Die EU, das UNHCR und das Rote Kreuz richten mahnende Worte an die äthiopische Regierung und bieten Unterstützung für die vier Millionen Bedürftigen an. Die Äußerungen der EU werden als realitätsfremd abgetan und es wird auf eigene Anstrengungen hingewiesen, der humanitären Lage gerecht zu werden. Das wirkt grotesk – wenn nicht zynisch – mit Blick auf die Betroffenen. Denn die Kriegshandlungen in der Region Tigray sind immer noch nicht gestoppt. Schätzungen gehen von bis zu 60 000 Geflüchteten aus, die im Nachbarland Sudan Schutz suchen.

Ganz aktuell wurden zwei Geflüchtetenlager im Norden Tigrays geschlossen. Die eritreischen Geflüchteten waren dort nicht mehr sicher. Deshalb brauchen wir ein Ende der Kampfhandlungen und damit Sicherheit für die Menschen und einen umgehenden und vollständigen humanitären Zugang in die Region.

Eine weitere bedrohliche Komponente dieses Konflikts sind die sicherheitspolitischen Konsequenzen für das Horn von Afrika insgesamt. Premier Abiy Ahmed betrachtet diesen Konflikt scheinbar aber immer noch als beherrschbar und als rein innerstaatliche Angelegenheit. Dabei wird die Lage immer komplexer. Eritreische Truppen kämpfen in der Region Tigray – dies wohl mit Zustimmung der äthiopischen Regierung, aber scheinbar kaum unter deren Kontrolle. Es gibt Stimmen, die eine mögliche Besatzung Tigrays für möglich halten. Dies hätte unabsehbare Konsequenzen für den Staat Äthiopien als solchen.

Die EU-Forderung, dass Eritrea sich aus diesem Konflikt zurückzieht, bleibt essenziell. Zugleich wachsen die Spannungen zwischen dem Sudan und Äthiopien, Grenzstreitigkeiten flammen wieder auf, erste militärische Zusammenstöße fordern Todesopfer. Das kann nicht der Weg in die Zukunft sein.

Die Europäische Union muss alle Anstrengungen unternehmen, um den Zufluss von Waffen und Kriegsgerät zu minimieren und zu stoppen und hier zu vermitteln. Fallen der fragile Sudan und ein zunehmend destabilisiertes Äthiopien kriegerisch aufeinander, wären die Anstrengungen und Erfolge der letzten Jahre umgehend zunichtegemacht. Das liegt weder im Interesse der Menschen vor Ort noch Europas, denn Afrika und die EU hatten gemeinsam mehr vor.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Sytuacja w Etiopii jest bardzo poważna. Skutki działań militarnych są przerażające. Etiopia wymaga pilnej pomocy humanitarnej. Uważam, że dobrze, że w obecnych warunkach, w obecnej sytuacji w Etiopii unijne wsparcie budżetowe zostało zawieszone. Nie mieliśmy innego wyjścia. Ale zawieszenie tego wsparcia nie może ograniczyć programów humanitarnych. Dlatego też musimy zrobić wszystko, żeby pomoc humanitarna docierała do Etiopii, ponieważ mamy do czynienia z katastrofą głodową.

Chciałabym również zwrócić uwagę na bardzo ważny problem wykorzystywania kobiet, sytuacji kobiet w konfliktach zbrojnych. Ta sytuacja kobiet w Etiopii jest szczególnie przerażająca. Zwróćmy również uwagę na sytuację dzieci, które pozbawione są edukacji, żywności, opieki zdrowotnej. Etiopia pilnie potrzebuje naszego humanitarnego wsparcia.

Mónica Silvana González (S&D). – Señor presidente, señorías, señora comisaria, somos los mayores donantes de ayuda humanitaria. Somos el actor con más poder, pero con responsabilidad para atender esta crisis en Tigray.

Cuando pedimos desde el Parlamento más presupuesto para ayuda humanitaria es precisamente para proteger a las víctimas de estos conflictos que se suman al hambre y al cambio climático. Nunca hemos renunciado a cumplir con un mandato humanitario. Etiopía no puede ser la excepción.

Apoyamos la suspensión de la cooperación para presionar, pero busquemos vías de negociación para que la ayuda llegue a quienes lo necesitan. Agradecemos los esfuerzos hechos por la Unión Europea para ampliar el acceso a la ayuda humanitaria. Conocemos las limitaciones si el Gobierno etíope dificulta el trabajo a las agencias de las Naciones Unidas, a las ONG y a los periodistas. Pedimos que la prioridad para la diplomacia europea y para la Unión Africana sea garantizar el acceso humanitario con imparcialidad, humanidad, neutralidad e independencia. Ya han pasado tres meses sin acceso. Hay nueve millones de personas, de los cuales tres ya vivían de la ayuda internacional.

Adam Bielan (ECR). – Mr President, we cannot continue to ignore the humanitarian crisis and the blatant violation of fundamental rights currently happening in Ethiopia, our partner in the African Union.

I note with great concern reports of the limitation on humanitarian access to Tigray that will lead to hundreds of thousands of people starving to death, Eritrean soldiers forcibly returning refugees from Tigray, and killings on political, ethnical and religious grounds in Ethiopia.

So today, we call on all parties involved in the conflict to respect human rights and refrain from further violence. Effective protection of refugees, including preventing any act of coerced return targeting Eritrean refugees, needs to be ensured. This ongoing conflict will worsen ethnic tensions throughout the country and poses a security threat to the entire Horn of Africa region. The EU and the other relevant external action bodies must urgently address human rights concerns and imminent starvation threats, both bilaterally with Ethiopia and through multilateral platforms.

Patryk Jaki (ECR). – Panie Przewodniczący! Jako jednego z inicjatorów tej debaty szczególnie zmartwiła mnie informacja dotycząca morderstwa chrześcijan w regionie właśnie Tigraj. Około 750 osób miało być uwięzionych w kościele i zamordowanych. Tu jest pytanie do pani komisarz: jaką mamy wiedzę na temat tej sytuacji i co zamierzacie z tym zrobić? Szczególnie w kontekście w ogóle chrystianofobii chciałem wykorzystać ten moment, żeby zapytać o chrystianofobię, dlatego że według indeksu prześladowań chrześcijanie są najbardziej prześladowaną grupą religijną na świecie. W 2020 roku wzrosła liczba prześladowanych chrześcijan do ponad 300 milionów. O połowę zwiększyła się liczba ataków na kościoły i budynki sakralne do prawie 10 tysięcy. Ponad 4,5 tysiąca chrześcijan zamordowano i ta liczba znów się zwiększyła. Co macie zamiar zrobić z szerzącą się chrystianofobią i jakie środki podejmiecie? To pytanie do Komisji.

Elżbieta Kruk (ECR). – Panie Przewodniczący! Z trawionej od kilku miesięcy wojną domową Etiopii docierają niepokojące sygnały o poważnych naruszeniach praw człowieka.

Ograniczony dostęp organizacji humanitarnych budzi coraz większe obawy co do sytuacji ludności cywilnej.

Brytyjski tygodnik „Church Times" doniósł o masakrze chrześcijan, w której miało zginąć co najmniej 750 osób. Do zbrodni miało dojść w Aksum w prowincji Tigraj przed świątynią należącą do Etiopskiego Kościoła Ortodoksyjnego, a sprawcą były etiopskie wojska rządowe i amharska milicja. Gdyby informacje te się potwierdziły, mielibyśmy do czynienia ze zbrodnią wojenną czy też ludobójstwem, a takich zdarzeń do tej pory w Etiopii nie notowaliśmy. Co więcej, to sprzeczne z wielowiekową etiopską tradycją tolerancji dla różnych grup religijnych i etnicznych.

W związku z tym pytam: czy Komisja Europejska sprawdziła te informacje? Czy podjęto działania zmierzające do wyjaśnienia okoliczności tej tragedii? Czy Komisja domagała się dopuszczenia do regionu niezależnych obserwatorów i dziennikarzy? I w końcu, jakie działania podjęła Komisja, by doprowadzić do deeskalacji konfliktu i rozwiązania go środkami dyplomatycznymi?

Jutta Urpilainen, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank honourable Members for this discussion and debate. From my perspective, the message from this House is loud and clear: the world cannot turn a blind eye to the traumatic events in Ethiopia. I also want to remind you that the EU has not been silent and we have taken many actions.

Firstly, as I already told you in my introduction, we decided to postpone the disbursement of three budget support payments. The total amount of that is EUR 88.5 million. Secondly, as I described, we have supported the refugees, internally displaced persons (IDPs) and host communities through the implementation of our programmes. In addition to that, we have also created the Productive Safety Net Programme (PSNP), which amounts to EUR 50 million, in order to support the poorest food insecure households, and, as I told you, we also decided to give additional support to Sudan and the Sudanese Government because at the moment they are hosting a huge number of Ethiopian refugees.

Fourthly, of course, we believe, in political dialogue. We are politicians. We understand that, even though we have different opinions and disagreements, we need to have a dialogue. That's why we mandated the Foreign Minister of Finland, Pekka Haavisto, to make a mission to Ethiopia and have a dialogue with Prime Minister Abiy Ahmed, but also with the Government.

Some MEPs asked for concrete examples of what the EU is doing to help. Just to give you a couple of those examples, the EU-funded humanitarian action in Ethiopia focuses on addressing the most urgent humanitarian needs. Last year, in 2020, the EU provided over EUR 63 million to humanitarian projects in Ethiopia, including EUR 18.18 million for the Tigray crisis and its spillover effects in other regions of Ethiopia, as well as EUR 6 million in additional funding for the Ethiopian refugees in Sudan. With the additional funding allocated for the Tigray crisis, the Commission's humanitarian partners – the United Nations, NGOs and the Red Cross for instance – are notably enhancing their emergency response capacity with the focus on health, shelter and non-food items, the nutrition and protection sectors, and particular attention is given to IDPs and Eritrean refugees. In parallel, the EU is monitoring – and this is the important part – very closely the situation, notably through the humanitarian aid partners and through a dedicated field mission, and another mission will be conducted with Denmark, Sweden and the Czech Republic at the technical level this week. So, since the start of the conflict, the EU has been at the forefront of humanitarian advocacy and has been praised for its principled stance on the Tigray crisis.

Well, what shall we do now? The EU will definitely continue to act on its concerns by calling for an end to the conflict. That's the most important thing: to end the conflict. We are also pushing for access for humanitarian actors to be guaranteed. We are protecting refugees and internally displaced persons and supporting the work of the Ethiopian Human Rights Commission in its investigations into allegations of violence and abuses of human rights and violations of international law.

My last point is – and I think this was also mentioned by some of the MEPs – that of course, if we want to leverage, we need to be able to work as a team. We need to be able to act as a team. This of course means that we need to be able to work together – the Commission, the Parliament, but also the Council and the Member States. And that's not enough. We also need to engage with the international community, for instance with Switzerland, the United Kingdom and the new US administration, and with other international organisations, and convey a message of unity and the importance of engaging urgently in an inclusive dialogue with the Ethiopian Government.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Estrella Durá Ferrandis (S&D), *por escrito*. – Tras tres meses en los que no se permite el acceso a la ayuda humanitaria para atender a las víctimas del conflicto en la región etíope de Tigray, apoyamos que la Unión Europea suspenda el paquete de cooperación previsto para el Gobierno de Etiopía. Sin embargo, debemos continuar buscando vías para que la ayuda llegue a quien más lo necesita.

En esta región de 7 millones de personas, ya había 3 millones que dependían de la ayuda internacional antes del conflicto. El número de desplazados y refugiados es de difícil cálculo, pues el Gobierno etíope impide el acceso de periodistas, agencias de las Naciones Unidas y ONG. La situación es tremendamente grave, con abusos de todo tipo, incluso sexuales a niñas y niños. Hay que prepararse para una hambruna sin precedentes y la posible desestabilización de todo el Cuerno de África.

Pedimos que la prioridad para la diplomacia europea y la Unión Africana sea garantizar el acceso humanitario, con imparcialidad, humanidad, neutralidad e independencia.

Cuando desde el Parlamento Europeo pedimos más presupuesto para ayuda humanitaria es, precisamente, para proteger a las víctimas de estos conflictos, del hambre y del cambio climático.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Tras tres meses en los que no se permite el acceso a la ayuda humanitaria para atender a las víctimas del conflicto en la región etíope de Tigray, apoyamos que la Unión Europea suspenda el paquete de cooperación previsto para el Gobierno de Etiopía. Sin embargo, debemos continuar buscando vías para que la ayuda llegue a quien más lo necesita.

En esta región de 7 millones de personas, ya había 3 millones que dependían de la ayuda internacional antes del conflicto. El número de desplazados y refugiados es de difícil cálculo, pues el Gobierno etíope impide el acceso de periodistas, agencias de las Naciones Unidas y ONG. La situación es tremendamente grave, con abusos de todo tipo, incluso sexuales a niñas y niños. Hay que prepararse para una hambruna sin precedentes y la posible desestabilización de todo el Cuerno de África.

Pedimos que la prioridad para la diplomacia europea y la Unión Africana sea garantizar el acceso humanitario, con imparcialidad, humanidad, neutralidad e independencia.

Cuando desde el Parlamento Europeo pedimos más presupuesto para ayuda humanitaria es, precisamente, para proteger a las víctimas de estos conflictos, del hambre y del cambio climático.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Wojna to tragedia, która największe piętno odciska na najsłabszych. Jeżeli dotyka afrykański kraj borykający się z biedą i rozwarstwieniem społecznym, skutki humanitarne są katastrofalne.

Przed wybuchem konfliktu 45% dzieci w Etiopii umierało z głodu przed osiągnięciem 5 roku życia. Jedna na trzy kobiety padała ofiarą przemocy fizycznej, psychologicznej i seksualnej, a 65% z nich doświadczyło okaleczenia żeńskich narządów płciowych. Docierają do nas informacje o niewyobrażalnej przemocy seksualnej w Etiopii. Ludzie są zmuszani do gwałtów na członkach własnych rodzin, kobiety wykorzystywane przez wojsko do świadczenia usług seksualnych w zamian za żywność. Brak pomocy medycznej i leków sprawia, że sytuacja jest tragiczna.

Niestety nie lepiej jest w obozach dla uchodźców, gdzie przesiedlono głównie kobiety i dzieci. Tam również słychać o setkach przypadków przemocy seksualnej. Dlatego natychmiastowej pomocy medycznej powinny towarzyszyć środki ochronne wobec osób, które zostały zmuszone do opuszczenia swoich domów, aby nie były narażone na dalszą przemoc seksualną.

Proszę o dyplomatyczny nacisk na wszystkie strony zaangażowane w działania wojenne, aby zobowiązały się do przyjęcia polityki zerowej tolerancji dla przemocy seksualnej, zgodnie z ich odpowiednimi zobowiązaniami wynikającymi z międzynarodowego prawa humanitarnego i konwencji praw człowieka. Mam nadzieję, że działania KE przyczynią się do szybkiego zakończenia konfliktu oraz do zahamowania klęski humanitarnej i fali przemocy.

Janina Ochojska (PPE), *na piśmie*. – Etiopia jest dla UE strategicznym partnerem w Rogu Afryki, gdyż ma wpływ na stabilność całego regionu. Wewnętrzny spór spowodował już napięcia z Sudanem za sprawą tysięcy uciekających uchodźców. Najbardziej niepokoi mnie jednak sytuacja humanitarna w regionie Tigraj. Jeszcze przed rozpoczęciem walk w Etiopii 15,2 mln osób potrzebowało pomocy humanitarnej, z czego 2 mln w regionie Tigraj, w którym schronienie znalazło także 100 tys. osób wewnętrznie przesiedlonych i 96 tys. erytrejskich uchodźców. Dziś sytuacja dramatycznie pogorszyła się, 4 mln ludzi zostało bez dostępu do podstawowych usług, pożywienia, elektryczności, a pracownicy humanitarni mają ograniczoną możliwość działania. Sytuacja jest krytyczna!

Od czasu rozpoczęcia kryzysu UE domaga się otwarcia korytarzy humanitarnych i trwałej, bezwarunkowej obecności pracowników pozarządowych organizacji humanitarnych na miejscu. Przez 4 miesiące niewiele się w tej kwestii zmieniło. Prawa człowieka i prawo humanitarne w Etiopii są nagminnie łamane: codziennie ginie ludność cywilna, w tym pracownicy humanitarni, dochodzi też do aktów przemocy seksualnej. Naszym obowiązkiem jest utrzymanie jedności kraju. Dlatego musimy naciskać na rząd w Etiopii, aby doszło do zawieszenia broni i pokojowego rozwiązania konfliktu. To ważne ze względu na pogarszającą się sytuację humanitarną, ale także widmo eskalacji konfliktu w regionie. Etiopia musi wyjść z kryzysu zjednoczona.

(Die Sitzung wird um 16.08 Uhr unterbrochen.)

14. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 16.30 Uhr wieder aufgenommen.)

15. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll

16. Vorschlag für einen Unionsakt: siehe Protokoll

17. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

18. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

19. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

20. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

21. Petitionen: siehe Protokoll

22. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll

23. Beschluss über die Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll

24. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten(Artikel 54 GO): siehe Protokoll

25. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll

26. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll

27. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

28. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 16.33 Uhr geschlossen.)

29. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos

C/2024/5168

20.8.2024

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.109748

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5168)

Datum der Annahme der Entscheidung	23.7.2024
Nummer der Beihilfe	SA.109748
Mitgliedstaat	Deutschland
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Änderung und Verlängerung der Nationalen Gigabitregelung Deutschland
Rechtsgrundlage	Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Breitbandinfrastrukturen
Form der Beihilfe	Zuschuss, Sonstige
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 26 000 000 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	100,0 %
Laufzeit	bis zum 31.12.2028
Wirtschaftssektoren	Leitungsgebundene Telekommunikation
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Bundesministerium für Digitales und Verkehr Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA

C/2024/5170

20.8.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11556 - SCHRODERS / PHOENIX GROUP / FUTURE GROWTH CAPITAL)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5170)

1. Am 8. August 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

— Schroders plc („Schroders“, Vereinigtes Königreich), über seine Holdinggesellschaft Schroder International Holdings Limited (Vereinigtes Königreich),

— Phoenix Group Holdings plc („Phoenix“, Vereinigtes Königreich),

— Future Growth Capital Limited („Griffin“, Vereinigtes Königreich), ein neu gegründetes Gemeinschaftsunternehmen.

Schroder und Phoenix werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über Griffin erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen an einem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen.

2. Die beteiligten Unternehmen und das neu gegründete Gemeinschaftsunternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— Schroders ist eine multinationale Vermögensverwaltungsgesellschaft, deren Schwerpunkt auf der Verwaltung öffentlicher und privater Anlageklassen für Privatkunden und institutionelle Kunden liegt,

— Phoenix ist in den Bereichen langfristiges Sparen und Altersvorsorge, Rentenkonsolidierung sowie Lebensversicherungen tätig,

— Griffin ist ein neu gegründetes Gemeinschaftsunternehmen für die Verwaltung bestimmter privater Anlagelösungen für institutionelle Kunden, einschließlich Rentenlösungen, mit Schwerpunkt auf dem Vereinigten Königreich.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ([2]) infrage.

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).
([2]) ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11556 - SCHRODERS / PHOENIX GROUP / FUTURE GROWTH CAPITAL

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

C/2024/5171

20.8.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11623 — BPCE / SGEF)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5171)

1. Am 9. August 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates [1] bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

— Groupe BPCE (Frankreich), [2]

— Société Générale Equipment Finance („SGEF“) (Frankreich), Teil der Société Générale S.A. (Frankreich).

Die Groupe BPCE wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die Kontrolle über die Gesamtheit von SGEF übernehmen.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen und Vermögenswerten.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— Die Groupe BPCE ist im Privatkundengeschäft und im Versicherungssektor in Frankreich tätig. Zudem ist sie mit Natixis Investment Managers (Anlageverwaltungs- und Wealth-Management-Dienstleistungen) und Natixis Corporate & Investment Banking (Bankdienstleistungen für Großkunden) weltweit tätig. Außerdem bietet sie mit BPCE Lease auch Leasingdienstleistungen an,

— SGEF ist im Leasingsektor in Europa, Brasilien und den USA tätig und spezialisiert auf Ausrüstungsfinanzierung für Anbieter und Geschäftskunden in vier wichtigen Sektoren: Transport, Industrieausrüstung, Technologie sowie Gesundheit und Umwelt. SGEF bietet eine Vielzahl von Ausrüstungsfinanzierungslösungen (insbesondere Darlehen, Finanzierungsleasing, operatives Leasing und Mietkauf) und Dienstleistungen an.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen [3] infrage.

[1] ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).
[2] Einschließlich BPCE S.A.
[3] ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11623 — BPCE / SGEF

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

C/2024/5173

20.8.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.10926 — FARFETCH / RICHEMONT / YNAP)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5173)

Am 20. Oktober 2023 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

— der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (https://competition-cases.ec.europa.eu/search). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,

— der Website EUR-Lex (http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32023M10926 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.